



Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe

Bevölkerungsverhalten und Möglichkeiten des Krisenmanagements und Katastrophenmanage- ments in multikulturellen Gesellschaften

Elke M. Geenen



11



FORSCHUNG IM BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

Bevölkerungsverhalten und Möglichkeiten des Krisenmanagements und Katastrophenmanagements in multikulturellen Gesellschaften

FORSCHUNG IM
BEVÖLKERUNGSSCHUTZ
BAND 11



Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe

Bevölkerungsverhalten und Möglichkeiten des Krisenmanagements und Katastrophenmanage- ments in multikulturellen Gesellschaften

Elke M. Geenen

11



FORSCHUNG IM BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

Herausgeber:

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe
Postfach 18 67, 53008 Bonn
Fon: 0228 . 99 550-0, Fax: 0228 . 99550-1620, www.bbk.bund.de

Verantwortlich für den Inhalt:

Name: Dr. phil. habil. Elke M. Geenen
Institut: ISOKIA,
Institut für Sozioökonomische und Kulturelle Internationale Analyse
Straße, Ort: Dorfstraße 10, D-24107 Ottendorf
E-Mail: info@isokia.de

© 2010 Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

ISBN-13: 978-3-939347-26-2

Der vorliegende Band stellt die Meinung der Autorin dar und spiegelt nicht grundsätzlich die Meinung des Herausgebers wider.

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist nur in den Grenzen des geltenden Urheberrechtsgesetzes erlaubt. Zitate sind bei vollständigem Quellenverweis jedoch ausdrücklich erwünscht.

Dieses Werk darf ausschließlich kostenlos abgegeben werden. Weitere Exemplare dieses Buches oder anderer Publikationen

des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe können Sie gern beim Herausgeber kostenfrei anfordern.

Gestaltung, Layout und Satz:

Naumilkat – Agentur für Kommunikation und Design
40210 Düsseldorf, www.naumilkat.com

Titelbild: Blend Images

Druck: MedienHaus Plump GmbH

Rolandsecker Weg 33
53619 Rheinbreitbach, www.plump.de

Inhalt

Abstract	15
Auftrag und Dank	17
1 Einführung	21
1.1 Fragestellungen und Methoden der Untersuchung	23
1.2 Multikulturelle Gesellschaften, Ethnizität und Katastrophe	30
1.3 Kultur und Ethnizität	36
1.4 Exkurs: Eine kommunikative Eskalationsspirale und ihre Beilegung am Beispiel von „The Satanic Verses“ von Salman Rushdie	42
1.5 Minderheiten in Deutschland	47
1.6 Vorübergehender und illegaler Aufenthalt, Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz	54
2 Die kulturelle Dimension von Katastrophen	59
2.1 Entfaltung der kulturellen Dimension von Katastrophen	61
2.1.1 <i>Exkurs zur türkischen katastrophengebundenen Kultur</i>	71
2.2 Alte Alltagsmythen – Panik und Plünderung – und ihre soziale Unwahrscheinlichkeit	75

3	Risikokommunikation und risikobezogenes Verhalten in multikulturellen Gesellschaften	85
3.1	Risikoverstärkende und vulnerabilitätserhöhende Faktoren bei ethnisch-kulturellen Minderheiten	87
3.2	Risiko- und gefahrenbezogene Wahrnehmung und Kommunikation in ethnisch-kulturell heterogenen Bevölkerungen und Bevölkerungsverhalten	90
3.2.1	<i>Kontextuelle und kulturelle Perspektiven in der Risikokommunikation</i>	93
3.2.2	<i>Theoretische Perspektiven auf den Kontext von Risikoverhalten und Risikokommunikation</i>	95
3.2.3	<i>Soziale Kontexte, Rahmungen von Risikotheorien und Konsequenzen</i>	96
3.2.4	<i>Das Verhältnis gerechtigkeitsorientierter risikobezogener Rahmen zu wissenschaftlichen und ökonomischen Rahmen</i>	97
3.2.5	<i>Die Gewichtung von Risikodimensionen und der soziale Kontext</i>	101
3.2.6	<i>Sozialökonomische Situation und risikobezogene Einstellung und Verhalten</i>	103
3.2.7	<i>Lebensstile und risikobezogene Einstellungen</i>	104
3.2.8	<i>Soziale Kontexte und frühere Einstellungen zu Risiken</i>	106
3.2.9	<i>Befunde und Empfehlungen zu Information, Warnung und Alarmierung einer multikulturellen Bevölkerung</i>	109
3.3	Sozioökonomische Situation, religiöse Orientierung und risikobezogenes Handeln	112
3.4	Kulturelle Differenzen der Risikowahrnehmung und Risikokommuni- kation von Experten und Laien	115

4	Krisenkommunikation und Vertrauen	121
4.1	Konzeptionelle Grundlagen	123
4.2	Anwendung in multikulturellen Kontexten und Anwendungsbeispiele	126
4.3	Ansätze und Empfehlungen zu einer situativ informierten Krisenkommunikation	129
5	Ethnisch-kulturelle Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Katastrophenvorsorge und im Katastrophenmanagement	139
5.1	Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Vorbereitung auf Katastrophen (Mitigation und Preparedness)	141
5.1.1	<i>Katastrophenvorsorge (Mitigation)</i>	141
5.1.2	<i>Vorbereitung auf Katastrophen (Preparedness)</i>	147
5.1.3	<i>Guidelines für ethnisch-kulturell heterogene Gemeinden</i>	151
5.2	Warnungen	161
5.2.1	<i>Allgemeine Zusammenhänge und Empfehlungen zu Warnungen</i>	161
5.2.2	<i>Warnungen in multikulturellen Gesellschaften</i>	169
5.3	Katastropheneinwirkung in multikulturellen Gesellschaften	175
5.3.1	<i>Katastrophe, soziale Ungleichheit und Ethnizität</i>	175
5.3.2	<i>Katastropheneintritt, erste Reaktionen, Wiedererholung und Wiederaufbau in multikulturellen Gesellschaften anhand eines kulturorientierten Phasenmodells</i>	184
5.3.2.1	<i>Die erste Phase – Atomisierung, Gemeinschaftsbildung, Hilfe und Selbsthilfe</i>	186
5.3.2.2	<i>Die zweite Phase – Solidarisierung, Ritualisierung und beginnende In- und Exkludierung</i>	190
5.3.2.3	<i>Die dritte Phase – Schließung</i>	202
5.3.3	<i>Diskussion des Phasenmodells, der Befunde und Empfehlungen</i>	206

6	Psychoziale Bewältigung von Krisen und Katastrophen	211
6.1	Traumata und Vulnerabilität	213
6.2	Grundlagen zu akuten Belastungsreaktionen und posttraumatischen Belastungsstörungen	215
6.3	Herausforderungen an die Multikulturalitäts- und Traumaforschung in kulturvergleichender und interkultureller Perspektive	220
6.4	Psychotherapie bei Migranten	231
6.5	Psychotherapie bei Migranten mit posttraumatischen Belastungsstörungen durch Folter und Misshandlung	235
7	Mittel- und längerfristige Bewältigung von Katastrophen durch Individuen, Gruppen und Gesellschaften	237
7.1	Accidental Communities of Memory	239
7.1.1	<i>Accidental Community of Memory, Trauma und Identität</i>	241
7.1.2	<i>Konflikte um die Deutung von Katastrophen und Accidental Communities of Memory</i>	251
7.2	Katastrophe, Traumatisierung und Identität	263
7.2.1	<i>Anwendung des Konzepts von Vulkan auf terroristische Anschläge</i>	270
7.2.2	<i>Diskussion des Konzeptes von Vulkan, Anwendungsmöglichkeiten und Grenzen</i>	271

8	Terrorismus und Bevölkerungsverhalten	275
9	Zitierte Literatur	289
10	Zusammenfassung, ausgewählte Empfehlungen, Ansätze für die Prognose von Bevölkerungsverhalten und Vorschläge zur Strukturierung des Bevölkerungsverhaltens	319
	Anhang	373
	Abkürzungsverzeichnis	375
	Bisherige Publikationen	377

Abstract

Auftrag und Dank

Abstract

Gegenstand der Untersuchung sind internationale Erfahrungen zum Verhalten von multikulturellen Bevölkerungen in Katastrophensituationen. Die international vorliegende Literatur zu relevanten Fragen von Katastrophenvorsorge, Katastrophenmanagement, Risikokommunikation, Krisenkommunikation, Krisenmanagement und katastrophengebogener Kultur werden kriteriengestützt geprüft.

Dabei werden Fragestellungen berücksichtigt, wie sie sich ergeben, wenn Aspekte ethnisch kultureller Minderheiten und des Multikulturellen einbezogen werden. Zudem werden Fragen des Zusammenhangs von Ethnizität und sozialer Ungleichheit behandelt. Ein weiterer wesentlicher Untersuchungsgegenstand ist die langfristige Wiedererholung (Recovery) nach Katastrophen. Dabei wird die Traumaforschung und das Konzept der Accidental Communities of Memory berücksichtigt. Mythen von Massenpanik und Plünderung werden als sozial unwahrscheinlich widerlegt. Angesichts terroristischer Gefahrenlagen und der Fragestellungen aufgrund der Stabsrahmenübung LÜKEX werden auch Befunde aus der Literatur zum Bevölkerungsverhalten bei terroristischen Angriffen einbezogen. Anhand eines kulturanthropologischen Modells werden typische Verlaufsmuster, einschließlich potenzieller und prognostizierbarer Konflikte vom Katastropheneintritt bis zur Wiedererholung dargestellt.

Die Ergebnisse werden analysiert, systematisiert und zu einem sozial- und kulturwissenschaftlich fundierten Konzept verdichtet, welches dem Krisenmanagement und Katastrophenmanagement neue Wege und Handlungsmöglichkeiten aufzeigt.

Gleichwohl: Bezogen auf Deutschland und Westeuropa muss in allen wesentlichen Fragen eine breite Forschungslücke konstatiert werden. Insbesondere in Deutschland ist der Nachholbedarf bezogen auf Fragestellungen des Zusammenhangs von ethnisch-kultureller Diversität und Katastrophe in allen ihren Phasen und Aspekten hoch.

Im Schlusskapitel werden die wissenschaftlichen Grundlagen und Ergebnisse sowie ausgewählte Empfehlungen und Ansätze zur Prognose und Strukturierung des Bevölkerungsverhaltens kompakt zusammengefasst. Die Relevanz des vorgelegten Konzeptes für Lehre und Praxis des Krisen- und des Katastrophenmanagements sowie für die künftige sozial- und kulturwissenschaftliche Forschung liegt in seiner Erkenntnis- und Handlungsoptionen erschließenden Kraft und wird anhand der auf dieser Grundlage gewonnenen Empfehlungen verdeutlicht.

Die Studie wurde am Institut für Sozioökonomische und Kulturelle Internationale Analyse (ISOKIA) in Ottendorf/Kiel erarbeitet.

Auftrag und Dank

Mit Datum vom 5. Februar 2009 wurde mir vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) der Auftrag zur Erarbeitung einer Literaturstudie zum Thema „Internationale Erfahrungen zum Verhalten der Bevölkerung bei Katastrophen in multikulturellen Gesellschaften“ erteilt.

Ziel des Projektes war es, die international in Form von Publikationen und anderen zugänglichen Materialien (z. B. unpublished papers des Disaster Research Center, University of Delaware) vorliegenden Erfahrungen über das Bevölkerungsverhalten bei Katastrophen kriteriengestützt aufzuarbeiten, zu analysieren und daraus Ansätze für die Prognose des Bevölkerungsverhaltens in Deutschland zu gewinnen. Dabei sollten die Erfahrungen insbesondere solcher Länder berücksichtigt werden, deren Entwicklung und Sozialstruktur Ähnlichkeiten mit derjenigen der Bundesrepublik Deutschland aufweisen. D. h., es sollte sich um Industrienationen handeln, in deren Mitte nationale oder ethnisch-kulturelle Minderheiten leben. Insbesondere sollten solche Schriften herangezogen werden, die sich mit der Frage des Verhaltens von Minderheiten sowie mit dem Verhältnis von Minderheit(en) und Bevölkerungsmajorität bei Katastrophen befassen. Mittels der Ergebnisse der Studie soll die Prognose darüber erleichtert werden, welches Verhalten spezifischer Minderheiten plausibel sein könnte (was möglicherweise geschehen könnte). Zudem soll die Prognose notwendiger Maßnahmen und ihre Ausrichtung erleichtert werden.

Das Arbeitsprogramm wurde in folgenden Schritten durchgeführt:

- *Im ersten Schritt* wurde die einschlägige Fachliteratur recherchiert, beschafft und kriteriengestützt aufgearbeitet. Dafür wurde das Literaturdatenbanksystem CITAVI genutzt und die Datenbank wurde projektspezifisch aufgebaut. Die gesichtete und in die Datenbank aufgenommene Literatur wurde entsprechend den in der Projektskizze genannten Kriterien systematisiert. Insgesamt enthält die Datenbank etwa 1.400 Literaturangaben, die größtenteils auch mit Kurzbeschreibungen des Inhalts versehen worden sind.

- *Im zweiten Schritt* wurde eruiert, welche Erfahrungen für eine Einschätzung (Prognose) und Strukturierung des Bevölkerungsverhaltens genutzt werden können.
- *Im dritten Schritt* wurde ein Abschlussbericht in Form einer Analyse und Synopse erarbeitet, der – abgesehen von kleinen Änderungen – hiermit in publizierter Form vorliegt.

Der Abschlussbericht umfasst wesentliche Bereiche, die im Zusammenhang mit Katastrophen in multikulturellen Gesellschaften zu berücksichtigen sind. Er ist systematisch aufgebaut. Das bedeutet, dass zwar in einzelnen Abschnitten oder Unterabschnitten auf andere Abschnitte verwiesen wird, dass es aber weitgehend möglich ist, sich Einzelaspekten (z. B. der Kultur, der Risikokommunikation, der Krisenkommunikation oder der Katastropheneinwirkung in multikulturellen Gesellschaften) gesondert zuzuwenden. Da die gesichtete Literatur vornehmlich von Fallstudien und der Betrachtung von Einzelaspekten geprägt ist, war es ein besonderes Anliegen der Auftragnehmerin und Autorin, möglichst solche Studien zu finden, die es ermöglichten, über eine Darstellung von Einzelaspekten hinaus in allen behandelten Fragen einen möglichst systematischen Zugang zu gewinnen. In günstigen Fällen war dieser bereits in bestimmten Arbeiten der gesichteten Fachliteratur angelegt. In ungünstigen Fällen – und diese waren eindeutig in der Majorität – galt es, im Rahmen der Abfassung des Berichtes eine solche Systematisierung selbst zu finden.

- *Im vierten Schritt* wurden in einzelnen Abschnitten und am Ende des Berichtes entsprechende Schlussfolgerungen gezogen und Empfehlungen gegeben.

Zunächst darf ich dem Auftraggeber für das bei der Vergabe des Auftrags sichtbar werdende in mich gesetzte Vertrauen danken. Weiter danke ich für die Aufnahme dieses Berichtes in die Schriftenreihe des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

Insbesondere danke ich Herrn Dr. Willi Marzi, Bundesministerium des Innern, für seine gedanklichen Impulse vor Beginn des Projektes und seine Bereitschaft, das Projekt durch fachkundigen Rat zu unterstützen. Ebenfalls danken möchte ich Herrn Arno Philippi, Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), für die freundliche und verlässliche Abwicklung aller organisatorischen und vertraglichen Angelegenheiten. Den Herren Dr. Bernhard Preuss, BBK, und Assessor iur. Dipl.-Krim. Norbert Reez, BBK, Akademie für Krisenmanagement und Zivilschutz, danke ich für ihr inhaltliches Interesse am Fortgang des Projektes.

Der ehemalige Leiter der Feuerwehr Hamburg, Herr Dipl.-Ing. Dieter Farrenkopf, hat mir in der Anfangsphase des Projektes in einem ausführlichen Interview vertiefte Einblicke in Fragen des Umgangs der Feuerwehr mit Angehörigen ethnisch-kultureller Minderheiten ermöglicht und auch Hintergründe bestimmter Probleme aus seiner langjährigen Erfahrung aufgezeigt. Das war für das Projekt sehr hilfreich.

Die Bibliothek des Disaster Research Center, University of Delaware, hat das Projekt durch eine kriteriengesteuerte Literaturrecherche unterstützt.

Die Sozialanthropologin Susann Ullberg, PhD candidate (Department of Social Anthropology, Stockholm University, derzeit in den USA) hat mir für diese Studie vertrauensvoll ihr „Dissertation Abstract“ zur Verfügung gestellt. Dafür möchte ich ihr danken.

Meine Projektmitarbeiterin, Frau Jennifer Hartkopf, cand. phil., hat mich während der gesamten Projektlaufzeit tatkräftig und umsichtig beim Aufbau der Datenbank in CITAVI, bei der Literaturrecherche und -beschaffung, bei der kriteriengestützten Einarbeitung der Literatur sowie durch die Anfertigung von Abstracts ideenreich und konstruktiv unterstützt.

1

Einführung

1.1 Fragestellungen und Methoden der Untersuchung

In modernen multikulturellen Gesellschaften sieht sich der Katastrophenschutz zunehmend mit der Frage konfrontiert, auf welche Bevölkerung er sich einstellen muss. Zwar ist man sich im Alltagsverständnis bewusst, dass Menschen unterschiedlicher ethnisch-kultureller Herkunft, insbesondere, wenn es sich um Migrantinnen und Migranten der ersten und zweiten Generation handelt, auf eine Gefahrensituation möglicherweise anders reagieren, als dies für die Bevölkerung deutscher Herkunft angenommen werden kann, oder dass unterschiedliche Vulnerabilitäten bei Katastropheneintritt denkbar sind. Jedoch liegen in Deutschland erstellte Studien, die für diese Fragestellungen verwertbar wären, nur zu Einzelfragen (insbesondere im Bereich der Traumaforschung) vor. Daher muss auf die internationalen Erfahrungen und Forschungsergebnisse zu diesen Fragen zurückgegriffen werden.

Auch bezogen auf international vorliegende Studien ist insgesamt Folgendes zu konstatieren: Obwohl der Beginn des modernen Zeitalters der Katastrophenforschung inzwischen mehr als 90 Jahre zurückliegt¹ und erhebliche Fortschritte in diesem Feld gemacht wurden², gibt es weite Gebiete, denen wenig Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Dazu gehören insbesondere ethnisch-kulturelle Minderheiten (aber auch Frauen, Kinder und junge Menschen). Diese Forschungsfelder wurden in der Forschung so systematisch vernachlässigt, dass für ethnisch-kulturell heterogene Gesellschaften wie die USA, Kanada, Deutschland und andere europäische Länder von einer Unterversorgung dieser unberücksichtigt gebliebenen Gruppen ausgegangen werden muss, denn es werden Programme zur Vorsorge und Vorbereitung auf Katastrophen (Mitigation und Preparedness) konzipiert, die Unterschiede zwischen ethnisch-kulturellen Gruppen mangels Kenntnis nicht berücksichtigen können (vgl. Anderson 2005, S. 160).

1 Samuel Prince (1920) hat mit seiner empirischen Studie der Schiffsexplosion von Halifax einen Grundstein der Katastrophenforschung gelegt.

2 Zu Einschätzungen der Forschungsentwicklung bezogen auf Natural Hazards siehe White und Hass (1975) und Mileti (1999).

Werden Gesellschaften auch in Katastrophenfragen als monokulturell gedacht, so handelt es sich dabei keineswegs um ein wertneutrales Vorgehen. Denn das Denken und die Beschreibung von Kultur verändern die Kultur bereits (vgl. Müller-Funk 2006, S. 56). Das heißt, mit dem, was wir von der Kultur aufnehmen, was wir bei unseren Analysen berücksichtigen, was in der praktischen Arbeit, z. B. der Katastrophenvorsorgeplanerin oder des Katastrophenschützers, bedacht wird, werden Tatsachen geschaffen. Die Welt wird von ihnen im Sinne ihrer Perspektiven auf die Welt verändert. Wenn dabei kulturelle Perspektiven unberücksichtigt bleiben, so findet die Weltveränderung nur im Sinne ihrer zur Kenntnis genommenen Perspektiven statt. Andere Perspektiven werden in ihrem Vorhandensein nicht gesehen. Dies kann etwa beim Wiederaufbau bedeuten, dass er Bedürfnisse von Menschengruppen außer Acht lassend erfolgt, weil ihre Sichtweisen und Bedürfnisse einfach nicht zu existieren scheinen. Sie werden jedoch virulent, wenn die Menschen beginnen, sich in den Perspektiven auf sie, die in der neu geschaffenen materialen Kultur erkennbar werden, nicht wiederfinden. Ein Beispiel aus der Türkei mag dies verdeutlichen: Wenn Planer, wie nach dem Erdbeben in Gerede (1944), in städtischer Perspektive viel zu kleine und ungünstig gebaute Häuser gestalteten, die die landwirtschaftliche Tätigkeit der Bewohner nicht berücksichtigten, dann bleiben sie unbewohnt oder sie werden als Ställe genutzt. Insofern können Bewohner die Interpretationen der Planerinnen und Planer über ihr wirtschaftliches und kulturelles Leben falsifizieren. Das Beispiel macht noch etwas anderes deutlich: Kulturelle Grenzen müssen keine Demarkationslinien zwischen unterschiedlichen ethnischen Gruppen sein. Denn auch die städtische Kultur kann sich in einer Gesellschaft gravierend von der ländlichen unterscheiden. Jedenfalls bedarf es für eine auf lebendige Menschen und ihre kulturellen Formen abgestimmte Planung eines tieferen Zugangs zu den Sinnhorizonten, symbolischen Formen und kulturellen Praktiken der „Bepflanzten“. Die systematische Berücksichtigung unterschiedlicher kultureller Formen und Kulturen in einer Gesellschaft erfordert eine Pluralisierung im Denken und die Zuwendung zu symbolischen Formen, die bislang oft als wenig relevant angesehen und daher vernachlässigt worden sind. „In der Vielheit zu leben, bedeutet – schon in einer Binnenkultur – auf Einheit zu verzichten ... So sind intra- und interkulturelle Phänomene in einer oftmals als homogen gedachten Kultur unter den Bedingungen von Modernität unvermeidlich“ (Müller-Funk 2006, S. 57). Von der Konsequenz her bedeutet dies zum einen, dass sich Einheit nur noch formal herstellen lässt (z. B. über das Recht), dass jedoch im Übrigen der Vielheit Rechnung zu tragen ist.

Im Folgenden sollen in möglichst systematischer Weise internationale Forschungserfahrungen zum Bevölkerungsverhalten von ethnisch-kulturellen Minderheiten in multikulturellen Gesellschaften dargestellt und daraus resultierende Empfehlungen abgeleitet werden. Dabei sind zwei flankierende Probleme zu sehen. Zum einen ist eine Fokussierung der internationalen Studien auf Bevölkerungsgruppen zu konstatieren, die in Deutschland kaum repräsentiert sind (Beispiele: Mexikanische Amerikaner, Farbige, indigene Völker) oder deren soziale Situation sich anders darstellt als in Deutschland (z. B. Probleme mexikanischer Wanderarbeiter in den USA). So ist insbesondere die anthropologische Katastrophenforschung bis heute auf Gebiete außerhalb des euroamerikanischen Kontextes, also traditionelle anthropologische Forschungsregionen, zentriert und sieht dort – angesichts der im Vergleich zum euroamerikanischen Raum gravierenderen Wirkungen technologisch und natürlich ausgelöster Katastrophen – auch weiterhin ihr zentrales Betätigungsfeld (vgl. Oliver-Smith 1996). Dies heißt nicht, dass Befunde der Sozial- und Kulturanthropologie für den Westen ohne jegliche Relevanz wären oder dass Einzelstudien und Konzepte nicht wertvolle Hinweise für die Erarbeitung zentraler Fragestellungen einer Katastrophenforschung in multikulturellen Gesellschaften liefern könnten. Denn, werden mit in den wesentlichen Betätigungsregionen von Anthropologen (d. h., in Ländern der Dritten und Vierten Welt) geschulten Augen katastrophenbezogene Fragestellungen in wesentlichen Gesellschaften untersucht, können daraus wertvolle Arbeiten mit vertieften Einblicken in kulturelle Zusammenhänge erwachsen. Ein Beispiel dafür ist das in diese Studie aufgenommene Phasenmodell von Susanna M. Hoffman, anhand dessen die verschiedenen Phasen der Katastrophenbewältigung durchgespielt werden (vgl. Abschnitt 5.3.2).

Das zweite flankierende Problem betrifft den Umstand, dass das katastrophensoziologische Forschungsfeld vielfach von quantitativ ausgerichteten Einzelfallstudien dominiert ist, die wenig Möglichkeiten bieten, aus ihnen systematisierbare und theoretisch fundierte Ergebnisse abzuleiten.

Dennoch liegen Studien unterschiedlicher Fragestellungen und fachlicher Provenienz vor, die erhellende Einblicke ermöglichen und auf deren Grundlage sich künftige Überlegungen für den Bevölkerungsschutz entwickeln lassen. Dazu gehören insbesondere qualitativ orientierte kultur- und sozialanthropologische, soziologische und ethnologische Arbeiten, die in ihren Fragestellungen, im Forschungsdesign und in ihren Auswertungen ethnisch-kulturelle Aspekte systematisch berücksichtigen. Es wird sich herausstellen, dass viele der Befunde

nicht nur für Minderheitenbezogene Fragestellungen relevant sind. Zum einen überschneiden sich die Problemstellungen, geht man wie Häußermann und Siebel davon aus, dass es in städtischen Ballungsräumen zu einer Unterschichtung der deutschen Bevölkerung durch einen Teil der Migrantinnen und Migranten gekommen ist und dass ihre Problemkonstellationen, Ressourcenknappheiten und Konkurrenzsituationen zumindest starke Überschneidungen mit sozioökonomisch schwachen deutschen Bevölkerungsgruppen aufweisen.

„Zusammenfassend kann man bezogen auf die Wohnungsversorgung von einer Unterschichtung sprechen: Die Ausländer bewohnen die Wohnungsbestände noch unterhalb der Qualitätsstufe, die die deutsche Unterschicht hinzunehmen gezwungen wird“ (Häußermann und Siebel 2004, S. 177).

Zum zweiten sind die hier vorgestellten Erfahrungen, soweit sie auf systematische Überlegungen gegründet werden können, etwa zu Fragen der Risiko- und Krisenkommunikation, zum Hiatus zwischen Experten und Laien, zu „Accidental Communities of Memory“ und zu „Großgruppen und gewähltem Trauma“ auch für die deutsche Bevölkerung, bei der kein Migrationshintergrund mehr erkennbar ist, von Relevanz.

Methodologische Vorbemerkung

Ein grundsätzliches Problem bei dieser Studie bestand darin, trotz äußerst ungünstiger Datenlage Befunde zu finden und zusammenzuführen, die bezogen auf die Fragestellung zielführend waren.

1. In vielen älteren Studien wird die Frage der kulturellen Zugehörigkeit oder Verortung der Bewohner nicht thematisiert oder nur am Rande erwähnt.
2. Studien, die sich ausdrücklich auf die kulturelle Dimension beziehen, haben häufig keine Ausrichtung auf eine multikulturelle Gesellschaft, sondern es werden kulturelle Fragen der Mehrheitsgesellschaft diskutiert. Auch viele kulturvergleichende Studien klammern das Problem ethnisch-kulturell heterogener Bevölkerungen aus. Demzufolge werden beide verglichene Kulturen (meist Nationen) so behandelt, als seien sie jeweils in sich homogen und monokulturell.
3. Lange Zeit war die katastrophenbezogene Forschung zu ethnischen Minderheiten weitgehend quantitativ orientiert. Dieser Umstand erschwert jeglichen Vergleich. Es ist dann allenfalls möglich, zu konstatieren, dass divergierende

Ergebnisse darauf hinweisen könnten, dass in der thematischen Fokussierung der jeweiligen Forschungsfragestellung ein Problem angesprochen sein könnte, dessen Relevanz für Deutschland zu prüfen wäre.

4. Hinzu kommt, dass die jeweiligen Fragerichtungen häufig nicht mit reflektiert werden und daher nicht ausgewogen sind. Bei der Untersuchung des Verhältnisses zwischen Sozialstruktur und Katastrophe war die Katastrophenforschung lange Zeit so orientiert, dass sie die Sozialstruktur als abhängige Variable untersuchte, also der Frage nachging, wie Katastrophen auf soziale Strukturen einwirken. Dies ist ein im Kern naturwissenschaftlicher Ansatz. Es wird ausgehend von Ereignisort (z. B. Nähe des Epizentrums zum Wohnort), Ereignisstärke (Magnitude, die Flutwelle oder die Sturmstärke) und Zeitpunkt (in der Nacht, zur Hauptverkehrszeit, zur Bürozeit) die hervorbrachte Wirkung des Ereignisses auf Menschen und ihre Artefakte untersucht. Eine wissenschaftliche Aussage könnte z. B. sein, dass die Schäden im Vergleich zur Stärke des Ereignisses relativ moderat waren. Nach dieser Aussage könnte sozialwissenschaftlich untersucht werden, ob es kulturelle Adaptationsprozesse an das entsprechende natürliche Risiko gegeben hat.

In dieser Hinsicht hat sich ein Perspektivenwandel dahingehend vollzogen, dass Sozialstruktur inzwischen als ursächliche Kraft hinter Katastrophen (als unabhängige Variable) gesehen wird, so dass verstärkt festgestellt werden kann, welche Rolle die jeweiligen sozialstrukturellen Bedingungen bei der Verursachung von Katastrophen spielen und wie ethnische, soziale und geschlechterorientierte Schichtungen dazu beitragen, dass sich Menschen oder soziale Menschengruppen größeren Risiken ausgesetzt sehen als andere. In dieser Fragerichtung könnte z. B. untersucht werden, wie Schichtungsmerkmale einer ethnisch-kulturellen Minderheit zu ihren Verlusten bei einer Katastrophe beigetragen haben, beispielsweise durch eine den Risiken nicht angepasste Bauweise oder durch das Fehlen materieller Ressourcen, um Schutzstrategien zu entwickeln und erfolgreich einzusetzen.

5. Anders als die funktionalistische Perspektive, die sich vornehmlich auf soziale Strukturen bezieht, sind Theorieansätze wie der symbolische Interaktionismus auf die Bedeutung von Kultur zentriert. Inzwischen zeichnet sich in der sozialwissenschaftlichen Katastrophenforschung eine kulturelle Wende ab. Dabei kann Kultur ebenso als abhängige wie als unabhängige Variable behandelt werden. Wird sie als abhängige Variable gesehen, sind Studien auf die Wirkung von Katastrophen auf bestimmte Aspekte der Kultur gerichtet. Ein Ergebnis könnte sein, dass kulturelle Lernprozesse je nach ethnisch-kultureller Zugehörigkeit unterschiedlich erfolgen oder dass das Ärgste verhindert

wird, wenn etwa ein regional entwickeltes Laienwarnsystem wirksam wird oder wenn Menschen durch funktionierende soziale Netze physisch und sozial von anderen unterstützt werden. Oder es kann z. B. untersucht werden, wie sich Katastrophen auf die Wohnkultur von Menschen auswirken, ab wann es zur Herausbildung bestimmter Rituale, Legenden etc. kommt, ob sich danach eine Disaster Culture entwickelt und ob es spezifische Unterschiede zwischen ethnisch-kulturellen Gruppen gibt.

6. Wird Kultur als unabhängige Variable konzipiert, wird die Rolle kultureller Vorstellungen, Glaubensorientierungen und Praktiken bei der Milderung oder Verschlimmerung von Katastrophen untersucht (vgl. Webb 2007, S. 234).
7. Weiter wurden im deutschsprachigen und europäischen Raum kaum Studien erstellt, die eine systematische Aufarbeitung zugelassen hätten. Es musste daher verstärkt auf US-amerikanische, australische, neuseeländische und kanadische Studien zurückgegriffen werden.

Viele Literaturlieferungen waren bei einer näheren Sichtung aus verschiedenen Gründen enttäuschend (vornehmlicher Bezug auf Detailfragen, Einzelfallbetrachtung, kein theoretischer Zugang zur Thematik etc.). Das erklärt auch den Umfang der beschafften, durchgesehenen und in die Datenbank aufgenommenen Literatur (über 1400 publizierte und nicht publizierte Aufsätze, Berichte, Dissertationen, Abschlussarbeiten, graue Literatur). Es ist nicht auszuschließen, dass in der ein oder anderen einzelfallorientierten Studie nicht noch generalisierbare und auf Deutschland weitgehend übertragbare Befunde schlummern.

Jedoch ist zu sehen, dass es für die Entwicklung von Empfehlungen, besonders aber von Prognosen, der theoretischen Rahmenkonzepte bedarf, denn erst auf einer solchen Grundlage kann sinnvoll geprüft werden, ob die Ergebnisse fallorientierter Studien mit der Konzeption kompatibel sind, und von welchen Faktoren es abhängt, wenn es Abweichungen gibt. Daher wurden theoretische Ansätze in der internationalen Katastrophenforschung ausfindig gemacht, die eine fachlich adäquate Zuordnung der Befunde verschiedener Studien zulassen. Wegen der größeren Analysetiefe dieser vornehmlich qualitativen Studien fiel auch die Entscheidung über die Möglichkeit der Übertragbarkeit auf Deutschland leichter als bei weitgehend quantitativ und behavioristisch ausgerichteten Studien.

Zu den Zielen der Studie gehört die Entwicklung und Bereitstellung eines Denk- und Handlungsrahmens für katastrophenvorsorge- und katastropheningenieurorientiertes Handeln in einer und für eine multikulturelle Gesellschaft.

Hierfür werden in der Studie wegweisende systematisierende Modelle und theoretisch-konzeptionelle Rahmen erschlossen, z. B. im Bereich der Risikokommunikation, Krisenkommunikation, für die Phasen vom Katastropheneintritt bis zur Wiedererholung und für Accidental Communities. In vielen Fällen werden von der Autorin konzeptionelle Ansätze weitergedacht und entfaltet, insbesondere dort, wo bislang zwar Befunde im Raum stehen (z. B. zur Frage von Panik), es aber an einer theoretischen Durchdringung des Problems fehlt.

Bevor die Darlegung von Fragestellungen und Ergebnissen zum Bevölkerungsverhalten erfolgt, bedarf es zunächst einer Klärung des Verständnisses von multikulturell, Multikulturalität und Ethnizität, weil daraus wichtige Folgerungen für die Vorgehensweise und die Interpretation der Ergebnisse resultieren.

1.2 Multikulturelle Gesellschaften, Ethnizität und Katastrophe

Moderne Gesellschaften wie die der Bundesrepublik Deutschland können ihren Bevölkerungsschutz und die Gestaltung der Katastrophenvorsorge nicht mehr auf der idealtypischen Grundlage eines nationalstaatlichen Modells, als gedachter Einheit von Nation, Kultur und geographischem Raum konzipieren. In einem solchen Modell waren „Grenzüberschreitung, Mischung der Sprachen, Kulturen und Räume, wie sie für Migranten an der Tagesordnung sind, ... nicht vorgesehen“ (Baxmann 2008, S. 49).

Migrantinnen und Migranten, insbesondere der 2. und 3. Generation, und Eingebürgerte lernen inzwischen, sich in Deutschland im öffentlichen Raum vernehmlich zu artikulieren und ihre Interessen zu formulieren. Nach Einschätzung Jörg Hüttermanns werden „aus peripheren, randständigen Fremden ... avancierende Fremde, die zumindest partiell ihre ökonomische, soziale und kulturelle Randständigkeit überwinden“ (Hüttermann 2007, S. 204).³

Für den Terminus multikulturell und multikulturelle Gesellschaft beziehe ich mich auf eine von Bhikhu Parekh (2002, S. 6) getroffene – Wertungen vermeidende – Unterscheidung zwischen „multicultural“ and „multiculturalist“. Unter „multicultural“ versteht Parekh jede Gesellschaft, die zwei oder mehr kulturelle Gruppen (communities) einschließt. Unter „multiculturalist“ versteht er eine liberal inspirierte Politik, die zum Ziel hat, kulturelle Gruppen, die anders sind als die Majorität, zu fördern, zumeist zu Bedingungen der Majorität. Im Folgenden werden entsprechend multikulturelle Gesellschaften als Gesellschaften aufgefasst, in denen zwei oder mehr kulturelle Gruppen leben. Damit wird, wie Bo Petersen (vgl. 2006, S. 21) formuliert, bewusst unterlassen, einen Standpunkt in der Debatte um Multikulturalismus als Integrationsstrategie einzunehmen.

3 Deutlich wird dies z.B. an den neueren Moscheen (seit den 90er-Jahren), die anders als die wenigen frühen Moschee-Bauten in Deutschland, die stilistisch an modernen und klassischen Hochkulturen orientiert waren, nunmehr vermehrt volkskulturelle Ästhetik zum Ausdruck bringen (vgl. Hüttermann 2007, S. 203).

Zu multikulturellen Gesellschaften und zur Kommunikation in multikulturellen Gesellschaften sind zahlreiche Werke erschienen, von denen einige relevante Arbeiten hier genannt seien. So stellt Alf Mintzel in einem kompakten Werk multikulturelle Gesellschaften in Europa und Nordamerika, Schlüsselbegriffe und -konzepte zur Beschreibung multikultureller Gesellschaften sowie makroanalytische Ansätze vor (vgl. Mintzel 1997). Hogan (2007) hat einen praktischen Führer zur Unterstützung multikultureller Gruppen entwickelt, der auch für die Katastrophenvorsorge in kulturell heterogenen Gruppen von Nutzen sein kann. Zudem gibt es Anleitungen, wie mit interkulturellen Konflikten umgegangen werden kann. Hier ist besonders die Arbeit von Ting-Toomey und Oetzel (2001; siehe auch 2002) zu empfehlen. Zur Frage der Überbrückung interethnischer Kommunikationsprobleme sei Gudykunst (1994) genannt. Das Werk enthält zahlreiche Empfehlungen. Gudykunst und Mody (2002) haben ein grundlegendes Handbuch zu zahlreichen Fragestellungen auf verschiedenen Ebenen in der interkulturellen, internationalen und transnationalen Kommunikation herausgegeben, bei dem Kommunikationstechniken und die Entwicklung von Kommunikationsprozessen sowie der Konfliktaspekt berücksichtigt sind. Trainingsprogramme zur interkulturellen Kommunikation wurden z. B. von Brislin und Yoshida (1994) entwickelt und Kreps und Kunimoto (1994) geben einen Überblick über relevante Fragen zu multikultureller Kommunikation im Gesundheitsbereich.

Die Verwendung der Konzepte Ethnizität und Kultur zur Unterscheidung sozialer Gruppen wirft theoretische Probleme auf: Wenn eine Gruppe, etwa Migranten türkischer oder griechischer Herkunft, über bestimmte, ihnen zugeschriebene Merkmale als ethnisch-kulturelle Gruppe charakterisiert würde, so bestünde die Gefahr, von nicht änderbaren Unterscheidungen auszugehen. Es handelte sich in diesem Fall um einen essentialistischen Kulturbegriff (vgl. Mintzel 1997, S. 127), bei dem Kulturen als in sich geschlossene Einheiten (Kulturkreise) betrachtet werden. Vorstellungen, die von Ethnien als Abstammungsgemeinschaften ausgehen, liegt zumeist ein solch geschlossenes Kulturkonzept zugrunde, das Gefahren von Stereotypen, Mythenbildungen und Sündenbockmechanismen birgt (vgl. Petersen 2006, S. 25 ff. für Schweden). Die entgegengesetzte Perspektive betrachtet Ethnizität als abhängig vom sozialen Kontext, als dynamisch, situativ und relational. Grundlegendes zum Verständnis von Ethnizität trug bereits Max Weber (1976, S. 235) bei, der den Begriff des „ethnischen Gemeinschaftsglaubens“ prägte und konstatierte, dass die Merkmale, an die ein solches Gemeinschaftsgefühl angedockt werden kann, prinzipiell beliebig

seien.⁴ Die sozial konstruktivistische Sichtweise wurde seit den 20er Jahren des 20. Jh. an der Chicago-School weiterentwickelt. Dabei wurde die symbolische Dimension sozialen Handelns betont (vgl. Park 1950). In dieser Tradition steht auch das Konzept des norwegischen Anthropologen Eriksen (1993). Nach Eriksen gewinnt Ethnizität erst dann an Bedeutung, wenn sie als bedroht wahrgenommen wird. D. h., sie entwickelt sich insbesondere als Reaktion auf relationalen Druck durch rapiden sozialen Wandel, Krisen und Bedrohungen auf unterschiedlichen Ebenen. Dieser Befund ist mit Analysen von Vamik D. Volkan zum Phänomen des „Zeitkollaps“ kompatibel. Danach kann es zu einer radikalen Reaktivierung eines manchmal Jahrhunderte alten Traumas einer ethnischen Großgruppe⁵ kommen (siehe Abschnitt 7.2). Zudem kann Ethnizität

-
- 4 Heuristisch kann das Konzept der primordialen Ethnie nach Pierre L. van den Berghe (vgl. Berghe 1981) von einem formalistischen bzw. konstruktivistischen Konzept von Ethnie nach Fredrik Barth (vgl. Barth 1982) unterschieden werden. ‚Primordialisten‘ gehen davon aus, dass Ethnien und ethnische Gruppen objektive (primordiale) soziale Gegebenheiten sind, die durch gemeinsame Abstammung, gemeinsame physiologische Attribute, gemeinsame kulturelle Deutungsmuster, Geschichte, Religion und Ordnungsprinzipien sowie durch ein gemeinsames Territorium gekennzeichnet sind. ‚Formalisten‘ und Konstruktivisten gehen demgegenüber davon aus, dass Ethnien bzw. ethnische Gruppen durch soziale Selbst- und Fremdzuschreibungen konstruiert werden. Damit wird zugleich soziale Wirklichkeit konstruiert. Die soziale Konstruktion bezieht sich auf die Fremd- und Selbstzuschreibung bestimmter Merkmale und Attribute, die Herstellung von Gruppenzugehörigkeit aufgrund bestimmter Merkmale, Konstrukte über Bezugsgruppen, Konstruktion spezifischer, kulturell vermittelter Interaktionsmuster, sowie die soziale Herstellung einer Persönlichkeit durch Sozialisation und Enkulturation (vgl. Mintzel 1997, S. 126). Auch Thomas Hylland Eriksen (vgl. Eriksen 1993) ist ein bedeutender Vertreter dieser Richtung. Max Weber (vgl. 1976, S. 234-244) kann als Wegbereiter des formalistischen bzw. konstruktivistischen Ansatzes bezeichnet werden, dem auch in dieser Studie gefolgt wird.
- 5 Die Reaktivierung des ‚alten‘ Traumas kann z. B. durch einen politischen Führer angestoßen werden, der um die Möglichkeiten des Verweises auf alte Traumata und ihrer Nutzung zur Identitätsstiftung und Legitimierung von aktuellem politischem Handeln weiß. Im Fall der Türkei verweist Hunn darauf, dass bezogen auf Türkinnen und Türken ein bis heute nachwirkendes Problem sei, dass es in der Türkei zu einer politischen und kulturellen Spaltung kam. Der Grund wird in der Verdrängung und Geringschätzung der Religion beim Aufbau eines modernen Staatwesens durch Atatürk und die mangelnde Verarbeitung des Konfliktes zwischen Religion und Zivilisation gesehen. Zudem hätte die sich im Untergang des Osmanischen Reiches reflektierende Überlegenheit westeuropäischer Mächte „tiefe Spuren im Bewusstsein der muslimischen Türken hinterlassen“ (Hunn 2002, S. 9). Dass wiederum die Staaten, die diese Niederlage verursacht hatten, der politischen Elite der Türkei als Maßstäbe für die künftige Entwicklung dienten, habe dazu geführt, dass die

als Strategie in politischen Kämpfen eingesetzt werden, um z. B. bestimmte Ziele zu erreichen. Typische Ethnizitätsstrategien sind z. B. Wiederholungen von „wir“ durch unterschiedliche Symbole und Medien, Standardisierung der Bildung sowie Benennungen und Verweise auf gemeinsame Symbole (insbesondere Verdichtungssymbole, vgl. Edelman 1976). Das Resultat des Einsatzes solcher Strategien kann eine steigende soziale Identifizierung (möglicherweise aber auch ein Widerstand gegen Vereinnahmungen) sein. Der Einsatz solcher Strategien ist sowohl durch Vertreter der Majoritätsbevölkerung wie durch Vertreter von Minderheitengruppen möglich. Zwar kann Ethnizität als Ergebnis radikalen sozialen Wandels angesehen werden, es handelt sich jedoch meist nicht um eine erzwungene Identitätsbildung. Das Gefühl ethnischer Zugehörigkeit entwickelt sich in gruppenspezifischen Sozialisationsprozessen, also innerhalb von In-groups, jedoch auch über Fremdzuschreibung. Letzteres bedeutet, dass vermeintlich oder tatsächlich anderen ethnisch-kulturellen Gruppen in der Regel negative Eigenschaften zugeschrieben werden. Dabei kann einerseits davon ausgegangen werden, dass Menschen von dem Bedürfnis getragen sind, sich in (Herkunfts-)Gruppen zu verorten, und sich andererseits von anderen unterscheiden möchten (vgl. Falkheimer und Heide 2006, S. 194). Fallstudien zeigen, dass ethnische Unterschiede in Krisen an Bedeutung gewinnen oder sogar eskalieren⁶, während sie im Alltag in ihrer Bedeutung eher zurücktreten. Dies kann sich auch bemerkbar machen, wenn es um Fragen des Vertrauens bzw. Misstrauens in Behörden und Hilfsorganisationen geht. Vertrauen ist bereits im gesellschaftlichen Alltag wichtig. Bei akuten Risiken, Gefährdungen und Warnungen oder der Bekämpfung von Ereignissen und Katastrophen ist Vertrauensstiftung und Vertrauenserhalt von herausragender Bedeutung für die Verständigung

Frage der Identität bis heute ein zentrales Problem der Türken sei. Würde man die hier skizzierte Spaltung in der Türkei, einschließlich der Geringschätzung der islamischen Religion, als gewähltes Großgruppentrauma im Sinne von Volkan auffassen, so ist denkbar, dass aktuelle Äußerungen von Geringschätzung gegenüber dem islamischen Glauben zu einem „Zeitkollaps“ im Sinne Volkans führen (vgl. Abschnitt 7.2) und zumindest bei einem Teil der türkischen Migrantinnen und Migranten zu einer plötzlichen Reaktivierung dieses historischen Traumas führen.

- 6 Nach Andersson (2000) kam es nach einem Brand während einer Party in der Macedonian Meeting Hall, in der 400 junge Leute aus 19 Nationen zusammen waren, zu schweren Ausschreitungen. Entsprechend der qualitativen Studie bestand eine breite Lücke zwischen der Gruppe der Immigranten und der schwedischen Gesellschaft und es herrschte eine implizite Angst vor schwerwiegenden Konflikten zwischen Immigranten und Rassisten (vgl. Andersson 2000, S. 258; nach Falkheimer und Heide 2006, S. 184).

und möglicherweise auch die Lebensrettung Gefährdeter. Das Problem besteht darin, dass die Umschlagsgeschwindigkeit (also die Zeit, in der aus Gefahren oder Risiken Ereignisse oder Katastrophen werden, vgl. Geenen 2009) so hoch sein kann, dass keine oder kaum noch Zeit für vertrauensbildende Maßnahmen in der bedrohlichen Situation bleibt. Die Voraussetzung von Migrantinnen und Flüchtlingen dafür, Vertrauen zu Behörden zu haben, kann auch von Faktoren abhängen, die nicht im Handeln von Organisationen in Deutschland begründet liegen. So ist zu befürchten, dass Migrantinnen aus südlichen Ländern (Griechenland, Türkei, afrikanische Staaten), zumindest in der ersten Migrationsgeneration, teilweise ängstlich, möglicherweise sogar panisch reagieren, wenn es zu Ereignissen kommt, von denen sie sich bedroht fühlen, weil sie kein Vertrauen haben, dass die hiesigen Organisationen, die mit der Gefahrenabwehr befasst sind, dem gewachsen sind. Ein solches Misstrauen resultiert zumeist aus Vorerfahrungen mit mangelnder Kompetenz entsprechender Organisationen im Herkunftsland⁷. Nach mündlicher Auskunft von Dieter Farrenkopf (2009; siehe FN) neigten Menschen aus Ländern mit unterentwickelten Rettungsorganisationen dazu, z. B. bei einem Brand mit Qualm im Treppenhaus aus dem Fenster zu springen, da sie nicht auf ihre Rettung vertrauten.

- ➔ Empfohlen wird die Anreicherung der Kenntnisse von Migrantinnen und Migranten über die Funktionstüchtigkeit und Vertrauenswürdigkeit von Rettungs- und Hilfsorganisationen in Deutschland. Ansprechpartner könnten neben Schulen, Kirchen bzw. Moscheen, Organisationen, institutionalisierten Treffpunkten der jeweiligen Minderheit, insbesondere Geschäftsleute sein, bei denen Migranten beiderlei Geschlechts einkaufen, insbesondere Lebensmittel- und Gemischtwarenhändler (dies gilt nicht nur für Migrantinnen und Migranten türkischer Herkunft, sondern auch für solche aus der früheren Sowjetunion (FSU), dem ostasiatischen Raum und Afrika). Die Besitzerinnen oder Besitzer solcher Läden sind als ein Multiplikator für Informationen zu sehen und wissen möglicherweise mehr über die Migrationsbevölkerung in ihrem Stadtteil als Organisationen der jeweiligen Minderheit (es gehört zu ihrer Geschäftsgrundlage, ihre Kundinnen und Kunden zu kennen und deren Vertrauen zu genießen). Eventuell könnten mit ihnen auch gemeinsame Informationsveranstaltungen geplant werden.

7 Grundlage für diesen Befund: Interview mit dem ehemaligen Leiter der Feuerwehr Hamburg, Herrn Dipl.-Ing. Dieter Farrenkopf.

Als ein weiteres Problem in dem angesprochenen Kontext kann mangelndes Vertrauen in Rettungskräfte und Behinderung des Zugangs sein, wenn die Rettungskräfte zu eng mit Polizeiorganen kooperieren. Dies ist bei Minderheiten insbesondere dann der Fall, wenn diese in ihrem Herkunftsland mit Gewalt durch Ordnungskräfte konfrontiert waren.

- ➔ Es wird daher ein Verhandeln auf gleicher Augenhöhe empfohlen, da dadurch Vertrauen geschaffen wird. Daher ist eine zu enge Verbindung zwischen Ordnungskräften und Einsatzkräften der Feuerwehr (dies gilt auch für andere Organisationen, die im Bereich S&R engagiert sind) nach Möglichkeit zu vermeiden. Um das Vertrauen in Kräfte, die mit Rettung und Katastrophenhilfe befasst sind, zu wahren, bedarf es unbedingter Neutralität. Z. B. ist es der Feuerwehr durch ein Verhandeln auf gleicher Augenhöhe und Wahrung der Neutralität möglich, Zugang in Situationen und zu Personengruppen zu gewinnen, die ein problematisches oder angstbesetztes Verhältnis zu Polizeikräften haben. Ein ungehinderter Zugang ist für die Feuerwehr in Situationen, in denen Gefahr im Verzug ist (insbesondere bei Bränden), unabdingbare Voraussetzung für die Gefahrenabwehr.

1.3 Kultur und Ethnizität

Insbesondere Anthropologie und Ethnographie, aber auch die Soziologie sind in ihren Kernbereichen mit kulturellen Fragen befasst. Die Diskussion darüber, was Kultur und Kulturen ausmacht, was ihre zentralen Elemente sind, der Stoff, aus dem Gesellschaften gewoben sind, hält bis heute an. Kroeber und Kluckhohn (1952) nennen nach Durchsicht der Literatur allein 162 Definitionen von Kultur. Und bis heute fehlt es sowohl an einem einheitlichen Konzept als auch an einer durchgängig akzeptierten Definition. Um diese Frage nicht kontingent zu behandeln oder zu umschiffen, lege ich den weiteren Ausführungen eine *arbeitsbezogene Definition von Kultur* zugrunde, die treffend, weit genug und aussagekräftig ist und an Kulturkonzepte der Theorien symbolischer Interaktion, des Konstruktivismus und der Symboltheorie anknüpft:

- ➔ Kultur kann als sinnhaftes System von Bedeutungen, Bedeutungshorizonten und Bewertungen (Regeln, Normen) verstanden werden, die Menschen miteinander teilen und die auch – meist intergenerativ – weitervermittelt werden. Bedeutungen, Bewertungen und Handeln sind aufeinander bezogen und im Wandel begriffen. Soziales Handeln (dazu gehört auch Kommunikation) kann sich kulturell unterscheiden. Mit Ernst Cassirer lässt sich Kultur als Gesamtheit symbolischer Formen, Prozesse und Akte verstehen.

Wird Kultur als sinnhaftes System von (symbolisch vermittelten) Bedeutungen und Bedeutungshorizonten (einschließlich Sprache) verstanden, die Menschen miteinander teilen, so heißt dies, dass es kleinere und gravierende Verständnisprobleme zwischen Angehörigen unterschiedlicher Kulturen geben kann und wird. Die Schwierigkeiten des Verstehens von Menschen mit anderer kultureller Verortung beruhen unter anderem darauf, dass es eines tieferen Wissens um ihre kulturellen und sprachlichen Kontexte bedarf. Ein Kontext umfasst Informationen, die über eine übermittelte Botschaft (z. B. einen Text) hinausreichen und oft wichtiger sein können als die Botschaft selbst. Ebenso ist es mit nonverbalen Gesten. Dieselbe Geste kann kulturspezifisch unterschiedlich konnotiert sein und der Kontext, in dem sie steht, ist jeweils anders gefasst. Dies

reicht von Begrüßungsformeln bis zu Teezeremonien (vgl. Gudykunst und Mody 2002, S. 9).

Dass *Bewertungen der Bedeutung von Dingen oder Handlungen kulturell differieren*, drückt sich auch in Regeln, Normen, Gesetzen, Tabus und im Grad der Legitimität bzw. Illegitimität aus. So kann das Handeln, das in der einen Kultur als legitim gilt, in einer anderen für illegitim gehalten werden. Das kulturelle Gut, das für die Angehörigen einer Kultur eminent wichtig, eventuell sogar heilig ist, kann den sich einer anderen Kultur zugehörig oder verbunden Fühlenden als nur von geringem Wert, wertlos oder sogar suspekt erscheinen.

Kulturelle und ethnische Zugehörigkeit können zusammenfallen, sie müssen es jedoch nicht. Jeder Mensch könnte sich mit einer Kultur verbunden fühlen, ein tiefes Verständnis für sie entwickeln und doch – bezogen auf die Herkunft – einer anderen Ethnie oder Nation angehören. Das beste Beispiel kann eine über viele Jahre in einer anderen Kultur (z. B. der marokkanischen, französischen oder balinesischen) forschende Ethnologin sein, die immer noch ein ethnisches Gemeinschaftsgefühl für ihre Heimat Schottland empfindet, kulturell jedoch eine stärkere Affinität zur Kultur des Volkes entwickelt hat, das sie erforscht, oder sie kann sich zu beiden Kulturen gleichermaßen hingezogen fühlen.

Die Anwendung des Begriffes Kultur auf eine bestimmte Gruppe – so, wenn von der japanischen, türkischen, deutschen oder amerikanischen Kultur die Rede ist – verdeckt, dass sich dahinter jeweils eine Vielzahl von Sub-Kulturen und mithin ausdifferenzierten symbolischen Sphären verbergen, die sich überschneiden, überlagern oder gegeneinander abgrenzen und keineswegs ganzheitliche homogene symbolische Welten im Sinne von Monokulturen bilden (vgl. Müller-Funk 2006, S. 7). So können Kulturen, indem symbolisch vermittelt Bedeutungen, Bewertungen und Handlungsorientierungen geteilt werden und sie sich von anderen abgrenzen, homogenisierende Tendenzen zugesprochen werden. Andererseits würden Kulturen wesentliche Momente einbüßen, wenn sie nicht zugleich Kontingenz, Mischung, Heterogenität, Vielfalt und Differenz hervorbringen würden.

Schon Cassirer hat angedacht, dass ein Leben in der Vielheit bedeutet, „schon in einer Binnenkultur auf Einheit zu verzichten“... „So sind intra- und interkulturelle Phänomene in einer oftmals als homogen gedachten Kultur unter den Bedingungen von Modernität unvermeidlich“ (Müller-Fuchs 2006, S. 57).

Das Beispiel der Mohammed-Karikaturen, aber auch der Konflikt um „Die satanischen Verse“ (siehe Abschnitt 1.4), zeigen, dass Konflikte aufbrechen, wenn Medien und andere Akteure latente Vorbehalte zum Hochspielen von Konfliktfronten nutzen und wenn nicht gegenseitige Toleranz, Sensibilität und ein Mindestmaß eines Verstehenswillens herrschen. Durch die Mohammed-Karikaturen fühlten sich Muslime symbolisch in doppelter Weise angegriffen. Denn erstens wurde damit das Verbot, ein Abbild zu schaffen, verletzt, und zweitens Mohammed als Verdichtungssymbol (vgl. Edelman 1976) für die Religionsgemeinschaft beschädigt. Unter einem Verdichtungssymbol ist hier ein „heiliges Symbol“ zu verstehen, auf das wesentliche Elemente der Kultur bezogen werden und mit dem sich die Anhänger identifizieren. Die Verunglimpfung eines solchen Symbols kann als feindliche Handlung aufgefasst werden, wie sie bezogen auf materielle Kulturgüter durch einen Kriegsgegner erfolgen kann, wenn Kulturgüter willentlich zerstört oder beschädigt werden, um den Feind zu demütigen und seine Kampfkraft zu verringern, wovon ja die Haager Konvention zu schützen sucht. Die immaterielle Beschädigung oder Beschmutzung eines Symbols für Reinheit und das Göttliche, eines zentralen immateriellen Kulturgutes also, wie dies Mohammed für die islamischen Gläubigen darstellt, kann somit als feindliche Handlung aufgefasst werden. Bei dem Karikaturenstreit waren rechtsextreme und massenmediale Versuche von Bedeutung, die Anhänger einer Religion, die ihre religiösen Symbole und Regeln verteidigen, als undemokratisch und unzeitgemäß erscheinen zu lassen und als der westlichen Kultur unterlegen öffentlich ‚vorzuführen‘. Bereits dieser Vorgang zeigt, dass Kulturen „im höchsten Maß konstitutiv für die Etablierung von Diskriminierung und Herrschaft“ sind. Denn „Kulturen auf allen Ebenen ist es inhärent, dass sie Rangordnungen etablieren. Das hängt damit zusammen, dass es sich bei Kultur um keinen rein deskriptiven oder analytischen, sondern um einen im höchsten Grad normativen Begriff handelt“ (Müller-Funk 2006, S. 10 f.).

Zu den kulturellen Herrschaftsmustern kann, wie bereits oben dargestellt, der wertende bzw. abwertende Vergleich von Kulturen gehören. Bo Petersen hat solche Abgrenzungs- und Diskriminierungsprozesse und ihre Eskalation in schwedischen Gemeinden untersucht. Sie stellt fest, dass Fremde (lokale Pizzeriaeigentümer, Asylbewerber) in den Konstruktionen, die in den Gemeinden und den Massenmedien kursierten, von einem Risiko zu einer Bedrohung und inneren Gefahr stilisiert wurden, wobei die Dynamiken solcher Prozesse kontextabhängig sind. Ihr Fazit lautet:

„For centuries the meta-narrative of the superiority of Western civilization has reigned supreme in the Western world. It is ever-present among its residents and its insights seemingly innocent and banal forms reproduced on a daily basis in their lives“ (Petersen 2006, S. 125).

Bezogen auf das, was zu tun ist, empfiehlt sie, dass jeder auf seine eigenen alltäglichen Praktiken und die eigene Konstruktion des „wir“ und „sie“ achten sollte. Immigranten blieben so lange Fremde, wie sie nicht in den alltäglichen Diskurs und das Gemeindeleben einbezogen würden. Es werde weiterhin vorkommen, dass Geschichten über sie erzählt und Gerüchte verbreitet würden und die gesamte Gruppe aus Einzelereignissen gespeist (z. B. bei einzelnen Kriminellen unter den Asylbewerbern) mit Stereotypen überzogen werde. Petersen fordert, dass Bildungsinstitutionen Curricula und Textbücher herausbringen, die nicht unreflektiert Stereotype über Immigranten und Fremde verbreiten. Zudem sieht sie bei den lokalen und nationalen Medien, deren Vertreter eine Elitegruppe in der Gesellschaft darstellen, dass sie Verantwortung dafür tragen, dass etablierte Stereotype nicht perpetuiert oder verstärkt werden (vgl. Petersen 2006, S. 122). In diesem Kontext ist auf eine besonders extreme Form der Stereotypisierung, ja Dämonisierung, von muslimischen Minderheiten im Zusammenhang mit dem 11. September 2001 in verschiedenen westlichen Medien und im öffentlichen Diskurs zu verweisen. Kurz- und langfristig schaden Feindbilder und Argwohn dem gesellschaftlichen Leben und führen zur Paralyse. Bei Minderheiten können sie zu verstärkten Ethnifizierungen als Gegentendenzen zu dem ihnen entgegengebrachten Verdacht und den ihnen übergestülpten Stereotypen führen (siehe Abschnitt 7.2).

Wie wenig festgeschrieben kulturelle Orientierungen tatsächlich sind, zeigt sich daran, wie oft sich Migrantinnen und Migranten der ersten Generation und ihre Kinder selbst als zwischen zwei Kulturen stehend beschreiben, während wiederum zahlreiche Einwanderer der „zweieinhalbten und dritten Generation das Bild vom Leben zwischen zwei Kulturen“ ablehnen (Hunn 2002, S. 16). Sie wiederum haben zur Interkulturalität gefunden, was entweder die Vorstellung eines Zusammenfließens beider Kulturen oder die Auswahl des individuell für am besten Befundenen aus beiden Kulturen bedeuten kann. Fragen der komplexen Wechselwirkung zwischen Ethnizität und Kultur sowie zu Einflüssen aus dem jeweiligen Herkunftsland und Fragen des intergenerativen Wandels kann hier nicht weiter nachgegangen werden. Zu konstatieren ist jedenfalls, dass Vorsicht gegenüber Vorstellungen homogener kultureller Orientierungen

bei Einwanderern aller Generationen, aber auch in der Majoritätsbevölkerung geboten ist.

Diese Einschätzung wird auch von der modernen Medien- und Kommunikationsforschung geteilt. So wird inzwischen davon ausgegangen, dass soziale, kulturelle und technologische Wandlungen zu einer steigenden Fragmentierung des Publikums geführt haben. So ist es nach McQuail (2005, S. 12 ff.) allgemein schwieriger geworden, und zwar selbst für einen Überredungskünstler, auf kommerzieller oder politischer Ebene ein großes Publikum zu erreichen.

Bezogen auf multikulturelle Gesellschaften ist die Forschungslage dürftig. Andersson (2005) hat – für Schweden – Unterschiede der Mediennutzung von Schweden und Immigranten herausgearbeitet. Danach besitzen Immigranten häufiger Kabelanschluss oder Satellitenempfänger und digitale Fernsehtechnologie als angestammte⁸ Schweden. Immigranten abonnieren seltener Tageszeitungen, lesen aber häufiger kostenlos zugängliche lokale Zeitungen. Für Immigranten der ersten Generation gibt es Sprachbarrieren. Ihr Interesse an internationalen Nachrichten ist z. T. größer als das Interesse an lokalen und nationalen Nachrichten. Diese Unterschiede in der Nutzung können in kulturell unterschiedlichen Interessen und Bedürfnissen begründet liegen. Es ist jedoch auch zu sehen, dass Beschäftigungsniveau und Einkommen bei angestammten Schweden höher liegen als bei Immigranten der ersten Generation. In Krisensituationen wird das Internet unter Immigranten der ersten und zweiten

8 Der Begriff „angestammte Schweden“ wird als Übersetzung von „native Swedes“ verwendet. Sofern nicht ausdrücklich betont, wird darunter verstanden, dass ein Migrationshintergrund nicht erkannt wird, entweder, weil er nicht vorhanden ist oder in der Untersuchung nicht berücksichtigt wird oder sich im Dunkel der Geschichte verliert. Entsprechend wird bei anderen Nationalitäten verfahren (etwa: angestammte Deutsche und Migranten). Das Problem ist, dass es keinen adäquaten Begriff zur Übersetzung von „native“ gibt. Würde man Immigranten oder Migranten dem Begriff Deutsche gegenüberstellen, wäre dies insofern nicht korrekt, weil ja ein Teil der Migranten inzwischen die deutsche Staatsbürgerschaft hat. Ebenso könnten Deutsche ehemalige polnische Einwanderer ins Ruhrgebiet in der dritten Generation oder türkische Migranten in der zweiten, dritten oder vierten Generation sein. Diese Ausführungen zeigen, dass die Abgrenzung zwischen „Deutschen“ oder „Schweden“ hier und „Migranten“ da etwas Statisches gegenüber einer fließenden Realität hat. Jedoch bedarf es für die Herausarbeitung von Unterschieden zwischen Migrantinnen und Migranten und der übrigen Bevölkerung einer Begrifflichkeit, um den Text nicht umständlich werden zu lassen. Dennoch bereitet die oben genannte begriffliche Unterscheidung der Autorin ein gewisses Unbehagen.

Generation viel genutzt. Jedoch handelt es sich bei den festgestellten Unterschieden zwischen Immigranten und angestammten Schweden um Tendenzen und graduelle Unterschiede. So lesen Immigranten häufiger ausländische Zeitungen. Dennoch gilt der Befund einer regelmäßigen Lektüre ausländischer Zeitungen nur für 16 % der Immigranten der ersten Generation. Ein weiteres Ergebnis der Studie von Andersson (2005; nach Falkheimer und Heide 2006) ist, dass Immigranten der zweiten Generation graduell ähnliche Mediennutzungsmuster annehmen wie angestammte Schweden.

1.4 Exkurs: Eine kommunikative Eskalationsspirale und ihre Beilegung am Beispiel von „The Satanic Verses“ von Salman Rushdie

Bhikhu Parekh behandelt in einem Abschnitt seiner Arbeit über Multikulturalismus „Rethinking Multiculturalism. Cultural Diversity and Political Theory“ (2000, S. 295-335) die Reaktionen auf Salman Rushdies 1989 erschienenen Roman „The satanic Verses“ (Die satanischen Verse) bezogen auf die britische Gesellschaft und in ihrem Hineinwirken in die internationale Glaubensgemeinschaft des Islam. Als Akteure werden von ihm die britische Öffentlichkeit, die in Großbritannien lebenden Muslime, Politiker, Schriftsteller und Journalisten, die alle über die Massenmedien kommunizierten, identifiziert. Die Inhalte der Diskurse wirkten auf die Diskussion mehrerer, auch normativ konnotierter Themen, wie Religionstoleranz, Redefreiheit, Einwanderungspolitik und des Multikulturellen, in die Gesamtbevölkerung, die islamischen Gemeinschaften und die britische Elite zurück. Das Konfliktpotenzial der Auseinandersetzung schwankte zwischen einzelnen Eskalationsstufen, die außerdem durch unterschiedlich ausgeprägte Kommunikationsformen und Diskussionsebenen gekennzeichnet waren.

Nach Veröffentlichung des Buches am 26. September 1986 erhielt die Kritik daran öffentliche Aufmerksamkeit, blieb aber friedlich und im Stil fair. Es kristallisierte sich heraus, dass die britischen Muslime hauptsächlich an drei Aspekten des Buches Anstoß nahmen: 1. die von Rushdie mit historischen Überlieferungen unterfütterte falsche Darstellung des Islam, 2. die in vulgärer Sprache und obszönem Ton erfolgende Beleidigung und Verunglimpfung Mohameds und anderer heiliger Persönlichkeiten und 3., dass Rushdie das Ansehen der Muslime verletze und diese zu unmoralischen Barbaren degradiere. Die Diskussion der Kritikpunkte verlief zunächst wie viele Debatten in liberalen politischen Systemen und erregte keine mediale Omnipräsenz. Die Forderungen der Muslime, wie mit dem Werk weiter zu verfahren sei, verschärfen sich jedoch. Dies kann als Folge dessen angesehen werden, dass auf die moderaten Wünsche der Kritiker nicht eingegangen wurde. Denn zunächst wurde nur darauf gedrängt, das Buch mit einem Vorwort zu versehen, in dem klargelegt werden sollte, dass das Werk fiktiven Charakter habe und die historischen Fakten

nicht korrekt berücksichtigt worden seien. Als darauf nicht eingegangen wurde, wurde bald darauf die Einstellung des Drucks und das Entfernen aus Bibliotheken gefordert. Später wurde die Ausweitung des (britischen) Antiblephemie-Gesetzes auch auf andere Religionen als das Christentum verlangt (vgl. Parekh 2000, S. 299).

Das Initial für die Veränderung von Art und Verlauf des Konfliktes bildete im Januar 1989 die Verbrennung eines Exemplars von „Die satanischen Verse“ durch eine kleine Gruppe radikaler Gegner des Werkes vor Medienvertretern auf einem öffentlichen Platz. Sie erhofften sich von ihrer Aktion mehr Aufmerksamkeit, Verständnis und die Beachtung ihrer Bedürfnisse und Forderungen. Diese Erwartungen kehrten sich jedoch ins Negative um, als die Protestierenden von Journalisten und Schriftstellern als barbarisch und unzivilisiert beschimpft und sogar mit den Nationalsozialisten verglichen wurden. Vielleicht als Reaktion auf dieses Unverständnis seitens der britischen Kulturschaffenden, welche die freie Meinungsäußerung in diesem Fall höher gewichteten als die ebenfalls geschätzte Sensibilität gegenüber anderen Religionen und Kulturen, suchten die Muslime Unterstützung bei muslimischen Führern im Ausland. Sie transferierten den Konflikt also auf die internationale Ebene und holten das Urteil externer Dritter ein, die bis jetzt nicht an dem Konflikt partizipiert hatten und sich erst durch sein internationales Bekanntwerden angesprochen fühlten. Schnell fühlten sich die Muslime anderer Länder in ihrer religiösen Dignität angegriffen. Im Verlauf der Ausweitung des Konflikts sprach Ajatollah Khomeini am 14. Februar 1989 eine Fatwa gegen Salman Rushdie aus und bat alle Muslime, diese erfüllen zu helfen. Für einen Teil der Muslime verrechtlichte er den Sachverhalt damit. Insgesamt fühlten sich die Gläubigen dadurch in ihrem Selbstbewusstsein gestärkt. Dies wurde noch unterstützt, indem Rushdie ein seichtes Reuegeständnis abgepresst werden konnte und seine Gegner jetzt große Aufmerksamkeit in den Medien und bei der britischen Regierung erfuhren (vgl. Parekh 2000, S. 300).

Ein solcher Zugewinn an Aufmerksamkeit und Macht führte bei einem Teil der in Großbritannien lebenden Muslime zur Radikalisierung. Zudem kam ihnen gelegen, dass durch die Fatwa die Aufmerksamkeit von ihrer vermeintlichen Unzivilisiertheit zurück auf Rushdies Werk gelenkt wurde. Im Laufe des Jahres 1989 veröffentlichten konservative wie liberale britische Medien Interviews und Statements von islamischen Führern im Land sowie von verunsicherten einfachen Gläubigen. Die Art der Präsentation der Artikel erweckte den Eindruck,

als seien alle Muslime blut- und rachedurstig. Mit der verstärkten Einmischung der Medien verschärfte sich die Meinungsmache, die sich durch immer neue Berichte selbst verstärkte und den Medien immer mehr Diskursmacht gab. Auf diese schlechte Presse reagierend solidarisierte sich die Mehrzahl der britischen Muslime. Die kleine Gruppe überzeugter radikaler Gegner Rushdies vergrößerte sich also um die allermeisten Personen gleichen Glaubens, welche sich zuvor nicht oder moderat zum Thema geäußert hatten. Die Fatwa und ihre mediale Behandlung wirkten identitätsverstärkend, denn kaum ein Muslim mehr, selbst die liberalsten unter ihnen nicht, widersprach noch Rushdies Feinden (vgl. Parekh, S. 300).

Geprägt von der Radikalisierung warfen die britischen Medien den Muslimen vor, die Theokratie einem liberalen säkularen System vorzuziehen. Außerdem fand eine breite öffentliche Debatte über die vielleicht zu lasche Einwanderungspolitik und die Doktrin des Multikulturalismus statt. Das Buch von Rushdie und seine Inhalte zunehmend beiseitelassend, entwickelten sich Grundsatz- und Wertediskussionen. Weiter entspann sich ein Metakonflikt um die verschiedenen Positionen und ihre Rechtfertigung, als Nichtmuslime, die Rushdie kritisierten, dafür angegriffen wurden. Schließlich wurde, nachdem die Zahl der muslimischen Rushdie-Kritiker immer weiter angestiegen war, auch der Hass auf Muslime generalisiert. Waren zunächst die Muslime aus Bradford unbeliebt, welche von Anfang an „Die satanischen Verse“ angriffen hatten, vergrößerte sich im Laufe des Jahres 1990 die Ablehnung auf alle britischen Muslime, dann auf die Gesamtheit aller Muslime und zuletzt auf den Islam selbst (vgl. Parekh 2000, S. 301). Es kam also zu einer Radikalisierung der nichtmuslimischen britischen Gegenseite und zu einer Stigmatisierung aller Muslime als rückschrittlich und unterentwickelt. Verstärkt wurde dieser Prozess dadurch, dass die britischen Medien immer weniger über den Inhalt des Werkes diskutierten. An Stelle dessen wurde über die Drohungen gegen Rushdie berichtet. Er wurde von ihnen als Held gefeiert, der den britischen Lebensstil gegen islamische Fundamentalisten verteidigte. Der Diskurs entfernte sich sukzessive von seinem Ausgangspunkt und verselbstständigte sich durch die Verknüpfung mit grundsätzlichen Fragen und solchen der Qualität und Unter- oder Überlegenheit von Werten und Lebensweisen (vgl. Parekh 2000, S. 303).

Eine Entspannung setzte erst ein, als Rushdie öffentlich Selbstkritik übte. Daraufhin kühlte sich der Konflikt merklich ab und es wurde auf beiden Seiten die schon vorher im kleinen Kreis vorhandene Tendenz bekräftigt, die eigene

Position zu überdenken. Die Muslime begannen, ihre bisher fast uneingeschränkte Unterstützung der Fatwa und den Wert der Redefreiheit zu diskutieren, während die weitere britische Gesellschaft übereinkam, dass religiöse Sachverhalte sensibel behandelt werden sollten und der Religionshass einer Hinterfragung bedarf. Diese beidseitige Reflexion löste schließlich für viele den Konflikt auf oder führte ihn zumindest auf das Niveau zurück, auf welchem er sich in den ersten Wochen nach der Veröffentlichung von „The satanic Verses“ befand (wobei hier zu beachten bleibt, dass Rushdie noch lange bedroht wurde und das Thema zum Teil bis heute präsent blieb) (vgl. Parekh 2000, S. 303).

Insgesamt erscheint der Streit um Rushdies Buch von Diversität und Ungleichheit geprägt. Es zeigten sich unterschiedliche Relevanz- und Wertsysteme auf beiden Seiten, die sich auch in den verschiedenen Wertschätzungen kultureller Güter widerspiegelten. Für die Muslime hatten ihre Religion und ihre Heiligen den höchsten Stellenwert, für die säkularisierte britische Mehrheitsbevölkerung war es das demokratische Grundrecht der Meinungsfreiheit, welches den Rang eines Heiligtums einnahm, und das liberale politische System, das für sie eine Kulturleistung darstellte. Die kulturelle Differenz kam auch bei der scheinbar unreflektierten Anwendung von Stereotypen auf die gegnerische Gruppe zum Tragen, als nämlich die Muslime als unzivilisiert und barbarisch, die Briten als westlich-dekadent und überheblich verunglimpft wurden. Es ist davon auszugehen, dass diese Vorurteile historisch gewachsen sind, vielleicht noch aus dem Aufeinandertreffen beider Kulturen in der Kolonialzeit herrühren und bis heute Wirkkraft besitzen. Wie für Stereotype üblich, wurden sie auf alle Mitglieder der anderen Seite generalisiert und riefen Abwehrmechanismen und ein Gefühl der Ungerechtigkeit und des Ungerechtfertigtseins hervor. Die Muslime fühlten sich im Vergleich zur restlichen britischen Bevölkerung ohnehin ungleich behandelt, da ihre Interessen von den Medien nicht aufgegriffen wurden, sie als Minderheit also übergangen wurden und anders als die Briten keinen gleichberechtigten Zugang zu den Medien hatten. Auch die unterschiedlichen Erwartungen an die Gegenseite können vor dem unterschiedlichen kulturell-historischen Hintergrund gesehen werden. Für die britische Mehrheitsgesellschaft war es offenbar überraschend, dass sich eine Minderheitengruppe derart engagiert und energisch für ihre Interessen einzusetzen wagte und die westlichen Werte anscheinend nicht um jeden Preis teilte, insofern also wohl wenig integriert war. Die Muslime dagegen wirkten erschrocken über das Unverständnis und die radikale Ablehnung der Berücksichtigung ihrer religiösen Empfindlichkeiten.

Infragestellen und Überdenken, Selbstkritik und gegenseitiges Aufeinander-zugehen sind geeignete Mittel zur gewaltlosen Beilegung eines Konflikts, der in diesem Fall wiederum gegenseitigen gleichwertigen Respekt, friedliche Lösungsstrategien und die Fähigkeit zur multikulturellen Kommunikation in der Gesamtbevölkerung zur Voraussetzung haben muss. Zwar konnten die Muslime eine öffentliche Debatte auslösen, die einen letztlich positiven Ausgang fand. Diese Debatte hatte jedoch keine Auswirkungen auf die Art der Veröffentlichung von „The satanic Verses“.

Die Analyse von Bhikhu Parekh verdeutlicht, dass derartige Eskalationen vermieden werden können, wenn sich die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen, einschließlich Massenmedien und Politik, in der Bearbeitung eines solchen Konfliktes an der Ausgangslage, also an den drei wesentlichen Kritikpunkten der Muslime an „The satanic Verses“ und an ihrer Ausgangsforderung orientiert hätten. In einer wirklich sachorientierten öffentlichen Debatte hätte eine Demokratie unter Beweis stellen können, dass sie auch mit sensiblen religiösen Themen freiheitlich und adäquat umgehen kann. Gerade für eine ethnisch-kulturelle Minderheit, die immer in Gefahr steht, als Andere und Minderwertige stratifikatorisch auf eine untere soziale Position verwiesen zu werden (vgl. Geenen 2002), sind ihre identitätsstiftenden kulturellen Formen und Inhalte von besonderer Bedeutung. Zudem ist anzumerken, dass ein Blasphemieverbot tatsächlich für alle Religionen gelten sollte oder für keine.

1.5 Minderheiten in Deutschland

Für die Darstellung der internationalen Erfahrungen zum Bevölkerungsverhalten in multikulturellen Gesellschaften ist es zunächst wichtig, die sozialdemographische Verteilung von Minderheiten in Deutschland zu skizzieren, damit verständlich wird, vor welchem Hintergrund die internationalen Erfahrungen dargelegt werden.

Die Expansion von Städten durch Fremde ist kein modernes Phänomen. Erinnert sei an die Aufnahme von Religionsflüchtlingen und anderen Fremden im 17. Jahrhundert, die nach dem Dreißigjährigen Krieg wesentlich am Aufbau von Gewerbe und Handel mitwirkten. Kurfürst Friedrich IV. rief im sogenannten „Privilegienbrief“ von 1652 zum Zuzug in deutscher, französischer und niederländischer Sprache auf und wandte sich dabei an „alle ehrlichen Leute von allen Nationen“, wobei den Zuzugswilligen neben persönlicher und Religionsfreiheit auch andere Vergünstigungen zugestanden wurden (vgl. Schäfers 2006, S. 173). Erst die sich in Deutschland im frühen 19. Jahrhundert anbahnende Nationalstaatenbildung, die Einführung des Staatsbürgerschaftsrechtes und erster Keime einer Sozialstaatlichkeit, nebst Vereinheitlichung der deutschen Sprache, Kultur und Geschichtsschreibung, machten aus den Zuwanderern Ausländer, wodurch sich die Barrieren für Zuziehende deutlich erhöhten. Während der Industrialisierung führte die Zuwanderung in Städte z. T. dazu, dass Altbürger zur Minderheit wurden. Das Ruhrgebiet nahm zahlreiche polnische Zuwanderer auf und erreichte bereits vor dem 1. Weltkrieg eine Größe von fünf Millionen Einwohnern (vgl. Schäfers 2006, S. 174). Heute erfolgt die Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland wie in anderen modernen Gesellschaften vornehmlich in Großstädte. Bevor auf die damit verbundenen Probleme näher eingegangen wird (vgl. Abschnitt 5.3.1), soll die Zusammensetzung der Bevölkerung kurz skizziert werden.

War Deutschland im Jahr 1955 ethnisch-kulturell noch weitgehend homogen (Ausländeranteil unter 1%), so lebten, entsprechend der Bevölkerungsfortschreibung des statistischen Bundesamtes, im Jahr 2007 bereits 7.257.028

Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Das entspricht einem Anteil von 8,83 Prozent an der Gesamtbevölkerung von 82,2 Millionen Menschen. Dabei ist die Verteilung der Ausländeranteile nicht homogen. Sie erreicht den höchsten Wert in Hamburg mit 14,3 Prozent und die niedrigsten Werte in den neuen Bundesländern (vgl. MINAS 2008, Seite 43). Höhere Anteile erreichen Ausländer in den Gebieten mit einem hohen Arbeitskräftebedarf. Dazu gehören auf Landkreisebene Frankfurt am Main, Stuttgart und das Ruhrgebiet, sowie auf Kreisebene Offenbach am Main, München und Stuttgart (jeweils über 23 Prozent Ausländeranteil). Bezogen auf die Bestandszahlen an Ausländern sind die absoluten Zahlen in Berlin, München und Hamburg am höchsten (vgl. MINAS 2008, Seite 46).

Betrachtet man die Herkunft der sich in Deutschland aufhaltenden Ausländerinnen und Ausländer (auf der Basis des Ausländerzentralregisters mit einer Bestandszahl von 6.744.897 am 31.12.2007), so kamen 34,6 Prozent aus Staaten der Europäischen Union und 65,4 Prozent aus Drittstaaten.

	absolut	Anteil an Gesamtbevölkerung	Anteil an ausländischer Bevölkerung
Insgesamt	7.246.600	8,83 %	100,00 %
Europa	5.362.629	6,53 %	74,00 %
Nordeuropa	57.285	0,07 %	0,79 %
Dänemark	19.014	0,02 %	0,26 %
Finnland	13.400	0,02 %	0,18 %
Island	1.236	0,00 %	0,02 %
Norwegen	6.318	0,01 %	0,09 %
Schweden	17.317	0,02 %	0,24 %
Westeuropa	382.619	0,47 %	5,28 %
Benelux-Staaten	166.762	0,20 %	2,30 %
Frankreich	108.090	0,13 %	1,49 %
Großbritannien, Irland	107.767	0,13 %	1,49 %
Südeuropa	2.719.988	3,31 %	37,53 %
Griechenland	287.187	0,35 %	3,96 %
Italien	523.162	0,64 %	7,22 %

	absolut	Anteil an Gesamtbevölkerung	Anteil an ausländischer Bevölkerung
Portugal	114.451	0,14 %	1,58 %
Spanien	105.526	0,13 %	1,46 %
Türkei	1.688.370	2,06 %	23,30 %
Sonstige	1.292	0,00 %	0,02 %
Mitteleuropa	212.783	0,26 %	2,94 %
Liechtenstein	210	0,00 %	0,00 %
Österreich	175.434	0,21 %	2,42 %
Schweiz	37.139	0,05 %	0,51 %
Baltikum	34.268	0,04 %	0,47 %
Estland	4.003	0,00 %	0,06 %
Lettland	9.980	0,01 %	0,14 %
Litauen	20.285	0,02 %	0,28 %
Ostmitteleuropa	673.259	0,82 %	9,29 %
Bulgarien	53.984	0,07 %	0,74 %
Moldau	12.214	0,01 %	0,17 %
Polen	393.848	0,48 %	5,43 %
Rumänien	94.326	0,11 %	1,30 %
Slowakei	24.477	0,03 %	0,34 %
Tschechien	34.386	0,04 %	0,47 %
Ungarn	60.024	0,07 %	0,83 %
östliches Osteuropa	332.868	0,41 %	4,59 %
Russische Föderation	188.253	0,23 %	2,60 %
Ukraine	126.233	0,15 %	1,74 %
Weißrussland	18.382	0,02 %	0,25 %
ehemaliges Jugoslawien	647.691	0,79 %	8,94 %
Albanien	9.971	0,01 %	0,14 %
Bosnien und Herzegowina	156.804	0,19 %	2,16 %
Kosovo	32.183	0,04 %	0,44 %

	absolut	Anteil an Gesamtbevölkerung	Anteil an ausländischer Bevölkerung
Kroatien	223.056	0,27 %	3,08 %
Mazedonien	62.682	0,08 %	0,86 %
Montenegro	6.380	0,01 %	0,09 %
Serbien	136.152	0,17 %	1,88 %
Slowenien	20.463	0,02 %	0,28 %
Afrika	267.484	0,33 %	3,69 %
Nordafrika	117.832	0,14 %	1,63 %
Westafrika	68.786	0,08 %	0,95 %
Zentralafrika	30.733	0,04 %	0,42 %
Ostafrika	34.443	0,04 %	0,48 %
Südliches Afrika	15.690	0,02 %	0,22 %
Amerika	216.263	0,26 %	2,98 %
Nordamerika insgesamt	113.392	0,14 %	1,56 %
davon USA	100.002	0,12 %	1,38 %
Mittelamerika, Karibik	30.028	0,04 %	0,41 %
Südamerika	72.843	0,09 %	1,01 %
Asien	808.624	0,98 %	11,16 %
Vorderasien	255.673	0,31 %	3,53 %
Irak	74.481	0,09 %	1,03 %
Iran	54.317	0,07 %	0,75 %
Sonstige	126.875	0,15 %	1,75 %
Süd-, Südostasien	286.923	0,35 %	3,96 %
Indien	44.405	0,05 %	0,61 %
Vietnam	83.606	0,10 %	1,15 %
Sonstige	158.912	0,19 %	2,19 %
Ost-, Zentralasien	266.028	0,32 %	3,67 %
Afghanistan	48.437	0,06 %	0,67 %
China	78.960	0,10 %	1,09 %

	absolut	Anteil an Gesamtbevölkerung	Anteil an ausländischer Bevölkerung
Kasachstan	53.899	0,07 %	0,74 %
Sonstige	84.732	0,10 %	1,17 %
Australien, Ozeanien	11.210	0,01 %	0,15 %
sonstige Ausprägung	58.009	0,07 %	0,80 %
Staatenlose	13.630	0,02 %	0,19 %
Ungeklärt, keine Angabe	44.379	0,05 %	0,61 %

Tab. 1 Ausländische Bewohner in Deutschland nach Geburtsländern absolut, in Anteilen an der Gesamtbevölkerung und in Anteilen an der gesamten ausländischen Bevölkerung zum 31.12.2008
 Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters. 2008, Wiesbaden 2009.
<https://www-ec.destatis.de/> Zugriff: 08.10.2009

Tabelle 1 zeigt die Verteilung der Ausländerinnen und Ausländer nach Geburtsländern, absolut, in Anteilen an der Gesamtbevölkerung (82.098.500) sowie bezogen auf die Gesamtzahl der Ausländer (7.246.600) zum 31.12.2008. Die Tabelle belegt eine bemerkenswerte Vielfalt der Geburtsländer, die ihrerseits ja in der Regel wieder mehrere ethnisch-kulturelle Gruppen beheimaten. Die größten Anteile stellen die Türkei (23,30 %), Italien (7,22 %), Polen (5,43 %), Griechenland (3,96 %) und Kroatien (3,08 %). Die Russische Föderation (2,60 %), Österreich (2,42 %) und die Benelux-Staaten (2,30 %) folgen. Der gesamte Kontinent Afrika ist nur zu 3,69 % der Geburtsort der in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer.

Die Verteilung der Geschlechterproportionen nach Erdteilen und ausgewählten Herkunftsländern zeigt zumeist ein recht ausgewogenes Bild (siehe Tabelle 2). Besonders hohe Frauenanteile (>60 %) sind hinsichtlich Finnland (70,2 %) und Philippinen (79,6 %) festzustellen. Niedrige Frauenanteile (<40 %) sind hinsichtlich Indien (35,3 %) und Irak (36,9 %) zu verzeichnen. Dieser Befund akzentuiert die Wichtigkeit, im Katastrophenschutz neben der ethnisch-kulturellen Diversität stets auch beide Geschlechter mit ihren möglicherweise unterschiedlichen Bedürfnissen im Blick zu halten.

	insgesamt	Frauen	Anteil der Frauen
Europa	5.362.629	2.612.362	48,7%
Finnland	13.400	9.413	70,2%
Italien	523.162	214.993	41,1%
Slowakei	24.477	14.301	58,4%
Türkei	1.688.370	799.367	47,3%
Ungarn	60.024	24.387	40,6%
Afrika	268.116	113.470	42,3%
Amerika	216.285	116.718	54,0%
Asien insgesamt	811.369	412.511	50,8%
Indien	44.405	15.663	35,3%
Irak	74.481	27.506	36,9%
Philippinen	19.633	15.634	79,6%
Vietnam	83.606	43.404	51,9%
Australien, Ozeanien	11.210	5.188	46,3%
sonst. Ausprägungen	58.009	24.046	41,5%
insgesamt	6.727.618	3.284.295	48,8%

Tab 2 Geschlechterproportionen ausländischer Bewohnerinnen und Bewohner in Deutschland nach Erdteilen und ausgewählten Herkunftsländern zum 31.12.2008

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters. 2008, Wiesbaden 2009.

<https://www-ec.destatis.de/> Zugriff: 08.10.2009

Bei den in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern und den Deutschen ausländischer Herkunft (die eingebürgert wurden) handelt es sich um einen hochgradig heterogenen Personenkreis mit unterschiedlichem Aufenthaltsrecht und unterschiedlichen Absichten, in Deutschland zu bleiben, unterschiedlichen Weisen und Graden der Integration und Segregation. Auch die räumliche Verteilung ethnischer Minderheiten ist statistisch nur mit einer durch Anforderungen des Datenschutzes begrenzten Auflösung darstellbar.⁹

9 Lt. Auskunft des Statistischen Bundesamtes wird das Merkmal „Staatsangehörigkeit“ im Rahmen des kommenden registergestützten Zensus dem Melderegister entnommen. Sollte

Der Aufenthaltsstatus kann vom Asylbewerber, Asylanten, Kriegsflüchtling bis zu Personen mit eingeschränkter oder dauerhafter Arbeitserlaubnis reichen und umfasst auch einen nicht unbeträchtlichen Anteil an Personen, die sich illegal in Deutschland aufhalten.¹⁰ Die Schätzungen variieren zwischen 0,5 und 2 Millionen. Nach Hinrichs (2003, S. 4) handelt es sich um ca. 1,5 bis 2 Millionen Personen, die entweder illegal einreisen (illegaler Grenzübertritt, nicht genehmigter Familiennachzug etc.) oder die bleiben, obwohl sie ausreisepflichtig wären (als abgelehnter Asylbewerber, als Saisonarbeiter oder nach Ablauf eines befristeten Aufenthalts als Tourist). Schätzungen, auf die sich die Caritas (2009) bezieht, liegen bei 0,5 bis 1 Million, in gleicher Höhe liegen die auf Schätzungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und Statistiken der Bundesagentur für Arbeit zur illegalen Beschäftigung beruhenden Schätzungen von Roßocha und Egenberger (2009, S. 4). Möglicherweise liegt die Distanz von 1 Million in der Schätzung zwischen 2003 und 2007 an der Wirkung der Legalisierungsprogramme im Zuge der Erweiterung der Europäischen Union und die jüngeren Schätzungen sind heute realitätsnäher. Nach wie vor ist jedoch von der Wirksamkeit des sogenannten Sperrklinkeneffektes durch verstärkte Grenzkontrollen auszugehen (vgl. Vogel 2007, S. 24 f.). Auf die Bedeutung illegal sich Aufhaltender für den Katastrophenschutz wird im nächsten Abschnitt eingegangen (vgl. Abschnitt 1.6).

ein „Geografisches Gitter“ eingesetzt werden können, wäre diese Information für jede Gitterzelle mit hoher Genauigkeit verfügbar (auf der Ebene der Datenspeicherung). Bei der Weitergabe und Publikation der Daten ist stets die Geheimhaltung zu bedenken, so dass abhängig von Bebauungsdichte, fachlicher Gliederung etc. entsprechend räumlich zu aggregieren wäre. Hierzu liegen noch keine Erfahrungswerte vor.

Das Merkmal „Herkunft“ dagegen wird über eine ergänzende Stichprobe erhoben, so dass signifikante Aussagen hierzu i. d. R. nicht unterhalb der Gemeindeebene ausgewiesen werden können. Ausnahmen werden einige Großstädte bilden, für die es Stadtbezirksergebnisse geben wird. Dagegen wird es für Gemeinden unter 10.000 Einwohner gar keine eigenen, sondern lediglich Ergebnisse für den gesamten Landkreis geben. Beim Zensus 2011 wird es das Merkmal „Herkunft“ nicht geben. Vor diesem Hintergrund schlägt das Statistische Bundesamt vor, den Begriff „Migrationshintergrund“ zu verwenden.

- 10 In den Niederlanden hielten sich Ende der 90er-Jahre zwischen 50.000 und 200.000 Personen illegal auf. Für die Vereinigten Staaten liegen die Schätzungen (für 1990) bei ca. 3 Millionen, in Europa insgesamt wurde für das Jahr 1991 von ca. 2,6 Millionen illegalen Migranten ausgegangen, in Japan liegen die Schätzungen für Anfang der 90er-Jahre zwischen 300.000 und 500.000 Personen. Illegale Migrantinnen bzw. Migranten haben prinzipiell keinen Zugang zu öffentlichen Institutionen (vgl. Engbergsen 2004, S. 113 f.).

1.6 Vorübergehender und illegaler Aufenthalt, Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz

Je nach Zeitpunkt und Ort (insbesondere in Großstädten), im Sommer auch auf Transitstrecken, bei Flughäfen, Bahnhöfen, Fährterminals etc. oder in der Nähe von Touristenattraktionen kann es sein, dass ein katastrophisches Ereignis auf zahlreiche Menschen trifft, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind und darüber hinaus nur geringe Ortskenntnisse haben. In der Katastrophenvorsorge und im Katastrophenmanagement besteht ein besonderes Problem darin, wie mobile oder nicht ansässige Individuen und Gruppen erreicht werden können. Meist wird diese Frage in der Forschung übergangen.

Insbesondere Thomas Drabek (1996)¹¹ hat sich in einer umfangreichen Untersuchung damit befasst, wie diese Individuen und Gruppen Katastrophen erleben. Die Interviews für seine Studie wurden Anfang der 90er-Jahre in verschiedenen Gebieten der USA durchgeführt (anlässlich zweier Erdbeben in Kalifornien, zweier Hurrikane an der amerikanischen Ostküste und einem Hurrikan auf Hawaii). Befragt wurden 827 Personen, die von einem der Ereignisse betroffen waren. Die Befragten gehörten einer der folgenden Gruppen an: Touristen, Wanderarbeiter, Umziehende, Obdachlose und Geschäftsreisende.

Seine wesentlichen Befunde sind (vgl. Drabek 1996, S. 2 ff.): Verglichen mit Ansässigen erreicht eine Warnung Reisende oder Personen in ihrem nahen Umfeld erst mit Verzögerung über die Medien. Warnungen wurden von den Befragten oft als unpräzise empfunden. Im Vergleich der Interviews zeigte sich ein ambivalentes Warnverhalten: Ein Viertel der Befragten ignorierte die Warnung vollkommen und ein Drittel brach sofort auf, um den Ort zu verlassen. Erkennbar wird, dass sich Personen, die unterwegs sind, bei ihrer Orientierungssuche teils an Personen an dem Ort wenden, an dem sie sich gerade befinden, und teils auf den Heimatort gerichtet sind (mögliche Veränderung der Relevanzstruktur). So beratschlagten Reisende untereinander, was zu tun sei, und erhielten oft Unterstützung von Hotelpersonal. Die Hälfte der befragten

11 Vgl. auch Burby und Wagner (1996).

Reisenden informierte Verwandte oder Freunde über ihre Lage und ließ Besitz im bedrohten Gebiet zurück. Anders als Ansässige suchten nur wenige Reisende Schutz bei Freunden. Vielmehr kehrten viele an ihren Wohnort zurück oder fanden ein Notquartier in öffentlichen oder privaten Einrichtungen. Die Hälfte der Betroffenen war mit den Notunterkünften zufrieden. Unter den anderen gab es massive Beschwerden über die Unterkünfte, die z. T. auch Ängste (vor Diebstahl, physischen Übergriffen etc.) hervorriefen, so dass 60 % versuchten, an den Ort zurückzukehren, an dem sie die Warnung erhalten hatten.

Die mobilen bzw. nicht Ansässigen wurden bei einer der fünf genannten Katastrophen körperlich verletzt (4 %), erlitten psychische Schäden (6 %) und verloren Eigentum (20 %). Zwischen den untersuchten sozialen Gruppen ergaben sich Unterschiede im Verhalten und in der Reaktion auf die Katastrophe. Zudem unterschied sich das Verhalten in Abhängigkeit vom Typus des Ereignisses (Hurrikan vs. Erdbeben) und dem besuchten Gebiet (vgl. Drabek 1996, S. 4 f.).

In der Gegenüberstellung der Befragungsergebnisse zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen den untersuchten sozialen Gruppen (Touristen, Wanderarbeiter, Umziehende, Obdachlose und Geschäftsreisende) hinsichtlich der Quellen, von denen Warninformationen bezogen wurden, der Art der Notunterkünfte, die genutzt wurden oder werden konnten, und hinsichtlich Verletzungen und Verlusten. Alle Befragten sagten aus, dass ihr Verhalten aus der Unkenntnis über lokale Gegebenheiten resultiert hätte, wobei Erdbebenopfer anders reagierten als vom Hurrikan Betroffene. Touristen in städtischen Gebieten nutzten häufiger öffentliche Notunterkünfte als solche, die ländliche Räume besuchten. Erstere kehrten seltener sofort nach Hause zurück. Die meisten Befragten verließen das jeweilige Katastrophengebiet erleichtert, stellten aber fest, dass die in der Tourismusindustrie Tätigen besser auf den Katastrophenfall vorbereitet sein sollten.

Drabek gibt dementsprechend den Rat, dass Unternehmer der Tourismusbranche mehr in die Katastrophenvorbereitung und die Notfallvorsorge investieren sollten.¹² Wäre die Tourismusbranche besser vorbereitet, könnte es sich lohnen, Reisende auf Personal im Tourismussektor zu verweisen und das Vertrauen in das Personal zu stärken, da dieses oft mehrsprachig ist und über

12 Mit Fragen der Schulung im Dienstleistungssektor Tourismus befassen sich z. B. Johnston, Becker, Gregg et al. (2007).

bessere Ortskenntnisse verfügt. Sofern das Personal in der Branche entsprechend geschult ist, kann es eine zusätzliche Unterstützung dadurch bieten, dass es über organisatorische Abläufe informiert ist.

Bezüglich der Gestaltung einer Warnung ist sicherzustellen, dass möglichst viele derjenigen, die aus verschiedenen Gründen unterwegs sind, auch die Warnung erhalten. Sinnvoll ist, möglichst weitreichende und diversifizierte Kommunikationskanäle zu nutzen und auf Mehrsprachigkeit zu achten. Da die Befragten klagten, dass ihnen die Warnungen unverständlich waren, muss deren Formulierung so gestaltet werden, dass auch Ortsunkundige sich mittels ihrer orientieren können. Wegen der fehlenden Ortskenntnis helfen Ortsfremden Lage- und Anfahrtsbeschreibungen, z. B. zu Notunterkünften, die nur Einheimische verstehen, wenig. Um eventuelle Skepsis zu vermeiden oder abzubauen, sollte in der Warnung ebenfalls erwähnt werden, dass die zur Verfügung stehenden Notunterkünfte tatsächlich schützen und in der Regel bestmöglich ausgestattet sind.

Wie dies im Einzelnen erfolgen kann, bleibt Gegenstand weiterer Untersuchung. Zudem muss die Dringlichkeit und Relevanz der Warnung betont werden, weil immerhin ein Viertel der Befragten sie ignorierte. Es kann darüber spekuliert werden, ob die Reisenden die Warnung ignorierten, weil sie nicht wussten, was in welcher Weise zu tun sei. Mit einer Warnung sollten daher knappe Informationen für Touristen und andere Menschen, die unterwegs sind, als Handlungsanweisungen kommuniziert werden. Auf eine kurze und präzise Formulierung der Warnung sollte in jedem Fall geachtet werden.

Es kommt darauf an, dass bereits in der Vorbereitung auf Ereignisse entsprechende Aufrufe, Warnmeldungen, Informationen etc. in die wichtigsten Sprachen übersetzt werden und auf sie bei notwendigen Warnungen sofort zurückgegriffen werden kann. Es empfiehlt sich, eine entsprechende mehrsprachige Datenbank zu allen wichtigen Fragen des Katastrophenschutzes anzulegen.

Bei illegal sich Aufhaltenden kommt ein weiteres Problem hinzu. Im Katastrophenfall bedürften auch diese Menschen eventuell der Betreuung, ärztlichen oder sonstigen Versorgung, eventuell der Dekontamination. Nun stellt sich für sich illegal Aufhaltende in einer solchen Situation das gravierende Problem, dass ihr Status der Illegalität offensichtlich werden könnte, wenn sie sich betreiben, beraten, versorgen oder dekontaminieren lassen. Jede gewählte behördliche

Vorgehensweise muss bei den angesprochenen Personen und Personengruppen hinreichend glaubwürdig und überzeugend wirken. Denn den angezielten Aktionen ist nur dann Erfolg beschieden, wenn Menschen in ihrem Umkreis sie ermutigen könnten, hinreichendes Vertrauen zu gewinnen und den öffentlichen Empfehlungen oder Anweisungen zu folgen, oder sie von sich aus Vertrauen fassen könnten. Als Lösungswege für das skizzierte Problem werden die folgenden zwei Vorgehensweisen gesehen.

Es finden keine Kontrollen von Identifikationspapieren (Ausweisen etc.) statt. Das vor Kurzem verabschiedete Gesetz, dass illegal sich Aufhaltende die Dienstleistungen von Krankenhäusern in Anspruch nehmen können, ohne dass ihre Daten an die Ausländerbehörde weitergeleitet werden, könnte hier wegweisend sein (Bundesrat 2009, Zu § 88.2, S. 508 f.; vgl. Jakob 2009).

Es wird im Vorhinein allen sich nicht legal Aufhaltenden, die sich melden, zugesichert, dass sie ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht gewinnen. Damit würde dem niederländischen Beispiel beim Flugzeugabsturz in Amsterdam (vgl. Abschnitt 7.1.2) gefolgt. Zu sehen ist jedoch, wie das Beispiel in den Niederlanden zeigt, dass sich in einem solchen Fall unter Umständen mehr Menschen melden, als sich gerade in der gefährdeten Region oder im Katastrophengebiet aufhalten. Ähnliche Überlegungen wie bei dem rapiden Eintritt eines Ereignisses (Unfall, Katastrophe, terroristischer Anschlag) wären jedoch auch relevant, wenn eine hochinfektiöse Seuche ausbrechen würde. Denn zum Schutz der Gesamtbevölkerung wäre es auch in einem solchen Fall sinnvoll, Regelungen vorzusehen und vorzubereiten, die geeignet sind, illegal sich Aufhaltende zu ermutigen, sich gegebenenfalls zu melden.

2

Die kulturelle Dimension von Katastrophen

2.1 Entfaltung der kulturellen Dimension von Katastrophen

Wenn insgesamt gesagt werden kann, dass Katastrophen auf die Kultur bzw. Kulturen einwirken und Kultur bzw. Kulturen zu Katastrophen beitragen (vgl. Webb 2007, S. 434), wird erkennbar, dass die Behandlung der kulturellen Dimension quer zu den anderen Fragestellungen liegt, denn die kulturelle Dimension der Katastrophe berührt auch alle anderen Themen. So kann z. B. zwischen Kulturen der Vorbereitung auf Katastrophen, Kulturen der Katastrophenbekämpfung, Kulturen der Erinnerung an Katastrophen und Disaster Cultures unterschieden werden.

Die kulturelle Dimension bezieht sich insofern nicht nur auf die Frage des Multikulturellen, denn, da Kultur allem menschlichen Schaffen inhärent ist, wirken Katastrophen generell kulturzerstörend, indem sie menschliches Schaffen vernichten und kulturschaffend, indem in Auseinandersetzung mit den Ereignissen Kultur hervorgebracht wird.

Katastrophen können das Leben von Menschen und ihre persönlichen Erinnerungen stark beeinträchtigen oder zerstören. So analysiert die Anthropologin Susanna M. Hoffmann nicht nur die allgemeinen Folgen des Feuersturms von Oakland vom 20. Oktober 1991, bei dem 25 Menschen starben und 6.000 Menschen, meist ungewarnt, ihr Haus oder ihre Wohnung verloren. Sie selbst ist eine der Überlebenden und beschreibt die Auslöschung ihres Eigentums und – schwerer noch wiegend – all ihrer persönlichen Erinnerungen und ihrer gesamten in 25 Jahren erarbeiteten wissenschaftlichen Forschungen, einschließlich fast fertiggestellter Manuskripte und ihrer Privatbibliothek, also eines wesentlichen Teils ihres individuellen kulturellen Gedächtnisses und Stützen für ihr kollektives Gedächtnis (Halbwachs 1985). Sie verlor auch ihren Lebensfaden. Da ihre Schilderung eine einfühlsame Beschreibung einer Erfahrung ist, wie sie viele Katastrophenopfer, aber auch Opfer eines familiären oder individuellen Unglücks, durchmachen, zitiere ich Hoffman etwas ausführlicher:

„I am one of the survivors. In the fire I lost my home and all my possessions. I lost my clothing, furniture, photographs, heirlooms, artwork, beloved objects, one car, and two pets. Since my office was in my home, I also lost twenty-five years of anthropological research, seven manuscripts not yet in to publishers, all my other writings, ideas, projects in development, the slides and photos of travels, lectures and course notes, and my entire library.

Though thankfully I lost no family, no friends, no people, still to describe the devastation, both physical and psychological, of this kind of loss is like trying to define eternity or infinity.

I had no salt. By this I mean I had no salt to put upon my food, and also that I had no salt left for tears. My weeping depleted every grain from my being.

I had no thread. By this I mean I had no thread to stitch my daughter's hem, and also I lost the threads of my life. The patterns of my days, my plans, my routines were irrevocably ruptured. The warp of my past was torn from the weave of my future. ...

I had no numbers. I lost all the addresses and phone numbers of everyone I knew or had ever known. ... I lost my vita, and while some might find this refreshing, without it and the rest of my numbers I lost both my connections and the equations that lead to opportunity. ...

No joy crept into my days for a lengthy while“ (Hoffman 1999a, S. 174).

In den Jahren seit dem Ereignis wurde Hoffman als Anthropologin und Frau Zeugin einer Reformulierung des sozialen und kulturellen Milieus, was aus ihrer Sicht auch eine faszinierende Seite hatte.

Auch die sozialen und kulturellen Erinnerungen, die geeignet sind, das kulturelle Gedächtnis (vgl. Assmann 2006) von sozialen Gruppen, einer Gesellschaft oder der Menschheit aufrecht zu erhalten, die Geschichte der Menschen, die vor uns lebten, zu erschließen, neu zu bewerten oder zu entdecken, kann bei Katastrophen verloren gehen. Brechen solche in Jahrzehnten oder Jahrhunderten von vielen Menschen und Generationen mühsam errichteten Stätten unseres kulturellen Gedächtnisses zusammen, wie unlängst das Kölner Stadtarchiv, so wird die Kultur der Gesellschaft um ein Stück ärmer. Die materiale Kultur, in Form von Schriftwerken, Gebäuden, Brücken oder Monumenten lässt die Werke von

Menschen in partiell eingefrorener Form lebendig werden. Durch die Zerstörung der hier skizzierten Bestandteile des kulturellen Erbes greifen Katastrophen tief in kulturelle Prozesse und Manifestationen ein. Dies ist jedoch nicht so zu verstehen, also ob „die Katastrophe“ auch der Akteur sei, denn Folgendes ist im Blick zu behalten:

„The notion that technological disasters are more easily dealt with than natural ones is a reflection of an old but now discarded idea that ‚Acts of God‘ have to be fatalistically accepted, but that ‚Acts of Man‘ lend themselves much more to human control. In actual fact, both Acts of God and Acts of Man are the same in that fundamentally they are the results of human and group actions“ Quarantelli (2003, S. 8).

Bei Katastrophen wird nicht nur menschliche Kultur durch intendiertes und nicht intendiertes menschliches Handeln zerstört. Katastrophen sind zugleich Ereignisse, in denen Menschen das Scheitern ihrer kulturellen Anstrengungen offengelegt wird, indem sich ihre zentralen Offerten als ungedeckt herausstellen (vgl. Clausen 1994, 17, 25 f.).

Die Frage, ob es angesichts der terroristischen Angriffe vom 9.11.2001 und der Zerstörung des World Trade Centers eine Rückkehr zur Normalität geben könne, wurde 2002 vom Präsidenten der Vereinigten Staaten bejaht und gleichzeitig verneint. Garry R. Webb fragt, ob es möglich sei, dass ein einzelnes Ereignis dauerhaft das soziale Leben verändern könne; wie ein solches Ereignis das Leben verändert haben könne; ob alle die Wandlungsprozesse in gleicher Weise wahrgenommen hätten und schließlich, ob es ein Einverständnis oder Uneinigkeit über die Wünschbarkeit solcher Wandlungen gebe (vgl. Webb 2007, S. 430). Damit spricht er die kulturelle Dimension gesellschaftlicher Katastrophen an, die bis heute viel zu wenig untersucht ist. Im Rahmen dieser Studie wird es nicht möglich sein, diese Dimension systematisch zu erschließen. Es sollen jedoch wichtige Befunde vorgestellt werden.

Neben der zerstörenden Kraft von Katastrophen können diese auch Auslöser und Anlass sein, Kultur zu schaffen. So gibt es eine Vielzahl populärer Formen von Katastrophenkultur und des Kulturschaffens nach Katastrophen. Diese reichen von Scherzen¹³ über die Erzählung von Geschichten oder Anekdoten über Ereignis-

13 Couch und Wade haben unterschiedliche Formen von Humor untersucht, insbesondere die Wandlung des Humors vor und nach dem 11. September 2001, und festgestellt, dass der

nisse, das Verfassen von Liedern und Gedichten bis zu Graffiti. In ihnen können sich Hoffnungen, Humor oder Frustrationen ausdrücken und der Versuch einer Sinnsuche wird erkennbar. Neue Rituale werden eingeführt, um dem eigenen Leben Halt und Bedeutung zu verleihen und behelfsmäßige Erinnerungsstätten werden errichtet. Mittels ihrer haben Überlebende die Möglichkeit, ihre Emotionen und Erinnerungen in Gemeinschaft anderer auszudrücken. In kleinerem Maßstab bieten bereits Erinnerungsmale für Unfalltote Hinweise darauf, dass Menschen, die sich kulturell unterschiedlich verorten, Stätten des Todes von Angehörigen symbolisch ausstatten und aufladen:

- ➔ So werden z. B. Unfallorte an Straßenrändern von Angehörigen mit kulturell-religiösen Symbolen versehen. Dort, wo z. B. von Christen ein Kreuz aufgestellt wird, von anderen ein „typischer“ Gegenstand des Verunglückten, stellen türkische Angehörige bisweilen eine türkische Nationalflagge auf (vgl. Rühl 2008, S. 317). Diese kulturellen Trauer- und Gedenksymbole sind zugleich Hinweise auf die Identität der jeweiligen Verstorbenen und ihrer Angehörigen. Kulturvergleichend ist solchen kulturellen Trauersymbolen bisher kaum nachgegangen worden.

Humor nach 9/11 dazu beitrug, Grenzen zwischen In-group good guys und Out-group bad guys zu stärken. Bezogen auf die Frage, ob Humor eher sozialen Wandel oder den gesellschaftlichen Status quo stärkt, kann festgestellt werden, dass er unmittelbar nach dem Ereignis, wie bei anderen nationalen Krisen oder Katastrophen, eher den Status quo bestätigt, und in der Anfangszeit höchstens verhalten war, jedoch bezogen auf Osama bin Laden drastisch werden konnte. Auch im Iran wurde in Cartoons der Status quo bestätigt, indem die USA z. B. als dominierend und kriegsorientiert dargestellt wurden (vgl. Couch und Wade 2003, S. 83 f.). Humor ist generell ein Mittel sozialer Interaktion zwischen Gruppen und Subgruppen. Er kann als eine Art von soziokulturellem Index der Gesellschaft, der Gruppen und Bevölkerungssegmente gesehen werden. Worüber Menschen lachen, zeigt, woran sie interessiert sind, worüber sie besorgt oder amüsiert sind. Humor kann dazu beitragen, dass Menschen mit schwierigen Situationen umgehen und Distanz zu einer durchlebten Katastrophe gewinnen können. Die Autoren haben unter Heranziehung von Bourdieus Ansatz dargelegt, dass Humor ein Mittel symbolischer Gewalt sein kann, wobei die Kultur der Mächtigeren ein ungleiches Schichtungssystem stärken kann, indem sie die Kultur weniger machtvoller Gruppen verletzt, z. B. durch Abwertung bestimmter ethnischer Gruppen oder von Menschen dunkler Hautfarbe, und die eigene Kultur als besser dargestellt wird. Mittels der Diskursanalyse von Foucault kann Humor als Teil des Diskurses zwischen Gruppen aufgefasst werden. Diejenigen, die Macht gewinnen, restringieren den Humorgebrauch durch weniger mächtige Gruppen. So waren z. B. Frauen und Kinder lange von der Verwendung eines vulgären Humors ausgeschlossen (Couch und Wade 2003, S. 71).

Bei der Bekämpfung von Katastrophen und bei ihrer Verarbeitung und der Erinnerung an sie kommt es in mehrfacher Weise zur Neuschaffung von Kultur.

1. Jede Kultur, die eine große Katastrophe durchlebt, bringt verschiedene Weisen kultureller und symbolischer Repräsentationen der Katastrophe hervor (vgl. Webb und Wachtendorf 2000, S. 5). Diese finden sich in der Populärkultur, in der Massen- und Konsumkultur und in der Hochkultur.¹⁴ Da die Populärkultur themenrelevant für das Bevölkerungsverhalten ist, sollen, insbesondere auf sie bezogen, im Folgenden internationale Erfahrungen dargestellt werden.
2. Es kann sich eine Disaster Culture nach Katastrophen herausbilden (z. B. in Form einer spezifischen Warnkultur).

Kulturelle Repräsentationen von Katastrophen spielen eine zentrale Rolle bei der Übermittlung zwischen Individuen, Gruppen und Generationen, denn die meisten Menschen in einer Gesellschaft sind nicht unmittelbare Zeugen einer Katastrophe, sondern lernen durch die Erfahrungen anderer (in direkter Interaktion mit Überlebenden, über Medien und aus Filmen).¹⁵

Cultural representation shape a group's understanding of disasters and may influence the way in which that group prepares for, responds to, and recovers from actual disasters. Consequently, social scientists, particularly those promoting the notion of sustainability, should pay more attention to the cultural aspects of disasters as they try to calculate communities and inform decision-making in the areas of settlement patterns, land use, and the adoption and expansion of high-risk technology (Webb und Wachtendorf 2000, S. 7 f.).

Zahlreiche Bereiche der Populärkultur haben mit emotionalen und rationalen Formen der kulturellen Verarbeitung von Katastrophen zu tun. Wenn ein zentraler Bestandteil menschlicher Kultur das sinnhafte Verstehen von Welt ist, dann sind Katastrophen als „important cultural events“ (Webb 2007, S. 430) und als „unthinkable‘ events in ‚inconceivable‘ contexts“ (Lagadec 2007, S. 489)

¹⁴ Bezogen auf die Hochkultur sei an die Werke berühmter Meister, z. B. das Gemälde „Vesuv bricht aus“ (1826) von Johann Christian Clausen Dahl; „Gescheiterte Hoffnung“ (1823/24) von Caspar David Friedrich, erinnert. Dazu gehören auch offizielle Gedenktage, öffentlich errichtete Mahnmale etc.

¹⁵ Gerade Katastrophenfilme verstärken oft Stereotype über ethnische Gruppen und soziale Schichten und bedienen sich klassischer Geschlechterstereotype in verletzender Weise.

Prozesse, die um so mehr der menschlichen Erklärungskraft, Phantasie und Sinnstiftung bedürfen, wollen sich Menschen nicht wie der untergehende Fischer im Mahlstrom der Parabel von Edgar Allen Poe fühlen (vgl. zur Interpretation der Parabel Elias 1983, S. 79 ff.; Dombrowsky 2009, S. 9 ff.). Umso mehr erscheint es verwunderlich, wie wenig sich die Katastrophenforschung bisher dieser kulturellen Dimension angenommen hat. In Studien, die kulturelle Fragen von Katastrophen thematisieren – dies gilt insbesondere auch für multikulturell orientierte Studien oder solche, die ethnisch-kulturelle katastrophensoziologische Fragestellungen zum Gegenstand haben – fällt häufig auf, dass nach einer kurzen Thematisierung der Bedeutung der Berücksichtigung der Dimension Kultur und der Notwendigkeit, kulturelle Unterschiede zu berücksichtigen, eine strukturelle Wende erfolgt. So könnte etwa der Aufsatz von Bob Bolin (2007) mit der Thematik „Race, Class, Ethnicity, and Disaster Vulnerability“ erhoffen lassen, dass auch kulturelle Orientierungen erörtert und verglichen würden, die möglicherweise vulnerabilitätserhöhend oder vulnerabilitätssenkend sein könnten. Im Wesentlichen ist diese, wie andere Studien und Reviews einschlägiger Literatur (z. B. Fothergill, Maestas et al. 1999) um Fragen sozialer Ungleichheit, Diskriminierung, Marginalisierung und Gerechtigkeitsfragen zentriert. Damit soll die Bedeutung und Berechtigung dieser Themen keineswegs bestritten werden. Auf sie wird an anderer Stelle zurückzukommen sein (siehe Abschnitt 3 und Abschnitt 5.3.2). Jedoch liegt die thematische Fokussierung nicht auf Fragen, wie Menschen sich in Abhängigkeit von ihren kulturellen Werten, den Bedeutungen, die sie Menschen und Dingen in ihrer Umgebung verleihen und schließlich den Kontexten, in die sie z. B. Katastrophenerfahrungen einordnen, verhalten, sondern auf einer makrosozialen Ebene. Auf dieser werden Bedingungen thematisiert, in die soziale Gruppen aufgrund der sozialen Positionen, die ihnen im jeweiligen gesellschaftlichen System zugewiesen werden, hineingeworfen sind. Diese „Positions- und Rollenzuweisung“ kann ethnischen Gruppen dann schließlich auch noch durch die Art der wissenschaftlichen Herangehensweise widerfahren:

„The complex mechanisms by which certain ethnic (and racial, gendered, and classed) categories of people are disadvantaged in relation to hazardous environments will remain invisible as long as researchers are concerned with statistical differences between groups rather than the pervasive social inequalities that produce measured difference“ (Bolin 2007, S. 117 [Hervorhebungen durch die Autorin]).

In einer solch statistischen Betrachtungsweise werden ethnisch-kulturelle Gruppen in doppelter Weise zum passiven Objekt gemacht: 1. indem wir über

ihr Verhalten, ihre Sinnhorizonte, ihre kulturellen Kompetenzen und Schwächen wenig oder nichts erfahren, sondern höchstens darüber, wie in Gesellschaften mit ihnen umgegangen wird, 2. und extremer, indem sie zu einer statistischen Kategorie eingeschmolzen werden.

Hervorhebenswert in ihrer kulturellen Orientierung sind demgegenüber Studien zu Fragen der Warnkultur und der Disaster Culture. Insbesondere in ersteren wird auch die multikulturelle Dimension stärker thematisiert.

Zu sehen ist, dass Katastrophen in allen Gesellschaften eines der wichtigsten Themen in Kunst, Musik, Volkserzählungen und anderen kulturellen Erzeugnissen sind (vgl. Webb 2007, S. 433). Quarantelli (1985, S. 32) hat beschrieben, dass Annahmen und Glaubensvorstellungen der Populärkultur über Katastrophen aus Filmen, Novellen, Comicbüchern und Fernsehprogrammen entnommen werden können. So gibt es z. B. Hinweise darauf, dass sich durch Katastrophenfilme, in denen unterschiedliche Katastrophenmythen präsentiert werden, die Risikowahrnehmung von Menschen und ihr Verständnis von Schutzmaßnahmen ändert. Nach Bakh und Neuwirth ist zwar der Grad des Einflusses ungeklärt, aber gesichert sei folgendes:

„that the dramatized portrayals of environmental disasters in popular entertainment fare, in conjunction with perceptions of realism and the attractiveness of role characters, may play an important part in how people form judgments about the degree of risk that individuals and society face“ (Bakh und Neuwirth 2000, S. 75).

Danach haben realistische Portraits von Katastrophen mit fesselnden Charakteren die stärkste Wirkung, wobei Probleme ernster genommen werden, wenn die Darstellung als realistisch wahrgenommen wird. Es kann entsprechend zur Setzung einer thematischen Agenda durch Medien kommen. So soll der Film „The China Syndrom“ zum Niedergang der Nuklearindustrie in den Vereinigten Staaten beigetragen haben. Nach Bakh und Neuwirth (2000, S. 76) tragen Filme zur Setzung von Agenden bei. Sie vermuten, dass sich die Wirkungen solcher Filme auf das katastrophenschutzorientierte Handeln von Zuschauern auswirken können. Jedoch ist wegen der experimentellen Anordnung ihrer Untersuchung nicht klar, wie lange solche Wirkungen von Filmen anhalten können.

Zur populären Konsumkultur der Katastrophe gehören Dinge wie:

„disaster jokes and humor, board games and puzzles with disaster themes, folk legends and beliefs about disasters, disaster calendars, songs and poems created at times of disasters, disaster predictions (e.g., the Iben Browning earthquake prediction) and reactions to them, disaster novels and films (including spoofs of the latter), disaster anniversary newspaper issues, Great Flood myths, on-site graffiti, memorial services of certain kinds, cartoons and comic strips with disaster themes, and disaster apparel (e.g., t-shirts, hats, and buttons)“ Webb (2007, S. 433).

Nach Webb (2007, S. 434) sollte eine formale Definition der Populärkultur der Katastrophe die folgenden vier Dimensionen berücksichtigen: 1. Charakterisierung des Produkts (materielle kulturelle Güter, z. B. Bücher, Filme, Quilts oder immaterielle kulturelle Güter), 2. Identität des oder der Produzenten (kulturelle Produkte von Überlebenden, z. B. Graffiti, Gedichte oder Produkte der Konsumgüterindustrie), 3. Zeitpunkt der Herstellung (kurz nach dem Ereignis oder viele Jahre später (z. B. heutige nostalgische Filme zum Untergang der Titanic), 4. Wege der Verbreitung und Konsumtion.

Es kann dabei zwischen einer Massenkultur, die von gesellschaftlichen Eliten produziert wird, um Menschen (z. B. durch Katastrophenfilme) in ihrem Geschmack und ihren Konsumpräferenzen zu beeinflussen, und einer Populärkultur, die von Menschen für sich selbst in lokalen oder regionalen Kontexten hergestellt wird oder über elektronische Netze ausgetauscht wird, unterschieden werden. In den Kontext der Populärkultur gehört, entsprechend der Untersuchung von Elaine Enarson (vgl. 2000), die kulturelle Antwort von Frauen auf die Red River Valley flood von 1999, in der sie ein kritisches Licht auf die häufige kulturelle Gleichsetzung von Frauen mit zerstörerischen natürlichen Kräften wirft (vgl. Enarson 2000, S. 43) und beobachtet, wie Frauen Katastrophen interpretieren und mit ihren Folgen konstruktiv umgehen. Anhand der Kultur des Quiltens stellt sie dar, wie interpersonelle Netzwerke und traditionelles Quilten Frauen dazu verhelfen, geschlechtsspezifische Erfahrungen und Gefühle auszudrücken.

Neben facettenreichen kulturellen Formen, die sich um und nach Katastrophen entwickeln, soll darauf verwiesen werden, dass es auch langfristig Kulturen in der Bevölkerung geben kann, die mit Katastrophen in Zusammenhang stehen.

Dazu gehören

- lokale Informations- und Warnsysteme, z. B. bei Hochwasserrisiken,
- an bestimmte Risiken angepasste Gebäude oder solche Gebäude, die z. B. bei Hochwasser von den Bewohnern selbst, ohne Behördenhilfe in Anspruch nehmen zu müssen, schnell abgesichert werden können und werden.

Diese Formen einer populären Kultur sind – jedenfalls für Deutschland – nicht systematisch erforscht. Sie sind jedoch geeignet, die Resilienz der Bewohner zu erhöhen. Von ihnen könnte gelernt werden. Und noch mehr: Die Bewohner könnten, wenn es z. B. um die Veränderung von hochwassergefährdeten Regionen an Flussläufen geht, auch gefragt und in die Planung mit einbezogen werden. So kritisiert Cannon, dass weder bei Begradigungen von Ufern noch bei neueren umweltorientierten Argumenten, die favorisieren, dass die Flussläufe wieder stärker renaturiert werden und Menschen akzeptieren sollten, dass sie mit der Flut leben, zwar Fehler ineffektiver Investitionen reduziert werden, dieses Vorgehen jedoch nicht der sozioökonomischen Situation der Bewohner und ihren Vulnerabilitäten gerecht werde. Er fragt daher:

„how are the causes of people’s vulnerabilities – the political, economic and social roots of it – going to be addressed? It is largely because power structures want to avoid dealing with such issues that the ‚tech-fix‘ approach is so dominant?“ (Cannon 2000, S. 7).

Cannon plädiert für qualitativ ausgerichtete Studien auf guter Datenbasis, in denen die Lebensbedingungen der Bewohner risikogefährdeter Regionen und ihre kulturelle Adaptation an Risiken systematisch erforscht werden, so dass 1. keine Konzepte an der Bevölkerung, ihren sozioökonomischen Lebensbedingungen und ihren Vulnerabilitäten vorbei entwickelt werden und 2. ihre Erfahrungen, ihr Wissen und ihre Resilienzen gefördert und nicht unterminiert werden und auch von ihnen gelernt werden kann.¹⁶

Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass nicht nur die selbst entwickelten kulturellen Formen von Bürgerinnen und Bürgern einen Beitrag zu ihrer Stärkung

¹⁶ So wird etwa in der natur- und ingenieurwissenschaftlich fundierten Studie von Deutsch et. al. (2000) zum Hochwasserschutz nicht erkennbar, dass bei der Entwicklung künftiger Strategien auch die betroffene Bevölkerung und ihre kulturellen Adaptationen an das Hochwasserrisiko entsprechend berücksichtigt werden.

nach Katastrophen und zur Resilienzerhöhung insgesamt leisten können. Möglicherweise tragen auch Kulturgüter in unserem Land zu dieser Stärkung bei, indem sich Menschen an ihnen als wichtigen kulturellen Symbolen aufrichten können. Zu ermitteln, ob, wie und in welchem Umfang eine solche Stärkung und Resilienzverbesserung durch die symbolische Kraft von Kulturgütern, zumal interkulturell divergierend oder kulturübergreifend, erfolgt, bleibt künftiger Forschung vorbehalten. Wie bedeutsam auch diese Güter sein können, um Menschen alltäglich Rückhalt und Zuversicht zu geben, wird erst offensichtlich, wenn ein terroristischer Anschlag wie der auf das World Trade Center zu einer weitreichenden, tiefen und langanhaltenden Traumatisierung der Bevölkerung sowie – wegen des erschütterten Vertrauens – zu bis heute unabsehbaren ökonomischen Folgen geführt hat. In einem solchen Fall zu wissen, welche kulturellen Symbole an die Stelle zerstörter identitätsstiftender Kulturgüter treten könnten, wäre gesamtgesellschaftlich von großer Bedeutung.

Insgesamt kann festgehalten werden,

1. dass die Kultur der Gesellschaft Katastrophen hervorbringt,
2. dass Katastrophen wiederum kulturzerstörend wirken und bestimmte gesellschaftliche und kulturelle Entwicklungen „falsifizieren“ (z. B. „Fehlplanungen“),
3. dass Menschen dem etwas entgegensetzen, indem sie nach Katastrophen in der Populärkultur in vielfältiger Weise kulturschaffend wirken und z. T. Disaster Cultures aufbauen, sei es in Form von Warnkulturen oder in Netzwerken, in denen Katastrophen sinnhaft gedeutet werden (z. B. Frauen, die an Quilts arbeiten). Gerade die Kenntnis der Perspektiven und Konzepte in der Populärkultur ethnisch-kultureller und nationaler Minderheiten könnte ein Potenzial schaffen, das zur Resilienz der gesamten Bevölkerung erheblich beitragen kann;
4. dass es mit hoher Wahrscheinlichkeit regionale Kulturen gibt, in denen Bewohnerinnen und Bewohner gelernt haben, Resilienz im Umgang mit wiederkehrenden Bedrohungen (z. B. Hochwasser) zu entwickeln. Diese regionalen Kulturen sollten erforscht werden, sie sollten in der Katastrophenvorsorge entsprechend berücksichtigt werden und von ihnen kann gelernt werden;
5. dass unsere Kultur über Kulturgüter von regionaler, nationaler und internationaler Bedeutung verfügt, deren Erhalt – bei Zerstörung gegebenenfalls auch deren symbolischer Ersatz – für die kulturelle Identität und das Vertrauen von

Menschen von großer Bedeutung ist. Auch hierbei wäre es wichtig, dass nicht nur die sogenannte Hochkultur symbolisch repräsentiert ist, sondern auch die Kulturen der Menschen, die dieses Land insgesamt ausmachen.

Über katastrophenbezogenes kulturelles Schaffen von Minderheiten, die auch in Deutschland von Relevanz sind, liegen keine aktuellen verwertbaren Befunde vor (siehe den Exkurs zur türkischen katastrophenbezogenen Kultur in Abschnitt 2.1.1). Künftig wäre es erforderlich, Unterschiede und Konvergenzen in der Populärkultur zwischen Majorität und Minderheiten systematisch zu berücksichtigen.

2.1.1 Exkurs zur türkischen katastrophenbezogenen Kultur

Die folgenden Ausführungen basieren im Wesentlichen auf Forschungserfahrungen von Geenen in der West-, Süd-, und Osttürkei in den Jahren 1985, 1992, 2002 und 2005.

Bezogen auf die Türkei ist zwischen einer Hochkultur und einer Volkskultur zu unterscheiden. Die türkische Volkskultur ist in ihren unterschiedlichen regionalen Ausprägungen reich an kulturellen Formen, die symbolisch und in direktem Handeln ein Umgehen mit Katastrophen erkennen lassen. Es ist zu sehen, dass die meisten Migranten in Deutschland einen volkskulturellen Hintergrund haben. Dieser ist besonders ausgeprägt in der ländlichen Türkei. Viele der Migrantinnen und Migranten in Deutschland sind in einem mehrstufigen Prozess aus den ländlichen Räumen zunächst in die türkischen Ballungszentren (insbesondere in der Westtürkei, aber auch in anderen Provinzen) migriert und von dort aus in die Länder Westeuropas. Viele Bewohner von Großstädten in der Türkei und viele Migranten in Deutschland unterhalten intensive Vernetzungen zu ihren Verwandten in den ländlichen Räumen (ca. 63 % der türkischen Familien in Deutschland sind Eigentümer eines Hauses oder einer Wohnung in der ländlichen oder städtischen Türkei; vgl. Hinrichs 2003, S. 34), so dass sich volkskulturelle Züge weiter erhalten haben können.

Da ein großer Teil der Türkei (mit Ausnahme des anatolischen Hochlandes) stark erdbebengefährdet ist, haben sich Riten, Bräuche, erdbebengepasste Bauformen, magische Rituale und Prophetien tief in der Kultur verankert. Die magischen Rituale (z. B. Wetterbeschwörungen) werden z. T. heimlich betrieben,

damit sie dem örtlichen Imam nicht bekannt werden sollen.¹⁷ Daran ist auch zu sehen, dass insbesondere die Volkskultur von einem partiell distanzierteren Verhältnis zu dogmatischen und fanatischen Formen des Islam geprägt ist.¹⁸ Dass das Leben nicht nur vom eigenen Handeln, sondern auch von Kismet (Schicksal) bestimmt ist, wird an alltäglichen Bräuchen wie dem Kaffeesatzlesen deutlich, die auch in der großstädtischen Kultur der Türkei und bei Migranten aus der Türkei in Deutschland noch in gemeinschaftlichen Zeremonien zelebriert werden. Es sei daran erinnert, dass auch der Begriff Disaster eine etymologische Vorgeschichte hat, die mit Schicksal zu tun hat.¹⁹ Wie stark das alltägliche Lebensgefühl von magischen Vorstellungen geprägt ist, zeigt sich daran, dass selbst einer deutschen Soziologin von einem türkischen Städtebauingenieur auf einem internationalen Kongress eines der in der Türkei in reißenendem Absatz befindlichen Güter, ein magisches Auge, das den ‚bösen Blick‘ abwenden hilft, überreicht werden konnte. Anekdoten über persönliche Erlebnisse oder solche von Verwandten oder Bekannten halten die Erinnerung an Katastrophen wach. Bei den Untersuchungen in der Türkei konnte festgestellt werden, dass sich Erdbeben, Brände, Überflutungen mit regionaler und überregionaler Schadenswirkung z. T. länger als 50 Jahre, manchmal sehr differenziert, im kollektiven Gedächtnis (zum Begriff siehe Halbwachs 1985) von Gemeinden halten konnten. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass sich in den Volkskulturen in der Türkei (möglicherweise auch wegen der kurzen Periode, seit der sich eine allgemeine Alphabetisierung durchzusetzen begann) eine ausgesprochene Erzählkultur entwickelt und gehalten hat, von der die Autorin vermutet, dass ihr auch in Deutschland eine besondere Bedeutung zukommt. Erzählungen und Rituale machen die Erinnerung an Katastrophen immer wieder lebendig.

Warn- und Alarmierungskultur: Zahlenmagisch ausgerichtete Erdbebenprognosen (z. B. 10 Jahre nach einem starken Beben vermutet die Bevölkerung das

17 Die Autorin war 1985 bei einer solchen Zeremonie zugegen. Steine wurden in einem Kreis ausgelegt und die magischen Beschwörungen eines günstigen Wetters (Regen) wurden bei Nacht gesprochen.

18 Dorfbewohner haben sich in westtürkischen Dörfern z. T. vehement dagegen gewehrt, dass Islamschulen in ihrer Nähe errichtet werden sollten, und versuchten zu verhindern, dass Kinder des Dorfes einem dogmatischen islamischen Unterricht unterworfen werden sollten.

19 Der Begriff disaster, französisch *désastre* oder italienisch *disastro* bedeutet etymologisch „schlechter Stern“ (vgl. Mauelshagen 2007, S. 134).

nächste), auf die hin ganze Gemeinden (Mahallen) ohne wissenschaftliche Expertise nachzufragen, selbsttätig evakuieren, zeigen, dass die Bevölkerung eine starke Handlungsbereitschaft hat, jedenfalls dort, wo die Menschen glauben, sich vielleicht schützen zu können.²⁰ Auch die erdbebenbezogenen Erzählungen, Rituale und magischen Konzepte können als eine kulturelle Dauerwarnung betrachtet werden. Und schon der erste Hinweis auf ein möglicherweise drohendes Erdbeben alarmiert. Insbesondere dort, wo von der Bevölkerung geglaubt wird, dass Behörden ihnen Bedrohliches verschweigen, zirkulieren schnell Gerüchte.²¹ Moschee-Lautsprecher (am Minarett angebracht), von denen aus sonst die Gläubigen zum Gebet gerufen werden, werden in Dörfern und Kleinstädten durchaus auch für Durchsagen wichtiger Informationen für die Bevölkerung außerhalb des religiösen Kontextes genutzt. Dies zeigt: Die türkische Bevölkerung verfügt in der Türkei über ein schnell und effizient funktionierendes Informationssystem, das die schneeballartige Ausbreitung von Informationen und Gerüchten erleichtert.

Naturbeobachtungen: Kurz verwiesen sei darauf, dass die Bewohner vor und nach Erdbeben auch die verschiedensten Naturbeobachtungen machen, die sich auf Veränderungen von Quellen, ungewöhnliches Tierverhalten und Wettererscheinungen beziehen (vgl. Geenen 1995).

Bevorratungswesen: Es kann auf dem Land ein differenziertes System von Bevorratung und Haltbarmachen von Lebensmitteln beobachtet werden. Sofern die sozialen Vernetzungen bis in die städtischen Zentren reichen, wird die Bevorratung auch dort noch fortgesetzt. Es wäre von Interesse für die Katastrophenvorbereitung, ob sich die Bevorratung zum Teil noch in Haushalten türkischer Migrantenfamilien fortsetzt. Einiges spricht dafür, dass dies partiell der Fall ist.

20 In den Dörfern gab es auch eine Art von Warnprophetie, anhand eines Buches aus osmanischer Zeit.

21 Im Kapalı Çarşı (geschlossener Markt) von Istanbul erzählte ich 1985 einem Händler, ich sei wissenschaftlich an einem Erdbebenvorhersageforschungsprogramm beteiligt. Er verstand mich miss und glaubte, ich hätte gesagt, es stehe ein Erdbeben bevor. Es dauerte wenige Sekunden, bis der nächste Händler informiert war und ich konnte das Gerücht gerade noch stoppen, das sich in Windeseile verbreitet hätte. Dieses Beispiel illustriert anekdotisch das schnelle Anlaufen von Informationszirkulationen.

➔ **Fazit:** Die vorgestellten Befunde aus der Türkei zeigen, dass es sich lohnen könnte, zu erforschen, wie weit sich volkskulturelle Formen, die für Katastrophenschutzfragen von Relevanz sind, bei Migrantinnen und Migranten aus der Türkei gehalten, modifiziert und möglicherweise in Richtung neuer Formen entwickelt haben, an die im Katastrophenschutz in Deutschland angeknüpft werden könnte. Da, abgesehen von einigen indigenen Völkern, Andenvölkern und den Philippinen (vgl. Bankoff 2002), international kaum Material zu solchen volkskulturellen Formen vorliegt, wäre es ebenfalls relevant, bei Migranten anderer nationaler Herkunft ihre in die Gesellschaft Deutschlands eingebrachten kulturellen Formen, die sich auf Katastrophenschutzfragen beziehen, zu erforschen, um sie in ein Gesamtkonzept integrieren zu können. Das Gleiche gilt für nationale Minderheiten in Deutschland. Zwar liegen historische Forschungen zu Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz der Friesen vor (vgl. Mauelshagen 2007), jedoch ist nicht erkennbar, ob und gegebenenfalls welche kulturellen Formen, Bräuche, Legenden etc. bis heute durchgehalten haben, die eventuell in einem künftigen Küstenschutz im Nordseeraum – insbesondere angesichts knapper werdender öffentlicher Mittel – mit berücksichtigt werden könnten oder ausbaufähig wären. Ebenso wäre, bezogen auf Überflutungsregionen des Rheins, der Elbe, der Mosel etc. zu untersuchen, inwieweit sich in der langansässigen deutschen Bevölkerung Formen einer lebendigen Disaster Culture herausgebildet haben.

2.2 Alte Alltagsmythen – Panik und Plünderung – und ihre soziale Unwahrscheinlichkeit

Ein durchgehender empirischer kultureller Befund seit Beginn systematischer Studien zu Katastrophen in den 50er-Jahren des 20. Jahrhunderts bis heute ist, dass Chaos, Panik, Plünderung und soziale Zusammenbrüche Stereotype und Mythen sind. Tierney (2003) und andere haben argumentiert, dass Katastrophenmythen überlebt haben, weil machtvolle institutionelle Interessen von ihnen profitieren. Die folgende Aussage fasst die unter Katastrophensoziologen gesehenen Hintergründe dafür, warum sich diese Mythen immer noch halten, prägnant zusammen:

„In particular, the military-industrial complex, law enforcement agencies, and the growing information technology industry all stand to profit from the erroneous beliefs that civil society is vulnerable, that individuals faced with crisis are irrational and need to be controlled, and that the most effective way to respond to a disaster is by establishing a strong hierarchy of command and control“ (Webb 2007, S. 436).

Tatsächlich zeigen fast alle empirischen Studien, dass menschliche Gesellschaften in ihren Reaktionen auf große Krisen und Katastrophen bemerkenswert resilient sind. Chaos, Massenpanik und Plünderung sind höchst seltene Phänomene. Sie werden in der Fachliteratur auch nicht berichtet, wenn es um das Verhalten ethnisch-kultureller oder nationaler Minderheiten bei Katastrophen geht. Zunächst wird die Problematik stereotyper Verortung von Bevölkerungsverhalten unter dem Label „Plünderung“ dargestellt, dann wird auf die Frage menschlicher Sozialität und die Unwahrscheinlichkeit von Massenpanik näher eingegangen.

Zum Thema Plünderung: Quarantelli (1980), Dynes (1994) und andere haben seit Langem darauf hingewiesen, dass Berichte über Plünderungen und weitere antisoziale Verhaltensweisen, die angeblich bei Katastrophen beobachtbar sein sollen, Mythen sind, die realer Grundlagen entbehren. Stallings (1990, S. 80 ff.) hat herausgearbeitet, dass Nachrichten produzierende Organisationen die wichtigsten Akteure bei der Konstruktion von Risiken sind, und untersucht,

wie Stellungnahmen von Experten, Augenzeugen und Behördenvertretern den öffentlichen Diskurs über Risiken vorprogrammieren. Medien nutzen Katastrophen, um ihren eigenen Interessen zu dienen: Je größer die Zerstörung, desto größer kann die Sensationsmeldung sein und dies dient der Steigerung der Auflage. Weltweite Nachrichten über Plünderungen nach Katrina wurden z. B. durch ständiges Wiederholen in unterschiedlichen Medien auf der Basis ein und derselben Informationsquelle erzeugt.

„With the same basic story repeated so many times around the world, it is no wonder that a belief in disaster mythology such as looting becomes so ingrained in the minds of emergency managers and the community“ (Constable 2008, S. 520).

Von Mark Constable (2008) wird nach Überprüfung von Berichten über Plünderungen in New Orleans während der Response-Phase nach Hurrikan Katrina herausgestellt, dass die Berichte aus zweiter Hand stammten und dass es sehr problematisch ist, wenn unerfahrene Katastrophenmanager ihre Planungen auf Plünderungsmythen gründen. Bei der Frage, was eigentlich Plünderung sei, beruft sich Constable auf Maslows „Hierarchy of needs“, wonach zu den grundlegenden Bedürfnissen Atemluft, Wasser, Nahrungsmittel, Abfallbeseitigung, Schlaf, Regulation der Körpertemperatur und Schutz gehören. Wenn eines dieser Bedürfnisse nicht erfüllt wird, kann es Gedanken und Verhalten kontrollieren und alle anderen Bedürfnisse können demgegenüber zurücktreten. Constable argumentiert, dass Menschen in New Orleans zwar im strikten gesetzlichen Sinne gestohlen haben, dass aber die von der Katastrophe nicht Betroffenen die Situation nicht ermessen können. Das Recht eines Individuums auf sein Überleben setze unter schrecklichen Umständen Gesetze außer Kraft, die in Zeiten sozialer Normalität entwickelt wurden. Niemand würde über einen Soldaten, der hinter feindliche Linien verschlagen würde und der lokalen Bevölkerung Nahrungsmittel für sein Überleben stehlen würde, schlecht denken. Warum also sollte jemand über die Bewohner von New Orleans nach der Zerstörung durch Katrina anders denken? Diese Frage ist wichtig, weil Polizeikräfte durch Entscheidungen von Katastrophenmanagern von Rettungsarbeiten abgezogen und zur Strafverfolgung hin umgelenkt wurden. Als wirkliche Plünderung definiert Constable

„An act of robbery, taking advantage of disastrous circumstances, that is performed purely for self-gain and is conducted with criminal intent“ (Constable 2008, S. 523).

Er argumentiert, dass in einer Stadt wie New Orleans, mit alltäglich hoher Kriminalitätsrate, auch Diebstahl und Raub während der Katastrophenphase stattgefunden haben werden (sie lagen jedoch weit unter dem alltäglichen Ausmaß), dass aber viele Bewohner lediglich ihr Überleben in ihre eigenen Hände genommen haben, um sich mit dem Notwendigsten an Lebensmitteln, Wasser und Kleidung durch Einbruch in Geschäfte auszustatten. Er betont, dass jede Regierung sicherstellen muss, dass die grundlegenden Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner von Gemeinden immer befriedigt werden können. Die fälschliche Wahrnehmung der Befriedigung grundlegender Bedürfnisse als Plünderung kann in New Orleans das Leben von Hunderten von Menschen gekostet haben und sie hat die Geschwindigkeit der Hilfeleistung für diejenigen, die in der größten Not waren, erheblich reduziert.

➔ Die aus diesen Erfahrungen resultierende Empfehlung ist, dass das Handeln von Individuen in Katastrophenphasen im Kontext der jeweiligen Ereignisse und ihrer Folgewirkungen für die Menschen betrachtet werden sollte. Notfallmanager sollten eine reflektierte Definition von Plünderung verwenden und ihre Reaktionen nicht auf der Basis von Gewalt, sondern auf der Grundlage sozialer Wohlfahrt planen (Constable 2008, S. 524). Die Autorin schließt sich dieser Empfehlung an.

Da, wie aufgezeigt wurde, Meldungen zu Panik, Plünderung und Chaos trotz aller gegenteiligen wissenschaftlichen Befunde immer wieder in die Massenmedien geraten, kann zu Recht von beliebten Alltagstheorien gesprochen werden.²²

Warum halten sich solche Mythen so lange und hartnäckig und warum ist der Fall einer Massenpanik sozialwissenschaftlich ein hochgradig unwahrscheinliches, daher seltenes und, wenn es geschieht, umso intensiver zu erforschendes Phänomen und Problem?

Handlungslogisch betrachtet kann Panik bei Individuen (von Angst- oder Panikstörungen oder sonstigen Krankheiten einmal abgesehen) dann auftreten,

²² Die Mythen zu Panik, Plünderung und Chaos unter den von einer Katastrophe Betroffenen halten sich ebenso hartnäckig wie die wissenschaftlich völlig unreflektierte und naive Hypothese vom Fatalismus der Menschen islamischen Glaubens (siehe hierzu Abschnitt 3.3). Während in den erstgenannten Fällen eine irrationale oder kriminelle Aktivität unterstellt wird, wird bei der Annahme von Fatalismus eine dumpfe Passivität vermutet.

wenn sie sich einer überwältigenden Bedrohung gegenüber sehen, die keinen oder nur einen Handlungsweg offenlässt, die aber ihr Scheitern (Vernichtung der beruflichen oder privaten Existenz) oder ihren physischen Tod bedeuten kann. Menschen lebten Hunderttausende von Jahren in kleinen Gruppen, die ihnen „Insulation“, das heißt Schutz, Gemeinschaft, Solidarität, Hilfe in der Not boten, entweder gegenüber einer stärkeren Natur oder gegenüber anderen Gruppen, z. B. Eindringlingen, die im Kampf um knappe Ressourcen abgewehrt werden mussten. D. h., es kam zu einer dauerhaften Stabilisierung des Gruppenschutzes, die bedeutet, dass der „Gruppengenosse ... Mäzen des Gruppengenossen“ wird (Claessens 1993, S. 64). Mittels dieses Prozesses wurde die biologische Evolution ausgeklüftet und eine neue Organisationsebene entwickelt, denn der Gruppenschutz ermöglichte, dass instinktives Handeln zunehmend als Probehandeln erfolgen konnte, als gedanklicher Vorausentwurf von Handlungen und daher „nicht mehr unmittelbar in Fluchtaufmerksamkeit investiert werden“ musste. Über das selbstgeschaffene Innenklima von Gruppen und den Gruppenschutz einer „Insulation gegen selektive Pression“ (Hugh Miller 1964; zitiert nach Claessens 1993, S. 64) konnte sich der Mensch von seinen Instinkten freiarbeiten und gewann neue disponiblere Handlungsspielräume. Eine solche soziale Gruppe ist die Grundlage für die Entwicklung von Vertrauen, für ein Leben, in dem der oder die Einzelne nicht ständig auf der Hut sein musste. Die Gruppe konnte zu einem Ort und zugleich einer Institution werden, in der eine über viele Jahre andauernde Sozialisation und Kulturalisation des Nachwuchses erfolgen konnte. Der Begriff „Alarm“ vom Französischen *Al armes* (zu den Waffen) verweist immer noch indirekt darauf, dass Gruppen schnell handlungsbereit sein mussten, um sich zu verteidigen. M. a. W.: Das, was die Gruppe gemeinsam handlungsfähig machte und macht, was zugleich auch bedeutet, dass sie sich gegen andere(s) abgrenzt, indem ein „wir“-Gefühl entwickelt wird, fehlt dem Einzelnen, wenn er auf sich allein gestellt ist und sich mit einer Gruppe konfrontiert sieht (z. B. beim Angriff von Rechtsextremisten oder Hooligans auf einen (vermeintlichen) Ausländer oder Farbigen), die ihn bedrohen und gegen die er einen Kampf um seine Existenz führen oder fliehen muss. Geraten Gruppenmitglieder in Not, und andere solidarisieren sich mit ihnen, können die einzelnen Mitglieder in vielen derjenigen Situationen aufgefangen werden, in denen sich ein Einzelner schutzlos und hilflos fühlen würde und in Panik geraten könnte, wenn er keinen Ausweg sähe. Gruppenspezifische Normen und Werte werden über Sozialisationsprozesse an Gruppenmitglieder vermittelt und auch die Grenzen von Gruppen werden in diesem Prozess mit ansozialisiert, so dass eine gewisse Gewähr dafür besteht, dass diese Werte auch weiteren Bestand

haben und die Gruppenmitglieder überleben können. Solche Gruppenzusammenhänge, die hier nur heuristisch skizziert werden können, sind die beste Gewähr dafür, dass es nicht zu einer „Massenpanik“ kommt.

Nun ist die Katastrophe, wie von vielen Forschern herausgestellt, eine der Situationen, in denen sich Menschen zunächst fast durchgehend prosozial verhalten (Kriminalitätsraten sinken, Hilfe wird freigiebig gewährt, zum Teil auch kulturelle Grenzen überwindend; vgl. auch Petropoulos 2001 zur griechisch-türkischen Annäherung nach dem Marmara-Beben 1999). In der Katastrophe herrscht, jedenfalls unter den Betroffenen, insbesondere in der Phase unmittelbar nach dem Impact, nur höchst selten eine Logik des Tit for Tat. Menschen können daher in einer Katastrophensituation, wenn sie nicht allein stehen, auf Hunderttausende Jahre von Kulturentwicklung bei der dauerhaften und spontanen Gruppenbildung zurückgreifen, um sich schnell zu organisieren und die Bedrohung zu bekämpfen oder um zu versuchen, das Schlimmste abzuwenden. Daher ist in einer Bedrohungslage Panik der unwahrscheinliche Fall, es sei denn, eine Gruppe würde (weil alle Notausgänge verschlossen sind, weil sie fehlen oder weil Menschen im Rahmen von Pogromen) in eine völlig ausweglose Situation gebracht werden, in der keine Handlungsalternative greifen kann.

Anders stellt sich die Situation für ein Individuum dar, das in einer bedrohlichen Situation auf sich allein gestellt ist: Beispiele hierfür sind der mit dem Boot untergehende Fischer im Mahlstrom in der Interpretation der Novelle von Edgar Allen Poe durch Norbert Elias oder der einsame Bergwanderer, der im Gletscherfeld in eine Spalte gerät oder der sich an einem abgeschiedenen Berghang ein Bein bricht oder der Taucher, der auf sich allein gestellt und in Atemnot geratend zu schnell auftaucht oder eine Einzelperson oder Kleinstgruppe, die von Fluten umspült würde und keine externe Rettung wäre in Reichweite (vgl. auch Bengel et al. 2009, S. 26 f.). In den genannten Fällen ist eine Panik aufgrund der Ausweglosigkeit der Situationen denkbar. Auch bestimmte Rites de Passage (Gennep 1986) können gefährlich sein und zu Panik führen, weil Menschen darin einsam scheitern können. Wer aber nicht allein „mit dem Rücken gegen die Wand“ kämpfen muss, ist handlungsfähiger als derjenige, dem andere Menschen fehlen, die mit ihm oder ihr eine Gruppe bilden können, und damit Handlungspotenziale schaffen.

Es ist wichtig zu sehen, dass die Massenpanik aus den erläuterten Gründen ein soziologisch unwahrscheinlicher und höchst seltener Fall ist. Wenn es ausnahmsweise doch

dazu kommt, wäre zu untersuchen, was eine solche Situation von anderen unterscheidet, was also die spontane Selbstorganisation verhindert. Umgekehrt wäre es bei all jenen Situationen, bei denen es nicht zu einer Panik kommt, auch wenn die Alltagstheorie das Gegenteil vermuten möchte, wichtig, zu analysieren, entsprechend welcher Werte und Normen sich Menschen jeweils spontan organisieren, wie dies z. B. Feinberg und Johnsen (2001) für den Brand des Beverly Hills Supper Club im Jahr 1977 in Southgate, Kentucky, untersucht haben, wie es also zur Kulturleistung spontaner Gruppenbildung kommt, die Ärgeres zu hindern vermag.

Die Spontaneität in der Herausbildung von Organisationen ist zunehmend ein bedeutender Bestandteil der Moderne. Die Fähigkeit zur Gruppenbildung bleibt dabei erhalten und wird fluider und freier für den Einzelnen wählbar. Im Alltag sind Bürgerinitiativen, die ein Interesse verbindet, z. T. wie selbstverständlich multikulturell, weil sie, bezogen auf ihr gemeinsames Interesse, auch eine gemeinsame Sprache und gemeinsame Deutungsrahmen entwickeln. Ein in dieser Studie diskutiertes Beispiel sind die Accidental Communities of Memory, also Menschen, die sich nach einem Extremereignis spontan zu Gruppen zusammenschließen, um ihre Trauer zu verarbeiten, sich gegenseitig Beistand zu leisten oder sich in Diskrepanz zu den offiziellen Bewältigungsformen einer Katastrophe zusammenschließen und die Weise skandalisieren, wie mit den Toten und mit ihrer Trauer seitens der Regierung umgegangen wird (siehe das Fallbeispiel Estonia, Abschnitt 7.1.2). Das Studium dieser Accidental Communities verdeutlicht, dass im Zusammenhang mit Individuen in modernen Gesellschaften bei Katastrophen nicht von einer ‚lonely crowd‘ (Riesman [1950] 2001) oder von vereinzelt handelnden Individuen auszugehen ist. Menschen haben die Fähigkeit, sich für oder gegen etwas zusammenzuschließen, nicht verlernt und viele möchten aktiv mit Katastrophenfragen oder Fragen terroristischer Bedrohungen umgehen und haben auch – anders als dies offenbar viele Planer vermuten – keine Angst, sich Vorbereitungsplanungen zu stellen (siehe Näheres in Abschnitt 8). So zeigt z. B. die Untersuchung von Lasker (2004), dass Menschen selbst dann im Sinne ihrer Angehörigen planend und altruistisch handeln, wenn für sie selbst damit erhebliche gesundheitliche Risiken verbunden sind. Von daher ist nicht zu erwarten, dass andere ihre Mitmenschen ohne Not in einer Katastrophe oder bei einem terroristischen Angriff alleine lassen, wenn sie ihnen helfen könnten.

Viele Bergunglücke haben gezeigt, wie sich Menschen, die vielleicht nur noch einen kleinen Funken Hoffnung haben, solidarisieren und gemeinsam überleben

können. Ein Zusammenbruch von Stollenabschnitten oder ein Wassereinbruch führt für eine Bergarbeitergruppe zu einer Einkesselungssituation, in der es keinen Notausgang gibt. In dieser zunächst ausweglosen Situation, in der nur die Hoffnung besteht, dass irgendwann von außen Rettung nahen könnte, organisieren sich die mit wenig Raum, wenig Atemluft und knappen Vorräten ausgestatteten Bergleute. In Selbstorganisation teilen sie die Vorräte, sprechen den Verbrauch der Leuchtmittel und des Wassers ab, wärmen sich gegenseitig, vermeiden unnötige sauerstoffverbrauchende Aktivitäten und stützen psychisch weniger belastungsfähige Mitglieder der Gruppe. Das heißt, in dieser extremen Form der Insulation überleben sie oft weit länger, als viele auf sicherem Boden Stehende vermuten. So kommt es dann z. B. zum „Wunder von Lengede“,²³ das aus soziologischer und kulturalanthropologischer Sicht kein Wunder, sondern ein Beweis für die kulturelle Adaptationsfähigkeit und Durchhaltefähigkeit von Menschen in Gruppen ist, dort, wo ein Einzelner sich fast immer längst aufgegeben hätte. Denn Panik ist im Kern mit einem Gefühl des Ausgeliefertseins, der Hilflosigkeit und der Einsamkeit verbunden (vgl. auch Bengel et al. 2009, S. 9).

Aus heutiger Sicht besteht die kulturelle und zivilisatorische Herausforderung darin, angesichts einer sich globalisierenden Welt die Gruppengrenzen neu zu denken und archaische und in frühen Phasen der Entwicklung der Menschheit überlebenswichtige Insulationen zu überwinden und kulturübergreifende solidarische Formen eines „wir“ zu schaffen. Damit kann der Ballast an Kultur- und Ethnozentrismen abgeworfen werden und es wird sichtbar, wie viel uns mit Menschen einer anderen kulturellen Herkunft und Orientierung verbindet (vergleiche hierzu die Arbeit von Sen mit Mamdouh (2008), die im Nachdenken über den 11. September 2001 zu einem solchen Fazit kamen). Ein überzeugendes Beispiel, wie es zu kulturübergreifenden Solidarisierungen kommen kann, ist

23 Das Grubenunglück ereignete sich am 24.10.1963 in der Eisenerzgrube Lengede-Broistedt bei Salzgitter, im Schacht Mathilde. Ausgelöst wurde es, als der zur Grube gehörende Klärteich einbrach und 460.000 Kubikmeter Schlamm und Wasser in die Grube eindrang. Von den 129 Männern, die sich zur Zeit des Wassereinbruchs unter Tage befanden, starben 29. 79 Männer konnten sich in den ersten Stunden nach dem Wassereinbruch selbst retten, 19 starben unter den Wassermassen. Erst 14 Tage nach dem Unglück konnten 11 der 21 Männer, die in den „Alten Mann“ geflüchtet waren (ein Schacht, über den es keine genauen Aufzeichnungen mehr gab), am 7. November gerettet werden. Mehrfach wurden die Ereignisse in der Grube und die Rettung verfilmt, so 1969 unter der Regie von Rudolf Jugert, 2003 unter der Regie von Kaspar Heidelbach, 2003 als Drama unter der Regie von Franz Bürgin, und dokumentiert (1979 vom ZDF).

die Studie zu Kobe von Enander und Wallenius (1999), in der aufgezeigt wird, wie viele soziale und emotionale Verbindungen zwischen Schweden und Japanern schon vor dem Erdbeben entstanden und im gemeinsamen Kampf um die Bewältigung der Folgen des Erdbebens vertieft wurden. Diejenigen, die schnell nach Schweden zurückkehrten, hatten offenbar viel mehr Probleme bei der psychischen Verarbeitung der Ereignisse als diejenigen, die in Kobe geblieben sind, auch deshalb, weil sie das Gefühl hatten, ihre Leidensgenossen im Stich gelassen zu haben. Die Studie von Enander und Wallenius (1999) zeigt, wie schnell sich auch über Kulturgrenzen hinweg Zufallsgruppen und Zufallsgemeinschaften bilden können und dass Panik die völlig falsche „Schublade“ ist, um die Bewältigungsweisen von Menschen angesichts von Katastrophen zu charakterisieren.

In diesem Abschnitt wurde die prinzipielle Unhaltbarkeit des Mythos von der Massenpanik und des Chaos in Katastrophen- und Extremsituationen u. a. anhand der Selbstorganisationsfähigkeit von Menschen aufgezeigt. Eine Analyse des Mythos von der Plünderung würde Ähnliches zu Tage fördern.

➔ Es wird daher nicht nur empfohlen, im Sinne „erwünschten Verhaltens“ zu üben, also mit dem positiven Vorurteil einer prosozialen Orientierung von Menschen bei Katastrophen oder terroristischen Lagen (vgl. Dombrowsky 2009,²⁴ S. 3), sondern davon auszugehen, dass es sich um vielfach empirisch belegtes, gesichertes und begründetes Wissen handelt (vgl. Dombrowsky 2009, S. 29, 30, 45; Bengel et al. 2009, S. 22, 26, 45²⁵; Schuh und Hannig 2009,

24 Dombrowsky (2009) lässt auf S. 8 f. die Möglichkeit offen, dass es aufgrund der Kombination individueller und kollektiver „Kräfteparallelogramme“ zu solchen sozialen Ausfällen, wie dies eine Massenpanik wäre, kommen kann. Ein nachvollziehbares Beispiel fehlt. Auch auf S. 39 wird die Möglichkeit einer „vereinzelt Panik“ oder „falsche in Einzelinitiative ergriffene Maßnahmen“ eröffnet. Bei der Frage, ob eine Maßnahme „falsch“ ist, sollte zunächst immer gefragt werden, aus wessen Sicht sie „falsch“ ist und dabei die prinzipielle Asymmetrie in der Kommunikation und Handlungsperspektive zwischen Organisationen und Bewohnerinnen und Bewohnern bzw. Betroffenen bedacht werden.

25 Bengel et al. (2009, S. 26 f.) benennen einige besondere Rahmenbedingungen, die eine Panik begünstigen sollen. Die Merkmale sind im Wesentlichen Fehlen von Handlungsmöglichkeiten, keine Fluchtwege, fehlende Information, also alles Aspekte einer ausweglosen Situation, die, da mittels des Handlungsentwurfs kein Weg mehr erkennbar ist, auch das Repertoire rationalen Handelns eines jeglichen Wesens erschöpft sein lassen. Eine Ausnahme, die näher zu prüfen wäre, ist die Überschätzung von Risiken, die die Wahrnehmung von Handlungsalternativen versperrten (vgl. Bengel et al. 2009, S. 29). Zu fragen ist, ob es

S. 10, 14), und nicht nur dies, sondern dass prosoziale Orientierungen in Katastrophen zu den sozialen Grundfakten, Grundkonstanten und Gesetzmäßigkeiten in Gesellschaften jedweder ethnisch-kultureller Zusammensetzung gezählt werden müssen.

sich hierbei wirklich um „Massenphänomene“ handelt oder ob es Einzelne sind, denen andere Menschen als Interaktionspartner in einer solchen Situation fehlen. Dass Informationszurückhaltung eine Panik begünstigen kann, wenn „konkurrierende Meldungen aus anderen Quellen vorliegen“ (vgl. Bengel et al. 2009, S. 29), ist durchaus begründet, da Menschen in einer solchen Situation das Gefühl vermittelt wird, dass ihnen notwendige Informationen, um zu einer eigenen Entscheidung zu gelangen, entzogen werden und ihnen damit Handlungspotenziale vorenthalten werden. Es sei bedacht, dass Menschen rekursiv die Motive des Handelns von Organisationen einschätzen, in Form einer Idealisierung der Reziprozität der Motive (vgl. Schütz 1971, S. 26), und mithin mutmaßen, dass Behörden sie nicht „beunruhigen“ möchten. Der Verstärkungseffekt wird dadurch erzielt, dass das der Behörde unterstellte Motiv, nicht beunruhigen zu wollen, Bürgerinnen und Bürgern vermittelt, dass es Grund zu Unruhe und Besorgnis gibt.

3

Risikokommunikation und risikobezogenes Verhalten in multikulturellen Gesellschaften

3.1 Risikoverstärkende und vulnerabilitätserhöhende Faktoren bei ethnisch-kulturellen Minderheiten

Wie wenig sich multikulturelle Gesellschaften der Situation bewusst sind, dass etwa der Katastrophenschutz eine komplexe kulturelle Kompetenz erfordert, wird z. B. an einer in Schweden durchgeführten Befragung von lokalen Behörden (Municipalities) deutlich, bei der untersucht wurde, ob und wie sich Stadtverwaltungen auf die Krisenkommunikation mit Menschen fremder Herkunft vorbereitet haben (vgl. Olofsen 2007). Seitens der Behörden werden nur in geringem Ausmaß – wenn überhaupt – Informationen und Kompetenzen vorgehalten, um Individuen und Gruppen, die sich in ihrer ethnisch-kulturellen Herkunft von der einheimischen Bevölkerung unterscheiden, zu erreichen. Dabei differieren im Mittel die Bemühungen nach Größenklassen der Städte. Zumindest in einigen größeren Städten sind Anstrengungen erkennbar, auch die Bevölkerung ausländischer Herkunft zu berücksichtigen. Würde eine ähnliche Untersuchung in Deutschland durchgeführt, würde sich kaum ein anderes Bild ergeben. So sind etwa Verhaltensempfehlungen für Minderheiten in Gefahrensituationen, bei Warnungen und Katastrophen in anderen Sprachen als Deutsch in Deutschland höchstens auf regionaler oder lokaler Ebene erhältlich.²⁶

Die erste Migrantengeneration ist in mehrfacher Weise verletzlicher gegenüber Gefährdungen und Katastrophen als die angestammte Bevölkerung und als Migrantinnen und Migranten der zweiten oder dritten Generation:

²⁶ So ergaben entsprechende Internetrecherchen keine Hinweise (Eingabe der Schlagworte: Katastrophenschutz, Broschüre, Information, Selbsthilfe, Minderheit und selbst die Hinzufügung von „englisch“ oder „türkisch“ führte unter den ersten Einträgen keine einschlägigen Informationen zu Tage. Eine aufwändige Recherche wäre aber für Betroffene im Gefahren- oder Krisenfall kaum machbar. Gerade für Minderheiten wären schnelle und einfach auffindbare Informationen zwingend. [Die deutsche Broschüre „Für den Notfall vorgesorgt“ zeigt schon bei der Ausstattung des Rucksacks, an welche Adressaten sie sich richtet: Ein deutscher Reisepass lugt aus einer Tasche (vgl. Schenk 2009, S. 16).]

- sie verfügen z. T. über nicht hinreichende Sprachkenntnisse, um z. B. Notfallbroschüren und Warnbotschaften in der jeweiligen Landessprache zu verstehen,
- sie werden über die Kanäle, mittels derer die eingewessene Bevölkerung erreicht wird, partiell möglicherweise nicht erreicht.
- Sie verfügen zumeist über weniger ökonomische Ressourcen, um strukturelle Nachteile auszugleichen.

Dieses potenzielle Defizit im Ausgesetztsein gegenüber Gefahren könnte möglicherweise – und dies wäre empirisch zu prüfen – durch eine intensivere Vernetzung mit Angehörigen der ethnisch-kulturellen Gruppe des Herkunftslandes (andere Migranten der 1. Generation sowie solche der 2. oder 3. Generation) partiell kompensiert werden. Diese Vernetzung ist jedoch sicherlich nicht für alle Migrantinnen und Migranten der 1. Generation (auch nicht unbedingt für Asylbewerber und Asylanten) als gegeben anzunehmen.

Soziale Faktoren, die die Gefahr, dass Angehörige von Minderheiten an einer psychischen Störung erkranken, die also potenziell vulnerabilitätserhöhend wirken, sind:

1. Armut
2. Rassismus und ethnisch-kulturelle Diskriminierung

Ad 1. Wie stark der Zusammenhang zwischen Armut und psychischer Verfassung von Menschen ist, zeigt sich an Befunden aus den USA. Danach ist die Gefahr für Menschen aus der untersten sozialen Schicht, mit niedrigem Einkommen, entsprechender Beschäftigung und niedrigem Bildungsgrad, an einer psychischen Störung zu leiden, ungefähr zwei- bis dreimal so hoch wie in der höchsten sozialen Schicht (vgl. U. S. Department of Health and Human Services 2001, S. 42). Wird bedacht, dass in Deutschland insbesondere viele Angehörige der Minderheit mit Herkunftsland Türkei sowohl hinsichtlich Bildung wie auch in der ökonomischen Situation der unteren sozialen Schicht zugerechnet werden können, ergibt sich daraus allein eine erhöhte mittlere Vulnerabilität dieser Minderheit im Vergleich zur deutschen Majoritätsbevölkerung.

Ad 2. Als weitere vulnerabilitätserhöhende Faktoren kommen Rassismus, Diskriminierung und Gewalt hinzu, die die psychische Gesundheit beeinträchtigen können. Dieser Befund für die USA dürfte auch in Deutschland angesichts

zahlreicher auch öffentlich geführter Debatten über die Erwünschtheit von Arbeitsmigranten, insbesondere aus islamischen Ländern, und von Asylbewerbern sowie zu konstatierender Diskriminierung, z. B. auf dem Arbeitsmarkt (vgl. en et al. 2001, S. 28, FN 28) und Wohnungsmarkt bei Angehörigen dieser Gruppen vulnerabilitätserhöhend wirken und gewirkt haben.

Außerdem kann die möglicherweise erhöhte Vulnerabilität von Minderheitenangehörigen noch dadurch verstärkt werden, dass Beratung und Behandlung bei psychosozialen Problemen wegen der Furcht vor Stigmatisierung eher gemieden werden (vgl. auch Abschnitt 7.1.1). Dies betrifft auch die Majoritätsbevölkerung, könnte sich aber bei Minderheiten zumindest quantitativ stärker auswirken. Zudem sind proportional weniger Therapeutinnen und Therapeuten mit einschlägigen ethnisch-kulturellen Kompetenzen verfügbar. Dadurch, dass z. B. psychologische Dienste möglicherweise weniger genutzt werden, wird eine erhöhte Verletzlichkeit von Migrantinnen und Migranten zudem weniger offensichtlich.

3.2 Risiko- und gefahrenbezogene Wahrnehmung und Kommunikation in ethnisch-kulturell heterogenen Bevölkerungen und Bevölkerungsverhalten

Risikokommunikation hat in den letzten Jahrzehnten in vielen Kontexten an Bedeutung gewonnen und bezieht sich auf zahlreiche Zielgruppen in der Bevölkerung, zu denen auch Minderheiten gehören. Risiken können als Bedingungen definiert werden, in denen die Möglichkeit besteht, dass das Leben von Menschen, ihre Gesundheit oder ihr Eigentum bedroht werden. Dabei haben einige Menschen durch ihren Zugang zu Daten oder ihre spezifische Fachkompetenz bei der Interpretation solcher Daten mehr Information als andere über Risiken oder eine bestimmte Bedrohung oder über Möglichkeiten, wie mit dem Risiko umgegangen werden kann (vgl. Lindell und Perry 2004).²⁷ Diejenigen, die die Risiken analysieren und abschätzen, definieren sie in der Regel in Form von Wahrscheinlichkeiten, mit denen sich ein Ereignis eines bestimmten Ausmaßes an einem Ort und zu einer bestimmten Zeit ereignen wird und beschreiben die zu erwartenden Konsequenzen des Ereignisses für Leben, Gesundheit und Eigentum von Menschen. Entscheidungsträger, denen durch Risikoanalytiker solche Informationen übermittelt werden, können die bedrohte Bevölkerung oder die

27 Lindell und Perry beziehen sich in ihrem umfassenden und für die Praxis der Risikokommunikation wegweisenden Werk „Communicating Environmental Risk in Multiethnic Communities“ auf Risikokommunikation über Gefährdungen durch extreme Ereignisse, die entweder in der natürlichen Umgebung entstehen oder durch sie übertragen werden, d. h. auf Ereignisse, die „because of their rapid onset and the large amounts of energy or materials released, have the potential to kill a large number of people in a very short period of time unless timely and effective action is taken to protect public safety“ (2004, S. 2). Zu den über die Natur übertragenen Ereignissen gehören technologische Bedrohungen, wie „sudden and massive release of energy and hazardous materials. These hazards – which include explosions, releases from nuclear power plants, and chemical releases from fixed-site facilities or during transportation – all can have a very rapid onset and have the potential for killing a large number of people in a very short period of time unless there is a prompt and effective emergency response“ (Lindell und Perry 2004, S. 2). Jedoch gelten viele der Prinzipien der Risikokommunikation auch für Bedrohungen, die langsam eintreten (z. B. Dürre), bei denen die Bevölkerungsdichte gering ist (z. B. Lawinen) oder für extreme Hitze oder Kälte. Allerdings bleibt im gesamten Werk der Bezug auf Kernfragen und Konflikte bei der Risikokommunikation in multikulturellen Gesellschaften dünn.

Risiko- und Katastrophenmanager, die für den Schutz der Bevölkerung verantwortlich sind, informieren. Umstritten ist jedoch, welches Kommunikationsmodell geeignet ist, um den Informationsfluss in komplexen sozialen Netzen zu repräsentieren. Lindell und Perry (2004, S. VIII f.) berufen sich darauf, dass bei dem klassischen Kommunikationsmodell (Source-Channel-Message-Receiver-Effect-Feedback) die Rollen von Quelle und Empfänger vertauscht werden können. Der ursprüngliche Empfänger könne die gleichen oder andere Kanäle zur Übermittlung an den ursprünglichen Sender nutzen und dieses Modell sei ebenfalls in der Lage, Kommunikation in Netzen abzubilden. Andere Autoren wie Falkheimer und Heide (2006), Vaughn (1995) und Banks (2000) halten dieses Modell insbesondere für die risiko-, krisen- und katastrophenbezogene Kommunikation in ethnisch heterogenen Gesellschaften für wenig geeignet, da es nicht in der Lage sei, den erforderlichen komplexen Interaktionsprozessen zwischen den beteiligten Gruppen gerecht zu werden.

Gefährdungen durch natürliche und technische Risiken müssen den Bevölkerungsgruppen, die sich im Risiko befinden, vermittelt werden. Dabei muss auch die Rolle und die Art des Beitrags aller Gruppen (Individuen, Haushalte, Gemeinden, Regierung und Verwaltung, Industrie, Dienstleistungssektor) im Gefahrenmanagement geklärt werden. Die meisten Publikationen zu Risikofragen haben sich auf chronische Gefährdungen technischer Anlagen konzentriert. Die damit verbundenen Fragestellungen sind partiell anders gelagert als bei natürlichen Risiken. Jedoch wurden in beiden Forschungsrichtungen, bezogen auf Warnungen, ähnliche Schlussfolgerungen gezogen. Als generelle Tendenz kann konstatiert werden, dass für Behörden wie für Bürger die Priorität bezogen auf Information und Warnung bei langzeitlichen Gefährdungen und natürlichen Bedrohungen gering ist. Jedoch zeigt sich ein Unterschied zwischen der Besorgnis von Bürgern bei natürlichen und bei technologischen Risiken: Programme zum Risikobewusstsein zeigen, dass die Besorgnis der Bevölkerung bei natürlichen Risiken sehr viel schwächer ausgeprägt ist als bei technologischen. Dies hatte zur Folge, dass Risikokommunikationsprogramme, in denen es um die langfristige Bedrohung durch natürliche Katastrophenauslöser ging, generell anstrebten, die öffentliche Besorgnis zu erhöhen, während entsprechende Programme bezogen auf die langfristige Bedrohung durch technologische Risiken häufiger die Verringerung der öffentlichen Besorgnis zum Ziel hatten (vgl. Lindell und Perry 2004, S. 3).

Die bisher in der sozial- und kulturwissenschaftlichen Forschung weitgehend vernachlässigte Thematik der Risikokommunikation in multikulturellen

Bevölkerungen wird zunehmend bedeutsamer. Denn Behörden und andere Organisationen benötigen Risikokommunikationsstrategien, die angemessen und effektiv in unterschiedlichen soziokulturellen und sozioökonomischen Kontexten sind, effektiv in Situationen, in denen ein interaktiver Informations- und Meinungsaustausch gefordert ist, und auch in der Lage, mit sozialen Konflikten umzugehen, die im Kontext von Risikokommunikation und beim Krisen- und Katastrophenmanagement von wachsender Bedeutung sind (vgl. Vaughan 1995, S. 170) (siehe Abschnitt 4). Dabei ist zu sehen, dass je nach Art des Konfliktes keine Konvergenz der Perspektiven zu erreichen ist. Das Verständnis der Hintergründe von Konflikten im Zusammenhang mit Risiken ist dabei von Relevanz für eine effektive Kommunikation mit und zwischen relevanten Gruppen. Was für die Vereinigten Staaten zutrifft, hat inzwischen in vielen, besonders größeren Städten Deutschlands ebenfalls Gültigkeit:

„ethnic diversity is an important part of the community context that affects the processing of information during the protective action decision-making process. Multiethnic communities are already a fact of life in many parts of the country and, as minority populations grow, will become a challenge in more communities in coming decades“ (Lindell und Perry 2004, S. IX).

Der Zusammenhang zwischen sozioökonomischer Situation, ethnisch-kultureller Zugehörigkeit und Vulnerabilität gegenüber Katastrophen ist in zahlreichen Studien untersucht. Viele dieser Studien aus hochindustrialisierten Gesellschaften (USA, Australien, Kanada) befassen sich dabei entweder mit Minderheiten, die in dieser Form in Deutschland kaum präsent sind (mexikanische Amerikaner, Farbige, indigene Völker etc.) und die kaum geeignet sind, Anhaltspunkte zu liefern, die Aussagen über ethnisch-kulturelle Minderheiten in Deutschland zulassen würden. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass die Studien wenig konzeptionell ausgerichtet sind, und vornehmlich lokale oder regionale Kontexte untersuchen. Zu den wenigen Studien, die einen theoretischen Rahmen entwerfen, gehört die von Elaine Vaughan (1995) verfasste. Darin wird der Zusammenhang zwischen sozioökonomischen und soziokulturellen Merkmalen und Risikoverhalten in ethnisch heterogenen Gemeinden untersucht und es werden Faktoren herausgearbeitet, die sich auf die Einstellung zur Vorsorge und Vorbereitung auf Katastrophen auswirken. Soziokulturelle und sozioökonomische Lebensbedingungen und frühere Katastrophenerfahrungen können für den risikobezogenen Kommunikationsprozess und das umwelt- und katastrophenbezogene Schutzverhalten bedeutsam sein. Angesichts häufiger

sozialer Konflikte im Zusammenhang mit Umweltgefahren und Katastrophen sind Kontextfaktoren für das risikobezogene Verhalten wichtig, insbesondere die ursprüngliche Rahmung eines Risikothemas und vorgefasste Einstellungen in Fragen der Gefährdung angesichts häufiger sozialer Konflikte im Zusammenhang mit Umweltgefahren und Katastrophen. Um mit relevanten Gruppen zu kommunizieren, bedarf es für Behördenvertreter, die mit Risikomanagement befasst sind, geeigneter Risikokommunikationsstrategien, die angemessen und effektiv in unterschiedlichen soziökonomischen und kulturellen Kontexten sind. Dazu ist es erforderlich zu verstehen, wie soziokulturelle Muster und frühere Erfahrungen mit den individuellen Reaktionen auf riskante Situationen verbunden sind und sie strukturieren. Im Folgenden werden die theoretischen Leitlinien, die Vaughan anhand von Umwelt- und Gesundheitsrisiken entwickelt hat, dargestellt, soweit sie sich auf Fragen der katastrophenbezogenen Risikokommunikation übertragen lassen. Die Darstellung ermöglicht Einblicke in die Frage, wie Inhalt, Rahmung, Bedeutung und kontextuelle Orientierung von Risikokommunikation mit dem ethnisch-kulturellen und soziökonomischen Profil von Gemeinden variieren und wie von diesen Faktoren der Umgang mit risikobezogenen Informationen beeinflusst wird. Angemerkt sei, dass fast alle Studien in ihrer regionalen Auflösung die Gemeindeebene als Einheit zugrundelegen. Kirschenbaum (2003) hat darauf hingewiesen, dass unterhalb der Ebene der Gemeinde soziale Netze unterschiedlicher Größe, Ausrichtung und unterschiedlichen Zusammenhalts für die Risikokommunikation von Bedeutung sind.

3.2.1 Kontextuelle und kulturelle Perspektiven in der Risikokommunikation

Eine grundlegende Frage ist, wie soziokulturelle und soziökonomische Faktoren mit konkreten Risikokommunikationsprozessen zusammenhängen.

Gemeinden und Individuen unterscheiden sich voneinander

- in ihrer kulturellen und sozialen Geschichte,
- in ihrer Geschichte des Umgangs mit Risiken,
- in ihrem Zugang zu ökonomischen und anderen Ressourcen,
- in ihren Alltagstheorien über Risiken und
- in den Merkmalen der soziophysischen Umgebung.

Diese Unterschiede können in allen Risikosituationen relevant sein. Die Wahrnehmung von Risiken hängt davon ab, welche Werte und Prioritäten das Verhalten von Gruppen bestimmen und sich auf ihre Urteile auswirken. So können z. B. Lebensmittel, Geld, soziale Positionen oder Lebensstile in der Wahrnehmung von Menschen Risiken aufwiegen (vgl. Hoffman und Oliver-Smith 1999, S. 9). Ebenso unterscheiden sich Individuen und Gemeinden im Vertrauen²⁸ gegenüber Behörden und anderen Organisationen, die die Aufgabe haben, den Bevölkerungsschutz zu gewährleisten (vgl. Geenen 2004). Auch dieses Vertrauen ist durch individuelle und kollektive Erfahrungen geprägt. So konnte gezeigt werden, dass Vertrauen und Zuversicht in Institutionen und Individuen, die mit Risikomanagement befasst sind, ein wichtiger Faktor bei der Entwicklung von Diskussionen über risikobezogene Entscheidungen sind (vgl. Vaughan 1995, S. 171). Ebenso ist auch das Potenzial für soziale Konflikte sehr unterschiedlich. Was insbesondere bei der Kommunikation über Risiken in Minderheitengemeinden und in Gemeinden mit Bewohnern, die über wenig materielle Ressourcen verfügen, berücksichtigt werden muss, wird zumeist erst dann offensichtlich, wenn versucht wird, risikobezogene Informationen an solche Gemeinden zu überbringen und das Risikobewusstsein zu erhöhen. Zu sehen ist, dass ethnisch-kulturelle und sozioökonomische Faktoren bei Bewohnern häufig eng miteinander verbunden sind und auch in den Untersuchungen zur Risikowahrnehmung kaum voneinander getrennt werden können, insbesondere, wenn soziale Gruppen langjährige Erfahrungen mit Diskriminierung, Unterprivilegierung und gegebenenfalls auch Rassismus gemacht haben. So trägt z. B. bei afro-amerikanischen Gemeinden mit niedrigem Einkommen Misstrauen in besonderem Maße zur Dynamik der Risikokommunikation bei. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn eine Information zur Sicherheit einer Technologie oder über Risiken inkonsistent mit vorgefassten Meinungen der Bewohnerinnen und Bewohner einer Gemeinde ist.

➔ **Beispiel:** 1990 verlangten Bewohner von Kettleman City, CA, mehr Risikoinformation über eine Anlage zur Verbrennung toxischer Abfälle. In der Bevölkerung kam es zu Protesten, weil die Vertreter lokaler Behörden sich geweigert hatten, den Environmental Impact Report ins Spanische zu übersetzen. Kettleman City hatte zu dem Zeitpunkt einen Anteil von 70 % an Bewohnern mit Spanisch als erster Fremdsprache.

28 Für die Vorhersage der Einschätzung technischer Risiken durch die Bevölkerung sind nach amerikanischen Studien vor allem politische Faktoren relevant, darunter insbesondere „trust in institutions“ (Wildavsky 1993, S. 182).

Umwelt- und Naturrisiken sind in Gesellschaften nicht gleichmäßig verteilt. Bei Menschen, die in Armut leben und bei unterprivilegierten Minderheitengemeinden ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass sie Gefahren ausgesetzt sind, und zwar insbesondere in ihrem Wohnumfeld und im unmittelbaren Wohnbereich, sowie z. T. an Arbeitsstätten. Ein Verständnis der soziokulturellen Hintergründe von Risikokommunikation bei solchen vulnerableren Individuen und Gemeinden ist wichtig, um zu eruieren, was getan werden könnte, um eine effektive und erfolgreiche Risikokommunikation zu erreichen (vgl. Vaughan 1995, S. 171).

3.2.2 Theoretische Perspektiven auf den Kontext von Risikoverhalten und Risikokommunikation

Die meisten Analysen, in denen untersucht wurde, wie Risiken (oder ihr Nichtvorhandensein) effektiv kommuniziert werden können, haben den sozialen Kontext, in dem sich Individuen an Risiken adaptieren und in denen der Austausch von Informationen erfolgt, vernachlässigt.

„These more traditional approaches neglect cultural themes, social experiences, motivations and symbolic meanings that could exacerbate conflict or facilitate communication“ (Vaughan 1995, S. 171).

In jüngeren Forschungsarbeiten wird demgegenüber Risikokommunikation als eingebettet in und gestaltet durch die soziale Umgebung gesehen. Diese Umgebungen variieren hinsichtlich bedeutsamer kultureller Themen, Werte, Normen und anderer soziokultureller Merkmale. Insofern sind sowohl intraindividuelle als auch kontextuelle Faktoren entscheidend für risikobezogene Einstellungen, den Umgang mit Informationen und das Verhalten.

➔ Die *Kernthese* ist, dass technische Informationen in der Wirkung auf das risikobezogene Handeln eine geringere Rolle spielen als Werte, vorgefasste Glaubenssysteme, Normen und frühere Erfahrungen mit Risiken (vgl. Vaughan 1995, S. 172).

Aus diesem Verständnis kann die Kenntnis sozioökonomischer und ethnisch-kultureller Bedingungen ermöglichen, vorherzusagen, wie Risikokommunikation in einer bestimmten Gemeinde oder gesellschaftlichen Gruppe entstehen

und sich entwickeln kann. Kritische Ereignisse, Vorerfahrungen und Einstellungen gegenüber Risiken können die Bedingungen für eine Debatte setzen, lange bevor eine formale Kommunikation in einer bestimmten Situation beginnt.

3.2.3 Soziale Kontexte, Rahmungen von Risikothemen und Konsequenzen

Praktiker haben festgestellt, dass es notwendig ist, ein Risikothema in geeigneter Weise zu rahmen, wenn mit einer Gruppe effektiv kommuniziert werden soll. So können ungeeignete Rahmungen bei Risikofragen zu einer fortgesetzten Ablehnung führen, die eine verständigungsorientierte politische Lösung ausschließt. Unter der Rahmung einer Risikofrage ist zu verstehen, wie ein Individuum das jeweilige Thema konzeptualisiert, definiert oder strukturiert. Dies ist ein grundlegender und primärer Schritt in der Risikokommunikation. Rahmen repräsentieren die Perspektiven, die von Individuen oder sozialen Gruppen eingenommen werden. Bei Kontroversen beeinflussen sie, ob das Individuum bestimmte Aspekte der Situation betont oder vernachlässigt. Die Rahmung eines Risikothemas beeinflusst, wie Risikokommunikation gefiltert und prozessiert wird und welche Vorlieben ausgedrückt werden (vgl. Vaughan 1995, S. 172). Entscheidungen (auch intuitive) über die Wahl des Interpretationsrahmens können zum einen daraus resultieren, wie Risikoinformationen vermittelt werden, vor allem jedoch aus Normen und Werten, früheren Erfahrungen und aus dem soziokulturellen Kontext, in dem Risikoverhalten entsteht.

Ein besonderes Problem ist, dass die Weise, in der Risikothemen gerahmt werden, oft die Werte oder Weltansichten von Entscheidungsträgern wiedergibt, jedoch die Interpretationsrahmen der Bevölkerungsgruppen, an die die Risikothemen vermittelt werden sollen, nicht berücksichtigt.

Unterschiede in den Interpretationsrahmen zwischen Entscheidungsträgern und Bewohnern können zur Folge haben, dass letztere versteckte Agenden, Eigeninteressen der Entscheidungsträger oder moralische Fehler vermuten, besonders, wenn das gegenseitige Vertrauen fehlt (siehe auch die Ausführungen zu Vertrauen, Abschnitt 4). Darüber hinaus kann für Praktiker bei solch unterschiedlichen Rahmungen die Schwierigkeit entstehen, wie sie Fragen beantworten sollen, die Bürger für fundamental halten.

- ➔ **Beispiel:** Oft werden Laienbevölkerungen aggregierte Einschätzungen über Risiken dargelegt, die sich auf das Risiko für die gesamte angesprochene Bevölkerung beziehen. Aus Laien- oder Gemeindesicht kann aber die besondere Vulnerabilität von Kindern, älteren Menschen oder Menschen mit Behinderungen von Bedeutung sein (zur Asymmetrie in der Kommunikation zwischen Experten und Laien siehe Abschnitt 3.4).

D. h., aus unterschiedlichen Fragen, Herangehensweisen und Sorgen resultieren unterschiedliche Rahmungen von Risikothemen. Bei Konflikten um Risiken kann es z. B. sein, dass Individuen und Gruppen, die nur über wenig Fachkompetenz in den betreffenden Sachfragen verfügen, deren Rahmungen der relevanten Themen aber kompatibler mit denen der betroffenen Gemeindemitglieder sind, größere Legitimität erreichen und mehr Einfluss erlangen können als Wissenschaftler oder Behördenvertreter. Daraus lassen sich einige der Schwierigkeiten und Konflikte im Risikomanagement erklären, die sich besonders in Gemeinden mit vielen Minderheitenangehörigen ereignet haben (vgl. Vaughan 1995, S. 172). Denn es ist zu sehen, dass Experten oder Behördenvertreter sich in der Regel keine Gedanken über die thematischen Rahmungen der sozialen Gruppen oder Individuen machen, mit denen sie in bestimmten Fragen kommunizieren.

3.2.4 Das Verhältnis gerechtigkeitsorientierter risikobezogener Rahmen zu wissenschaftlichen und ökonomischen Rahmen

Insbesondere in Gemeinden, in denen ein hoher Anteil an Minderheitenangehörigen in relativ ungünstiger sozioökonomischer Situation lebt, werden Umwelt Risiken als Fragen von Gerechtigkeit und Fairness gerahmt und nicht als Probleme, die auf wissenschaftliche und ökonomische Fragen beschränkt sind. Behördenvertreter, die eine Sprache verwenden und Informationen geben, die nicht auf die Rahmungen bezogen sind, die von den Gemeindemitgliedern adaptiert sind, werden als unempfänglich für ihre Bedürfnisse und Interessen eingeschätzt und das Vertrauen der Menschen kann entsprechend unterminiert werden (Vaughan 1995, S. 173).

Umweltrisiken können in einer Gemeinde oder sozialen Gruppe Sorgen über Gleichheit, Gerechtigkeit, moralische Verantwortlichkeiten, die Kontrolle über den Entscheidungsprozess und über die partizipatorische Demokratie hervorrufen.

Während Politiker und Behörden die meisten Risikothemen und Auseinandersetzungen als wissenschaftliche und ökonomische Fragen rahmen (Ökonomen z. B. in Kosten-Nutzen-Analysen), rahmen einige Gruppen in der Laienbevölkerung Umweltrisiken in Fragen von Fairness und Gerechtigkeit um. Gerechtigkeitsorientierte Rahmungen können geeignet sein, Gemeinden auf ein risikobezogenes Thema aufmerksam zu machen, weil der Gerechtigkeitsrahmen Werte und Einstellungen berührt, die mit Gleichheit und bürgerlichen Rechten zu tun haben. Sobald dieser Rahmen in Gemeinden adaptiert ist, kann es sein, dass Gemeindemitglieder Kosten-Nutzen-Analysen ablehnen. Ebenso können Informationen, die aus traditionellen quantitativen Risikoeinschätzungen gewonnen werden, als irrelevant betrachtet werden und kaum Einfluss bei der Lösung von Konflikten haben (Vaughan 1995, S. 173).

Dabei kann zwischen zwei Typen von Gerechtigkeitsorientierungen unterschieden werden (vgl. Vaughan 1995, S. 173):

1. Verteilungsgerechtigkeit: Sie bezieht sich auf Fragen von Fairness bei der Verteilung von Ressourcen und Kosten und der Gleichheit in der Verteilung von Risiken und Vorteilen. Dies ist z. B. von Bedeutung in der Frage, ob von bestimmten Gruppen disproportional hohe Risiken getragen werden und andere die Vorteile haben. Verteilungsgerechtigkeit ist ebenfalls bei der Verteilung von Ressourcen nach Katastrophen von Bedeutung oder bei der Frage der Kompensation, wenn es z. B. bei dem ICE-Unglück in Eschede darum ging, ob Opfer oder Familien von Opfern für die erlittenen Verluste angemessene kompensatorische Leistungen erhielten. Im Hintergrund solcher Konflikte und Initiativen steht die Frage, ob die Opfer (z. B. die Fahrgäste) überproportional an den Risiken in Form eingetretener Schäden beteiligt sind, während die Anteilseigner von den Gewinnen profitieren.
2. Prozessgerechtigkeit: Sie bezieht sich auf die Fairness des Prozesses, mittels dessen Entscheidungen getroffen werden. Es geht dabei um die Konsistenz von Entscheidungen oder Regeln, um die Kontrolle über Entscheidungen, die wahrgenommene Neutralität von Politikerinnen und Politikern oder Behörden, Kompetenz und Respekt für die Rechte von Bürgern und die Dynamik interpersoneller Interaktionen.

Gerade bei Minderheiten und in Gemeinden mit Einwohnern, die nur über ein niedriges Einkommen verfügen, spielen diese Gerechtigkeitsfragen eine besondere Rolle im Risikomanagement.

- ➔ **Beispiel:** In Gemeinden mit einem hohen Anteil an Latinos und Afro-Amerikanern spielen Gerechtigkeitsthemen bei Fragen der Platzierung von Deponien mit gefährlichem Müll oder bei Fragen der Umweltverschmutzung eine besondere Rolle, da sie oft zu einer Frage von Verteilungsgerechtigkeit umgerahmt werden.

Wird der Rahmen von einem, der sich auf Umweltrisiken bezieht, in einen gerechtigkeitsorientierten Rahmen verwandelt, hat dies weitere Wirkungen. Es führt zu Änderungen in der Einschätzung der Bedeutung von Umweltproblemen und in der Akzeptanz. So kann es bei einer Risikokommunikation mit einer solchen Gemeinde nicht zu einer Konvergenz von Meinungen kommen, wenn die Behördenvertreter, Wissenschaftler oder Betriebe sich nur auf technische oder ökonomische Aspekte der Situation beziehen. Um zu einer Lösung des Konfliktes zu gelangen, muss die Legitimität gerechtigkeitsorientierter Rahmungen des Themas akzeptiert werden und versucht werden, eine für beide Seiten akzeptable Rahmung zu finden (siehe zu Verhandlungsstrategien Abschnitt 4).

- ➔ **Beispiel:** Wenn die Minderheit bereits distributiv im Konflikt steht (zur schwachen sozioökonomischen Situation vieler Migranten siehe Abschnitte 1.5 und 5.3.1), kann es schnell zu einer Orientierung an Gerechtigkeitsfragen kommen. Diese ist dann nur noch schwer veränderbar. Bei dem Brand des von Türkinnen und Türken bewohnten Hauses in Ludwigshafen wurde die Rahmung des Brandes und der Löscharbeiten schnell von einer risikobezogenen auf eine gerechtigkeitsorientierte Rahmung umgestellt. Es erhob sich der Verdacht der Verletzung der distributiven Gerechtigkeit. Weil in dem Haus nur Türken wohnten, wurde gemutmaßt, dass die Feuerwehr nicht mit gleicher Einsatzkraft gelöscht habe. Entsprechend der Überlegungen von Vaughan hätte bei der Konfliktlösung zunächst auf die Rahmung durch die Bewohner und die türkische Gemeinde eingegangen werden müssen, um diese Rahmung zu entkräften. Argumente und Belege dabei hätten sein können: türkische Feuerwehrleute waren an der Löschung beteiligt, Erörterung typischer Löschprozesse im Vergleich zur Löschung des Hauses mit türkischen Bewohnern anhand von Protokollen. Ein Mangel an Verteilungsgerechtigkeit im Alltag hätte zugestanden werden können.

Eine Strukturierung des Rahmens durch Fragen der Verteilungsgerechtigkeit bei Risiken führt dazu, dass Fragen ethnisch-kultureller Gleichheit, Demokratie und Machtverteilung in der Gesellschaft thematisiert werden. Ein

Lösungsansatz besteht darin, Fragen der Verteilungsgerechtigkeit in formale Entscheidungsmodelle über Risiken einzubeziehen (vgl. Vaughan 1995, S. 173). Dies ist zum Beispiel möglich, indem von Behörden aufgezeigt wird, dass eine bestimmte Vorgehensweise nicht nur auf Gemeinden mit einer bestimmten sozioökonomischen oder kulturellen Zusammensetzung der Bewohnerschaft begrenzt ist, sondern auch in Gemeinden zu finden ist, die durch andere ethnische und sozioökonomische Profile geprägt sind. Ebenso besteht die Möglichkeit, dass von Behördenvertretern eine Definition des Problems entwickelt wird, die von allen geteilt werden kann. Eine solche Definition kann bereits aus frühen Interaktionsprozessen mit Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde resultieren. Dabei ist ein ehrlicher Austausch von Informationen erforderlich, bei dem die Gemeinde oder Gruppe neben der Beteiligung an der Definition des Problems auch an der Setzung von Parametern für den Entscheidungsprozess mitwirkt. Dafür kann es erforderlich sein, dass Behördenvertreter Fragen der Verteilung und Verteilungsgerechtigkeit möglichst objektiv berücksichtigen und in Risiko-Nutzen-Analysen integrieren (vgl. Vaughan 1995, S. 177; siehe Abschnitt 4).

Ein weiteres Interesse von Bürgern in Risikokontexten betrifft die Besorgnis darüber, wie es zu Entscheidungen im Risikomanagement kommt, und damit die Frage der Prozessgerechtigkeit. Es ist offenbar wesentlich, einen Kommunikationsprozess zu erreichen, der von allen Beteiligten als fair, offen und konsistent wahrgenommen wird. Dabei scheint in vielen Gemeinden mit hohem Anteil an Minderheiten besonders wichtig zu sein, dass sie in politische oder andere Entscheidungsprozesse einbezogen werden und dass alternative Perspektiven bei den Überlegungen berücksichtigt werden. Diese Debatten zentrieren sich um Fragen der Machtverteilung in Gesellschaften und um die wahrgenommene Kontrolle über Entscheidungen, die Gesundheit und Wohlergehen betreffen. Demokratische Partizipation wird bei Entscheidungen, bei denen es um Umweltrisiken geht, als Recht aller Gemeinden und Gemeindemitglieder gerahmt. Folglich können Kommunikationsprozesse, die als ausschließlich wahrgenommen werden, zu Misstrauen, Opposition gegenüber risikobezogenen Managemententscheidungen und einem Verlust an Glaubwürdigkeit der betreffenden Verwaltungsstelle oder des Unternehmens führen (vgl. Vaughan 1995, S. 174).

3.2.5 Die Gewichtung von Risikodimensionen und der soziale Kontext

Soziokulturelle Erfahrungen, bei denen Ethnizität oder sozioökonomische Umstände eine Rolle spielen, können Individuen dazu veranlassen, Umweltrisikosituationen unterschiedlich wahrzunehmen. Diese Kontexte können ebenfalls zu Unterschieden in der Bewertung von ökonomischen, Gesundheits- und Umweltfragen führen. In der Gesellschaft gibt es keinen breiten Konsens darüber, wie die unterschiedlichen Faktoren, die in Risikomanagement-Entscheidungen eingehen, zu gewichten sind. Unterschiede bei der wahrgenommenen Bedeutung dieser Dimensionen können daher längere Konflikte fördern (Vaughan 1995, S. 174).

Grundlegende Uneinigkeit darüber, wie Gesundheitserwägungen in Relation zu ökonomischen Vorteilen zu gewichten sind und wie die Unsicherheiten verbunden mit quantitativen Risikoabschätzungen zu gewichten sind, oder die Bedeutung langfristiger im Verhältnis zu unmittelbaren Konsequenzen, können bei Kommunikationen über eine Risikosituation deutlich werden.

Sowohl anthropologische als auch soziologische Untersuchungen zeigen, dass der Umgang mit Gesundheitsrisiken von kulturellen und sozialen Faktoren abhängt.

➔ So hat Vaughan in einer quasi-experimentellen Studie mit mexikanischen Landarbeitern festgestellt, dass der weitere sozioökonomische Kontext die Wahrscheinlichkeit beeinflusst, mit der Selbstschutzstrategien am Arbeitsplatz gewählt werden. Es ging dabei um die Auswirkung von Pestiziden auf chronische Krankheiten. Es handelte sich um Mexikaner, die erst vor Kurzem eingewandert waren. Vaughan fand heraus, dass die meisten der 400 Migranten, die in unterschiedlichem Maße in Armut lebten, keine Maßnahmen ergriffen hatten, die ihre Exposition gegenüber den Pestiziden verringert hätten. Unter den befragten Arbeitern waren diejenigen am wenigsten selbstschutzorientiert, deren sozioökonomische Lebensumstände am schlechtesten waren. Auch risikobezogene Informationen änderten daran nichts. D. h., schlechtere ökonomische Bedingungen waren mit einem stärkeren Pessimismus über künftige Gesundheitsbeeinträchtigungen verbunden und weniger Zuversicht, dass Schutzvorkehrungen wirksam sein könnten und es wurden weniger Schutzmaßnahmen ergriffen (vgl. Vaughan 1995, S. 177 f.). Im Bereich der Nutzung medizinischer Vorsorge sind die Befunde in Deutschland inzwischen ähnlich (vgl. Pesek 2009, S. 549).

So wie in bestimmten Gemeinden Gerechtigkeitserwägungen für die Rahmung der Interpretation und des Zugangs zu Risiken von Bedeutung sind, können in anderen Gemeinden ökonomische Erwägungen im Zentrum stehen. Dies hängt jeweils von der sozialen und ökonomischen Geschichte einer Gemeinde ab. In Gemeinden, die Ansätze des Risikomanagements als ihren ökonomischen Interessen zuwiderlaufend ansehen, stellt diese Frage wiederum eine Herausforderung für Risikomanager dar.

- ➔ Ein Beispiel sind Erfahrungen, die mit Bewohnern der Umgebung von Love Canal gewonnen wurden (siehe Abschnitt 3.3 zu religiöser Orientierung und risikobezogenem Handeln) und die reflektieren, dass, als die ersten Nachrichten über die Kontamination übermittelt wurden, bei den Bewohnern die Tendenz bestand, die langzeitlichen Risiken als minimal einzuschätzen und sich der Umsiedlung zu widersetzen, wenn sie gravierende ökonomische Probleme hatten (vgl. Vaughan 1995, S. 174). Das Gebiet wurde 1980 zum Katastrophengebiet erklärt.

Generell kann offenbar gesagt werden, dass ein niedriger sozioökonomischer Status und das Leben in Armut mit einem bestimmten Muster der Adaptation und Bewertung von chronischen Risiken verbunden sind (vgl. Vaughan 1995, S. 174). Untersuchungen in Erdbebenrisikogebieten der West- und Süd-türkei bestätigen diesen Befund. Arme und vom sozioökonomischen Status her schwache Bevölkerungsgruppen wissen zwar ebenso wie mittlere und höhere Einkommensgruppen, dass sie in einem Erdbebenrisikogebiet leben, aber die Frage des alltäglichen Lebens und Überlebens überschattet die Möglichkeiten, sich mit Fragen des Schutzes vor längerfristigen oder nicht kalkulierbaren Risiken näher zu befassen. Sie werden ignoriert, weil keine Ressourcen verfügbar sind, um sich mit ihnen zu beschäftigen. Weder ist Geld für Notfallausrüstungen vorhanden, noch sind ökonomische Ressourcen verfügbar, das eigene Haus oder die eigene Wohnung bei seismischen Risiken zu verstärken, geschweige denn die Wohnung oder das Haus zu verlassen und an einen sicheren Standort zu ziehen. Insofern sind für soziale Gruppen oder Gemeinden, die von langzeitlichen Risiken, wie z. B. Erdbeben, Überschwemmungen oder Hurrikanen bedroht sind und einen täglichen Kampf um Arbeit, Geld und Essen führen, diese langfristigen Risiken „Luxusprobleme“, die nur in Form staatlicher Zusammenarbeit mit solchen Gemeinden und durch finanzielle wie beratende Investitionen lösbar sind. In einer ähnlichen Situation können sich in Deutschland bereits all jene befinden, die als Deutsche oder Migrantinnen und

Migranten mit mehreren schlecht bezahlten Jobs überleben müssen oder sich in der Illegalität „durchschlagen“.

Vergleichbare Befunde zeigen sich, wenn es um die Frage der Risikoaversion bei Arbeitern geht. Denn diese hängt weitgehend von der wahrgenommenen Notwendigkeit ab, die aufgenommene Arbeit weiter zu verrichten. D. h., ärmere Arbeiter sind tendenziell weniger risikoaversiv und eher bereit, negative Gesundheitsfolgen zu akzeptieren, als Arbeiter mit größeren ökonomischen Ressourcen.

Die Folge ist, dass die Kommunikation über langfristige Risiken in Gemeinden mit einem höheren Anteil armer Menschen oder in sozialen Gruppen, bei denen Arbeiter nur eine geringe Wahlmöglichkeit bezogen auf ihre Beschäftigung haben, schwierig ist. Sie erfordert von Risikomanagern und Praktikern Modifikationen und geeignete Strategien, wenn es darum geht, die Menschen dazu zu bringen, sich einem geringeren Risiko auszusetzen. D. h., für Katastrophenschützer und Risikomanager ist ein Verständnis dafür erforderlich, wie sozioökonomische Erfahrungen und Kontexte die individuellen Haltungen und Handlungen beeinflussen, wenn es um den Schutz und Selbstschutz in der Bevölkerung geht und resilienzorienteerte Strategien gefördert werden sollen.

3.2.6 Sozialökonomische Situation und risikobezogene Einstellung und Verhalten

Menschen, die in Armut leben oder nur über geringe ökonomische Ressourcen verfügen, sind in ihrer Adaptation an und Reaktion auf Umwelt- oder Gesundheitsrisiken tendenziell passiv oder weniger aktiv (Vaughan 1995, S. 174). Sie handeln bezogen auf Gefahren seltener vorsorgeorientiert. Oft können sie nicht das Gefühl entwickeln, dass sie die Bedingungen des Risikodiskurses mit definieren können und die Wirkungen von Risiken beeinflussen oder kontrollieren können. Ob Menschen ein Gefühl von Kontrolle haben, hat sich als wichtig für die Frage herausgestellt, ob von ihnen eine aktive Beteiligung an Bemühungen zur Reduktion von Umweltrisiken oder anderen Gesundheitsrisiken zu erwarten ist. Sozioökonomische Umstände können den persönlichen Glauben an die Möglichkeit beeinflussen, die eigene Sicherheit zu erhöhen und gesundheitliche und sonstige Risiken zu reduzieren. Menschen mit weniger sozioökonomischen Ressourcen haben zugleich seltener eine eigene Meinung zur Frage, ob die Ergebnisse von Entwicklungen kontrolliert werden können (vgl. Vaughan 1995, S. 175).

Für einige Bevölkerungsgruppen tragen soziale Erfahrungen mit begrenzten Chancen und inadäquatem Zugang zu ökonomischen Ressourcen zu dieser Orientierung bei. Daher kann ein vorläufiges Ziel darin bestehen, ihre Orientierung bezogen auf die Möglichkeit der Kontrolle von Entwicklungen zu ändern, statt sie nur auf Risiken aufmerksam zu machen (vgl. Vaughan 1995, S. 178).

Die Ergebnisse zur Kontrollorientierung entsprechen denen, die in der Türkei im Zusammenhang mit Erdbebenrisiken gewonnen wurden. Der Glaube, die Wirkungen von natürlichen Ereignissen kontrollieren zu können, hängt danach zum einen von dem spezifischen natürlichen Risiko ab (es wird eher geglaubt, dass Hangrutschungen oder Überschwemmungen von Menschen kontrolliert werden können als Erdbeben), zum anderen von der sozioökonomischen Situation der Befragten. Bei den Fragen zur Kontrollmöglichkeit war in der Türkei auch Bildung ein Faktor, der den Glauben an die Möglichkeiten der Kontrolle der Folge von Ereignissen durch Menschen positiv beeinflusst (vgl. Geenen 1995; Geenen 2006). Vaughan folgert aus der Bedeutung des Gefühls von Kontrollmöglichkeiten für die Vorsorge- und Schutzpraxis:

„For the practitioner who is charged with communicating about and facilitating the adoption of health and safety measures to reduce hazardous exposures, ... the socio-cultural context within which targeted populations live and work will be an important consideration“ (Vaughan 1995, S. 175).

Die erfolgreichsten Programme, die sich an Menschen mit niedrigem Einkommen oder geringer Literalität richten, verfolgen einen partizipatorischen und die Resilienz der Menschen erhöhenden Ansatz.

3.2.7 Lebensstile und risikobezogene Einstellungen

Gängige kulturtheoretische Zugänge zu Risikofragen, die sich an Typologisierungen versuchen, sollen hier nur kurz diskutiert werden, da sie mit spezifischen zentralen Unzulänglichkeiten behaftet sind. Unter solchen Ansätzen hat wohl derjenige von Mary Douglas und Aaron Wildavsky (1983) die kulturorientierte Risikodiskussion am meisten beeinflusst. Douglas und Wildavsky sind der Frage nachgegangen, ob Menschen in unterschiedlicher Weise bestimmte Risiken als besonders relevant antizipieren und ob diese Wahl sozial festgelegt sei. Sie gehen davon aus, dass es eine Vielzahl von Risiken und Gefahren gibt,

welche ein Individuum bedrohen können, von denen jedoch die meisten alltäglich ausgeblendet werden (bewusst nicht wahrgenommen oder vernachlässigt). Andere werden von bestimmten Gruppen oder Individuen überbetont. Die Auswahl einzelner Risiken ist wiederum kulturabhängig. Insofern selektieren Menschen, was sie für gefährlich oder riskant halten und was daher in den Fokus öffentlicher Aufmerksamkeit gerückt werden müsste. So weit sind die Annahmen nachvollziehbar.

Problematisch ist jedoch die Vorstellung, dass sich die in den Gesellschaften hervorgebrachten Sichtweisen auf die natürliche Umwelt, die sich auf die Risikowahrnehmung auswirken, den von Menschen gewählten Lebensstilen zuordnen ließen. Dem unterliegt die Vorstellung, dass gemeinsame Werte auch zu gemeinsamen Ängsten führten. Als Lebensstiltypen werden Hierarchisten, Markt-Individualisten und Sektierer modelliert. Alle drei Typen entsprechen nach Douglas und Wildavsky (1983) und Wildavsky (1993, S. 182 f.) je einer spezifischen Haltung zu Risiken. Danach befürworten Anhänger einer hierarchischen Kultur (Hierarchisten) Technologien, wenn sie von Experten als sicher zertifiziert wurden, auch wenn sie wissen, dass die Experten üblicherweise die Großtechnologie (wie Atomkraftwerke) für sicher halten werden. Konkurrenzorientierte Individualisten (Markt-Individualisten) sehen demgegenüber Risiken als Chancen und stehen Technologien optimistisch gegenüber. Egalitär orientierte Menschen (Sektierer) sehen Technologie als Teil des Apparates, durch den hierarchische und individualistische Kulturen (korporativer Kapitalismus) Ungleichheiten aufrecht erhalten, die die Gesellschaft und die natürliche Umgebung beschädigen. Diese aus Lebensstilen und entsprechenden Einstellungen resultierenden Haltungen können die Wirkung der anderen Faktoren (z. B. sozioökonomische Situation, Katastrophenerfahrungen, soziokulturelle Werte) modifizieren. Entsprechend kommt eine Nationen (USA und Frankreich) vergleichende Studie, in der die Einstellung zu Nuklearrisiken untersucht wurde, zu dem Ergebnis, dass amerikanische Weiße (mit höherem Einkommen und höherer Bildung) eine extrem geringe Risikowahrnehmung (bei Kernenergie wie bei anderen möglichen Auslösern, auch natürlichen Auslösern) haben und sie dem Typ der Anhänger einer hierarchischen Kultur zugeordnet werden können („they also held highly authoritarian and anti-egalitarian attitudes“; Slovic, Flynn et al. 2000, S. 98). Demgegenüber waren die Ergebnisse in den USA für farbige Männer und weiße und farbige Frauen ähnlich und zeigten eine größere Besorgnis und Ablehnung von Kernkraft. Offenbar wurden in dieser Studie nur Personen befragt, die eine High School oder ein College absolviert hatten (vgl. Slovic, Flynn et al. 2000, S. 83, 85).

Es fällt auf, dass die Studien, die unter Verwendung der Typologie von Douglas und Wildavsky oder ähnlicher Ansätze durchgeführt werden, keineswegs auf Stichproben basieren, die hinsichtlich Schichtungskriterien als repräsentativ gelten können. Rohrman (2000) hat in seiner kulturvergleichenden Studie Studierende (der Psychologie, Geographie und Ingenieurwissenschaften), Wissenschaftler und Mitglieder feministischer Gruppen befragt, was bedeutet, dass die Ergebnisse ebenfalls kaum Aussagekraft für irgendeine Bevölkerung haben. Er kommt zu dem Schluss, dass kulturelle Typologien kaum durch empirische Daten gestützt werden und sie sich auch bei internationalen Vergleichen als spekulativ und problematisch erweisen (vgl. Rohrman, 2000, S. 136).

Es sei angemerkt, dass sowohl die Typologien von Douglas und Wildavsky als auch diejenige von Rohrman an zwei Problemen krankt: Die Typen haben einen westlichen ethnozentrischen Bias. Bei den von Douglas und Wildavsky gebildeten Lebensstiltypen ist kaum vorstellbar, wie darunter ein buddhistischer Mönch, ein deutscher Hausmann oder eine türkische Kioskbesitzerin subsumiert werden könnten. Insofern tragen Kulturtypologien in einer solch groben Vereinfachung kaum dazu bei, differenzierte Einblicke in die Risikowahrnehmung unterschiedlicher sozioökonomischer und ethnisch-kultureller Gruppen zu gewinnen. Da Schichtmerkmale nicht systematisch berücksichtigt werden, wäre zu fragen, ob die Studien sich im Wesentlichen auf einen Vergleich der Risikowahrnehmung von Eliten oder angehenden Eliten stützen.

3.2.8 Soziale Kontexte und frühere Einstellungen zu Risiken

Individuen sind keine passiven Empfänger von Risikoinformationen, sondern sie filtern die Informationen durch ihr Wertesystem und ihre vorgefassten Meinungen. Werte und Normen können sich zwischen Gemeinden und kulturellen Gruppen unterscheiden. Auch kulturelle Erfahrungen und vorgefasste Meinungen über die Glaubwürdigkeit von Organisationen und Behörden können auf früheren Erfahrungen beruhen und daher zwischen Individuen, sozialen Gruppen und Gemeinden divergieren. Sie alle beeinflussen indirekt die Reaktionen in einer bestimmten Risikosituation.

Selbstverständlich wirken sich auch frühere Erfahrungen mit Katastrophen auf die Risikowahrnehmung aus. So hatten einige Immigrantengruppen in den USA eine erhöhte Risikowahrnehmung, wegen Katastrophen, die sie früher in Mexiko

erlebt hatten. Gleiches gilt für Bewohner von Watsonville vor dem Loma-Prieta-Erdbeben. Sie hatten ein stärker entwickeltes Risikobewusstsein bezüglich erdbebenbezogener Risiken als andere Bewohner, weil sie vorher das Mexico-City-Erdbeben erlebt hatten oder darüber von Verwandten oder Freunden gehört hatten (vgl. Aptekar 1990).

Vorgefasste Meinungen und Erwartungen sind von besonderer Bedeutung, wenn die wissenschaftlichen Daten über bestimmte Risiken widersprüchlich oder unsicher sind. Das ist nicht selten der Fall, denn wissenschaftliche Einschätzungen über Risiken sind oft mit einem bestimmten Grad an Unsicherheit behaftet. Zum Teil differieren sie auch oder widersprechen einander. Auch in den Medien werden konfligierende Meinungen über die Validität und Bedeutung wissenschaftlicher Risikoeinschätzungen diskutiert. Über solche Einschätzungen und Diskussionen wahrgenommene Mehrdeutigkeiten können das Individuum darin bestärken, bei seiner vorgefassten Meinung zu bleiben (vgl. Vaughan 1995, S. 175).

Soziokulturelle Normen und Erfahrungen, die in einer Gemeinde vorherrschen, können Ergebnis einer zuvor entwickelten Einschätzung der Risiken sein. Dies ist in vielen Risikosituationen der Fall, wenn Behördenvertreter versuchen, mit Gemeindemitgliedern zu kommunizieren. Sofern sie nicht die in der Gemeinde vorherrschenden Auffassungen zur Kenntnis nehmen und in ihrem Kommunikationsansatz berücksichtigen, kann es zu Polarisierungen zwischen ihnen und den Gemeindemitgliedern kommen. Wissenschaftliche Informationen beeinflussen etablierte Meinungen kaum, weil die neuen Informationen selektiv bewertet werden können, je nachdem, ob sie mit den vorgefassten Meinungen konsistent sind oder nicht. Es ist daher wenig erfolgversprechend, wenn Behörden versuchen, Gemeinden oder soziale Gruppen, die von einem bestimmten Risiko überzeugt sind, mit formalen wissenschaftlichen Daten und Analysen vom Gegenteil zu überzeugen, sofern die wissenschaftlichen Daten nicht von einer unabhängigen Stelle erhoben wurden. Es kann dann leicht zu Skepsis in Bezug auf die Neutralität der präsentierten Daten in der Bevölkerung kommen und dadurch möglicherweise das ganze behördliche Anliegen in Misskredit gebracht werden (vgl. Vaughan 1995, S. 175).

Denn vorgefasste Meinungen über Risiken und Einschätzungen der Glaubwürdigkeit von staatlichen Stellen oder von Unternehmungen sowie vorgefasste Meinungen über das jeweilige Risikomanagement sind innerhalb soziokultureller

Kontexte situiert und nicht unabhängig von individuellen und kollektiven sozialen Erfahrungen zu sehen, die Perspektiven und Weltansichten strukturieren. Im Vergleich ethnischer und sozioökonomischer Gruppen oder Gemeinden können unterschiedliche Muster von Risikoeinschätzungen und Wertesystemen beobachtet werden, die für das Risikomanagement relevant sind, je nachdem, wie sich die sozialen und kulturellen Kontexte voneinander unterscheiden (vgl. Vaughan 1994, S. 175).

Eine Erforschung systematischer Unterschiede bei allgemeinen Risikoeinschätzungen, die ethnische und sozioökonomische Unterschiede berücksichtigen würde, fehlt. Bei verfügbaren empirischen Studien zeigen sich einige Inkonsistenzen, die an Unterschieden in den verwendeten Methoden liegen können.

Jedoch scheint es einige empirische Ergebnisse beim Vergleich sozialer Gruppen zu geben, die systematischen Charakter haben könnten. So sehen Afro-Amerikaner im Vergleich zu anderen ein größeres Risiko in Atomkraftwerken und befürworten striktere Regelungen (vgl. Vaughan 1995, S. 176). Demgegenüber befürworten weniger Afro-Amerikaner als Weiße strikte Regelungen bei Fluorkarbon in der Umwelt. Jedoch fehlen für eine systematische Zuordnung wiederum Anhaltspunkte zu den Hintergründen dieser Präferenzen.

Generell hat sich gezeigt, dass Einstellungen gegenüber Transport und Lagerung toxischer Abfälle, Risiken durch Pestizidrückstände in Nahrungsmitteln, Gesundheitsrisiken in Luft und Wasser und Risiken durch technische Anlagen mit soziodemographischen Charakteristiken, einschließlich Ethnizität und sozioökonomischen Bedingungen, variieren. Da systematisch ausgerichtete Forschungsarbeiten zumeist auf die Analyse des Zusammenhangs zwischen risikobezogenen Einstellungen und Themen gerichtet waren, ist es schwer zu spezifizieren, wie kulturelle Erfahrungen eine vorgefasste Meinung über Risiken beeinflussen (vgl. Vaughan 1995, S. 176).

Viele Untersuchungen über Kontroversen in Risikofragen und über die Rolle der Risikokommunikation in politischen Prozessen haben sich auf Charakteristiken des Risikos oder der Gefährdung konzentriert oder auf den Inhalt von Botschaften oder bestimmte Aspekte der Interaktionen zwischen relevanten Gruppen zur Zeit eines Konfliktes. Das Problem an diesen Studien ist, dass sie die Kontroversen von der sozialen und kulturellen Dynamik in der jeweiligen Gemeinde abtrennen und daher wenig zum Verständnis von risikobezogenem Verhalten

beitragen, insbesondere bei Gemeinden, die bezogen auf ihre ethnische Zusammensetzung oder ihre langzeitlichen sozioökonomischen Umstände differieren.

Zudem wurden Fragen der Risikokommunikation in hochindustrialisierten Ländern selten bei Minderheitengruppen oder Gemeinden, deren Bewohner nur über ein niedriges Einkommen verfügen, untersucht, obwohl gerade diese Individuen und Gruppen zumeist Umwelt- und Katastrophenrisiken am stärksten ausgesetzt sind. Der Nutzen effektiver Risikomanagement-Strategien könnte daher bei ihnen am größten sein.

Wegen der begrenzten Zahl einschlägiger empirischer Studien ist die Dynamik der Risikokommunikation in unterschiedlichen Gemeinden und gesellschaftlichen Gruppen bis heute nicht hinreichend verstanden.

- ➔ In der zukünftigen Forschung sollte versucht werden, besser zu verstehen, wie Kommunikationsprozesse zu Risikofragen in unterschiedlichen sozio-kulturellen Kontexten entstehen. Ebenso bedarf es eines verbesserten Verständnisses der Hintergründe für unterschiedliche Reaktionsmuster in Risikosituationen in kulturell heterogenen Gesellschaften, wobei jeweils auch der sozioökonomische und kulturelle Kontext berücksichtigt werden sollte.

3.2.9 Befunde und Empfehlungen zu Information, Warnung und Alarmierung einer multikulturellen Bevölkerung

Bei Migranten, die noch nicht lange im Land sind, und bei Besuchern eines Landes kann es im Notfall oder bei Katastrophen zu *Kommunikations- und Informationslücken* kommen. Möglicherweise entwickeln einige ältere Migranten der ersten (bisweilen auch der zweiten) Generation nie ihre Sprachfertigkeiten so, dass sie in der neuen Gesellschaft effektiv kommunizieren können (vgl. Clerveaux, Katada und Hosoi 2008a, S. 2). Hinzu kommt, dass Fertigkeiten in der Sprache, die vielleicht im Alltag adäquat sind, unter Stress oder Druck beeinträchtigt sein können (vgl. Solis et al. 1997). Verwiesen sei auch auf die klassische Studie über den Saragosa-Tornado in Texas (vgl. Aguirre et al. 1991), bei dem eine nicht korrekte Übersetzung des Wortes „Warnung“ vom Englischen ins Spanische sowie das Unterlassen der Ausstrahlung lokaler Warnungen durch eine spanischsprachige Fernsehstation zu Opfern unter der spanisch-sprechenden Bevölkerung geführt hatten. Nach dem Hurrikan Andrew

wurde ein wichtiger Teil der reliefbezogenen Informationen nur in englischer Sprache übermittelt. Dies führte dazu, dass Latinos und Haitianer nicht von der Verteilung notwendiger Lebensmittel, medizinischer Versorgung und zusätzlicher Informationen erreicht wurden (vgl. Clerveaux, Katada und Hosoi 2008a, S. 2).

- ➔ Empfohlen wird, dass Katastrophenmanager sicherstellen, dass risikobezogene Informationen und Informationen zur Vorbereitung und Reaktion auf Notfälle und Katastrophen so kommuniziert werden, dass sie von den verschiedenen kulturellen Gruppen vollständig verstanden und akzeptiert werden. Sie sollten möglichst in denjenigen Sprachen an die Bevölkerung weitergegeben werden, mit denen in der gefährdeten oder betroffenen Region die meisten Menschen erreicht werden können. Es ist darauf zu achten, dass Übersetzungen korrekt sind. Zudem sollten Sender, die von der Migrationsbevölkerung im Alltag bevorzugt werden, und englischsprachige Sender in die Übermittlung von Information, Warnung und Alarmierung einbezogen werden (siehe Näheres zu Warnung in Abschnitt 5.2.2).
- ➔ Weitergehend wird empfohlen, bei der Verbreitung risikobezogener Information und von Warnungen auf solche Medien zurückzugreifen, die auch im Alltag vielfach genutzt werden. Würde die Veröffentlichung der Warnmeldung u. a. über den Verkehrsfunk geleitet und entsprechend ausgestaltet, könnten weite Kreise der Bevölkerung erreicht werden. Denn: 1. ist der Empfang des Verkehrsfunks unabhängig vom Ausfall regionaler Stromnetze (die Sender verfügen vermutlich über Notstromaggregate). 2. Viele Autofahrer (Pkw/Lkw) werden über Handy verfügen, um darüber Freunde, Angehörige und Nachbarn zu informieren. Die Durchsagen könnten dreisprachig erfolgen: deutsch, türkisch, englisch. Will man frankophone Kulturangehörige (Frankreich, Tunesien, Marokko, einen Teil der Afrikaner, die in Deutschland leben) erreichen, wäre es sinnvoll, auch in Französisch als vierter Sprache zu warnen. Als fünfte Sprache wäre noch an Russisch oder Polnisch zu denken. Mit den erstgenannten vier Sprachen könnten auch die meisten Transitreisenden erreicht werden.

In vielen islamischen Gesellschaften ist die Kommunikation, insbesondere außerhalb der Familie, oft auf Personen desselben Geschlechts begrenzt (Männer mit Männern, Frauen mit Frauen). Da sich Informationen an Muslime häufig an männliche Ansprechpartner (auch in Organisationen) richten, werden Frauen

bei der Informationsweitergabe leicht vernachlässigt. Dies führt oft dazu, dass Frauen vom Empfang wertvoller katastrophenbezogener Informationen, die ihr Leben retten könnten, ausgeschlossen sind (vgl. Clerveaux, Katada und Hosoi 2008a, S. 2). Da Frauen häufig auch die Betreuung von Kindern sowie von behinderten Angehörigen und die Pflege älterer Menschen wahrnehmen, sind möglicherweise auch diese Personengruppen von den Informationen ausgeschlossen.

- ➔ Es wird daher empfohlen, bei der Weitergabe risikobezogener Informationen, Warnungen und Alarmierungen darauf zu achten, dass in den Zielgruppen Männer UND Frauen erreicht werden.

3.3 Sozioökonomische Situation, religiöse Orientierung und risikobezogenes Handeln

Eine zentrale Frage in der Einschätzung von Bevölkerungsgruppen ist, ob sich ihre religiöse Haltung, ihre Normen und Werte auf ihre Bereitschaft, sich zu schützen, auswirken. Seit Langem zirkulieren in dieser Hinsicht folgenreiche Annahmen über Muslime. So finden sich noch in der jüngeren Forschungsliteratur Thesen, Muslime seien weniger daran orientiert, sich vor Katastrophen zu schützen, und nähmen gravierende Verluste leichter hin als Menschen anderer kulturell-religiöser Orientierung, da sie eine fatalistische Grundhaltung hätten. Selten wird dabei untersucht, ob die vermutete religiöse Orientierung einen sozialen Hintergrund haben könnte. Ohne auf religiöse Fragen einzugehen, beleuchtet Vaughan (1995, S.174) den Zusammenhang zwischen der ökonomischen Situation, in der sich Menschen befinden, und ihrer Bereitschaft, Risiken zu akzeptieren, am Beispiel von Bewohnern in der Nähe von Love Canal. Jedoch handelt es sich bei den im Folgenden skizzierten Befunden um kein seltenes Phänomen. Ein Befund war, dass Bewohner mit drückenden finanziellen Problemen dazu tendierten, die langzeitlichen Risiken der Kontamination (durch die Giftmülldeponie unter ihren Häusern) für ihre Gesundheit für gering zu erachten. Das heißt, ein niedriger sozioökonomischer Status oder das Leben in Armut können dazu führen, dass ein von anderen Bevölkerungsgruppen abweichendes Muster der Adaptation und Evaluation chronischer Risiken erfolgt. Danach ist die Wahrscheinlichkeit größer, dass Menschen mit ökonomischen Sorgen langzeitliche Gesundheitsrisiken verkleinern und eine ‚fatalistischere‘ Orientierung gegenüber künftigen Gesundheitsgefährdungen einnehmen. Diese Einschätzung entspricht Forschungsergebnissen von Geenen (1995 und 2006 bezogen auf Erdbeben) bei Feldforschungen in unterschiedlichen Regionen der Türkei. Danach ist Fatalismus stark negativ korreliert mit Einkommen. Anders gesagt: Besteht Handlungspotenzial in Form ökonomischer Ressourcen, so ist sowohl in Interviewergebnissen als auch in der Selbstschutzpraxis eine fatalistische Haltung kaum ausgeprägt. Hingegen zeigen Menschen, die in Armut und Elend leben, vergleichsweise ausgeprägt fatalistische Haltungen. Politiker, die ja selbst in der Regel über hinreichendes Handlungspotenzial verfügen, bilden insofern eine Ausnahme, als sie sich im Verlauf von Katastrophen

auf ein gottgegebenes Schicksal berufen, um von eigenen Versäumnissen abzulenken und Skandalierungsprozesse seitens der Bevölkerung zu verhindern. Jedoch wird die Berufung auf eine Schicksal stiftende Macht Allahs in der Bevölkerung zumeist als Versuch einer politischen Manipulation des Rahmens der Ereignisse interpretiert, der die Aufwendungen der Regierung für die Katastrophenopfer möglichst gering halten soll.

Neben der sozialökonomischen Perspektive ist eine sozial-kulturelle zu unterscheiden. So kann in der Bevölkerung die Berufung auf Katastrophen als Taten Allahs gemeinschaftsstiftend und fördernd sein, indem Menschen, die in einer gefährdeten Region leben, sich auf eine gemeinsame Interpretation göttlichen Handelns berufen (vgl. Geenen 1995). Einen weiteren Zusammenhang zeigt Hannah Schmuck (2000) auf. Sie hat vier schwere Überflutungen in Bangladesch miterlebt und kam unter Einsatz eines qualitativen Methodenmix zu folgendem Befund: Während der Überflutung warten die Menschen im ländlichen Raum nicht auf externe Hilfe und sitzen auch nicht in der Moschee und beten, sondern sie tun alles, was ihnen in der Situation möglich ist, um sich und ihr Vieh zu retten und nach der Flut wieder in den Alltag zurückkehren zu können. Der Glaube, dass Allah die Flut gegeben habe, er den Gläubigen jedoch auch die Stärke gebe, sie zu überleben und ihm das letzte Wort in dieser Frage zukomme, schütze die Betroffenen davor, Zeit und Energie mit der Frage zu verlieren, warum gerade ihnen die Katastrophe geschehen sei und nicht anderen. Insofern handele es sich bei dieser Vorstellung um eine selbsthilfeorientierte Strategie, Krisen so schnell wie möglich zu überstehen (vgl. Schmuck 2000, S. 92 f.).

Schmuck kritisiert zugleich zu Recht den missweisenden Einsatz quantitativer Methoden, bei denen mit Standardfragebögen die Reaktionen von Menschen nach Katastrophen erhoben werden, und die Fehlinterpretation der so gewonnenen Daten. Dadurch ergebe sich das Problem, dass Katastrophenopfer wegen ihres Glaubens an Allah als fatalistisch disqualifiziert würden. Sie empfiehlt, soweit möglich, teilnehmende Beobachtung im Verlauf einer Katastrophe. Ihre Befunde stützen Ergebnisse, die auch ich bei meinen Untersuchungen in der Türkei gewinnen konnte.

➔ **Fazit:** Bezogen auf Minderheiten islamischen Glaubens sollte auf keinen Fall davon ausgegangen werden, dass der Glaube die Menschen in dem Sinne ‚fatalistisch‘ mache, dass sie nicht bereit seien, sich, ihre Familie und ihre Habe zu schützen. Hingegen können mangelnde Ressourcen und fehlende

Kenntnisse auch angesichts einer auf Selbstschutz gerichteten Strategie fatalistisch erscheinen, weil die Notwendigkeit des Augenblicks die Umsetzung langfristiger Schutzstrategien verhindern kann. Es wäre wünschenswert, auch in Deutschland Untersuchungen durchzuführen, wie kulturelle Orientierungen sich auf Schutzstrategien von Individuen und sozialen Netzen auswirken und wie Armut an Ressourcen (als intervenierender Faktor) in ethnisch-kulturelle Schutzorientierungen hineinwirkt.

3.4 Kulturelle Differenzen der Risikowahrnehmung und Risikokommunikation von Experten und Laien

Slovic (1987) arbeitet einen prinzipiellen Unterschied in der Risikowahrnehmung von Experten und Laien heraus, der in der Lage ist, Missverständnisse und Fehlinterpretationen der Experten über die Laienwahrnehmung zumindest partiell zu erklären. Dieser Befund kann auch für Annahmen über das Bevölkerungsverhalten für strategische Übungen (wie LÜKEX 2009/10 und das dort gewählte Szenario einer unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtung mit einer ‚schmutzigen Bombe‘) von Bedeutung sein. Schuh und Hannig (2009) verweisen im Rekurs auf das Gutachten von Dombrowsky (2009, S. 5) darauf, dass es fraglich erscheine „ob sich Reaktionen der Bevölkerung auf ‚konventionelle Terroranschläge‘ und auf atomare Unfälle in einer Weise integrieren lassen, die Annahmen über Bevölkerungsverhalten im Falle einer Bedrohung oder Schädigung durch Radioaktivität infolge terroristischer Handlungen rechtfertigt“ (Schuh und Hannig 2009, S. 2).

Die Überlegungen von Slovic sind noch nicht hinreichend, um eine sichere Prognose über das Bevölkerungsverhalten zu ermöglichen, sie stellen jedoch einen wichtigen Schritt dar, um die Risikowahrnehmung der Bevölkerung und damit mögliche Voraussetzungen ihrer Reaktionen zu verstehen. Aus seinen Überlegungen und Befunden resultiert die Forderung nach Etablierung einer Zwei-Wege-Kommunikation. Slovic (1987) geht von der Fragestellung aus, wie technologische Risiken wahrgenommen werden und warum einige Bedrohungen mehr Aufmerksamkeit erregen als andere. Dabei zeigt sich als *wesentlicher Unterschied der Risikowahrnehmung von Experten und Laien nicht eine quantitative, sondern eine qualitative Differenz. Unter Experten besteht – entsprechend einschlägiger Untersuchungen – weitgehend die Tendenz, bestimmte Risiken quantitativ und instrumentell nach der Zahl der Todesfälle in der Vergangenheit (pro Jahr) zu bestimmen.*²⁹

29 Wenn Experten Risiken einschätzen, korrelieren ihre Antworten hoch mit technischen Einschätzungen jährlicher Todesfälle (Slovic 1987, S. 283).

Der Unterschied zu den Laien besteht nicht darin, dass sie über diese Todesraten prinzipiell uninformiert wären. Sie *schätzen sie nahezu korrekt ein. Er besteht vielmehr darin, dass sie ganz andere Kriterien zur Bewertung eines bestimmten Risikos* (die Untersuchung von Slovic bezieht sich auf technologische Risiken) heranziehen. Indem Experten sich auf die quantitativen Auswirkungen (tödliche Unfälle bei Chemiefabriken, Kernkraftwerken) in der Vergangenheit beziehen, um die jeweiligen Risiken für die Zukunft vorauszuschätzen, verfahren sie so, als ob es sich um Risiken handele, die kalkulierbar seien, während Laien das gleiche Phänomen aufgrund anderer Kriterien für unkalkulierbar – also für eine Gefahr³⁰ – halten oder, wie Slovic meint, von einem anderen Risikokonzept ausgehen und *die Toten der Vergangenheit nicht als Indiz für Entwicklungen in der Zukunft akzeptieren. In der Beurteilung des „Risikos“ durch Laien sind Kriterien relevant, wie das katastrophische Potential oder die Gefahr für künftige Generationen.* In dieser prinzipiellen Experten-Laien-Differenz ist nicht von einem grundlegenden Unterschied zwischen Majoritätsbevölkerung und Minderheiten auszugehen. Unterschiede können sich jedoch in der Bedeutung und Gewichtung einzelner Kriterien für Individuen oder Gruppen unterschiedlicher ethnisch-kultureller Orientierung oder Zugehörigkeit ergeben.

Wie bereits im Abschnitt 5.1 dargestellt, scheinen in den entwickelten Industriestaaten des Westens kulturelle Kompetenzen von Laien kaum eine Rolle für die Gestaltung von Vorsorgeprogrammen für die Bevölkerung zu spielen. Im Wesentlichen geht es in den Programmen lediglich darum, ob und wie eine (ethnisch-kulturell) heterogene Bevölkerung ein Vorsorgeprogramm adaptiert. Weitgehend kann also von einer Ein-Wege-Kommunikation gesprochen werden, die aus heutiger Sicht nicht mehr für angemessen gehalten wird (vgl. Falkheimer und Heide 2006, S. 185). Partiiell wird jedoch versucht, ethnisch-kulturell heterogenen Gruppen verschiedener Gemeinden dadurch zu mehr Partizipation an der Katastrophenvorsorge zu verhelfen, dass ihnen Guidelines an die Hand gegeben werden, die sie mit Unterstützung von Katastrophenschutzmanagern realisieren können (vgl. Abschnitt 5.1.3). Eine kulturell und partizipativ orientierte Forschung und Praxis im Bereich der Katastrophenvorsorge könnte es sich jedoch auch zur Aufgabe machen, von erfolgreichen Vorsorgestrategien in der Bevölkerung zu lernen und sich auch die Erfahrungen zunutze zu machen, die Gruppen unterschiedlicher ethnisch-kultureller Zugehörigkeit (darunter

30 Zur Asymmetrie zwischen der Experten- und Laiensicht auf Risiken und Gefahren siehe Geenen 1994, S. 35.

auch die alteingesessenen Deutschen) in der Frage der Katastrophenvorsorge und des Katastrophenschutzes aus ihren jeweiligen Herkunftskulturen oder Subkulturen in die europäischen Gesellschaften, so auch die deutsche Gesellschaft, einbringen.

Um zu erklären, warum fast alle Vorsorgeprogramme und fast alle Programme zur Katastrophenvorbereitung (Preparedness) mit einem Experten-Laien-Dilemma behaftet sind, kann ein theoretisches Konzept zu Gruppen und Gruppenverbänden des Soziologen Dieter Claessens (1977) zu Rate gezogen werden. Es ist eine bekannte Tatsache, dass Menschen gerne mit anderen kommunizieren, die einen ähnlichen sozialen Status und Bildungshintergrund haben. So hat Rohrmann in einer Studie, in der Daten von Neuseeland, Deutschland und Australien verwendet wurden, festgestellt:

„In sum, differences among societal/ideological groups are rather larger than country differences, and the patterns are generally similar in the German and in the NZ [New Zealand] data“ (Rohrmann 1991, S. 17; zitiert nach Wildavsky 1993, S. 180).

Entsprechend kann es für Katastrophenforscher und Katastrophenmanager einfacher sein, mit anderen Forscherinnen und Forschern und/oder Managern im In- und Ausland über Vorsorge- und Schutzprogramme zu diskutieren, als mit der eigenen Bevölkerung. Es kommt auf dieser Ebene zu Diskursen und Zusammenschlüssen in unterschiedlichen Formen (Kongresse, Tagungen, Workshops, interorganisationelle und interdisziplinäre Diskurse), *die in ihrer Thematisierung und Problematisierung von katastrophenmanagementrelevanten Fragen und auch in ihren forschungsbezogenen Ergebnissen über geeignete Strategien noch keinen einzigen Einwohner oder keine Einwohnerin eines Landes erreicht haben müssen.* Das heißt, mit dem Fortschreiten der Forschung und des Managements *reißt die Kluft zwischen Experten und Laien immer weiter auf*, wie auch an den oben skizzierten Unterschieden in der Risikobewertung deutlich wird. Was hinzu kommt: In diesen Diskursen und Zirkeln werden subkulturell eigene Sprachen und gemeinsame Denkweisen zur Risikobewertung entwickelt. Auf einer noch höheren Ebene, der sogenannten Gruppenverbandsebene, werden sie in „Gruppen zweiter Ordnung“ immer weiter elaboriert (vgl. Claessens 1977). Dies reflektiert sich auch im Schrifttum, wenn, wie z. B. von Karanci und Aksit (2000) für die Entwicklung von Katastrophenvorsorgeprogrammen in der Türkei vor dem Marmara-Beben (1999) skizziert, „Training-of-trainers“ Handbücher erstellt wurden, die jedoch im Wesentlichen reine Willenserklärungen darstellten.

Bei Zugrundelegung des Konzeptes von Claessens ergeben sich mindestens zwei sprachlich und in ihrer Ausrichtung vollkommen unterschiedliche Diskursebenen, zwischen denen die Verständigung erschwert ist:

1. Diskurse an der Basis (unterschiedliche Bevölkerungsgruppen, Subkulturen in der Bevölkerung) und
2. Diskurse auf der Ebene von Gruppenverbandsvertretern (d. h. in Verwaltungen, sonstigen Organisationen und wissenschaftlichen Subkulturen).

Das von Claessens entwickelte Konzept lässt sich für die Katastrophenvorsorgethematik modifiziert und weiterentwickelt nutzbar machen, weil angenommen werden darf, dass alle Pläne, wissenschaftlichen Entwicklungen und Modelle, die in Wissenschaftler- und Organisationszirkeln, also in Gruppen zweiter oder höherer Ordnung durch unterschiedliche kollektive Akteure hervorgebracht werden, eigentlich zum Ziel haben (sollten), den Schutzinteressen der Bevölkerung zu dienen. Deutlich werden die Folgen dieses Hiatus zwischen Experten und Laien an einem kritischen Kommentar zu einer Sichtweise, in der Menschen „die letzte Meile“ in einem Frühwarnsystem darstellen sollen:

„Die Debatten um ein verbessertes Frühwarnsystem (early warning system – EWS) in Kobe und danach haben einen interessanten Ausdruck populär gemacht: die „letzte Meile“. Zahlreiche Berichte und Diskussionen sind von der Frage geprägt, wie ein technisch verbessertes Warnsystem – Satelliten, Messbojen, Meldeströme usw. – die Menschen im Risiko besser erreichen kann: Man sei in der Lage, ein Frühwarnsystem zu entwickeln, das viele Minuten früher vor drohenden Tsunamis warnen könne. Man müsse nur dafür sorgen, dass diese Meldungen bei den Menschen, dem Fischer auf Sri Lanka oder dem Touristen in Thailand, ankämen, so lauten die Kernaussagen. Zweifellos sind effektive Frühwarnsysteme wichtig. Gleichzeitig liegt in der Debatte schon der erste Systemfehler. Muss Katastrophenvorsorge nicht bei den Menschen im Risiko und ihren unmittelbaren Bedürfnissen ansetzen? Verstehen die Entscheider in den Geberländern wirklich gut genug, was ein Korbflechter in Vietnam oder ein Küstenfischer in Indonesien braucht? Sollte der Schutzgedanke nicht von den regional sehr verschiedenen Bedürfnissen der Menschen ausgehen und daraus ein adäquates Schutzsystem entwickeln? Ein System, das berücksichtigt, dass bedrohte Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen und mit unterschiedlichen Ausbildungen und Wünschen unterschiedlich auf Naturgefahren reagieren. Wenn wir die Menschen als Menschen «auf der letzten Meile» sehen, dann werden sich uns künftig auf der ersten Meile verheerende Bilder und Tragödien bieten“ (Loster 2006).

Zu konstatieren ist, dass eine extensive Technikorientierung in der Katastrophenvorsorge und im Katastrophenmanagement unter Ausblendung unterschiedlicher kultureller Interessen, Bedürfnisse und Kompetenzen kein Spezifikum für Katastrophenschutzfragen in der Dritten Welt ist. Die Technik- und Expertenzentrierung beherrscht auch in Europa und Deutschland die Strategien in der Katastrophenvorsorge und im Krisen- und Katastrophenmanagement.³¹ Bei knapper werdenden Finanzmitteln kann sich dieses Vorgehen auf längere Sicht verhängnisvoll auswirken, wenn es nicht von verstärkten Anstrengungen zur Berücksichtigung der Bedürfnisse, Interessen und Kenntnisse in der Bevölkerung und ihrer Kompetenzstärkung komplementiert wird. Dazu aber bedürfte es zunächst auch einer menschenzentrierten Ausrichtung der Forschung zur Thematik (also verstärkter soziologischer, sozial- und kultur-anthropologischer und ethnographischer Forschung). Erforderlich wäre auch der Wille von Experten in Wissenschaft und Organisationen (Behörden, NGOs), die sichere Gruppenverbandsvertreterebene des Öfteren zu verlassen, Menschen an der Basis in direkter Interaktion zu informieren und mit ihnen gemeinsam Vorsorgestrategien zu entwickeln, um ihr Risikobewusstsein zu erhöhen. Das ist arbeitsaufwändiger, könnte aber zur Reduktion von Frustrationen bei Schwierigkeiten in der Umsetzung elaborierter, in der jeweiligen akademischen, behördlichen oder organisationellen Subkultur entwickelter Pläne und zu qualitativ neuen Einsichten in die kulturelle Diversität der Gesellschaft führen (vgl. auch Abschnitt 4).

31 So ergab eine Analyse von Mitroff et. al. (1988), „that the so-called ‘technical family’ of crisis management concerns (technology, infrastructure) was 200 times more developed than the ‘psychological and cultural family’ relating to issues of stress, anxiety and cultural attitudes towards risk and vulnerability“ (Hart 1993, S. 37), ein Befund, der heute im Wesentlichen immer noch zutrifft, was nicht zuletzt auf die gravierend einseitige Verteilung von Forschungs- und Fördermitteln zugunsten der technisch-naturwissenschaftlichen Seite zurückzuführen ist.

4

Krisenkommunikation und Vertrauen

4.1 Konzeptionelle Grundlagen

Der Krisenaspekt von Kommunikation wurde in der Forschung lange Jahre vernachlässigt und erst nach der Katastrophe von Tschernobyl 1986 stärker berücksichtigt. Noch immer fehlt es in diesem von empirischen Fallstudien dominierten Feld an systematischem Wissen und theoretischen Rahmenanalysen. Der hier konstatierte Mangel gilt umso mehr für Arbeiten zu kulturellen und multikulturellen Kontexten von Krisenkommunikation. So schreibt Lee

„crisis communication theory is lacking cultural contextualization, dominated by applied case studies and is based on a Western oriented paradigm“ (Lee 2005, S. 276; zitiert nach Falkheimer und Heide, 2006, S. 181).

Hinzu kommt, dass einschlägige Studien weitgehend von funktionalistischen und objektivistischen Perspektiven geprägt waren. Diese managementorientierten Entscheidungsansätze sollten dringend durch eine Perspektive komplementiert werden, die die symbolischen Dimensionen der Krise im Handeln von Bewohnern, Verwaltung und Politik berücksichtigt (vgl. Hart 1993).

Eine solche konstruktivistische Sichtweise geht davon aus, dass die soziale Realität nicht objektiv beobachtet und beurteilt werden kann, sondern durch die verschiedenen subjektiven Konstruktionen der Akteure hochgradig kontingent ist (vgl. Berger und Luckmann 1980), und dass wir in einer reflexiven Moderne mit steigender Umweltkomplexität leben. Dabei werden Gesellschaften im Innern als ethnisch-kulturell unterschiedlich und zunehmend multikulturell gesehen. Unter Reflexivität ist zu verstehen, dass Handelnde auf den Lebensprozess fortlaufend Einfluss nehmen und soziale Praktiken rekursiv reguliert werden (vgl. Giddens 1988, S. 53). Krisen werden nicht durch Organisationen oder Experten definiert, sondern durch gewöhnliche Menschen. In der Dynamik von Krisen können Bilder, Symbole und Rituale eine wichtige Rolle spielen. In traditioneller Perspektive werden Krisen als anomale Phänomene betrachtet, die den Fortgang der gesellschaftlichen oder organisationellen Entwicklung stören. In einer moderneren Perspektive werden sie als ein bestimmtes Stadium

im Entwicklungsprozess von Gesellschaften oder Organisationen gesehen, das als Chance zum Wandel genutzt werden kann (vgl. Falkheimer und Heide 2006, S. 181 f.). Krisen können in einem weiten Sinne als Situationen oder Prozesse verstanden werden, in denen Gesellschaften oder gesellschaftliche Gruppen zentrale Werte oder lebenserhaltende Strukturen für bedroht halten. Um die Probleme zu einer tragbaren Regelung („Lösung“) zu bringen, bleibt unter unvorhersehbaren Randbedingungen nur eine begrenzte Zeit (vgl. Boin, Hart et al. 2005, S. 2 f.). Krisen beleuchten Diskontinuitäten und Unterbrechungen von dominanten Konzepten der sozialen und politischen Ordnung.

Eine Krise kann als „breakdown of familiar symbolic frameworks legitimating the pre-existing socio-political order“ definiert werden. Sie wird sichtbar, wenn die alltäglichen Dramen des öffentlichen Lebens unterbrochen werden: entweder durch ein externes Ereignis oder „by cumulative and hitherto insufficiently recognized unintended consequences of processes of organization and governance“ (vgl. Hart 1993, S. 39). Charakteristiken von Krisen sind nach Hart (vgl. 1993, S. 39 f.):

1. Krisen sind Wahrnehmungskategorien: eine hinreichende Zahl einflussreicher Individuen und Gruppen muss sich eines wichtigen Wandels in ihrer Umgebung bewusst werden;
2. Daher enthalten Krisen multiple Konfliktebenen, vom intra-individuellen kognitiven Konflikt, dass Dinge falsch laufen, bis zur gesellschaftlichen Ebene, auf der sich die kognitiven Konflikte in den Aktivitäten zahlreicher Gruppen und Organisationen niederschlagen und zu unterschiedlichen Definitionen der Situation führen und unterschiedliche „claims about causes, impact and further development“ (Hart 1993, S. 39) anbieten und oft konfligierende Strategien entstehen, wie mit der Situation umgegangen werden sollte. Beispiele sind schleichende und menschengemachte Katastrophen wie Love Canal, Three-Mile Island und Tschernobyl.
3. Krisen sind eine affektive Kategorie. Es kommt zu Herausforderungen bezogen auf früher für gültig gehaltene Weltansichten. Krisen können mit dem Erleben direkten oder indirekten materiellen Schadens, menschlichen Leidens oder großer Ungerechtigkeit verbunden sein und zu einem erheblichen Ausmaß an Sorgen führen. Nach Barton (1969) sind es Situationen, die mit kollektivem Stress verbunden sind, und sie beleuchten und steigern persönliche Unsicherheit und das Gefühl, vulnerabel zu sein. Bei Betroffenen können sie zu einer Abnahme wahrgenommener eigener Kompetenz und Wertschätzung führen.

4. Krisen enthalten ein Element von Delegitimierung. D. h., die wahrgenommenen Änderungen werden so interpretiert, dass sie die vergangene, gegenwärtige und vielleicht auch künftige Funktionsweise bestimmter Aspekte der Gesellschaft und vielfach der Regierung in Frage stellen. Insofern sollten Krisen als dynamische Prozesse der Legitimierung, Delegitimierung und Relegitimierung gesehen werden. Auf der Makroebene gehört zur Delegitimierung das Auftreten von Oppositionen und Regimegegnern, wenn die Funktionsweise des sozioökonomischen Regimes problematisch wird. Auf der Mikroebene geht es um Delegitimierung, die Katastrophenopfer oder Opfer von Terrorismus oft erfahren, wenn sie bei Regierungen und Verwaltungen nach Erklärungen dafür suchen, was geschehen ist, und sich um Kompensation und Verbesserung der Sicherheit in der Post-Krisenphase bemühen.
5. In Krisen entwickeln sich Gelegenheiten zur Massenmobilisierung und institutionellen Selbstdramatisierung (Multivalenz von Krisen). Zudem sind Krisen für Massenmedien ein wesentliches Betätigungsfeld. Ebenso wie es beim Einsatz von Ordnungskräften bei Unruhen dazu kommen kann, dass Ordnungskräfte verletzt werden, können Krisen auch als Gelegenheit zur Forderung der Personalaufstockung genutzt werden. Insofern sind sie auch Gelegenheiten, um öffentliche Unterstützung zu mobilisieren.

4.2 Anwendung in multikulturellen Kontexten und Anwendungsbeispiele

In konstruktivistischer Perspektive wird Krisenkommunikation als sinnstiftender Prozess verstanden, in dem die Realität in kulturellen Kontexten und Situationen ausgehandelt wird, nicht jedoch nur in einer Ein-Wege-Kommunikation von einem Sender an einen Empfänger geschickt wird. Krisen resultieren oft aus der schlechten Kommunikation zwischen Organisationen und der Öffentlichkeit. Solche Kommunikationsprobleme scheinen sich in einem multikulturellen Kontext zu intensivieren. Wie oben (siehe Abschnitt 2) bereits ausgeführt, können Kulturen anhand der Weisen unterschieden werden, wie Menschen sich in ihrer Konstruktion von Bedeutung und ihrer kulturellen Praxis voneinander unterscheiden. Kulturelle Einheiten sind in diesem Sinne Gruppen von Menschen, die sich in Bezug auf eine bestimmte kulturelle, intersubjektive, kommunikative und symbolische Praxis oder ein bestimmtes Konzept als unterschiedlich oder divers definieren oder von anderen so definiert werden (vgl. Banks 2000, S. 10 f.). Entsprechend findet interkulturelle und multikulturelle Kommunikation zwischen Individuen und Gruppen mit unterschiedlichen sozialen Praxen und Sinnsystemen statt. Inzwischen treten interkulturelle Fragen und Probleme bei den meisten Krisen und so auch bei Katastrophen als einem Typus sozialer Krise (vgl. Geenen 2003) auf. Dass interkulturelle Konflikte in Krisen oft verstärkt auftreten, wird z. B. an der Interaktion betroffener Individuen oder sozialer Gruppen mit Notfallorganisationen bei Unfällen oder Katastrophen deutlich.

Im Folgenden soll ein Beispiel problematischer Kommunikation vorgestellt werden, das zumindest für die betroffenen Familien eine Krisensituation war:

Bei einem Unfall im Kraftwerk Amercentrale in den Niederlanden (28. September 2003) brach ein Gerüst in einem Behälter zusammen. Dabei wurden acht Menschen begraben. Fünf Reinigungsarbeiter starben, davon drei Türken und zwei Amerikaner. Falkheimer und Heide (2006, S. 181) berufen sich auf ein Gutachten des Institute for Safety and Crisis Management COT, das 2003 im Auftrag der Stadtverwaltung durchgeführt wurde. Danach wurden bei der

Krisenplanung kulturelle Unterschiede nicht berücksichtigt, so dass nach dem Unfall improvisiert werden musste. Dass 250 Personen aus dem Kreis der drei verunglückten Türken Informationen einholten, wurde so interpretiert, dass unter Türken die Familie sehr weit gefasst sei und die Behörde daher so viele Menschen hätte informieren müssen. Zudem hätten sie Männer und Frauen getrennt informieren müssen, da es sich um Muslime handelte.

Da mir die Evaluation von COT nicht vorliegt, interpretiere ich die Aussagen und Deutungen von Falkheimer und Heide (2006, S. 182) auf der Grundlage meiner langjährigen Kenntnisse der türkischen Kultur (in der Türkei und bei Migrantinnen und Migranten verschiedener Generationen) wie folgt: Ich halte es für gewagt, die Anrufe von 250 Türkinnen und Türken aus dem weiten Familienkreis auf Informationsbedarf zurückzuführen. Dazu hätte es genügt, wenige enge Familienmitglieder zu informieren, die die Informationen dann in ihrem Verwandtschafts- und Freundesnetz weiter zirkuliert hätten. Vielmehr ist davon auszugehen, dass ein solch breit artikulierter Informationsbedarf eine moderate Form ist, einen bestehenden (latenten) Konflikt auszudrücken. Ich vermute, dass die engen Familienangehörigen den weiteren Familienkreis entsprechend mobilisiert haben. Aus einem Artikel im Internet („Inquest into Amercentrale boiler accident“ 2004) geht hervor, dass die Staatsanwaltschaft in der Frage der Unfallursache ermittelt hat.

An dem dargestellten Fallbeispiel wird das Fehlen einer wesentlichen Grundlage gelingender Krisenkommunikation deutlich: *Vertrauen*. Wenn Bürger Unternehmen oder Behörden und ihren Kommunikationen nicht vertrauen, ist es sehr schwer, sie im Verlauf einer Krisensituation noch zu erreichen und zu überzeugen. Hier ist erneut auf die Bedeutung der fundamentalen Asymmetrie in der Risikokommunikation zwischen Experten und Laien hinzuweisen. Die Arbeiter befanden sich in einer Gefahr, während es sich aus Sicht der Betreiber um ein Risiko handelte. Das Vertrauen, das erforderlich ist, um als Laie in und mit Gefahren zu leben, ist ungleich größer als das Risiko für die Experten. Daher ist das Vertrauen der Laien leichter und dauerhafter verletzbar und die Reaktion von Angehörigen und Freunden der Opfer in Form von Anrufen ist als eine milde Form von Skandalisierung des durch die Firma verletzten Vertrauens zu sehen. Bei größeren Ereignissen wäre es möglicherweise zur Bildung einer Gruppe von Aktivisten gekommen (siehe unten). Zudem wäre eine offene und muttersprachliche Kommunikation günstiger gewesen.

- ➔ Empfohlen wird, in Krisensituationen, bei Notfällen und Katastrophen, die auch Angehörige von Minderheiten betreffen, möglichst offen und in den jeweiligen Muttersprachen zu kommunizieren.

Ein weiteres Beispiel für den Zusammenhang zwischen krisenbezogener Information und der Zerstörung von Vertrauen ist das Folgende: Nach dem Flugzeugunglück der El Al von 1992 in Amsterdam schien die Betreuung der Majoritätsbevölkerung sowie der ethnisch-kulturellen Minderheiten zunächst nahezu optimal gelöst, bis das Gerücht aufkam (und sich auch bestätigte), dass bei dem Aufprall radioaktive Substanzen frei geworden seien. Die Gerüchte verebten auch nach Beschwichtigungen durch die Behörden nicht und führten zu einer Jahre währenden Unruhe in der Bevölkerung. Kofman Bos et al. (vgl. 2005, S. 5 f.) haben ihrer Analyse folgende Ausgangshypothese zugrunde gelegt: Ausmaß und Art der Katastrophenerinnerung ist nicht nur eine Frage der physischen Charakteristika, wie der Zahl der Opfer, oder des Grades an sozialer Störung, die sie zur Zeit des Ereignisses verursachen. Vielmehr sollte sie als Produkt einer politischen Begegnung zwischen dem Gedächtnis an der Basis (grass-roots memory) und der Handhabung von Katastrophen auf Elite-Ebene gesehen werden.

- ➔ Empfohlen wird, dass Informationen über Ereignisse (in verständlicher Sprache) möglichst wahrhaftig und vollständig übermittelt werden. Es ist keineswegs sinnvoll, den Austritt radioaktiver oder sonstiger schädlicher Substanzen zu verharmlosen (eventuell, um eine Panik zu vermeiden), da ein unwiederbringlicher Vertrauensschaden zu erwarten ist, wenn das Verschwiegene in Form von Gerüchten zirkuliert oder von den Massenmedien skandalisiert wird. Kommen Migranten oder Asylbewerber aus Nicht-Demokratien, in denen Zensur praktiziert wird, erinnert das Verschweigen von Informationen, die den Betroffenen für ihre eigene Sicherheit relevant erscheinen, möglicherweise an das Regime des Herkunftslandes und an das, was dort erlitten wurde. Es kann daher zu gravierenden und dauerhaften Vertrauenseinbußen kommen, möglicherweise sogar zur Verstärkung von im Herkunftsland durchlebten Traumata (vgl. auch zu Traumatisierungen bei Migranten und ihren Nachkommen: Stein 2006). Dabei ist zu sehen, dass Personen, deren Vertrauen durch Gewalterfahrungen ohnehin fragil ist, einerseits in besonderem Maße auf eine Vertrauen schaffende Umgebung angewiesen sind, andererseits das in Deutschland neu gewonnene Vertrauen leicht wieder verlieren können.

4.3 Ansätze und Empfehlungen zu einer situativ informierten Krisenkommunikation

Es gibt Versuche, in der Kommunikation und Krisenkommunikation unterschiedliche kulturelle Formen zu unterscheiden. Eine der am häufigsten verwendeten Gegenüberstellungen ist diejenige zwischen individualistisch und kollektivistisch orientierten Gesellschaften, mittels derer Unterschiede und Ähnlichkeiten im kommunikativen Habitus erklärt und vorhergesagt werden können sollen. Während in kollektivistisch orientierten Kulturen Gruppen (Familien, lokale Gemeinschaften) einen starken Einfluss auf die Mitglieder haben sollen, sei der Einfluss demgegenüber in individualistischen Gesellschaften gering, da Menschen Mitglieder vieler unterschiedlicher Gruppen seien. In der Kommunikation zeigten sich durch die unterschiedlichen Normen, die dem Handeln zugrunde lägen, unterschiedliche Tendenzen. Während in individualistischen Kulturen Fragen und Probleme direkt thematisiert würden, werde dies in kollektivistischen Kulturen als die am wenigsten vertretbare und am wenigsten effektive Strategie angesehen. Wenn Mitglieder solcher unterschiedlicher kultureller Orientierungen miteinander interagierten, sei ein Potenzial für kulturelle Konflikte gelegt (vgl. Gudykunst und Lee 2002, S. 27 ff.; Falkheimer und Heide 2006, S. 183).

Ein anderer Versuch, Kulturen entsprechend bestimmter Merkmalsdimensionen zu unterscheiden, stammt von Geert Hofstede (2003), der auf der Grundlage einer quantitativen Datenbasis von IBM-Beschäftigten in über 50 Ländern versucht hat, Kriterien für Nationalkulturen herauszuarbeiten (Dimensionen: Machtabstand, Individualismus-Kollektivismus, Maskulinität-Feminität, Vermeidung von Unsicherheit; später hinzugefügte Kategorie: langfristige Orientierung). Abgesehen davon, ob Beschäftigte von IBM nationale Kulturen repräsentieren, und einer westlich zentrierten Perspektive bei der Wahl der Merkmale besteht die zentrale Kritik an solchen Zuordnungen darin, dass kulturelle Identität komplex, situativ und dynamisch ist und nicht angemessen mittels vornehmlich quantitativ ausgerichteter kulturdeterministischer Studien adäquat ausgelotet werden kann, bei denen, wie dies Hofstede tut, geglaubt wird, dass Menschen entsprechend mentaler Programme funktionierten. Die Diskussion

solcher deterministischer Forschungsperspektiven ist nicht obsolet, da selbst noch in neuen kulturvergleichenden Studien zu Coping-Strategien nach Unglücken und Katastrophen mit quantitativ ausgerichteten Forschungskonzepten gearbeitet wird, die national-kulturelle Persönlichkeitseigenschaften (traits) unterstellen, wobei die Ergebnisse weder valide noch in ihren Resultanten interpretierbar sind (siehe z. B. Nerb, Bender und Spada 2006, S. 121).³² Wird demgegenüber davon ausgegangen, dass Menschen in verschiedenen Situationen Bedeutungen schaffen, die zudem nicht stabil, sondern im steten Wandel sind, so könnte selbst der von den Autoren nicht erklärbare Befund einer ‚kulturatypischen‘ Attribuierung verstehbar werden, wenn sich nämlich die Bewohner aus Tonga (siehe FN) dank weltweiten Medienzugangs auf die Sinn- und Deutungshorizonte der westlichen Forscher eingestellt hätten und somit einen multikulturellen Kontext hergestellt hätten.

Die sozial-konstruktivistische Perspektive unterstreicht, dass Bedeutungen durch die Interaktion von Menschen produziert werden. D. h., Kommunikation wird als ein reziproker Prozess gesehen, in dem die Teilnehmer ein wechselseitiges Verständnis der Realität entwickeln. In diesem Sinne kann multikulturelle Krisenkommunikation als relational, kontextuell dynamisch und rituell aufgefasst werden, wobei von dynamischen kulturellen Identitäten ausgegangen wird. Aus dieser Sicht lassen sich auch die Anforderungen an die multikulturelle Krisenkommunikation formulieren. Dazu gehört eine publikumsorientierte Perspektive auf Öffentlichkeiten, denen aktive Teilhabe an der Informationsproduktion und im Verteilungsprozess eingeräumt werden, ein dialogorientiertes interaktives kommunikatives Vorgehen, das sich an Individuen und Gemeinden richtet und ethnisch-kulturelle Fragen qualitativ und zentral berücksichtigt.

32 Von Nerb, Bender und Spada (vgl. 2006, S. 120 f.) wurde in einer experimentellen Vergleichsstudie von deutschen Teilnehmern mit solchen von Tonga (Polynesianen) untersucht, wie der ‚Kontrollsinne‘ bei den Angehörigen beider Kulturen ausgebildet sei, durch Prüfung der Frage, wie die Verursachung von Umweltereignissen kausal attribuiert wurde. Es stellte sich heraus, dass beide kulturellen Gruppen die Verursachung des präsentierten Umweltproblems in ähnlicher Weise vornahmen (verstärkt anthropogen, auch wenn explizit darauf hingewiesen wurde, dass das Ereignis von natürlichen Kräften verursacht worden ist). In ihrer Diskussion des unerwarteten Ergebnisses vermuten sie, dass die experimentelle Situation nicht typisch für das Leben von jungen Menschen aus Tonga sei und kulturelle Muster für den Umgang mit einer solchen Situation nicht verfügbar seien. Sie stellten erst während der Durchführung der Untersuchung fest, dass die Teilnehmer aus Tonga nicht erfahren im Umgang mit einer neunstufigen Einschätzungsskala waren.

Darüber hinaus sollte der Vorkrisenphase mehr Aufmerksamkeit und Bedeutung geschenkt werden.³³

Nach Banks (2000) wird Effektivität in einem multikulturellen Kontext durch die erfolgreiche Verhandlung wechselseitiger Bedeutungen hergestellt. Dies soll anhand seines Ansatzes zur Analyse von Aktivist:innen bei Katastrophen, bei Themen (issues) und in Krisen erläutert werden. Banks Konzept des Multikulturellen ist weit gefasst, indem es sich relational auf Situationen bezieht und nicht essentialistisch von festgefühten Gruppen ausgeht. Wenn Menschen oder Menschengruppen in einer Situation (z. B. einem latenten Konflikt, einer Katastrophe) Empfänger einer aus ihrer Sicht nicht adäquaten kommunikativen Aufmerksamkeit durch Organisationen werden, können sie sich marginalisiert fühlen. Sie machen dann Erfahrungen und entwickeln Interpretationen, die ihnen das Gefühl vermitteln, sich kulturell grundlegend von den Kommunikatoren der Organisationen zu unterscheiden, an die sie sich gewandt haben oder an die sie Erwartungen richten.

Banks unterscheidet, sich auf Brody (1991) berufend, Katastrophenkommunikation grundlegend von Krisenkommunikation, da sich Krisen langsamer entwickelten und aus den Interessen von Organisationen resultierten, während sich Katastrophen plötzlich ereigneten. Jedoch verbinde die Aktivist:innen in beiden Fällen, dass sie zunächst Erleichterung (Relief) bei Organisationen suchten.

➔ **Beispiel:** Unmittelbar nach dem Northridge-Erdbeben in Südkalifornien verwendeten die Vertreter von großen Betroffenengruppen, deren Häuser zerstört worden waren, Nachrichtenmedien, um ihre Sorgen über die langsamen Reaktionen der Federal Emergency Management Administration und der Katastrophenhilfeeinheiten Kaliforniens darzustellen. Innerhalb von Tagen verhandelten sie mit Behördenvertretern, um eine beschleunigte Lösung ihrer Probleme zu erreichen.

³³ Krisen werden bisweilen in 1. eine Vor-Krise oder Inkubationsphase, 2. eine akute oder Krisenphase im Gefolge eines dramatischen Ereignisses und 3. eine Post-Krise eingeteilt. Während der Post-Krise werden Gründe und Verantwortlichkeiten für die Krise und Fragen der Vorbereitung auf eine neue Krise thematisiert. In der Forschungsliteratur ist eine Konzentration auf die Post-Krise festzustellen (vgl. Falkheimer und Heide 2006, S. 182).

Katastrophen und Aktivismus: Aktivisten in Katastrophensituationen sind gewöhnlich Opfer oder Familienmitglieder von Opfern. Ihre Bedürfnisse bestehen typischerweise darin, Informationen zu erhalten, unmittelbare materielle Hilfe oder Kompensation für Verluste; sie sind in der Regel nicht darauf orientiert, einen Wandel der Politik zu erreichen oder zukünftige katastrophische Ereignisse zu verhindern (Banks 2000, S. 78). In ihren Kommunikationsmethoden reflektiert sich die Notfallsituation: Demonstrationen vor den Nachrichtenmedien, Androhung von Rechtsstreitigkeiten, und Konfrontationen mit Repräsentanten von Organisationen.

➔ **Beispiel:** Nach dem Northridge Earthquake bildete sich eine Initiative von Opfern, die Versicherungspolicen hatten und die nur wenig Unterstützung von ihren Versicherungen erhielten. Interessanterweise wurde diese Gruppe in ihrer Organisation und bei der Entwicklung von Taktiken durch United Policy Holders unterstützt, eine frühere Aktivistengruppe, die nach dem desaströsen Brand in Oakland, Kalifornien, ähnliche Probleme mit der Versicherungswirtschaft hatte (Banks 2000, S. 79; vgl. auch Hoffman 1999 und Abschnitt 5.3.2).

Krisen und Aktivismus: Entsprechend der Definition von Brody ereignen sich Krisen, wenn Themen vernachlässigt oder auf andere Weise falsch gehandhabt werden. Sie seien kritische Wendepunkte in einer fortlaufenden Beziehung (Banks 2000, S. 78; Brody 1991). Das Ziel von Aktivisten in Krisensituationen ist es, eine Organisationspraxis oder Politik zu ändern (z. B. Abschaffung von Atomenergie, Verbesserung der Sicherheit in der Schule etc.).

Themen (issues) und Aktivismus: Ein Thema (issue) ist eine Kontroverse, die das Potenzial hat, die öffentliche Politik oder das Handeln einer Organisation zu ändern. Dazu gehören Umweltfragen, Wandel in der Technologie, aber auch Probleme, die z. B. beim Katastrophenmanagement auftreten. Themen können zu Krisen führen, wenn sie nicht gelöst werden. Der Entwicklungsprozess von Themen (issues) lässt sich mit Brad E. Hainsworth (1990; vgl. Banks 2000, S. 79 f.) in vier Stadien beschreiben:

1. Ursprung (trends and concerns). Das Erscheinen eines Themas wird durch Beschwerden, Forderungen, Briefe oder E-Mails signalisiert, die von nicht anerkannten Interessengruppen stammen.
2. Vermittlung und Steigerung (issue development). In dieser Phase steigt das Problembewusstsein und das Thema entwickelt sich weiter. Kurz vor Ende

der Phase setzt die Medienberichterstattung ein, die bis zum Höhepunkt der Krise anhält.

3. Organisation der Interessen;
4. Lösung (Handeln der Regierungsorganisationen).

Nach Hainsworth (1990) ist es notwendig, dass Organisationen Verfahren haben, um Themen und Trends in ihre verfügbare Umgebung zu inkludieren. Je eher eine Organisation der Diskussion über ein Thema folgt, welches sie betrifft, umso einflussreicher wird sie bei der Definition und Lösung der Kontroverse sein. Ein Thema wird verstärkt, wenn Gruppen sich um ähnliche Perspektiven eines Gegenstandes vereinigen. Dann beginnen auch Massenmedien, der Gelegenheit ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Die Medienaufmerksamkeit verstärkt oft die Bedeutung des Themas, so dass es zu einem Thema öffentlicher Politik werden kann. Zugleich verfestigen sich die Positionen der Aktivisten, das Engagement innerhalb von Interessengruppen verstärkt sich und das Thema wandelt sich von einem Problem zu einem politischen Konflikt und einer Krise, wobei die Öffentlichkeit heterogener wird (vgl. die Analyse des Konflikts um „Die satanischen Verse“ in Abschnitt 1.4). Krisen entstehen entweder durch das Ignorieren ungelöster Themen durch Politik, Verwaltung oder private Organisationen oder infolge sekundärer Wirkungen von Katastrophen (oder solchen höherer Ordnung). Die besten Gelegenheiten, um sich mit Aktivistengruppen zu beschäftigen, können verpasst sein, wenn das Krisenstadium erreicht ist. Die Lösung der Krise bzw. des Konflikts kann am Ende eines langwierigen und möglicherweise teuren Prozesses der Schaffung von Regularien oder Gesetzen liegen (vgl. Banks 2000, S. 86).

Von diesen drei Situationen ist der geringste Erfolg für beide Seiten (Organisationen bzw. Aktivisten) bei Krisen zu erwarten, weil sich in Krisen die Positionen polarisieren. Die Parteien benutzen radikalere Arten der Kommunikation, daher sind die Hürden, aufeinander zuzugehen, für beide Seiten höher.

Um das Eskalieren von Themen oder Katastrophen zu langwierigen Krisen zu vermeiden, sollten sich die Organisationen auf eine effektive Bekämpfung der Katastrophe und auf ein effektives Themenmanagement konzentrieren. Bei der Frage, wie eine effektive Kommunikation bei Katastrophen, Krisen und Themenkontroversen erreicht werden kann, gibt es eine Reihe von Vorschlägen, die im Folgenden systematisiert zusammengefasst sind.

Die Tabelle 3 zeigt die situationalen Faktoren bei den drei genannten Formen des Aktivismus.

	Disasters	Crises	Issues
Activists are	victims and families	known stakeholders	unacknowledged publics
Activist's objectives	material relief; news; information	change of policy and practices	discussion/ negotiation
Activist's methods	confrontation; threats; news media	communication campaign; boycotts; litigation; lobbying; legislation	informal complaint; trend behaviors
Source of activism changes	sudden catastrophes	neglected issues; delayed effects of disasters	environmental

Tab 3 Comparison of Situational Factors: Disasters, Crisis and Issues

Quelle: Banks 2000, S. 81.

Einer der interaktiven Ansätze zum Management von Themen beinhaltet fünf Regeln (vgl. Banks 2000, S. 81)³⁴:

1. Anstreben einer langfristigen Beziehung mit Interessengruppen, keine behelfsmäßigen Begegnungen.
2. Zuhören, was die Gruppen zu sagen haben (auf ihre Bedürfnisse und themenbezogenen Sorgen achten). Dadurch werden Anhaltspunkte für eine künftige Kooperation gewonnen. Keine Propaganda.
3. Keine zu großen Versprechungen. Vermeiden falscher Erwartungen auf beiden Seiten.
4. Sei vorbereitet und gib ebenso, wie du bekommst. Keine Manipulation. Reziprozität ist eine legitime Erwartung aller Parteien.
5. Respektiere Vertraulichkeit. Behandle die Menschen dezent. Letzteres beinhaltet sorgfältiges Zuhören, Wahrnehmen der Bedürfnisse des anderen, Respekt für die Zeit- und Terminpläne, um das Vertrauen aufrechtzuerhalten.

Beim Aufbau eines frühzeitigen Dialogs mit Aktivisten (noch bevor von ihrer Seite Forderungen erhoben werden), sollten Organisationen Verfahren

³⁴ Der Ansatz wurde z. B. von Texaco gewählt und eingesetzt.

bereitstellen, mit denen Aktivisten ihre Überlegungen, Bedenken und Angelegenheiten ausdrücken können. Zudem sollten allgemeine Regeln der Dialogführung (wie Machtdifferenzen erkennen, Überzeugung und Urteil einsetzen, für das Engagement der anderen offen sein, an einer langfristigen Gemeinschaftsvision festhalten) auch auf die Kommunikation mit Aktivisten angewandt werden. Im Konfliktmanagement sollte Aufmerksamkeit für die kulturelle Grundlage des Konflikts entwickelt werden, die wechselseitige Verantwortung für den Konflikt und seine Unausweichlichkeit anerkannt werden und es sollten verständigungsorientierte Konfliktansätze verfolgt werden.

Banks plädiert gegen das Prinzip von „one clear voice“ in der Krisenkommunikation,³⁵ denn mit der Bestimmung eines einzigen Sprechers handle man sich zahlreiche praktische und theoretische Probleme ein:

1. Eine Person hat nur begrenzte Kapazitäten und kann nicht an mehreren Orten gleichzeitig mit Öffentlichkeiten interagieren.
2. Die kognitiven Kapazitäten einer Person, Informationen zu empfangen und zu behalten, sind begrenzt (Begrenzung des Informationsflusses ins Publikum).
3. Der entscheidende Punkt ist, dass durch das Ein-Sprecher-Prinzip Maximen einer offenen Kommunikationspolitik verletzt werden. Denn es kommt dadurch zu einer Nichtachtung kultureller Unterschiede zwischen den Auditorien (z. B. Katastrophenopfer unterschiedlicher ethnisch-kultureller Orientierung, nicht anerkannte Anspruchsteller bei Bemühungen zur Änderung von Organisationsverfahren und -zielen oder andere Öffentlichkeiten, die Themen haben, über die sie verhandeln möchten, und die in ihren Orientierungen, Zielen und im Informationsbedarf nicht einheitlich sein müssen). Ihre Wahrnehmung der Ereignisse, ihre Bedürfnisse, ihre Grundlagen des Vertrauens und der Glaubwürdigkeit konstituieren jeweils eigene Sichtweisen der Welt, die in ihren unterschiedlichen kulturellen Erfahrungen und in ihren Identitäten wurzeln (vgl. Banks 2000, S. 83).
4. Wird mit nur einer Stimme seitens einer Organisation gesprochen, könnte darauf geschlossen werden, dass sie nur eine festgefügte Version der Wirklichkeit hat und dass es die Aufgabe des Sprechers ist, den Zuhörern diese Version zu präsentieren und zu verkaufen.
 - a. Ausnahme: *In den allerersten Momenten einer Katastrophensituation kann*

35 Das Prinzip („mit einer Stimme sprechen“) wird z. B. im Leitfaden für Behörden und Unternehmen zur Krisenkommunikation vertreten (vgl. Bundesministerium des Innern 2008, S. 24).

Erzählen oder Verkaufen (tell and sell) die effektivste Art der Kommunikation sein.

- b. *Problematisch ist, wenn auch im weiteren Fortgang der Katastrophe oder des Ereignisses so verfahren wird.* Denn das One-Voice-Modell reduziert die Verschiedenheit der Perspektiven, die eine Organisation bezogen auf das Problem einnehmen kann, und ist daher nicht die effektivste Form des Umgangs mit Aktivistenöffentlichkeiten. Daher können sich die Handlungsoptionen, die der Organisation zur Verfügung stehen, durch das gewählte Kommunikationsmodell zu stark reduzieren.

Bezogen auf Public Relations wurden von James E. Grunig (1984) vier Modelle einander gegenübergestellt:

1. das Presseagentur-Öffentlichkeitsmodell (Propaganda),
2. das Public-Information-Modell (Informationsbereitstellung),
3. das asymmetrische Zwei-Wege-Modell (konsultative Kommunikation – selling),
4. das symmetrische Zwei-Wege-Modell (ausbalancierte Interaktion).

Die ersten beiden Modelle stehen für einseitige Erzählungen der Organisation, das dritte für konsultative und ausbalancierte Kommunikation. Das vierte Modell wird in der öffentlichen Kommunikation selten praktiziert, stellt aber in der Interaktion mit Aktivistenöffentlichkeiten das erfolgversprechendste dar, da es eine wechselseitig vorteilhafte Beziehung (vgl. Grunig 1992, S. 77) in einer fraktionierten und leicht auf Gerichtsverfahren zurückgreifenden Gesellschaft sei (es entspricht dem oben vorgestellten interaktiven Ansatz, der bereits von Texaco in der Praxis eingesetzt worden ist). In der Gestaltung des Dialogs mit multikulturellen Aktivistenöffentlichkeiten sollte darauf geachtet werden, dass die Ausdrucksfähigkeiten und das Verständnis der Öffentlichkeit maximiert und die Möglichkeiten der Organisation gewahrt werden, ihre Interessen fair und vollständig zu verfolgen (Finden gemeinsamer Fundamente bei den Themen, Etablierung einer gemeinsamen Kommunikationsebene, die Vertrauen und Glaubwürdigkeit über die Strukturierung der Kommunikation schafft). Statt mit einer Stimme zu sprechen, sei es sinnvoll, ein klares, aber kontingentes Argument zu entwickeln, jedoch mit vielen klaren Stimmen, entsprechend den Bedürfnissen der Öffentlichkeit, zu sprechen (vgl. Banks 2000, S. 84).

Vertrauen entwickelt sich, wenn Sprecher die Erfahrungen der Rezipienten bedenken und die Interaktion so gestalten, dass sie die Identitäten der Mitglieder

des Auditoriums bestätigen, ihre Interessen achten, ihre kulturellen Orientierungen berücksichtigen und aktiv ihren Argumenten zuhören. Der Dialog zwischen Organisation und Aktivisten sollte so ausgestaltet werden, dass beide Seiten in der Lage sind, ihre Position angesichts eines stärkeren Arguments zu ändern. Eine basale Bedingung dafür ist, den Gründen der anderen Seite zuzuhören und sich zu bemühen, die Motive und Interessen hinter ihren Handlungen und Positionen zu verstehen.

Glaubwürdigkeit und gewonnenes Vertrauen können als wertvolle Güter in Public Relation und der Interaktion mit Aktivisten bezeichnet werden. Brody (1991, S. 181) nennt vier Prinzipien, wie Glaubwürdigkeit und Vertrauen gewonnen und erhalten werden können:

1. Die Ziele der Organisation müssen korrekt begründete und rationale Erwartungen der Interessengruppen treffen.
2. Die Legitimität der Argumente der anderen muss relevant für die Eigeninteressen jeder Partei sein.
3. Effektive Kommunikation ist erforderlich, um die Organisation und ihre Mission zu erklären.
4. Organisationspolitiken, Prozeduren und Handeln müssen von den Interessengruppen als konsistent und in Übereinstimmung mit ihren Bedürfnissen wahrgenommen werden.

Interaktivität ist in der Kommunikation mit Aktivistenöffentlichkeiten zielführender als ein reaktives oder proaktives Vorgehen. Zu berücksichtigen ist, dass das einfache Empfangen abweichender Meinungen über Feed-back-Kanäle noch keinen Dialog schafft. Dialog bedeutet nicht Einverständnis mit der Position des anderen. Es geht vielmehr um eine Balance von Autonomie und Loyalität auf beiden Seiten. Die Dialoge mit Aktivistenöffentlichkeiten sind nicht auf lokale oder nationale Gruppen und Themen begrenzt. Sie können auch grenzüberschreitend sein. So haben Themen, Krisen und Katastrophen oft internationale Dimensionen. Beispielsweise können bei Themen oder Krisen auch die Herkunftsländer von Migrantinnen und Migranten eine wesentliche Rolle spielen. Erinnert sei hier an den Brand in Ludwigshafen vom 3. Februar 2008, den seinerzeitigen Auftritt des türkischen Ministerpräsidenten in Ludwigshafen sowie das trotz des von Beobachtern aus der Türkei befürworteten Schließens der Akte immer noch vorhandene Misstrauen wegen der fehlenden Aufklärung der Brandursache).

5

Ethnisch-kulturelle
Gemeinsamkeiten und
Unterschiede in der
Katastrophenvorsorge
und im Katastrophen-
management

5.1 Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Vorbereitung auf Katastrophen (Mitigation und Preparedness)

Die Vorbereitung auf Katastrophen umfasst im Prinzip zwei verschiedene Bereiche. Erstens kann in einer Phase, in der Risiken zwar bekannt sind, aber kein Ereignis bevorsteht, vorgesorgt werden. D. h., es kann vieles getan werden, um das Ausmaß eines künftigen Ereignisses zu reduzieren oder es zu verhindern (Mitigation). Zweitens können sich Bevölkerung und Behörden bereits zur selben Zeit, jedoch auch noch bis kurz vor Ereigniseintritt auf das Ereignis vorbereiten (Preparedness).

In der internationalen Literatur zu Vorsorge und Vorbereitung überschneiden sich die Befunde manchmal oder beziehen sich auf beide Bereiche. Einige Autoren fassen sie auch unter dem gemeinsamen Begriff „Disaster Prevention“ zusammen (vgl. Voogd 2004). Mitigation und Preparedness dienen beide der Vulnerabilitätsreduktion, aber nur der Vorsorge mit ihrer langzeitlichen Perspektive kann auf Bevölkerungsebene auch die Möglichkeit der Resilienzerrhöhung zugesprochen werden. Zudem sind bei der Vorsorge die Anforderungen an die Verfügbarkeit ökonomischer Ressourcen und einschlägiger Kenntnisse erheblich höher als bei der Vorbereitung auf Katastrophen. Daher werden beide Bereiche im Folgenden in getrennten Abschnitten behandelt.

5.1.1 Katastrophenvorsorge (Mitigation)

Maßnahmen, die zur Katastrophenvorsorge ergriffen werden, dienen einer langfristigen Sicherung von Leben und Eigentum (wie Sicherung von Gebäuden, Dämmen, Deichen, der Infrastruktur). Sie können auf lokalen und regionalen Ebenen umgesetzt werden. Wesentliches Ziel von politischem, organisatorischem und individuellem Vorsorgehandeln ist die Reduktion von Vulnerabilität und die Erhöhung der Resilienz (vgl. Geenen 2008, S. 229 ff.).

Das vorsorgebezogene Handeln von Majoritätsbevölkerung und Minderheiten in multikulturellen Gesellschaften westlicher Prägung ist bisher eine sozial- und

kulturwissenschaftlich wenig berührte Thematik. Betrachtet man zudem die Ebenen, auf denen Mitigation untersucht wird, so stellt die Bevölkerung weitgehend das Passivum dar. D. h., die Programme werden zumeist für die Bevölkerung und nur selten gemeinsam mit der Bevölkerung entwickelt. Die Forschungsfragen richten sich dabei vornehmlich darauf, welche Programme Behörden und andere Organisationen zur Vorsorge entwickeln können, warum Gemeinden Hazard Mitigation Pläne in die langfristige Planung integrieren, andere wiederum nicht (vgl. z. B. Evans-Cowley und Zimmerman Gough 2007), welche Organisationsformen noch einmal überdacht werden müssen (vgl. Voogd 2004) und welche Schulungsprogramme oder Informationen erforderlich sind, um die Vorsorge zu verbessern und damit langfristig Katastrophenrisiken zu reduzieren. Bezogen auf die Orientierung von Minderheiten bei der Vorsorge oder dem Verzicht auf Vorsorge liegen fast nur Einzelbefunde vor. Um angesichts steigender Katastrophenvulnerabilität Wege zu finden, wie die Einwirkung von Katastrophen reduziert werden kann und wie Vorsorgestrategien entwickelt werden können, werden z. B. Spiele entwickelt. Erhofft wird, dass damit in multikulturellen Gesellschaften die Informationslücken und Kommunikationsbarrieren überwunden werden können und die „Disaster Awareness“ verbessert wird (vgl. Clerveaux, Spence und Katada 2008 zum „Disaster Awareness Game DAG“ für die Karibik).

Jedoch ist die ungünstige Forschungs- und Literaturlage, wird das Gesamtproblem der Vorsorge gesehen, verständlich. Denn Vorsorge kann mit ihrer langfristigen Orientierung als ‚Stiefkind‘ der Katastrophenpraxis bezeichnet werden. Ethnisch-kulturelle Minderheiten mit ihrer – im Vergleich zur Majorität – häufig sehr viel schlechteren Ressourcenausstattung haben vielfach die ungünstigsten Chancen, für den Katastrophenfall vorzusorgen. Dies reflektiert sich z. B. in Deutschland an den Eigentumsverhältnissen von Ausländern (während im Jahr 2000 43 % der Deutschen Wohneigentum in Deutschland haben, ist dies nur bei 16 % der Türken, bei 18 % der Ausländerinnen und Ausländer aus südlichen EU-Ländern und 14 % der Ausländer insgesamt der Fall; vgl. Hinrichs 2003, S. 51). Untersuchungen darüber, wie Menschen Vorsorge treiben könnten, welche Vorsorgepraxis sie haben, und welche Kulturen der Katastrophenvorsorge möglicherweise in der Bevölkerung bereits existieren, finden sich vermehrt in Projekten, die in Ländern der Dritten und Vierten Welt unternommen werden. Dies hat sicherlich gute Gründe, denn die gesamtgesellschaftliche Vulnerabilität ist in den betreffenden Ländern häufig immer noch wesentlich höher. Bezogen auf multikulturelle industrialisierte westliche Gesellschaften ist eine breite und gravierende Forschungslücke zu konstatieren.

Kathleen Tierney (1993) hat einen Rahmen entwickelt, der den Gesamtbereich von Katastrophenvorsorge systematisch umspannt. Auch wenn darin nicht auf ethnische, kulturelle oder sonstige Minderheitenfragen direkt eingegangen wird, scheint er fruchtbar, um die Ebenen der Katastrophenvorsorge und auch die systematischen Lücken zu beleuchten sowie den Forschungsbedarf bezogen auf die Fragestellung dieser Studie zu skizzieren. Die bisherigen Studien zur Katastrophenvorsorge können weitgehend den ersten drei im Folgenden bezeichneten Richtungen zugeordnet werden. Die 4. Richtung findet sich – wenn überhaupt – in einzelnen ethnologischen und sozial- und kulturanthropologischen Studien:

1. Entwicklung, Implementierung, Annahme oder Ablehnung unterschiedlicher Programme oder Maßnahmen zur Vorsorge (organisationsorientierte Studien)
2. Risikowahrnehmung, Einstellung gegenüber Vorsorge (orientiert auf die Bevölkerung oder einflussreiche Segmente der Bevölkerung und Behörden)
3. Studien zu den Wirkungen von Vorsorgemaßnahmen (Zielerreichung, intendierte und nicht intendierte Konsequenzen behördlicher oder organisationaler Planungen) (vgl. Tierney 1993, S. 2 ff.)
4. Individuelle Vorsorgeaktivitäten in den unterschiedlichen ethnisch-kulturellen Gruppen der Bevölkerung und die Verbindung selbstschutzorientierter Maßnahmen mit behördlichen Vorsorgeprogrammen. *Kulturell unterschiedliche Perspektiven auf Vorsorge: Dieser Punkt fehlt systematisch in der Darstellung von Tierney 1993, aber auch in nahezu allen einschlägigen Studien.* Die Frage, ob z. B. Maßnahmen zum Wiederaufbau und zur Katastrophenvorsorge überhaupt mit den Bevölkerungsbedürfnissen kompatibel sind, wird nur selten erörtert. Erhellend ist hier z. B. die Studie von Dyer (2002) nach dem Exxon-Valdez-Unglück vor Alaska, in der das Problem erörtert wird, dass die Vorsorge weitgehend in den Händen von Experten liegt und dadurch die Bevölkerung als undifferenzierte Gruppe betrachtet wird, die auf Distanz gehalten werden muss und durch Public Relations Experten gemanagt wird, die keinen Unterschied hinsichtlich Alter, Geschlecht, Ethnizität oder Klasse machen. In den im Folgenden zitierten Passagen wird die kulturelle Problematik der meisten Ansätze zur Vorsorge (Mitigation) und zur Wiedererholung (Recovery) reflektiert.

„Control over the mitigation of the hazards rests not in the hands of at-risk populations, but rather within a ‚club‘ of experts“ (Dyer 2002, S. 162),

Und beziehend auf die individuellen Erfahrungen der Anthropologin Susanna Hoffman, die bei einem Feuersturm in Oakland ihr Haus und ihre soziale und psychologische Vergangenheit verlor:

„we view the changing adaptive context of individuals and neighbors becoming recovery groups, at times pitted against outside aid agencies and frustrated by the inability of mitigators to understand the character of their loss and needs for recovery“ (Dyer 2002, S. 163).

Das Scheitern einer Top-down-Strategie und die fehlende partizipatorische Einbeziehung der Individuen und Gemeinden in die Gestaltung von Vorsorgeprogrammen und Maßnahmen wurden auch in der Türkei durch die katastrophalen Auswirkungen des Marmara-Bebens und die unzulängliche organisationelle Bewältigung der Katastrophe sowie die unzureichenden Anstrengungen zur Resilienzerhöhung der Bevölkerung beim Wiederaufbau offengelegt. Die verbreitete kulturelle Sichtweise der betroffenen Bewohner ist prägnant im Statement eines Interviewten zusammengefasst:

„You cannot trust and rely on external aid. You have to rely on your own resources“

und in der Schlussfolgerung von Karanci und Aksit

„the top-down approach to disasters and the emphasis placed on disaster preparedness with the exclusion of mitigation was evident“ (Karanci und Aksit 2000, S. 407).

Kulturorientierte Studien sind bezogen auf westliche Industrieländer vornehmlich damit beschäftigt, die Missstände und Fehlentwicklung durch eine unterschiedlichen kulturellen Gruppen nicht gerecht werdende Katastrophenvorsorgeorientierung oder ihr gänzlich Fehlen aufzuarbeiten und weniger damit, die kulturellen Ansätze zur Vorsorge innerhalb der Bevölkerung zu erforschen und sie mit modernen Vorsorgekonzepten zu verbinden.

In der Katastrophenvorsorge können epistemologisch drei Perspektiven unterschieden werden, die sich aus der jeweiligen Konzeption von Risiko herleiten:

1. Eine ingenieursorientierte bzw. technische Perspektive: Danach ist Risiko eine objektiv vorhandene Gefahr oder Bedrohung, die unabhängig von sozialen und kulturellen Prozessen gemessen und für die unabhängig von diesen

vorgesorgt werden kann. Diese Perspektive ist aus der Planungspraxis bekannt und geht meist von einem ‚Command-and-control‘ System aus (vgl. Voogd 2004, S. 5). Das Problem ist, dass diese immer noch weitgehend dominierende Orientierung systematisch den Blick auf die Menschen verstellt. Denn wenn die technische Entwicklung vor die Einbeziehung des Menschen in eine ganzheitliche Planung gestellt wird, wird ein technisches System oft für prototypische Menschen oder Menschengruppen – unabhängig von ihrer jeweiligen sozialen Situation oder ihrer ethnisch-kulturell diversen Orientierung – entwickelt. So wurde z. B. als Konsequenz aus dem Scheitern des ‚Command-and-control‘-Modells Dezentralisierung vorgeschlagen.³⁶

2. Eine „soziologische“ Perspektive: Danach ist ein Risiko eine objektiv vorhandene Gefahr oder Bedrohung, die durch soziale und kulturelle Prozesse vermittelt wird und nicht isoliert von diesen Prozessen erfasst werden kann. In der soziologischen Perspektive wird die Rationalität des technischen Ansatzes kritisiert, indem Risiko als untrennbarer Teil der Gesellschaft gesehen wird.
3. Eine postmoderne Perspektive: Danach gibt es kein objektives Risiko. Was wir als Risiko interpretieren, ist das Produkt historischer, sozialer und politisch kontingenter Weisen, auf Gegenstände und Prozesse zu sehen. In der postmodernen Sichtweise wird die soziologische Perspektive verstärkt, da nichts zu einem Risiko wird, bevor es nicht als solches wahrgenommen und diskursiv darüber eine Übereinkunft hergestellt wird. Diese Sichtweise ist z. B. von Bedeutung, wenn eine Katastrophe öffentliche Debatten über den Katastrophenschutz und notwendige neue Regulierungen stimuliert (vgl. Voogd 2004, S. 5, 9).

Ergebnisse von Studien zur Implementierung von Katastrophenvorsorge:

Aus der Forschung zu Mitigation ergibt sich, dass objektive Risiken, wahrgenommene Risiken und Anstrengungen zur Verbesserung von Katastrophenvorsorge im besten Falle lose gekoppelt sind. Auch wenn Bewohnerinnen und Bewohner wissen, dass sie in einer Risikoregion leben oder mit einer

36 Die Dezentralisierung wurde in der Weise vorgeschlagen, dass „the transfer of discretions and tasks to the lowest possible levels of the organization in order to improve the management and empower the managers, coincides with the introduction and adoption of business management ideas and concepts by public administrators“ (Voogd 2004, S. 11). Dieses Modell wurde in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre in das niederländische Vokabular des öffentlichen Dienstes aufgenommen.

bestimmten Bedrohung rechnen müssen: Sie scheitern zumeist, indem sie die notwendigen Schritte zum Schutz nicht ergreifen. Auf individueller Ebene liegen die Gründe darin,

- dass es ihnen an finanziellen Möglichkeiten fehlt,
- dass sie die unterschiedlichen Möglichkeiten der Vorsorge nicht verstehen, die für sie verfügbar wären,
- dass es für sie keinen ökonomischen Sinn macht, sie zu ergreifen.

Auf Gemeindeebene ist die Förderung von Katastrophenvorsorge selbst dann schwierig, wenn Bedrohungen allgemein anerkannt sind.

Besonders wenn

- Risiken nicht gut verstanden sind oder
- das Risikoniveau als moderat wahrgenommen wird und nicht als erheblich, ist die Adaptation von Programmen noch schwieriger.

Katastrophenvorsorge kann gefördert werden, wenn es „politische Unternehmer“ gibt, die sich dies zur Aufgabe machen.

Nach Katastrophen sind vier Entwicklungsrichtungen zu beobachten:

- Es läuft alles weiter wie vorher („Rückkehr zur Normalität“).
- Es eröffnen sich „windows of opportunity“, die die Adaptation von Katastrophenvorsorge ermöglichen (manchmal nur für wenige Jahre, dann gerät vielleicht vieles wieder in Vergessenheit).
- Es kommt dazu, dass Haushalte und Gemeinden lernen, mit der Gefährdung zu leben und sich an sie zu adaptieren, so dass sich eine „Disaster Subculture“ entwickelt.
- Es kommt zu einem Gewöhnungseffekt durch mehrfache Erfahrungen mit Katastrophen, im Laufe dessen Menschen nicht mehr darüber nachdenken, Vorsorge zu betreiben.

Bedeutung der Netze von Familie und Freunden für die Vorsorge:

Wie bei den Befunden für Preparedness zeigt sich auch hier, dass in bestimmten Minderheitengruppen soziale Netze von Familien und Freunden wesentlich für ein vorsorgeorientiertes Handeln sind. So zeigte eine Befragung unter

Einfamilienhaushalten in Florida (im Kontext der Verbreitung von Informationen zur Linderung der Auswirkung von Hurrikanen), dass Angehörige der Latino-Minderheit, anders als die Majorität, schlechter vorbereitet sind, da sie *Freunde und die Familie als Quellen der Information für die Vorbereitung auf Katastrophen bevorzugen* (vgl. Peguero 2006, S. 18). Ein Grund kann darin gesehen werden, dass Familien mit engem Zusammenhalt besser ausgestattet sind, den schwierigen Wiedererholungsprozess nach Katastrophen durchzustehen. Es ist anzunehmen, dass viele Angehörige von Minderheiten, insbesondere wenn sie vulnerabel sind, um die Bedeutung informeller sozialer Netze wissen, diese im Alltag und bei Notlagen nutzen und daher behördliche Informationen für nachrangig halten. Daher empfiehlt sich auch, politische Maßnahmen zu ergreifen, durch die dieser Zusammenhalt gestärkt, zumindest nicht geschwächt wird (vgl. Abschnitte 1.5 und 5.3.1 zur Frage der Segregation).

5.1.2 Vorbereitung auf Katastrophen (Preparedness)

Die Vorbereitung auf eine Katastrophe umfasst alle Aktivitäten vor einer spezifischen Warnung und vor dem Katastropheneintritt. Dazu gehören: Vorratsbildung, Schutz- und Selbstschutzstrategien, Sicherung des Haushalts zur Verhinderung von Verletzungen und Schäden, Entwicklung eines Notfallplans, Vorratshaltung, Notfallgepäck, Kenntnis von Fluchtwegen und Training zur Vorbereitung auf das Ereignis. In der hier vorgelegten Studie werden Literaturbefunde zur Vorbereitung der Bevölkerung auf Katastrophen berücksichtigt, sofern sie auf Aktivitäten innerhalb einer ethnisch-kulturell diversen Bevölkerung sowie auf Aktivitäten und Programme auf Gemeindeebene zentriert sind oder wenn sie sich in diesen Fragen auf Interaktionen zwischen Behörden und Bevölkerung beziehen. Fothergill, Maestas et al. (1999) konstatieren in ihrem Literaturreview eine dünne Forschungslage bezogen auf die Thematik. In den wenigen einschlägigen Arbeiten zur Vorbereitung auf Katastrophen zeichnen sich Unterschiede zwischen Angehörigen unterschiedlicher ethnisch-kultureller Zugehörigkeit sowie nach Hautfarbe ab.

Die Befunde betreffen die Frage, welche Faktoren die Vorbereitung der Bevölkerung beeinflussen:

1. *Hilfeleistung zur Vorbereitung durch Verwandte*: Ethnisch-kulturelle Gruppen und Majoritätsbevölkerung können sich in ihren „cultures of safety“ stark

unterscheiden. So zeigt die Studie von Morrow (1997, S. 145 ff.) über die Vorbereitung auf Hurrikan Andrew, dass die Hilfeleistung aus der Verwandtschaft bei der Vorbereitung unter Minderheitenangehörigen ungefähr doppelt so hoch war wie diejenige von Verwandten für angloamerikanische Familien, wobei das Einkommen keine Rolle spielte.

2. *Wissen über und Implementierung von Schutzmaßnahmen:* Menschen, die in von natürlichen Gefahren bedrohten Gemeinden leben, zeigen trotz aller Bemühungen von Katastrophenmanagementbehörden, sie zu informieren, ein *geringes Wissen über die Möglichkeiten der Katastrophenvorsorge und Zurückhaltung in der Anwendung von Schutzmaßnahmen*. Als Grund wird gesehen, dass Menschen nicht notwendig handeln, wenn sie Informationen erhalten, selbst wenn diese in ihrem Interesse liegen. D. h., *nicht die Informationen als solche bestimmen das Handeln, sondern wie die Menschen die Informationen im Kontext ihrer Erfahrungen, ihres Glaubens und ihrer Erwartungen interpretieren*. Da die Wahrnehmungen von Risiken und Bedrohungen kulturell und sozial konstruiert werden, konstruieren Individuen und soziale Gruppen unterschiedliche Bedeutungen über potenziell bedrohliche Situationen. Das, was eine Bedrohung konstituiert, hat mehr mit der individuellen Wahrnehmung als mit den Eigenschaften des Risikos zu tun. Entsprechend der Hypothese von McIvor und Paton (2007) werden Einstellungen und Entscheidungen, sich für den eigenen Schutz zu engagieren, durch den Glauben beeinflusst, wie signifikante Bezugspersonen (Familienangehörige, Freunde etc.) die Entscheidungen einschätzen würden. Jedoch bestehen bezogen auf die Erforschung der Frage, wie sich Einstellungen bilden, verfestigen und wie sie geändert werden, um ein schutzorientiertes Verhalten zu erreichen, noch Forschungslücken. Das bedeutet, dass die Risikokommunikationsstrategien sich auf diese sozialen Einflüsse einstellen müssen (McIvor und Paton 2007, S. 80).
3. *Weiterbildung: Minderheitenangehörige und Menschen, die in sozioökonomisch ungünstigen Verhältnissen leben, haben seltener die Gelegenheit, sich in Katastrophenfragen weiterzubilden* und sich auf Katastrophen vorzubereiten. Z. B. hatten die Teilnehmenden an Workshops zur Verbesserung der Vorbereitung auf Katastrophen einen erheblich höheren mittleren sozioökonomischen Status als die Bevölkerung insgesamt. Daher fordern Faupel et al. (1992, S. 11), „that disaster education initiatives ... need to be more consciously targeting lower income minority families, as well as younger and single individuals who may not be reached through these traditional channels“. Hinzu kommt, dass Minderheitenangehörige mit geringerem Einkommen (in Deutschland insbesondere Migrantinnen und Migranten der 1. und zum Teil

der 2. Generation aus der Türkei), aber auch aus der FSU, in vielerlei Hinsicht vulnerabler sind (vgl. Goltz et al. 1992). Der für die Vereinigten Staaten gewonnene Befund von Faupel et al. (1992) dürfte auch auf Deutschland zutreffen. Es wäre zu empfehlen, durch gezielte Ansprache in ethnisch diversen Geschäften, in Schulen, an Arbeitsorten, in Freizeit- und Gemeindeeinrichtungen Angehörige von Minderheiten aller Altersgruppen für ein freiwilliges Engagement in der Katastrophenvorsorge und Vorbereitung zu gewinnen, da sie zugleich *Multiplikatoren* in ihren ethnisch-kulturellen Gruppen werden könnten.

4. *Einstellung gegenüber Schutzmaßnahmen und Erfolgserwartungen:* Hierbei geht es um die Unterstützung einer positiven Einstellung gegenüber der Vorbereitung auf Katastrophen und positive Erwartungen hinsichtlich des Handlungserfolges. Forschungsergebnisse aus Neuseeland zur Frage, wie Einstellungen und soziale Normen die Wahrnehmung von Gefahren beeinflussen und wie Menschen Entscheidungen über die Vorbereitung auf Katastrophen (hier Erdbeben) treffen, ergeben Folgendes: In einem sozialen Kontext, der die Übernahme von schutzorientiertem Handeln befürwortet, und in dem es gute Problemlösungskennntnisse gibt und geglaubt wird, dass die Konsequenzen der Bedrohung durch eigenes Handeln gelindert werden können, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Schutzmaßnahmen ergriffen werden (vgl. McIvor und Paton 2007, S. 79 ff.). Diese Befunde stimmen mit denen von Geenen (1995) überein. Die auf die Erdbebenrisiken bezogene Feldforschung in 38 Gemeinden (Mahallen), d. h. 30 Dörfern und 4 Städten der Westtürkei (767 Befragte) ergab u. a., dass die Bereitschaft, sich zu schützen, insbesondere vom Handlungspotenzial, d. h. der Kenntnis von Methoden zur Vorsorge und Vorbereitung sowie von verfügbaren Ressourcen abhängt.

Bildungsniveau, Beschäftigungsniveau und Einkommen können wichtige Faktoren für Schutzmaßnahmen sein.

Turner et al. (1979, 1980) stellten bei ihren Untersuchungen über verschiedene „racial groups“ und ihre *Haushalts-Preparedness diverse Unterschiede fest. Nach ihren Befunden bereiteten sich weiße Angloamerikaner mehr vor als Schwarze oder mexikanische Amerikaner.* Mexikanische Amerikaner hatten ein geringeres Interesse an Erdbebenversicherungen als Schwarze oder als weiße Angloamerikaner. In ihrer Befragung hatten die weißen Angloamerikaner ein höheres Bildungsniveau, Einkommen und Beschäftigungsniveau des Haushaltsvorstands als Schwarze und als mexikanische Amerikaner.

Ebenfalls in diese Richtung weisen Befunde von Blanchard-Boehm (1997), entsprechend denen *Weißer häufiger als Schwarze, Latinos und Asiaten strukturelle Änderungen vornehmen, um den Schaden, den ein Erdbeben an ihren Häusern verursachen könnte, zu minimieren*. Als Begründung für unterlassene Verbesserungen wurde meist angegeben, dass es zu teuer sei. Schwarze legten am seltensten Vorräte für den Notfall an und *Asiaten entwickelten am seltensten einen Erdbebenplan*. Weiße kauften demgegenüber am häufigsten Erdbebenversicherungen.

Die vorgestellten Einzelbefunde zeigen eine Heterogenität im vorbereitungsorientierten Verhalten im Vergleich zwischen unterschiedlichen ethnisch-kulturellen Gruppen und Menschen unterschiedlicher Hautfarbe. Meist sind die Untersuchungen quantitativ ausgerichtet, so dass Zusammenhänge zwischen sozial-kultureller Orientierung, Beschäftigungsniveau, Einkommen, Bildung und vorbereitungsbezogenem Handeln wenig ausgeleuchtet sind.

Die Befunde zur Interaktion zwischen Bevölkerung und Behörden betreffen folgende Fragen:

1. In welcher Sprache werden Informationen zur Vorbereitung auf ein Ereignis kommuniziert? Denn, werden sie nur in der jeweiligen Landessprache kommuniziert, haben die Bevölkerungsgruppen mit geringeren Sprachkenntnissen schlechtere Möglichkeiten, sich vorzubereiten.
2. Sind die Informationen so konzipiert, dass Bedürfnisse und Interessen der jeweiligen ethnisch-kulturellen Minderheiten berücksichtigt werden? McIvor und Paton (2007, S. 85 f.) empfehlen, von der bei der Vorbereitung auf Katastrophen (Preparedness) dominierenden passiven Herangehensweise (Weitergabe von Information an Individuen und Gemeinden) abzurücken und Strategien zur Ermutigung und Aufrechterhaltung eines positiven Diskurses über Gefährdungen und ihre Linderung (Mitigation) in der künftigen Risikokommunikation von Gemeinden zu favorisieren. Damit können kulturell diverse Gruppen und Individuen eher erreicht werden und es ist eher möglich, Einstellungen, Normen und Problemlösungsfähigkeiten zu verbessern. Da signifikante Bezugspersonen, die Vorbereitungsmaßnahmen positiv gegenüberstehen, einen Einfluss in Richtung stärkerer Schutzorientierung ausüben können, wird empfohlen, Vorbereitungsstrategien nicht nur auf Individuen, sondern verstärkt auch auf soziale Kontexte wie Gemeinden, Gruppen, Familien und Freunde auszurichten. Mittels einer solchen Vorgehensweise könnte

aktiv mit Angehörigen unterschiedlicher ethnisch-kultureller Kontexte kommuniziert werden und es wäre leichter möglich, bei spezifischen Problemen gemeinsam Lösungswege zu erarbeiten.

5.1.3 Guidelines für ethnisch-kulturell heterogene Gemeinden

Länder mit einer ethnisch-kulturell und sprachlich heterogenen Bevölkerung stehen bei der Katastrophenvorsorge und dem Management von Katastrophen vor besonderen Herausforderungen. Die Minderheiten in ethnisch-kulturell heterogenen Gemeinden können aus verschiedenen Gründen (Sprache, kulturelle Bedeutungszusammenhänge, Interaktionsbeziehungen, ökonomische Ressourcen) vulnerabler als die angestammte Bevölkerung sein. Die erforderliche Vulnerabilitätsreduktion sowie die Resilienzerhöhung würden sich wegen des Aufwandes an ethnisch-kultureller Differenzierung als außerordentlich aufwändig darstellen, wenn sie vornehmlich von Experten gesteuert würden. Daher ist in vielen Fällen ein partizipatorischer Ansatz sinnvoll.

Vor diesem Hintergrund wurden insbesondere in Australien, Kanada und den USA Guidelines entwickelt. Die australische Katastrophenschutzbehörde hat ihre Guidelines für kulturell und sprachlich heterogene (CALD = Culturally and Linguistically Diverse) Gemeinden bereits in einer erweiterten Neuauflage herausgebracht. Die Schrift, die sich an alle kulturell heterogenen Gemeinden richtet, kann auch als Hilfe zur Selbstorganisation verstanden werden. Es wird dabei – genau wie in einem Teil der wissenschaftlichen Literatur zu psychosozialen Störungen – davon ausgegangen, dass es wichtig ist, in multikulturellen Gesellschaften, insbesondere zur Resilienzerhöhung, auch die Vulnerabilitäten und Bedürfnisse der verschiedenen ethnisch-kulturellen Gruppen zu berücksichtigen. Da die nationalen Ressourcen möglicherweise nicht hinreichen, um allen unterschiedlichen Gruppen gerecht zu werden, bildet eine solche Guideline eine Grundlage, mit der die verschiedenen ethnisch-kulturellen Gruppen mit Unterstützung eines Emergency-Managers selbst arbeiten können. So kann z. B. von einer Gemeinde ein eigenes Warnsystem in Kooperation mit der Katastrophenschutzbehörde entwickelt werden (vgl. Emergency Management Australia 2007, S. 12). Aus der Kenntnis, wo es den Gemeinden z. B. an Ressourcen, an Wissen oder Kompetenz mangelt, können sie selbst Wünsche oder Forderungen um entsprechende Unterstützung an die Katastrophenschutzbehörde richten.

Im Folgenden werden die von ihrer Intention her skizzierten Guidelines für ethnisch-kulturell und sprachlich heterogene Gemeinden kurz vorgestellt. Betont wird vom Emergency Management Australia (EMA), dass Australien als eines der kulturell und sprachlich heterogensten Länder der Welt einen gleichen Zugang zu Dienstleistungen und Informationen für alle Menschen, unabhängig von ihrem jeweiligen Hintergrund, als geboten sieht. Von daher werden Strategien und Politiken entwickelt, um mit den CALD-Communities zu arbeiten. Zudem sollen die Bedürfnisse von Touristen und anderen Besuchern des Landes berücksichtigt werden. Weitere Guidelines für spezifische Gruppen und für Fragen im Bereich des Gesundheitswesens sind ebenfalls genannt, da sie auch bei der Vorsorge und im Verlauf von Katastrophen in multikulturellen Gesellschaften generell von Relevanz sein können (z. B. *Guidelines für den Umgang mit muslimischen Patienten*).

Australische Guidelines für Katastrophenvorsorge und Katastrophenmanagement:

Für das Katastrophenmanagement (insbesondere Prevention, Preparedness, Response und Recovery) wurden in Australien in ethnisch-kulturell und sprachlich heterogenen Gemeinden Guidelines für folgende Personengruppen bzw. Organisationen entwickelt: Katastrophenmanager und -planer, katastrophenbezogene Dienstleister, unterstützende Gemeindeorganisationen, Regierungsebenen (Commonwealth, Staat/Territorium und lokale Regierungsvertreter), Organisationen im Privatsektor und andere.

Das Ziel der Guidelines ist es, das Katastrophenmanagement in einer multikulturellen Gesellschaft, wie sie Australien darstellt, auf die besonderen Bedürfnisse aller Bewohnerinnen und Bewohner abzustimmen. In diesem Sinne sind die Guidelines als inkludierend zu verstehen. Sie enthalten Schlüsselfragen und wichtige Werkzeuge, die den Benutzerinnen und Benutzern dazu verhelfen sollen, auf die Bedürfnisse der Bevölkerung einzugehen. Sie können Manager dabei unterstützen, ihre Dienstleistungen auf kulturell heterogene Gemeinden abzustimmen. Angezielt ist zudem, dass die lokalen Katastrophenmanager die CALD-Communities aktiv und partizipativ in Programme zur Vorbereitung auf Katastrophen einbeziehen. Die Schritte auf diesem Wege sind für die Manager:

1. Vorbereitung auf die Tätigkeit in CALD-Communities,
2. Herstellung erster Kontakte,
3. Aufbau von Beziehungen zur Gemeinde und ihren Mitgliedern,

4. Entwicklung und Unterstützung des Engagements der jeweiligen CALD-Community. Aufzeigen von Pfaden für Aktivitätsmöglichkeiten der Gemeinde. Dabei ist die Beziehung zwischen Katastrophenmanagerin oder -manager und Gemeinde als Partnerschaft zu verstehen.
5. Aufrechterhalten des Engagements der CALD-Community.

Ein wesentliches Ziel der aktiven Zusammenarbeit von Katastrophenmanagern mit Gemeinden ist die *Schaffung resilienter Gemeinden*. Die Hinweise sollen ebenso dazu dienen, ein *besseres Verständnis zwischen kulturell unterschiedlichen Individuen und Gruppen in Gemeinden zu schaffen*.

EMERGENCY MANAGEMENT AUSTRALIA (EMA): *Guidelines for emergency management in culturally and linguistically diverse communities*. Manual Number 44. Australian emergency manual series. Commonwealth of Australia 2007 (<http://www.ema.gov.au/>; Zugriff: 23.4.2009)

Die frühere Ausgabe ist:

EMERGENCY MANAGEMENT AUSTRALIA (EMA): *Emergency managers working with culturally and linguistically diverse communities*. Dickson, ACT 2002 ([http://www.reliefweb.int/rw/lib.nsf/db900sid/LGEL-5FTBAL/\\$file/ema-guidelines-oct02.pdf?openelement](http://www.reliefweb.int/rw/lib.nsf/db900sid/LGEL-5FTBAL/$file/ema-guidelines-oct02.pdf?openelement); Zugriff: 2.11.2009)

Diskussion der Bedeutung der australischen Guidelines:

Mitchell stellt in ihrem Aufsatz einige Beispiele der Arbeit mit kulturell und sprachlich heterogenen Gemeinden vor. Die Beispiele zeigen die Bedeutung von Planung, Kommunikation und Kenntnissen, bevor es zu einer Katastrophe kommt und die Notwendigkeit eines strategischen Ansatzes, der partnerschaftlich auf die Gemeinden hin orientiert ist, wobei die unterschiedlichen Kulturen und Sprachen, die in einer Gemeinde praktiziert bzw. gesprochen werden, berücksichtigt werden sollen. Dieser Ansatz ist in den „Guidelines for Emergency Managers working with Culturally and Linguistically Diverse Communities“ entfaltet worden. Die Guidelines beruhen nach Mitchell auf den Prinzipien von Inkludierung und Sensibilität gegenüber Unterschieden und Gemeinsamkeiten in Gemeinden und wurden in einem konsultativen Prozess entwickelt.

MITCHELL L: *Guidelines for emergency managers working with culturally and linguistically diverse communities*. Australian journal of emergency management 2003; 18, 1: 13-18 (<http://www.ema.gov.au/>; Zugriff: 18.05.2009)

Guidelines zur Evakuierungsplanung:

In der Schrift zur Evakuierungsplanung, die von der Emergency Management Australia (EMA) herausgegeben wird, werden allgemeine Fragestellungen zur Evakuierung behandelt. Dazu gehört die Beantwortung der Frage, was eine Evakuierung ist, die Darlegung von Prinzipien der Evakuierungsplanung, Optionen, Stadien des Evakuierungsprozesses und Fragen, die bei der Evakuierungsplanung zu berücksichtigen sind (wie Evakuierungsentscheidung, Autoritätsfragen, Risikobewusstsein, Schulung von Gemeindemitgliedern, Selbst-Evakuierung etc.). Zudem werden Planungsmodelle und Warnfragen erörtert, wobei auch Inhalt und Stil von Warnungen angesprochen werden. Berücksichtigt werden Gruppen mit besonderen Bedürfnissen (Special-needs groups), zu denen auch ethnisch-kulturelle Minderheiten gehören. Betont wird, dass Evakuierung zu den Bereichen gehört, bei denen kulturell und sprachlich heterogene Gruppen in Gemeinden besonders sensibel reagieren.

EMERGENCY MANAGEMENT AUSTRALIA (EMA): *Evacuation planning*. Manual number 11. Australian emergency manual series. Commonwealth of Australia 2005 (<http://www.ema.gov.au/>; Zugriff: 2.11.2009)

Anzumerken ist, dass ethnisch-kulturell heterogene Gemeinden entsprechend meiner Durchsicht nur an wenigen Stellen des Handbuchs explizit berücksichtigt werden. Gerade in dieser sensiblen Frage wäre es sinnvoll, für Evakuierungen in multikulturellen Gesellschaften ein Handbuch zu verfassen, das ethnisch-kulturell heterogene Gemeinden umfassender einbezieht.

Katastrophenmanagement in ethnisch-kulturell heterogenen Gemeinden in Kanada:

In Kanada wurden von Solis et al. Guidelines verfasst, die im Wesentlichen ähnliche Ziele verfolgen wie die australischen Guidelines:

SOLIS GY ET AL: *Guidelines on cultural diversity and disaster management*. Final report, prepared by the Disaster Preparedness Resources Centre. The University of British Columbia, for Emergency Preparedness Canada. Produced

within the Canadian Framework for the International Decade for Natural Disaster Reduction, December 1997 (<http://dsp-psd.pwgsc.gc.ca/Collection/D82-45-1997E.pdf>; Zugriff: 2.11.2009)

Auch zu anderen katastrophenrelevanten Fragen sind Hinweise und Guidelines herausgegeben worden. Einige, die relevant erscheinen, werden im Folgenden vorgestellt:

Guidelines für die Katastrophenvorsorge und den Katastrophenschutz in Gemeinden:

Perry und Lindell kritisieren, dass seit den terroristischen Angriffen vom 11. September 2001 Regierungen weltweit wesentliche Ressourcen darauf verwendet haben, Zivilschutzpläne gegen terroristische Bedrohungen zu entwickeln. Das Problem bei der Entwicklung dieser Pläne ist, dass die Aufmerksamkeit von der Frage der Vorbereitung von Gemeinden auf Notfälle und Katastrophen abgezogen wird. In dem Aufsatz werden Konzepte der Vorbereitung von Gemeinden auf Katastrophen und Gemeindepläne geprüft. Im Resultat werden von den Autoren 10 Richtlinien vorgestellt, die sie, unter Berücksichtigung der gesichteten Literatur, in Fragen der Katastrophenvorsorge und -vorbereitung (bei natürlich und technisch ausgelösten Katastrophen) für relevant halten.

PERRY RW, LINDELL MK: *Preparedness for emergency response. Guidelines for the emergency planning process. Disasters* 2003; 27, 4: 336-350

Umgang mit spezifischen Bevölkerungsgruppen im medizinischen und psychologischen Bereich:

Guidelines für den Umgang mit muslimischen Patienten:

Die folgenden in Australien entwickelten Guidelines geben eine Reihe wertvoller Hinweise, wie mit muslimischen Patienten und Bevölkerungsgruppen adäquat umgegangen werden kann. Es werden auch Fragen von Ernährung, Hygiene, Möglichkeiten der Ausübung religiöser Praktiken, das Geschlechterverhältnis etc. erörtert, die auch in Deutschland durchgängig relevant sind. *Bei Großschadenslagen und Katastrophen können diese Guidelines wichtige Hinweise geben, so zu Fragen im Umgang mit muslimischen Frauen und Männern und zu praktischen Einzelfragen, wie der Lebensmittelversorgung der muslimischen Bevölkerung.*

ISLAMIC COUNCIL OF QUEENSLAND: *Health care provider's handbook on Muslim patients. Practical guidelines and information for health workers caring for Muslim patients.* PO Box 204. Sunnybank. Queensland 4109. Produced with funds provided by Queensland Health under the Multicultural Health Grants Program 1996 (http://www.health.qld.gov.au/multicultural/health_workers/islamgde.pdf; Zugriff: 2.11.2009)

Guidelines für die therapeutische Versorgung chinesischer Amerikaner:

LEONG FTL, LEE SH: *Chinese Americans. Guidelines for disaster mental health workers.* Marsella AJ, Johnson JL, Watson P und Gryczynski J (Hrsg), *Ethnocultural perspectives on disaster and trauma.* Foundations, issues, and applications. 1 Band (International and cultural psychology series), New York 2008: 241-270

Hinweise für den Umgang mit älteren Bevölkerungsgruppen:

Die Forschung zeigt, dass Emotionen und Kognitionen eine wichtige Rolle bei der Risikowahrnehmung spielen und dass ihre Bedeutung bei Beurteilungen und Entscheidungsprozessen sich im Lebensverlauf ändern kann. Emotionen und Affekte können sich hindernd oder fördernd auf die Risikokommunikation mit älteren Erwachsenen auswirken. Momentan gibt es nur wenige Richtlinien dafür, wie risikobezogene Informationen und Warnungen für die ältere Bevölkerung gestaltet sein könnten, obwohl es auch im Alter wesentlich ist, adäquate risikobezogene Entscheidungen zu treffen. Die mögliche altersbezogene Abnahme kognitiver Fähigkeiten, wie Gedächtnis und Schnelligkeit und Verschiebungen in Richtung affektiver (besonders positiver) Informationen können bedeuten, dass ältere Menschen auf risikobezogene Botschaften anders reagieren als jüngere. In dem Aufsatz werden die angesprochenen Fragen diskutiert und erörtert, welche Formate für risikobezogene Informationen gewählt werden könnten, um ältere Menschen adäquat zu erreichen.

FINUCANE ML: *Emotion, affect, and risk communication with older adults. Challenges and opportunities.* Journal of risk research 2008; 11; 8: 983-997

Resilienzförderung auf der Ebene von Gemeinden, Schulen und Familien:

Zwei der vulnerabelsten Gruppen bei Katastrophen in Gemeinden sind Kinder und ihre Familien. In den Empfehlungen geht es um Fragen der Vorbereitung

auf Katastrophen, um Erstreaktionen und mögliche Interventionen (Phasen: Readiness, Response und Recovery) bei natürlich und technisch ausgelösten Katastrophen. Behandelt werden Themen wie die Entwicklung eines Rahmens für die Stärkung von Resilienz auf Gemeindeebene, Untersuchung der Rollen von Schule, Jugend und Familie, öffentliche Schulung und Reaktionen während einer Krise und die Entwicklung von Programmen zur Wiedererholung, die auch physische und soziale Faktoren berücksichtigen. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Förderung der Resilienz von Gemeinden bedeutet, dass insbesondere diejenigen unterstützt werden sollten, die in Schulen oder auf kommunaler Ebene arbeiten (Schulpsychologen, Berater, Katastrophenmanager und Planer sowie Angehörige psychosozialer Berufe), um bei einer Katastrophe möglichst schnell intervenieren zu können. Die Empfehlungen sollen die Arbeit mit Kindern und ihren Familienmitgliedern unterstützen, so dass sie sich besser und schneller von schweren Traumata erholen können.

RONAN KR, JOHNSTON DM: *Promoting community resilience in disasters*. The role for schools, youth and families, New York 2005

Guidelines für Kinder:

Auch für Kinder wurden spezielle anschauliche Guidelines entwickelt (z. B. von Mark, Layton und Chesworth 1997), die sich thematisch allerdings kaum auf Fragen von Preparedness, sondern auf den unmittelbaren Notfall und das dabei angezielte Verhalten beziehen. Bedauerlicherweise wird auf ethnisch-kulturelle Minderheiten nicht eingegangen.

US-Amerikanische Guidelines für die Schulung von Psychologen, Psychotherapeuten und Psychoanalytikern für den Umgang mit einer multikulturellen Klientel:

Die American Psychological Association (APA) hat umfassende Guidelines für den Umgang mit einer ethnisch-kulturell heterogenen Klientel herausgebracht. Diese wurden über 22 Jahre entwickelt und berücksichtigen auch Notfälle, Katastrophen und Traumata.

APA (American Psychological Association) (2002), *Guidelines on multicultural education, training, research, practice, and organizational change for psychologists*. Approved as APA policy by the APA Council of Representatives. APA (American

Psychological Association). (<http://www.apa.org/pi/multiculturalguidelines/homepage.html>; Zugriff: 07.09.2009)

Guidelines für klinische Interventionen nach Gewalt und Katastrophen:

Es handelt sich bei dem im Folgenden genannten Buch um praxisorientierte Guidelines für effektive klinische (unmittelbare, auf mittlere Frist und langfristige) Interventionen nach schwerwiegenden traumatischen Ereignissen. In dem Buch werden eine Reihe von Schlussfolgerungen aus einer Vielzahl von Massentraumata nach Katastrophen dargestellt. Überdies werden Strategien zur Unterstützung von Gruppen vorgestellt, die Katastrophen überlebt haben oder durch Katastrophen gravierend betroffen sind. Über 40 führende Experten im Bereich der psychosozialen Notfallversorgung haben an dem Buch mitgewirkt.

CAMERON EC, WATSON PJ, FRIEDMAN MJ (HRSG): *Interventions following mass violence and disasters*. Strategies for mental health practice, New York 2006

Guidelines zu unterschiedlichen Fragen kulturell heterogener Bevölkerungsgruppen:

Vom Queensland Government wurden unter der Überschrift "Inclusive health service planning and engagement" eine Reihe von Guidelines und Einzelhinweisen herausgegeben. Diese beziehen sich auf ethnisch-kulturell und sprachlich heterogene Personen und Gemeinden. Sie sind unter folgenden Internetadressen zu finden:

(http://www.health.qld.gov.au/multicultural/health_workers/support_tools.asp und <http://www.health.qld.gov.au/multicultural/checklists/default.asp>; Zugriff: 2.11.2009)

Dazu gehören:

Providing care to patients from culturally and linguistically diverse backgrounds: Guidelines to practice: Checklists for cultural assessment (hrsg. von der Queensland Health and University of Queensland).

Multicultural clinical support resource (hrsg. von der Queensland Health) – enthält ein Kapitel über Kommunikation, Interpretation, Gesundheit, Religion und multikulturelle Kontakte.

Cultural diversity: A guide for health professionals (hrsg. von der Queensland Health und der University of Queensland). Behandelt werden Gemeindeprofile und Profile von Bevölkerungsgruppen.

Engaging Queenslanders: an introduction to working with culturally and linguistically diverse communities (hrsg. vom Department of Communities). Es handelt sich um einführende und praktische Guidelines für den Umgang mit multikulturellen Gemeinden.

A good practice guide for culturally responsive government services (hrsg. vom Department of Immigration & Citizenship 1998). Die Charta enthält sieben Prinzipien, die bei kulturell verantwortlichen Dienstleistungen von Regierungen beachtet werden sollten.

Australische Guidelines für Berufsgruppen im Gesundheitswesen für kulturell-heterogene Gemeinden:

Zu den Guidelines für Berufsgruppen im Gesundheitswesen, die mit kulturell-heterogenen Bevölkerungsgruppen arbeiten, gehört ein Guide für Berufsgruppen im Gesundheitswesen. Von 16 kulturell heterogenen Gemeinden werden Gesundheitsprobleme und Gemeindeprofile dargestellt. 3 Guides beziehen sich auf Frauen, Kinder und Jugendliche und Themen wie Gewalt und Trauma. Zudem werden Checklisten für kulturelle Abschätzungen präsentiert (zu Interpretation, Kommunikation, Einstellungen).

QUEENSLAND HEALTH, QUEENSLAND GOVERNMENT: *Cultural diversity – a guide for health professionals*, <http://www.health.qld.gov.au/hssb/cultdiv/home.html>

QUEENSLAND HEALTH, QUEENSLAND GOVERNMENT: *Guidelines to practice – providing care to patients from culturally and linguistically diverse backgrounds*, <http://www.health.qld.gov.au/hssb/cultdiv/home.html>

QUEENSLAND HEALTH, QUEENSLAND GOVERNMENT: *Checklists for cultural assessment*, <http://www.health.qld.gov.au/hssb/cultdiv/home.html>

Die in diesem Abschnitt behandelten oder erwähnten Guidelines und Empfehlungen enthalten wertvolle Hinweise, die auf ihre Anwendbarkeit und

Übertragbarkeit für Katastrophenvorsorge und Katastrophenmanagement in Deutschland geprüft werden sollten, wenn ein inkludierender und sensibler Ansatz im Umgang mit der ethnisch-kulturell heterogenen Bevölkerung Deutschlands angestrebt wird. Diese Prüfung erfordert jedoch eine eigenständige Studie.

5.2 Warnungen

5.2.1 Allgemeine Zusammenhänge und Empfehlungen zu Warnungen

Warnungen vor Gefahren, Katastrophen und terroristischen Anschlägen dienen dazu, den Verlust von Leben, Gesundheit und Eigentum zu verhindern. In modernen Gesellschaften sind sie in der Regel eine Aufgabe sozialer Organisationen. Organisationen (z. B. Wetterdienst, Betreiber technischer Anlagen) oder andere Behörden, die auf der Grundlage ihrer aktuellen Daten Informationen über drohende Gefahren und Warnungen herausgeben, müssen auf andere Organisationen treffen, die die Informationen über die zu erwartende Bedrohung empfangen können und sie umsetzen können. Die Warnung muss Informationen über die Art der Bedrohung, den vermuteten Ort, die Zeit und die Stärke der Einwirkung enthalten. Dabei werden Überwachung (Monitoring) und Abschätzung der Bedrohung zumeist kontinuierlich weiterbetrieben, da sich bei einigen Bedrohungen (wie Hochwasser, Stürme, Großbrände) der vermutete Ort, die Zeit und die Stärke der Einwirkung sehr schnell ändern können (vgl. Lindell und Perry 2004, S. 103). Das Umsetzen einer Warnung bedeutet, dass die potenziell betroffene Bevölkerung so über die Bedrohung informiert wird, dass ihr noch möglichst viel Zeit für Schutzmaßnahmen bleibt. Von Behörden muss entschieden werden, welche Kanäle oder physische Mechanismen zur Verbreitung von Warnungen genutzt werden, weil sie sich in ihren Leistungen erheblich unterscheiden. Ebenfalls müssen sich lokale oder regionale Einsatzkräfte und Krisenstäbe oder Katastrophenmanager sowohl auf Maßnahmen, die in Verbindung mit der Warnung zu ergreifen sein können (z. B. Evakuierung oder Verbleiben am Aufenthaltsort, sich an sichere Orte begeben), als auch auf das potenzielle Ereignis vorbereiten. Zu beachten ist dabei, dass die Art der Schutzmaßnahmen von der Schwere und der Vorwarnzeit abhängt:

„When forewarning is short and severity is high, protective action recommendations are likely to focus on personal safety measures. With greater amounts of forewarning, lower estimated severity, or higher levels of community preparedness, protective action recommendations might include suggestions about property protection“ (Lindell und Perry 2004, S. 103).

Inzwischen reflektiert sich in zahlreichen Studien ein breiter Konsens in der Frage, was Warnsysteme effektiv macht und wie Warnbotschaften formuliert sein sollten (vgl. u. a. Geenen 2009, Kunz-Plapp 2008; Sorensen und Vogt Sorensen 2007; Partnership for Public Warning 2003; Subcommittee on Natural Disaster Reduction 2000; Tierney, Lindell und Perry (2001) und Lindell und Perry 1992).

Während eine *allgemeine Warnung* lediglich darauf hinweist, dass ein bedrohliches Ereignis bevorsteht, umfasst eine *spezifische Warnung* eine Reihe von Parametern und sollte als Warnsystem³⁷ konzipiert werden (vgl. Aguirre 2004, S. 103 f.).³⁸ Im Folgenden sind zunächst allgemeine Faktoren benannt, die bei einer Warnung zu beachten sind, einschließlich solcher, die für ethnisch-kulturelle Minderheiten in multikulturellen Gesellschaften relevant sind.

Ganz allgemein sollte eine Warnung auf die Menschen gerichtet sein, die sich im Risiko befinden, diese Menschen erreichen, egal was sie gerade tun und wo sie sich befinden, keine zusätzlichen Risiken hervorbringen, zuverlässig sein und eine angemessene Warnzeit vorgeben. Im Einzelnen ist bei einer effektiven Warnung Folgendes zu berücksichtigen:

1. Genaue Spezifizierung der Art der Bedrohung (Stärke und Zeitpunkt);
2. genaue Eingrenzung der Bevölkerungsgruppe, die sich im Risiko befindet;
3. genaue Bezeichnung des Ortes bzw. der Region, in der das Ereignis erwartet wird;
4. präzise und allgemein verständliche Vorschläge oder Anordnungen über Schutzmaßnahmen der Behörden. Die Botschaft soll klar, spezifisch und

37 Insbesondere nach dem Zusammenbruch des World Trade Center (WTC) 2001 wurden spezifische Verfahren zur Evakuierung der Beschäftigten von Hochhäusern entwickelt, die zu besseren Typologien und Planungsmodellen geführt haben, wobei mehr Aufmerksamkeit auf Faktoren gelegt wurde, die das Schutzhandeln in der Planung und im Response betreffen (vgl. Sorensen und Vogt Sorensen 2007, S. 184).

38 Aguirre vergleicht das erfolgreiche integrierte Warnsystem (<http://www.nhc.noaa.gov>) des National Hurricane Center in Miami, Florida (vgl. 2004, S. 105 ff.) qualitativ mit dem Warnsystem von HSAS (Homeland Security Advisory System), das eine fünfstufige Bedrohungsskala beinhaltet, wobei der aktuelle „Threat level“ jeweils durch eine Farbe (von rot bis grün) signalisiert wird. Das Warnsystem von HSAS verfügt jedoch über keine angemessene Methodologie zur Herausgabe von Warnungen bei unterschiedlichen Arten terroristischer Bedrohung, was, wie zahlreiche Untersuchungen belegten, zu Verwirrung und unangemessenen Reaktionen der Öffentlichkeit geführt hat (Aguirre 2004, S. 107 ff.).

in sich konsistent sein, damit sie verstanden wird und ihr Aufmerksamkeit geschenkt wird.

5. Es müssen diejenigen Medien in die Übermittlung der Warnung einbezogen werden, die erforderlich sind, um die gesamte gefährdete Bevölkerung einschließlich der Minderheiten, sich vorübergehend Aufhaltenden (z. B. Geschäftsreisende, Wanderarbeiter, Touristen, Umherziehende, Transitreisende), Obdachlosen und Tagelöhnern zu erreichen (vgl. Drabek 1996, Sorensen und Vogt Sorensen 2007, Johnston, Becker, Gregg et al. 2007).
6. Befinden sich ethnisch-kulturelle Minderheiten³⁹ in der Region, sind die Warnungen überdies in den Sprachen herauszugeben, die von den betreffenden Bevölkerungsgruppen muttersprachlich gesprochen werden. Es muss dabei sichergestellt werden, dass die Übersetzung genau ist, damit nicht falsche Meldungen durch Übersetzungsfehler verbreitet werden.
7. Es muss klar werden, wer (welche Organisationen) hinter der Warnung stehen und welche Befunde dazu veranlassen, die Warnung herauszugeben. Dies kann auf unterschiedliche Weisen (auf unterschiedlichen fachlichen Niveaus) erfolgen, so dass sich weitere Kreise der Bevölkerung angesprochen fühlen (kein Single-Voice-Prinzip).
8. Die Warnung muss glaubwürdig sein und deutlich machen, dass es um eine wirkliche Bedrohung geht und dass die Inhalte fachlich korrekt und genau sind.
9. Es muss klar gemacht werden, welche Folgen das Ereignis haben kann.
10. Die Warnungen müssen Details über die Umsetzung (z. B. Evakuierungsrouten und Schutzorte) enthalten und
11. Hinweise darüber, wie Unterstützung gefunden werden kann.
12. Unterschiedliche Probleme und Bedürfnisse sollten adressiert werden, z. B. wie Kinder oder pflegebedürftige Personen besonders zu schützen sind und was zu ihrem Schutz von behördlicher Seite getan wird und was im Haushalt, an Arbeitsstätten und unterwegs zu beachten ist.
13. Die Warnbotschaft sollte darüber Auskunft geben, was für den Selbstschutz getan werden kann und was dringend vermieden werden sollte.

39 Zu minderheitenbezogenen Fragen im Zusammenhang mit Warnungen sind neben dem Review von Fothergill, Maestas et al. (1999) u. a. Studien von Aguirre (1988, 1991), Donner (2006, 2007), Gladwin und Peacock (1997), Lindell, Perry und Greene (1980), Perry (1987, Perry 1991), Perry und Greene (1982), Perry, Greene und Mushkatel (1983), Perry, Lindell und Greene (1982), Perry und Mushkatel (1984, 1986) und Perry und Nelson (1991) erarbeitet worden.

14. Die Warnbotschaft sollte möglichst oft wiederholt werden, um für sie ungeteilte Aufmerksamkeit zu erlangen und auch diejenigen zu erreichen, die sie zuvor entweder nicht hörten oder weghörten. Wenn die Botschaft komplex ist oder Menschen mit der spezifischen Gefahr nicht vertraut sind, ist Wiederholung besonders wichtig.
15. Die Warnbotschaft muss die unterschiedlichen Bedürfnisse von Empfängerinnen und Empfängern adressieren, die sich zum einen im Ausmaß ihres Involviertseins (Entfernung zum erwarteten Gebiet des Ereignisses) und in ihrer Fähigkeit unterscheiden, auf die Warnung zu reagieren (z. B. Menschen mit Behinderungen, Kinder).
16. Die Warnung muss auch diejenigen berücksichtigen, die nicht bedroht sind und ihnen erklären, warum dies so ist und dass sie keine Schutzmaßnahmen ergreifen müssen.
17. Eine Botschaft zur Entwarnung (die z. B. die Möglichkeit der Rückkehr in das gefährdete Gebiet signalisiert) muss ebenfalls in allen relevanten Sprachen vorbereitet und gegebenenfalls übermittelt werden und zwar über alle Kanäle, über die auch die Warnung übermittelt wurde (vgl. Lindell und Perry 2004, S. 103 f.; Aguirre 2004, S. 103 f.; Geenen 2009; Partnership for Public Warning 2003).

Insgesamt soll die Warnung alle Informationen enthalten, die geeignet sind, um bei Menschen eine hohe Motivation für den Selbstschutz oder die Befolgung von behördlichen Schutzmaßnahmen zu erreichen. Die oben genannten Kriterien, die bei der Formulierung von Warnbotschaften zu beachten sind, gelten für alle Bevölkerungsgruppen, einschließlich ethnisch-kultureller Minderheiten und sind auch aus Erfahrungen mit Unzulänglichkeiten von Warnbotschaften und den zum Teil verheerenden Folgen gewonnen (vgl. z. B. Aguirre et al. 1991, S. 11 f.). Ob eine Warnung beachtet wird, hängt nicht nur von ihrer Qualität ab, sondern auch von früheren Erfahrungen mit entsprechenden Ereignissen, dem Wissen über bestimmte Gefahren, vom Typ der jeweiligen Bedrohung, der sozialen Schicht, kulturellen Deutungsmustern, der ethnischen Zugehörigkeit, familialen Strukturen und der sozialen Vernetzung von Individuen. Alle diese Faktoren tragen entscheidend dazu bei, wie die Situation von Menschen definiert wird und welche Schlüsse sie für angemessen halten. In jedem Fall können sich längerfristige Vorsorge (Preparedness), einschließlich Maßnahmen zur Erhöhung des Risikobewusstseins in Privathaushalten, Unternehmen, bei Behörden und Gemeinden und die Möglichkeit der Partizipation der Bewohnerinnen und Bewohner an Vorsorgemaßnahmen günstig auf den Warn-Response auswirken.

Zudem erhöhen sie langfristig die Resilienz der Bevölkerung (vgl. Aguirre 2004, S. 105). Missverständnisse, Fehlinterpretationen und eine mögliche Überforderung, wenn Menschen plötzlich gewarnt werden, ohne dass sie vorher überhaupt über ein Risiko informiert waren, können so vermieden werden.

Folgende Verhaltensweisen nach Warnungen werden in vielen Studien als typisch für Menschen aller ethnisch-kulturellen Zugehörigkeiten beschrieben.

Es wird versucht, mit dem engsten Familien-, Freundes- und Nachbarschaftskreis Kontakt aufzunehmen:

- um abzusichern, ob es Nahestehenden gut geht, ob sie sich in Sicherheit befinden und um sie gegebenenfalls über die eigene Sicherheit zu informieren.
- um Bestätigungen für Warnungen zu suchen, Informationen über die Lage einzuholen, auszutauschen oder zu übermitteln, sich zu beraten und gegebenenfalls auch eine Entscheidung über künftiges Handeln abzustimmen. Solche Informations-, Rückversicherungs- oder Absicherungsprozesse können in direkter Face-to-face-Interaktion verlaufen oder über telefonische Kontakte, eventuell auch über E-Mails.

Eine Warnung, in der die oben genannten Punkte beachtet werden, muss knapper ausfallen, wenn sie in eine *Alarmierung* umschlägt, wenn Gefahr im Verzug ist und nur noch wenig Zeit bleibt. Wenn die Alarmierung durch eine umfassende Warnung vorbereitet wurde, ist eine qualitativ bessere Informationsgrundlage für die Alarmierung gelegt. Wenn kaum Vorwarnzeiten bleiben, weil die Umschlagsgeschwindigkeit hoch ist und Warnung und Alarmierung zeitlich zusammenfallen, müssen Einschränkungen in der Auslegung der Warnung hingenommen werden.

Spontanevakuiierungen: Bisweilen scheitern offizielle Warnsysteme oder ihr Fehlen wird von der ansässigen Bevölkerung vermutet. Wenn Bürgerinnen und Bürger dann spontan evakuieren, sind dies starke Hinweise auf ihre Selbstorganisationsfähigkeit. Nicht nur konnte ich im Rahmen meiner Feldforschungen in mehreren Provinzen der Türkei feststellen, dass Dorfbewohnerinnen und -bewohner diverse Spontanevakuiierungen durchführten, wenn sich aus ihrer Sicht Anzeichen für ein bevorstehendes Erdbeben mehrten (vgl. Abschnitt 2.1.1). Auch im WTC reichten 2001 nach dem ersten und zweiten Anschlag die selbstorganisierten Warnungen und Alarmierungen weit über die offiziellen Systeme

hinaus (vgl. Sorensen und Vogt Sorensen 2007, S. 184; diese verweisen auf den herausragenden Bericht von Averill et al. 2005, auf den im Folgenden eingegangen wird; für den Vorbericht aus dem Jahre 2003 siehe NIST 2003). Denn die meisten überlebenden Beschäftigten beider WTC-Gebäude warnten sich gegenseitig selbst und initiierten ihre Evakuierung selbsttätig, bevor sie eine Warnung durch das öffentliche Informationssystem des Gebäudes erhielten. Im WTC 2 evakuierten die Beschäftigten, nachdem sie den Einschlag in WTC 1 beobachtet hatten, nach kurzer Orientierungsphase, zumeist in kleineren oder größeren Gruppen, manche aber auch, wenn keine Kollegen in der Nähe waren, mit denen sie sich hätten verständigen können, alleine über die verschiedenen Treppenhäuser. *Über 85 % der Beschäftigten haben größtenteils selbstständig ihre Evakuierung in Angriff genommen und erfolgreich abgeschlossen.*⁴⁰

*„While most attention has properly focused on the nearly three thousand people who lost their lives at the World Trade Center (WTC) site on September 11, 2001, **five times that many people successfully evacuated from the WTC towers due to heroic efforts of occupants**, as well as emergency responders. Understanding why many, yet not all, survived the WTC attacks was one of the four objectives of the Federal building and fire safety investigation of the WTC disaster led by the National Institute of Standards and Technology (NIST)“ (Averill et al. S. XXXI; Hervorhebung durch die Autorin).*

Die „heroic efforts of occupants“ bezeichnen die hohe Selbstorganisationsfähigkeit der Nutzerinnen und Nutzer des Gebäudes. Dass auch der Feuerwehr von New York und anderen Hilfskräften bei den Evakuierungs- und Rettungsaktionen ein hoher Verdienst zukommt, und dass viele Einsatzkräfte ihr Leben einsetzten und nicht wenige auch verloren, ist dabei nicht zu vergessen. Viele Menschen starben, weil auf der Höhe der Einschlagstellen und oberhalb Menschen

40 „NIST estimates that there were $8,900 \pm 750$ people in WTC 1 at 8:46:30 a.m. on September 11, 2001. Similarly, NIST estimates that there were $8,540 \pm 920$ people inside WTC 2 at 8:46:30 a.m. New York City officially announced 2,749 fatalities at the WTC complex, including emergency responders, airplane passengers and crew (but not hijackers), and bystanders. NIST estimated that of the $17,400 \pm 1,180$ occupants inside WTC 1 and WTC 2 at 8:46:30 a.m., 2,163 to 2,180 perished. No information could be found for 17 persons. More than twice as many occupants were killed in WTC 1 as WTC 2, largely due to the fact that occupants in WTC 2 used the 16 minutes between the attacks on WTC 1 and WTC 2 to begin evacuating, including the use of elevators by some occupants in WTC 2“ (Averill et al. 2005, XXXIII).

nicht mehr gerettet werden konnten, da z. B. Flugzeuge wegen der Hitzeentwicklung nicht landen konnten. Es wäre aber unter dem außerordentlichen Zeitdruck bis zum Einsturz beider Türme keiner Einsatzgruppe gelungen, das zu bewerkstelligen, was die in den beiden WTC-Türmen arbeitenden Menschen selbst vollbracht haben.

Denn, wie sich bei Durchsicht der Interviews im Bericht von Averill et al. (2005) zeigt, geschah dies außerordentlich umsichtig, überlegt und, wo immer möglich, abgestimmt.

- ➔ Unter dem enormen Zeitdruck, dem die Evakuierung der beiden Hochhaustürme unterlag, und der schlechten logistischen Vorbereitung seitens des Hochhausmanagements, und zwar trotz des Anschlags von 1993, war die von Individuen und Gruppen von Beschäftigten selbsttätig, vorausplanend und bedacht organisierte Evakuierung, die das Überleben so vieler Menschen ermöglichte, eine enorme kulturelle Leistung. Sie zeigt, dass Menschen ihre Fähigkeiten zur Gruppenbildung und Selbstorganisation auch in einer fortgeschrittenen modernen Gesellschaft nicht verloren haben und Panik vielleicht eine individuelle Anwandlung war, aber kaum einen Menschen in dieser Situation so überwältigt hat, dass er nicht gehandelt hätte, wo noch Handeln möglich war (vgl. die konzeptionellen Überlegungen zur Unwahrscheinlichkeit einer Panik in Abschnitt 2.2).

Wie die typische Stimmung war, zeigt das folgende Zitat:

„A survivor who was on the 78th floor skylobby in WTC 2, then used the stairs down from there: “People were having general conversations, seemed calm, and walked at a steady pace, no sense of panic.” Interview 1000825“ (Averill et al. 2005, S. 107).

Der umfassende, qualitativ und quantitativ herausragende Bericht, in dem in vorbildlicher Weise Ingenieurwissenschaften und Soziologie kooperiert haben, ist für die künftige Katastrophenforschung, für den Zivilschutz und entsprechende Übungen außerordentlich wichtig. Er bedarf intensiver weiterer Auswertung. Während er in der amerikanischen Katastrophenforschung entsprechend gewürdigt wird (z. B. im Handbook of Disaster Research von Rodríguez, Quarantelli und Dynes 2007), hat er in der europäischen Fachdiskussion bislang kaum Resonanz gefunden. In dem Bericht wird nicht auf ethnisch-kulturelle Unterschiede im Verhalten der in beiden WTC-Gebäuden arbeitenden Menschen

bei der Evakuierung eingegangen, auch nicht bezogen auf die involvierten Einsatzkräfte, obgleich angenommen werden darf, dass die Zusammensetzung der Beschäftigten durchaus multikulturell war. Es ist daher davon auszugehen, dass ethnisch-kulturelle Unterschiede in dieser Evakuierungs- und Katastrophensituation keine nennenswerte Bedeutung hatten.

➔ Die Befunde der Studie von Averill et al. sollten zu einem *Paradigmenwechsel hinsichtlich des Bevölkerungsverhaltens bei Katastrophen und in zivilen Bedrohungslagen*, z. B. bei terroristischen Angriffen, beitragen und endlich alle Mythen einer passiven, hilflosen, panischen, chaotisch oder plündernd reagierenden Bevölkerung in Extremlagen beseitigen.

Empfohlen wird, künftig ein kooperatives Verhältnis zwischen multikultureller Bevölkerung und Katastrophen- und Zivilschützern anzustreben. Dabei sollte davon ausgegangen werden, dass sich beide Seiten konstruktiv ergänzen können und aufeinander angewiesen sind. Durch die aktive und partizipative Einbeziehung von Männern und Frauen in Mitigation und Preparedness kann vielfach ausgelotet werden, wie eine solche konstruktive Zusammenarbeit im Einzelnen ausgestaltet werden kann. Ebenfalls im Alltag sollte eine Grundlage dafür geschaffen werden, dass Menschen in einer Extremsituation, wie sie nach den Angriffen auf das WTC für die sich in den Gebäuden Aufhaltenden gegeben war (neben behördlicher und organisationaler Evakuierungs- und sonstiger Katastrophenhilfe), eine bessere Unterstützung zur Selbsthilfe bereitgestellt wird. Alarmanlagen und Warnprozesse sollten reibungsarm anlaufen, möglichst netzunabhängig funktionieren und Menschen selbst in höchster Not sehr schnell Handlungsoptionen aufzeigen und Lageeinschätzungen geben, so dass Beschäftigte oder Bewohner nicht, wie im WTC, versuchen müssen, bei ihren Familien oder Freunden über Handy zu erfahren, ob diese von außen eine Lageeinschätzung geben können oder etwas gehört haben (vgl. z. B. Averill et al. 2005, S. 82).

Lindell und Perry (2004, S. 94) betonen, dass das Zurückhalten von Informationen über Gefahren durch Behörden zum einen dazu führen kann, dass Menschen spontan evakuieren, dass sie dadurch nicht in Panik geraten, weil sie sich dann an andere Informationsquellen halten, dass die Behörden aber ihre Glaubwürdigkeit verlieren. Lindell et al. (2001) konnten eine inverse Beziehung zwischen Spontanevakuierungen und dem Glauben an die Genauigkeit von Evakuierungswarnungen feststellen.

Nichtbefolgung von Warnungen: Lindell und Perry (2004, S. 93) konstatieren, dass der Anteil der Nichtbefolgung von Warnungen bei vielen Katastrophen hoch ist, dass er aber, je nach Ereignis und Ort erheblich in seiner Quantität variiert. Ein Grund kann z. B. in einer relativ hohen Bevölkerungsdichte, bei nur geringen Straßenkapazitäten für die Evakuierung, gesehen werden. Ein weiteres Problem besteht darin, dass Evakuierende nicht die vorgeschlagenen Routen nutzen, sondern diejenigen, die sie am besten kennen, was zu erheblichen Verkehrsstaus führen kann. Bei dem Unfall im Kernkraftwerk Three Miles Island evakuierten ungefähr zehnmal so viele Menschen, wie entsprechend der Anweisung des Gouverneurs vorgesehen war (Lindell und Perry 1983).

Im Fazit kann gesagt werden, dass Evakuierungen dann am besten ablaufen, wenn Menschen vorher gut informiert sind (Mitigation, Preparedness), wissen, zwischen welchen Handlungsalternativen sie gegebenenfalls wählen müssen, wenn es zu einer Warnung oder Alarmierung kommt, nach der Warnung Kontakt mit ihrer Familie aufnehmen können und wenn die oben genannten Punkte bei Warnungen beachtet werden.

5.2.2 Warnungen in multikulturellen Gesellschaften

Multikulturelle Gesellschaften bestehen aus Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen, Werten, Normen, kulturellen Hintergründen, Handlungsmustern, Sprachkompetenzen und einem unterschiedlichen Glauben. Die Aufgabe für Risiko-, Krisen- und Katastrophenmanager ist es, auszuloten, wie die Beachtung von Warnungen und die Befolgung von Handlungsempfehlungen bei diesen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zu erreichen ist. Entsprechend der einschlägigen Literatur⁴¹ und der Fehler, die im Zusammenhang mit Warnungen diskutiert werden, sind bei der Formulierung und Adressierung von Warnungen in multikulturellen Gesellschaften die im Folgenden genannten 6 Parameter zu beachten. Warnbotschaften müssen so formuliert werden, dass sie

- Sprachgrenzen überwinden: Alle gefährdeten Personen müssen erreicht werden, unabhängig von ihrer Sprachkompetenz in der deutschen Sprache, sonst kann es zu Missverständnissen und zur Isolation von Minderheiten in der

⁴¹ Für multikulturelle Gesellschaften sind in Warnfragen insbesondere Clerveaux, Katada und Hosoi 2008a; King 2004 und Lindell und Perry 2004 zu nennen.

Informationsübermittlung kommen. Auch an Gehörlose und die für sie angemessenen Übermittlungswege sollte gedacht werden.

- **Verständnisgrenzen überwinden:** Es sollte beachtet werden, wie Warnbotschaften für Menschen unterschiedlicher kultureller Zugehörigkeit formuliert werden sollten.
- **Mediengrenzen überwinden:** Es sollten auch diejenigen Kanäle und Informationswege berücksichtigt werden, die von Minderheiten genutzt werden.
- **Vertrauen schaffen:** Gründe möglichen Misstrauens von unterschiedlichen ethnisch-kulturellen Bevölkerungsgruppen müssen herausgefunden und in der Warnbotschaft berücksichtigt werden und die Grundlagen für vertrauenswürdige Botschaften sollten ermittelt werden. Dazu gehört auch, dass die Warnenden eine Vorstellung davon haben, über was Bürgerinnen und Bürger besorgt sein können, und dass dies in der Warnbotschaft angesprochen wird.
- **Informativ sein:** Dazu gehört eine möglichst umfassende und frühzeitige Information und die Verstärkung der Informationsbasis von Minderheitengruppen durch strategisch-konzeptionelle Adressierung möglicher Multiplikatoren bei der Verbreitung der Warnung (z. B. Einzelhandelskaufleute, bei denen Minderheitenangehörige einkaufen, Lehrerinnen und Lehrer, Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber),
- **Glaubwürdig sein:** Die Quellen der Warnungen müssen für die Adressaten glaubwürdig und nachvollziehbar sein, auf größtmögliche Transparenz ist Wert zu legen.

Für die Vorbereitung auf Warnungen in multikulturellen Gesellschaften empfehlen Lindell und Perry das Protective Action Decision Model (PADM), um die Beziehung zwischen kommunizierten Informationen und Schutzverhalten zu verbessern. Das Modell basiert auf Forschungsarbeiten der letzten 25 Jahre (vgl. Lindell und Perry 2004, S. IX) und ist geeignet, Bürgerinnen und Bürger in multikulturellen Gemeinden auf Bedrohungen vorzubereiten. Die Vorschläge wurden auf der Grundlage erfolgreicher und gescheiterter Warnungen in multikulturellen Gemeinden entwickelt und basieren auf Kenntnissen der Problematik, dass umfassende Informationen, die erst in einer akuten Warnsituation verbreitet werden, möglicherweise zu überraschend kommen, da es wegen der gebotenen Eile leicht zu Verständigungsproblemen, Missverständnissen und mangelndem Vertrauen kommen kann. Erforderlich ist daher, dass bereits im Alltag vermittelt wird, wie in einer Gefahrensituation gehandelt werden sollte. Zu den Vorschlägen gehört, dass lokale Behörden darüber informiert sein müssen, bezogen auf welche Risiken ihre Gemeinden vulnerabel sind. Empfohlen wird,

dass Behörden die Bürger der Gemeinden regelmäßig über ihre Pläne und Vorgehensweisen bei Bevölkerungswarnungen informieren (kontinuierliche Risikokommunikation im Rahmen von Hazard Awareness Programmen). Dies hat den Vorteil, dass Bewohner von Risikogebieten wissen, auf welchen Kommunikationskanälen Risikoinformationen und Warnungen übermittelt werden, welche Schutzmaßnahmen im Falle einer Warnung gegebenenfalls zu erwarten sind und welche logistischen Vorbereitungen zu treffen sind. Wenn solche Informationen regelmäßig herausgegeben werden, ist eine tatsächliche Warnung konsistent mit dem Wissen über potenzielle Gefahrenquellen und weniger überraschend. Da z. B. das Evakuierungsverhalten vom persönlichen Umfeld abhängen kann, kann dieses über das hier aufgezeigte Vorgehen besser erreicht werden (vgl. auch Christensen und Ruch 1980; Gladwin und Peacock 1997). Darüber hinaus sollten die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen systematisch und partizipatorisch in Vorsorgeprogramme einbezogen werden.

Dann ist auch die Gefahr wesentlich geringer, dass es bei einer wirklichen Warnung zu Missverständnissen, Gerüchtebildung und Misstrauen kommen kann, weil die Sichtweisen von regionalen Katastrophenschutzorganisationen und Bewohnern in gemeinsamen Interaktionen besser vermittelbar sind und Schutzorgane auch die Sorgen, die Menschen bei einer Gefahr bewegen, eher verstehen und nicht als irrational abtun (vgl. Abschnitt 3 und Abschnitt 4). Gemäß einem Warnverständnis, das von einem all-hazard Ansatz ausgeht, gilt dies auch für die Frage einer Vorsorge für und Warnung vor terroristischen Anschlägen (siehe Abschnitt 8).

Die oben genannten 6 Parameter als bedeutsame Grundlage für die Ausgestaltung von Warnungen in multikulturellen Gesellschaften wurden in der hier vorgelegten Studie auf der Grundlage einer aus anderen Ländern (insbesondere den USA) reichhaltig verfügbaren Literatur entwickelt. Zwar bestand das Problem, Ergebnisse im Einzelnen auf Deutschland zu übertragen, da die in der berücksichtigten Literatur untersuchten Minderheitengruppen in Deutschland kaum vertreten sind. Jedoch waren in den Publikation die sechs Parameter in unterschiedlichen Konstellationen immer wieder von Relevanz. Um es an zwei der Parameter zu erläutern: Es wäre, insbesondere über qualitative Untersuchungen, erforderlich zu eruieren, welche Quellen und warum diese in den jeweiligen Bevölkerungsgruppen (jedenfalls den größten in Deutschland vertretenen Minderheitengruppen) als glaubwürdig erachtet werden. Vertrauen ist voraussetzungsreich. Es kann nicht einfach davon ausgegangen werden, dass

Warnungen mit entsprechenden Handlungsempfehlungen oder Anweisungen nur deshalb schon auf Vertrauen treffen oder Vertrauen schaffen, weil sie von den geeigneten Ämtern herausgegeben werden.

Zur Verdeutlichung der Empfehlungsgrundlage sollen im Folgenden Ergebnisse von Forschungsarbeiten zu Warnung und Evakuierung in multikulturellen Gesellschaften dargestellt werden.

Ein Teil der Befunde zum Zusammenhang zwischen ethnisch-kultureller Zugehörigkeit und dem jeweiligen sozialen Verhalten (z. B. der Beachtung der Warnung und der Bereitschaft zu evakuieren) ist nicht eindeutig. Von Sorensen und Vogt Sorensen (2007, S. 191) werden eine Reihe von Faktoren genannt, die die Wahrscheinlichkeit einer Evakuierung beeinflussen. Ethnizität verringert die Wahrscheinlichkeit. Die empirische Unterstützung dieses Befundes ist aber nur moderat. Andere Faktoren sind empirisch sehr viel stärker gestützt (so führen höhere Bildung und höherer sozioökonomischer Status (vgl. auch James, Hawkins und Rowel 2007) zu höherer Evakuierungsbereitschaft, ebenso wie die Genauigkeit von Botschaften, eine persönlich adressierte Warnung, nicht jedoch eine unpersönliche, die Häufigkeit, Konsistenz und Sicherheit der Botschaft, ebenso wie die Glaubwürdigkeit der Quelle. Perry (1987) argumentiert, dass die ethnische Zugehörigkeit keinen Einfluss auf die Bereitschaft zu evakuieren hat, wenn das wahrgenommene Risiko die größte Bedeutung hat. Gladwin und Peacock (1997) argumentieren demgegenüber, dass die Zugehörigkeit zu einer Minderheit dazu führen kann, dass sie von Informationen abgeschnitten wird und daher mit reduzierter Wahrscheinlichkeit auf eine Warnung reagiert.

Nach dem Scheitern von Warnungen vor dem Saragosa-Tornado (vom 22. Mai 1987) kommen Aguirre et al. zu folgendem allgemeinen Befund:

„warnings, to be effective, require either a common shared culture or adaptation of the warning system to multicultural social contexts“ (Aguirre et al. 1991, S. 2)

Befunde und Empfehlungen zu Sprachgrenzen und ihrer Überwindung

- Übermittlung über die Kanäle, die von Bewohnern unterschiedlicher ethnisch-kultureller Zugehörigkeit gesehen oder gehört werden (so wurde die Tornado-Warnung in Saragosa nicht über den spanischen Fernsehkanal übermittelt,

der von vielen Bewohnerinnen und Bewohnern gesehen wurde; vgl. Aguirre et al. 1991, S. 11).

- Korrekte Übersetzungen möglicher Warnmeldungen sollten in standardisierter Form bereits vor einer Warnung vorliegen (so musste der Rundfunkredakteur in Saragosa die Warnmeldung unter Zeitdruck ad hoc ins Spanische übersetzen, die dadurch nicht korrekt formuliert war (Aguirre et al. 1991, S. 11 f.)

Befunde und Empfehlungen zu Verständnisgrenzen und ihrer Überwindung

- Traditionelles Wissen könnte als eines der Mittel zur Überwindung von Verständigungs- und Verständnisgrenzen zur Verbesserung von Mitigation und des Warn-Responses eingesetzt werden. Traditionelles Wissen basiert auf Erfahrungen, die durch kontinuierliche Beobachtung und Interaktion mit der Umgebung gewonnen werden und über Generationen weiter vermittelt werden. Dieses Wissen kann genutzt werden, um ein besseres Verständnis für regionale Gefahren zu erlangen und dabei behilflich sein, angemessen auf Bedrohungen zu reagieren. Becker, Johnston, Lazrus et. al. (2008) schlagen vor, traditionelles Wissen in Form des Erzählens von Geschichten über vergangene Erfahrungen in Verbindung mit modernen Methoden (hier dem Video „Run to high ground“ – bezogen auf Tsunami-Gefahren im Staat Washington; a. a. O. S. 493) einzusetzen. Dadurch besteht die Möglichkeit, Menschen über Bedrohungen, über ein angemessenes Schutzverhalten und ein angemessenes Verhalten bei Warnungen zu unterrichten. In einer multikulturellen Gesellschaft wie Deutschland könnten solche Videos über ethnisch-kulturelle Grenzen hinweg Anregungen zur Verständigung über Risiken ermöglichen und das Risikobewusstsein verbessern. Sinnvoll wären Videos über regionale Risiken. Alt-ingesessene Bewohner von Risikogebieten könnten während der Entwicklung solcher Videos befragt werden (z. B. Bewohner von Hamburg-Wilhelmsburg, die die große Flut 1962 miterlebt haben, oder Bewohnerinnen und Bewohner an Elbe oder Rhein). Historisches Material ließe sich ebenfalls berücksichtigen. Dabei könnten auch unterschiedliche Erfahrungskontexte bei Katastrophen oder Schadensereignissen in Abhängigkeit von Geschlecht und/oder ethnisch-nationaler Zugehörigkeit oder Erfahrungen nationaler Minderheiten wie der Friesen einbezogen werden. Solche Videos könnten auch in Kooperation mit Schulen erstellt werden.

Befunde und Empfehlungen zur Frage von Vertrauen und Glaubwürdigkeit

- Nach Perry (1997) kann es zu Unterschieden in der Wahrnehmung von Behördenvertretern durch Minderheiten und Majoritätsbevölkerung kommen. Insbesondere scheint die Glaubwürdigkeit der Warnquelle von großer Bedeutung zu sein. Denn wenn die Warnung geglaubt wird, ist die Wahrscheinlichkeit größer, dass sich die Empfänger danach richten. Daher ist es erforderlich, dass Katastrophenmanager verstehen, welche Autoritätspersonen von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen als glaubwürdig erachtet werden (vgl. Sorensen und Vogt Sorensen 2007, S. 193).
- Um die *Glaubwürdigkeit der Quelle einer Warnung in der Bevölkerung zu erhöhen*, wird empfohlen, dass Behörden wiederholt Kontakt mit Bewohnern des Risikogebietes während „normaler“ Zeiten aufnehmen sowie in den frühen Stadien einer Bedrohung (wenn es zum Beispiel genügend Hinweise auf ein zu erwartendes bedrohliches Hochwasser gibt).
- Gerade hinsichtlich der Glaubwürdigkeit der Quellen von Warnungen zeigen sich erhebliche Differenzen zwischen unterschiedlichen ethnisch-kulturellen Gruppen. So hat Perry (1991) im Rahmen eines theoretischen Einstadienmodells die Wirkung ethnisch-kultureller Unterschiede von Bürgern (Schwarze, Weiße und mexikanische Amerikaner) auf die Einwilligung in Evakuierungswarnungen (eine Überflutung und ein Unglück mit gefährlichen Chemikalien) untersucht. Dabei ergeben sich signifikante Unterschiede zwischen den befragten Gruppen hinsichtlich der spezifischen Quellen, die für die glaubwürdigsten gehalten wurden, und bezogen auf die erste Quelle, die zur Bestätigung der Warnung kontaktiert wurde. Demgegenüber ergab sich nur ein geringer und statistisch nicht signifikanter Zusammenhang zwischen der Zustimmung der Befragten zur Evakuierung und ihrem Einkommen sowie ihrer ethnisch-kulturellen Zugehörigkeit und Hautfarbe.

5.3 Katastropheneinwirkung in multikulturellen Gesellschaften

5.3.1 Katastrophe, soziale Ungleichheit und Ethnizität

Zum Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und allen Phasen der Katastrophenvorsorge und des Katastrophenmanagements liegen inzwischen eine Vielzahl von Studien insbesondere aus den USA und aus der Dritten und Vierten Welt vor. Auch ethnisch-kulturelle Fragen werden im Kontext der Erforschung sozialer Ungleichheit im Zusammenhang mit Katastrophen inzwischen systematischer berücksichtigt. Die US-amerikanische Katastrophenforschung hat sich diesen Fragen nach Katrina (September 2005) verstärkt zugewandt.

Bei Studien über europäische Länder wird demgegenüber bereits der Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und Katastrophe selten untersucht oder auch nur thematisiert. Seltenheitswert haben Studien, die Katastrophe, soziale Ungleichheit und Ethnizität systematisch aufeinander beziehen.

Es sollen im Folgenden zwei Studien kurz vorgestellt werden, die möglicherweise als kennzeichnend für unterschiedliche Perspektiven auf Katastrophenfragen in der deutschen sozial- und kulturwissenschaftlichen Forschung angesehen werden können, und die beide systematisch Fragen sozialer Ungleichheit und ethnisch-kultureller Unterschiede in multikulturellen Gesellschaften ausblenden. In der ersten wird sogar die Behauptung aufgestellt, allein die Verwendung der Unterscheidung von Rasse, Ethnizität und Kultur sei diskriminierend:

In der Studie von René John (2008) zu soziologischen Beobachtungen der Oderflut 1997 geht es um Fragen der Gemeinschaftsbildung in Katastrophen. Er interpretiert Gemeinschaftsbildung als eine Weise der Welterzeugung. Er wendet sich gegen die „diskriminierenden Unterscheidungen hinsichtlich Rasse, Ethnien, Kultur“, die für ihn zum Spuk geworden sind. John glaubt, dass sich die Individuen aus der „Totalinklusion der Schichtzugehörigkeit befreit hätten“ (John 2008, S. 282) Ins Zentrum der Betrachtung werden Selbstbeschreibungen und Erzählungen im Zusammenhang mit der Oderflut gestellt. Seine These ist offenbar,

dass bereits die Thematisierung ethnisch-kultureller Unterschiede oder Diskriminierungen diese heraufbeschwöre. Konsequenterweise fehlen im gesamten Werk Bezüge auf ethnisch-kulturelle Fragen und Fragen von Schichtung und Ausgrenzung. Dafür leistet das Buch Wertvolles für die Analyse von Gemeinschaftsbildungen und katastrophenbezogenen Erzählungen in der deutschen Bevölkerung.

Urte Undine Frömking (2005) hat in ihrer Dissertation die kulturelle Deutung und Verarbeitung von Naturgefahren und Naturkatastrophen auf Flores, Indonesien, und auf Island untersucht. Es handelt sich um eine kulturvergleichende Studie. Die Arbeit leistet einen Beitrag zur Globalgeschichte aus sozial- und kulturanthropologischer Perspektive. Im Kern geht es um Unterschiede und Ähnlichkeiten eines altindonesischen zu einem okzidentalen und modernen Rationalismus und Naturverständnis. Sie arbeitet kulturelle Strategien heraus, wie Menschen mit akuten Bedrohungen durch Naturgefahren umgehen, welche Mythen über Vulkane sowie Opferhandlungen für Vulkane in den untersuchten Regionen anzutreffen sind und welchen Konflikten sich Menschen zwischen der Notwendigkeit eines moralischen Handelns und ihrem Wunsch nach individueller Entfaltung ausgesetzt sehen (vgl. S. 214). Für diese globalgeschichtlichen Fragen ist das Buch sicherlich eine spannende Quelle. Es gibt aber keine Hinweise auf Fragen oder Überlegungen zu ethnisch-kulturellen Unterschieden oder Schichtunterschieden im Umgang mit Katastrophenrisiken und Ereignissen und Fragen des Multikulturellen in jedem der beiden miteinander verglichenen Länder. Zudem sind keine Möglichkeiten der Anwendbarkeit auf Deutschland und die in der hier vorgelegten Studie behandelte Thematik erkennbar.

Es hat den Anschein, dass die erhöhte Vulnerabilität armer und marginalisierter Bevölkerungsgruppen in Deutschland bislang allerhöchstens auffällig ist, wenn sich Menschen wie früher nur in der Dritten Welt in Suppenküchen oder Sozialläden ihr Essen beschaffen müssen, eine Situation, die vor wenigen Jahren allenfalls in den Armenvierteln von Schwellenländern denkbar war. Jedoch scheint diese erhöhte Vulnerabilität, die aus Ressourcenarmut, Mangelernährung, medikamentöser Fehl- und Unterversorgung, Langzeitarbeitslosigkeit, Gelegenheitsarbeit, Geringverdienst, unzureichender Versicherung⁴², mangelnden Förderungsmöglichkeiten für Kinder, erhöhter Gefahr psychischer Störungen infolge von Armut, etc. resultiert, noch nicht ein Ausmaß erreicht zu haben, das

42 Eine Anfrage nach dem Versicherungsstatus der in Deutschland lebenden Ausländer im Verhältnis zu Deutschen bei der Münchener Rück blieb unbeantwortet.

bei Großschadensfällen oder Katastrophen der letzten Jahre von erwähnenswerter Bedeutung gewesen wäre. Dies erklärt vielleicht den Mangel an einschlägigen Studien. Da aber davon auszugehen ist, dass die flächendeckende Reduzierung des Sozial- und Wohlfahrtsstaates weiter fortschreitet, ist auf längere Sicht zu erwarten, dass sich auch in Deutschland Verhältnisse einstellen werden, die die Katastrophenanfälligkeit der unterschichteten Migrantengruppen und der marginalisierten Bevölkerungsgruppen (Häußermann und Siebel 2004) einschließlich des sogenannten Prekariats so weit erhöhen, dass Studien, wie sie im außereuropäischen Raum zum Zusammenhang zwischen Ethnizität, sozialer Ungleichheit und Vulnerabilität erstellt wurden und werden, durchaus von Relevanz sein könnten (vgl. auch Baumann 2008). Hinzu kommt, dass sich die Zahl der Menschen, die in Deutschland mit ‚Ausschließender Armut‘⁴³ konfrontiert sind, ständig steigt. Ausschließende Armut betrifft nach Paugam

„eher das Problem der sozialen Exklusion als das der tatsächlichen Armut, ... Die Zahl derer, die als ‚Arme‘ oder ‚Ausgeschlossene‘ bezeichnet werden, nimmt ständig zu. Sie existieren außerhalb der Produktionssphäre und werden mit wachsenden Problemen immer abhängiger von den wohlfahrtsstaatlichen Institutionen“ (Paugam 2004, S. 82). „Dieser gesellschaftliche Umgang mit Armut beruht auf der Vorstellung, dass diese randständige Minderheit kaum die ökonomischen und sozialen Funktionen des Systems insgesamt erschüttert“ (Paugam, 2004, S. 81).

Der soziale Status derjenigen, die als integrationsunfähig deklariert werden, sei in hohem Maße kompromittiert und mit Stigmatisierungen und Ausschlüssen verbunden. Der weitgehende Ausschluss aus zentralen gesellschaftlichen Funktionssystemen betrifft die Gesellschaft in Gänze. Indem

„immer mehr Menschen mit prekären Beschäftigungssituationen konfrontiert sind, die zu verstärkten Belastungen führen: geringes Einkommen, unbefriedigende Wohnsituation und Gesundheitsvorsorge, schwache Einbindung in familiäre und soziale Netzwerke“ (Paugam, 2004, S. 82),

entwickelt sich bei den Menschen ein Gefühl „unvermeidlichen Abstiegs in die soziale Hoffnungslosigkeit“, das nach Paugam die soziale Ordnung und Kohäsion gefährdet. Mit Clausen müsste, bezogen auf die angesprochenen sozialen

⁴³ Paugam hat übersichtlich ausschließende von integrierter und marginaler Armut abgegrenzt (vgl. 2004, S. 80-85).

Gruppen, ein ‚Ende kollektiver Abwehrstrategien‘, entsprechend Stadium V im Modell FAKKEL erwartet werden.⁴⁴ Das Thema ist also durchaus relevant für Katastrophenfragen, denn ein Ende individueller Abwehrstrategien kann irgendwann auch in ein ‚Ende kollektiver Abwehrstrategien‘ münden. Letzteres bedeutet nach Clausen,

„daß nunmehr ein Prozeß durchlaufen wird, der die Betroffenen füreinander sozial völlig unverlässlich macht: Sie können einander kaum bis gar nicht mehr nützen und müssen den Schock verarbeiten, daß auch kaum jemand bis niemand mehr ‚gebraucht wird‘“ (Clausen 1994, S. 41).

So weit ist es in unserer Gesellschaft bislang nur dort partiell gekommen, wo ‚Ausschließende Armut‘ herrscht. In dieser Studie wird argumentiert, dass es insbesondere für diese sozialen Gruppen wichtig ist, ihnen das Gefühl von individuellen Kontrollmöglichkeiten zurückzugeben (siehe Abschnitt 3.2.5). Dies könnte z. B. durch ihre partizipative Mitwirkung an kommunalen Katastrophenvorsorgekonzepten geschehen.

Jedenfalls kann als ein Resultat jahrzehntelanger Katastrophenforschung festgehalten werden, dass soziale Ungleichheit eine zentrale Bedingung für die Vulnerabilität gegenüber Katastrophen ist (vgl. Bolin 2007). Im Folgenden sollen internationale Befunde zum Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit, ethnisch-kultureller Zugehörigkeit und Vulnerabilität gegenüber Katastrophen aus hochindustrialisierten Ländern dargestellt werden. Dieses Forschungsgebiet ist noch relativ jung.⁴⁵

44 Dieser Weg von Stadium III „Klassenformation“ zu Stadium V „Ende kollektiver Abwehrstrategien“, unter Umgehung von Stadium IV „Katastropheneintritt“, ist im FAKKEL-Modell vorgesehen, wenn es zu „Gewaltkuren“ und „antagonistischen Lösungen“ gekommen ist (Clausen 1994, S. 46). Die antagonistischen Lösungen würden bedeuten, dass Lösungswege beschränkt werden, die „ohnehin Betroffene noch ... in anderen Zusammenhängen .. expropriieren“ (Clausen, 1994, S. 25), also enteignen.

45 Ein Review der Katastrophenliteratur zu Fragen von Vulnerabilität, Rasse, Ethnizität und sozialer Ungleichheit wurde von Fothergill, Maestas et. al. (1999) erstellt. Die Arbeit von Wiesner et al. (2004) wird von Bolin (2007, S. 114) zwar auch als einschlägige Quelle angegeben, Fragen des Zusammenhangs von Ethnizität und Vulnerabilität werden in der ansonsten fundierten Arbeit zur Frage, was Menschen vulnerabel macht, jedoch nur in sehr allgemeiner Form angesprochen. Die Arbeit bezieht sich zudem im Wesentlichen auf Länder der Dritten Welt.

Eine treffende Bestimmung von Vulnerabilität für Katastrophen stammt von Wisner et al. (2004). Danach bezeichnet Vulnerabilität die

„characteristics of a person or group and their situation that influence their capacity to anticipate, cope with, resist, and recover from the impact of a natural hazard“ (2004, S. 11).

Diese Definition kann auch auf nicht natürliche Bedrohungen ausgeweitet werden. Zu den Faktoren, die vulnerabilitätserhöhend wirken, zählen Wisner et al. (2004) Schichtzugehörigkeit, Kaste, Ethnizität, Geschlecht und Immigrationsstatus. Ethnische Unterschiede sind z. B. bei Überflutungen oft auf Schichtungsmuster aufgesetzt und können zum dominierenden Faktor werden, der für die Frage der Vulnerabilität bestimmend wird. Dies drückt sich in unterschiedlichen Zugängen und in unterschiedlichem Besitz von Ressourcen aus oder in Ungleichheiten der Partizipation in unterschiedlichen Lebensbereichen, in Abhängigkeit von Exklusionen entlang von Ethnizitätsgrenzen. Jedoch wurden in hochindustrialisierten Ländern nur ganz wenige Studien erstellt, bei denen Ethnizität als Vulnerabilitätsfaktor überhaupt berücksichtigt wurde.⁴⁶ Kaum eine dieser Studien bezieht sich auf Fälle, die mit Westeuropa kompatibel sind.

Wenn sich in Gesellschaften eine räumliche Segregation ausbildet, bei der ethnisch-kulturelle Minderheiten dazu gezwungen werden, in Gebieten mit erhöhtem Risiko zu leben, während privilegiertere Gruppen dies vermeiden können, bedeutet dies eine ungleich höhere Katastrophengefährdung benachteiligter ethnischer Gruppen. Für Deutschland liegen keine systematischen Daten zur Segregation von Ausländern vor, sondern nur Fallstudien aus einzelnen Städten. Sie sind jedoch weitgehend verallgemeinerbar, da in ihnen ähnliche Strukturen gefunden wurden. Die am häufigsten genutzten Wohnungen von Ausländern liegen in nicht modernisierten Innenstädten mit Substandardwohnungen

⁴⁶ Eine dieser Ethnizität berücksichtigenden außereuropäischen Studien handelt von der Überflutung und Hangrutschung in Venezuela 1999, bei der Afro-Venezulaner unverhältnismäßig stark betroffen waren. Ein weiteres Beispiel bezieht sich auf die Überflutung um Alice Springs 1985 in Zentralaustralien. Dabei hatten Aborigines keine Flutwarnungen erhalten. Zuvor hatten sie in schwacher Anpassung an das tiefliegende Land gelebt. Die Rundfunkdurchsagen, die die weiße Bevölkerung warnten, liefen nicht auf Kanälen, die von den Aborigines gewöhnlich gehört wurden (vgl. Keen et al. 1988; zitiert nach Wisner et al. 2004, S. 238)

und einer ungünstigen Wohnumfeldqualität. Häufig handelt es sich um Erwartungsgebiete für Sanierung oder Gebiete in Sanierung. Weitere häufig genutzte Wohngebiete sind emissionsbelastete alte Arbeiterquartiere und besonders umweltbelastete Standorte in der Nähe von Mülldeponien oder dem Verkehrslärm besonders ausgesetzte Wohngebiete. Auch Eingebürgerte wohnen größtenteils wie ihre ehemaligen Landsleute, denn sie bleiben Angehörige der jeweiligen ethnischen Minderheit (vgl. Häußermann und Siebel 2004, S. 176, 179). Nicht nur leben ethnische Minderheiten partiell segregiert, sondern es segregiert sich auch die soziale Oberschicht, und zwar in schärferem Maße als die ethnischen Minderheiten oder die einkommensschwachen Haushalte. Jedoch beruht die Segregation der Oberschicht auf freiwilliger Basis und hat für sie kaum nachteilige Folgen. Häußermann und Siebel schließen aus dem Umstand, dass die Absonderung der Oberschicht der Bevölkerung keine Probleme bereitet, diejenige der ethnischen Minderheiten jedoch schon, dass es „nicht der Grad der Abgrenzung (ist), sondern die Akzeptanz der durch Abgrenzung sichtbar werdenden Kultur“, die von der Mehrheit als bedrohlich gesehen wird (Häußermann und Siebel 2004, S. 183 f.).

Zu sehen ist auch, dass Migration über Grenzen ein Phänomen ist, das so alt ist wie das moderne Staatensystem und als eine der stärksten und sichtbarsten Manifestationen des Einflusses der Globalisierung betrachtet werden kann. In Zeiten von Unsicherheit und Umbruch führt sie häufig zu negativen Reaktionen in der Majoritätsbevölkerung. Dies wird dadurch verschärft, dass Immigration und ökonomische Restrukturierung gleichzeitig auftreten. Ein weitverbreitetes psychologisches Phänomen ist es, die Opfer dieses Prozesses zu Verantwortlichen zu machen (Petersen 2006, S. 17).

Häußermann und Siebel konstatieren, dass die soziale Segregation in Deutschland im Vergleich zu den Vereinigten Staaten und England oder Frankreich als früheren Kolonialstaaten noch gering ist. Sollte sie sich weiter verstärken, können in den USA beobachtete Entwicklungen auch in Deutschland eintreten, z. B. können ethnisch-kulturelle Gruppen gezwungen sein, unsichere und von Katastrophen bedrohte Gebiete zu bewohnen, die besser gestellte Gruppen vermeiden können (vgl. Wiesner et al. 2004). Jedoch ist auch zu sehen, dass ethnische Kolonien (wie z. B. in Berlin-Kreuzberg) für ihre Angehörigen eine Reihe von Vorzügen und Unterstützungsangeboten aufweisen (z. B. informelle soziale Netze von Verwandten und Landsleuten, Schutz gegen soziale Isolation, Geschäfte mit Lebensmitteln und anderen Gütern aus dem Herkunftsland (ethnic food) und

Verdienstmöglichkeiten). Zudem bieten sie Anlaufpunkte in der Anfangsphase der Immigration (vgl. Mochow 2006, S. 29, in ihrer Darstellung der inhaltlichen Ausrichtung des Quartiersmanagements in Berlin). Daneben kann eine ethnische Kolonie auch für die übrige Bevölkerung interessant sein und der Kommunikation zwischen den Kulturen dienen.

„Betriebe und Geschäfte der ethnischen Kolonien sind multifunktional, das heißt, sie fungieren auch als Knotenpunkte von Verflechtungen und dienen so der Kommunikation und Hilfe, ähnlich der Infrastruktur in traditionellen Arbeiterquartieren oder der ethnischen Infrastruktur jüdischer und deutscher Geschäfte an der Lower East-side um 1900 in New York“ (Häußermann und Siebel 2004, S. 182).⁴⁷

Diese Kommunikationsknotenpunkte könnten auch für Öffentlichkeitsarbeit im Kontext von Katastrophenvorsorge und die Verbreitung von Warnungen vor Katastrophengefahren genutzt werden.

Ethnisch-kulturelle Minderheiten können daran gehindert werden, gleichen Zugang zu notwendigen Ressourcen von Gütern zu erhalten, um sich von einer Katastrophe zu erholen (Recovery). Dadurch kann sich ihre Vulnerabilität gegenüber künftigen Katastrophengefahren erhöhen (vgl. Bolin 2007, S. 115).

Erste Studien, in denen Unterschiede im Ausmaß der Betroffenheit zwischen ethnischen Gruppen auffielen, stammten von Moore (1958) sowie Bates, Fogleman et. al. (1963). Nach der erstgenannten Studie erlitten Schwarze größere Verluste durch den Tornado über Texas und benötigten in höherem Maße externe Hilfe als Weiße. Nach Bates, Fogleman et. al. ergab sich nach Hurrikan Audrey bei Schwarzen eine höhere Mortalitätsrate. In ihrem Review zum Zusammenhang zwischen ethnischer Zugehörigkeit, sozioökonomischer Situation und Katastrophe stellen Fothergill, Maestas et al. (1999, S. 157) fest, dass die vorhandenen Studien ein so großes Spektrum an Zeit, Katastrophenereignissen, Orten und ethnischen Gruppen abdecken, dass es schwer sei, Muster zu identifizieren und daraus Schlüsse zu ziehen. Zudem unterscheiden sich die Studien erheblich in ihren Forschungsdesigns, den Methoden und den disziplinären

⁴⁷ 1904 starben bei dem Brand und Untergang des Raddampfers „General Slocum“, der bisher größten zivilen Schiffskatastrophe in den USA, 1.021 Passagiere, vornehmlich Frauen und Kinder. Größtenteils handelte es sich um Mitglieder der deutschen Gemeinde New Yorks (Stadtteil Kleindeutschland).

Herangehensweisen. Ein weiteres Problem ist, dass die Studien größtenteils eher quantitativ und statistisch orientiert sind und ihnen weitgehend ein qualitativer, kulturell orientierter Zugang fehlt. Auch die Studien von Perry (1987) sowie Perry und Mushkatel (1986) sind weitgehend quantitativ orientiert. Vornehmlich wurden Schichtunterschiede über Einkommensunterschiede gemessen. D. h., schichtungsbezogene Faktoren wurden weitgehend theorieles behandelt und nicht analysiert, inwieweit sie beim Response nach Katastrophen strukturierend wirken (vgl. Bolin 2007, S. 121). Bolin und Bolton (1986) arbeiteten Schichtungsunterschiede zwischen Angloamerikanern und anderen ethnischen Gruppen heraus. Letztere erhielten eine schlechtere Unterstützung bei der Wiedererholung, waren bezogen auf Hilfeleistung in stärkerem Maße von ihren Verwandten abhängig und ihre Häuser waren seltener versichert.

Die neueren Studien sind demgegenüber häufiger qualitativ und ethnographisch orientiert. Zudem werden auch politische, soziale und kulturelle Marginalisierungsprozesse untersucht, die bestimmte ethnische Gruppen benachteiligen. So fanden Bolton, Liebow und Olson (1993) nach dem Whittier-Narrows-Erdbeben heraus, welchen Sprachbarrieren Latinos ausgesetzt waren, wenn sie Informationen zum Wiederaufbau oder über das staatliche Unterstützungssystem erhalten wollten. Aus anderen Studien ergibt sich (vgl. Bolin und Standford 1991), dass die Unterstützungsprogramme der Regierung in der Regel nicht auf die Bedürfnisse ethnischer Gruppen mit niedrigem Einkommen und auf Wanderarbeiter abgestimmt sind. Besonders hervorhebenswert sind z. B. die Fallstudien von Peacock, Morrow et al. (1997), bei denen nach Hurrikan Andrew systematische Zusammenhänge zwischen Ethnizität, sozialer Schicht und Vulnerabilität untersucht wurden. Als ein wesentliches Ergebnis der Studien nach Hurrikan Andrew kann gesehen werden, *dass sich die Marginalisierung von bereits zuvor benachteiligten Minderheiten im Gefolge der Katastrophe noch verstärkte*. Ein weiteres Fazit der Studien ist, dass Ethnizität allein noch nicht zur Erklärung einer unterschiedlichen Vulnerabilität nach Katastrophen hinreicht. Vielmehr kommt es darauf an, wie sich diese Faktoren und zudem Immigrationsstatus, *Alter und Geschlecht auf die soziale Positionierung einer Person und ihren Zugang zu sozialen und ökonomischen Ressourcen auswirken* (vgl. Bolin 2007, S. 122; Yelvington 1997). *Der generelle Befund ist also, dass es im Gefolge von Katastrophen zumeist zu einer Restauration der vorher gegebenen Verhältnisse kommt, wobei diejenigen, die zuvor bereits ressourcenarm waren, nach der Recovery-Phase eher noch weiter geschwächt sind.*

Zu konstatieren ist, dass Fragen des Zusammenhangs zwischen Vulnerabilität, sozialer Ungleichheit und Ethnizität, vornehmlich bezogen auf Länder der Dritten Welt, qualitativ wegweisend untersucht wurden. Wichtig ist, dass Studien sich nicht nur auf die Analyse ab dem Zeitpunkt der Katastrophe konzentrieren, sondern auch die kulturellen, sozioökonomischen und politischen Prozesse sowie das gesellschaftliche Naturverhältnis im Vorlauf des Ereignisses berücksichtigen und dabei ethnisch-kulturelle Unterschiede nicht außer Acht lassen (vgl. z. B. Oliver-Smith und Hoffman 1999, 2002).

Als eine der wenigen eingangs erwähnten Studien, die schichtspezifische Unterschiede und ethnische Faktoren in kulturvergleichender Perspektive in Großbritannien (Überflutungen in Ost- und Westschottland 1993 und 1994) und den USA (Red-River-Valley-Überflutung, Upper Midwest 1997) untersucht haben, ist die Studie von Enarson und Fordham (2000) hervorzuheben. *Ein Ergebnis ihrer Studie ist, dass es zu einer Rückorientierung auf die eigene ethnisch-kulturelle Gruppe kommt, wenn Minderheiten nach Katastrophen – bei Beratung, Verteilung von Hilfsgütern, Zuweisung vorübergehender Unterkünfte, Wiederansiedlung, etc. – benachteiligt werden.* Zudem kann nicht davon ausgegangen werden, dass die jeweilige ethnisch-kulturelle Gruppe die Betroffenen materiell oder psychisch auffangen kann (z. B. wenn sie insgesamt vulnerabel ist und über wenige Ressourcen verfügt). Zumeist hört die Hilfeleistung aus dem Verwandtschaftsnetz nach der ersten Response-Phase auf. Ein weiterer Befund der Studie ist, dass sich Frauen oft bei den Aufräumarbeiten von ihren Männern alleingelassen fühlen. Während diese z. T. ihre Arbeit wieder aufnehmen, müssen Frauen (nach den untersuchten Überschwemmungen) einer Mehrfachbelastung standhalten. Sie übernehmen nicht nur wesentliche Behördengänge (vor denen sich die Männer scheuten, da sie nicht gerne als Bittsteller auftreten). Sie haben auch Kinder zu betreuen, bei denen sie nach der Katastrophe mit besonderen Erziehungsproblemen zu kämpfen haben. Frauen erlebten Männer in den Phasen nach Katastrophen häufig als schwach, so dass es nicht selten zu Zerwürfnissen in Ehen komme. Diejenigen Männer, die keine Arbeit aufnehmen könnten, würden z. T. zu Alkohol greifen, nicht selten sei häusliche Gewalt. Gerade bei unteren Einkommensschichten ergebe sich das besondere Problem, dass infolge der Ressourcenknappheit nach Katastrophen zuvor bereits getrennte Lebens- oder Ehepartner wieder behelfsmäßig in einen Haushalt zögen, was erhebliche Konflikte hervorbringe. Enarson und Fordham (2000) analysieren die Diskriminierungen nach der Katastrophe in Großbritannien, denen Angehörige aus den unteren sozialen Schichten ausgesetzt waren,

ähnlich wie ethnische Faktoren. Das heißt, bei ethnisch-kultureller Homogenität können Stigmatisierungsprozesse gegenüber sozialen Gruppen, die über weniger ökonomische Ressourcen verfügen, so eingesetzt werden, als gehöre die sozial schwächere Gruppe zu einer anderen Ethnie (vgl. auch Elias und Scotson 1990). Es kommt dann zu Diffamierungen der sozial Bedürftigeren, weil sie staatliche Hilfe zur Wiedererholung annehmen, die den Diffamierungen gleichen, denen z. B. in den USA mexikanische Familien durch ihre angloamerikanischen Nachbarn ausgesetzt waren.

- ➔ Es wird empfohlen, darauf zu achten, dass Angehörige ethnisch-kultureller Minderheiten, aller sozialen Schichten sowie beiderlei Geschlechts nach einem Katastropheneintritt nicht diskriminiert werden und bei der Beratung auf ihre Bedürfnisse eingegangen wird. Zudem sollten sie an regionalen oder lokalen Planungsgruppen angemessen beteiligt werden und ihnen sollten im Katastrophenmanagement und bei Hilfsorganisationen möglichst Chancen der Mitarbeit und des Aufstiegs eingeräumt werden. Enarson und Fordham (2000) verweisen darauf, dass insbesondere Migrantinnen über ihre eigenen Bedürfnisse und diejenigen ihrer sozial-kulturellen Gruppe – im Verlauf und nach einer Katastrophe – gut informiert seien.

5.3.2 Katastropheneintritt, erste Reaktionen, Wiedererholung und Wiederaufbau in multikulturellen Gesellschaften anhand eines kulturorientierten Phasenmodells

Unsere Literaturrecherchen haben keine einzige Studie im Bereich der Soziologie,⁴⁸ Anthropologie,⁴⁹ Ethnologie oder Psychologie zutage gefördert, in der in systematischer Weise der Zusammenhang zwischen ethnisch-kultureller

48 In soziologischen Studien steht, sofern sie sich mit Minderheiten oder multikulturellen Gesellschaften befassen – bezogen auf Katastropheneinwirkung, erste Reaktionen, Wiedererholung und Wiederaufbau nach Katastrophen – häufig der Zusammenhang von Ethnizität, Rasse und Vulnerabilität im Vordergrund (z. B. Bolin 2007). Die Fragen, die in diesem Kontext behandelt werden, sind zum Teil schwer auf Deutschland übertragbar, wurden aber im vorangehenden Abschnitt behandelt.

49 Einen Überblick über die Forschungsentwicklung in der Anthropologie geben Hoffmann und Oliver-Smith (1999, S. 1-16) und Oliver-Smith (1999, S. 18-34). Generell kann gesagt werden, dass fast alle anthropologischen Untersuchungen von Katastrophen implizit eine angewandte Perspektive haben (Hoffman und Oliver-Smith 1999, S. 10).

Zugehörigkeit und Katastrophe, auch nicht zwischen kulturell-religiöser Orientierung und Katastrophe, für den europäischen Raum untersucht worden wäre, und ebenso fehlt es in dieser Hemisphäre an systematischen Behandlungen von Katastrophen in multikulturellen Gesellschaften. Das gesamte Feld ist von Einzelstudien verschiedener Orientierung beherrscht. Wohl aber sind solche Zusammenhänge für Länder der Dritten Welt, insbesondere aus sozial- und kulturanthropologischer Sicht, untersucht worden sowie in neueren Studien auch für die Vereinigten Staaten.

In einer Katastrophe kommt es zu einer Reihe sich überkreuzender und miteinander in Verbindung stehender Ereignisse und Prozesse, die Soziales, Kultur, Politik, Ökonomie, physische Umwelt und Technologie betreffen. In verschiedenen Konstellationen können Kohärenz und Gegensatz, Kooperation und Konflikt identifiziert werden. Die Komplexität von Katastrophen wird aus den verschiedenen disziplinären Perspektiven unterschiedlich betrachtet und Zusammenhänge werden unter den divergierenden Blickwinkeln dieser Zugänge je anders interpretiert (vgl. Oliver-Smith 1999, S. 20 f.), so dass sich – selbst bezogen auf ein einzelnes Ereignis – unterschiedliche Facetten zeigen. Wertvoll und selten sind Funde in der Fachliteratur, in denen versucht wird, über eine Fallorientierung hinaus auf eine Systematisierung der Beobachtungen zur Analyse genereller Prozesse vorzustoßen, die es ermöglicht, über Zeitpunkt und Ort hinaus Aussagen zu treffen.

Susanna M. Hoffman (1999) hat als Anthropologin und als Betroffene des Feuersturms von Oakland (1991) ein Modell vorgelegt, *in dessen Rahmen die Reaktionen von Menschen auf Katastrophen (Response) verschiedenen Phasen oder Perioden zugeordnet werden können*, die ineinander übergehen. Es stellt den Versuch einer Synthese der während und im Gefolge von Katastrophen ablaufenden Prozesse dar. Das Modell soll im Folgenden vorgestellt werden. In das Modell werden auch Ergebnisse anderer Studien eingearbeitet.

Variabel ist, wie lange die einzelnen Perioden dauern, wie früh oder spät sie auftreten, ob sie stärker oder schwächer ausgeprägt sind, und dass die Schritte nicht für alle Menschen die gleichen sein müssen. Auch müssen nicht alle von einer Katastrophe Betroffenen jede der Phasen erleben (vgl. Hoffman 1999, S. 7 f.).

5.3.2.1 Die erste Phase – Atomisierung, Gemeinschaftsbildung, Hilfe und Selbsthilfe

Unmittelbar nach einer großen Katastrophe, egal welchen Typs, kommt es zu einer üblicherweise *kurzen Phase*, in der Menschen unter *Bedingungen extremer Vereinzelung* geraten. Soziale Formen und Strukturen sind verschwunden, und die Überlebenden sind auf sich alleine gestellt. Geht man von der sozialen Natur des Menschen aus, handelt es sich um eine außerordentlich *trennende Situation*, die für die Opfer oft furchteinflößend ist. Sie fühlen sich inmitten von Ruinen nackt und alleingelassen (vgl. Hoffman 1999, S. 137; vgl. Clausen 1994, S. 23 ff. – Dimension der Radikalität). In diesem Stadium haben die Überlebenden *kaum soziokulturelle Kontexte und ihre Identität verschwimmt*. Sie befinden sich in einer einem Passageritus (Gennep 1986) ähnelnden Verwandlung, die sie zumindest während des Prozesses, wenn nicht für immer, markiert und von einer *Veränderung der Wahrnehmung* begleitet wird.

Dann setzt eine Art *erste Such-, Rettungs- und Orientierungsphase* ein, in der Menschen fliehen, versuchen Feuer zu löschen, Verschüttete zu retten und ihre Habe zu sammeln. Im Oakland Feuersturm versuchten manche, in die Flammen zurückzukehren, um Familienmitglieder, Katzen oder Eigentum zu retten. Spätere Geschichten über Katastrophen, die wieder und wieder erzählt werden, beziehen sich besonders auf diese Phase. In diesen ersten Stunden und Tagen der Katastrophe gibt es, trotz aller Vereinzelung, eine Verhaltensweise, die in ihrer Art sehr verbreitet ist und die die Grundlage für eine Gemeinschaftsbildung und ein sich entwickelndes emotionales Klima ist:

„While personal survival and economic self-interest may characterize action during the actual event, in the dawning aftermath victims save and aid one another no matter what their predisaster differences. ... quite pan-globally human societies emphasize life and the preservation of it over death. This basic rule takes precedence over cultural divisions of religion, class, ethnicity, or race“ (Hoffman 1999, S. 138)

D. h., ab den ersten Momenten beginnen Katastrophenopfer *Gemeinschaft mit anderen und Identität über kulturelle Grenzen hinweg* aufzubauen. Viele Berichte über gegenseitige Unterstützung bei Katastrophen bestätigen diese Einschätzung.⁵⁰ Es kommt also zu einer Verwandlung von der Atomisierung im

⁵⁰ So nahmen beim Feuersturm von Oakland 1991 mit dem Auto Fliehende zu Fuß Laufende mit. Diejenigen, die in die Flammen zurückkehrten, wurden oft von Freunden oder

allerersten Stadium zu *Bindung und Gemeinschaftsbildung*. Dieser Prozess kann mit *euphorischen Gefühlen verbunden* sein. Hoffman erblickt darin einen *Sinn von Reinheit* und bezieht sich auf eine mögliche kathartische Wirkung der Katastrophe. Dieses Gefühl resultiere daraus, dass Menschen mit den Kernfragen der Existenz in Berührung gekommen sind. Dabei entwickelt sich auch eine *besondere Sensibilität*, über die in Rückbesinnung als „the best of times“⁵¹ gesprochen wird (vgl. Hoffman 1999, S. 139).

Auch in den sogenannten Tent Cities, die nach Hurrikan Andrew 1992 in Florida errichtet wurden und den Hurrikangeschädigten als Notunterkunft dienten, kam es entsprechend den Untersuchungen von Yelvington (1997)⁵² zu einer solchen prosozialen Phase.

➔ Unmittelbar nach dem Hurrikan wurden die Zeltstädte von Hurrikanopfern nur wenig benutzt und blieben zunächst unterbelegt. Erst nach ein bis zwei Wochen füllten sie sich zunehmend. Ihre ersten Bewohner erzählen von großer Erleichterung darüber, in den Tent Cities Unterkunft finden zu können,

Fremden begleitet, damit sie nicht allein in die Flammen mussten. Auf Santorini (Thera), Griechenland, unterstützten sich die Inselbewohner gegenseitig, ohne auf Verwandtschaft, Religion, oder Status zu achten (vgl. Hoffman 1999, S. 138). In Japan wurden in Kobe nach dem Erdbeben Desorientierte aufgenommen, auch wenn es Fremde waren (vgl. auch Enander und Wallenius 1999). Ähnliche Schilderungen lassen sich vielen Studien entnehmen und auch meine Forschungsaufenthalte in unterschiedlichen Regionen der Türkei ergaben für die erste Phase nach der Katastrophe keine abweichenden Befunde.

51 Vielleicht kommt darin ein kleiner Anflug von dem zum Ausdruck, was Clausen im Stadienmodell FAKKEL als Friedensstiftung bezeichnet hat, wobei diese Phase als „zivilisatorische Glanzleistung“, eines Sieges über eine große gesellschaftliche Bedrohung zu verstehen ist. „Alle‘ Bedürfnisse sind gestillt zu jedermann gerecht erscheinenden und erschwinglichen sozialen Kosten; ‚keine‘ Offerte ist trügerisch“ (Clausen 1994, S. 28), während es im Phasenmodell von Hoffmann vielleicht um den Sieg über die Atomisierung und eine Konstituierung von Gemeinschaft, insbesondere um synagonistischen Tausch, geht (vgl. zum Begriff Clausen 1978, S. 116 f.), d. h., um ein gegenseitiges Geben ohne berechnende Erwartungen. So wird in das kulturelle Scheitern, das in der Katastrophe zum Ausdruck kommt, durch Herstellung von *Communitas* ein Neubeginn gelegt. – Vielleicht kommt hinzu, dass alle ungedeckten und trügerischen Offerten in der Katastrophe zunächst zusammengebrochen sind oder sich decouvriert haben.

52 Die empirische Grundlage des Artikels bilden qualitative Interviews, die in den Zeltstädten mit ihren Bewohnern geführt wurden. Die untersuchten Tent Cities befanden sich im Großraum Miami, Florida City, South Dade, Homestead.

weil ihre Häuser und Wohnungen stark zerstört waren. Aber auch die Zuwendung von Soldaten, FEMA-Mitarbeitern und Psychologen wurde von den Bewohnern gerne angenommen, da dies ihnen half, mit dem Geschehen umgehen und wieder Hoffnung schöpfen zu können. Für die Freundlichkeit der Einsatzkräfte waren die ersten in den Zeltstädten Ankommenden sehr dankbar, auch weil viele mit einer solchen mentalen Unterstützung überhaupt nicht gerechnet hatten. Aus den Interviews wird leichte Euphorie und Dankbarkeit erkennbar. Dies bestätigt Hoffmans Befunde für das primäre Stadium.

- ➔ Die Unterbringung in den Zeltstädten fand bei Singles und Nichtverheirateten getrennt nach Frauen und Männern statt. Verheiratete, Familien und Alleinerziehende wurden gemeinsam untergebracht. Die Vorschriften in der Zeltstadt und die zentrale Ausgabe von Nahrung und Kleidung wurden allerdings schon in den ersten Tagen als störend und bevormundend empfunden. Bei den zuerst Eintreffenden handelte es sich hauptsächlich um Familien mit Kindern und um Personen, die keine Unterkunft bei Verwandten und Freunden finden konnten (Yelvington 1997, S. 96 ff.), dabei handelte es sich meist um Angehörige der Unterschicht und unteren Mittelschicht.

Die Hilfe von Familienangehörigen und aus dem Verwandtschaftsnetz hängt unter anderem mit dem Grad eigener Betroffenheit zusammen. So waren nach Enarson und Fordham 2000 Verwandte eine wichtige Unterstützung, wenn sie in der Nähe lebten und nicht selbst von der Katastrophe betroffen waren. Morrow (1997, S. 169 f.) konstatiert, dass Betroffene der Majoritätsbevölkerung wie Angehörige von in Minderheiten keine Hilfe von ihren lokalen Verwandten erhielten und sieht den Grund ebenfalls darin, dass viele Verwandte betroffen und daher mit ihren eigenen Problemen beschäftigt waren. Wenn Verwandte halfen, waren sie in der Regel nicht selbst von der Katastrophe betroffen. Sofern auch Verwandte Unterstützung leisteten, dann vornehmlich nur, bis die Aufräumungsarbeiten beendet waren und die Rekonstruktion begann. Während der Rekonstruktionsphase wurde vermehrt auf private Versicherungen, Regierungsprogramme und die Unterstützung von nicht gewinnorientierten Hilfsorganisationen zurückgegriffen. Morrow hebt hervor, wie wichtig ein enger Zusammenhalt und informelle Verbindungen unter Verwandten seien, insbesondere um den schwierigen Wiedererholungsprozess zu durchlaufen, der hochgradig auf Wettbewerb eingestellt sei (vgl. auch Fogleman und Parenton 1959, S. 130).

Die Dauer der primären Phase hängt davon ab, wie schnell sich Komplikationen und Zwietracht entwickeln.

Die *ersten Reaktionen verbinden die Katastrophenopfer mit der peripheren Gemeinde*, also Personen, die in der Nähe des Katastrophenortes leben, selbst aber keine Verluste hinnehmen mussten. Diese *Außenstehenden beteiligen sich an Maßnahmen zur Lebensrettung und Hilfeleistungen und empfinden dabei, ebenso wie die unmittelbar Betroffenen, ein Hochgefühl*. D. h., die ausgedehntere Gemeinde vereinigt sich, um den Opfern der Katastrophe durch Spenden von Geld, Gütern und Kleidung zu helfen. Auch lokale Kirchen und Synagogen helfen, indem sie Essen zubereiten und Taschen mit Gewürzen, Kerzen und Reinigungsmitteln oder anderen Dingen füllen und diese an die Katastrophenopfer verteilen.

Eine Vielzahl unterschiedlicher Organisationen kann hinzukommen, die sich auf Rettung, Hilfe, Wasserbeschaffung, Lebensmittelbereitstellung, Erstellung von Notunterkünften etc. spezialisiert haben oder notwendige Sicherheitsmaßnahmen (z. B. bei Kontaminationen) vornehmen. Die *Hilfeleistung kann in dieser Phase weit über lokale Grenzen hinausreichen und ein ganzes Land vereinen* (z. B. nach dem Brand in Chicago von 1871, nach dem Northridge-Erdbeben und dem Eissturm an der Ostküste. Auch in Deutschland waren ähnliche Beobachtungen z. B. nach der Oderflut möglich. Sichtbar ist dies auch an hohem Spendenaufkommen).

➔ Auch die erste Zeit in den Zeltstädten in Miami nach Hurrikan Andrew gestaltete sich relativ friedlich. Die fehlende Privatsphäre und das klimatisch und zum Teil hygienisch unzureichende Leben in den Zelten wurden als belastend wahrgenommen. Dies führte jedoch noch nicht zu Konflikten, vielmehr gab es eine tolerierende Koexistenz und die Mehrheit war froh darüber, den Hurrikan einigermaßen überstanden zu haben. Die Bewohner begegneten einander freundlich und sogar die sonst nicht unproblematischen Konflikte einzelner Ethnien in der Region verloren vorübergehend an Wirkkraft. Die Angehörigen der Ethnien halfen anfänglich (einige Wochen) auch denen anderer. Latinos (Hispanics) waren in den Tent Cities in der Mehrheit, gefolgt von den Schwarzen (Blacks) und der kleinsten Gruppe der Weißen (Anglos). Jedoch klagten einige wenige Bewohner bisweilen schon über fehlende Hilfe Fremder untereinander (Yelvington 1997, S.98, 100). D. h., hier stellten sich die Konflikte schneller ein als in den Beispielen von Hoffman.

- ➔ Zudem gab es eine Hierarchie in der Wiedererholung. Die Bedürftigsten erhielten manchmal keine Hilfe, weil ihnen die notwendigen Anspruchsberechtigungen fehlten. Ein Jahr nach dem Hurrikan gab es immer noch 5.000 Obdachlose, die durch Hurrikan Andrew ihr Haus oder ihre Wohnung verloren hatten (Yelvington 1997, S. 115).

Psychologisch und sozial wichtiger noch als die externe Hilfe scheint diejenige zu sein, die die Betroffenen untereinander leisten. Ein Gefühl, sich an höheren Zwecken zu orientieren, erfülle die Opfer. Sie beginnen Gruppen zu bilden und Treffen zu veranstalten. In dieser Phase entwickelt sich ein Schub in Richtung Wiedererholung (Recovery) in Kombination mit einem Sinn für das Gültige und Gerechte. Dieser Sinn ist janusköpfig, da er die Grundlage für spätere Konflikte und Entfremdungsgefühle bildet. In diesem Stadium verschiebt sich die Weltsicht der Betroffenen. Haben sie früher die Risiken negiert, die in die Katastrophe mündeten, so zerbricht diese Weltsicht nunmehr. Die soziale und natürliche Umgebung, in der das Ereignis stattgefunden hat, wird als launisch und zerbrechlich wahrgenommen.

Der folgende Satz drückt diese Erfahrung präzise aus:

„My experience has proved that nothing lasts forever, nothing is trustworthy, not a house, not alliances, not intentions, and I operate daily under this new conception“ (Hoffman 1999, S. 141).

Die Grundlagen für Vertrauen und Zuversicht in die soziale und natürliche Umwelt haben sich durch die Katastrophenerfahrung verändert, so dass die Welt als eine andere wahrgenommen wird und sich ein neuer Sinn für Wahrheit entwickelt. Vieles für sicher Gehaltene wird künftig auf den Prüfstand gestellt. Zu vermuten ist, dass Offerten stärker darauf geprüft werden, ob sie auch gedeckt sind und bei Problemlösungen wird stärker darauf geachtet werden, ob sie adäquat oder zumindest äquivalent sind (zu den Begriffen vgl. Clausen 1994, S. 24 und Jäger 1977).

5.3.2.2 Die zweite Phase – Solidarisierung, Ritualisierung und beginnende In- und Exkludierung

In dieser Phase wird für die Betroffenen das Ausmaß der Zerstörung sichtbar. Die Dauer der Phase hängt von der Art des Ereignisses, den Rahmenbedingungen

und der Größenordnung der Katastrophe ab und kann Monate bis Jahre dauern. Die *Euphorie der ersten Phase legt sich* nach einer Weile. Die Überlebenden, die sich in ihrem Zusammenschluss konsolidieren, *entwickeln ein gemeinsames Band und merken, dass sie die Opfer der Katastrophe sind*. Eine solche Entwicklung sei bei allen Katastrophen zu beobachten (vgl. Hoffman 1999, S. 141). In Oakland kam es bei ersten Treffen zu einer zunehmenden Gruppenkohäsion, die in die Forderung nach einem einzigen Katastrophenzentrum mündete, was erfolgreich durchgesetzt werden konnte. Die Überlebenden fanden zur Solidarität und zur Entwicklung gemeinsamer Agenden, die sie antrieben und ihnen die Kraft gaben, weiterzumachen. *Es kann geschehen, dass Überlebende sich weigern, Notunterkünfte zu verlassen, weil sich dort Gemeinsamkeiten und eine Gemeinschaft zwischen den Betroffenen herauskristallisiert haben* und sie befürchten, auseinandergerissen zu werden, wie es z. B. nach Katrina geschehen ist, wo die Überlebenden des Hurrikans auf zahlreiche Staaten der USA verteilt wurden.

- ➔ Mehr als zwei Jahre nach dem Marmara-Beben in der Türkei (1999) wurde von mir während meines Forschungsaufenthaltes unter anderem eine Gruppe von Familien, die immer noch in einer Notunterkunft lebte, befragt. Ihre Solidarisierung hatte die Erfahrung einer gravierenden staatlichen Ungleichverteilung zur Grundlage, die zu einer tiefen sozialen Spaltung zwischen den Erdbebenopfern führte. Entsprechend staatlicher Regelungen erhielten nur ehemalige Haus- oder Wohnungsbesitzer ein nahezu zinsfreies öffentliches Darlehen für eine neue Wohnung oder ein neues Haus, wenn das alte unbewohnbar oder zerstört war, und zwar auch dann, wenn sie vorher keine Erdbebenversicherung abgeschlossen hatten. Denjenigen, die vorher zur Miete gewohnt hatten und deren Wohnung zerstört war, wurde dieser Kredit nicht gewährt, so dass sie vergleichsweise hohe Mieten hätten zahlen müssen. Dies war vielen Betroffenen nicht möglich, besonders wenn auch ihre Arbeitsstätten zerstört waren und sie keine neue Arbeit fanden oder älter waren. Die ehemaligen Mieter mussten daher größtenteils am längsten in den Notunterkünften bleiben. Sie wurden zu sozial Deklassierten, den Ärmsten und vermutlich dauerhaft sozial Schwachen. In diesen Notunterkünften bildeten sich unter extremen Lebensbedingungen (kaum Heizmaterial, nur das Nötigste zum Essen) z. T. neue soziale Gruppen von Witwen, Kinderreichen, chronisch Kranken und älteren Menschen heraus, die einander halfen, miteinander Tee tranken und ihre Hoffnung auf eine günstigere Zukunft begraben hatten. In einem der Notaufnahmehäuser hatte eine solche Gruppe eine Art Miniaturdorf gebildet, mit einer Wasserentnahmestelle in der Mitte und

Notunterkünften, z. T. Wohnwagen, darum kreisförmig gruppiert. Es war ein letztes kleines Bollwerk in der Hoffnungslosigkeit, mit dem gemeinsamen Wunsch, bei einer Umsiedlung nicht auseinandergerissen zu werden.

Die Überlebenden beginnen damit, individuell und in der neuen Gruppe der Betroffenen ihr Leben wieder aufzubauen, zu rekonstruieren und Entscheidungen zu treffen. Katastrophenforscher sehen darin eine *Reformulierung des sozialen und kulturellen Gerüsts* (Hoffman 1999, S. 142).

Ein typisches Motto von Überlebenden bei Versammlungen, nach dem Feuersturm in Oakland, nach dem Hurrikan Andrew in Florida (Gore 1993, S. 37; zitiert nach Hoffman 1999) und nach dem Exxon-Valdez-Unglück ist, dass sie möglichst am selben Ort in gleicher Weise wieder aufbauen wollen,⁵³ dass sie dies auch können und dass die Katastrophe sie stärker mache. Das heißt, es kommt im Verlauf der Katastrophe, insbesondere in der frühen Phase der Kohäsion, in der sich die Betroffenen bewusst als „wir“ erleben und bezeichnen, *zunächst zu einem universellen Konservativismus und Widerstand gegen Neues und Veränderungen.*

Besonderheiten der Reaktionen der Katastrophenopfer resultieren aus ihren unterschiedlichen vorkatastrophischen kulturellen Kontexten, einschließlich ihrer ethnisch-kulturellen Geschichte, der politischen Ökologie, lokaler sozialer Strukturen, der politischen Organisation und ökonomischen Situation.⁵⁴

53 Nach Erdbeben wünschen die obdachlos Gewordenen demgegenüber den Wiederaufbau in erdbebenresilienter Bauweise.

54 So fand Chairetakakis (1991) heraus, dass das frühere politische System und die bestehenden Verbindungen die Art der Wiedererholung von Dorfbewohnern in Italien beeinflussten, die von dem Erdbeben von Kampanien und Basilikata (1980) betroffen waren. Die Democrazia Cristiana hat nach dem Erdbeben ihre 40-jährige politische Kontrolle über die Region gestärkt, was zu einer Einschränkung traditioneller Entwicklungsformen, deutlich weniger Vorteilen für die Region und substantiellen Vorteilen für externe Interessen führte. Wiedererholung und Wiederaufbau werden als sehr viel zerstörerischer für die soziale, moralische, ökonomische und Umweltstruktur des Gebietes gesehen als die Schäden durch das Erdbeben. Nach Bolin und Stanford (1999) ergaben sich nach dem Northridge-Erdbeben in Südkalifornien (1994) unterschiedliche Muster der Wiedererholung in ländlichen Gemeinden, je nach bürgerlichem Status, Ethnizität, Sprache, Hausbesitz und Bildung und Sprache. In Oakland führten der Reichtum der Opfer und politische Macht zu einer erfolgreichen finanziellen Wiedererholung.

Im zweiten Stadium bilden sich Rituale und Zeremonien heraus. Die Geschwindigkeit, mit der sie entwickelt werden, zeigt, wie essentiell sie für das menschliche Leben sind. Denn an diesen Ritualen und Zeremonien wird deutlich, dass der Mensch ein Symbole schaffendes Wesen ist, das Kultur hervorbringt und zugleich hervorbringen muss (vgl. Müller-Funk 2006, S. 57) und dass die Notwendigkeit des Menschen, Kultur zu schaffen, sich nach einer kulturzerstörenden Katastrophe – und das ist prinzipiell jegliche Katastrophe – sehr schnell ihre Bahn bricht.

Die Rituale und Zeremonien, die Katastrophenopfer entwickeln,

- beziehen sich auf das *Ereignis*,
- ermöglichen es, sich von *Kummer* zu entlasten,
- arbeiten *Fragen* ab und
- sind ein *Träger*, um notwendigen *Wandel* zu ermöglichen (indem sie selbst etwas Konstantes bereithalten, können sich Menschen für Wandlungsprozesse öffnen),
- indem Rituale das Ereignis markieren, wird es den Überlebenden möglich, das Ereignis als in ihrem Eigentum befindlich zu sehen (so dass es *ihnen nicht enteignet werden kann*). Dadurch kann die *Katastrophe auf ein abstraktes Niveau gehoben und kulturell gekennzeichnet werden*. Zeremonien ordnen die Katastrophe in die sozialen Abläufe ein und ermöglichen gleichzeitig eine Interpretation des Ereignisses. Durch die *Interpretation wird das Ereignis gerahmt*, später wird es zu weiteren Rahmungen unterschiedlicher Akteure (u. a. Betroffene, Politik, Medien) kommen.

Die Rituale können sich auf Formen und Glaubensweisen beziehen, die kulturelle Standards in der Gemeinde, Region oder bei der jeweiligen Gruppe sind. Manchmal wird zu einer alten Form ein neuer Inhalt hinzugefügt. Bisweilen werden Rituale auch völlig neu geschaffen. In gewisser Weise *vereinigen sie Natur und Kultur*, besonders in solchen Kulturen, die auf abstrakter Ebene beide Bereiche trennen (also besonders in westlichen Kulturen). Oft versammeln sich Katastrophenopfer nahe oder auf dem durch die Katastrophe zerstörten Gebiet. So fanden *Erinnerungszeremonien* an die Hangrutschung in Yunay auf dem Gebiet statt, von dem die Hangrutschung ausging, es wurde dort eine Kirche erbaut, so dass die physischen Überreste des Ereignisses zu einem *kulturalisierten geheiligten Monument* wurden (Oliver-Smith 1992, S. 192-195). Ebenso haben die Bewohner des Stadtteils Bijlmermeer in Amsterdam (nach dem Absturz der Boeing 747 am 4. Oktober 1992) für ihre Zeremonien einen Baum gewählt, der nach dem

Flugzeugabsturz stehengeblieben war, um dort ihre eigenen *alternativen Zeremonien* durchzuführen, während die offiziellen Gedenkfeiern an einem anderen Ort stattfanden (vgl. Kofman Bos et al. 2005, S. 12). Die Menschen in Oakland versammelten sich so nahe wie möglich an dem ausgebrannten Gebiet. Das, *was von der Natur übrig geblieben war, wurde mit kulturellen Gaben ausgestattet.*

„Surviving people turned surviving trees into cultural altars“ (Hoffman 1999, S. 143).

Was auch immer an Pflanzen übrig geblieben und noch lebendig war, wurde von ihnen mit Blumenvasen, Botschaften und Schmuckstücken versehen. Manche verwandelten ihren verkohlten Besitz in halbe Kapellen oder Meditationsorte. Die angesprochenen Symbolisierungen können auch als Form der Markierung von Grenzen gesehen werden. *Tod, Krankheit, Katastrophen oder auch Unterdrückung können als elementare Bereiche* verstanden werden, an denen sich die dargestellten *symbolischen Organisationsweisen* vollziehen (vgl. Müller-Funk, 2006, S. 58). In den Versammlungen auf den einst lebendigen Stätten, indem Blumen und andere Gaben dem gerade noch Lebendigen „geopfert“ werden, wird die *Grenze zwischen Leben und Tod markiert*, wobei der *Akzent* von den Überlebenden eindeutig *auf das Leben gesetzt wird*, wobei die *Tod und Vernichtung bringende Katastrophe jedoch in das eigene Leben integriert werden muss*. Zugleich zeigt sich an diesen Ritualen und Zeremonien dass Natur „eine Konstruktion durch die symbolischen Formen einer Kultur ist“ (Müller-Funk 2006, S. 57) und außerhalb ihrer für den Menschen prinzipiell nicht erfassbar ist.

Es kommt zu einer weiteren Entwicklung in dieser Phase: Überlebende umgeben sich mit Praktiken und Bedürfnissen, die mit ihren Umständen zu tun haben. Sie hüllen sich in einen *Mantel neuer Beziehungen und initiieren eine Art Subgesellschaft und Subkultur im Rahmen ihrer umfassenderen Traditionen*. Neue Hingaben und neue Ziele überrennen das Leben der Betroffenen und *entfremden sie von der Gemeinschaft*, die sie mit Verwandten, Bündnispartnern und Nachbarn hatten. Sie spüren bald, dass sie *nicht mehr mit denjenigen umgehen können, mit denen sie die traumatische Erfahrung nicht teilen* (vgl. Hoffman 1999, S. 143).

„As if being swirled into an eddy off the mainstream of a river, disaster survivors spin into separate life ways. Isolated in space, departing in the interests that absorb them, swept away in time by their idiosyncratic involvements, they evolve into a set of social marginals“ (Hoffman 1999, S. 144)

Dieser von Hoffman treffend ausgedrückte Kontext nach Katastrophen, in dem die *Betroffenen in Isolation und an soziale Ränder geraten, ist auch die Phase, in der sich externe Behörden und andere Organisationen in den komplexen Prozess der Wiedererholung (Recovery) einbringen*. Die Handlungen dieser externen Organisationen können entweder eine *erfolgreiche Reformulierung* der Muster innerhalb einer von einer Katastrophe betroffenen Gemeinde erlauben, oder sie können in eine *sekundäre Katastrophe* münden. *Wenn die Vorstellungen externer Organisationen gegenüber den Traditionen der Überlebenden divergieren und die externen Organisationen ihre eigenen Vorstellungen durchzusetzen suchen, unterdrücken sie sowohl ihre Klienten wie auch den Prozess der Wiedererholung*. Zudem kann die externe Hilfe mit der Selbsthilfe der Überlebenden konfliktieren. *Die Selbsthilfe beruht auf der Fähigkeit, Ressourcen zu mobilisieren, die gewöhnlich auf alten oder eingebürgerten soziokulturellen Institutionen beruhen*. In Bangladesh oder der Türkei sind dies z. B. Verwandtschaft und soziale Netze. In Oakland sind es Verwandte, Vereine und Klubs in der Gemeinde und religiöse Organisationen. Überlebende verwenden auch ihren beruflichen Hintergrund, um für weitere Überlebende Beratungen mit Steuerspezialisten, Anwälten, Psychologen und anderen Experten zu ermöglichen (vgl. Hoffman 1999, S. 144).

Langsam schleichen sich *Regeln ein, über die Status beschrieben und zugeschrieben wird und Mitgliedschaft markiert wird, also erste Formen von Inklusion und Exklusion*. So wird untereinander ausgehandelt, wer wirklich von der Katastrophe betroffen ist und wer nicht.⁵⁵ Schritt für Schritt treten Marginalisierung, Exklusion und selbstbezogene Interessen in das Leben von Überlebenden ein und führen zu ihrer *sozialen Entfremdung*. Viele Überlebende sind voneinander separiert untergebracht. Und selbst, wenn sie es nicht sind, versammeln sie sich, geraten von einem Thema ins nächste und in eine sich selbst ausschließende soziale Isolation. Sie werden zu Menschen ohne Heim, Bürgerschaft oder Nische und versammeln sich in einem Viertel für die Entrechteten, einer Art *Ghetto für die, die nirgendwo dazugehören*. Einstige Grenzen von Fremden und Freunden verschieben sich. Überlebende beginnen damit, sich nicht nur als eine Gruppe zu sehen, die sich von der umgebenden Gemeinde unterscheidet, sondern es kommt nicht selten zu einem feindlichen Verhältnis. Feindschaft gegenüber der umgebenden

55 In Oakland wurde dies daran festgemacht, ob auch das ganze Haus bei dem Brand zerstört wurde. Personen oder Familien, bei denen dies nicht der Fall war, wurden als Betroffene nicht mit denen gleichgestellt, die alles verloren hatten (vgl. Hoffman 1999, S. 142).

Gemeinde oder Gesellschaft kann die Kohäsion der Gruppe der Überlebenden weiter festigen (vgl. Hoffman 1999, S. 144).

Entsprechend Hoffmans Modell *beginnen die Überlebenden, sich in Distanz und Diskrepanz zu denen, die sie umgeben und die unverletzt sind, zu sehen und umgekehrt*, d. h., es kommt zu einer *imaginären Demarkationslinie zwischen beiden Seiten*. So kam es in Erzincan, Türkei, nach dem Erdbeben 1992 bei den Nichtbetroffenen zu Magisierungen und Anschuldigungen über die Verursachung der Katastrophe, die moralisch begründet wurden. Die Katastrophe wurde als Gottesstrafe gesehen. In den direkt betroffenen Gebieten fühlten sich die Menschen alleingelassen und ihre Interpretationen der Katastrophe waren weitgehend säkular. Hoffman beschreibt, dass sie und die anderen Überlebenden bald der Meinung waren, dass ihre *Gefühle und Handlungen den nicht Betroffenen, die sie umgaben, so fremd waren, dass sie ihre sozialen Beziehungen auf andere Überlebende begrenzten*. Das heißt, es kommt zu *sozialen Schließungsprozessen*.

- ➔ In den *Zeltstädten* verlief die Entwicklung nach Hurrikan Andrew anders und es kam beschleunigt zur Ausbildung einer *konflikthaften sekundären Phase*. Bereits nach wenigen Wochen stellte sich Alltagsbildung ein. Konflikte innerhalb von Familien- und Bekanntenkreisen, welche auch schon vor Andrew existierten, setzten sich fort. So begannen z. B. einige Männer wieder, ihre Frauen zu schlagen. Auch der Drogenkonsum nahm zu und Kinder wurden wieder schlechter behandelt. Hinzu traten neue Konflikte, deren Ursachen in der mangelnden Privatheit, im unzureichenden Platz und den Lebensumständen in den Zelten lagen (Yelvingston 1997, S. 101).
- ➔ Auch kam es *zwischen den Ethnien zu ersten Auseinandersetzungen*, welche sich in verbalen Angriffen und Schlägereien äußerten. Über die Angehörigen anderer Ethnien wurde auch gegenüber den Interviewern schlecht und abfällig geredet („a certain kind of people“, „you know the kind I’m talking about“, Yelvingston 1997, S.102) und anscheinend überwiegend *angenommen, dass die Anderen sich in einer sozioökonomisch schlechteren Situation als man selbst befänden* (Yelvingston 1997, S. 101 f.). Eine Gruppe von *Lateinamerikanern*, welche relativ spät in einer Tent City eintraf, *fühlte sich gegenüber den Schwarzen bei der Zeltvergabe diskriminiert*, die ihrer Ansicht nach besser untergebracht waren, weil sie kürzere Wege zu den sanitären Einrichtungen und zur Essensausgabe hatten.

- ➔ Umgekehrt *fühlten sich Weiße und Schwarze von FEMA und Armee vernachlässigt und solidarisierten sich über die ‚ethnische‘ Grenze hinweg miteinander* (Yelvington 1997, S. 102), da sie annahmen, die Behörden hätten sich vorwiegend auf die Versorgung von Lateinamerikanern eingestellt, die in der Region die Bevölkerungsmehrheit bilden. Als Zeichen der Diskriminierung hoben sie besonders hervor, dass *wichtige Informationen von Behörden und anderen Organisationen nur in spanischer Sprache herausgegeben wurden* und bei Treffen der Zeltstadtbewohner ausschließlich in spanischer Sprache kommuniziert wurde (Yelvington 1997, S.103). Infolge dieser Entwicklung wollten Gruppen einer bestimmten Ethnie ihre Zelte nicht mit Angehörigen anderer Ethnien teilen oder hielten diese sogar aktiv von ihrer Unterkunft fern (S. 102 f.). Davon waren auch Lateinamerikaner betroffen, die sich zudem *durch die Art der Verpflegung*, die oft aus Fertiggerichten und Armeerationen bestand, marginalisiert fühlten und ihre traditionelle Küche vernachlässigt sahen (Yelvington 1997, S.106). Anfänglich gab es keine *ethnische Segregation* in den Tent Cities. Sie *bildete sich nach und nach im Zusammenhang mit den Konflikten heraus*.
- ➔ In den Zeltstädten entspann sich nach einigen Wochen ein kompliziertes Geflecht aus *gegenseitigen Diskriminierungen und Diskriminierungsvorwürfen*, Unterstellungen und zum Teil neu gebildeten Vorurteilen zwischen den einzelnen Ethnien. Auch die Einsatzkräfte konnten hier nicht vermitteln und hatten zu den Konflikten, wie erwähnt, selbst beigetragen. Das *Geschehen und gemeinsame Überstehen des Hurrikans schien nur für einen kurzen Zeitraum die auch sonst in der Region latenten und offensichtlichen ethnischen Spannungen und Konflikte überbrücken zu können*. In den Zeltstädten begann bald der *Kampf um knappe Ressourcen wie Information, Lebensmittel, Ruhe und Privatheit* zwischen einzelnen Individuen und Familien/Freundeskreisen, aber besonders zwischen den verschiedenen Ethnien. Yelvington fasst dies in seinem Fazit folgendermaßen zusammen: „The victims’ social and cultural position prior to the storm appeared to dictate not only who would end up in the tent cities but, in some case at least, the perception of who was relegated to the least-desirable sections within the tent cities“ (Yelvington 1997, S.112).

Während sich nach Hoffman die Grenzlinien zwischen Betroffenen und Nichtbetroffenen herausbilden (möglicherweise in ethnisch homogenen Gruppen oder solchen, die auch vor dem Ereignis friedlich koexistierten), zeigt sich nach Hurrikan Andrew, dass sich die Gruppe der Betroffenen relativ schnell aufspaltet und

es zu sozialen Schließungen und Diskriminierungen zwischen den ethnischen Gruppen kommt, die offenbar an vorkatastrophische Konfliktlinien anknüpfen, wobei die Allianz zwischen schwarzer und weißer Minderheit aufgrund ihres gemeinsamen Minderheitenstatus eine interessante soziale Figur darstellt.

Nach Hoffman ist es unausweichlich, dass *Überlebende von Katastrophen eine bestimmte Gruppe zu ihrem Feind erklären*. Der wahrgenommene Feind kann eine Organisation oder Behörde sein, die etwas verkörpert, den Betroffenen etwas bringt und kontrolliert, restringiert oder Entschädigungen ablehnt. *Meist ist es die Regierung* (z. B. in Yungay und Thera, Griechenland), *eine zentrale Hilfsorganisation oder die entscheidungsbefugte Oberschicht*. So erzwang die australische Regierung nach dem Zyklon Tracy die Evakuierung von Frauen und Kindern aus der Katastrophenregion und sandte zuerst die Marine, dann die Staatspolizei in das Gebiet. Für die Betroffenen wurden Regierung und Polizei zu Feinden (Bunbury 1994, S. 106-107; zitiert nach Hoffman 1999). Überlebende äußerten ihr Unverständnis, dass sie als Bewohner des Gebietes nicht in das Gebiet zurückkehren durften. Unter den Überlebenden des Feuersturms in Oakland, ebenso wie bei den Überlebenden von Hurrikan Andrew, wurden die *großen Versicherungsgesellschaften zu erklärten Feinden*. Während die meisten Überlebenden des Feuersturms dachten, sie seien vollständig versichert, waren sie *durch Vertragstexte und andere Manipulationen von Versicherungspoliceen fehlgeleitet* worden (vgl. Hoffman 1999, S. 145). Typischerweise würden Überlebende in den USA nach einer Katastrophe mit einem Schwarm von oft zwölf Schadensschätzern von Versicherungen konfrontiert, die die Betroffenen nicht über ihre Rechte informierten und bei denen es auch zu anderen Unregelmäßigkeiten komme. In der Folge vereinten sich Überlebende in Oakland, um gemeinsam gegen Versicherungsgesellschaften zu kämpfen.

Umgebende Gemeinde und Regierungsbehörden ändern in dieser Phase ihre Haltung von anfänglicher Unterstützung und Mitgefühl in das Gegenteil, besonders, wenn sich die Situation der Opfer nicht ändert. Die *Gemeinde der nicht Betroffenen*, die die Überlebenden umgibt und die zu Beginn mitfühlend war, beginnt damit, *rigide gegen die neue Schicht in ihrer Mitte zu reagieren*. Wurden die Katastrophenopfer zunächst bemitleidet und umarmt, werden sie nunmehr von den Außenstehenden in der Weise etikettiert, dass sie sich bedienen würden und die Hilfe missbrauchten, als nähmen sie, ohne dafür etwas zu geben. D. h., die *Tauschform schlägt von einem sygonistischen in einen antagonistischen Tausch* um.

Von Außenstehenden wird die Katastrophe zunehmend negiert. Die Lebensumstände der Opfer werden nunmehr als Resultat ihrer eigenen Fehler gesehen, als Folge von Sünde, Faulheit und Bedürftigkeit. Zudem fühlen sie sich von den Opfern betrogen, da sie von der eintreffenden Hilfe ausgeschlossen sind. D. h., ihr vormaliger Sinn für die ideelle Gemeinschaft mit den Opfern verwandelt sich in Ressentiment und Missgunst.⁵⁶ Betroffene haben es schwer, dieses Ressentiment zu verstehen. Die Außenstehenden betrachten die Überlebenden als unrein, die Überlebenden sehen die Außenstehenden als unbeschädigt.

Konflikte können Verhalten vereinfachen und zur Klärung unmittelbarer Ziele beitragen. Sie können auch dazu dienen, Kummer aktiv zu bearbeiten. D. h., *die Betroffenen, die von einer Katastrophe und ihrem rapiden Wandel überwältigt sind, gewinnen durch ihre aktive Positionierung und Konfliktaustragung an Handlungspotenzial, indem sie ihre Interessen artikulieren* und versuchen, ihnen Raum zu verschaffen und sie durchzusetzen. Später werden diese Konflikte ein Teil von dem, was *zumeist im kollektiven Gedächtnis an die Katastrophe* bewahrt wird.

An diesem Punkt der Wiedererholung von der Katastrophe können Ereignisse ablaufen, auf die weder Überlebende noch Behörden noch Nachbarn vorbereitet sind: *Es kann zu einer Verhärtung der Fronten kommen.* Dabei können kulturelle Formen und Tricks zum Einsatz kommen, wie Kategorisierungen, Abwertungen, Beschimpfungen, soziale Isolation, Widerstand und gelegentliche Streitlust. *Katastrophenüberlebende beginnen, die umgebende Gemeinde oder Gesellschaft als träge, unbarmherzig und selbstsüchtig wahrzunehmen*, ihre besonderen Feinde als beraubend, doppelzüngig und liederlich. Die äußere Gemeinde und die Behörden verhärten sich wiederum gegen die neue Schicht der Katastrophenopfer. Am häufigsten bezeichnet jede Gruppe die andere als „*Nehmende*“ (Taker), womit metaphorisch „Dieb“ (Thief) gemeint ist, wobei mit den angesprochenen Gütern sowohl *materielle* (wie Baustoffe) als auch *immaterielle Güter wie Ehre und Würde* gemeint sind. Beide Seiten glauben von sich selbst, sie seien gut und mit den höheren Prinzipien ausgestattet, die andere Seite und ihre Prinzipien werden hingegen für schlecht gehalten. *Alle Anschuldigungen sind darauf gerichtet, die jeweilige Seite von Verpflichtungen frei zu machen.* Im Resultat *lässt*

⁵⁶ So wurde Susanna M. Hoffman und anderen vom Feuersturm von Oakland Betroffenen erklärt, sie verdienten keine neuen Häuser. Sie würden Versicherungsgesellschaften ausrauben und Betrug begehen. Zugleich kam es zu Äußerungen gegenüber den Opfern wie: „I wish my house would burn down so I could have a new one.“ (Hoffman 1999, S. 145).

die *Hilfe* der äußeren Gemeinde und die gesamtgesellschaftliche Hilfe *nach oder wird eingestellt*.

➔ **Beispiele:** Nach dem Zyklon Tracy wurde die Polizei so charakterisiert, dass sie wie eine Sturmtruppe vorgegangen sei. Die Überlebenden in Oakland klagten die Versicherungsgesellschaften des Diebstahls an, weil Versicherungen für Schäden nicht aufkommen wollten, obwohl sie zuvor die Prämien akzeptiert hatten. Die Versicherungsgesellschaften nannten wiederum die Überlebenden, die Schadensbegleichungen verlangten, „gierig“. Mitglieder der nicht betroffenen Gemeinde fanden, dass die Opfer ihr Los akzeptieren und ihre Interessen nicht vollständig durchsetzen sollten. Lokale Händler und Baufachleute verdienten gutes Geld an den Bedürfnissen der Überlebenden, und die Überlebenden, die dies wussten, prangerten sie an. In der Zwischenzeit *lösten sich Freundschaften für immer auf, weil die Nichtbetroffenen das Leid der Betroffenen schmälerten und ihnen erklärten, wie gut es ihnen ginge, da sie neue Sachen bekämen* (vgl. Hoffman 1999, S. 146).

In der Folge entwickelt sich *zwischen Katastrophenopfern, Außenstehenden und Behörden ein neuer Verhaltenscodex*. Es wird versucht, den gegensätzlichen Sichtweisen durch die Anwendung von Tricks und Finessen zum Erfolg zu verhelfen.

➔ **Beispiele:** In Oakland verlangten Versicherungsgesellschaften für die Auszahlung von Geldern, um zerstörte persönliche Dinge zu ersetzen, dass ihnen die Betroffenen Listen mit Gegenständen überreichen sollten, die Kaufdatum, Kaufpreis und gegenwärtige Kosten für den Ersatz enthalten sollten. Eine Versicherungsgesellschaft forderte Anschriftenlisten der Hochzeitsgäste von Betroffenen, die vor mehr als zwanzig Jahren geheiratet hatten. Die Listen sollten beweisen, dass die zerstörten Gegenstände Hochzeitsgeschenke waren. Als Reaktion auf diese psychologisch und bezogen auf die zu leistende Arbeit entmutigende Anforderung gaben diejenigen, die in der Lage waren, solche Listen anzufertigen, diese an diejenigen weiter, die es nicht konnten. Daher wurden identische Listen mehrere Male verwendet (vgl. Hoffman 1999, S. 146). Nach dem Zyklon Tracy wollten die Planer in dem Gebiet einiges bauen, was sie für gut für den Ort Darwin hielten, während die Opfer selbst entscheiden wollten, was sich ändern durfte. In der Folge bildeten sich zahlreiche Bürgerinitiativen gegen die Planungskommission.

In dieser Phase treffen *Architekten und Bauunternehmer* aus fernen Gemeinden ein, um aus der Zerstörung Vorteile zu ziehen. Sie suchen unter den Betroffenen nach *künftigen Kunden*. In ihrem Gefolge kommen Hunderte von Bauunternehmern, Zimmerleuten, Bulldozern, Fahrern, Gärtnereibetrieben, die alle *gleichzeitig für und gegen die Überlebenden arbeiten*.

In der Gemeinschaft der Überlebenden kommt es in dieser Phase aus verschiedenen Gründen zu einer *Fraktionierung*. Manchmal geschieht dies schnell, manchmal zieht sich der Prozess über eine längere Periode hin. *Oft ist der Punkt der Spaltung erreicht, wenn externe Hilfe ankommt oder Fragen der Wiederansiedlung hochkommen*. Wenn einmal der Güterstrom zu fließen beginnt, kommt es zu *ökonomischen Spannungen über Lebensmittel, Wohnungen und Land*. Frühere *Regeln und Formen sozialer Ungleichheit, ethnischer Schließung, alte Beziehungen und Loyalitäten werden wieder ins Spiel gebracht*. Die Spaltung der Gruppe der Überlebenden wird auch von den Bewohnern wahrgenommen.

- ➔ Ein Bewohner von Darwin erklärte: Man fühlt sich den Menschen näher, weil man mit ihnen eine Erfahrung geteilt hat, die nur wenige Menschen miteinander teilen. Für eine Weile fühlt man sich vereint. Später ändert es sich.
- ➔ Als es in Yungay um die Verteilung von Wohnungen ging, die die Regierung erbaut hatte, wollten überlebende Mestizen der Mittelschicht in den Gebäuden nicht in der Nähe von Indianern wohnen (vgl. Hoffman 1999, S. 148).
- ➔ In den Zeltstädten hat sich diese konflikthafte Spaltung der Betroffenen, wie oben dargestellt, bereits nach wenigen Wochen eingestellt (vgl. Yelvington 1997).

Im politischen Bereich erheben sich Leitungsfragen. Menschen, die während der Wiedererholungsphase die politische Führung übernommen haben, weil sich die vorkatastrophische politische Führung als der Situation kaum gewachsen erwies, werden häufig zu neuen Führern. In Oakland kam es nicht wegen ökonomischer, sondern wegen politischer Fragen zu Querelen. *Alle Führer von Nachbarschaftsgruppen und Initiativgruppen gegen die Versicherungen wurden zu neuen Führern*. Als sich die Wiedererholungsaktivitäten auflösten und sich diejenigen zurückzogen, die die Nachbarschaftsinitiativen geleitet hatten, *versuchten die alten politischen Führer wieder an Boden zu gewinnen, indem sie aus der Wiedererholung ihren Vorteil zu ziehen suchten*. Die ökonomischen und politischen

Kämpfe, in denen es um Einfluss, Gewinn und politische Kontrolle geht, finden innerhalb der Gruppe der Überlebenden statt sowie zwischen Überlebenden und externer Gruppe. *Für viele Katastrophenüberlebende verwandelt sich die Wiedererholung in etwas Streitbesetztes, Hemmendes und Stagnierendes. Euphorie und Utopie sind geschwunden.*

Zudem kommt es häufig zu *Auseinandersetzungen über die Frage der Rahmung der Katastrophe*. Es geht bei den Auseinandersetzungen darum, *wessen Definition von Katastrophe, Betroffenheit, Bedarf, Schuld etc. sich durchsetzt*. Ein Ereignis als Katastrophe zu definieren ist eine soziale Konstruktion, d. h. es kann jeweils umstritten sein, was das Katastrophale an dem Ereignis war oder ist. *Oft unterhalten Überlebende, Angehörige, nicht betroffene Nachbarn, Behörden, die Regierung und die Medien unterschiedliche Bilder und Interpretationen des Ereignisses. Alle konkurrieren um die ideologische Herrschaft ihrer Interpretation der Ereignisse* (vgl. Hoffman 1999, S. 148). Diese unterschiedlichen Interpretationen und *Ideologien erstrecken sich auch auf die Frage des Wiederaufbaus*. Soll er entsprechend der vor-katastrophischen Bauweise erfolgen, oder sind wesentliche Veränderungen möglich. Unter anderem *kommt es zu Kämpfen zwischen Modernisierern und Moralisten*. So wurden die Planer, die in Oakland Hochhäuser bauen wollten, von denen verdammt, die glaubten, dass dadurch die Integrität des Gebietes zerstört würde.

Während das Gebiet wieder aufgebaut und der soziokulturelle Rahmen wieder gestaltet wird, kommt es bei Überlebenden zu einem *Wideraufleben alter kultureller Themen, Codizes, Rollen und Erwartungen*. Diese betreffen Geschlecht, Verwandtschaft, andere Beziehungen, Institutionen, Religion und Bräuche (Hoffman 1999, S. 149).

5.3.2.3 Die dritte Phase – Schließung

Zwischen zweiter und dritter Phase verläuft *keine scharfe Trennlinie*. Manche sehen die dritte Phase gekommen, wenn die Überlebenden sich wieder am Ort des Geschehens ansiedeln. Bei technologischen Katastrophen, mit verunreinigtem Boden, gibt es dieses Ende nicht. Im Allgemeinen leben die Betroffenen wieder in einer von ihnen, partiell auch von der Regierung errichteten Siedlung, die sie in unterschiedlichen Graden akzeptieren. Die Hilfsorganisationen haben das Gebiet verlassen und *ein mehr oder weniger festgelegtes Lebensmuster hat sich wieder eingespielt*.

- ➔ **Beispiel:** In Oakland dauerte es ungefähr vier Jahre, bis die Überlebenden sich in wiederhergestellten oder gekauften Häusern neu angesiedelt hatten oder sie erwarteten die Vervollständigung von im Bau befindlichen Häusern. Einige Häuser blieben länger unvollständig, hatten keine Stufen, unbestellte Gärten oder eine nicht vervollständigte Fassade. Die meisten Überlebenden übten wieder eine Arbeit aus und hatten Versicherungsvereinbarungen. Es kam noch zu vielen weiteren Anpassungen, die aber mehr subtiler Art waren.

Die Zeit nach einer Katastrophe und die Wandlungen, die sie mit sich bringt, kann Jahrzehnte dauern.

- ➔ Nach dem Zyklon Tracy dauerte es bei vielen Menschen Wochen oder Monate, bei einigen sogar Jahre, bevor sie vollständig realisierten, was sie verloren hatten, wobei die größten Verluste nicht materieller Art waren. Viele Einwohner, besonders ältere und weniger Verwurzelte, kehrten nie zurück. Bei vielen Überlebenden waren die Ehen in der Folge des Ereignisses zerrüttet. Mehr noch als Gebäude und Besitz hatte der Zyklon Hoffnungen weggeblasen (vgl. Hoffman 1999, S. 150).

Mit der graduellen Beendigung von Wiedererholung und Wiederaufbau (Recovery und Reconstruction) und dem Abhandenkommen gemeinsamer Ziele lösen sich auch die Vereinigungen von Überlebenden auf. Die Opfer reintegrieren sich in unterschiedlichem Maße wieder in die Gesamtgesellschaft. Dabei mildern sich auch die Segmentierungen und Gegensätze in der Gemeinde ab. Mit Ausnahme der gelegentlichen Beachtung von Jahrestagen verlieren sich diejenigen Zeremonien, die die Katastrophe ins Bewusstsein holen und die Riten verwandeln sich in Traditionen und Gebräuche. Ökonomische Ressourcen, die sich aus der Katastrophe ergaben, werden zu Routinepraktiken. Gelegentlich behalten neue Führer ihre Bedeutung. Wahrscheinlicher noch entschwinden sie mit dem verklingenden Ereignis und frühere Machthaber erscheinen wieder. Die Überlebenden rahmen ihr Leben neu, arbeiten an ihren Identitätskonstrukten, einschließlich ihrer Erklärungen für das Ereignis, wobei sie ältere Ideologien und Erklärungen mit revidierten Fassungen überlagern, und formulieren ein Bild ihrer Vulnerabilität. Sie verlassen die Grenzsituation, in die sie durch die Katastrophe geraten sind. Äußere Zeichen können sein, dass sie wieder ihren Garten anlegen und ihren Haushalt in Ordnung bringen (vgl. Hoffman 1999, S. 150).

➔ **Beispiele:** In Oakland löste sich die Initiative zur Durchsetzung von Ansprüchen gegen Versicherungen, an der auch Hoffman beteiligt war, auf, sobald die Personen sich wieder angesiedelt hatten oder ein Haus gekauft hatten oder begannen, eines zu bauen. Nachbarschaftstreffen schrumpften nach vier Jahren zusammen, es gibt sie zwar heute noch, aber mit rumpfförmiger Mitgliedschaft. Die Gruppe der Überlebenden kommt nur noch an Jahrestagen zusammen und auch dies in immer geringer werdender Zahl. Geschäfte, die durch den Verlust an Kunden geschlossen worden waren, wurden wieder ersetzt. Die Menschen fahren inzwischen neue, aber reguläre Wege zur und durch die Feuerzone. Religiöse Dienste sind zum Formelhaften zurückgekehrt. Freunde versammeln sich wie vor dem Ereignis, wahrscheinlich jedoch in neuen Zusammensetzungen. In Thera wird von dem heute vierzig Jahre zurückliegenden Erdbeben nur noch selten gesprochen.

Ressentiments bleiben auch in der dritten Phase und danach bestehen. So bleibt in Darwin, Australien, der Ärger über die Regierung, die die Evakuierung von Frauen und Kindern aus dem Katastrophengebiet erzwungen hatte. Von manchen wurde diese *Zwangsevakuierung als ein Ende von Gesellschaft aufgefasst*. In Oakland hatten einige Überlebende die Hoffnung, die Versicherungswirtschaft Amerikas zu ändern – diese Hoffnung ist verschwunden. Die Macht des Feindes war zu groß (vgl. Hoffman 1999, S. 150). Jedoch *ist ein tiefes Ressentiment gegenüber der Versicherungswirtschaft bei allen Überlebenden geblieben*. Manche treiben noch aktive Lobbyarbeit gegen diese Branche. So ruft einer der Überlebenden von Oakland bei jeder neuen Katastrophe die dortigen Betroffenen an und erzählt ihnen, wie sie gegen ihre Versicherungsgesellschaften kämpfen müssen. Die herabsetzenden Charakterisierungen der als Widersacher betrachteten Gruppe(n) bestehen weiter, denn Argwohn und Antagonismus brauchen lange, um sich aufzulösen.

Die Frage, ob es nach einer Katastrophe zu sozialem Wandel gekommen ist, ist komplex. Manchmal kann eine Katastrophe eine Brücke zum Wandel sein. Manchmal sind die dauerhaften Veränderungen nach dem Wiederaufbau kaum wahrnehmbar. Bei anderen Katastrophen wird ein neuer Inhalt in alte Formen gegossen und zeitlose Praktiken leben fort. *Fast immer jedoch führt eine Katastrophe zu einem gesteigerten politischen Bewusstsein*. Manchmal führt die Katastrophe dazu, dass bestimmte soziale Gruppen einen Zugewinn an Macht, Autorität und Ressourcen zu verzeichnen haben.

In den meisten Gebieten mit chronischen Katastrophenrisiken passen sich Menschen materiell und konzeptuell an, um in ihren Umgebungen zu leben.

Erinnerungskultur: Bei einigen Überlebenden entwickelt sich nach der Katastrophe, zumindest eine Zeitlang, eine Verehrung der Vergangenheit. Sie bauen *Reliquien aus Resten*, die sie nach dem Ereignis in den Ruinen gefunden haben und besuchen häufig früher für sie relevante Orte. In der frühen Phase der Wiederholung gab es in Oakland in *fast allen Mietwohnungen Schreine mit verbrannten Gegenständen, die das zerstörte Haus ins Gedächtnis riefen*. Ein paar neue Häuser haben immer noch solche Schreine. Einige Überlebende hängten große Fotos von ihren alten Häusern an die Wände. *Manche Menschen* halten eine solche Verehrung der Zeit vor der Katastrophe bis in den Tod aufrecht. Sie wiederholen alte Praktiken, die inzwischen ohne Nutzen für sie sind, und halten alte Statussysteme aus einer anderen Zeit und einer anderen gesellschaftlichen Situation aufrecht. Für sie ist der Verlust zu groß, um ihn zu überwinden und sie *hüllen sich gemeinsam in Melancholie ein* (vgl. Hoffman 1999, S. 151).

Jedoch kann ein Ereignis Überlebende auch mit einem neuen Sinn und Horizont versehen. So kann die Begeisterung, die von einem archaischen Sinn für Gemeinschaft und gemeinsamen Zielen getragen war, in einen Sinn für Spiritualität und das Selbst übergehen.

Lange noch nach dem Ereignis teilen Überlebende die besonderen immateriellen Werte, die sie während der Katastrophe entwickelt haben und rufen sich ihre Gefühle ins Gedächtnis zurück. Selbst wenn die Gruppe sich auflöst, *bleiben diese Erfahrungen für sie ein unsichtbarer Gewinn*. Sie haben ein Gefühl von *Reinheit* erlebt, als hätten sie an einer Taufe teilgenommen, die Außenstehenden fehlt, und das Gefühl der früheren Gemeinschaft und die Illusion von Homogenität begleiten sie weiter. So sagen die Tracy-Veteranen, wenn ein Zyklon in die Nähe kommt: „Oh this will be a fizzer compared to Tracy“ (Bunbury 1994, S. 138; zitiert nach Hoffman 1999). *Auch wenn sich die äußeren Umstände an diejenigen der Außenstehenden angleichen, nehmen die Überlebenden ihr Innenleben als anders wahr*. So wird z. B. von einem Tracy-Überlebenden betont, dass materielle Dinge nicht länger wichtig seien, weil sie weggeblasen wurden. Ein anderer sagt, er möchte keine Besitztümer mehr anhäufen, da ihn dies an den Ort binde. *Viele Überlebende des Feuersturms von Oakland fühlen sich distanziert und können dieses Gefühl nicht überwinden. Sie haben Sehnsucht nach der Sensibilität und den Bindungen, die sie nach der Katastrophe hatten. Andere fühlen sich freier*

und glauben, mehr vom Leben zu erfahren, als es ihnen ihre früheren Bindungen erlaubten. Sie haben in gewisser Weise ihre sozio-kulturellen Wurzeln verloren. Fast alle Überlebenden des Feuersturms von Oakland halten ihr Leben für spirituell bereichert und glauben, dass sie anders durch das Leben gehen als vor der Katastrophe, auch wenn viele sich wünschen, dass sie nie wieder aufgebaut hätten.

„They have overcome the worst of times and the best of times and come out in some way whole“ (Hoffman 1991, S. 152).

5.3.3 Diskussion des Phasenmodells, der Befunde und Empfehlungen

Das dreiphasige Modell von Susanna M. Hoffman ist ein feinsinniges Modell, das nicht nur äußeren Prozessen Rechnung trägt, sondern tief in die verschiedenen kulturellen Dimensionen hineinreicht, die den Verlaufsprozess ab dem Katastropheneintritt bis zur Wiedererholung begleiten. Dieses Modell sollte bei künftiger Forschung in multikulturellen Gesellschaften als eine der Grundlagen beachtet werden, anhand derer differenzierte Vergleiche auf einer qualitativen Ebene möglich sind. Wesentlich ist, dass aus dem Modell und seiner Erörterung anhand von Beispielen auch Prognosen für andere Katastrophensituationen und die jeweiligen Verläufe möglich ist. Hoffman zeigt auch auf, worauf Katastrophenmanager, staatliche Organisationen und Hilfsorganisationen achten könnten, damit Konflikte nicht eskalieren und unterschiedliche ethnisch-kulturelle Gruppen, aber auch die Majoritätsbevölkerung nicht benachteiligt werden.

Ein ernüchternder, zugleich aber auch interessanter Befund ist, dass Konflikte (in der zweiten Phase) unvermeidlich sind, dass sie Katastrophenbetroffenen aber auch dazu verhelfen, sich wieder Raum im Leben zu verschaffen. Anhand Hoffmans können sich auch Behörden auf die Reihenfolge typischer möglicher oder zu erwartender Konflikte einstellen.

Konflikte zwischen den von einer Katastrophe Betroffenen sind möglicherweise dann seltener, wenn sie oder ihre Angehörigen sich in zentralen Punkten einig sind und tendenziell, bezogen auf Bildung und Einkommen, einer gehobenen sozialen Schicht angehören. Beispiele hierfür sind die Accidental Communities, die sich nach dem Untergang der Estonia bildeten (Kofman Bos et al. 2005) und die Erdbebenopfer in Kobe, die sich über nationale Grenzen hinweg (Japaner/Schweden) solidarisierten (Enander und Wallenius 1999). Der Konflikt, sofern

er wie im Fall der Estonia entsteht, kann sich dann weitgehend auf Auseinandersetzungen mit der Regierung oder mit Behörden konzentrieren.

Im Fall des Flugzeugabsturzes in Amsterdam (Kofman Bos et al. 2005) verlaufen die Solidarisierungsformen in Abhängigkeit von der Entwicklung der Krise komplexer. Partiiell umfassen sie nur die sozial Schwachen und marginalisierten Gruppen im suburbanen Gebiet BjiImermeer. Nach Ausgreifen des Gerüchts über eine möglicherweise radioaktiv belastete Fracht des Flugzeugs finden sie auch im Ausland Resonanz. Da sich auch die Mannschaften, die mit Aufräumarbeiten befasst waren, gesundheitlich betroffen fühlten und es politische Unternehmer gab, die sich für die Interessen der Bewohner einsetzten, gelangten die Interessen der Bewohner schließlich an eine zentrale Stelle auf der politischen Agenda.

Für das Katastrophenmanagement ergibt sich aus den dargestellten Analysen mehr Klarheit darüber, welche Konflikte erwartet werden können und wie auf die von einer Katastrophe oder einem Großschadensereignis Betroffenen in den drei Phasen eingegangen werden sollte. Darüber hinaus sind einige weitere Empfehlungen auf der Grundlage unterschiedlicher Studien möglich:

Nach Yelvington (1997, S.114) sollten sich Einsatzkräfte darüber bewusst sein, dass es im Verlauf von Katastrophen zu Konflikten kommen wird. Sie sollten aber keine Ghettobildung vornehmen, entsprechend der die einzelnen Ethnien getrennt untergebracht werden. Vielmehr sollten sie gezielt zur Konfliktdeeskalation beitragen. Dazu schlägt er vor, Informationen multilingual herauszugeben und Beratungen in den jeweiligen Sprachen der Betroffenen anzubieten. Bei der Verteilung von Lebensmitteln und der Verteilung von Mahlzeiten nach Katastrophen sei darauf zu achten, dass zu verteilende Lebensmittel und auszugebende Mahlzeiten auf die unterschiedlichen Kulturen der Betroffenen abgestimmt sind. Prinzipiell sollten die Bedürfnisse von Älteren, Kindern und Menschen mit Handicaps besonders berücksichtigt werden. Zudem sollte nicht davon ausgegangen werden, dass überall das Modell der Kernfamilie vorherrscht und auch nicht davon, dass alle Mitglieder eines Haushalts die gleichen Interessen haben. Denn die Interessen können insbesondere zwischen den Geschlechtern und bezogen auf Machtbeziehungen erheblich differieren.

Empfehlung zur Verteilung von Hilfe: Hoffman und Oliver-Smith (1999, S. 11) sind aus anthropologischer Perspektive der Auffassung, dass lokale Bevölkerung

und lokale Institutionen oft besser verstehen, wie Hilfe kanalisiert und verteilt werden muss, als Behörden, die von außen kommen. Zu sehen sei jedoch auch, dass lokale Manager ihre eigenen Vorurteile hätten und Fehler machten.

Bei der Verteilung von Hilfsgeldern sollten möglichst Kriterien, Verteilungsmodi und Verwaltungskosten offengelegt werden, so bei Spenden die Höhe des Spendenaufkommens und Verwaltungs- und Verteilungsaufwand sowie sonstige Kosten, die von den Spenden abgezogen werden nebst Kriterien der Verteilung und gezahlten Summen. Bei staatlichen Unterstützungen sollte offengelegt werden, nach welchen Kriterien Unterstützungen in welcher Höhe geleistet wurden.

Hilfsangebote aus der Zivilbevölkerung bei Katastrophen

Aus der Diskussion mit einem leitenden Mitarbeiter einer Hilfsorganisation (anlässlich einer Podiumsdiskussion zum Katastrophenschutz in Kiel im Jahr 2009) ergab sich, dass Behörden und Hilfsorganisationen mit Hilfsangeboten aus der Zivilbevölkerung wenig anfangen können. Er berichtete über zahlreiche Hilfsangebote aus der Zivilbevölkerung bei großen Überflutungen in Deutschland, denen die Hilfsorganisationen hilflos gegenüberstanden. Die Gefahr besteht, dass die Bereitschaft zu zivil-bürgerlichem Engagement durch die Zurückweisung frustriert wird. Möglicherweise besteht ein Teil der Zuschauer bei Ereignissen auch aus zurückgewiesenen Helfern (dies wäre empirisch zu prüfen). Angesichts des folgenden Befundes, der auch in Deutschland denkbar wäre, wird eine Empfehlung gegeben:

Für die Betroffenen, insbesondere die Frauen (vgl. Enarson und Fordham 2000), hört die schwierigste Phase nicht mit dem Ende des Impact auf, sondern erstreckt sich auf Aufräumarbeiten, die eventuelle Wiederherrichtung der Wohnung/des Hauses und gegebenenfalls die Suche einer neuen Wohnung. Dabei ist zum Teil gleichzeitig die Betreuung von Kindern zu gewährleisten, die in dieser Phase teilweise Verhaltensstörungen entwickeln. Probleme bestehen nicht nur bei der materiellen Wiederherstellung, sondern unter Umständen auch beim Verarbeiten (Verschmerzen) des Verlustes eines (möglicherweise großen) Teils der vergangenen Identität, wenn das, was die eigene Vergangenheit repräsentierte, zerstört worden ist.

Möglicherweise sind Hilfsangebote in der Impact-Phase nicht immer nutzbar, da in Deutschland professionelle Organisationen wesentlich effizienter sind.

Die Hilfsangebote aus der Zivilbevölkerung könnten jedoch inhaltlich präzisiert über eine Koordinierungsstelle an betroffene Familien und Single-Haushalte weitergegeben werden, die ihrerseits die von ihnen benötigte Hilfe „abrufen“ könnten. Hilfsangebote könnten so dazu beitragen, dass die von der Katastrophe betroffenen Menschen sich in diesen Phasen (Recovery, Reconstruction) materiell und emotional unterstützt sehen.

6

Psychosoziale Bewältigung von Krisen und Katastrophen

6.1 Traumata und Vulnerabilität

Psychosoziale Reaktionen auf traumatisierende Erlebnisse können sich auf die Verletzlichkeit (Vulnerabilität) von Individuen oder sozialen Gruppen auswirken. Dabei sind prinzipiell zwei Richtungen von Wirkungen zu unterscheiden. So kann ein Individuum oder eine Gruppe aus einer traumatisierenden Erfahrung geschwächt, seltener gestärkt hervorgehen (vgl. Wilson und Boden 2008).

Großschadensereignisse und Katastrophen stellen für die davon betroffenen Individuen, Gruppen oder Gemeinden außergewöhnliche physische und psychische Belastungen über kurze oder auch längere Zeiträume dar. Die internationale Forschung, die die psychosoziale Verarbeitung traumatisierender Erlebnisse im Kontext von Katastrophen untersucht, ist für unsere Fragestellung insoweit interessant, als es um Belastungsreaktionen oder Störungen geht, die direkte Folge der akuten schweren Belastung oder eines andauernden Traumas sind. Notwendige Bedingung ist, dass die traumatisierenden Ereignisse oder Umstände „primäre und ausschlaggebende Kausalfaktoren (sind), und die Störung ... ohne ihre Einwirkung nicht entstanden“ wäre. Bei einer idiosynkratischen Vulnerabilität sind demgegenüber die Lebensereignisse, die zu Störungen führen, „weder notwendig noch ausreichend, um das Auftreten und die Art der Krankheit zu erklären“ (F43 „Reaktionen auf schwere Belastungen und Anpassungsstörungen“; ICD-10-WHO-Ausgabe-Version 2006; <http://www.dimdi.de>; Zugriff 31.8.2009). Im Einzelfall wird nicht immer zweifelsfrei feststehen, dass bei einer posttraumatischen Reaktion eines von einer gesellschaftlichen Katastrophe Betroffenen nicht auch eine idiosynkratische Vulnerabilität vorliegt. Zunächst ist, etwa für die psychosoziale Notfallversorgung nach einem Großschadensereignis oder einer Katastrophe, auf die akute Belastungssituation einzugehen, um etwaige Chronifizierungen der Belastung zu verhindern. Bezogen auf die Frage, welche Erfahrungen zum Bevölkerungsverhalten bei Katastrophen international gewonnen wurden, können hier jedenfalls nur solche Belastungsreaktionen und Belastungsstörungen berücksichtigt werden, die in unmittelbarem Zusammenhang mit einer extern auf Individuen, Gruppen oder Gesellschaften einwirkenden gravierenden Gefährdung oder Katastrophe

stehen. Es geht daher um (intra-, inter- und transdisziplinär gewonnene) Erfahrungen aus Untersuchungen, die sich um die Klärung des Zusammenhangs zwischen Kultur(en), traumatisierenden Erfahrungen durch Großschadensereignisse oder Katastrophen (Was wirkt warum und in welcher Weise traumatisierend?) und ihre Verarbeitung bemühen. Dies erfolgt in einschlägigen Studien auch kulturvergleichend (vgl. u. a. Marsella et al. 2008, Droždek und Wilson 2007, Marsella et al. 2001). In den Untersuchungen wird u. a. geprüft, welche Merkmale sich – auch in Kombination – auf die Anfälligkeit für Belastungsstörungen und Anpassungsstörungen auswirken. Dabei werden neben der Häufigkeit von Traumatisierungen (einmal/mehrfach), sozialstrukturelle Merkmale (wie Alter, Geschlecht, soziale Schicht oder Klasse, nationale und ethnische Zugehörigkeit, Migrationshintergrund), Sozialisationsfaktoren und/oder Persönlichkeitsmerkmale berücksichtigt. Bei der Entwicklung staatlicher Programme zur psychosozialen Notfallversorgung und der Entwicklung von Qualitätsstandards und Leitlinien zur psychosozialen Notfallversorgung in der Gefahrenabwehr Deutschlands wurde die Thematik der psychosozialen Notfallversorgung für ethnisch-kulturelle Minderheiten bisher nicht berücksichtigt (vgl. u. a. Beerlage et al. 2006; BBK – Konsensus-Konferenz 2008). Die entsprechenden Standards und Empfehlungen könnten im Lichte der national und international vorliegenden Befunde aus Wissenschaft und Praxis entsprechend weiterentwickelt werden.

6.2 Grundlagen zu akuten Belastungsreaktionen und posttraumatischen Belastungsstörungen

Zunächst sollen einführend Grundlagen zu akuten Belastungsreaktionen, posttraumatischen Belastungsstörungen und Anpassungsstörungen dargestellt werden.

Unter dem Begriff „Trauma“ wird in der Medizin ein körperlich beeinträchtigter Zustand verstanden, der durch schwere physische innere Verletzungen, externe Einwirkung oder einen Gewaltakt hervorgerufen wurde.

Seit den letzten Jahren wird der Begriff zunehmend von Psychologen, Psychiatern, Psychotherapeuten und in zahlreichen anderen Professionen verwendet und hat dabei einen Bedeutungswandel erfahren.⁵⁷ Unter Trauma wird heute ein Schock verstanden, der als mögliche Folge von realen, antizipierten, vorgestellten, vergessenen bzw. unterdrückten Erfahrungen oder Begegnungen entstehen kann. Die traumatische Erfahrung kann sofort hervorgerufen werden oder im psychischen System einige Monate oder sogar Jahre unterdrückt werden, bevor sie an die Oberfläche des Bewusstseins gelangt. Als Langzeitfolge eines Traumas oder von Traumata kann sich eine posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) bzw. Posttraumatic Stress Disorder (PTSD) entwickeln. Das Ausmaß der Störung wird u. a. von der Schwere der zugrunde liegenden Traumatisierung sowie von der Art des Ereignisses beeinflusst, das die Traumatisierung hervorgerufen hat.

Traumatische Erfahrungen können auf individueller und kollektiver Ebene entstehen. Individuelle Traumata können im Zusammenhang mit Unfällen,

⁵⁷ Traumaforschung wird von einer Reihe unterschiedlicher theoretischer und angewandter Disziplinen – u. a. Medizin, Soziologie, Biologie, Genetik, Psychologie, Psychoanalyse, Kulturwissenschaften – betrieben. Mit den unterschiedlichen theoretischen Zugängen aus den einzelnen disziplinären Perspektiven sind jeweils eigene Konzepte, diagnostische Nomenklaturen, Bedeutungen, Forschungsmethodologien sowie therapeutische Strategien verbunden.

Überfällen, Kriegserlebnissen, Folter, Vergewaltigungen (auch im Zusammenhang mit Krieg und Folter), Verlusterfahrungen (Tod nahestehender Menschen, Verlust der materiellen Ressourcen), Inzesterfahrungen und Kindesmissbrauch entstehen, kollektive Traumata im Kontext von Katastrophen (z. B. Überschwemmungen, Erdbeben, Vulkanausbrüchen, Stürmen, Lawinenunglücken, aber auch Flugzugabstürzen, Bahn- und Schiffsunglücken, Explosionen, Großbränden und atomaren Unfällen), Kriegserlebnissen, Verfolgung und Vertreibung.

Etwa 60 % der Männer und 50 % der Frauen haben zumindest einmal in ihrem Leben ein Trauma durchgemacht, das Stressorkriterien erfüllt, die eine posttraumatische Belastungsstörung auslösen können, wobei bei Frauen das Risiko doppelt so hoch ist wie bei Männern, an einer PTBS zu erkranken. Jedoch erkrankt nur etwa ein Viertel der Menschen, die ein traumatisches Erlebnis hatten, an einer PTBS (vgl. Schnyder 2000, S. 449 f.), wobei sich das Erkrankungsrisiko je nach Art des Traumas deutlich unterscheidet.

Bei einem psychischen Trauma kommt es zu einem Erlebnis der Diskrepanz zwischen den eigenen begrenzten Bewältigungsmöglichkeiten und überwältigend bedrohlichen Situationsfaktoren. Dieses Erleben ist mit Gefühlen von Hilflosigkeit und Ausgeliefertsein verbunden und hat eine Erschütterung des Selbst- und Weltverständnisses zur Folge. Das Gefühl, der Bedrohung nicht standgehalten zu haben, kann in Selbstanklagen münden, die Wiederherstellung des erschütterten Weltverständnisses („shattered assumptions“) kann Jahre dauern (vgl. Fischer und Gurriss 2000, S. 467).

Entsprechend dem Klassifikationssystem (Diagnostic and Statistical Manual of Mental Disorders – DSM) der American Psychiatric Association (APA), das erstmalig 1952 herausgegeben und seither weiterentwickelt wurde, wurden die entsprechenden Krankheitsbilder zunächst im DSM als „gross stress reaction“, im DSM-II als „transient situational disturbance“ bezeichnet. 1980 wurde mit Erscheinen des DSM-III der Begriff „posttraumatic stress disorder“ (deutsch: Posttraumatische Belastungsstörung) und ergänzend in DSM-IV „acute stress disorder“ eingeführt.⁵⁸ PTSD wird dabei als eine Form der Angststörung

58 Droždek (2007) formuliert in seinem Artikel „The Rebirth of Contextual Thinking in Psychotraumatology“ eine Kritik am PTSD-Konzept. Insbesondere das in der DSM-IV (APA 1994) beschriebene Konzept sei reduziert und berücksichtige nicht das ganze Spektrum

gelistet. In der ICD-10 (Internationale Klassifikation der Krankheiten, 10. Revision) werden unterschiedliche Belastungsreaktionen und -störungen (akute Belastungsreaktionen, posttraumatische Belastungsstörungen) und Anpassungsstörungen unterschieden. Anzumerken ist, dass „akute Belastungsreaktionen“ nach einem Trauma normale Reaktionen von Personen auf extremen Stress sind. Für die Klassifikation als Störung müssen bestimmte Merkmale erfüllt sein. So wird von einer PTBS erst ab einem Andauern der Symptome von einem Monat und mehr ausgegangen und ab einer Dauer von mindestens drei Monaten von einer chronischen PTBS. Nach den Kriterien der APA müssen für die Diagnose einer PTSD neben dem Durchlaufen eines traumatisierenden Ereignisses (sog. A-Kriterium) auch folgende Symptome vorliegen: Avoidance (Vermeidung), Hyperarousal (Übererregung) und Intrusionen (unvermeidbare belastende Erinnerungen). Die folgende Darstellung der Symptome bezieht sich weitgehend auf ICD-10-WHO (Version 2006). Zentral für die Klassifikation ist, dass die Belastungsreaktion oder Belastungsstörung ohne das belastende Ereignis und/oder die belastenden Umstände nicht entstanden wäre. Es geht dabei um Probleme, die eine Behinderung von erfolgreichen Bewältigungsstrategien angesichts schwerer extern ausgelöster Belastungen darstellen. Dabei können individuelle Vulnerabilitäten, Prädispositionen oder neurotische Erkrankungen in der Vorgeschichte und bestimmte Persönlichkeitszüge den Verlauf beeinflussen oder die Schwelle für die Entwicklung von Belastungs- oder Anpassungsstörungen senken. In Wesentlichen werden in der ICD-10-WHO unter F43 drei „Reaktionen auf schwere Belastungen und Anpassungsstörungen“ unterschieden und näher beschrieben⁵⁹, die im Folgenden kurz dargestellt werden, so dass in der weiteren Darstellung auf sie Bezug genommen werden kann:

F43.0 Akute Belastungsreaktionen

Eine akute Belastungsreaktion kann als vorübergehende Störung betrachtet werden, die bei einem psychisch nicht manifest gestörten Menschen auftreten kann, und zumeist innerhalb eines kurzen Zeitraums (Stunden bis wenige Tage) nachlässt. Dazu können Symptome gehören wie „Betäubung“ mit

posttraumatischen Schadens. Zudem ignoriere es die sozio-politisch-kulturellen Kontexte, in denen sich Traumatisierungen ereignen (S. 9 f.).

59 Als weitere Klassen werden in ICD-10 noch F43.8 Sonstige Reaktionen auf schwere Belastung und F43.9 Reaktion auf schwere Belastung, nicht näher bezeichnet aufgeführt, die aber beide nicht erläutert werden.

Bewusstseinsbeeinträchtigung und reduzierter Aufmerksamkeit, Schwierigkeiten der Verarbeitung von Reizen und der Orientiertheit. Die Belastungsreaktion kann zu einem Rückzug führen (häufig versuchen S&R-Kräfte, diesem Rückzug entgegenzuwirken) oder zu Unruhe und Überaktivität (z. B. Fluchtreaktion). Auf vegetativer Ebene kann die Belastungsreaktion mit Schwitzen und Erröten einhergehen und auf Gefühlsebene werden intensive Angst (Todesangst), Schock, Entsetzen und/oder Hilflosigkeit und bisweilen auch die Neigung, sich aufzugeben (mental defeat) beschrieben.

F43.1 Posttraumatische Belastungsstörungen

Hierbei geht es um eine verzögerte Reaktion „auf ein belastendes Ereignis oder eine Situation kürzerer oder längerer Dauer, mit außergewöhnlicher Bedrohung oder katastrophenartigem Ausmaß, die bei fast jedem eine tiefe Verzweiflung hervorrufen würde“ (F43.1 ICD-10-WHO; Version 2006; www.dimdi.de; Zugriff 31.8.2009). Zu den Symptomen einer PTBS bzw. PTSD gehören u. a. wiederholtes Erleben des Traumas in Erinnerungen (Nachhallerinnerungen, Flashbacks, Träume, Albträume), bei gleichzeitiger andauernder emotionaler Stumpfheit (Numbing) und einem Gefühl von Betäubtsein, Vermeidungsverhalten, Interessenverlust und Teilnahmslosigkeit gegenüber der Umgebung und anderen Menschen, Depressionen, dissoziative Störungen, innere Unruhe, Konzentrationsstörungen, Angstzustände, Panikattacken, Schlafstörungen, Schreckhaftigkeit, Suchtverhalten, selbstverletzendes Verhalten, Suizidversuche, Teilamnesie, aggressive Verhaltensmuster. Bei wechselhaftem Verlauf ist zumeist eine Heilung möglich. In einigen Fällen kann es zu einer langjährigen Chronifizierung und zu Persönlichkeitsveränderungen kommen.

F43.2 Anpassungsstörungen

Nach belastenden Lebensereignissen kann es zu emotionalen Beeinträchtigungen und Behinderungen der Leistungsfähigkeit kommen. Solche Anpassungsstörungen werden begünstigt, wenn durch das belastende Ereignis das soziale Netz verletzt wurde (z. B. bei Trennungen oder dem Tod Nahestehender) oder wenn nach Flucht und Emigration das soziale Umfeld ausfällt. Als Symptome können Angst, depressive Stimmungen und/oder Sorge auftreten. Es kann zu Depressionen oder einer Störung des Sozialverhaltens kommen. Es können sich Vorstellungen entwickeln, den Alltag nicht bewältigen und nicht vorausplanen zu können. Entsprechend DSM-IV wird diese Störung

nicht (wie in ICD-10) als Anpassungsstörung, sondern als Angststörung eingestuft, da zumeist eine ausgesprochene Angstsymptomatik vorliegt (vgl. Schnyder 2000, S. 450).

Das Ziel der psychosozialen Notfallversorgung (PSNV) bei Großschadenslagen und Katastrophen besteht insbesondere darin, Betroffene darin zu unterstützen, dass ihnen die Bewältigung einer traumatischen Erfahrung gelingt. Damit soll gleichzeitig eine Prävention geleistet werden, um die posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) zu verhindern. Bei professionellen Einsatzkräften dient die PSNV zusätzlich dem Erhalt ihrer Arbeits- und Einsatzfähigkeit (vgl. Beerlage et al. 2004, S. 11).

PTSD (F43.1) und Anpassungsstörungen (F43.2) werden mit unterschiedlichen, teils auch umstrittenen Therapieverfahren behandelt, auf die hier, soweit es die Majoritätsbevölkerung betrifft, nicht näher eingegangen wird.

6.3 Herausforderungen an die Multikulturalitäts- und Traumaforschung in kulturvergleichender und interkultureller Perspektive

„... even the best of intentions in providing disaster services was insufficient and inadequate because of a failure or inability to understand the diverse human experiences involved in disasters as a result of ethnocultural and racial variations“ Marsella et al. 2008, S. X).

In der psychosozialen Forschung liegen – wie in keinem anderen Gebiet – weiter- und tiefergehende Untersuchungen, Überlegungen und Befunde zu Fragen des Multikulturellen – und zwar selbst aus dem deutschsprachigen Raum – vor. Dies ist vermutlich nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass Psychologen, Psychoanalytiker und Psychotherapeuten, wie Forscher und Praktiker in keinem anderen Gebiet, durch eine Klientel ethnisch-kulturell heterogener Herkunft gefordert sind. Ihre Probleme stellen sie vor Fragen, die sie mit einer Methodik und Praxis nicht bearbeiten können, die sich allein an kulturspezifischen Mustern der Mainstreambevölkerung orientiert, und erfordern die Suche nach neuen Lösungswegen.

Die Entwicklung kultureller Diversität, die sich insbesondere für die USA, aber auch in einem vereinten und sich erweiternden Europa mit erheblichen Anteilen einer Migrationsbevölkerung ethnisch-kulturell unterschiedlicher Herkunft und den daraus resultierenden Änderungen in den professionellen Anforderungen an Praktiker im Bereich der Psychologie ergeben, werden von Hansen et al. (2000) für die USA zum Auftakt ihres Artikels über „Multicultural Competence“ treffend charakterisiert:

„Consider the following scenario: Dr. Mary Ann Smith is a European American licensed clinical psychologist trying to build her private practice in a medium-sized town in the upper Midwest. She has worked to become listed on provider panels and realizes how important self-referred individuals with good insurance are to her livelihood. In 1 week, she receives three new clients: a recently fired Native American male nurse filing a discrimination lawsuit against the school district; a Spanish speaking Mexican American lesbian fighting a custody battle with her ex-husband; and a

blind, indigent, 70 year-old Irish American man with depression. ‘Am I competent to treat these clients?’ wonders Dr. Smith, ‘and if not, to whom do I refer?’” (Hansen et al. 2000, S. 652).

Es wäre keineswegs schwer oder abwegig, ähnliche Beispiele mit Mitbürgerinnen oder Mitbürgern aus der Türkei, Estland, Polen, England, Spanien, Frankreich oder Marokko in der Praxis eines Psychologen oder einer Psychoanalytikerin in Deutschland zu konstruieren. Dass sich inzwischen in Deutschland therapeutische Netzwerke für Klientinnen und Klienten mit Migrationshintergrund herausbilden, reflektiert die Nachfrageentwicklung in diesem Bereich. Sie bildet sehr viel stärker die Heterogenität der Zusammensetzung der Bevölkerung ab, als dies z. B. für die weitgehend an Fragestellungen der Mehrheitsbevölkerung orientierte deutsche Soziologie⁶⁰ gesagt werden kann.

Für die USA zeichnet sich eine Entwicklung ab, die so skizziert werden kann, dass etwa ab dem Jahr 2042 ethnische Minderheiten und Farbige die numerische Majo-

60 So stellt sich bei einer quantitativen Durchsicht von Arbeiten zu ethnisch-kulturellen Minderheiten (oder je nach Nomenklatur Ausländern, Migranten) heraus, dass die Frage, wie die deutsche Mehrheitsbevölkerung Minderheiten wahrnimmt (die Risikoperzeption der Deutschen auf AusländerInnen, Xenophobie, Xenophilie, Vorurteile, Ausländer- oder Migrantenfeindlichkeit, das Fremde als Tremendum und Faszinosum, der Frage, ob sie sich adaptieren, assimilieren, integrieren oder akkulturieren sollen, wie Migrantenkinder in Bildung und Schule gefördert werden können etc.) sehr viel stärker im Mittelpunkt steht, als Fragen danach, vor welchen Problemen, Angehörige ethnisch-kultureller Minderheiten stehen (mit welchen Vorurteilen sie sich konfrontiert sehen, ob sie Angst vor Deutschen haben etc., wie sie Risiken, Gefahren und Katastrophen wahrnehmen, ob sie – abgesehen von Armutsrisiken möglicherweise auch ansonsten vulnerabel sind). In der Regel sind sie Gegenstand einer über die Wahrnehmung und Konstruktion Deutscher vermittelten wissenschaftlichen Kommunikation über sie. Nicht, dass den aus deutscher Perspektive formulierten Fragestellungen die Bedeutung abgesprochen werden soll. Was fehlt, sind Fragen an die Fremden selbst (vgl. Geenen 2002). Resultat ist, dass wir zwar gut informiert sind, inwiefern die Deutschen in West und Ost ethnisch-kulturelle Minderheiten als Risiko wahrnehmen, nicht jedoch darüber, vor welchen Gefährdungen die Minderheiten Angst haben, ob und wie sie sich schützen oder nicht und was sie in Gefahrensituationen gegebenenfalls tun. Es kann daher für die hier behandelte Thematik – außer in Spezialaspekten, die aber fern der Risiken- und Katastrophenproblematik sind – nicht hinreichend auf soziologisch fundiertes Wissen über ethnisch-kulturelle Minderheiten in Deutschland zurückgegriffen werden.

rität bilden werden⁶¹ und nahezu 75 % derjenigen, die neu auf den Arbeitsmarkt kommen, Farbige, ethnische Minderheiten oder Frauen sind (Hansen et al. 2000, S. 652). Und auch in Europa steigt der Anteil der Bevölkerung ethnisch-kultureller Minderheiten. In dieser Hinsicht bildet Deutschland neben anderen europäischen Ländern keine Ausnahme.⁶² Deutschland kann inzwischen zu Recht als multietnische und multikulturelle Gesellschaft bezeichnet werden. Umso dringlicher ist die Notwendigkeit einer adäquaten Berücksichtigung unterschiedlicher ethnokultureller Bedürfnisse in der Traumaforschung und Therapie, insbesondere, wenn es um die psychosoziale Notfallversorgung geht.

Nun bedeutet diese Situation, dass kulturvergleichende Studien nützlich und hilfreich sein können, zumal wir anhand der Perspektive der Wissenschaftler anderer Gesellschaften auf „westliche Gesellschaften“ auch prüfen können, inwiefern unsere Konstruktionen über unsere Gesellschaften zutreffend sind und inwiefern sie möglicherweise revisionsbedürftig sind. Sie können uns auch Einblicke darüber vermitteln, wie ethnisch-kulturelle Minderheiten „westliche“ Majoritätsgesellschaften wahrnehmen (vgl. z. B. Laungani 2002).

Im Kern haben wir jedoch zu konstatieren, dass keine der Migrationsminderheiten, jedoch möglicherweise auch nicht die nationalen Minderheiten ohne weiteres als einheitliche Volksgruppe mit gemeinsamen Normen und Werten, ähnlichem Habitus oder Verhalten wahrgenommen werden kann. Struktur und Wandel einer multikulturellen, funktional differenzierten Gesellschaft wie der deutschen sind auf makro- wie auf mikrosozialer Ebene dadurch gekennzeichnet, dass Menschen verschiedener Herkunft auf unterschiedlichen sozialen Ebenen miteinander interagieren. Dabei können durchaus Segregationsprozesse (siehe Abschnitte 1.5 und 5.3.1) beobachtet werden. „Parallelgesellschaften“, um

61 „Weiße ab 2042 in der Minderheit“ (Sueddeutsche.de/panorama/446/306408/text/print.html; Zugriff: 7.9.2009).

62 Dabei ist zu sehen, dass ein Vergleich der Ausländeranteile zwischen den EU-Ländern schon insofern schwierig ist, weil dabei die unterschiedliche Einbürgerungspraxis beachtet werden muss. In Deutschland galt z. B. bis zur Reform des Staatsbürgerschaftsrechts (am 1. Januar 2000) im Gegensatz zu Frankreich (ius solis) das ius sanguinis, was bedeutete, dass Neugeborene die Staatsbürgerschaft ihrer Eltern erhielten, so dass sich in Deutschland die Zahl der Ausländer noch nicht wesentlich von der Zahl derjenigen unterscheidet, die ethnischen Minderheiten zugerechnet werden können (vgl. Rainer Geißler o. J., „Lebenssituation ethnischer Minderheiten“, Bundeszentrale für politische Bildung, S. 2; www1.bpb.de/publikationen; Zugriff: 7.9.2009).

dieses Modewort der letzten Jahre zu zitieren, haben angesichts eines – abgesehen von föderalen Besonderheiten – einheitlichen Rechtssystems, kaum Chancen, sich dauerhaft zu etablieren.⁶³ Migrantinnen und Migranten, insbesondere der ersten Generation, leben häufig „zwischen zwei Kulturen“. Allein diese Metapher steht für eine in der Lebenswirklichkeit der Individuen langanhaltende Identitätsproblematik und oft auch Konfliktstruktur, die sich nicht einmal durch optimale Bedingungen im Aufnahmeland lösen lässt. Die Metapher des Zwischen-den-Kulturen-Stehens verweist jedoch auch darauf, dass beide Kulturen (aus subjektiver Perspektive) rezipiert und reflektiert werden. Das bedeutet, dass Kultur und soziales Verhalten bei keiner der ethnisch-kulturellen Minderheitengruppen, die in Deutschland leben, mehr aus den Bedingungen ihres Herkunftslandes abgeleitet werden können. Wenn es einen „clash of cultures“ gibt, dann findet er in der pluralistischen und individualistischen Gesellschaft Deutschlands in sehr viel stärkerem Maße in den Individuen selbst und in ihren kleinräumigen Netzen (Familien, Freundes- und Bekanntenkreise, peer-groups) statt, also dort, wo sich die Menschen mit den Unterschieden zwischen der Kultur ihres Herkunftslandes und der ihres Aufnahmelandes in ihrem persönlichen und sozialen Umfeld arrangieren müssen sowie den kulturellen Wandlungen (auch Werte und Normen) der eigenen Minderheitengruppe im Aufnahmeland, als in sozial – das heißt öffentlich – sichtbaren Konflikten oder Auseinandersetzungen.

Weitgehend stehen Individuen unterschiedlicher ethnisch-kultureller Zugehörigkeit mit der Problematik allein, in sich und mit ihrer sozialen Mitwelt diejenigen widersprüchlichen Werte und Normen auszuhandeln, die sie durch ihre Herkunft und Sozialisation in sich tragen, und diejenigen, mit denen sie durch die Majoritätsbevölkerung alltäglich konfrontiert sind. Abgesehen von überwältigenden Konzepten, die sich an Menschenrechten und Menschenwürde orientieren, verlieren Konsense über gemeinsame Werte- und Normsysteme ihre Verbindlichkeit, insbesondere als Leitlinien für das individuelle und kollektive Handeln, gerade angesichts von Globalisierungsprozessen. In dieser Situation gewinnen Ideen und Konzepte kultureller Vielfalt Raum (siehe z. B. „Charta der

63 Parallelgesellschaften werden etwa von der italienischen und internationalen Mafi a, den Hells Angels oder extremistischen Organisationen wie Milli Görüş betrieben bzw. angestrebt, indem die deutsche Verfassung und grundlegende Gesetze bewusst negiert, ignoriert oder diffamiert werden. Werden diese nicht in hinreichendem Maße bekämpft oder sogar hoffähig gemacht, bestehen allerdings doch Möglichkeiten der Etablierung von Parallelgesellschaften.

Vielfalt“ und Kampagne „Vielfalt als Chance“ durch Unternehmen in Deutschland, angeregt durch entsprechende Programme in Frankreich). Auch für die Katastrophenforschung bedeutet dies, dass der Idee kultureller Vielfalt eine besondere Bedeutung zukommt. Je mehr einheitliche kulturelle Werte und Normen obsolet werden oder doch in Frage gestellt sind und die Identitätsfrage zu einem komplexen individuellen Konstruktions- und Dekonstruktionsprozess wird, um so mehr bedarf es für moderne Gesellschaften der sozialen Aushandlungsprozesse und -regime, z. B. über Akzeptanzniveaus von Risiken, oder das, was Individuen unterschiedlicher ethnisch-kultureller Herkunft für gefahrvoll halten. In anderen Hemisphären, in denen man sich dieser Prozesse offenbar eher bewusst wurde – wie in Australien oder Kanada -, wurden z. B. Guidelines entsprechend als Hilfe zur Selbsthilfe für Gemeinden mit einem sichtbaren Anteil an Angehörigen ethnisch-kultureller Minderheiten entwickelt (siehe Abschnitt 5.1.3). Diese tragen dem Umstand Rechnung, dass unterschiedliche kulturspezifische Orientierungen auch divergierende Akzentuierungen in der Katastrophenprophylaxe und im Katastrophenschutz hervorbringen können.

Es wäre jedoch falsch, davon auszugehen, dass kulturelle Vielfalt zugleich Beliebigkeit bedeutete, so dass es die einfachste Lösung wäre, beim Status Quo zu bleiben.

Vielmehr bedarf gerade eine Situation kultureller Vielfalt und unterschiedlicher Grade der Assimilierung, Akkulturierung oder auch der Entwicklung von Gegenkulturen besonderer wissenschaftlicher Aufmerksamkeit. Das heißt, dass das Komplexerwerden der gesellschaftlichen Situation in der Vielheit und des stetigen Wandels bei Ungleichzeitigkeit in individuellen und gruppenspezifischen Entwicklungsprozessen in besonderem Maße der Forschung bedarf, um Entscheidungen, die Annahmen über Bevölkerungsverhalten voraussetzen, nicht im luftleeren und substanzlosen Raum zu treffen.

Bezogen auf das Bevölkerungsverhalten, insbesondere von Minderheiten, sind zwei Säulen zu beachten. Erstens müssen interkulturelles Wissen und interkulturelle Regeln geschaffen werden, zweitens bedarf es der Beachtung ethnischer und kulturspezifischer Besonderheiten.

Wie weit Deutschland in dieser Hinsicht noch hinter den USA zurückbleibt, zeigt sich bei einer Durchsicht professioneller ethischer Codes im Bereich der Psychologie.

Die „American Psychological Association“ (APA) hatte bereits 1993 „Guidelines for Providers of Psychological Services to Ethnic, Linguistic, and Culturally Diverse Populations“ entwickelt, die seit August 2002 zu „Guidelines on Multicultural Education, Training, Research, Practice, and Organizational Change for Psychologists“ weiterentwickelt und von dem APA Council of Representatives im August 2002 verabschiedet wurden (APA 2002a). Diese Guidelines verdienen auch als Primärquelle Beachtung und könnten bei der Entwicklung entsprechender Richtlinien in Deutschland für den Bereich des Bevölkerungsschutzes und der Katastrophenvorsorge aus interdisziplinärer Perspektive zu Rate gezogen werden. In den APA-Guidelines wird in der Präambel dem Umstand Rechnung getragen, dass Individuen nicht isoliert zu betrachten sind, sondern dass sie in sozialen, politischen, historischen und ökonomischen Kontexten leben und dass die Einflüsse dieser Kontexte auf das individuelle Verhalten zu verstehen sind und dass es erforderlich sei, die unterschiedlichen Bedürfnisse von Individuen und Gruppen zu reflektieren, die historisch marginalisiert oder entrechtet wurden. Wegen der Bedeutung der Guidelines für die Entwicklung des Selbstverständnisses in der amerikanischen Psychologie wird der Anfang der Einleitung der Guidelines hier auszugsweise zitiert:

„All individuals exist in social, political, historical, and economic contexts, and psychologists are increasingly called upon to understand the influence of these contexts on individuals' behavior. The Guidelines ... reflect the continuing evolution of the study of psychology, changes in society-at-large and emerging data about the different needs for particular individuals and groups historically marginalized or disenfranchised within and by psychology based on their ethnic/racial heritage and social group identity or membership. These Guidelines ... reflect knowledge and skills needed for the profession in the midst of dramatic historic sociopolitical changes in U. S. society, as well as needs from new constituencies, markets, and clients.

The specific goals of these Guidelines are to provide psychologists with: (a) the rationale and needs for addressing multiculturalism and diversity in education, training, research, practice, and organizational change; (b) basic information, relevant terminology, current empirical research from psychology and related disciplines, and other data that support the proposed guidelines and underscore their importance; (c) references to enhance on-going education, training, research, practice, and organizational change methodologies; and (d) paradigms that broaden the purview of psychology as a profession.“ (APA 2002a, S. 2).

Die Guidelines sollen im Laufe der Zeit weiterentwickelt und mit mehr illustrativen Beispielen und Verweisen versehen werden (vgl. APA 2002a, S. 4). Sie beziehen sich auf „U. S. ethnic and racial minority groups as well as individuals, children and families from biracial, multiethnic, and multiracial backgrounds“ (APA 2002a). Die Definition für „multikulturell“ ist niedrigschwellig gelegt, um Interaktionen zwischen Individuen von ethnischen Minderheitengruppen und Farbigen-Gruppen in den Vereinigten Staaten und der dominanten euro-amerikanischen Kultur zu berücksichtigen.⁶⁴ Ja, es wird sogar davon ausgegangen, dass sich alle interpersonalen Interaktionen in multikulturellen Kontexten ereignen (vgl. APA 2002a, S. 30) (zu dem in dieser Studie zugrunde gelegten Verständnis von multikulturell siehe Abschnitt 1.2). In den Guidelines wird u. a. darauf aufmerksam gemacht, dass es bei der Beratung, Behandlung, aber auch bei der wissenschaftlichen Untersuchung von Minderheiten zu Verzerrungen kommen kann. So könnte man glauben, dass eine Untersuchung, die ethnische oder kulturelle Unterschiede ignorieren würde, ebenso zutreffend wäre, wie eine, die auf solche Unterschiede achtete. Das Gegenteil sei jedoch der Fall: So führe das Ignorieren von Gruppendifferenzen zu einem Status Quo und zur Festbeschreibung von Ungleichheiten, statt, wie möglicherweise beabsichtigt, Gleichheit bzw. Gleichbehandlung zu schaffen. Zudem gibt es Hinweise darauf, dass ein Ansatz, der ethnisch-kulturelle Grenzen nicht beachtet, eher zu Ungenauigkeiten beiträgt (APA 2002a, S. 23). Es wird betont, dass sich Psychologen (dies gilt selbstverständlich auch für Soziologen) ihrer eigenen „kulturellen Linse“ (des eigenen Glaubens, der Werte und Einstellungen) bewusst sein sollten, denn erst das Bewusstsein über ihren eigenen Blick auf die Welt ermögliche ihnen, den kulturellen Bezugsrahmen von Menschen anderer ethnisch-kultureller Zugehörigkeit zu verstehen (vgl. APA 2002a, S. 24). Es wird eine generelle Tendenz konstatiert, die Eigengruppe automatisch höher zu bewerten als die Fremdgruppe und dass daher zum Erwerb von multikultureller Kompetenz auch ein Einstellungswandel in der Bewertung anderer Gruppen gehört.⁶⁵

64 Zu der Frage, an welche fachlichen Gruppen von Psychologen sie sich im Einzelnen richten und mit welchen diese befasst sind, siehe APA 2002, S. 3).

65 Die Vorschläge umfassen u. a.: Aufmerksamkeit für Stereotypen gegenüber Gruppenfremden bzw. anderen ethnisch-kulturellen Gruppen, um Vorurteile zu reduzieren sowie ein Verständnis für die stigmatisierenden Aspekte, ein Mitglied einer kulturell abgewerteten „anderen Gruppe“ zu sein (Methode: offenes Training im Umgang mit eigenen Vorurteilen und Bewusstsein negativer Bewertungen der eigenen Gruppe in der kulturellen Hierarchie). Statt Minderheitenangehörige einer Fremdgruppe zuzurechnen, kann die Eigengruppe um die Minderheitengruppe zu einem „wir“ erweitert werden. Menschen sollten

Die systematische Höherbewertung der Eigengruppe kann auch als ethnozentrischer Monokulturalismus bezeichnet werden.

Die Weltansichten und Lebenserfahrungen von Menschen können beeinflussen, wie sie ihre Symptome gegenüber Therapeuten präsentieren und auch die Bedeutung, die Krankheit in ihrem Leben hat, sowie ihre Motivation und Bereitschaft, sich behandeln zu lassen,⁶⁶ ihre Beharrlichkeit während einer Behandlung sowie ihre Motivation und Bereitschaft, sozial unterstützende Netzwerke zu suchen (APA 2002a, S. 28).

Korrespondierend zu den Guidelines hat die APA 1992 ethische Prinzipien (Ethical Principles of Psychologists and Code of Conduct) herausgebracht (APA 1992), die in revidierter und erweiterter Form 2002 (APA 2002) verabschiedet wurden und seit 2003 gelten. Sie enthalten wichtige Passagen zum professionellen Umgang von Psychologinnen und Psychologen mit Angehörigen von Minderheiten. In den ethischen Prinzipien wird in „Principle E: Respect for People’s Rights and Dignity“ festgelegt, dass Psychologen kulturelle, individuelle und Rollenunterschiede zu respektieren haben, „including those based on age, gender, gender identity, race, ethnicity, culture, national origin, religion, sexual orientation, disability, language, and socioeconomic status and consider these factors when working with members of such groups. Psychologists

als Individuen und nicht nur als Gruppenangehörige betrachtet werden – Prozess der Dekategorisierung. Entwicklung von Toleranz und Vertrauen in andere ethnisch-kulturelle Gruppen, Verstehen ihres ethnisch-kulturellen Erbes, ihrer Weltansicht und ihrer Lebenserfahrungen. Als Faktoren zum erfolgreichen Abbau von Vorurteilen können Kontakte zwischen Gruppen dienen, wobei zu beachten ist: Es sollte soziale und institutionelle Unterstützung geleistet werden. Es sollte eine genügende Häufigkeit und Dauer für die Entwicklung von Beziehungen verfügbar sein. Unter den Teilnehmenden sollte gleicher Status herrschen oder hergestellt werden. Kooperation wirkt sich günstig aus (vgl. APA 2002a, S. 25 ff.).

66 So sind Farbige als Patienten in psychiatrischen Diensten größtenteils unterrepräsentiert, weil sie diese Dienste seltener aufsuchen (APA 2002a, S. 29). Als weitere Faktoren, die breite Segmente der *Bevölkerungsmajorität und Minorität entmutigen, werden Stigmata genannt. Die Befürchtung einer Stigmatisierung durch Beanspruchung eines psychiatrischen Dienstes sei bei der farbigen Bevölkerung noch größer als bei Weißen. Zudem würden kulturelle Missverständnisse oder Kommunikationsprobleme zwischen Patienten und Klinikern Minderheiten davon abhalten, Dienste zu nutzen und angemessene Versorgung zu erhalten (vgl. U. S. Department of Health and Human Services 2001, S. 42).*

try to eliminate the effect on their work of biases based on those factors, and they do not knowingly participate in or condone activities of others based upon such prejudices“ (APA 2002, S. 4). Neben dem Verbot der Diskriminierung (Standard 3. Human Relations) ist im „Standard 2.01 (b) Boundaries of Competence“ festgelegt, dass Psychologen, wenn sie mit Menschen arbeiten, für die ein Verständnis von Faktoren, die mit Alter, Geschlecht, Geschlechtsidentität, Rasse, Ethnizität, Kultur, nationaler Herkunft, Region, geschlechtlicher Orientierung, Behinderung, Sprache oder sozioökonomischem Status für die wirksame Implementierung ihrer Dienste oder die Forschung essentiell erforderlich ist, Training, Erfahrung, Konsultation oder Supervision in Anspruch nehmen müssen, die notwendig sind, um die Kompetenz ihrer Dienstleistungen sicherzustellen oder dass sie angemessene Weiterempfehlungen geben (vgl. APA 2002, S. 5).

Eine Ausnahme ist dabei nur in „Standard 2.02 Providing Services in Emergencies“ vorgesehen. Dieser Abschnitt sieht vor, dass in Notfällen Psychologinnen und Psychologen Dienstleistungen für Individuen erbringen dürfen, sofern andere psychosoziale Dienste nicht verfügbar sind, auch wenn die Psychologen dafür nicht das notwendige Training absolviert haben. Sie können solche Dienste erbringen, um sicherzustellen, dass die Dienstleistung nicht insgesamt ausfällt. Diese Dienstleistungen sind sofort zu unterbrechen, wenn der Notfall beendet ist oder angemessene Dienste verfügbar sind (vgl. APA 2002, S. 5). Dieser Standard entspricht den Regeln, wie sie etwa auch in Deutschland für Ärzte gelten, die im Notfall „einspringen“ dürfen, wenn geeignete Fachärzte nicht verfügbar sind. Im Übrigen zeigen die ethischen Codes der APA das Bestreben, kulturelle Unterschiede nicht anzugleichen, sondern zu respektieren, und professionelle Standards und Formen der Qualitätssicherung zu entwickeln, um den verschiedenen Minderheitengruppen gerecht zu werden. Der Hinweis in Principle E, auf mögliche Vorurteile und Fehlausrichtungen (bias) zu achten und sich auch in der Kompetenzentwicklung auf eine sozial und kulturell heterogene Klientel in Forschung und Praxis einzustellen, verweist darauf, dass auch die Grenzen eigener Kompetenz gesehen werden müssen und nur im Notfall überschritten werden dürfen.

Vergleicht man die anhand von Codes und Guidelines erkennbaren und hier nur gestreiften Entwicklungen bei der American Psychological Association (APA) mit den „Ethischen Richtlinien der DGPs und des BDP“ (vgl. DGPs 1998), also der Deutschen Gesellschaft für Psychologie (DGP), zugleich Berufsordnung des Berufsverbandes deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP) und der

„Revision der auf die Forschung bezogenen ethischen Richtlinien“ (DGPS 2004), finden sich weder in den Richtlinien noch in der Revision Hinweise auf mögliche Minderheiten, deren Interessen besonders zu berücksichtigen wären, oder im Hinblick auf die besondere Kompetenzen erworben werden müssten und die in ihrer kulturellen, sozialen oder sonstigen Orientierung besonders zu respektieren wären. Dies gilt sowohl für die Forschung und Lehre als auch für die Praxis. Entsprechend fehlt auch ein Abschnitt, der es Psychologinnen oder Psychologen erlauben würde, im Notfall für kurze Zeit ihre Dienstleistung auch ohne hinreichende Kompetenz für Minderheitengruppen anzubieten. Allein an einer Stelle wird auf mögliche Minderheiten Bezug genommen und zwar im Abschnitt C.1.1., in dem es um den Umgang mit Kolleginnen und Kollegen im eigenen Fach geht. Dort steht:

„Die Anerkennung der wissenschaftlichen Leistungen Andersdenkender, Andersgläubiger, Angehöriger anderer Altersgruppen und des anderen Geschlechts, anderer sozialer Schichten und Kulturen, und die Bereitschaft, eigene Irrtümer durch überzeugende Argumente, welcher Herkunft auch immer, zu korrigieren, kennzeichnen das Berufsethos der in Forschung und Lehre tätigen Psychologen in besonderem Maße.“

Insofern ist zu konstatieren, dass bei den ethischen Regeln der deutschen Psychologinnen und Psychologen eine angemessenen fachliche Berücksichtigung von ethnisch-kulturellen Minderheiten (neben allen anderen in den Codes der APA erwähnten Minderheiten), jedenfalls bezogen auf die Klientel bzw. die Patientinnen und Patienten, noch aussteht.

Während für Deutschland keine Daten darüber in Erfahrung gebracht werden konnten, wie hoch der Anteil der Psychologen ist, die sich bezogen auf Minderheiten für kompetent halten oder doch einschlägige Kurse zur Steigerung ihrer Diversity-Kompetenz besucht haben, klafft auch für die Vereinigten Staaten eine Lücke zwischen Anspruch und Realität. Selbst bei jungen Psychologen sei die Kompetenz, mit kulturell unterschiedlichen Individuen umzugehen, kaum größer als bei Psychologen, die ihre Ausbildung vor 20 Jahren abgeschlossen hätten. Unter den praktizierenden Psychologen hätten sich lediglich 5,6% auf ethnische Minderheiten spezialisiert, was im Vergleich zu der wachsenden Zahl einer ethnisch diversen Klientel zu wenig sei (vgl. Hansen et al. 2000, S. 653).

Bezogen auf den generellen Stand der Forschung zum Zusammenhang zwischen Trauma und Katastrophe kann u. a. Folgendes konstatiert werden:

- Es wurden nur wenige empirische Untersuchungen mit einer hinreichend großen Zahl von Angehörigen von Minderheitengruppen und marginalisierten Gemeinden durchgeführt. Und nur in wenigen Studien wurden Untersuchungen über Katastrophenwirkungen in diesen Gruppen und über diese Gruppen hinaus unternommen.
- Es kann angenommen werden, dass die Prävalenz des Ausgesetztseins gegenüber einem Trauma bereits vor der Katastrophe in ökonomisch benachteiligten städtischen Umgebungen größer ist und diese Gemeinden daher eine größere Prävalenz für eine vorkatastrophische traumabezogene Psychopathologie haben.
- Das Wissen über die Epidemiologie von Trauma und PTSD in bestimmten Minderheitengruppen ist durch die Fehler der meisten früheren Studien begrenzt.

6.4 Psychotherapie bei Migranten

Bei der Frage, welche wissenschaftlichen Erfahrungen mit dem psychischen Bevölkerungsverhalten und psychischen Problemen von Minderheiten bei Katastrophen gewonnen wurden, erscheint es sinnvoll, insbesondere bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf Befunde der interkulturellen Psychotherapie zu Migranten zurückzugreifen. Denn wäre bereits eine „normale“ Arbeitsmigration als traumatisierende Erfahrung zu werten, müsste bei der Betroffenheit durch Extremereignisse von einer Traumatisierung bereits im Vorfeld der Katastrophe bzw. des Großschadensereignisses ausgegangen werden. Zudem ergeben sich aus Erfahrungen der Psychotherapie, die im alltäglichen Umgang mit Personen mit Migrationshintergrund gewonnen wurden, auch Bedingungen, die zu berücksichtigen sind, wenn es z. B. um die psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) von Individuen oder Gruppen geht, die einer Minderheitenkultur zugerechnet werden können. Zu sehen ist, dass in der Psychotherapie die Arbeit mit Migranten inzwischen Teil der alltäglichen Praxis geworden ist.⁶⁷

In der frühen Migrationsforschung wurde zunächst angenommen, dass die Migration selbst ein belastendes Lebensereignis sei. Problematisch war, dass in vielen Arbeiten Migranten untersucht wurden, ohne Vergleiche mit der Bevölkerung des Herkunftslandes oder der „Normalbevölkerung“ des Aufnahmelandes anzustellen. In der Psychotherapieliteratur wurden interkulturelle Fragestellungen mit wenigen Ausnahmen erst spät berücksichtigt.⁶⁸ Seit den

67 Die alltägliche Therapiepraxis sieht sich in der Notfallbehandlung erwachsener Patienten vornehmlich mit Opfern von Gewalttaten und Unfällen konfrontiert, sowie mit akuten traumatischen Folgen von Kriegsdienst und politischer Verfolgung (Folter, letzteres vornehmlich bei asylsuchenden Menschen. Opfer von Katastrophen sind demgegenüber selten (vgl. Heuft 2000, S. 653)), so dass in der psychotherapeutischen Praxis in Deutschland inhaltlich Katastrophenfragen und die Notfallversorgung für Opfer von Terrorismus weitgehend ausgeblendet bleiben.

68 Eine Ausnahme (vgl. Erim-Frodermann 2000, S. 634) ist die Monographie des selbst migrationserfahrenen Ehepaars Grinberg (1990 [1984]), die die Migration in Anlehnung an das

90er-Jahren wird Fragen der therapeutischen Besonderheiten von Migranten und der Erfordernisse an eine therapeutische Praxis verstärkt Aufmerksamkeit gewidmet. Seither durchgeführte Studien zeigen, dass Migration zwar eine mit Belastungen verbundene Lebensphase ist, diese jedoch nicht regelmäßig zu psychischen Problemen führt. „Vielmehr würden der Migration die Probleme attribuiert, die mit den beschränkten Entwicklungschancen in der Aufnahmegesellschaft zusammenhängen“ (Erim-Frodermann 2000, S. 634) und neben häufig gelingenden Bewältigungen der Migration eröffneten sich auch neue Handlungsräume für Migranten. Entsprechend kam es wissenschaftlich zu einer Umorientierung von defizitorientierten zu ressourcenorientierten Ansätzen.

Sprach- und Verständigungsprobleme: Als ein wesentliches Problem in der psychotherapeutischen Praxis kann die Frage der sprachlichen Verständigung auftreten, wenn muttersprachlich deutsche Psychotherapeuten Patienten einer anderen Muttersprache behandeln. Zum Teil reichen die deutschen Sprachkenntnisse zwar für alltägliche Kommunikationen, nicht jedoch für die Verständigung über emotionale Probleme. Als Möglichkeit kann entweder ein Psychotherapeut hinzugezogen werden, der dieselbe Muttersprache wie der Patient spricht oder der bilingual ist.⁶⁹ Insbesondere bei Flüchtlingen mit posttraumatischen Belastungsstörungen wird die Hinzuziehung eines Dolmetschers empfohlen.

Therapeutische Haltungen: Eine Anforderung an Psychotherapeuten in der Arbeit mit Patienten einer anderen Kultur besteht darin, sich in offener, interessierter und respektierender Haltung auf Beziehungs- und Erlebnismuster des Patienten einzustellen und sich möglichst über die kulturellen Besonderheiten der Ethnie bzw. Kultur der Patienten zu informieren. Empfohlen wird auch eine interkulturelle Supervision. Diese kann den Therapeuten bei der diagnostischen Einschätzung unterstützen, denn es ist für die Therapie zu klären, „ob ein besonderes Verhalten oder Erleben des Patienten und die Verstehensschwierigkeiten des Therapeuten aus dem kulturellen Unterschied resultieren

Modell von Garza-Guerrero (1974) als Trauma oder Lebenskrise verstehen, die in drei Phasen bearbeitet wird.

69 Es hat sich gezeigt, dass die Nutzung psychosozialer Einrichtungen durch Migrantinnen und Migranten erheblich zunimmt, wenn es muttersprachliche Angebote gibt und sie sogar den Bevölkerungsanteil der jeweiligen ethnischen Gruppe erreichen kann (vgl. Erim-Frodermann 2000, S. 635).

oder mit der Inszenierung, dem konflikthaften Erleben des Patienten zusammenhängen“ (Erim-Frodermann 2000, S. 635). Ein weiterer wesentlicher Aspekt in einer interkulturellen Therapiebeziehung betrifft die Konstruktion des Kulturunterschiedes zwischen der eigenen Kultur und der des Patienten durch den Therapeuten: In der Literatur (vgl. u. a. Schepker und Toker 2009) werden zwei problematische, diametral entgegengesetzte Voreinstellungen beschrieben: Beim Alpha-Bias wird der Unterschied zwischen den Kulturen besonders betont, beim Beta-Bias wird er hingegen geleugnet. Beim *Alpha-Bias* kann es sein, dass der Therapeut eine Therapie aufgrund der angenommenen kulturellen Unterschiede für unmöglich hält, beim *Beta-Bias* ist es möglich, dass die Wirkungen kultureller Bedingungen und Lebensumstände auf das Individuum unberücksichtigt bleiben.

Die Darstellung therapeutischer Herangehensweisen und Problemstellungen der interkulturellen Psychotherapie ist in diesem Rahmen nicht möglich (vgl. hierzu Erim-Frodermann 2000, S. 635 f.). Verwiesen sei lediglich darauf, dass Fragen typischer Übertragungs- und Gegenübertragungsreaktionen bei Traumaopfern unterschiedlicher Genese zu einem zentralen Gegenstand in unterschiedlichen Therapieansätzen für die Psychohygiene des Therapeuten wie auch für die Therapie selbst betrachtet werden (vgl. Fischer und Gurriss 2000, S. 468) und dass es in den Therapierichtungen verstärkte Bemühungen einer Integration psychodynamischer und behavioraler methodischer Ansätze und Konzepte gibt. Möglicherweise eignen sich gerade Therapieformen, in denen es zu einer kooperativen und offenen Form des Austauschs von Phänomenen (z. B. Übertragungen und Gegenübertragungen) zwischen Therapeut und Patient (u. a. in Form des „Sokratischen Dialogs“ und „Feedback“) kommt, für therapeutische Prozesse mit Minderheitenangehörigen, da durch den Abgleich von Verhaltensbeobachtungen mit dem Patienten Sichtweisen und Bewältigungsformen entwickelt werden können, die einem Alpha-Bias oder Beta-Bias entgegenwirken können.

Einige Besonderheiten der biographischen Anamnese, die bei Therapien zu berücksichtigen sind, sollen benannt werden. Dazu gehören bei Migranten aus Herkunftsländern wie der Türkei, Spanien, Marokko und Süditalien neben traditionellen kohäsiven Familienstrukturen, unterschiedlichen Lebenszyklen in der Herkunfts- und in der Aufnahmegesellschaft, Trennungserfahrungen innerhalb von Migrantenfamilien, Unterschieden in der Sozialisation zwischen der ersten und den nachfolgenden Migrantengenerationen auch eine

doppelte Bedürftigkeit dadurch, dass Migranten im Aufenthaltsland mit gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen konfrontiert sein können (teils schichtbedingt, teils migrationsbedingt), zudem mit Kränkungen konfrontiert sein können und eine reelle Bedrohung bezogen auf das Herkunftsland begründet sein kann (bei in ihrer Heimat politisch verfolgten Flüchtlingen). Außerdem werden Anpassungsleistungen in der Aufnahmegesellschaft erbracht und Ressourcen entwickelt, z. B. beim Austausch von Lösungsmöglichkeiten innerhalb der eigenen ethnische Gruppe (vgl. im Einzelnen Erim-Frodermann 2000, S. 635-638).

Auf typische Problemkonstellationen bei Migrantinnen und Migranten soll nur in einem Punkt eingegangen werden: Es gibt inzwischen eine Fülle an Untersuchungen, die sich mit Fragen der transgenerationellen Migrations- und Traumataerfahrung befassen. Wesentliches Merkmal ist, dass die Trauer um den Verlust der Heimat unreflektiert und unbearbeitet an die nächste Generation weitergegeben werden kann. Bei der Implementierung solcher unbewältigter Komplexe an Kinder wird von „unassimiliertem Introjekt“ gesprochen (vgl. Erim-Frodermann 2000, S. 638). Es ist zu betonen, dass angesichts von millionenfachen Aussiedler-, Spätaussiedler- und Fluchtschicksalen in der Bevölkerung deutscher Herkunft solche unreflektierten und unbewältigten Komplexe ebenfalls gehäuft vorzufinden sind, so dass es sich um kein Spezifikum ethnischer Gruppen fremder Herkunft handelt. Jedoch erfordert das interkulturelle Verständnis für transgenerationelle Traumataerfahrungen besondere kulturelle Kompetenzen und die Fähigkeit, sich auf fremde Sichtweisen und Sinnkonzepte einzulassen. Die hierfür geeigneten therapeutischen Verfahren bedürfen weiterer Erforschung und Entwicklung.

6.5 Psychotherapie bei Migranten mit posttraumatischen Belastungsstörungen durch Folter und Misshandlung

Bedenkt man, dass ein erheblicher Teil der Asylbewerberinnen und Asylanten in Deutschland in ihrem Heimatland der Folter ausgesetzt war, und dass Folter in besonderem Maße die Entwicklung einer posttraumatischen Belastungsstörung fördert, so ist bei der multikulturellen Bevölkerung Deutschlands davon auszugehen, dass eine nicht zu vernachlässigende Zahl von Menschen Vortraumatisierungen erfahren hat, die im Falle einer Katastrophe oder eines Großschadensfalls besonders zu berücksichtigen sind. Zu sehen ist dabei, dass Folter „eine maligne Kombination eines durch Mitmenschen verursachten Traumas mit einer Verletzung der körperlichen Integrität darstellt, beides prognostisch ungünstige Faktoren“ (Schnyder 2000, S. 449). Entsprechend liegt die Lebenszeitprävalenz⁷⁰ bei Folteropfern für PTSD hoch (über 30 %), bei gefolterten Flüchtlingen und Asylbewerbern wird sie auf über 50 % geschätzt und hat damit fast epidemische Ausmaße (Schnyder 2000, S. 449). Das Behandlungszentrum für Folteropfer Berlin (bzfo) nennt 17 – 65 % als Lebenszeitprävalenz der PTBS unter Flüchtlingen (bzfo „Forschung. Retraumatisierung“; www.bzfo.de; Zugriff: 3.9.2009).

Folterungen greifen tief in das menschliche Selbstverständnis und in den Zugang zur Welt ein und können zur Folge haben, dass für lange Zeit oder dauerhaft ein vertrauensvoller Zugang zur Welt unmöglich wird. In dieser Hinsicht können Überlebende von Folterungen bezogen auf ihre traumatische Vorbelastung ähnlich eingeschätzt werden wie Überlebende von Konzentrationslagern und generell Überlebende des Holocaust oder deren Nachfahren, berücksichtigt man auch die mögliche transgenerationelle Weitergabe von Traumata.

⁷⁰ Unter Lebenszeitprävalenz wird der Anteil an Personen verstanden, die in ihrem Leben schon mindestens einmal die jeweils untersuchte Störung (z. B. PTBS) aufgewiesen haben. Dabei geht es um die bis zum Erhebungszeitpunkt verstrichene Lebenszeit. Unter Gesamtlebenszeitprävalenz wird demgegenüber die Wahrscheinlichkeit des Auftretens der Krankheit über die gesamte Lebensdauer der untersuchten Population verstanden. Die Prävalenz ist der Quotient aus der Anzahl erkrankter Individuen einer Population und der Anzahl aller Individuen dieser Population.

Zu sehen ist, dass Vorbelastungen bei neuerlichen traumatischen Ereignissen, z. B. bei Unfällen, Bränden, Großschadenslagen und Katastrophen, aber auch bei ausländerfeindlichen Übergriffen, den Prozess der Erholung, Verarbeitung und Kompensation früher erlebter Traumata beeinträchtigen und zu einer Mehrfachtraumatisierung („Retraumatisierung“) führen können. Daher bedürfte es in der psychosozialen Notfallversorgung (PSNV) besonderer psychosozialer Strategien im Umgehen mit Mehrfachtraumatisierten, zumindest jedoch einer Kenntnis solcher besonderer Belastungsfaktoren.

Psychische Traumatisierungen geschehen absichtslos, wie bei Großschadensereignissen und Katastrophen, sie können aber auch planmäßig und absichtsvoll erfolgen, wie bei Folter, Misshandlung oder Vergewaltigung. Psychoanalytisch können letztere als „übelste Form und möglicherweise sogar als Prototyp absichtsvoller Grenzverletzungen“ (Fischer und Gurriss 2000, S. 468) betrachtet werden. Betroffene Individuen erfahren bei Folterungen extreme Hilflosigkeit und ein Sich-ausgeliefert-Fühlen.. Opfer tendieren dazu, sich selbst die Schuld an den Geschehnissen zuzuschreiben, also Schuldgefühle zu entwickeln und Affekte gegen sich selbst zu richten. Foltererfahrungen können nicht in bestehende kognitive Muster integriert werden, so dass die psychische Bewältigungsfähigkeit des betroffenen Individuums überfordert ist. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass durch Folter Grundannahmen über das Selbst und die Welt bedroht oder zerstört werden. Zu diesen Grundannahmen gehört die Vorstellung einer sinnhaften und geordneten Welt, der Glaube an persönliche Sicherheit, Unverletzlichkeit und Integrität sowie die Einschätzung, dass andere Menschen hilfsbereit seien. Eine Folge der Infragestellung oder Zerstörung der Grundannahmen ist der Zusammenbruch wichtiger psychischer, kognitiver und Verhaltensfunktionen (Fischer und Gurriss 2000, S. 470).

7

Mittel- und länger-
fristige Bewältigung
von Katastrophen durch
Individuen, Gruppen und
Gesellschaften

7.1 Accidental Communities of Memory

Da große soziale Krisen Prozesse bzw. Ereignisse sind, die tief in die bestehende soziale Ordnung und den Lebensverlauf derjenigen eingreifen können, die sie durchleben, brauchen Menschen geeignete Formen, um ihre Erfahrungen mit Unsicherheit, Unglück, Verzweiflung, plötzlichem Verlust, vielleicht auch Glück im Unglück, Veränderungen ihrer Identität wie auch der Betrachtung des Lebens, Verschiebungen in der Bedeutung von Dingen und Handlungen auszudrücken, um sich mitzuteilen und um die Geschehnisse zu verarbeiten. Betroffene haben ein dringendes Bedürfnis, sich die Katastrophe, die in ihr Leben „hereingebrochen“ ist, zu erklären. Entsprechend findet individuell und gemeinsam Sinnsuche statt. Katastrophen und andere schwere soziale Krisen wirken erheblich in den emotionalen Haushalt der Menschen hinein. Nicht immer lassen sie sich in sozialen Kontexten von Verwandten, Freunden, Nachbarn allein verarbeiten. Denn die Menschen in diesen Kontexten können heute regional sehr weit zerstreut sein und gehören z. T. nicht zu den von der Katastrophe Betroffenen. Vor allem hierdurch gewinnen „Accidental Communities of Memory“ (siehe zur Definition Abschnitt 7.1.1) besondere Bedeutung. Zufallsgemeinschaften können sich aus geteilten Erfahrungen mit gravierenden Krisen bilden und mehrere Individuen, aber auch größere Gruppen und Ansammlungen umfassen. Es handelt sich dabei um einen sozialen Modus des Umgehens mit starken Belastungen und dem Udenkbaren. Je nach Konstellation können diese Communities hochgradig divers zusammengesetzt sein – aus Angehörigen unterschiedlicher ethnisch-kultureller Gruppen und Nationen. Sie müssen jedoch sozial nicht sichtbar hervortreten (nicht wie eine sich öffentlich artikulierende Interessengruppe).

Ganz anders strukturiert sind alle Formen des expertengestützten intervenierenden und therapierenden Zugangs zur Bearbeitung gravierender Krisen. Sie basieren auf der Interaktion zwischen einem Experten bzw. einer Expertin und einer oder mehrerer betroffener Personen. Sie können die Verarbeitung traumatisierender Ereignisse im sozialen Umfeld ergänzen. Bei Personen ohne stützendes Umfeld von Freunden und Verwandten müssen sie diese eventuell sogar

ersetzen. Bei den Experten handelt es sich in der Regel um Psychologen, Psychoanalytiker, Psychiater und Psychotherapeuten, die – bezogen auf ihre Kompetenz – auf traumatisierte Klienten unterschiedlich gut vorbereitet sind, insbesondere, wenn es sich um eine ethnisch-kulturell diverse Klientel handelt (siehe Abschnitt 6.3). Dies gilt auch für die psychosoziale Notfallversorgung (PSNV). Was den zentralen Unterschied zu den Accidental Communities of Memory ausmacht, ist, dass die Expertinnen oder Experten zwar versuchen können, sich in das je spezifische Ereignis, von dem der Patient betroffen ist, hineinzudenken und hineinzufühlen, er oder sie wird jedoch niemals die Position einer mit dem Patienten geteilten Erfahrung oder eines geteilten Leidens erlangen können. Und, indem er oder sie analytische und therapeutische Methoden zum Einsatz bringt, ist die Interaktion durch ein Hierarchiegefälle geprägt, das wiederum durch Einsatz spezifischer Verfahren reduziert oder überbrückt werden soll (siehe Abschnitt 6.4). Zugleich steht eine Beziehung zwischen Fachleuten und Klienten immer unter zeitlichen und räumlichen Restriktionen. Prinzipiell ist der Unterschied zwischen Accidental Communities und Therapieformen darin zu sehen, dass es sich im ersten Fall eher um symmetrische, im zweiten eher um asymmetrische Beziehungen handelt.

Beide Wege, der therapeutische wie auch derjenige über Bildung von und Interaktion in Accidental Communities, haben ihre Berechtigung. Sie können sich gegebenenfalls auch ergänzen. Zu sehen ist jedoch, dass in Accidental Communities Sinnstiftungsprozesse für gemeinsam erlebte Ereignisse möglich sind, Solidarität und Empathie entwickelt werden können und möglicherweise auch durch das die Einzelnen miteinander Verbindende eine Gruppenidentität hervorgebracht werden kann, wie dies in einer therapeutischen Beziehung selbstverständlich nicht möglich ist. Ein gemeinsam durchlebtes Trauma kann für die Stiftung einer sogar generationenübergreifenden Identität ethnisch-kultureller Großgruppen bedeutsam sein, die sich, folgt man Volkans Ansatz, in einem „gewählten“ Trauma vereinen können (siehe unten, Abschnitt 7.2).

Diese hier kurz umrissenen thematischen Kreise, die sich mit Fragen der Bewältigung der Erfahrung von gravierenden Krisen durch einschneidende Ereignisse (Katastrophen, Terrorismus, Flüchtlingsschicksale, Krieg) befassen, divergieren in der disziplinären Bearbeitung. Während die Untersuchung von Accidental Communities of Memory vornehmlich durch Wissenschaftlerinnen bzw. Wissenschaftler der Ethnologie, Sozial- und Kulturanthropologie und Soziologie erfolgt, kann die wissenschaftliche und praxisorientierte Analyse in der

Traumaforschung als Domäne von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Psychologie, Psychoanalyse, Psychiatrie und Psychotherapie bezeichnet werden.

In den folgenden Abschnitten wird auf die internationalen Befunde zu den hier kurz umrissenen Bewältigungsformen näher eingegangen.

7.1.1 Accidental Community of Memory, Trauma und Identität

Dass Menschen, die sich vorher nicht kannten, zufällig aufeinandertreffen und eine wesentliche Lebenserfahrung, ein Schicksal, eine Katastrophe und Traumatisierungen miteinander teilen und hierdurch möglicherweise starke Bande entstehen, vielleicht ebenso starke wie zu guten Freunden oder Verwandten, kann mit Liisa H. Malkki (1997) als „Accidental Communities of Memory“ bezeichnet werden. Malkki stellt heraus, dass die anthropologische und ethnologische Forschung zu lange am Bleibenden, an der Kontinuität von Strukturen, an dauerhafter Ordnung und der Wiederholung von Handlungen und Ritualen orientiert war.⁷¹ Oft wurde dabei das Stabile und Gewöhnliche in den Vordergrund gestellt mit einer Tendenz, in den Institutionen der Gemeinschaft und Gesellschaft, besonders in der Familie, eine bildende Macht zu sehen. So ist es, mit Paul Gilroy (1990, S. 114) gesprochen, ein Schlüsselmodus der Konzeptualisierung von Kultur, sich vorzustellen, dass sie primär und natürlich in Familien produziert werde. Das Problem ist, dass bei einer analytischen Zentrierung auf dauerhafte Strukturen (oder von uns für dauerhaft gehaltenen Strukturen) andere Phänomene aus unserem Blick rücken, nämlich vergängliche, nicht repetitive, „anormale“ Phänomene (Malkki 1997, S. 91). Unbeachtet bleiben bei der Fixierung auf das Bleibende der soziale Wandel und Ereignisse. Ereignisse können Beispiele einer noch vorhandenen symbolischen oder sozialen Ordnung sein, wie sie Belege einer laufenden Demontierung oder eines Verfalls von Strukturen sein können oder von gelingenden oder scheiternden Versuchen, neue Strukturen zu schaffen. Ebenso können sie substantielle Gebiete normativer Unbestimmtheit enthüllen. Die paradigmatische Wende in der Anthropologie

71 Anthropologen gingen in der Regel ins Feld, um etwas über das Leben der Menschen in ihren „natural settings“ zu lernen, um Sprachen und kulturelle Formen zu sammeln, „um sie vor den pulverisierenden Wirkungen der westlichen imperialen Expansion und des Industriekapitalismus zu retten“ (vgl. Malkki 1997, S. 88).

von der vornehmlichen Orientierung an Kontinuität zu einer, die auch das Fragile, Flüchtige und Vergängliche für bedeutend genug hält, um es zum Forschungsgegenstand zu machen, kann folgender Aussage entnommen werden: Es wird nicht mehr die Normalität von Kontinuität angenommen. Wenn sich dasselbe wiederholt, wird dies als Ergebnis von Anstrengungen gesehen (vgl. Moore 1987, S. 727). Aus dem Katastrophenmanagement ist es bekannt: Das, was in der Übung erfolgreich erprobt wurde, auch im Ernstfall anzuwenden und durchzuführen, also erfolgreich zu wiederholen, erfordert besondere Anstrengung. Und selbst dann bedeutet die Koexistenz von Wiederholung und Unvorhergesehenem, dass Ergebnisse und ihre Richtungen nicht immer vorhersehbar sind. Für die Analyse des Bevölkerungsverhaltens bei Katastrophen ist zu sehen, dass es sich bei Katastrophen – jedenfalls für die betroffenen sozialen Gruppen – um Anomalien handelt, um nicht repräsentative, nicht repetitive, vergängliche Figuren. In diesem Sinne ist ein Ereignis nicht etwas, was einfach geschieht. Es gibt vielmehr eine Relation zwischen einem bestimmten Ereignis und einem gegebenen symbolischen System. Gerade im Kontext von Katastrophen wird der vergängliche, häufig entterritorialisierte, unfixierte und prozessuale Charakter von Beziehungen, insbesondere unter den Opfern, sichtbar.

Durch Zufälle des Lebens teilen angesichts historischer Gefährdungen zusammengeworfene Menschen in einer Community of Memory sozialen Sinn in Form von Erinnerungs- und Vergänglichkeitserfahrung.⁷² Sie haben dabei nicht notwendig öffentliche, sozial sichtbare, erzählbare oder ritualisierte Formen. Dabei ist zu sehen: Die Konstellation der Menschen, die sich gerade an dem Ort befinden, an dem ein Ereignis geschieht, ist zufällig, nicht jedoch das Ereignis bzw. der ablaufende Prozess selbst. Die Vergemeinschaftungen entstehen also nicht aus einem historisch gewachsenen kulturellen Kontext, sondern werden durch das Ereignis bzw. den ablaufenden Prozess erst möglich. Sie sind insofern nicht determiniert. Die Faktoren, die die Beteiligten als Gemeinschaft „verklammern“ oder aneinander binden, sind entsprechend andere als in über die Zeit gewachsenen Gemeinschaften. Die Accidental Communities werden auch als

72 Das Konzept der „accidental communitas“ wurde von Barbara Meyerhoff am Beispiel der Zufallskommunitas Woodstock entwickelt und von Malkki weiterentwickelt, indem es bei ihr auch um Vergemeinschaftungen jenseits der öffentlichen Sichtbarkeit geht (z. B. Flüchtlings- und Internierungslager, gemeinsame Kriegserlebnisse als Zivilisten oder Kombattanten, gemeinsames Erleben von Katastrophen, Menschen, die zusammen ein bestimmtes humanitäres Flüchtlingsprojekt geleitet haben (vgl. Malkki 1997, S. 92).

transitorisches Phänomen bezeichnet, denn zumeist bestehen sie nur temporär. Menschen, die Katastrophen, Kriege, Flüchtlingslager oder Großschadensereignisse, z. B. schwere Unfälle mit einem Massenansturm an Verletzten oder Toten oder auch terroristische Anschläge gemeinsam erfahren haben, haben auch etwas gemeinsam, das in ihnen Spuren legt und auch eine bestimmte Resistenz gegenüber Aneignungen durch andere hat, die gerade nicht dort waren. Solche Phasen geteilter Geschichte außerhalb des Gewöhnlichen (out-of-ordinary periods) können mehr oder weniger stille Communities of Imagination oder, im Rückblick, Communities of Memory hervorbringen. Sie bilden sich nicht zwangsläufig. Sie müssen auch nicht mit irgendeiner anderen Community korrespondieren. Vielleicht artikulieren sie sich nicht einmal als Communities und bleiben daher unsichtbar.

„The importance of these accidental, shared contexts is not only that people carry traces of them in their heads. This is not just a matter of memory or simply a psychological process. These memories – even when not very much narrativized – can powerfully shape what comes after. Who one is, what one’s principles, loyalties, desires, longings, and beliefs are – all this can sometimes be powerfully formed and transformed in transitory circumstances shared by persons who might be strangers“ (vgl. Malkki 1997, S. 92).

Die Bedeutung solcher Phasen geteilter Geschichte besteht also nicht nur darin, dass Menschen Spuren von ihnen in ihrem Gedächtnis tragen, sondern sie können tief in die Identität und das Selbstverständnis von Menschen eingreifen, sie haben also ein „Nachleben“, das nicht nur biographisch ist. Es kann auch ein strukturelles, soziales und politisches Nachleben sein. So können sich nach einer Katastrophe auch die Angehörigen der Opfer zu Accidental Communities of Memory verbinden (Beispiel: Estonia – Entwicklung entsprechender Communities in Schweden, siehe unten). Solche Menschen sind weniger durch Klasse oder Kultur miteinander verbunden als durch temporäre Bedürfnisse und die Intensität der geteilten Erfahrung.

Warum wird das Konzept der „Accidental Community of Memory“ hier so intensiv gewürdigt?

Zwar haben sich möglicherweise zu allen Zeiten Accidental Communities (of Memory) entwickelt (z. B. Gruppen von Kaufleuten auf einem bestimmten Handelsweg zu Wasser und zu Land, die mit zahlreichen Gefahren konfrontiert

waren; Migranten- und Migrantinnengruppen in die Neue Welt, etc.), jedoch kann es als hervorstechendes Merkmal moderner Gesellschaften angesehen werden, dass sich, wie niemals in der Menschheitsgeschichte zuvor, Ereignisse und Gelegenheiten zur Herausbildung solcher Communities ergeben. Bei vielen Katastrophen ist nicht mehr nur eine seit langem ansässige Bevölkerung von einem Ereignis betroffen. Durch weltweite Migration und Flucht, aber auch durch intensiven Geschäftsverkehr und Tourismus ist es teilweise unbestimmt, wer sich zu einem bestimmten Zeitpunkt an einem bestimmten Ort befindet und von einem Ereignis getroffen werden könnte. Durch Migrationsprozesse verändern sich auch Solidaritätsstrukturen und Zusammengehörigkeitsgefühle. So können sich Verbindungen zum Herkunftsland in ihrer Bedeutung reduzieren und es kann sich Solidarität und Empathie mit Bewohnern der Aufnahmegesellschaft herausbilden. So waren für die Schweden in Kobe nach dem Erdbeben die Unternehmen, bei denen sie tätig waren, für ihre Unterstützung und ihren Rückhalt von besonderer Bedeutung. Unter denen, die sich mit der japanischen Kultur stärker vertraut gemacht hatten, war das Gefühl des „Verrats“ beim Verlassen des Landes nach der Katastrophe besonders ausgeprägt. In multikulturellen mobilen Gesellschaften wie in Deutschland und anderen europäischen Ländern ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass bei einem Großschadensfall oder einer Katastrophe die gerade am Ort des Geschehens Befindlichen – die Opfer – ethnisch und kulturell heterogen sind. Die folgende Zusammenstellung bezeichnet Orte und Kontexte, in denen Fremde in modernen Gesellschaften kurzzeitig aufeinandertreffen oder eine Weile an Zeit miteinander verbringen können. Wenn solche Orte oder Kontexte von Großschadensereignissen oder Katastrophen betroffen sind, könnten sich im Anschluss Accidental Communities, vielleicht auch längerfristige Accidental Communities of Memory entwickeln. Zum Teil sind den Orten und Kontexten Daten einzelner Ereignisse zugeordnet.

- Durch Einsatz moderner Transportmittel zu Lande (Kfz, Züge [Eschede ICE-Unglück – 3.6.1998; Madrid Bombenanschläge – 11.3.2004], U-Bahn [London Bombenanschläge – 7.7.2005], S-Bahn, Straßenbahn, Omnibus [London Bombenanschlag – 7.7.2005]), auf Wasserstraßen (Fähren M/S Estonia Fährunglück – 28.9.1994], Passagierschiffe, Kreuzfahrtschiffe [MV Explorer Havarie – 23.11.2007; Titanic Untergang – 14.4.1912], Transportschiffe, Bohrinseln [Nordsee Piper Alpha-Feuer – 6.7.1988], etc.), im Luftverkehr (Passagierflugzeuge), können zahlreiche Menschen, die einander zuvor nicht oder wenig kannten, in ein Großschadensereignis, eine Katastrophe oder einen terroristischen Angriff verwickelt werden.

- Ein Flugzeugabsturz kann die „eigentliche Katastrophe“ am Boden verursachen (Amsterdam) und Menschen aus ganz verschiedenen Weltgegenden zu gemeinsamen Betroffenen machen (anonyme Nachbarschaft)
- Arbeitsmigration: Durch Globalisierung der Wirtschaft arbeiten Menschen aus ganz anderen Weltgegenden vermehrt in einer Katastrophenregion [Japan Kobe-Erdbeben – 17.1.1995]
- Tourismus: Tsunami [Ostindischer Ozean – 26.12.2004]
- Events [Ramstein – Flugschau 28. August 1988], Versammlungen, Festivals, Veranstaltungen (Kultur und Sport), Prozessionen, Demonstrationen, Pilgerzüge, Reisegruppen, Passanten, Märkte, (Groß-)Baustellen [Amercentrale, Niederlande],
- Katastropheneinsatzteams (z. B. Feuerwehr, S&R-Teams)
- Ein atomarer Unfall (Tschernobyl) könnte dazu führen, dass Menschen, die in unterschiedlichen Nationen leben, sich in Accidental Communities of Memory zusammenfinden.
- Bewohnerinnen und Bewohner einer Region oder Stadt [Herborn – Großbrand nach LKW-Unfall – 7.Juli 1987] [Hurrikan Katrina – 29.8.2005]
- Einkaufszentren, Kaufhäuser [Osaka, Japan Kaufhausbrand – 13.Mai 1972], Betriebsstätten [WTC – 11.9.2001], Ämter, Gerichte, Parlamentsgebäude, Bildungs- und Forschungseinrichtungen, Parks und Gartenanlagen, Freizeitparks, Hallen [Bad Reichenhall Eishalle – 2.1.2006], große Hotels, (Jugend-)Herbergen, Banken, Krankenhäuser, Pflege- und Betreuungseinrichtungen, anonyme Wohnhochhäuser, Wohnhäuser [Mölln-Wohnhaus Anschlag – 23.11.1992; Solingen-Wohnhaus Brandanschlag – 29.5.1993; Ludwigshafen Brand – 3.2.2008], Asylbewerberheime [Hoyerswerda Anschläge – September 1991; Rostock-Lichtenhagen Anschläge – 22.-26.8.1992; Lübeck Brandanschlag – 18.1.1996], Grenzdurchgangslager, Flüchtlingsunterkünfte, öffentliche Gebäude, Museen, Ausstellungsorte, Diskotheken [La Belle Bombenanschlag – 5. April 1986; Göteborg Brand – 30.10.1998], Restaurants, Flughäfen [Düsseldorf Brandentstehung durch Schweißarbeiten – 11.April 1996], Bahnhöfe, Fährterminals, Messen, vielbesuchte Touristenattraktionen (Djerba, Synagoge), sakrale Gebäude (Kirchen, Synagogen [Lübeck-Brandanschlag – 25.3.1994 und im Mai 1995]; Moscheen).

Wenn sich im Verlauf von Großschadensfällen, Katastrophen oder terroristischen Anschlägen Accidental Communities bilden, ist es in modernen, mobilen und multikulturellen Gesellschaften durchaus möglich, dass, je nach Zeit und Ort des Ereignisses, ethnisch-kulturelle Minderheiten keine zahlenmäßige

Minderheit bilden (z. B. in einem Stadtviertel, das ethnisch-kulturell sehr heterogen ist; vgl. dazu Amsterdam Flugzeugabsturz in Wohngebiet, siehe unten). Zum anderen könnte es sein, dass sie sich in der Situation vielleicht nicht als ethnisch-kulturelle Minderheit erleben, z. B. weil andere Merkmale (Klasse, Schicht, Alter, Geschlecht) von größerer Bedeutung sind.

Folgende Konstellationen können sich ergeben:

1. Die Minderheit kann bei der Katastrophe in der Mehrheit sein.
2. In der Art und Weise der Bewältigung kann es sein, dass Minderheitenangehörige feststellen,
 - a. dass ihr Minderheitenstatus keine Rolle spielt,
 - b. dass sie zuvorkommender behandelt werden (illegale Immigranten, Amsterdam),
 - c. dass es zu Diskriminierungen aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Minderheit kommt,
 - d. dass sich in der Situation Klassenbildung entwickelt (Estonia), oder
 - e. dass nicht eindeutig entscheidbar ist, ob Diskriminierung aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Minderheit oder aufgrund schichtspezifischer Merkmale stattfindet.

Menschen, die eine Katastrophe gemeinsam erleben, verbindet ein gemeinsames Schicksal. Sie können die Gefühle, die Trauer, den Verlust und die Ängste und Sorgen derjenigen nachvollziehen, die ebenfalls das Ereignis durchgemacht haben – jedenfalls leichter und anders, als dies Unbeteiligten möglich ist. Es verbindet sie ein Moment gemeinsamer Geschichte. So wissen sie, was bei Hilfs- und Rettungsmaßnahmen geglückt oder gescheitert ist, möglicherweise haben sie selbst Menschen gerettet oder nicht mehr retten können. Auch die Hinterbliebenen von Opfern teilen einen solchen Moment von Geschichte, da sie jeder für sich oder auch gemeinsam den Verlust von zentralen Bezugspersonen verschmerzen müssen. Nicht immer ist den Beteiligten klar, dass sie nach einem Ereignis eine Accidental Community bilden. Dass Schweden Schuldgefühle hatten, sofern sie kurz nach dem Erdbeben in Kobe nach Schweden zurückgekehrt sind, spricht dafür, dass sie sich tief mit den dort Gebliebenen verbunden fühlten und eine Art von Accidental Community mit ihnen bildeten.

Für Deutschland liegen nach unseren Recherchen keine Studien aus Soziologie, Ethnologie oder Anthropologie zu Accidental Communities of Memory, auch

nicht zu Accidental Communities, vor. Die Bedeutung des Begriffes Selbsthilfegruppe ist breiter und unspezifischer als das soziale Phänomen der Accidental Community (of Memory), denn bei Selbsthilfegruppen bedarf es nicht eines gemeinsam erlebten Ereignisses, z. B. einer Katastrophe oder eines Großschadensfalles, das die Beteiligten miteinander verbindet, das nur sie teilen, oder nur die Angehörigen der Opfer als unmittelbar Betroffene. Selbsthilfegruppen können sich als willentliche Zusammenschlüsse aus den unterschiedlichsten Beweggründen heraus entwickeln, sie können in engem Zusammenhang mit ehrenamtlichem Engagement stehen, dort wo in bestimmten sozialen Feldern von Bürgerinnen oder Bürgern Defizite gesehen werden (z. B. Förderung von Schulkindern mit bestimmten Problemlagen). Sie können aber auch bei Krankheits- oder Suchtproblemen von Betroffenen oder Angehörigen entstehen. Typischerweise agieren in solchen Fragen Betroffene und Angehörige in unterschiedlichen Gruppen. Unter den Überlebenden der Shoa und ihren Nachkommen haben sich Selbsthilfegruppen gebildet, die möglicherweise als Accidental Communities of Memory bezeichnet werden können. Es haben sich auch Selbsthilfegruppen gebildet, die mit dem Gedenken an eine Katastrophe und der Selbstvertretung von Interessen der Überlebenden und der Angehörigen von Opfern befasst sind (z. B. im Fall von Eschede; vgl. u. a. Biskup 2008). Ob Selbsthilfegruppen – wie im Fall von Eschede – ethnisch-kulturell heterogen zusammengesetzt sind, wie dies bei Passagieren eines ICE denkbar ist, wird nicht erkennbar. Was auffällt, ist eine Leerstelle in der Forschung bezogen auf Selbsthilfegruppen, die sich im Gefolge von Katastrophen und Großschadensereignissen bilden. Denn über die Entstehung, Entwicklung, Zusammensetzung, die Erfolge, Misserfolge und Forderungen solcher Selbsthilfegruppen wird durch Journalisten berichtet, aber die soziologische, anthropologische und ethnologische Forschung scheint in Deutschland, Österreich und der Schweiz von diesen Gruppen wenig Notiz zu nehmen. Anders stellt sich dies bezogen auf die internationale Scientific Community in diesen Fächern dar. Auf entsprechende Befunde wird später zurückzukommen sein.

Wie lässt sich diese Forschungslücke erklären?

Nach Malkki sind die vergänglichen Phänomene und zufälligen Umstände, die Menschen in unerwarteten Gruppierungen zusammenbringen, nicht „kulturell“ genug für viele Anthropologen. Es ist davon auszugehen, dass sich dies für Soziologen und Soziologinnen ähnlich darstellt. Während Anthropologen auf Kultur in Form von Familien, Kulturen, Nationen, ethnischen Gruppen,

Nachbarschaften und Institutionen fixiert seien, und abreisten, wenn es zu flüchtigen Ereignissen, z. B. Katastrophen kommt, würden genau dann die Journalisten eintreffen, für die eben diese Ereignisse einen Neuigkeitswert hätten (vgl. Malkki 1997, S. 93). Die besten Journalisten könnten Anthropologen vieles lehren. Es sei sinnvoll, weniger in ethnographisch deskriptiven Begriffen zu denken, als in der Vorstellung von „Zeugen“ der Ereignisse, also in der Form von eigenen Aussagen Beteiligter, die mit Wachsamkeit auf das Geschehen blicken. Damit könne die Distanz zwischen „Neuigkeiten“ und „Kultur“ ausgehandelt werden. Denn der Rekurs auf das Wissen von „Zeugen“ ermögliche es, intelligent auf Accidental Communities zu blicken, mehr Perspektiven in der Wahrnehmung und Interpretation von Ereignissen und Prozessen zu berücksichtigen und damit auch das Vergängliche untersuchen zu können.

Allerdings birgt eine nicht reflektierte Verwendung von Zeugenaussagen möglicherweise das Problem, dass sie in andere Zusammenhänge gestellt, für romantisierende oder ideologisierende Zwecke verwendet werden können. Es ist überdies darauf zu achten, dass „Objektivität“ nicht zur Legitimierung und Festschreibung der bestehenden Ordnung der Dinge führt. Oft erwachsen Schwierigkeiten daraus, gegen eine dominierende Interpretation der Dinge, die sich als objektiv ausgibt, anzuschreiben. Jedoch kann vom Journalismus gelernt werden, dass es wichtig ist, offen für die Hervorbringung von Zeugnissen zu sein, wenn es angemessen ist, wobei zwischen „Wahrheiten“ und „Lügen“ durchaus unterschieden werden kann (vgl. Malkki 1997, S. 99).

Insgesamt ist zu sehen, dass Accidental Communities of Memory, sofern sie sich im Verlauf von und nach dem gemeinsamen Durchleben von Katastrophen, terroristischen Anschlägen, Kriegen oder auch Flüchtlingslagern entwickeln, den Menschen Möglichkeiten bieten, eine Identität auf der Grundlage ihrer Erfahrungen und Traumatisierungen zu entwickeln, die diese Erfahrungen aufnehmen kann und möglicherweise auch Wege in die Zukunft weist. Zudem haben solche Communities den Vorteil, dass die Angst vor Stigmatisierung als anormal, wie sie durch die Inanspruchnahme von psychotherapeutischen, psychoanalytischen oder psychiatrischen Behandlungsformen hervorgerufen werden kann, in solchen Communities eher nicht auftritt.⁷³

73 Bei Soldaten, die z. B. aus Afghanistan zurückkehren, könnte es sinnvoll sein, auf ihre Accidental Communities Rücksicht zu nehmen oder ihnen die Chance der Bildung solcher Communities zu ermöglichen und sie nicht durch Verlegung auf zahlreiche unterschiedliche

Denn in ihnen ist es nicht der Einzelne, der als gestört oder als anormal erscheint. Vielmehr bildet sich die *Accidental Community of Memory* im Verlauf oder Gefolge eines den Lebensverlauf der Beteiligten rapide und radikal durchbrechenden Ereignisses oder Prozesses. Möglicherweise kommt es auch nicht in dem Maße zu Schuldgefühlen, wie sie so oft bei Katastrophenopfern und selbst bei ehemals gefolterten Flüchtlingen auftreten, wobei die Schuldgefühle die Bewältigung der Traumatisierung behindern können. Ebenfalls zu sehen ist: Die *Accidental Community* macht Menschen, die Opfer der Ereignisse sind, zu Akteuren. Sie sind es nicht mehr nur, deren Schicksal beklagt wird – so lange sie in der öffentlichen Aufmerksamkeit stehen – sie werden zu einzeln und gemeinsam Handelnden, die neben die Sicht der anderen, nicht Betroffenen, ihre eigene Weltsicht und ihre Sicht auf die Katastrophe als Ereignis und Prozess stellen können. Zudem können sie in verschiedenen Fragen ihre Interessen formulieren und Kritik artikulieren – von der Verursachung der Katastrophe bis zur Frage, wie der Opfer des Ereignisses gedacht werden sollte bzw. gedacht wird.

- ➔ Ein Beispiel verdeutlicht dies: Susann Ullberg (vgl. o. J. [2009], o. J. [2009a], 2008) hat bezogen auf eine Überschwemmung in Santa Fe, im Nordosten von Argentinien, die 2003 stattfand, folgendes herausgefunden: Normalerweise sind bei starken Überflutungen in Santa Fe, die sich historisch wiederholen, diejenigen in der Bevölkerung am stärksten betroffen, die am meisten vulnerabel sind. Bei der Überflutung von 2003 traf es erstmalig hauptsächlich Angehörige der Mittelschicht, Bewohnerinnen und Bewohner, die nie vorher von den Überflutungen in der Stadt tangiert waren. Anders als für die sozial Schwachen war es für diese Schicht nicht nur ein unerwartetes, sondern ein kulturell unvorstellbares Ereignis. Daraus entwickelte sich eine Protestbewegung der Flutopfer (*los Inundados*). Diese forderte von den Regierungen der Stadt und der Provinz die Übernahme von Verantwortung für ihr Handeln vor, während und nach der Katastrophe und wurde in ihren Forderungen wiederum von lokalen Behörden abgewertet. Ullmann

Standorte auseinanderzureißen, sofern sie eine gemeinsame Unterbringung wünschen. Man könnte, durch Anerkennung als *Accidental Community of Memory* und Einräumung entsprechender Gesprächsmöglichkeiten, die Chance einer Verarbeitung ihrer – möglicherweise traumatisierenden – Erfahrungen verbessern. Vielleicht könnte solchen Communities die Möglichkeit geboten werden, auf im Hintergrund verfügbare Psychoanalytiker oder Therapeuten mit entsprechender Erfahrung bei Gesprächs- oder Therapiebedarf zurückgreifen zu können.

untersucht, wie subjektive Erfahrungen mit der Katastrophe auf sozialer Ebene ausgedrückt werden und sich dadurch eine Accidental Community of Memory konstituiert, die die Grundlage für die soziale Mobilisierung bildet (vgl. Ullberg o. J. [2009a]). Interessant ist, dass es erst zu einer Protestbewegung und einer sichtbaren Accidental Community of Memory kam, als Mittelschichtangehörige betroffen waren, während sich bezogen auf die Bewohner des Viertels, das in der Vergangenheit häufig von Überflutungen heimgesucht war, keine Solidarität entwickelt hatte. Es erscheint durchaus plausibel, dass sich Angehörige der Mittelschicht auch in anderen Ländern und bei anderen Katastrophen besser artikulieren können und dies auch tun und daher Accidental Communities of Memory in den unteren sozialen Schichten in der Regel übersehen werden. Das heißt, es wäre dringend erforderlich zu untersuchen, ob sich in den unteren sozialen Schichten solche Communities bilden, was sie von Accidental Communities der Mittelschicht unterscheidet und wie sie ggf. unterstützt werden könnten.

In jedem Fall kann konstatiert werden, dass solche Accidental Communities of Memory – jedenfalls in Deutschland vermutlich ein existierendes – aber in der öffentlichen und wissenschaftlichen Wahrnehmung unbeschriebenes – zivilgesellschaftliches Phänomen sind, das dringend intensiv erforscht werden muss. Denn wenn solche Gruppen einen Beitrag dazu leisten, dass durch gravierende Ereignisse Betroffene wieder leichter in ein Alltagsleben zurückfinden können, ohne dauernd an Traumatisierungen zu leiden, wäre ihnen vermehrt Aufmerksamkeit und Förderung zu schenken.

Es sei zur Bedeutung noch Folgendes angemerkt: Gesellschaften streben an, nach Katastrophen so schnell wie möglich wieder zu einem reibungsarm funktionierenden Alltag zurückzukehren und solche Ereignisse – abgesehen von möglichen Gedenktagen – zu verdrängen. Genau dies ist aber das Gegenteil von dem, was vielen unmittelbar Betroffenen guttut und ihre Wiederholungschancen verbessert (siehe auch Abschnitt 5.3.2). Denkt man an die Traumatherapie, so gibt es dort ebenfalls Verfahren, das Verdrängte so weit ins Bewusstsein zu holen, dass es therapeutisch bearbeitet werden kann, um die Symptome der Traumatisierung (z. B. Schlafstörungen, Phobien, Schuldgefühle) zu reduzieren oder zu verlieren. Jedoch besteht ein Problem individueller Therapie darin, dass es sich um eine Gratwanderung handelt, das Ausmaß einer für das Individuum verträglichen Offenlegung des Durchlebten individuell zu bestimmen. Jedenfalls sind es therapeutische Entscheidungen

(in der Fachliteratur wird über Probleme berichtet, die mit einer zu weitgehenden Offenlegung des Verdrängten verbunden sein können). Der Vorteil der Accidental Community ist demgegenüber, dass die daran Beteiligten selbstbestimmt und abgestimmt mit anderen die Grenzen des Thematisierbaren und den Bereich dessen, der besser verdrängt bleibt, ausloten können und (dies ist eine Parallele zu Selbsthilfegruppen) bei Überschreitung der Grenzen die Folgen gemeinsam auffangen können.

Die Accidental Communities of Memory haben, wenn sie sich nicht schnell wieder auflösen, einen darüber hinausreichenden Wert für das Gemeinwesen in Gänze. Denn sie sind Träger des kollektiven Gedächtnisses (Halbwachs 1985) für einen historisch bedeutsamen Moment oder Prozess gesellschaftlicher Entwicklung. Die dort bewahrten Erfahrungen und Lebensgeschichten unterliegen nicht der gleichen Fraktionierung, wie es in der öffentlichen Berichterstattung und selbst in wissenschaftlichen Dokumentationen und Analysen zwangsläufig der Fall ist. Zugleich sind sie Träger der symbolischen Bedeutung von Ereignissen, an denen Menschen und ihre Gesellschaften in einer schnelllebigen Zeit häufig genug achtlos vorbeigehen. Das bedeutet auch: Geht das Risiko- oder Gefahrenbewusstsein gegenüber einer möglichen Bedrohung zu leicht verloren, bieten Accidental Communities of Memory die Chance, dass die Gefahr gegenwärtig bleibt.

7.1.2 Konflikte um die Deutung von Katastrophen und Accidental Communities of Memory

Das Wissen um die gemeinsam durchlebte Katastrophe kann, wie im vorhergehenden Abschnitt dargelegt, dazu führen, dass sich in Accidental Communities eine neue, gemeinsame Gruppenidentität herausbildet. Typischerweise ist mit der Bildung von Gruppen verbunden, dass sie sich gegen andere abgrenzen. Dies kann z. B. dadurch erfolgen, dass sie eine andere Bewertung der Umstände entwickeln, wie es zu der Katastrophe gekommen ist, ob ihre Bekämpfung, die öffentliche Interpretation der Ereignisse, der Umgang mit den Opfern, die Entschädigung und die Trauerarbeit auf adäquate Weise erfolgten oder erfolgen. In diesem Sinne können Accidental Communities Zeugen, kritische Beobachter und alternative Interpreten der gesamtgesellschaftlichen Bewältigung der Katastrophe sein. Wenn die offiziellen Bewältigungsformen den Opfern oder ihren Angehörigen in Accidental Communities nicht adäquat erscheinen, bringen sie

eigene, starke Erzählungen oder Narrative hervor, gegebenenfalls auch eigene Rituale des Gedenkens.⁷⁴

Die Zeitdauer, die Katastrophen im gesamtgesellschaftlichen kollektiven Gedächtnis (Halbwachs 1985) verbleiben bzw. die Geschwindigkeit, mit der sie sich aus diesem verlieren und vielleicht nur noch an Jahrestagen wieder hervorgeholt werden, differiert. Celesta Kofman Bos, Susann Ullberg und Paul't Hart (2005, S. 5 f.) stellen fest, dass einige Katastrophen, z. B. die Hitzewelle in Chicago (vgl. Klinenberg 2002), in deren Verlauf 700 Menschen starben, aus dem amerikanischen öffentlichen Gedächtnis fast vollständig verschwunden sind, während sehr viel weniger tödliche Katastrophen wie Hurrikan Andrew (vgl. Peacock, Morrow et al. 1997) und die Lockerbie Pan-Am-Tragödie lebendig blieben. Ihre zentrale Hypothese ist, dass das Ausmaß und die Art der Katastrophenerinnerung nicht allein eine Frage der physischen Charakteristiken ist, wie der Zahl der Opfer oder des Grades an sozialer Störung, die sie zur Zeit des Ereignisses verursachten. Vielmehr sollte die Erinnerung als Produkt einer politischen Begegnung zwischen dem Gedächtnis an der Basis (grass-roots memory) und der Prozessierung von Katastrophen auf Elite-Ebene gesehen werden. Die Grundlage für die Analyse von Kofman Bos et al. sind zwei qualitative Fallstudien – das Flugzeugunglück der EL AL von 1992 in Amsterdam und der Untergang der Fähre M/V Estonia in der Baltischen See 1994 –, bei denen es Konflikte zwischen den Erinnerungen an der Basis (grass roots) und der Erinnerung und Interpretation der Ereignisse durch die jeweiligen Regierungen gab. In beiden Fällen konnten die Regierungen die Katastrophe nicht vergessen, da es von unten einen kontinuierlichen Druck gab, ungelöste Fragen zu klären. Zunächst ist zu sehen, dass nach Abklingen einer Bedrohung erst die existentielle Unsicherheit deutlich wird, die von einer Katastrophe ausgeht. Mit ihr verbinden sich Ängste

74 Dazu kann auch gegebenenfalls gehören, die eigene Accidental Community anderen gesellschaftlichen Gruppen gegenüber als moralisch überlegen zu positionieren. Nina Gren hat eine Konzeptualisierung als moralische Gemeinschaft am Beispiel eines palästinensischen Flüchtlingscamps untersucht, in dem sich die Campbewohner als moralisch überlegen gegenüber Widersachern und Feinden konstruierten. Thematisiert wurde im Camp offenbar auch die moralische Verunreinigung durch Kontakte mit Außenseitern, besonders Israelis, durch Arbeit oder Inhaftierung in Israel sowie durch einen Trend in Richtung Modernisierung und Konsumorientierung. Wie sehr die Gemeinde unter fortlaufender Bedrohung stand, las Nina Gren daran ab, dass die Bewohner die Moralität und Gemeinschaft der Campbewohner in der Vergangenheit immer als besser als in der Gegenwart konstruierten (vgl. Gren 2008, S. 1 f.).

und manchmal in besonderem Ausmaß kollektiver Stress. Die Frage ist nun, wie Erfahrungen individuell und kollektiv gespeichert werden. Dabei erscheint die Vorstellung eines Archivmodells, das davon ausgeht, dass sich im Gedächtnis Erfahrungen kumulativ ansammeln, problematisch. Denn bei diesem Modell werden politische Kämpfe bei der Rekonstruktion der Erfahrung der Vergangenheit ignoriert. Basierend auf dem Konzept von Maurice Halbwachs (1985), entsprechend dem individuelle Erinnerungen sozial produziert werden, indem Menschen ihre Erinnerungen durch die Erinnerungen anderer neu schreiben (re-script) und Foucaults Betonung der politischen Natur des öffentlichen Gedächtnisses in Form politischer und sozialer Kontrolle, werden von Kofman Bos et al. folgende konzeptionelle Unterscheidungen getroffen:

1. die Vergangenheit als eine große Datenbasis von Ereignissen, vor deren Hintergrund Krisenakteure stehen,
2. ein Teil der Vergangenheit, die im Gedächtnis als individuelle und kollektive Repräsentation der Vergangenheit abgespeichert wird.

Dabei wird das formelle Gedächtnis von professionellen Historikern, Journalisten, Filmemachern und anderen Akteuren geformt und auf der nationalen Ebene bewahrt, während ein Teil der Vergangenheit nur informell im Gedächtnis von Individuen und lokalen Gemeinden erinnert wird. Die „Geschichte“ ist der Teil des kollektiven Gedächtnisses, der durch eine autoritative und dominante Koalition von Handelnden ausgewählt und zur Erinnerung eingeschmolzen wird. Er wird in offiziellen Gedenk-Praktiken und offiziellen Untersuchungen der Vergangenheit wiederholt und fortgeschrieben (vgl. Kofman Bos et al. 2005, S. 7 f.). Durch „Technologien der Erinnerung“, die sich auf Objekte, Bilder und Repräsentationen beziehen, wie Plätze, Zeremonien und Architektur, werden Teile der Vergangenheit in die Erinnerungsarbeit einbezogen. Auf der Elite-Ebene ebenso wie auf der Basis-Ebene (grass-root) findet retrospektive Sinnfindung statt. Sie ist ein integraler Bestandteil politischer Erfahrung in einer Gesellschaft. Dabei können Fragen dazu, was sich warum ereignet hat und wie wir reagiert haben, zu einer Quelle von Konflikten und Verhandlungen werden (vgl. Kofman Bos et al. 2005, S. 8). Insbesondere betroffene Gemeinden und Gruppen der Opfer von Katastrophen können in der Erinnerungsarbeit – als Teil ihres post-traumatischen Coping-Prozesses – engagiert sein (z. B. in der Durchführung von Zeremonien, im Herausbringen von Web-Seiten), um öffentlich Aufmerksamkeit, Respekt und vielleicht auch aktive Unterstützung für ihr Anliegen zu erlangen. Diese Aktivitäten können von Journalisten aufgenommen

werden. Dabei werden Fakten und Interpretationen über die Vergangenheit in den Vordergrund gerückt, die zum Teil nicht mit den von Regierungen herausgestellten zusammenpassen. Unter Umständen wird die Regierung oder Verwaltung herausgefordert, einen für abgeschlossen erklärten Fall wieder aufzunehmen, wobei in Demokratien mit einer größeren Freiheit an Kommunikation, Information und Organisation die Mittel geringer sind, Erinnerungen an der Basis hervorzurufen oder zu unterdrücken (vgl. Kofman Bos et al. 2005, S. 9). Häufig bestehen solche Gruppen an der Basis inzwischen aus *Accidental Communities of Memory*, deren Beteiligte – wie oben dargestellt – Fremde sein können, die nur durch das Ereignis verbunden sind.

Im Folgenden wird der von Kofman Bos et al. (vgl. 2005, S. 10 ff.) herausgearbeitete Zusammenhang zwischen den Geschehnissen, der Erinnerungsarbeit durch die Regierung und an der Basis anhand der zwei genannten Fallbeispiele dargestellt. Dabei werden beide Ereignisse kurz rekapituliert.

Fallbeispiel 1: Absturz der Boeing 747 in zwei Wohnblöcke des suburbanen Gebietes Bijlmermeer, südöstlich von Amsterdam am 4. Oktober 1992 (43 Menschen starben, 266 Wohnungen wurden zerstört; in dem Stadtviertel, in dem das Flugzeug abstützte, wohnten 31.032 Menschen. Die Bewohner waren Migranten aus allen Teilen der Welt, zumeist der ersten und zweiten Generation, einige von ihnen sprachen nicht die holländische Sprache. Immigranten aus Surinam und den Holländisch Antillen und Ghana waren am stärksten von den Folgen des Absturzes betroffen. Sozioökonomische Situation der Bewohner: geringes bis mittleres Einkommen, hohe Arbeitslosenrate, hoher Anteil von Sozialhilfempfängern, schneller Wandel der Zusammensetzung der Bevölkerung durch geringe mittlere Verweildauer von nur vier Jahren, einige illegale Immigranten.

Das Handeln des Bürgermeisters und der Stadtverwaltung von Amsterdam erfolgte im Sinne einer sorgenden Verwaltung. Es umfasste nach dem Ereignis: S&R, Brandkontrolle, Aufbau von Notunterkünften, Identifikation der Opfer, Erstellung einer Vermisstenliste, Suche nach den Gründen für die Katastrophe, Erklärung, dass die Stadt nicht wegen Rasse, ethnischer Zugehörigkeit, legalem oder illegalem Status der Betroffenen diskriminieren würde und die Opfer so lange wie notwendig mit psychologischer und materieller Unterstützung ausgestattet würden (Relief). Illegalen Immigranten wurde versichert, dass sie legalisiert würden, was zum Anschwellen der Zahl illegaler Immigranten führte, die sich als Opfer registrieren ließen. Dies wiederum führte zu Verblüffung in

der Öffentlichkeit, dass Menschen die Katastrophe zu ihrem eigenen Nutzen missbrauchten (55 illegale Immigranten erhielten eine Aufenthaltserlaubnis). Ethnisch-kulturelle Organisationen der am stärksten betroffenen Gruppen bildeten einen Tag nach dem Ereignis Krisenentlastungseinheiten (Relief-Units), die ihre Mitglieder emotional und physisch unterstützten. Wegen der Vielzahl der zu berücksichtigenden Sprachen und der unterschiedlichen kulturellen Hintergründe der Betroffenen stimmte die Stadt Information und Versorgung auf die einzelnen Ethnizitäten und Nationalitäten ab. Die Katastrophenhilfe der Stadt wurde für kurze Zeit durch Medien und Regierungsstellen positiv hervorgehoben.

Nach offiziellen Statements bestand die Ladung des Flugzeugs aus Blumen und Parfum. Als ein Bewohner des Stadtviertels zwei Wochen nach dem Ereignis Flugzeugrechnungen fand, auf denen „military ordnance eqp“ (militärisches Nachschubzubehör) geschrieben stand, kam es zu Gerüchten und zu einer endlosen Abfolge von Untersuchungen und Befragungen über die Ladung des Flugzeugs. In den Folgejahren wurde aus der akuten Krise eine chronische Krise, in der die mysteriöse toxische Fracht thematisiert wurde. Bewohner und S&R-Kräfte entwickelten alle möglichen Arten von Gesundheitsproblemen, die sie in einem Zusammenhang mit dem Absturz sahen. Da weder die Stadt Amsterdam noch die nationale Regierung und Verwaltung in der Lage waren, die Gerüchte zu entkräften und die Unsicherheit aufzuheben, kam es auch zu einer Vertrauenskrise. Diese wurde dadurch verstärkt, dass ein Jahr nach dem Ereignis ein niederländisches Forschungszentrum erklärte, dass die Boeing u. a. schwach radioaktives Uran an Bord hatte, von dem ein Teil fehlte, was wiederum zu einer öffentlichen Diskussion über die mögliche Schädlichkeit des Urans führte. Entwarnende Ergebnisse der Untersuchung durch einheimische Sachverständige wurden von ausländischen Experten bestritten. Es kam zu keiner Beruhigung der Bewohner und auch operatives Dienstpersonal begann, Gesundheitsprobleme mit dem Flugzeugabsturz zu verbinden.

Offizielle Gedächtniszeremonien begannen bereits eine Woche nach dem Aufprall (15.000 Teilnehmer). Von Bewohnern wurde spontan ein Baum in der Nähe des Unglücksortes als Gedächtnismonument genutzt und später, 1997, eine alternative Gedächtnisveranstaltung abgehalten, weil die Bewohnerinnen und Bewohner fanden, dass die Stadt nicht alle Opfer des Unglücks wahrgenommen hatte. Neben den Gerüchten um die toxische Fracht ergab sich ein weiteres Konfliktmoment dadurch, dass entgegen der Zusage der Behörden, den Luftraum

über Bijlmermeer zu räumen, sogar die offizielle Gedächtniszeremonie ein Jahr nach dem Ereignis durch Geräusche überfliegender Flugzeuge gestört wurde.

Die Bewohner entwickelten Selbsthilfegruppen, die sich mit der Zeit in ihrer Zusammensetzung änderten. Hinzu kamen Bürgerinitiativen und themenbezogene Gruppen, die sich mit verschiedenen Nachwirkungen der Katastrophe und Fragen der Sicherheit, u. a. des Flughafens Schiphol, befassten. Für diejenigen, die unter posttraumatischen Stresssymptomen litten und sich von der Außenwelt isolierten, arrangierten Geistliche und Sozialarbeiter Treffen mit anderen Opfern. Insgesamt wendeten sich über 700 Menschen an die lokalen psychiatrischen Dienste. Es entstand ein Muster zahlreicher formeller und informeller Initiativen von Opfern des Absturzes, die in ihrer Heterogenität die Bewohnerschaft von Bijlmermeer reflektierten, wobei sich der Kreis von Menschen, die sich selbst als Opfer definierten, ausdehnte. Die Autoren sprechen davon, dass sich die Saga des Flugzeugaufpralls mit der Zeit zu einem politischen Feuersturm entwickelte. Sie konstatieren, dass sich Regierungen und Verwaltungen erst viel zu spät um die Gerüchte gekümmert haben und auch den gefühlten Gesundheitsproblemen von Opfern, S&R-Kräften sowie Flughafenpersonal lange keine Aufmerksamkeit schenkten, so dass es zu einer öffentlichen Gesundheitskrise kam.

Nach dem Regierungswechsel kam es zur Untersuchung durch ein Untersuchungskomitee. Die Untersuchung begann 1999 mit öffentlichen Anhörungen und wurde im Fernsehen übertragen. In ihrem Verlauf kam es zunächst erneut zu einer politischen Krise mit heftigen öffentlichen Debatten, weil es Koordinationsirrtümer und neue Enthüllungen gab, die die Glaubwürdigkeit von Regierung und Verwaltung erschütterten. Das Komitee stellte fest, dass es nicht die Fracht, sondern das Freiwerden toxischer Substanzen beim Aufschlag des Flugzeugs war, die zur Erkrankung vieler Menschen geführt hätten, und dass schlechtes Management und Nachlässigkeit von Regierung und Verwaltung die Gesundheitsprobleme verschlimmert hätten. Schließlich sei es durch die Untersuchung zu einer Katharsis gekommen, so dass die Bijlmermeer-Katastrophe nach dem Ende der parlamentarischen Debatte von der politischen Agenda verschwand. Nachdem (12 Jahre nach dem Ereignis) die betroffene Gemeinde schließlich eine ausführliche Gesundheitsstudie veröffentlichte, entsprechend der keine Gesundheitsprobleme gefunden wurden, die etwas mit dem Ausgesetztsein gegenüber dem Ereignis zu tun hatten, scheint der Fall – zumindest auf nationaler Ebene – im kollektiven Gedächtnis abzuklingen.

Fallbeispiel 2: Untergang der M/V Estonia am 27.9.1994 mit 989 Menschen an Bord, von denen 852 (459 Frauen, 393 Männer) starben, davon allein 501 Schweden und 347 Esten (unter ihnen der größte Teil der Schiffscrew). Die übrigen Opfer kamen aus allen Teilen der Welt. 94 Tote wurden geborgen, 758 wurden für vermisst erklärt. 137 Menschen, darunter 51-54 Schweden,⁷⁵ überlebten die Katastrophe. Beruflich handelte es sich bei den Passagieren um Studenten, Angestellte, Rentner, LKW-Fahrer, Fährrbesatzung, öffentliche Bedienstete, Krankenschwestern und Polizeibeamte. Kofman Bos et al. konzentrieren sich in ihrer Studie auf Schweden. Daher werden im Folgenden die Entwicklungen in Schweden dargestellt.

Die schwedischen Passagiere kamen aus dem gesamten Land (aus Dörfern, Klein- und Großstädten). Einige Gemeinden waren besonders betroffen, weil Arbeitskräfte oder soziale Klubs von dort mit der Estonia gereist waren. Eine Abteilung der Polizei von Stockholm verlor 63 ihrer 68 Beschäftigten. Hunderte von Familien waren leidtragend. Da alle Opfer, Tote wie Überlebende, Teile sozialer Netze in ihren lokalen Gemeinden waren und Verwandte und Freunde in ihren Heimatländern und außerhalb hatten, waren mehrere Tausend Menschen direkt oder indirekt betroffen. Zusammengenommen waren sie eine ausgedehnte Accidental Community of Memory. Tatsächlich entwickelten sich mehrere kleinere Communities of Memory, die unterschiedliche Formen von Erinnerungsarbeit leisteten. In ganz Schweden wurden nach Verbreitung der Nachricht über die Katastrophe durch regionale und lokale Behörden an verschiedenen Orten Krisenzentren auf Gemeindeebene eingerichtet, die professionelle und freiwillige posttraumatische Unterstützung in Krankenhäusern und an anderen öffentlichen Orten anboten. Zudem arbeiteten spontane Krisengruppen, insbesondere in stark betroffenen Gemeinden. Innerhalb eines Monats nach dem Ereignis bildeten sich fast zwanzig Gruppen in verschiedenen Teilen des Landes, die aus nahen Angehörigen der Opfer und Überlebenden bestanden. Unter diesen verwandelten sich vermutlich neun in zivile Gesellschaften (damit einer langen Tradition in Schweden folgend). Die Größe der unterschiedlichen Gruppen variierte von wenigen Familien bis zu einer mit 3.000 Mitgliedern (2003 waren noch sieben aktiv). Finanziert wurden sie durch private Spenden ihrer Mitglieder und den schwedischen Staat. Die Ziele der Gruppen reichten von Kompensation durch eine maritime Versicherungsgesellschaft (Zielerreichung innerhalb

75 Auf S. 16 des Aufsatzes wird die Zahl der überlebenden Schweden mit 51, auf S. 17 mit 54 beziffert.

eines Jahres), Gerichtsverfahren in Frankreich gegen die deutsche Reederei der M/V Estonia und die Zertifizierungsgesellschaft, Wiederaufnahme des Lebens durch psychologische Unterstützung und Ermöglichung von Treffen unter den 51-54 schwedischen Überlebenden.

Schnell wurde die Frage, was mit dem Schiffswrack und den Vermissten zu tun sei, zu einem zentralen Thema, das bereits wenige Tage nach dem Ereignis auf der politischen Agenda stand. Die Frage, ob das Wrack gehoben werden sollte, führte zu unterschiedlichen Auffassungen, die auch ethische Fragen tangierten. Zunächst versprach die Regierung, das Wrack zu heben, dann empfahl ein von der Regierung zusammengerufenes ethisches Komitee nach kontroversen Debatten, dass das Wrack nicht gehoben werden solle, sondern das Gebiet mit dem Schiffswrack rechtlich als Grab geschützt und unter Aufsicht gestellt werden solle. Dieser Empfehlung folgte die Regierung, und sechs Monate später wurde ein entsprechendes Gesetz verabschiedet (wonach keine Manöver in der zum Grab erklärten Region mehr stattfinden durften) und die Regierung beauftragte ein Privatunternehmen damit, das Wrack in Beton einzugießen (Kosten 32 Mio. €). Es kam durch die Verbindung zwischen den vermissten Körpern und dem Gedenken an die Opfer zu intensiven Diskussionen in der schwedischen Gesellschaft und in den Massenmedien, an denen sich auch die protestantische Kirche anfänglich dadurch beteiligte, dass sie befand, den Verwandten müssten die toten Körper zurückgegeben werden, damit sie entsprechend christlicher Tradition an Land beerdigt werden könnten. Später änderte die schwedische protestantische Kirche ihre Auffassung und favorisierte das Grab in der See. Eine große Zahl von Herausgebern von Zeitungen unterstützte die Regierungsposition. Die Expertenpositionen waren nicht so homogen, wurden aber durch die Medien so interpretiert, als käme von ihrer Seite Unterstützung für die Regierungspolitik. Die Erinnerungsarbeit der Verwandtengruppen (Manifestationen auf der Straße, Ausstellungen, nationsweite Sammlung von Unterschriften), wurde als emotional, auf Kummer basierend und daher „irrational“ und im Gegensatz zur offiziellen „rationalen“ Politik stehend beschrieben. Zwischen der schwedischen Regierung und den Gemeinschaften der Opfer kam es zu Spannungen über die Erinnerungsarbeit. Die Regierung wollte der Tragödie ein Ende setzen, indem sie die See zum Grab erklärte, und eine nationale Gedenkstätte irgendwo in Schweden schaffen. Dadurch war symbolisch jeder spätere Bergungsversuch ausgeschlossen und durch das Einbetonieren der Estonia auch faktisch. Während dies für einen Teil der Communities of Memory akzeptabel schien, war die Vorstellung der Endgültigkeit der See als Grabstelle

für andere unerträglich. Zu den Spannungen kam es aufgrund des anfänglichen „Versprechens“ der Regierung, das Wrack und die Leichen der Vermissten zu bergen und der fehlenden Einlösung. Hierdurch entwickelte sich eine Distanz zwischen sozialer und politischer Sinnstiftung. Diese Kluft reduziert sich bei den jährlichen Erinnerungsveranstaltungen, da viele politisch Verantwortliche daran aktiv teilnehmen. Die Gruppen der Angehörigen und Opfer versuchten auch die Bedeckung des Wracks mit Beton aufzuhalten, damit mögliche Beweise nicht vernichtet würden, was auch eine Zeitlang gelang.

Das zweite konflikthafte Thema hatte mit der Untersuchung der Ursachen für den Untergang der Fähre zu tun. Es kam zu einem „Kampf der Berichte“, in dem die Auffassungen über die Ursachen des Untergangs stark divergierten. In den Jahren seit der Katastrophe veränderte sich die Charakterisierung des Ereignisses und seiner Folgen im kollektiven Gedächtnis. Was zunächst als nationale Katastrophe erinnert wurde, wurde zunehmend zur Erinnerung an einen politischen Konflikt. Die beiden zentralen nicht erledigten Themen, Suche nach Verantwortung für das Ereignis und das Schicksal der fehlenden Leichen bilden den Treibstoff für die laufenden Erinnerungskämpfe. Gerüchte, Mythen und Konspirationstheorien um das Schiffswrack werden weiter produziert. So wurde u. a. behauptet, die Estonia habe für geheime Transporte militärisches elektronisches Zubehör transportiert, das in dem Schiffswrack eingeschlossen sein könne.

Um den Erinnerungskampf zu beenden, wurde von der schwedischen Regierung eine für die Öffentlichkeit zugängliche „Memory Bank“ eingerichtet, in der alle relevanten Informationen über die M/V-Estonia-Katastrophe gesammelt werden sollten. Welche Informationen relevant sind, wird mit den Opfern und Verwandten-Organisationen in einem Ausschuss abgestimmt, so dass darin ein Versuch gesehen werden kann, Konsens herzustellen und den Konflikt zu beenden.

Der *Vergleich der beiden Fallstudien* zeigt, dass auch in reichen, demokratischen Gesellschaften Gemeinden unterschiedlich gut ausgestattet sind, um mit den Konsequenzen von Katastrophen umzugehen, so dass von einer sozialen, politischen und ökonomischen Heterogenität und unterschiedlichen Vulnerabilitäten auszugehen ist (vgl. Kofman Bos et al. 2005, S. 20 ff.). Die Macht von Gemeinden, die abhängig von der sozialen Schichtzugehörigkeit zu sehen ist, kann die Fähigkeit der Opfer beeinflussen, die Katastrophe auf die politische Agenda zu setzen und dort auch lebendig zu halten. Dies ist armen, entrechteten

Gemeinden nicht möglich. Obwohl die Bijlmermeer-Gemeinde bereits vorher existierte, konnte sie wegen ihrer sozialen Zusammensetzung (multiethnisch, arm, marginalisiert) kaum Einfluss gewinnen. Auch fehlte die staatliche Unterstützung für die Selbstorganisation. Demgegenüber waren die von dem Untergang der Estonia Betroffenen gut integrierte, in bürokratischen Fragen kompetente, vornehmlich weiße Bürger der Mittelschicht. Sie konnten Accidental Communities of Memory (im Sinne von Malkki 1997) bilden, sich zudem auf der politischen Arena kontinuierlich Gehör verschaffen und wurden bei der Selbstorganisation durch den schwedischen Staat in Form von Anreizen und finanziellen Mitteln unterstützt. In Bijlmermeer kam es nach der Katastrophe zu einem Bruch zwischen den Bildern und Erfahrungen der Betroffenen und der Regierung. Die Betroffenen bedurften der mehrjährigen Beharrlichkeit einiger Menschen sowie der Medienklugheit eines Ministerpräsidenten, um den Fall durch Einsetzen einer Untersuchungskommission wieder aufzunehmen. Diese konnte die Gerüchte und konspirativen Theorien entkräften und die Opfer in ihrer Behauptung legitimieren, dass die Regierung bezogen auf die Gesundheitsprobleme der Bewohner gleichgültig gehandelt hatte und nicht hinreichend Informationen über die Fracht der abgestürzten Maschine gewonnen und weitergegeben hatte.

Im Fall der Estonia kam es ebenfalls zu einer Diskrepanz zwischen der Erinnerung der Überlebenden und Angehörigen und der politischen Erinnerung. In diesem Fall hielt die politische Revision der Geschichte in Form von Untersuchungen über die Ursachen der Katastrophe – jedenfalls zum Zeitpunkt der Untersuchung von Kofman Bos et al. (2005) – noch an.

Insgesamt lehrt die Untersuchung, dass es, je größer die Diskrepanz zwischen der Erinnerung der Betroffenen und der nachkatastrophischen politischen Bearbeitung und Interpretation der Ereignisse ist, um so wahrscheinlicher ist, dass die Geschichte der Katastrophe revidiert wird. Da Behörden nach Katastrophen häufig mit Kritik konfrontiert sind, werden sie zunächst nach einem Ereignis versuchen, den Rekonstruktionen durch die Opfer zuvorzukommen, indem sie ihre eigenen Rekonstruktionen präsentieren. Da die Opfer oder ihre Angehörigen ebenfalls ihre Sicht der Ereignisse, ihre Fragen und Erinnerungen in ihren Accidental Communities of Memory kommunizieren und auch über die Medien und auf andere Weise öffentlich machen, kommt es zu einem Aushandlungsprozess über die Geschichte der Ereignisse. Kofman Bos et al. (2005, S. 23) vermuten, dass es nach dem politischen Abschluss eines Falles zur Wiederaufnahme

und Neuverhandlung der etablierten politischen Bilder durch einen von den Opfern oder ihren Angehörigen in Gang gesetzten Bottom-up-Prozess kommt, der sich seinen Weg zu den Eliten und in die Massenöffentlichkeit bahnt. Bei beiden Fallbeispielen kam es zu einer Diskrepanz zwischen der Selbstinszenierung von Regierungen und der Wahrnehmung durch die Opfer. So brach die schwedische Regierung ihr zunächst gegebenes Versprechen, die Vermissten zu bergen. In Amsterdam erwies sich die „sorgende“ Regierung als gleichgültig gegenüber Gesundheitsfragen und beide Regierungen waren nicht sonderlich bemüht, die Zusammenhänge und Ursachen der jeweiligen Katastrophe aufzuklären. Diese Lücke wurde mit verschiedenen Gerüchten, u. a. konspirativen Theorien, gefüllt.

Zu sehen ist, dass die Situation von Betroffenen nach einer Katastrophe ambivalent ist. Einerseits wollen sie wieder am Leben teilnehmen, andererseits die Erinnerung an die Katastrophe lebendig erhalten, sie möchten Kompensation und/oder die Ursachen der Katastrophe verstehen.

Bei künftigen Untersuchungen sollte der subtile und stratifizierende Charakter der Gemeinden bzw. der Gruppen von Opfern einer Katastrophe berücksichtigt werden.

Aus den Untersuchungen von Kofman Bos et al. (2005) können für Deutschland folgende Schlüsse gezogen werden:

➔ **Fazit und Empfehlungen:** Es empfiehlt sich nach einem Ereignis frühzeitig eine offene und aufklärende Vorgehensweise, bei der Begleitumstände des Ereignisses (hier z. B. die Flugzeugfracht) nicht verschwiegen werden. Ein Bemühen auf politischer Ebene, die Geschehnisse vergessen machen zu wollen, das Bemühen, die Katastrophe mit den Verursachungszusammenhängen „zuzudecken“ (hier: Einbetonieren der Estonia) wird im Zweifel dazu führen, dass es zu gravierenden Vertrauensverlusten kommt, dass die Opfer sich in ihren Anliegen nicht ernst genommen fühlen und im Zweifel nicht ruhen werden, bis die Katastrophe auf der politischen Agenda die Bedeutung gewinnt, die sie für angemessen halten.

Es könnte durchaus empfehlenswert sein, Katastrophenopfer und Angehörige nicht nur bei Untersuchungen anzuhören, sondern ihnen zur Erhöhung der Legitimität der Untersuchung von Katastrophenursachen und zur Vertrauensbildung

eine aktive Beteiligung an der Untersuchung und Aufarbeitung der Ereignisse zu ermöglichen. Accidental Communities könnten Personen ihres Vertrauens für die Mitwirkung an Untersuchungen vorschlagen (wie im Ausschuss der „Memory Bank“ für die Estonia).

Katastrophenopfer und Angehörige können sich zu Accidental Communities of Memory zusammenschließen, die von staatlicher Seite (wie dies in Schweden der Fall war) gefördert werden sollten, und zwar unabhängig davon, ob es sich bei den Betroffenen um Mittelschichtangehörige oder um marginalisierte Gruppen und Minderheiten handelt. Wenn es ersteren vielleicht möglich ist, solche Communities auch ohne staatliche Hilfe zu initiieren und aufrechtzuerhalten, wäre es bezogen auf letztere besonders wichtig, sie in einer solchen Lage mit ihrer Trauer, den emotionalen Problemen und ungeklärten Fragen nicht allein zu lassen.

7.2 Katastrophe, Traumatisierung und Identität

Auf den ersten Blick könnte man glauben, dass die Katastrophe zwar Leben und materielle Existenz angreifen kann, ebenso die sozialen Vernetzungen, jedoch das Individuum unangetastet lässt. Wie zahlreiche Studien unterschiedlicher Disziplinen (Soziologie, Ethnologie, Psychoanalyse) zeigen, ist jedoch das Gegenteil der Fall. Katastrophen greifen tief in das menschliche Selbst auf individueller und kollektiver Ebene ein. Während Psychologen und Psychoanalytiker zumeist auf die auch generationenübergreifende Wirkung von Traumata auf Individuen (insbesondere Belastungsreaktionen, PTSD, Anpassungsstörungen) konzentriert sind, hat sich insbesondere Vamik D. Volkan (2000) dem Zusammenhang zwischen Großgruppenidentität⁷⁶ und „gewähltem Trauma“⁷⁷ zugewandt. Er untersucht, unter welchen Bedingungen es zu einer Traumatisierung von Kollektiven, z. B. ethnisch-kulturellen Gruppen oder sogar ganzen Gesellschaften kommen kann, und die Prozesse, wie das Trauma über Generationen hinweg weitergegeben werden kann, indem es in die Kernidentität der Angehörigen der Großgruppe eingebaut wird und die Gruppenidentität mitbestimmt. Volkans Konzept und seine Kernthesen sind von besonderem Interesse für die Frage der Herausbildung und Verstärkung von Identitäten bei ethnisch-kulturellen Minderheiten, aber auch in der Majoritätsgesellschaft.

Volkan geht davon aus, dass die Kernidentität der einzelnen Menschen unbewusst und nur schwer lösbar mit ihrer Großgruppenidentität verbunden ist. Erkennbar sei dies an einem tiefen Gefühl der Zugehörigkeit zur Großgruppe und der Unverwechselbarkeit der Verbindung zu ihr. Dabei beeinflusst die

76 Unter Großgruppenidentität versteht Volkan „the subjective experience of thousands or millions of people who are linked by a persistent sense of sameness, while also sharing some characteristics with others who belong to foreign groups“ (Volkan 2007, S. 3 f.).

77 Der Begriff „auserwähltes Trauma“ in der deutschen Fassung des Aufsatzes ist möglicherweise unglücklich übersetzt. Im englischen Abstract ist von „chosen trauma“, also gewähltem Trauma die Rede. So wird der Begriff z. B. auch von Krause (2008, S. 344 ff.) verwendet.

Großgruppenidentität intrapsychische Konflikte, Symptome und Charakterzüge des Einzelnen. In den Individuen speichert sich eine Repräsentation gemeinsamer historischer Ereignisse. Diese Repräsentation verbindet wiederum die Identität des Individuums mit der Identität der Großgruppe, auf die sich die Repräsentation bezieht. Auch der Symptomausdruck beim Einzelnen werde durch die historische Erfahrung der Großgruppe geformt und das Individuum entwickle einen Widerstand dagegen, diesen Symptomausdruck (den Vulkan als Psychopathologie bezeichnet) aufzugeben, weil die Aufgabe eine Bedrohung der beruhigenden Identifikation mit der Großgruppe bedeutet.

Den psychoanalytischen Hintergrund für diese Verklammerung von individueller und Gruppenidentität sieht Volkan im Prozess der Identitätsentwicklung des Kindes, bei dem es zu einer Externalisierung und Internalisierung von Selbst- und Objektbildern kommt. Zunächst werden dabei vom Kind unintegrierte „böse“ und unintegrierte „gute“ Selbst- und Objektbilder und die dazugehörigen Affekte externalisiert, um das eigene Selbstbild nicht zu beschädigen. Im Verlauf der Entwicklung werden die externalisierten Bilder und Affekte zur Selbstfindung partiell wieder reintegriert und internalisiert, während das Selbstbild an Realitätsgehalt gewinnt. Dies gilt nicht nur für die „guten“ Merkmale der eigenen Gruppe, sondern auch für die „schlechten“ Merkmale der Anderen, mit denen die Gruppe in Interaktion steht (vgl. Krause 2005, S. 3). Jedoch erfolgt die Reintegration und Internalisierung nicht vollständig. Die Kernidentität unterliegt im Laufe des Lebens einem Wandel und schließt die Großgruppenidentität ein (vgl. Volkan 2000, S. 934). Unter dem Dach der Großgruppenidentität fühlen „sich die Menschen ganz prinzipiell als wechselseitige Erweiterung ihrer religiösen, nationalen oder ethnischen Identitätsgruppe“ und bilden je nach Geschlecht, Klassenzugehörigkeit, sozialem Status, Bildungsstand, Beruf, Familie oder Clan Unteridentitäten aus. Fühle sich ein Individuum in seiner Kernidentität angegriffen, empfinde es einen sehr viel höheren Grad an Angst als bei einem Angriff auf die Unteridentität (der Beruf könne ja z. B. gewechselt werden). Die Auflösung der Kernidentität führe sogar zu einem Schock.

An dieser Stelle erscheint das Konzept von Vulkan zu stark historisch gebunden. Die Unterscheidung zwischen Kernidentität und Großgruppenidentität ist plausibel. Was die jeweilige Kernidentität und was die Unteridentität ausmacht, kann jedoch nicht global bestimmt werden und variiert im Zeitverlauf. Beispiele: Wenn Eltern ihr Kind verlieren, wenn es sehr jung ist oder gewaltsam stirbt oder verschwunden ist, kann die Trauer lebenslang dauern. Das spricht

dafür, dass in diesem Fall Familie zur Kernidentität gehört. Ebenso kann der Beruf ein zentrales Moment der Identifikation sein und der Verlust des Zugangs zur Tätigkeit im eigenen Berufsfeld kann sich existenzbedrohend auswirken. In anderen Fällen ist die Berufstätigkeit im Wesentlichen ein Mittel, um Geld zu verdienen. Dann handelt es sich allenfalls um eine Unteridentität. D. h., die Identifikationsgrade variieren interindividuell sehr stark. Vor 300 Jahren hätte Ethnizität möglicherweise nicht zur Kernidentität gehört, sondern eher die Stadt- oder Zunftzugehörigkeit.

Was auch immer die Kernidentität von Individuen oder Großgruppen ausmacht, wäre bei Untersuchungen zu berücksichtigen, um zu ermitteln, ob durch eine Katastrophe die Kernidentität von betroffenen Menschen bedroht oder geschädigt wurde.

Unter bestimmten Bedingungen kann die Externalisierung „guter“ unintegrierter Selbst- und Objektbilder eine wichtige, idealisierende Besetzung der Großgruppe hervorrufen, so dass sich Kernidentität und Großgruppenidentität ineinander verflechten. Dazu müssen die „Speicher“, die die guten nicht integrierten Selbst- und Objektbilder aufnehmen, geeignet sein, möglichst von allen Kindern der Großgruppe geteilt werden und überdies dauerhaft sein. Als Beispiele nennt Volkan „Kilts und Dudelsäcke für schottische Kinder, die Sauna für finnische, und Dreidel und Matzoklößchensuppe für jüdische Jungen und Mädchen“. Seine These ist: „Jede ethnisch, religiös oder national definierte Großgruppe teilt sich einen bestimmten Schatz an erkennbaren ‚geeigneten‘ Speichern“ (Volkan 2000, S. 937). Solche „geeigneten“ Speicher können, aber sie müssen keine Verbindung zu historischen Ereignissen aufweisen. Jedoch würden Kinder in ihrer Wahl von Objekten oft bewusst oder unbewusst durch signifikante Bezugspersonen unterstützt, so dass sie Objekte von historischer Bedeutung wählten, die unter Mitgliedern der Großgruppe allgemein anerkannt wären. Dadurch wird (anders als bei den individuell vom Kind gewählten oder geschaffenen magischen Übergangsobjekten) eine transgenerationelle Verbindung zur Großgruppe hergestellt, die dazu führe, dass fast alle Kinder einer Generation die gleichen geeigneten Speicher verwendeten, die klandestin weitertradiert werden (Volkan 2000, S. 936). Die Kultur biete auf diese Weise Aufbewahrungsorte für die nicht integrierten Selbst- und Objektbilder an, so dass die Kinder subtil in die ethnische, nationale und religiöse Identität der Großgruppe eingeweiht würden. Durch diesen Prozess komme es zu einer Akkulturation von Kindern, die zu Beginn ihres Lebens, bezogen auf ihre Großgruppenidentität,

Generalisten seien, an die Kultur der jeweiligen Großgruppe und es bilde sich eine gruppenspezifische Identität heraus. Diese früh in der Kindheit angelegte Entwicklung fokussiere Vorstellungen darüber, was es bedeutet, eine Deutsche, Türkin, Jüdin, Muslimin oder ein Franzose zu sein. Nach und nach erkennen Kinder, welche Objekte, Heldenfiguren, Siege oder Niederlagen mit Aspekten der eigenen Kultur zu tun haben, sie identifizieren sich mit ihnen und machen diese externalisierten Bilder und Objekte zu „guten“ Selbstbildern, die zu Teilen der Kernidentität werden (vgl. Volkan 2000, S. 939).

Im Alltag kann die Bedeutung dieser Großgruppenidentität für den Einzelnen zurücktreten oder bedeutungslos sein. Beobachtet wurde jedoch, dass unter Stress-Bedingungen, insbesondere bei externer Bedrohung, „Mitglieder einer Großgruppe dazu übergehen, Objekte in einer entwicklungspsychologisch regressiven (externalisierenden) Weise zu benutzen oder sogar neue geeignete Speicher zu schaffen, um die Gruppenbindung wieder zu stärken“ (Volkan 2000, S. 639). Als Beispiel nennt Volkan, dass viele Palästinenser während der Besetzung des Gaza-Streifens in den palästinensischen Farben bemalte Steine in ihren Taschen trugen, die von israelischen Soldaten nicht gesehen werden konnten. In diesem Sinne waren die Steine ein symbolischer Verweis auf die „guten“ gemeinsamen Speicher der eigenen Großgruppe, die auf diese Weise bekräftigt wurde. Die jeweilige Großgruppenidentität variiert in ihrer Schwerpunktsetzung. Wenn z. B. ein Dauerkonflikt zwischen Angehörigen verschiedener religiöser, ethnischer und/oder nationaler Gruppen schwelt, so wird die Großgruppenidentität von den Faktoren geprägt, die den Konflikt bestimmen. So war es jedenfalls in Zypern lange Zeit von erheblich größerer Bedeutung für die Orientierung der Kern- und Großgruppenidentität, ob jemand Türke oder Grieche war, als die Frage seiner oder ihrer religiösen Zugehörigkeit (Muslim oder christlich-orthodox). Entsprechend dürfte es im Falle eines schwelenden religiös orientierten Konfliktes von erheblich größerer Bedeutung sein, die eigene religiöse Identität gegen eine anders orientierte zu schützen und zu stärken. Großgruppenidentitäten können also plötzlich virulent werden, wenn entsprechende Konfliktsituationen auftreten.

So zeigen Untersuchungen aus den Vereinigten Staaten, dass im Verlauf von Katastrophen Traumata der Vorfahren unter bestimmten Umständen reaktiviert werden können. Z. B. können bei Schwarzen Traumata durch Hilfeleistung nach Katastrophen persönlich und sozial wieder an Bedeutung gewinnen, die mit der Abhängigkeit, die ihre Vorfahren während der Sklaverei erfahren

haben, zu tun haben, denn die Katastrophenhilfe wird als Abhängigkeitssituation erlebt.

Vor allem, wenn sich soziale Gruppen, z. B. Minderheiten, im Verlauf von Katastrophen diskriminiert fühlen, ist davon auszugehen, dass sich ihre Identität in der Weise wandelt, dass es zu einer verstärkten Identifikation mit ihrer eigenen, also der diskriminierten, Gruppe kommt, mithin auch zu einer Entstehung oder Verstärkung von Ethnifizierung (vgl. auch Abschnitt 1.4). Denn möglicherweise war sich der oder die Diskriminierte vorher gar keiner spezifischen Gruppenidentität bewusst. Dies soll anhand einer Szene und der sie begleitenden Überlegungen des Mitautors illustriert werden, die sich wenige Tage nach dem Angriff auf das World Trade Center ereignete und die zeigt, wie die Etikettierung von Muslimen als Tätergemeinschaft erfolgen und damit der Beginn für einen Wahrnehmungs- und Identitätswandel gelegt werden kann:

„A couple of days after the attack, Mamdouh and Fatima went to their neighborhood Pathmark store. She had covered her head in hijab, as she had since her mother died three years before. It was evening and the store was not at all crowded. They were the only people wanting to buy fish, and Mamdouh stood at the counter with her while she tried for several minutes to get the fishmonger’s attention. Eventually, Mamdouh’s patience gave out.

“Hey, she’s trying to talk to you,” he said to the clerk, who continued to ignore them.

“She’s trying to ask you a question.”

“Don’t you know what your guys did?” was the response.

“What?”

“The World Trade Center.” It was a mumble, but Mamdouh heard it clearly enough.

He snapped. His eyes widened, he smallish frame puffed up.

“What are you talking about, what we did? I lost seventy-three of my friends there. Maybe you didn’t lose anybody, and you don’t know what you’re talking about.” The clerk backed up from the counter while Mamdouh yelled, “I want to see the manager!” He yelled some more at the manager, who apologized. Neither Mamdouh nor Fatima would ever return to that store.

Something shifted in Mamdouh that day. The clerk’s accusation had wounded him. Two days after the tragedy, he was ever aware that he himself could easily have died. He suffered for the loss of his colleagues, and the idea that someone would associate him with their deaths because he was Muslim was shocking. Until then, he had been living the life of a lucky immigrant, getting great jobs in high-end restaurants because he spoke fluent French. He had come to the United States to make money and to be near

his younger brother, and although he missed Morocco, he had felt American enough to marry here and have two children who were born U. S. citizens. Despite his prediction to Fatima that Muslims would be blamed for 9/11, he had actually managed to get by for twelve years without noticing American discrimination in a daily way, not toward black people or Asians, and certainly not toward himself. Now he rewound his history, noticing things, that he hadn't clearly seen before. He couldn't yet know, however, that these new insights would reshape his life as an immigrant worker in America" (Sen mit Mamdouh 2008, S. 2 f.).

Durch Episoden wie die hier zitierte könnte es zur Herausbildung eines Traumas unter den Muslimen in den Vereinigten Staaten oder auch in Europa gekommen sein, soweit sich Muslime pauschal angegriffen und stigmatisiert fühlten. Dieses Trauma kann und wird sich von demjenigen der Nichtmuslime, die den Angriff auf das WTC erlebt haben, unterscheiden. Es kann jedoch auch – wie die zitierte Passage zeigt – zu einer doppelten Traumatisierung kommen. Eine die eigene ethnische oder religiöse Zugehörigkeit verstärkende Perspektive ist eine mögliche, aber keine zwingende Konsequenz aus den Erfahrungen, wie sie im Textauszug geschildert werden. Darauf wird später zurück zu kommen sein. Zunächst soll jedoch das Konzept von Volkan weiter entfaltet werden.

Eine ernste Gefährdung der Großgruppenidentität kann zu kollektiver Beunruhigung und Entsetzen führen, was sich an verschiedenen Symptomen zeigt, z. B. daran, dass auf Großgruppenrituale früherer Zeiten zurückgegriffen wird. Dabei werde die Wiederherstellung der Großgruppenidentität zu einem zentralen Anliegen der Gruppenmitglieder. Dafür sind nach Volkan die sieben „Fäden“ von Bedeutung, deren Verflechtung erst die Absicherung der Großgruppenidentität ermöglicht (vgl. Volkan 2000, S. 941). Einige von ihnen (geeignete Speicher „guter“ Selbst- und Objektbilder, Einführung der Kinder in die kulturelle Tradition der Großgruppe) wurden bereits dargelegt. Andere sind Großgruppensymbole, die selbst zu Objekten werden (z. B. Hakenkreuz). Hinzu kommen u. a. gewählte Ruhmestaten und gewählte Traumata. Bei beiden handelt es sich um Repräsentationen vergangener kollektiver Ereignisse in den Individuen und der Großgruppe. Bei gewählten Ruhmestaten handelt es sich um die Erinnerung an Ereignisse, die mit einem gemeinschaftlichen Gefühl des Erfolges verbunden sind. Diese werden mit der Zeit mythologisiert (dazu gehören Unabhängigkeitstage, gewonnene Kriege, Thanksgiving im Gedenken an die Pilgerväter, besondere Errungenschaften in Wissenschaft, Technik oder Kunst). Die Geschichte früherer Größe einer Großgruppe wird in einem Ursprungsmythos verankert.

Solche Repräsentationen von besonderen Ruhmestaten werden häufig in Krisenzeiten wiederbelebt, um die Großgruppenidentität zu stärken (so stellte Saddam Hussein im Golfkrieg eine Verbindung zwischen sich und Saladin her, der im 12. Jh. siegreich im Kampf gegen die Kreuzfahrer war). Ziel eines solchen Verweises ist die Erzeugung der Vorstellung, dass die Bevölkerung des Irak während des Golfkrieges erfolgreich sein könne. Die z. B. politische Berufung auf gewählte Ruhmestaten (vgl. Volkan 2000, S. 942 f.) könnte bedeuten, dass eine historische Situation – Friedensstiftung (Stadium 1 des Prozessmodells FAKKEL von Lars Clausen 1994) – beschworen wird, um sie z. B. – wie im Fall von Hussein – für propagandistische Zwecke zu instrumentalisieren.

Sehr viel komplexer und zunächst für den Kontext des möglichen Bevölkerungsverhaltens in multikulturellen Gesellschaften bei terroristischen Angriffen bedeutsamer ist Volkans Konzept des gewählten Traumas („chosen trauma“). Die Voraussetzung für die Entwicklung eines solchen Traumas sind „historische Ereignisse, die eine Großgruppe mit drastischen Verlusten konfrontierten, ihnen ein Gefühl der Hilflosigkeit gab und zum Opfer einer anderen Gruppe werden ließ“ (vgl. Volkan 2000, S. 943 ff.). Unter „gewählt“ ist hierbei zu verstehen, dass eine Großgruppe ihre Identität um die psychische Repräsentation eines Ereignisses ergänzt, das von einer früheren Generation durchlebt wurde und das dazu beiträgt, die Großgruppe stärker zusammenzuschließen. In einem solchen Trauma reflektiert sich die Kränkung der Selbstachtung der Gruppe und die Unfähigkeit einer vorhergehenden Generation, den Verlust zu betrauern. „Wird solch eine psychische Repräsentation eines massiven kollektiven Traumas zum ethnischen oder nationalen Identitätsmerkmal – dies ist ein Faden in der Zeltplane der Großgruppenidentität –, muss es mit der Kernidentität eines jeden einzelnen Mitglieds verwoben werden“ (Volkan 2000, S. 944), so dass schließlich alle Mitglieder die psychischen Repräsentationen der kollektiven Traumata in sich tragen, jedoch jeweils auch individuelle Reaktionen auf ein Trauma durchleben. Die durch das Trauma verletzten Selbst- und Objektbilder werden von Generation zu Generation weiter übermittelt, dabei mythologisiert und zu einem integralen Bestandteil der Identität der Großgruppe. An die folgenden Generationen werden implizit und explizit „Aufgaben“ wie Trauerarbeit und Wiedergutmachung der Erniedrigung übertragen. Da solche gewählten Traumata sehr viel tiefer gehende psychologische Prozesse seien als gewählte Ruhmestaten, eigneten sie sich sehr viel stärker als letztere, die ethnische Gruppe zusammenzuhalten. Politische Führer haben bisweilen eine besondere Fähigkeit, gewählte Traumata zu reaktivieren. Dies kann der Fall sein, wenn die Großgruppe in einen

politischen Konflikt hineingezogen werden soll oder die Notwendigkeit zur Stärkung der Gruppenidentität besteht, wobei der Ursprung des Konfliktes in ökonomischen, politischen oder rechtlichen Fragen liegen kann.

Das Konzept von Volkan wäre möglicherweise vornehmlich von historischem Interesse, wenn es nicht noch eine Komponente enthielte, die die Vergangenheit mit der Gegenwart in Verbindung bringen würde. Es handelt sich um den sogenannten Zeitkollaps. Darunter ist zu verstehen, dass ein gewähltes Trauma durch ein gravierendes aktuelles Ereignis mit drastischen Mitteln reaktiviert wird (vgl. Volkan 2000, S. 948). So kann eine Großgruppe, die sich in einer gegenwärtigen Situation machtlos fühlt, wieder in eine Opferrolle hineingezogen werden oder das Verlangen entwickeln, sich auf sadistische Weise gegen andere – vermeintliche oder tatsächliche Gegner – zu wenden.

7.2.1 Anwendung des Konzepts von Volkan auf terroristische Anschläge

Volkans Konzept des „gewählten Traumas“ wurde hier aus mehreren Gründen so ausführlich dargestellt:

Erstens können daraus Schlussfolgerungen für das Umgehen mit ethnisch-kulturellen Minderheiten in Deutschland, insbesondere bei terroristischen Angriffen, gezogen werden. Und zwar in beide Richtungen: In Richtung der Majoritätsbevölkerung sowie in Richtung der durch das jeweilige Ereignis betroffenen Minderheiten. Zweitens ist, bezogen auf Katastrophen, zu prüfen, ob das Konzept des „gewählten Traumas“ mit dem der Accidental Community of Memory verknüpft werden kann (siehe Abschnitt 7.2.2).

Ad 1: Folgt man dem Konzept des „gewählten“ Traumas, so hätten Politik und Medien in einer multikulturellen Gesellschaft darauf zu achten, dass Minderheiten, die bereits im Begriff stehen, sich in der neuen Gesellschaft – also in Deutschland – so weit zu akkulturieren, dass sie mit der angestammten Bevölkerung verschmelzen, nicht durch pauschale Verdächtigungen gedrängt werden, ein Trauma zu „wählen“ oder ein „gewähltes Trauma“ zu reaktivieren. Wenn also etwa im Gefolge der Anschläge vom 11. September 2001 oder derjenigen von Madrid oder London betont wird, dass es sich bei den Tätern um Muslime handelte, und, wie es auch partiell in Europa geschah, Muslime unter den Generalverdacht einer Mittäterschaft oder eines Sympathisantentums gerieten, hat dies

nicht nur Gefühle von Demütigung zur Folge – vor allem bei Menschen muslimischer Herkunft, die Gewalt verabscheuen –, sondern es kann, wie anhand der Textpassage von Sen und Mamdouh deutlich wurde, zu alltäglichen Ausgrenzungsprozessen durch Angehörige der Majoritätsbevölkerung, die sich in christlicher Tradition sehen, kommen, was eine Spirale von Fremd- und Selbstzuschreibung zur Folge haben kann. Die Diskriminierung von Muslimen als potenziellen Tätern kann von einer Selbstwahrnehmung als Opfer komplementiert werden. Handelt es sich dabei um eine Kollektiverfahrung, kann diese als „gewähltes Trauma“ im Aufnahmeland auch an die nächste Generation tradiert werden, läuft also einem möglichst konfliktreduzierten Integrationsprozess entgegen.

Bezogen auf die Bevölkerung deutscher Herkunft wäre darauf zu achten, dass es bei einem terroristischen Anschlag nicht dazu kommt, dass der Anschlag den Status eines „gewählten“ Traumas gewinnen kann. Das bedeutet nicht, dass terroristische Bedrohungen verharmlost werden sollten. Es wäre aber günstig zu vermeiden, dass das Gefühl aufkommt, die Deutschen seien gedemütigte Opfer einer feindlichen Macht, etwa durch plakative Stilisierung eines Gegners.

Es bedarf gesellschaftlicher und administrativer Strategien, um mögliche Pseudotypisierungen und Etikettierungen ethnisch-kultureller oder religiöser Gruppen zu vermeiden. Es würde sich sogar empfehlen, in Deutschland eine Art Frühwarnsystem zu entwickeln, so dass Tendenzen in der Majoritätsgesellschaft oder in Minderheitengruppen rechtzeitig erkannt werden, negative Erfahrungen mit den jeweils anderen Gruppen in Form „gewählter Traumata“ abzuspeichern. In jedem Fall sollten die Möglichkeiten der Anwendung des Konzeptes von Volkan auch in Deutschland in empirischen Forschungsprojekten geprüft werden.⁷⁸

7.2.2 Diskussion des Konzeptes von Volkan, Anwendungsmöglichkeiten und Grenzen

Dass ein „chosen trauma“ eine ethnisch-kulturelle Gruppe oder eine Gesellschaft bei einer Katastrophe verbindet, wie dies bei gewaltsamen Konflikten, insbesondere gegen einen äußeren Feind, der Fall ist, ist zu diskutieren.

⁷⁸ Für die Anwendung des Konzeptes von Volkan auf Nationalsozialismus und Holocaust als „chosen trauma“ der Deutschen siehe Krause (2008).

Volkan hat sein Konzept des „chosen trauma“ von Großgruppen lediglich auf gewaltsame Konflikte, nicht jedoch auf Katastrophen bezogen. Nun ist es auch denkbar und wahrscheinlich, dass für kleinere soziale Gruppen innerhalb einer Gesellschaft, z. B. für Gemeinden oder Accidental Communities of Memory, die von einer Katastrophe betroffen werden, diese für sie zu einem „chosen trauma“ wird.

Das Konzept von Volkan ist allerdings in mehrfacher Hinsicht zu eingengt.

1. Es ist statisch und setzt eine historisch gleichbleibende Bedeutung von Merkmalen für die Kern- und Großgruppenidentitäten in Gesellschaften voraus.
2. Es ist fraglich, ob in multikulturellen, säkularen und sich globalisierenden Gesellschaften wie Deutschland Nation, Ethnizität und Religion die zentralen Bestandteile der Kern- und Gruppenidentität bilden. Vielmehr kann von einer Ungleichzeitigkeit der Bedeutung dieser Merkmale in einer Gesellschaft der Individuen (Elias) ausgegangen werden.
3. Volkan nimmt eine frühkindliche (vor dem 3. Lebensjahr) Prägung an, die lebenslang stabil bleibt. Menschen sind jedoch in modernen Gesellschaften früh unterschiedlichen Einflüssen ausgesetzt. Zu der primären Sozialisation durch signifikante Bezugspersonen wie Eltern, nahe Verwandte, enge Freunde kommt die sekundäre durch Kindergarten, Schule, eventuell Hochschule und schließlich die berufliche Sozialisation, die heute in den meisten Fällen Brüche zwischen Arbeitsorten und Tätigkeits- bzw. Berufswechsel beinhaltet. Dies erfordert zunehmend ein hohes Maß an Flexibilität, einschließlich der Fähigkeit zur Akkulturation an verschiedene berufliche Gruppen und Milieus – eventuell auch an Kulturen in anderen Nationen. Das Ausbalancieren der eigenen Identität in einer komplexer werdenden Lebenswelt erfordert ein hohes Maß an Selbstdisziplinierung und die Fähigkeit, frühkindliche Prägungen zu modifizieren und gegebenenfalls zu ändern. Es gibt in diesem Sinne in Westeuropa nur noch selten klar umgrenzte Großgruppen, die Kinder mit eindeutigen ethnischen, nationalen, religiösen oder sonstigen kulturellen Symbolen in einem Maße versorgen, dass von einer lebenslangen Fixierung auszugehen ist.
4. Insbesondere die Nachkommen von Migrantinnen und Migranten (vornehmlich 1. und 2. Generation) beschreiben in ihrer Selbstwahrnehmung häufig, dass sie zwischen zwei Kulturen leben. Dies schließt nicht aus, dass bei Prozessen, die eine Hinwendung zur eigenen ethnisch-kulturellen Gruppe fördern (etwa wenn diese durch Angehörige der Majoritätskultur sichtbar

diskriminiert wird) ein „chosen trauma“ der Großgruppe des Herkunftslandes die Hinwendung zur Herkunftskultur fördert. Möglicherweise kann ein „chosen trauma“, wie bei gewaltsamen Konflikten, z. B. durch Zeitkollaps reaktiviert werden und zu besonderer Verbundenheit und Solidarität mit der eigenen religiösen oder ethnischen Gruppe führen, wenn diese sich angegriffen fühlt (siehe Abschnitt 1.4). In einem solchen Fall sind Deeskalationsstrategien, die auf ein solches „chosen trauma“ Rücksicht nehmen, von besonderer Bedeutung.

5. Entsteht jedoch eine Accidental Community über Kulturgrenzen hinweg (siehe Abschnitt 7.2), ist es eher wahrscheinlich, dass weder das „chosen trauma“ von großer Bedeutung ist, noch dass es zu einem „Zeitkollaps“ im Sinne von Volkan kommt.

8

Terrorismus und Bevölkerungsverhalten

Moderne Gesellschaften zeichnen sich durch ein Höchstmaß an Vulnerabilität gegenüber transnationalem und nationalem Terrorismus aus, die sich nicht nur auf versicherte oder versicherbare Güter, sondern auch auf eine potenziell hohe Opferzahl, insbesondere bedingt durch menschliche Agglomerationen im urbanen Raum, erstreckt. Darüber hinaus weisen sie eine hohe infrastrukturelle Dichte, z. B. des Transport- und Verkehrswesens, vor allem aber im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie, auf. Hinzu kommt, dass es sich um multikulturelle Gesellschaften mit einer Vielzahl unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen handelt, die sich in ihrer Vulnerabilität unterscheiden und in unterschiedlichem Maße integriert und segregiert sind. Daher sind Risikokommunikationen, Krisenkommunikationen, Vorbereitungsprogramme, aber auch die Katastrophenbewältigung komplexer, als wenn von einer monokulturellen Öffentlichkeit ausgegangen werden könnte. Vorstellungen, es könnte genügen, Menschen in einer Terrorismuslage nur hinreichend zu informieren und damit viele zu erreichen und zur Befolgung behördlicher Anordnungen zu bewegen, wenn die Botschaften klar und präzise formuliert werden, die richtigen Kanäle genutzt werden und auch die Emotionen angesprochen werden, scheinen zu optimistisch. Dies zeigen die Ergebnisse der in diesem Abschnitt vorgestellten Studie von Lasker.

Überdies mag es zwar sein, dass deutsche Nachrichtenkanäle politisch und administrativ günstig angesprochen werden können, aber neben Internet und Handy, die sich ebenfalls zur Nachrichtenübermittlung eignen, können zahlreiche ausländische Sender empfangen werden und es ist mit Picard (1993) davon auszugehen, dass Menschen vieles an Kommunikation in ihren unmittelbaren Netzen (Familie, Freunde, Verwandte, Nachbarn) zirkulieren und in diesen auch die wichtigsten Orientierungsschwerpunkte liegen. Das heißt, dass nur ein Teil der Menschen nach einem terroristischen Angriff durch behördliche oder massenmediale Botschaften adäquat erreicht werden kann.

Bezogen auf die zu erwartende Haltung in der Bevölkerung herrscht in der Literatur dahingehend Übereinstimmung, dass terroristische Anschläge

(insbesondere diejenigen vom 11. September⁷⁹) zunächst zu einer tiefgreifenden Solidarisierung beitragen. So wurden die Geschehnisse vom 11. September weitgehend als externe Bedrohung eingeschätzt und es kam intern zu einer Rückkehr zu einem nationalbewussten „Amerikanertum“ und zur Reduktion weltoffener Haltungen (vgl. Fürstenberg 2003, S. 179). Dies drückte sich unter anderem in der Verstärkung oder Entwicklung von Vorbehalten insbesondere gegenüber Mitbürgern islamischer Glaubenszugehörigkeit und orientalischer Herkunft aus. Man kann auch von Schließungstendenzen im Weltbild und in der Orientierung sprechen. Solche Haltungen entwickeln sich nicht über Nacht in der Bevölkerung, sondern in einem Prozess diskursiver Bearbeitung der Ereignisse in der Öffentlichkeit und werden gegebenenfalls durch politische Rahmenhandlungen unterstützt. Bezogen auf ein Szenario in Deutschland, in dem ein von fundamentalistischen islamischen Gruppen inszenierter Anschlag, z. B. mit einer Dirty Bomb, erfolgen würde, wäre hinsichtlich des zu erwartenden Bevölkerungsverhaltens Folgendes in Betracht zu ziehen:

Um nicht einen „Religionskampf“ im Innern zu befördern, wäre die Frage der Täterschaft vollkommen von den im Lande lebenden Menschen muslimischer Religionszugehörigkeit zu trennen. Dazu könnte gehören, dass darauf verwiesen wird, dass im Falle terroristischer Angriffe von Deutschen (z. B. der RAF) ja auch nicht die gesamte christliche Bevölkerung unter Generalverdacht gestellt wurde. Weiter seien die Bürgerinnen und Bürger orientalischer Herkunft ebenso betroffen von solchen Anschlägen wie deutsche Mitbürger. Es könnte darüber hinaus betont werden, dass sie, sofern sie Verhaltensinstruktionen der Behörden nicht verstehen können, erheblich gefährdeter sind als alteingesessene Bürger deutscher Sprache.

➔ Im Wesentlichen muss eine symbolische Politik betrieben werden, die ausdrückt, dass alle hier lebenden oder sich auch nur vorübergehend aufhaltenden Menschen prinzipiell zu Opfern terroristischer Angriffe gemacht wurden. Wird eine solche demonstrative Geschlossenheit seitens Regierung, Behörden und Massenmedien gravierend verletzt, können die Folgen im Innern verheerend sein.

⁷⁹ Anders ist dies für die Anschläge von Madrid zu sehen, da sie in Zusammenhang mit einer umstrittenen Kriegsbeteiligung im Irak zu gravierenden Legitimationsdefiziten in der Bevölkerung und zur Abwahl der Regierung wesentlich beitrugen.

- ➔ Zu der Geschlossenheit gehört auch, dass nicht von Muslimen symbolische Sonderleistungen erwartet werden, z. B. explizite Distanzierungen, weil solche Erwartungen bereits von einer nicht ausgeschlossenen Verortung von Muslimen aufseiten der Täter ausgehen. Einzig akzeptabel wäre die Skandalisierung von explizit die Täterseite unterstützenden Äußerungen und zwar egal, von welcher Seite sie kommen. Würde diese Empfehlung nicht umfassend beachtet, wäre eine tiefgreifende Spaltung der Gesellschaft zu befürchten. Letztere würde erstens die Widerstandskraft der Gesellschaft schwächen und böte zweitens rechtsextremen Gruppen Anlass und Gelegenheit, Vorurteile zu schüren, Sündenbockmechanismen in Gang zu setzen und Gewalt gegenüber und Bedrohung von ethnisch-kulturellen und religiösen Minderheiten zu einem Bestandteil des Alltags werden zu lassen.

Vieles kann und sollte im Vorfeld gegen solche gefährlichen und politisch kaum einzuschätzenden Entwicklungen getan werden, und zwar insbesondere dadurch, dass die Bevölkerung unterschiedlicher ethnisch-kultureller und religiöser Zugehörigkeit intensiv und umfassend in eine langfristig angelegte und mögliche Segregationsgrenzen überschreitende gemeinsame Prophylaxe einbezogen würde, ähnlich wie dies in Australien bereits praktiziert wird (vgl. Abschnitt 5.1.3). Zudem liegen hierzu fundierte Vorüberlegungen und Erhebungen insbesondere von Lasker vor (siehe unten), aber auch in den Abschnitten zu Risiko- und Krisenkommunikation werden Rahmenbedingungen genannt, unter deren Dach ein solches integriertes Konzept entwickelt werden kann.

Viele relevante Fragen, die bei terroristischen Szenarien hinsichtlich des Bevölkerungsverhaltens zu beachten sind, wurden bereits in den Gutachten von Bengel et al. (2009), Dombrowsky (2009) und den beide Gutachten systematisch und abwägend behandelnden Umsetzungsempfehlungen von Schuh und Hanning (2009) diskutiert. Mit den folgenden Überlegungen und Ausführungen soll keine Duplizierung der bereits gewonnenen Erkenntnisse erfolgen. Vielmehr sollen wichtige Fragen vertiefend behandelt werden, die z. B. einen Einblick in die Gründe für ein beobachtetes oder angenommenes Bevölkerungsverhalten geben (z. B. Überlastung von Telefonleitungen nach Ereignissen, Vertrauen und Wissen, Selbstorganisationsfähigkeit von Bewohnerinnen und Bewohnern) und in denen auch berücksichtigt wird, inwieweit Unterschiede zwischen Majoritätsbevölkerung und Minderheiten zu erwarten sind, die auch auf Deutschland übertragen von Relevanz sein können.

Das von Dombrowsky (vgl. 2009, S. 5) herausgearbeitete Problem, dass Bevölkerungsannahmen von Planern auf der Grundlage eines fiktiven Szenarios einer Dirty Bomb stark fehlerbehaftet sein können, wird auch in der Literatur und von einschlägigen Organisationen gesehen.

So lässt eine Sichtung der Website der International Atomic Energy Agency, IAEA (www.iaea.org) kein eigenständiges Konzept erkennen, wie sich eine Bevölkerung im Fall der Detonation einer Dirty Bomb verhalten würde oder könnte. Die IAEA ist sich über die Bedrohung durch eine Dirty Bomb durchaus im Klaren, die Notwendigkeit einschlägiger Übungen wird gesehen. Zudem sind entsprechende Notfallpläne und Guidelines/Manuals für Einsatzkräfte bereitgestellt. Jedoch scheint die Bedrohung für die IAEA weitgehend abstrakt zu bleiben. Es wird damit argumentiert, dass die Vorbereitungen von der Beschaffenheit der Bombe, dem Explosionsort etc. abhängen. Diese Einschätzung ist jedoch wenig überzeugend, da mit Szenarien unterschiedlicher Stärke von Bomben und unterschiedlichen Größenordnungen einer radioaktiven Kontamination und unterschiedlichen Explosionsarten geübt werden könnte (zumindest 3 Größenordnungen in 3 Gebieten unterschiedlicher Besiedlungsdichte und unterschiedlicher infrastruktureller Ausstattung und damit in Situationen unterschiedlicher Knappheit an Rettungs-, Hilfs- und Dekontaminierungsressourcen. Der Fall einer Dirty Bomb mit einer physikalischen Wirkung des Angriffs auf das WTC, der möglicherweise alle Einsatzkräfte überfordern könnte, scheint nicht vorgesehen.

Auf der Website der IAEA wird auf die wegweisende Studie von Lasker „Redefining readiness“ verwiesen. Die Zusammenfassung ist dort abgedruckt und die Relevanz des Bevölkerungsverhaltens und von Bevölkerungsbedürfnissen für den Fall des Angriffs mit einer Dirty Bomb wird betont. Auf die Ergebnisse der Studie von Lasker (2004) soll im Folgenden eingegangen werden.

Um das Problem von Bevölkerungsannahmen auf der Grundlage eines fiktiven Szenarios zu reduzieren, hat Roz D. Lasker⁸⁰ 2004 eine umfangreiche Studie erarbeitet, in der Tiefeninterviews mit Planern in Verwaltungen und dem privaten Sektor durchgeführt wurden und in einem extensiven Review der Literatur kritische Annahmen über die Bevölkerung gesichtet wurden, auf denen

80 Lasker arbeitet am Center for the Advancement of Collaborative Strategies in Health, The New York Academy of Medicine.

Katastrophenschutzpläne zu diesem Zeitpunkt basierten. Zudem wurden Bewohner im ganzen Land in 14 Gruppendiskussionen einbezogen, um einen aussagefähigen Referenzrahmen der Terrorismus-Preparedness-Planung zu gewinnen. Auch eine haushaltsbezogene Telefonbefragung von 2545 zufällig ausgewählten erwachsenen Bewohnern in den gesamten Vereinigten Staaten (Lasker 2004, S. 56) in den Sprachen Englisch und Spanisch wurde durchgeführt mit einem Schwerpunkt auf Afroamerikanern (n=658) und Menschen in den zwei Städten, die die Angriffe vom 11. September 2001 selbst erlebt haben.

In der Studie werden Szenarien verwendet, die Menschen in Situationen mit einem Angriff durch eine Dirty Bomb bzw. durch Pockenerreger bringen, an einem Ort und zu einer Zeit, wo sie mit hoher Wahrscheinlichkeit von den Angriffen erfahren und hören, was zu tun ist.

- Im Dirty-Bomb-Szenario wird untersucht, wie die Öffentlichkeit auf Anweisungen reagieren würde, in einem Gebäude zu bleiben, das nicht ihr eigenes Haus oder ihre Wohnung ist. Gegebene Hintergrundinformation: Eine Dirty Bomb ist eine Meile von Ihrem Standort entfernt explodiert. Eine radioaktive Wolke zieht in Ihre Richtung.
- Ein weiteres Szenario bezieht sich auf einen terroristischen Angriff mit Pockenerregern. Dabei wird im Szenario dargelegt, wie Menschen auf die Anweisung reagieren würden, an einen öffentlichen Ort zu gehen, um dekontaminiert zu werden. Gegebene Hintergrundinformation: Einige Bewohner Ihrer Gemeinde und Menschen an anderen Orten des Landes sind nach einer Kontamination durch einen bakteriellen Angriff mit dem Pockenerreger an einem großen Flughafen bereits erkrankt.

Zusätzlich zu diesen Szenarien wird in der Studie auch das Interesse von Menschen an und ihre Perspektiven bezogen auf Planungs- und Schutzaktivitäten ihrer Gemeinden in Terrorismusfragen geprüft.

Ergebnisse der Studie

Weit weniger Menschen als notwendig würden vorsorglichen Anweisungen bei diesen beiden terroristischen Angriffen folgen:

- Nur zwei Fünftel der Amerikaner würden sich beim Ausbruch einer Pockenepidemie an den Ort der Dekontamination begeben.

- Nur drei Fünftel der Amerikaner würden entsprechend den Anweisungen an den zugewiesenen Orten bleiben (im Zweifel in einem unzerstörten Gebäude in ihrer Nähe, wenn es zur Explosion einer Dirty Bomb käme (Lasker 2004, S. 31 f.)).

Ein Grund für den Mangel an Kooperation liegt darin, dass sich viele Menschen ernsthaft über etwas ganz anderes Sorgen machen würden, als darüber, wovor sie die Planer schützen möchten.⁸¹

Zwei Fünftel der Amerikaner wären ernsthaft beunruhigt über das, was Regierungsvertreter sagen würden oder wie sie handeln. Dieser Befund ist noch stärker in Bevölkerungsgruppen lateinamerikanischer Herkunft, unter Afroamerikanern und bei Menschen, die außerhalb der Vereinigten Staaten geboren sind sowie bei Menschen, die über ein geringes Einkommen verfügen, nicht krankenversichert sind, in New York leben oder kein College absolviert haben. Das Vertrauen in behördliche Anweisungen und Handlungen ist wichtig, weil die Wahrscheinlichkeit der Kooperation bei Menschen, die wenig Vertrauen haben, bei beiden Typen terroristischer Angriffe⁸² nur halb so hoch ist wie bei Menschen, die Vertrauen haben.

D. h., bei Immigranten, vulnerableren (keine Krankenversicherung, niedriges Einkommen), partiell Diskriminierten (Afroamerikaner, Personen lateinamerikanischer Herkunft) und weniger gebildeten Bevölkerungsgruppen ist die Wahrscheinlichkeit eines geringeren Vertrauens erheblich höher und die Wahrscheinlichkeit, dass sie den behördlichen Anweisungen oder Hinweisen Folge leisten, erheblich geringer als bei höher gebildeten Angloamerikanern mit besserem Einkommen und guter gesundheitlicher Versorgung.

81 Dieser Befund stimmt mit der von Dombrowsky (2009, S. 15 f.), Bengel et al. (2009, S. 12, 46) und Schuh und Hannig (2009, S. 18) betonten Asymmetrie in der Kommunikationsstruktur zwischen Katastrophenschutzorganisationen und Bevölkerung überein (siehe auch Abschnitt 3.4).

82 Es sei darauf hingewiesen, dass sich – bezogen auf das Szenario des Angriffs mit Pocken-erregern – drei Fünftel der Amerikaner Sorgen über die Nebenwirkungen einer Impfung machen würden, die zum Teil auch berechtigt sind. Entsprechend der Untersuchung würde ein Drittel der Bevölkerung entscheiden, sich nicht impfen zu lassen, selbst wenn sie in der Nähe einer Impfungen durchführenden Stelle wären. Da dieser Aspekt aber für das LÜKEX-Szenario nicht weiter relevant ist, sei hier nur darauf verwiesen (vgl. Lasker 2004, S. ii f.).

Bei einem Angriff mit einer Dirty Bomb würden sich viele Menschen mit konfliktierenden Verpflichtungen konfrontiert sehen. Insbesondere würden sie versuchen, sich der Sicherheit von Menschen, die von ihnen abhängig sind (insbesondere Kinder), rückzuversichern. Die Sicherheit ihrer Angehörigen wäre ihnen oft wichtiger als ihre eigene Sicherheit. Andere würden das Gebäude verlassen, weil sie z. B. lebenswichtige Medikamente benötigen. Ein Teil der Befragten würde sich zu Hause sicherer fühlen als an dem Ort, an dem sie zur Zeit der Bleibe-Aufforderung wären. Insgesamt würde ein Drittel der Menschen, die in einer solchen Situation nicht kooperieren würden, das Gebäude oder die Unterkunft, in der sie hätten bleiben sollen, verlassen, um ihre Kinder zu schützen. Ein Viertel würde nach Hause zurückkehren, um andere Familienmitglieder zu schützen (Lasker 2004, S. iii, 33).

Eine substanzielle Zahl von Menschen würde kooperieren, wenn bestimmte Bedingungen gegeben wären. Diese sind jedoch in den USA nicht gegeben (meines Erachtens gilt dies auch für Deutschland):

- Drei Viertel der Menschen, die angaben, sie würden nicht vollständig auf Instruktionen hören, in einer Dirty-Bomb-Situation innerhalb des Gebäudes zu bleiben, würden dies jedoch tun, wenn sie mit den Menschen kommunizieren könnten, für die sie sorgen oder wenn sie wüssten, dass die Menschen, die sie lieben, sich an Orten befänden, die im Vorwege vorbereitet worden sind, um die Bevölkerung in einer solchen Situation gut zu schützen.
- Jedoch wissen drei Fünftel der amerikanischen Bevölkerung nur wenig oder nichts darüber, wie man sich um sie an solchen Plätzen bemühen würde. Die Wahrscheinlichkeit einer Kooperation in der amerikanischen Bevölkerung im Falle eines Angriffs mit einer Dirty Bomb ist nur halb so hoch, wenn sie nicht viel über Pläne mit Notunterkünften in Gebäuden wissen, als wenn sie viel darüber wüssten. Und sie sind nur halb so bereit zu kooperieren, wenn ihnen das Vertrauen in die Katastrophenschutzpläne ihrer Gemeinden fehlt, als wenn sie dieses hätten (Lasker 2004, S. 34 f.).

Viele Bürgerinnen und Bürger hätten gerne, als Grundlage für ihre eigene Entscheidung, mehr Informationen oder Hinweise, was sie in solchen Situationen tun könnten.

- Entscheidungsunterstützende Informationen für Bewohnerinnen und Bewohner sollten nicht nur aus Fakten bestehen. Die Bewohner möchten zudem

bereits vor einem Ereignis über die Möglichkeit einer solchen Situation sprechen, nicht erst, wenn ein terroristischer Angriff stattgefunden hat.

- Sehr viel mehr Menschen würden es hilfreich finden, mit jemandem zu sprechen, von dem sie wissen, dass er oder sie es gut mit ihnen meint, und nicht mit jemandem, den sie nicht kennen und von dem sie nur wissen, dass er für die lokale Regierung oder Verwaltung arbeitet (Lasker 2004, S. iv).

Die Studie zeigt beunruhigende Resultate, da die amerikanischen Pläne eines Vorgehens bei Angriffen mit bakteriellen Erregern und schmutzigen Bomben sehr viel weniger wirksam sein werden, als Planer dies möchten oder die Öffentlichkeit glaubt. Obwohl die Studie auf einem hypothetischen Szenario basiert, sollten die Ergebnisse ernst genommen werden, weil sie z. B. konsistent mit dem aktuellen Verhalten von Mitarbeitern im Gesundheitsschutz im CDC Smallpox Vaccination Program sind (Lasker 2004, S. 8). Wenn zwei Fünftel der amerikanischen Bevölkerung sich weigern würden, im Falle eines Angriffs mit einer Dirty Bomb ihren jeweiligen Standort oder den angewiesenen als Notunterkunft zu akzeptieren, wären viele Menschen unnötig gefährlichen radioaktiven Strahlungen ausgesetzt.

Ein weiterer Befund: „Looking at preparedness planning through the public’s eyes redefines the notion of protection“ (Lasker 2004, S. v). So denken z. B. im Fall eines Angriffs Menschen in der Bevölkerung nicht nur daran, dass Menschen, die ein Infektionsrisiko haben, geschützt werden müssen, sondern auch diejenigen, die Komplikationen durch eine Impfung haben könnten.

Im Falle einer Dirty Bomb geht es nicht nur darum, dass Menschen vor gefährlichen Wolken und radioaktiver Strahlung geschützt werden müssen. Sie müssen auch wissen, dass ihre Angehörigen sich sicher fühlen und dass sie – in welchen Gebäuden auch immer – geschützt sind. Damit ein solcher Schutz möglich ist, müsste eine Vielzahl von Orten in der Lage sein, als sichere Häfen für die Menschen zu dienen, wenn es zu einem Angriff käme. Die Manager dieser Orte müssten zur Kenntnis nehmen, dass es ebenso wichtig ist, ihren Ort zu einem sicheren Hafen zu machen, wie sie in der Lage sein müssten, Menschen im Falle eines Feuers oder einer Explosion zu evakuieren. Zu diesen Orten gehören: Arbeitsplätze, Geschäfte, Einkaufszentren, Schulen, Tagespflegestätten, Hospitäler, Kliniken, Erholungs- und Freizeiteinrichtungen, kulturelle Institutionen, Regierungs- und Verwaltungsgebäude, Wohnhäuser und Stationen öffentlicher Verkehrsmittel.

„The American people’s perspectives also redefine how public protection can best be achieved. To a large extent, this involves the development of community and organizational plans that address people’s concerns, minimize the conflicts and trade-offs they would face, and support them in choosing the best protective action. ... many of these actions need to be taken now, well before an attack occurs“ (Lasker 2004, S. v).

Entsprechend der Studie von Lasker wären zu entwickeln:

- Vertrauen hervorrufende Pläne für „sichere Häfen“ in den Gebieten und Gebäuden, in denen sich Menschen häufig aufhalten und
- Bereitschaftssysteme (back-up systems), die Telefon- und E-Mail-Dienste für die breite Bevölkerung bei einer Großschadenslage oder einer Katastrophe infolge einer Dirty Bomb bereitstellen können.

Die folgenden Vorschläge beziehen sich auf Maßnahmen, die während einer Krise vorgenommen werden sollten (als Beispiel ist der Fall einer Pockeninfektion durch einen entsprechenden terroristischen Angriff gewählt, die Vorschläge sind aber weitgehend auch auf den Fall einer Dirty Bomb übertragbar):

- Es wird vorgeschlagen, keine Triage von Menschen an öffentlichen Orten vorzunehmen. Es sollte sichergestellt werden, dass jeder, der sich im Risiko befindet, infiziert zu werden, zu Hause bleibt und sich nicht an einen öffentlichen Ort begibt.
- Um Menschen mit genauen Informationen auszustatten, denen sie vertrauen können, sollten von Regierungen und Verwaltungen Telefonnetzwerke betrieben werden, die mit einem in Gemeinden eingebetteten telefonischen Unterstützungssystem komplementiert werden (Lasker 2004, S. vi).

Partizipationsinteressen der Bevölkerung an der Planungsvorbereitung: Die Betroffenheit von einem terroristischen Angriff erhöht die Bereitschaft, bei entsprechenden Planungen mitzuwirken. In New York und Washington ist Terrorismus nach den Anschlägen vom 11. September 2001 ein besonders wichtiges Thema. Dort sind zwei Fünftel der Bevölkerung sehr daran interessiert, einer Behörde oder einer Gemeindeorganisation dabei zu helfen, Pläne zu entwickeln, wie mit solchen Angriffen umgegangen werden kann. Aber auch im übrigen Land hat ein Drittel der Bevölkerung ein starkes persönliches Interesse daran, sich an Planungen zu beteiligen, auch wenn der Glaube an die Möglichkeit eines Angriffs dort sehr viel schwächer ausgeprägt ist (Lasker 2004, S. viii). In Interviews mit

Planern stellte sich heraus, dass sie z. T. davon überzeugt waren, dass die Einbeziehung der Bevölkerung in die Vorbereitungsplanung die Menschen erschrecken könnte. In den Untersuchungen von Lasker findet sich jedoch dafür kein Anhaltspunkt. Denn im ganzen Land stellte sich in Gruppendiskussionen heraus, dass die Gemeindeglieder Szenarien mit Dirty Bombs und Angriffen mit Pockenerregern für realistisch hielten und sich durchaus nicht scheuten, über solche Situationen zu sprechen. „Quite the contrary, many appeared to be empowered by having an opportunity to think about these situations and discuss the issues that would matter to them most“ (Lasker 2004, S. 49).

Zum Stand der Vorbereitung der Gemeinden aus Sicht der Bevölkerung: Nur ein geringer Anteil der Bevölkerung ist an der vorbereitenden Planung auf einen terroristischen Angriff beteiligt. Nur wenige wissen mehr über Pläne, die in ihren Gemeinden entwickelt wurden. Das Bild der Wahrnehmung der aktuellen Planungen in den Gemeinden sei entmutigend. Viele Menschen glauben, dass ihre Gemeinden nicht vorbereitet sind, um mit solchen terroristischen Angriffen umzugehen und dass die Planer ihre Sorgen und Informationsbedürfnisse nicht kennen. Zudem glauben sie, dass sie die entwickelten Pläne nicht beeinflussen können und dass weder sie noch die Menschen, um die sie sich Sorgen machen würden, die Hilfe dann erhalten würden, wenn sie sie bei einem terroristischen Angriff benötigten. In der Wahrnehmung der Bevölkerung stehen die Planungsvorteile in starkem Kontrast zu den Problemen, die sie sehen. Drei Fünftel der Amerikaner glauben, dass die Folgen eines terroristischen Angriffs in ihrer Gemeinde erheblich durch eine vorausschauende Planung reduziert werden könnten (Lasker 2004, S. viii).

➔ **Fazit:** Es ist nicht unwahrscheinlich, dass eine Untersuchung in Deutschland zu ähnlichen Resultaten führen würde. Es ist davon auszugehen, dass Menschen, die in Deutschland unter ökonomisch ungünstigen Bedingungen leben und sich zumindest partiell diskriminiert fühlen, auch solche, die eventuell nicht krankenversichert sind (sich illegal in Deutschland Aufhaltende) ein geringeres Vertrauen in Behörden und ihre Anweisungen im Falle eines terroristischen Angriffs mit einer Dirty Bomb hätten.

Vermutete Verweigerungen der Kooperation im Szenario zeigen die hohe Bedeutung enger persönlicher Beziehungen (insbesondere der Familie) und zugleich ein hohes Verantwortungsgefühl für Angehörige. Beides dürfte im Wesentlichen auch für Deutschland angenommen werden. Bezogen auf ethnisch-kulturelle

Minderheiten kann sogar davon ausgegangen werden, dass den familialen Beziehungen und Netzen noch größere Bedeutung zukommt als in der angestammten deutschen Bevölkerung, da bei Minderheiten insbesondere die familialen Beziehungen, aber auch ihre sonstigen sozialen Netze schon im Alltag eine hohe stabilisierende Funktion haben können.

Zu sehen ist zugleich die prosoziale und altruistische Einstellung vieler Menschen, die so weit geht, dass sie ihre Gesundheit eher aufs Spiel setzen würden, als ihre Angehörigen im Stich zu lassen.

- ➔ Diese Studie ist ein weiterer Beleg dafür, was weltweit alle wesentlichen Studien zeigen, dass Menschen in einer bedrohlichen Situation versuchen, den aus ihrer Sicht besten und vernünftigsten Lösungsweg zu beschreiten. Nur dass immer zu sehen ist, dass Rationalität aus der subjektiven Sicht Betroffener sich ganz anders darstellt als aus einer objektiven Sicht von Organisationen (prinzipielle Asymmetrie).
- ➔ Die Untersuchungen von Lasker zeigen überdies sehr deutlich, wie eng verzahnt Wissen und Vertrauen sind. Menschen müssen überzeugt werden. Dazu müssen sie informiert sein.

Die Ergebnisse, aus denen hervorgeht, dass informierte Bürgerinnen und Bürger eher bereit wären zu kooperieren und Anweisungen oder Vorschlägen zu folgen, sollten auch in Deutschland dazu beitragen,

1. qualitativ gleichwertige Untersuchungen wie diejenige von Lasker in Deutschland durchzuführen;
2. sich grundsätzlich zu überlegen, dass ein hohes Maß an Transparenz in der Katastrophenvorsorge und die Einbeziehung der Gemeinden und ihrer Bürgerinnen und Bürger in entsprechende Strategien auch zu günstigen Übungsbefunden beitragen können. Jedenfalls sollte bei der Übung die fehlende Vorbereitung der Bevölkerung und dadurch bedingt auch ein reduziertes Vertrauen und die Vorrangstellung individueller gegenüber behördlicher und sonstiger organisationaler Rationalität berücksichtigt werden.
3. Gewähr für ein Kommunikationsnetz zu leisten, das es Bürgerinnen und Bürgern auch im Falle eines Angriffs mit einer Dirty Bomb ermöglichen würde, von ihrem jeweiligen Standort aus Kontakt mit ihren Angehörigen aufzunehmen. In dringenden Fällen, bei denen sich z. B. Kinder allein zu Hause

befinden, müssten Fahrdienste trotz der Gefahr radioaktiver Kontamination organisiert werden, damit die betroffenen Bürgerinnen oder Bürger ihre Kinder vor unbedachtem Handeln schützen könnten. Schon im Vorweg eines Angriffs, also langfristig, wäre dafür zu sorgen, dass es viele „sichere Häfen“ gibt, an denen Menschen nach einem Anschlag mit einer Dirty Bomb Zuflucht finden und bleiben könnten.

Wegen der mangelnden Informationsbasis in der Bevölkerung ist zu befürchten, dass die Gefahren, die von einer Dirty Bomb ausgehen, vollkommen fehlgeschätzt werden könnten. Z. T. kursieren im Internet Katastrophenszenarien, die die Wirkungen einer Dirty Bomb vollkommen übertreiben, den Tod von Tausenden oder Zehntausenden von Menschen annehmen. Sie „basieren auf der Annahme, dass die Behörden nichts unternehmen würden, um die Bevölkerung zu schützen und das betroffene Gebiet zu dekontaminieren, und dass die Bevölkerung trotzdem vierzig Jahre lang ganz normal in diesem kontaminierten Gebiet wohnen würde“ (vgl. Egger und Münger 2005, S. 2). Es könnte sein (dies wäre empirisch zu prüfen), dass Bürgerinnen und Bürger nach einem terroristischen Angriff mit einer Dirty Bomb bei beruhigenden Meldungen vermuten würden, dass die radioaktiven Gefahren von Behörden heruntergespielt werden, um die Menschen nicht zu beunruhigen. Bilder von Einsatzkräften in Dekontaminationskleidung und entsprechende Dekontaminationsgeräte und Abrollwagen könnten jedoch als symbolische und faktische Hinweise auf eine extreme Gefahr gedeutet werden. Die NATO-Leitlinien verweisen auf diese Möglichkeit, wenn vermutet wird, dass sich die psychologischen Einwirkungen von Ereignissen als weniger gravierend erweisen könnten als mögliche drakonische Sicherheitsmaßnahmen (vgl. Bengel et al. 2009, S. 5). Einer solchen übergroßen Besorgnis kann nur durch ein die Bevölkerung integral einbeziehendes langfristig orientiertes Vorsorgeprogramm vorgebeugt werden, wie es etwa Lasker vorschlägt. Danach ist in einem künftigen Partizipationsprozess von Bewohnern erforderlich, dass sie beträchtlichen Einfluss auf die Planung nehmen können und ihr Engagement auf die Benennung der Fragen richten können, über die sie sich Sorgen machen.

„We recognize that this kind of inclusive process would entail a substantial change in the way many planners currently go about their work and that there are a variety of barriers that currently make it difficult for planners to move in this direction. Nonetheless, the stakes are too high to continue the status quo. ...“ (Lasker 2004, S. ix).

9

Zitierte Literatur

Zitierte Literatur

AGUIRRE BE: *Feedback from the Field. The lack of warnings before the Saragosa tornado*. International journal of mass emergencies and disasters 1988; 6 (1): 65-74

AGUIRRE BE: *Homeland security warnings. Lessons learned and unlearned. Critic's corner*. International journal of mass emergencies and disasters 2004; 22 (2): 103-115

AGUIRRE BE ET AL: *Saragosa, Texas, tornado, May 22, 1987*. An evaluation of the warning system (Natural disaster studies 3), Washington, DC 1991

ANDERSON WA: *Bringing children into focus on the social science disaster research agenda*. International journal of mass emergencies and disasters 2005; 23 (3): 159-175

ANDERSSON U: *Götenborgs ungdomar berättar om branden [Gothenburg youth tell about the fire]*. In: Larsson L, Nohrstedt SA (Hrsg): *Göteborgsbranden 1998*. En studie om kommunikation, rykten och förtönde, Styrelsen för psykologiskt försvar, Stockholm 2000

ANDERSSON U: *Nya svenskar och svenska medier [New Swedes and the Swedish media]* (Arbetsrapport nr. 34), Institutionen för Journalistik och Masskommunikation, Göteborg, Sweden 2005

APA (AMERICAN PSYCHOLOGICAL ASSOCIATION): *Ethic principles of psychologists and code of conduct 1992* (<http://www.apa.org/ethics/code1992.html>; Zugriff: 7.9.2009)

APA (AMERICAN PSYCHOLOGICAL ASSOCIATION): *Ethic principles of psychologists and code of conduct 2002* (<http://www.apa.org/ethics/code2002.html>; Zugriff: 7.9.2009)

APA (AMERICAN PSYCHOLOGICAL ASSOCIATION): *Guidelines on multicultural education, training, research, practice, and organizational change for Psychologists*. Approved as APA policy by the APA council of representatives, 2002a (<http://www.apa.org/pi/multiculturalguidelines/homepage.html>; Zugriff: 7.9.2009)

APTEKAR L: *A comparison of the bicoastal disasters of 1989*. Cross-cultural research 1990; 24 (1-4): 73-104

ASSMANN A: *Erinnerungsräume*. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses, 3. Aufl., München 2006

AVERILL JD ET AL: *Federal building and fire safety inspection of the World Trade Center disaster*. Occupant behavior, egress and emergency communications. National Institute of Standards and Technology (NIST NCSTAR 1-7, Draft). For public comment, Washington, DC 2005 (<http://www.fire.nist.gov/bfrlpubs/fire05/PDF/f05120.pdf>; Zugriff: 25.10.2009)

BAHK CM, NEUWIRTH K: *Impact of movie depictions of volcanic disaster on risk perception and judgments*. International journal of mass emergencies and disasters 2000; 18 (1): 63-84

BANKOFF G: *Cultures of disaster*. Society and natural hazards in the Philippines, New York 2002

BANKS SP: *Multicultural public relations*. A social-interpretive approach, 2. Aufl., Ames 2000

BARTH F (HRSG): *Ethnic groups and boundaries*. The social organization of culture difference, Oslo u. a. 1982 [1969]

BARTON AH: *Communities in disaster*. A sociological analysis of collective stress situations. Ward Lock Educational, England, o. O., 1969

BATES FL, FOGLEMAN CW ET AL: *The social and psychological consequences of a natural disaster*. A longitudinal study of hurricane Audrey. Foreword by Vance RB, National Academy of Sciences – National Research Council, Publication 1081, Disaster Study 18, Washington, DC 1963

BAUMANN Z: *Flüchtige Zeiten*. Leben in der Ungewissheit, Hamburg 2008

BAXMANN I: *Von Grenzgängern und neuen Heiligen*. Imaginierte Nation zwischen Mexiko und den USA. *Behemoth. A journal on civilisation* 2008; 1: 49-57

BECKER J, JOHNSTON DM, LAZRUS H ET AL: *Use of traditional knowledge in emergency management for tsunami hazard*. A case study from Washington state, USA. *Disaster prevention and management* 2008; 17 (4): 488-502

BEERLAGE I, HERING T, NÖRENBERG L ET AL: *Entwicklung von Standards und Empfehlungen für ein Netzwerk zur bundesweiten Strukturierung und Organisation psychosozialer Notfallversorgung (Kurztitel „Netzwerk psychosoziale Notfallversorgung“)*. Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, Bundesverwaltungsamt – Zentralstelle für Zivilschutz – Projekt-Nr: B 1.11-101/02, Laufzeit 12/02-7/04, Hochschule Magdeburg-Stendal, Endbericht, Juli 2004

(http://www.sgw.hs-magdeburg.de/psnv/DOKUMENTE/DOWNLOADS/040731_Abschlussbericht.pdfv; Zugriff: 2.9.2009)

BEERLAGE I, HERING T, NÖRENBERG L, SPRINGER S: *Entwicklung von Standards und Empfehlungen für ein Netzwerk zur bundesweiten Strukturierung und Organisation psychosozialer Notfallversorgung (Kurztitel „Netzwerk psychosoziale Notfallversorgung“)*. Empfehlungen des Projektes. Teil I. Die Empfehlungen im Überblick, Hochschule Magdeburg-Stendal, März 2005

(http://www.sgw.hs-magdeburg.de/psnv/DOKUMENTE/DOWNLOADS/Zusammenfassung_1_Alle.pdf; Zugriff: 2.9.2009)

BEERLAGE I, HERING T, NÖRENBERG L ET AL: *Entwicklung von Standards und Empfehlungen für ein Netzwerk zur bundesweiten Strukturierung und Organisation psychosozialer Notfallversorgung*. *Zivilschutzforschung* Bd. 75, Bonn 2006

BENGEL J ET AL: *Psychologische Aspekte des Krisenmanagements*. Wissenschaftliches Gutachten im Auftrag des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. LÜKEX 2009/10. BBK; Universität Freiburg, Institut für Psychologie, Freiburg 2009

BERGER PL, LUCKMANN T: *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit*. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Mit einer Einleitung zur deutschen Ausgabe von Helmuth Plessner. Übersetzt von Monika Plessner, Frankfurt a. M. 1980

BERGHE PL VAN DEN: *The ethnic phenomenon*. New York, Oxford 1981

BISKUP H: *Trauer hat kein Verfallsdatum*. Kölner Stadt-Anzeiger vom 2.6.2008 (www.stadtanzeiger.de/html/artikel/1212172839941.shtml; Zugriff: 14.9.2009)

BLANCHARD-BOEHM D: *Risk communication in southern California*. Ethnic and gender response to 1995 revised, upgraded earthquake probabilities, research report. Natural Hazards Research and Applications Information Center, Boulder CO 1997

BOIN A, HART P 'T ET AL: *The politics of crisis management*. Public leadership under pressure. Cambridge 2005

BOLIN B: *Race, class, ethnicity, and disaster vulnerability*. In: Rodriguez H, Quarantelli EL, Dynes R (Hrsg): *Handbook of disaster research*. New York 2007: 113-129

BOLIN RC, BOLTON PA: *Race, religion, and ethnicity in disaster recovery*. University of Colorado, Boulder (Hrsg), Institute of Behavioral Science University of Colorado (Program on Environment and Behavior, Monograph #42), Boulder CO 1986

BOLIN R, STANFORD L: *Shelter, housing and recovery. A comparison of U.S. disasters*. *Disasters* 1991; 15 (1): 24-34

- BOLIN R, STANFORD L: *Constructing vulnerability in the first world. The Northridge earthquake in southern California*. In: Oliver-Smith A, Hoffman SM (Hrsg): *The Angry Earth. Disaster in Anthropological perspective*, London, New York 1999: 89-112
- BOLTON P, LIEBOW EB, OLSON J: *Community context and uncertainty following a damaging earthquake*. Low-income Latinos in Los Angeles, California, Environmental professional 1993; 15: 240-247
- BRISLIN R, YOSHIDA T: *Intercultural communication training. An introduction (Communicating effectively in multicultural contexts, 2)*, Thousand Oaks, London, New Dehli 1994
- BRODY EW: *Managing communication processes: From planning to crisis response*, New York 1991
- BUNBURY B: *Cyclone Tracy. Picking up the pieces*. South Fremantle, Australia 1994
- BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE: *Minas. Atlas über Migration, Integration und Asyl*, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2. Aufl., Nürnberg 2008 (<http://www.bamf.de>)
- BUNDESMINISTERIUM DES INNERN: *Krisenkommunikation. Leitfaden für Behörden und Unternehmen*, Berlin 2008
- BUNDESRAT: *Bundesrat, Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz*. Drucksache 669/09 vom 27.07.2009. Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft 2009 (http://www.bundesrat.de/nn_8690/DE/parlamentsmaterial/to-plenum/861-sitzung/to-node.html?__nnn=true; Zugriff: 05.10.2009)
- BURBY RJ, WAGNER F: *Protecting tourists from death and injury in coastal storms*. Disasters 1996; 20 (1): 49-60
- CAMERON RITCHIE E, WATSON PJ, FRIEDMAN MJ (HRSG): *Interventions following mass violence and disasters. Strategies for mental health practice*, New York 2006

CANNON T: *Vulnerability analysis and disasters*. In: Parker DJ (Hrsg): *Floods*, London 2000
(<http://www.radixonline.org/resources/cannon-floods-chapter.doc>; Zugriff: 17.10.2009)

CHAIRETAKIS AL: *The past in the present*. Community variation and earthquake recovery in the Sele valley, southern Italy 1980-1989. PhD Thesis, Columbia University 1991

CHRISTENSEN L, RUCH CE: *The effect of social influence on response to hurricane warnings*. *Disasters* 1980; 4 (2): 205-210

CLAESSENS D: *Gruppe und Gruppenverbände*. Systematische Einführung in die Folgen der Vergesellschaftung, Darmstadt 1977

CLAESSENS D: *Das Konkrete und das Abstrakte*. Soziologische Skizzen zur Anthropologie, Frankfurt a. M. 1993

CLAUSEN L: *Tausch*. Entwürfe zu einer soziologischen Theorie. 1. Aufl., München 1978

CLAUSEN L: *Übergang zum Untergang*. Skizze eines makrosoziologischen Prozeßmodells der Katastrophe. In: Clausen L (Hrsg): *Krasser sozialer Wandel* (Kieler Beiträge zur Politik und Sozialwissenschaft, 8, hrsg. von Röhrich W, Schlüter-Knauer C), Opladen 1994: 13-50

CLERVEAUX V, KATADA T, HOSOI K: *Tsunami scenario simulator*. A tool for ensuring effective disaster management and coastal evacuation in a multi-language society. *Science of tsunami hazards* 2008; 27 (3): 48-71
(<http://tsunamisociety.org/273Clervaux.pdf>; Zugriff: 08.10.2009)

CLERVEAUX V, KATADA T, HOSOI K: *Information simulation model*. *Effective risk communication and disaster management in a mixed cultural society*. *Journal of natural disaster science* 2008a; 30 (1): 1-11

CLERVEAUX V, SPENCE B, KATADA T: *Using game technique as a strategy in promoting disaster awareness in Caribbean multicultural societies*. *The disaster awareness game*. *Journal of disaster research* 2008; 3 (5): 321-322

CONSTABLE M: *Disaster mythology. Looting in New Orleans*. Disaster prevention and management 2008; 17 (4): 519-525

COUCH SR, WADE BA: "I want to barbecue bin Laden" Humor after 9/11. International journal of mass emergencies and disaster 2003; 21 (3): 67-86

DEUTSCH M ET AL (HRSG): *Beiträge zum Hochwasser/Hochwasserschutz in Vergangenheit und Gegenwart*. Institut für Geographie; Pädagogische Hochschule Erfurt (Erfurter Geographische Studien, 9), Erfurt 2000 (<http://www.pherfurt.de/fakultaeten/sozia/geograph>)

DGPS (DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR PSYCHOLOGIE): *Ethische Richtlinien der DGPs und des BDP*, 29.09.1998 (<http://www.dgps.de/dgps/aufgaben/003.php>; Zugriff: 7.9.2009)

DGPS (DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR PSYCHOLOGIE): *Revision der auf die Forschung bezogenen ethischen Richtlinien*, 28.9.2004 (<http://www.dgps.de/dgps/aufgaben/ethikr12004.pdf>; Zugriff: 7.9.2009)

DOMBROWSKY WR: *Unterstützung der länder- und ressortübergreifenden Krisenmanagement-Übung LÜKEX 2009/10 aus soziologischer Perspektive*, wissenschaftliches Gutachten 2009

DONNER WR: *The political ecology of disaster*. An analysis of factors influencing U.S. tornado fatalities and injuries, 1998-2000. University of Delaware. Disaster Research Center. Preliminary Paper #351; 2006 (<http://dspace.udel.edu:8080/dspace/handle/19716/2331>; Zugriff: 16.02.2009)

DONNER WR: *The political ecology of disaster*. An analysis of factors influencing U.S. tornado fatalities and injuries, 1998-2000. Demography 2007; 44 (3): 669-685

DOUGLAS M, WILDAVSKY A: *Risk and culture. An essay on the selection of technological and environmental dangers*. First paperback printing, Berkeley, Los Angeles, London 1982

DRABEK TE: *Disaster evacuation behavior. Tourists and other transients*. Program on environment and behavior, 58, Boulder, CO 1996

DROŽĐEK B: *The rebirth of contextual thinking in psychotraumatology*. In: Droždek B, Wilson JP (Hrsg): *Voices of trauma. Treating survivors across cultures. International and cultural psychology*. Series editor: Marsella AJ, New York 2007: 1-25

DROŽĐEK B, WILSON JP (HRSG): *Voices of trauma. Treating survivors across cultures. International and cultural psychology*. Series editor: Marsella AJ, New York 2007

DYER CL: *Punctuated entropy as culture-induced change. The case of the Exxon Valdez oil spill*. In: Hoffman SM, Oliver-Smith A (Hrsg), *Catastrophe and culture. The anthropology of disaster (School of American research advanced seminar series)*, Santa Fe, NM, Oxford 2002: 159-185

DYNES RR: *Community emergency planning. False assumptions and inappropriate analogies*. *International journal of mass emergencies and disasters*, 1994; 12 (2): 141-158

EDELMAN M: *Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns*. Mit einem Vorwort von Offe C, Frankfurt a. M., New York 1976

EGGER E, MÜNGER K: *Dirty Bomb. Wie gross [sic!] ist die Bedrohung? Mögliche Auswirkungen eines radiologischen Terroranschlags*. Labor Spiez 2005 (http://www.labor-spiez.ch/de/dok/hi/pdf/dedokhidb_0503.pdf; Zugriff: 22.10.2009)

ELIAS N: *Engagement und Distanzierung. Arbeiten zur Wissenssoziologie I*, hrsg. u. übersetzt v. Schröter M, 1. Aufl., Frankfurt a. M. 1983

ELIAS N, SCOTSON JL: *Etablierte und Außenseiter*, Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1990

EMERGENCY MANAGEMENT AUSTRALIA (EMA): *Emergency managers working with culturally and linguistically diverse communities*. Dickson, ACT 2002 ([http://www.reliefweb.int/rw/lib.nsf/db900sid/LGEL-5FTBAL/\\$file/ema-guidelines-oct02.pdf?openelement](http://www.reliefweb.int/rw/lib.nsf/db900sid/LGEL-5FTBAL/$file/ema-guidelines-oct02.pdf?openelement); Zugriff: 2.11.2009)

EMERGENCY MANAGEMENT AUSTRALIA (EMA): *Evacuation planning*. Manual number 11. Australian emergency manual series, Commonwealth of Australia 2005 (<http://www.ema.gov.au/>; Zugriff: 2.11.2009)

EMERGENCY MANAGEMENT AUSTRALIA (EMA): *Guidelines for emergency management in culturally and linguistically diverse communities*. Manual number 44. Australian emergency manual series, Commonwealth of Australia 2007 (<http://www.ema.gov.au/>; Zugriff: 23.4.2009)

ENANDER A, WALLENIUS C: *Psychological reactions and experiences among Swedish citizens resident in Kobe during the 1995 earthquake*. International journal of mass emergencies and disasters, 1999; 17 (2): 185-205

ENARSON E, FORDHAM M: *Lines that divide, ties that bind. Race, class and gender in women's flood recovery in the US and UK*. Australian journal of emergency management, 2000; 15 (4): 43-52

ENGBERGSEN G: *Zwei Formen der sozialen Ausgrenzung. Langfristige Arbeitslosigkeit und illegale Immigration in den Niederlanden*. In: Häußermann H, Kronauer M, Siebel W (Hrsg), *An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung*, Frankfurt a. M. 2004: 99-121

ERIKSEN TH: *Ethnicity and nationalism*. Anthropological perspectives (Anthropology, culture and society), London, Chicago 1993

ERIM-FRODERMANN Y: *51. Psychotherapie mit Migranten – Aspekte der interkulturellen Psychotherapie*. In: Senf W, Broda M, *Praxis der Psychotherapie. Ein integratives Lehrbuch*. Psychoanalyse, Verhaltenstherapie, Systemische Therapie, 2. neubearb. u. erw. Aufl., Stuttgart, New York 2000: 634-638

EVANS-COWLEY JS, ZIMMERMAN GOUGH M: *Is hazard mitigation being incorporated into post-Katrina plans in Mississippi*. International journal of mass emergencies and disasters 2007; 25 (3): 177-217

FALKHEIMER J, HEIDE M: *Multicultural crisis communication. Towards a social constructionist perspective*. Journal of contingencies and crisis management, 2006; 14 (4): 180-189

FAUPEL CE, KELLEY SP, PETEE T: *The impact of disaster education on household preparedness for hurricane Hugo*. International journal of mass emergencies and disasters 1992; 10 (1): 5-24

FINUCANE ML: *Emotion, effect, and risk communication with older adults. Challenges and opportunities*. Journal of risk research 2008; 11 (8): 983-997

FISCHER G, GURRIS NF: 38. *Grenzverletzungen. Folter und sexuelle Traumatisierung*. In: Senf W, Broda M (Hrsg), *Praxis der Psychotherapie*. Ein integratives Lehrbuch: Psychoanalyse, Verhaltenstherapie, Systemische Therapie, 2. neu bearb. u. erw. Aufl., Stuttgart, New York 2000: 468-473

FOGLEMEN CW, PARENTON VJ: *Disaster and aftermath. Selected aspects of individual group behavior in critical situations*. Social Forces 1959; 38 (2): 129-135

FOTHERGILL A, MAESTAS EGM ET AL: *Race, ethnicity and disasters in the United States. A review of the literature*. Disasters 1999; 23 (2): 156-173

FRÖMMING UU: *Naturkatastrophen. Kulturelle Deutung und Verarbeitung*, Dissertation, Institut für Ethnologie, Freie Universität Berlin, Frankfurt a. M., New York 2005

FÜRSTENBERG F: *Soziologische Perspektiven des Anti-Terror-Kriegs*. In: Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 10, Osnabrück 2003: 177-187

GARZA-GUERRERO AC: *Culture shock: Its mourning and the vicissitudes of identity*. Journal of the American Psychoanalytic Association 1974; 22 (2): 408-429

GEENEN EM: *Soziologie der Prognose von Erdbeben*. Katastrophensoziologisches Technology Assessment am Beispiel der Türkei, Berlin 1995

GEENEN EM: *Soziologie des Fremden*. Ein gesellschaftstheoretischer Entwurf, Opladen 2002

GEENEN EM: *Kollektive Krisen. Katastrophe, Terror, Revolution – Gemeinsamkeiten und Unterschiede*. In: Clausen L, Geenen EM, Macamo E (Hrsg), *Entsetzliche soziale Prozesse. Theorie und Empirie der Katastrophen*, Münster 2003: 5-23

GEENEN EM: *Social structure, trust and public debate on risk*. In: Malzahn D, Plapp T (Hrsg): *Disasters and society – from hazard assessment to risk reduction. Proceedings of the international conference*. Universität Karlsruhe (TH) Germany, July 26-27.2004, Berlin 2004: 251-255

GEENEN EM: *Sociological investigations*. Results of the field mission in September/October 2005 in the framework of the joint project: A seismic risk assessment and mitigation in the Antakya-Maras region on the basis of microzonation, vulnerability and preparedness studies (SERAMAR) by order of Earthquake Damage Analysis Center (EDAC), Bauhaus-University Weimar, Ottendorf/Kiel, July 2006 (Ms 129 S.)

GEENEN EM: *Katastrophenvorsorge – Katastrophenmanagement*. In: Felgentreff C, Glade T (Hrsg), *Naturrisiken und Sozialkatastrophen*, Berlin, Heidelberg 2008: 225-239

GEENEN EM: *Warnung der Bevölkerung*. In: *Gefahren und Warnung*. Drei Beiträge, hrsg. von: Schutzkommission beim Bundesminister des Innern, Schriften der Schutzkommission, 1, Bonn 2009: 59-102

GEISLER R: *Lebenssituation ethnischer Minderheiten*. Bundeszentrale für politische Bildung, o. J.: 2 (www1.bpb.de/publikationen; Zugriff: 7.9.2009)

GENNEP A VAN: *Übergangsriten (Les rites de passage)*. *Aus dem Französischen von Schomburg K und Schomburg-Scherff SM*. Mit einem Nachwort von Schomburg-Scherff SM, Frankfurt, New York 1986 [1909]

GIDDENS A: *Die Konstitution der Gesellschaft*. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung (Theorie und Gesellschaft, 1), Frankfurt, New York 1988

GILROY P: *Nationalism, history and ethnic absolutism*. *History workshop journal* 1990; 30: 114-120

GLADWIN H, PEACOCK WG: *Warning and evacuation. A night for hard houses.* In: Peacock WG, Morrow BH, Gladwin H (Hrsg): Hurricane Andrew. Ethnicity, gender and sociology of disasters, London, New York 1997: 52-74

GOLTZ JD, RUSSELL LA, BOURQUE LB: *Initial behavioral response to a rapid onset disaster. A case study of the October 1, 1987 Whittier Narrows earthquake.* International journal of mass emergencies and disasters 1992; 10 (1): 43-69

GORE R: *Andrew Aftermath.* National geographic 1993; 183 (4): 2-37

GREN N: *Practising morality at times of crisis.* Palestinian boundary-making during the Intifada al aqsa, Abstract. In: Experiencing calamity – expressing the unthinkable (WO13), EASA Biennial Conference 2008. Experiencing diversity and mutuality 2008 (<http://www.nomadit.co.uk/easa/easa08/panels.php5?PanelID=230>; Zugriff: 14.9.2009)

GRINBERG L, GRINBERG R: *Psychoanalyse der Migration und des Exils. Aus dem Spanischen von Ribas FC.* Mit einem Geleitwort von Leupold-Löwenthal H, München, Wien 1990 [Originalausgabe spanisch 1984]

GRUNIG JE: *Organizations, environments, and models of public relations.* In: Public relations research and educations I, 1984: 6-29

GRUNIG LA: *Toward the philosophy of public relations.* In: Rhetorical and critical approaches to public relations, hrsg. von Toth EL, Hearth RL, Hillsdale, NJ 1992

GUDYKUNST WB: *Bridging differences.* Effective intergroup communication (Interpersonal commtexts 3), Thousand Oaks 1994

GUDYKUNST WB, MODY B: *Foreword.* In: Gudykunst WB, Mody B (Hrsg), Handbook of international and intercultural communication, 2. Aufl., Thousand Oaks Calif, 2002: IX-X

GUDYKUNST WB, LEE CM: *Cross-cultural communication theories.* In: Gudykunst WB, Mody B (Hrsg): Handbook of international and intercultural communication, 2. Aufl., Thousand Oaks Calif, 2002: 25-50

HAINSWORTH BE: *The distribution of advantages and disadvantages*. Public relations review 1990; 19: 33-39

HALBWACHS M: *Das kollektive Gedächtnis*, Frankfurt a. M. 1985

HANSEN ND, PEPITONE-ARREOLA-ROCKWELL F, GREENE AF: *Multicultural competence. Criteria and case examples*. In: Professional Psychology: Research and Practice 2000; 31 (6): 652-660

HART P 'T: *Symbols, rituals and power. The lost dimensions of crisis management*. Journal of contingencies and crisis management 2003; 1 (1): 36-50

HÄUSSERMANN H, SIEBEL W: *Stadtsoziologie*. Eine Einführung. Unter Mitarbeit von Wurtzbacher J, Frankfurt a. M., New York 2004

HEUFT G: *53. Notfälle. Psychoanalytische Behandlungsansätze*. In: Senf W, Broda M (Hrsg): *Praxis der Psychotherapie. Ein integratives Lehrbuch: Psychoanalyse, Verhaltenstherapie, Systemische Therapie*, 2. neubearb. u. erw. Aufl., Stuttgart, New York 2000: 650-655

HIDAJAT R: *Risikowahrnehmung und Katastrophenvorsorge am Merapi in Indonesien*, hrsg. von Deutsches Komitee für Katastrophenvorsorge e. V. (DKKV), ISBN-10: 3933181224, 66 S. + Anhang, Bonn, April 2001 (<http://www.dkkv.org/DE/publications/ressource.asp?ID=79>; Zugriff: 4.10.2009)

HINRICHS W: *Ausländische Bevölkerungsgruppen in Deutschland*. Integrationschancen 1985 und 2000, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin 2003 (Bestell-Nr.: SP I 2003-202, ISSN 1612-3468; <http://bibliothek.wzb.eu/pdf/2003/i03-202.pdf>; Zugriff 4.10.2009)

HOFFMAN SM: *The worst of times, the best of times. Toward a model of cultural response to disaster*. In: Oliver-Smith A, Hoffman SM (Hrsg): *The angry earth. Disaster in anthropological perspective*, London, New York 1999: 134-155

HOFFMAN SM: *The regenesis of traditional gender patterns in the wake of disaster*. In: Oliver-Smith A, Hoffman SM (Hrsg): *The angry earth. Disaster in anthropological perspective*, London, New York; 1999a: 173-191

HOFFMAN SM, OLIVER-SMITH A: *Anthropology and the angry earth. An overview*. In: Oliver-Smith A, Hoffman SM (Hrsg): *The angry earth. Disaster in anthropological perspective*, London, New York 1999: 1-16

HOFSTEDE G: *Cultural consequences. Comparing values, behaviors, institutions and organizations across nations*, London 2003

HOGAN CF: *Facilitating multicultural groups. A practical guide*, London, Philadelphia 2007

HUNN K: *Kulturelle Begegnungen zwischen Konflikt und Synthese. Anmerkungen zur Geschichte der Einwanderung aus der Türkei*. In: OnlineAkademie der Friedrich Ebert Stiftung 2002

(<http://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/50369.pdf>; Zugriff: 1.10.2009)

HÜTTERMANN J: *Konflikt um islamische Symbole in Deutschland. Asymmetrien der Konfliktkommunikation*. In: Wohlrab-Sahr M, Tezcan L (Hrsg): *Konfliktfeld Islam in Europa. Soziale Welt, Sonderband 17, 1. Aufl.*, Baden-Baden 2007: 201-220

ICD-10: *Neurotische, Belastungs- und somatoforme Störungen (F40-F48); ICD-10: Gruppe F40-F48 – WHO-Ausgabe – Version 2006*

(<http://www.dimdi.de>; Zugriff: 31.8.2009)

„INQUEST INTO AMERCENTRALE BOILER ACCIDENT“. Dutch News, Artikel vom 23.6.2004

(http://www.expatica.com/nl/news/local_news; Zugriff: 18.6.2009)

ISLAMIC COUNCIL OF QUEENSLAND: *Health care provider's handbook on Muslim patients, practical guidelines and information for health workers caring for Muslim patients*. PO Box 204, Sunnybank, Queensland 4109. Produced with funds provided by Queensland Health under the multicultural health grants program 1996

(http://www.health.qld.gov.au/multicultural/health_workers/islamgde.pdf; Zugriff: 2.11.2009)

JÄGER W: *Katastrophe und Gesellschaft*, Univ. Diss., Darmstadt, Neuwied 1977

JAKOB C: *Aufenthaltsgesetz. Ohne Angst ins Krankenhaus*. In: taz – die tageszeitung, online, 24.9.2009 (<http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/ohne-angst-ins-krankenhaus/>; Zugriff: 24.10.2009)

JAMES X, HAWKINS A, ROWEL R: *An assessment of the cultural appropriateness of emergency preparedness communication for low income minorities*. In: Journal of homeland security and emergency management 2007; 4 (3): 1-24

JOHN R: *Die Modernität der Gemeinschaft*. Soziologische Beobachtungen zur Oderflut 1997, Hochschulschrift, Zugl. Hohenheim, Univ., Diss. (Sozialtheorie), Bielefeld 2008

JOHNSTON DM, BECKER J, GREGG C ET AL: *Developing warning and disaster response capacity in the tourism sector in coastal Washington, USA*. Disaster prevention and management 2007; 16 (2): 210-216

KARANCI NA, AKSIT B: *Building disaster-resistant communities. Lessons learned from past earthquakes in Turkey and suggestions for the future*. Research note. International journal of mass emergencies and disasters 2008; 18 (3): 403-416

KEEN M ET AL: *The cultural dimension of hazard management. Flooding in Alice Springs*. The international panel for risk reduction in hazard prone areas newsletter (renamed: Hazard and disaster management 1988; 3: 23-27

KING D: *Understanding the message. Social and cultural constraints to interpreting weather generated natural hazards*. International journal of mass emergencies and disasters 2004; 22 (1): 57-74

KIRSCHENBAUM A: *Generic sources of disaster communities*. A social network approach, Israel Institute of Technology, Draft, Veranstaltung vom August 2003, aus der Reihe: "American Sociological Association, Research Committee on Disasters (RC-39)", Atlanta, Georgia 2003 (http://dscrn.crc.ensmp.fr/Murcia-papers/session1/kirschenbau_1_Revised.pdf; Zugriff: 10.10.2009)

KLINENBERG E: *Heat wave. A social autopsy of disaster in Chicago*. Chicago, London 2002

KOFMAN BOS C ET AL: *The long shadow of disaster. Memory and politics in Holland and Sweden*. International journal of mass emergencies and disasters 2005; 23 (1): 5-26

KRAUSE R: *Das Fernsehen als selbstgewähltes Trauma – seine persönliche und politische Bedeutung. Großgruppen und ihre Eliten in Krisenzeiten*. Ein Beitrag aus der Tagung: Angstmacher Medien? Gewalt als Information. Zweites medienethisches Forum Bad Boll. Bad Boll, 28.-30. Oktober 2005, Tagungsnummer 470905; Online-Texte der evangelischen Akademie Bad Boll; 2005 (<http://www.ev-akademie-boll.de/fileadmin/res/otg/470905-Krause.pdf>; Zugriff: 22.9.2009)

KRAUSE R: *Die Nazizeit als "chosen trauma". Über die Ambivalenz der Erinnerungsarbeit in den Medien*. Forum der Psychoanalyse 2008; 4: 341-349

KREPS GA, KUNIMOTO EN: *Effective communication in multicultural health care settings (Communicating Effectively in Multicultural Contexts 3)*, Thousand Oaks, London, New Delhi 1994

KROEBER AL, KLUCKHOHN C: *Culture. A critical review of concepts and definitions*, New York 1952

KUNZ-PLAPP T: *Vorwarnung, Vorhersage und Frühwarnung*. In: Felgentreff C, Glade T (Hrsg): *Naturrisiken und Sozialkatastrophen*, Berlin, Heidelberg 2008: 213-223

LAGADEC P: *Crisis management in the twenty-first century. 'Unthinkable' events in 'inconceivable' contexts*. In: Rodriguez H, Quarantelli EL, Dynes R (Hrsg): *Handbook of Disaster Research*, New York 2007: 489-507

LASKER RD: *Redefining readiness. Terrorism planning through the eyes of the public*. Center for the advancement of collaborative strategies in health, New York 2004 (<http://www.redefiningreadiness.net/pdf/RedefiningReadinessStudy.pdf>; Zugriff: 21.10.2009)

LAUNGANI P: *Stress, trauma, and coping strategies*. Cross-cultural variations. *International journal of group tensions* 2002; 31 (2): 127-154

LEE BK: *Crisis, culture, community*. In: Kalbfleisch PJ (Hrsg), *Communication yearbook 29*, Lawrence Erlbaum Associates, Mahwah, NJ 2005: 275-307

LEONG TL, LEE S-H: *Chinese Americans*. Guidelines for disaster mental health workers. In: Marsella AJ, Johnson JL et al (Hrsg): *Ethnocultural perspectives on disaster and trauma*. Foundations, issues, and applications. 1 Band, LLC (International and cultural psychology series), New York 2008: 241-270

LINDELL MK, PERRY RW: *Nuclear power plant emergency warning*. How would the public respond? *Nuclear News*, 1983; 26: 49-53

LINDELL MK, PERRY RW: *Behavioral foundations of community emergency planning*, Hemisphere, Washington 1992

LINDELL MK, PERRY RW: *Communicating environmental risk in multiethnic communities*, Thousand Oaks, California 2004

LINDELL MK, PERRY RW, GREENE MR: *Race and disaster warning response*. Paper presented at the annual meetings of the Pacific Sociological Association, San Francisco, California, April 1980

LINDELL MK, PRATER CS ET AL: *Texas gulf coast residents' expectations and intentions regarding hurricane evacuation*. College station TX 77843-3137, Texas A&M University, Hazard Reduction & Recovery Center, August 2001 (ftp://ftp.txdps.state.tx.us/dem/hurr/hurr_coast_behavior.pdf; Zugriff: 15.9.2009)

LOSTER T: *Risikobewusstsein ist der Schlüssel in der Katastrophenvorsorge*. *Entwicklung & ländlicher Raum* 2006; 2: 26-28 (http://archiv.rural-development.de/fileadmin/rural-development/volltexte/2006/02/ELR_dt_26-28.pdf; Zugriff: 6.10.2009)

MALKKI LH: *News and culture*. Transitory phenomena and the fieldwork tradition. In: Gupta A, Ferguson J (Hrsg): *Anthropological locations*. Boundaries and grounds of a field science, Berkeley, Los Angeles, London 1997: 86-101

MARK BS, LAYTON A, CHESWORTH M: *I'll know what to do. A kid's guide to natural disasters*, Washington, D.C. 1997

MARSELLA AJ, JOHNSON JL, WATSON P, GRYCZYNSKI J (HRSG): *Preface*. In: Marsella AJ, Johnson JL, Watson P, Gryczynski J (Hrsg): *Ethnocultural perspectives on disaster and trauma. Foundations, issues, and applications*. International and cultural psychology. Series editor Marsella AJ, New York 2008: IX-XVI

MARSELLA AJ ET AL (HRSG): *Ethnocultural aspects of posttraumatic stress disorder. Issues, research, and clinical applications*. American Psychological Association, 4. Aufl., Washington, DC 2001

MARSELLA AJ ET AL (HRSG): *Ethnocultural perspectives on disaster and trauma. Foundations, issues, and applications* (International and cultural psychology series), LLC, New York 2008

MAUELSHAGEN F: *Flood disasters and political culture at the German North Sea coast. A long-term historical perspective*. Historical social research 2007; 32 (3): 133-144

MCIVOR D, PATON D: *Preparing for natural hazards. Normative and attitudinal influences*. Disaster prevention and management 2007; 16 (1): 79-88

MCQUAIL D: *McQuail's mass communication theory (5th edition)*, London 2005

MILLER H: *Progress and decline. The group in evolution*, Oxford u. a. 1964

MILETI DS: *Disasters by design*, Washington, DC 1999

MINTZEL A: *Multikulturelle Gesellschaften in Europa und Nordamerika. Konzepte. Streitfragen. Analysen. Befunde. Anleitungen für Lehre und Studium* (Makroanalyse und Gesellschaftsvergleich: Konzepte für Lehre und Studium, 2), Passau 1997

MITCHELL L: *Guidelines for emergency managers working with culturally and linguistically diverse communities*. Australian journal of emergency management 2003; 18 (1): 13-18
(<http://www.ema.gov.au/>; Zugriff: 18.05.2009)

MITROFF II ET AL: *The Structure of man-made organizational crisis: Conceptual and empirical issues in the development of a general theory of crisis management*. Technological forecasting and social change 1988; 33 (2): 83-108

MOCHOW U: *Segregation von Migranten in Berlin. Zur Geschichte eines integrationspolitischen Leitbildes*. Bachelorarbeit zur Erlangung des Grades Bachelor of Arts. Betreut von Häußermann H, Institut für Sozialwissenschaften, Fachbereich Stadt- und Regionalsoziologie, Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin, 03. August 2006
(http://www.bgss.hu-berlin.de/lehrbereiche/stadtsoz/abschlussarbeiten/Ulrike_Mochow_BA.pdf; Zugriff: 17.09.2009)

MOORE HE: *Tornadoes over Texas*, Austin 1958

MOORE SF: *Explaining the present. Theoretical dilemmas in processual anthropology*. American ethnologist 1987; 13 (4): 727-751

MORROW BH: *Stretching the bonds. The families of Andrew*. In: Peacock WG, Morrow BH, Gladwin H (Hrsg), Hurricane Andrew. Ethnicity, gender and sociology of disasters, London, New York 1997: 141-170

MÜLLER-FUNK W: *Kulturtheorie*. Einführung in die Schlüsseltexte der Kulturwissenschaften, Tübingen, Basel 2006

NERB J, BENDER A, SPADA H: *Attributed causes of environmental problems. A cross-cultural study of coping strategies*. In: Casimir MJ (Hrsg): *Culture and the changing environment*. Uncertainty, cognition and risk management in cross-cultural perspective, New York 2008: 107-123

NIGG J: *Risk communication and warning systems*. In: Horlick-Jones T, Amendola A, Casale R (Hrsg): *Natural risk and civil protection*, London 1995: 369-382

NIST (NATIONAL INSTITUTE OF STANDARDS AND TECHNOLOGY): *May 2003 progress report on the federal building and fire safety investigation of the World Trade Center disaster 2003*
(http://wtc.nist.gov/pubs/pubs/MediaUpdate%20_FINAL_ProgressReport051303.pdf; Zugriff: 25.10.2009)

OLIVER-SMITH A: *The martyred city. Death and rebirth in the Peruvian Andes*. Prospect Heights, IL 1992

OLIVER-SMITH A: *Anthropological research on hazards and disaster*. Annual review of anthropology, 1996; 25: 303-328

OLIVER-SMITH A: „*What is a disaster?*“ *Anthropological perspectives on a persistent question*. In: Oliver-Smith A, Hoffman SM (Hrsg): *The angry earth*. Disaster in anthropological perspective, London, New York 1999: 18-34

OLIVER-SMITH A, HOFFMAN SM (HRSG): *The angry earth*. Disaster in anthropological perspective, London, New York 1999

OLIVER-SMITH A, HOFFMAN SM (HRSG): *Catastrophe and culture*. The anthropology of disaster (School of American research advanced seminar series), Santa Fe, Oxford 2002

OLOFSEN A: *The preparedness of local authorities for crisis communication with people who have foreign backgrounds*. International journal of mass emergencies and disasters, 2007; 25: 145-173

PAREKH B: *Rethinking multiculturalism*. Cultural diversity and political theory, 2. Aufl., Cambridge 2002

PARTNERSHIP FOR PUBLIC WARNING: *A national strategy for integrated public warning policy and capability*, McLean, Virginia 2003
(<http://www.ppw.us/ppw/natlstratsumm.html>; Zugriff: 24.10.2009)

PAUGAM S: *Armut und soziale Exklusion. Eine soziologische Perspektive*. In: Häußermann H, Kronauer M, Siebel W (Hrsg): *An den Rändern der Städte*. Armut und Ausgrenzung, Frankfurt a. M. 2004: 71-96

PEACOCK WG, MORROW BH ET AL (HRSG): *Hurricane Andrew*. Ethnicity, gender and sociology of disasters, London, New York 1997

PEGUERO AA: *Latino disaster vulnerability. The dissemination of hurricane mitigation information among Florida's homeowners*. Hispanic journal of behavioral sciences 2006; 28 (2): 5-22

PERRY RW: *Disaster preparedness and response among minority citizens*. In: Dynes RR, Marchi B De, Pelanda C (Hrsg): *Sociology of disasters. Contribution of sociology to disaster research*. Promoted by ISA Research committee on disasters, Milano 1987: 135-151

PERRY RW: *Evacuation warning compliance among elderly citizens*. *Disaster management* 1990; 3 (2): 94-96

PERRY RW: *The effects of ethnicity on evacuation decision making*. *International journal of mass emergencies and disasters* 1991; 9 (1): 47-68

PERRY RW, GREENE MR: *The role of ethnicity in the emergency decision-making process*. *Sociological inquiry* 1982; 52 (4): 309-332

PERRY RW, GREENE MR, MUSHKATEL AH: *American minority citizens in disaster*. Battelle Human Affairs Research Center, Seattle 1983

PERRY RW, LINDELL MK: *Preparedness for emergency response*. Guidelines for the emergency planning process. *Disasters* 2003; 27 (4): 336-350

PERRY RW, LINDELL MK, GREENE MR: *Crisis communication. Ethnic differentials in interpreting and acting on disaster warnings*. *Social behavior and personality* 1982; 10 (1): 97-104

PERRY RW, MUSHKATEL AH: *Disaster management*. Warning response and community relocation, Westport, Connecticut 1984

PERRY RW, MUSHKATEL AH: *Minority citizens in disasters*, Athens 1986

PERRY RW, NELSON LS: *Ethnicity and hazard information dissemination*. *Environmental management* 1991; 15 (4): 581-587

PESEK AB: *Sozialmedizin. Armut bedroht die Gesundheit*. Politik. Deutsches Ärzteblatt, PP 1, Dezember 2002: 549

PETERSEN B: *Stories about strangers*. Swedish media construction of socio-cultural-risk, Lanham, Oxford 2006

PETROPOULOS NP: *The Impact of the August-September 1999 earthquakes on Greco-Turkish relations. An explanatory study*, (Emergencies Research Center Athens, Greece), draft, 5th European Sociological Association Conference – Vision and division, August 28-September 1, 2001, Disaster and Social Crisis Research Network, 30.8., Helsinki, Finland 2001

PICARD RG: *Media portrayals of terrorism. Functions and meanings of news coverage*. Ames, Iowa 1993

PRINCE SH: *Catastrophe and social change*. Based upon a sociological study of the Halifax disaster, Studies in history, economics and public law, Band 94.1, Columbia Univ., Diss., New York 1920

QUARANTELLI EL: *The study of disaster movies. Research problems, findings and implications*. Preliminary paper no. 64. University of Delaware, Disaster Research Center 1980

QUARANTELLI EL: *Realities and mythologies in disaster films*. Communications 1985; 11: 31-44

QUARANTELLI EL: *The protection of cultural properties. The neglected social science perspective and other issues that ought to be considered*. University of Delaware. Disaster Research Center, Preliminary Paper No. 325, 2003

RIESMAN D: *The lonely crowd. A study of the changing American character*. Abridged and revised edition, Yale 2001 [1950]

RÖHL T: *Symbole des Unfalltodes. Eine mundanphänomenologisch informierte Analyse privater Erinnerungsmale*. In: Raab J, Pfadenhauer M, Stegmaier P et al (Hrsg): *Phänomenologie und Soziologie. Theoretische Positionen, aktuelle Problemfelder und empirische Umsetzungen*, Wiesbaden 2008: 317-325

ROHRMANN B: *Perception and evaluation of risks*. A cross-cultural comparison, typescript, March 1991

ROHRMANN B: *Cross-cultural studies on perception and evaluation of hazards*. In: Renn O, Rohrman B (Hrsg): *Cross-cultural risk perception. A survey of empirical studies*, Dordrecht 2000: 103-144

RONAN KR, JOHNSTON DM: *Promoting community resilience in disasters*. The role for schools, youth and families, New York 2005

ROSSOCHA V, EGENBERGER V: *Diskussionspapier zur Situation von Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus in Deutschland*, hrsg. von Deutscher Gewerkschaftsbund DGB, Bundesvorstand, Berlin, 14. April 2009 (<http://www.migration-online.de/data/diskussionspapierillegalisiertev8april09.pdf>; Zugriff: 5.10.2009)

SCHENK M: *Für den Notfall vorgesorgt*. Vorsorge und Eigenhilfe in Notsituationen, hrsg. vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), 11. Aufl., Bonn, Juni 2009 (<http://www.denis.bund.de/themenspecial/03023/index.html>; Zugriff: 3.2.2010)

SCHEPKER R, TOKER M: *Transkulturelle Kinder- und Jugendpsychiatrie*. Grundlagen und Praxis, Berlin 2009

SCHMUCK H: „An Act of Allah“. *Religious explanations for floods in Bangladesh as survival strategy*. International journal of mass emergencies and disasters 2000; 18 (1): 85-95

SCHÜTZ A: *Zur Methodologie der Sozialwissenschaften. II. Die Konstruktion gedanklicher Gegenstände im alltäglichen Denken*. In: Schütz A (Hrsg), *Gesammelte Aufsätze I. Das Problem der sozialen Wirklichkeit*. M. einer Einf. v. Gurwitsch A und einem Vorwort v. Breda HL van, 2 Bände, Den Haag 1971: 8-31

SCHUH H, HANNIG C: *Umsetzungsempfehlungen auf der Basis von sozialwissenschaftlicher Literatur, Vorgutachten und Erfahrungen*. Wissenschaftliches Gutachten zur Unterstützung der Stabsrahmenübung LÜKEX 2009/10. Euskirchen, Hamburg 2009

SCHNYDER U: 36. *Posttraumatische Störungen – allgemeine Einführung*. In: Senf W, Broda M (Hrsg): *Praxis der Psychotherapie*. Ein integratives Lehrbuch: Psychoanalyse, Verhaltenstherapie, Systemische Therapie, 2. neubearb. u. erw. Aufl., Stuttgart, New York 2000: 448-453

ŞEN F ET AL: *Intergeneratives Verhalten und (Selbst-)Ethnisierung von türkischen Zuwanderern*. Gutachten des ZfT für die Unabhängige Kommission „Zuwanderung“, Essen 2001

(http://www.eu2007.bmi.bund.de/Internet/Content/Common/Anlagen/Themen/ZuwanderungIntegration/DatenundFakten/ZfT__pdf,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/ZfT_pdf.pdf; Zugriff: 10.8.2009)

SEN R, MAMDOUH F: *The accidental American*. Immigration and citizenship in the age of globalization, San Francisco 2008

SLOVIC P: *Perception of risk*. Science 1987; 236: 280-285

SLOVIC P, FLYNN J ET AL: *Nuclear power and the public*. A comparative study of risk perception in France and the United States. In: Renn O, Rohrman B (Hrsg): *Cross-cultural risk perception*. A survey of empirical studies, Dordrecht 2000: 55-102

SOLIS GY ET AL: *Guidelines on cultural diversity and disaster management*. Final report, prepared by the Disaster Preparedness Resources Centre. The University of British Columbia, for emergency preparedness Canada, produced within the Canadian framework for the International Decade for Natural Disaster Reduction, December 1997

(<http://dsp-psd.pwgsc.gc.ca/Collection/D82-45-1997E.pdf>; Zugriff: 2.11.2009)

SORENSEN JH, VOGT SORENSEN B: *Community processes*. Warning and evacuation. In: Rodríguez H, Quarantelli EL, Dynes RR (Hrsg): *Handbook of disaster research*. With forewords by Anderson WA, Kennedy PJ, Ressler E, New York 2007: 183-199

STALLINGS RA: *Media discourse and the social construction of risk*. Social Problems 1990; 37 (1): 80-95

STATISTISCHES BUNDESAMT (HRSG): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit*. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters. Fachserie 1, Reihe 2, Artikelnummer: 2010200087004, 2008, Wiesbaden 2009 (<https://www-ec.destatis.de/>; Zugriff: 08.10.2009)

STEIN B VON DER: *Verborgene Traumatisierungen und transgenerationale Traumaweitergabe bei Nachkommen von Migranten*. In: *Psychoanalyse* 2006; 10 (2): 137-150

SUBCOMMITTEE ON NATURAL DISASTER REDUCTION: *Effective disaster warnings. Report by the working group on natural disaster information systems*. National Science and Technology Council, Washington, DC 2000 (http://www.sdr.gov/NDIS_rev_Oct27.pdf; Zugriff: 24.10.2009)

TIERNEY KJ: *Socio-economic aspects of hazard mitigation*. Preliminary paper no. 190. Disaster Research Center, University of Delaware, Newmark 1993

TIERNEY KJ: *Disaster beliefs and institutional interests: recycling disaster myths in the aftermath of 9-11*. In: Clarke L (Hrsg): *Terrorism and disaster: New threats, new ideas*. Research in social problems and public policy, vol. 11, New York 2003: 33-51

TIERNEY KJ, LINDELL MK, PERRY RW: *Facing the unexpected*. Disaster preparedness and response in the United States, Washington, DC 2001

TING-TOOMEY S, OETZEL JG: *Managing intercultural conflict effectively (Communicating effectively in multicultural contexts 6)*, London, New Delhi 2001

TING-TOOMEY S, OETZEL JG: *Cross-cultural face concerns and conflict styles. Current status and future directions*. In: Gudykunst WB, Mody B (Hrsg): *Handbook of international and intercultural communication*, 2. Aufl., Thousand Oaks Calif., 2002: 143-164.

TURNER RH ET AL: *Earthquake threat: The human response in southern California*. Institute for Social Science Research, University of California at Los Angeles, Los Angeles 1979

TURNER RH ET AL: *Community response to earthquake threat in southern California, Part 10, summary and recommendations*. Institute for Social Science Research, Los Angeles 1980

ULLBERG S: *Contesting disaster*. Politics of memory and oblivion in Santa Fe, Argentina, Abstract. In: *Experiencing calamity – Expressing the unthinkable (WO13)*, EASA Biennial conference 2008 Experiencing diversity and mutuality (<http://www.nomadit.co.uk/easa/easa08/panels.php5?PanelID=230>; Zugriff: 14.9.2009)

ULLBERG S: *Dissertation abstract*. Watermarks: Floods and memoryscape in Santa Fe, Argentina, Department of Social Anthropology, Stockholm University, unveröffentlichtes Manuskript, o.J. [2009]: 9

ULLBERG S: *De inundados a Inundados: Posdesastre y Movilización Social en Santa Fe, Argentina, Universidad de Estocolomo Departamento de Antropologia Social*. In: Visacovsky S (Hrsg)(forthcoming): *Estados Criticos*. Estudios sobre la experiencia social de la calamidad, unveröffentlichtes Manuskript, o. J. [2009]: 32

U.S. DEPARTMENT OF HEALTH AND HUMAN SERVICES: *Mental health. Culture, race, and ethnicity – A Supplement to mental health*. A report of the surgeon general. Center for Mental Health Services, Rockville, MD 2001 (<http://www.surgeongeneral.gov/library/mentalhealth/cre/sma-01-3613.pdf>; Zugriff: 10.8.2009)

VAUGHAN E: *The significance of socioeconomic and ethnic diversity for the risk communication process*. Risk analysis 1995; 15 (2): 169-180

VOGEL D: *Sperrklinkeneffekte verstärken Grenzkontrollen?* Hrsg. von Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) 2007 (<http://www.hwwi.org/Sperrklinkeneffekte.6191.0.html>; Zugriff: 5.10.2009)

VOLKAN VD: *Großgruppenidentität und auserwähltes Trauma*. Psyche. Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendungen 2000; 54 (9/10): 931-953

VOLKAN VD: *Massive traumas at the hand of „others“*. Large-group identity issues, transgenerational transmission, „chosen traumas“ and their consequences, May 15, 2007 version (http://www.austenriggs.org/Senior_Erikson_Scholar/; Zugriff: 22.9.2009)

VOOGD H: *Disaster prevention in urban environments*. European journal of spatial development 2004; 12: 1-20 (<http://www.nordregion.se/EJSD/>; Zugriff 7.9.2009)

WEBB GR: *The popular culture of disaster. Exploring a new dimension of disaster research*. In: Rodriguez H, Quarantelli EL, Dynes RR (Hrsg), Handbook of disaster research, New York 2007: 430-440

WEBB GR, WACHTENDORF T: *Bringing culture back in. Exploring the cultural dimension of disaster*. In: International journal of mass emergencies and disasters 2000; 18 (1): 5-19

WEBER M: *Wirtschaft und Gesellschaft*. Grundriss der Verstehenden Soziologie, fünfte revidierte Aufl., besorgt von Winckelmann J, Studienausgabe, Tübingen 1976

WHITE GF, HAAS JE: *Assessment of research on natural hazards*, Cambridge, MA 1975

WILDAVSKY A: *The comparative study of risk perception. A beginning*. In: Bayrische Rück (Hrsg): Risk is a construct. Perceptions of risk perception, München 1993: 179-196

WILSON JT, BODEN JM: *The effects of personality, social support and religiosity on posttraumatic growth*. Australian journal of disaster and trauma studies 2008; 12 (1) (<http://www.massey.ac.nz/~trauma/issues/2008-1/wilson.htm>; Zugriff 6.9.2009)

WISNER B ET AL: *At risk*. Natural hazards, people's vulnerability and disasters, 2. Aufl., London, New York 2004

YELVINGTON KA: *Coping in a temporary way. The tent cities*. In: Peacock WG, Morrow BH, Gladwin H (Hrsg): Hurricane Andrew. Ethnicity, gender and sociology of disasters, London, New York 1997: 92-115

10

Zusammenfassung,
ausgewählte
Empfehlungen, Ansätze
für die Prognose von
Bevölkerungsverhalten
und Vorschläge zur
Strukturierung des
Bevölkerungsverhaltens

Anmerkungen: Der Aufbau folgt demjenigen der Studie. Im Anschluss an jede kursiv gesetzte Überschrift findet sich ein Verweis auf den entsprechenden Abschnitt der Synopse. Auch innerhalb der Abschnitte wird entsprechend auf Passagen des Haupttextes verwiesen. Literaturverweise beziehen sich auf das Verzeichnis im Haupttext.

Fragestellungen und Methoden der Untersuchung (siehe Abschnitt 1.1): In modernen multikulturellen Gesellschaften sieht sich der Katastrophenschutz zunehmend mit der Frage konfrontiert, auf welche Bevölkerung er sich einstellen muss. Zwar ist man sich im Alltagsverständnis bewusst, dass z. B. Migrantinnen und Migranten der ersten und zweiten Generation auf eine Gefahrensituation möglicherweise anders reagieren, als dies für die Bevölkerung deutscher Herkunft angenommen werden kann, oder dass unterschiedliche Vulnerabilitäten bei Katastropheneintritt denkbar sind. Jedoch liegen in Deutschland erstellte Studien, die für diese Fragestellungen verwertbar wären, nur zu Einzelaspekten vor. Jedoch gilt auch für die internationale Katastrophenforschung, dass weiten Gebieten wenig Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Dazu gehören insbesondere ethnisch-kulturelle Minderheiten (aber auch Frauen, Kinder und junge Menschen), aber auch multikulturelle Gesellschaften. Vielfach werden Programme zur Vorsorge und Vorbereitung auf Katastrophen (Mitigation und Preparedness) konzipiert, die Unterschiede zwischen ethnisch-kulturellen Gruppen mangels Kenntnis nicht berücksichtigen können.

Werden Gesellschaften auch in Katastrophenfragen als monokulturell gedacht, handelt es sich dabei keineswegs um ein wertneutrales Vorgehen. Denn auch das Denken und die Beschreibung von Kultur verändern die Kultur bereits, indem das, was anders ist, übersehen wird. Auch durch das, was in der praktischen Arbeit, z. B. der Katastrophenvorsorgeplanerin oder des Katastrophenschützers, nicht bedacht wird, werden Tatsachen geschaffen. Fühlen sich Minderheitenangehörige durch eine Evakuierungsempfehlung nicht angesprochen oder verstehen sie sie nicht, achten sie vielleicht nicht auf die entsprechenden Hinweise und bleiben in der Gefahrenzone.

In dieser Studie werden systematisch internationale Forschungserfahrungen zum Verhalten der Bevölkerung in multikulturellen Gesellschaften dargestellt und daraus resultierende Empfehlungen abgeleitet. Soweit sinnvoll und möglich, werden Prognosen des Bevölkerungsverhaltens formuliert und Möglichkeiten der Strukturierung von Bevölkerungsverhalten aufgezeigt. Dies ist im Wesentlichen deswegen möglich, weil nicht nur einzelfallbezogene Studien gefunden wurden, sondern für verschiedene Fragestellungen theoretische Rahmenkonzepte aus dem Bereich der Katastrophensoziologie (z. B. Vaughan 1995) und vertiefte Analysen kultureller Zusammenhänge, insbesondere aus der sozialanthropologischen Forschung (z. B. Hoffman 1999), sowie wegweisende empirische Studien (z. B. Averill et al. 2005 und Lasker 2004) erschlossen werden konnten. Wenn möglich, wurden dort, wo theoretische Konzepte fehlten, eigene Ansätze und theoretische Weiterführungen entwickelt (z. B. in den Abschnitten 2.2. und 3.4).

Um die vorliegende Studie zu erstellen, wurden im Rahmen des Projektes über 1.400 Bücher, Aufsätze, Schriften von Organisationen und graue Literatur gesichtet, die den Disziplinen Soziologie, Sozial- und Kulturanthropologie, Psychologie, Psychoanalyse und Politologie zugeordnet werden können sowie von Organisationen, die mit Katastrophenfragen befasst sind. Die Arbeiten wurden weltweit in Bibliotheken, Datenbanken, Archiven und im Internet recherchiert. Eine im Rahmen des Projektes aufgebaute Datenbank enthält die gesichteten Titel, die größtenteils kategorisiert, verschlagwortet und mit Abstracts versehen wurden.

Multikulturelle Gesellschaften, Ethnizität und Katastrophe (siehe Abschnitt 1.2): Moderne Gesellschaften wie die der Bundesrepublik Deutschland können ihren Bevölkerungsschutz und die Gestaltung der Katastrophenvorsorge nicht mehr auf der idealtypischen Grundlage eines nationalstaatlichen Modells, als gedachter Einheit von Nation, Kultur und geographischem Raum, konzipieren. In einem solchen Modell waren „Grenzüberschreitung, Mischung der Sprachen, Kulturen und Räume, wie sie für Migranten an der Tagesordnung sind, ... nicht vorgesehen“ (Baxmann 2008, S. 49). In dieser Studie werden **multikulturelle Gesellschaften als Gesellschaften aufgefasst, in denen zwei oder mehr kulturelle Gruppen leben** (vgl. Bikhu Parekh 2000). Damit wird **bewusst unterlassen, einen Standpunkt in der Debatte um Multikulturalismus als Integrationsstrategie einzunehmen.**

Die Verwendung der Begriffe Ethnie, ethnisch sowie ethnisch-kulturell in dieser Studie erfolgt nicht aus einem essentialistischen Kultur- und Ethnizitätsverständnis. Kulturen werden weder als in sich geschlossene Einheiten (Kulturkreise) betrachtet, noch werden Ethnien als Abstammungsgemeinschaften verstanden. Denn solche essentialistischen Konzepte bergen die Gefahr von Stereotypen, Mythenbildungen und Sündenbockmechanismen. Vielmehr wird Ethnizität als abhängig vom sozialen Kontext, als dynamisch, situativ und relational aufgefasst. Bereits Max Weber (1976) hat mit seinem Begriff und Konzept des „**ethnischen Gemeinschaftsglaubens**“ die Grundlage für eine sozialkonstruktivistische Sichtweise auf Ethnien gelegt. Entsprechend der Auffassung des in dieser Denktradition stehenden norwegischen Anthropologen Thomas Hylland Eriksen (1993) **gewinnt Ethnizität an Relevanz, wenn Menschen sich aufgrund bestimmter Merkmale als bedroht wahrgenommen sehen, während Ethnizität im Alltag eher in ihrer Bedeutung zurücktreten kann.** Ethnizität entwickelt sich insbesondere als Reaktion auf relationalen Druck durch rapiden sozialen Wandel, Krisen und Bedrohungen auf unterschiedlichen Ebenen. Dieser Befund ist mit Analysen von Vamik D. Volkan (2000) kompatibel, wonach es durch neuerliche traumatische Erfahrungen zu einer radikalen Reaktivierung eines manchmal Jahrhunderte alten Traumas einer ethnischen Großgruppe kommen kann (siehe Abschnitt 7.2). Das Gefühl ethnischer Zugehörigkeit entwickelt sich in gruppenspezifischen Sozialisationsprozessen, also innerhalb von In-groups, jedoch auch über Fremdzuschreibung. Wenn ethnische Unterschiede in Krisen oder bei einem Gefühl, bedroht zu werden, an Bedeutung gewinnen, kann sich dies auch auf **notwendiges Vertrauen in Behörden und Hilfsorganisationen bei Gefährdungen, Warnungen oder Katastrophen** auswirken. Denn in solchen Situationen ist Vertrauen von herausragender Bedeutung für die Verständigung und möglicherweise auch für die Lebensrettung Gefährdeter. Bei hoher Umschlagsgeschwindigkeit bleibt unter Umständen keine oder kaum Zeit für vertrauensbildende Maßnahmen. Empfohlen wird die Anreicherung der Kenntnisse von Migrantinnen und Migranten über die Funktionstüchtigkeit und Vertrauenswürdigkeit von Rettungs- und Hilfsorganisationen in Deutschland. Ansprechpartner könnten Multiplikatoren für die jeweiligen Minderheiten sein.

Kultur und Ethnizität (siehe Abschnitt 1.3): Den Ausführungen in der vorliegenden Studie wird angesichts des Fehlens eines einheitlichen Kulturkonzeptes und einer durchgängig akzeptierten Definition eine **arbeitsbezogene Definition von Kultur** zugrundegelegt, die weit genug und zugleich aussagekräftig ist und

an Kulturkonzepte der Theorien symbolischer Interaktion, des Konstruktivismus und der Symboltheorie anknüpft: **Kultur** wird als **sinnhaftes System von Bedeutungen, Bedeutungshorizonten und Bewertungen** (Regeln, Normen) verstanden, **die Menschen miteinander teilen** und die auch – meist intergenerativ – weitervermittelt werden. Soziales Handeln (dazu gehört auch Kommunikation) kann sich kulturell unterscheiden. Bedeutungen, Bewertungen und Handeln sind aufeinander bezogen und im Wandel begriffen. Kultur lässt sich als Gesamtheit symbolischer Formen, Prozesse und Akte verstehen.

Aus der Auffassung von **Kultur als sinnhaftem System von (symbolisch vermittelten) Bedeutungen und Bedeutungshorizonten** ergibt sich, dass es Verständnisprobleme zwischen Angehörigen unterschiedlicher Kulturen geben kann und wird. Schwierigkeiten des Verstehens von Menschen mit anderer kultureller Verortung beruhen unter anderem darauf, dass es eines tieferen Wissens um ihre kulturellen und sprachlichen Kontexte bedarf. Kontexte umfassen Informationen, die über eine übermittelte Botschaft hinausreichen und oft wichtiger sein können als die Botschaft selbst. Ebenso können **Bewertungen der Bedeutung von Dingen oder Handlungen kulturell differieren**. Dies drückt sich auch in Regeln, Normen, Gesetzen, Tabus und im Grad der Legitimität bzw. Illegitimität aus. Kulturelle und ethnische Zugehörigkeit können zusammenfallen, sie müssen es jedoch nicht. Die Anwendung des Begriffes Kultur auf eine bestimmte Gruppe verdeckt, dass sich dahinter jeweils eine Vielzahl von Sub-Kulturen und mithin ausdifferenzierten symbolischen Sphären verbergen, die sich überschneiden, überlagern oder gegeneinander abgrenzen und keine homogenen symbolischen Welten im Sinne von Monokulturen bilden. Kulturen würden wesentliche Momente einbüßen, wenn sie nicht zugleich Kontingenz, Mischung, Heterogenität, Vielfalt und Differenz hervorbringen würden. Dass **Konflikte aufbrechen, wenn nicht gegenseitige Toleranz, Sensibilität und ein Mindestmaß eines Verstehenswillens herrschen** und Medien und andere Akteure latente Vorbehalte zum Hochspielen von Konfliktfronten nutzen, zeigt das Beispiel der Mohammed-Karikaturen (aber auch der Konflikt um „Die satanischen Verse“, siehe Abschnitt 1.4). Immigranten bleiben nach Bo Petersen (2006) so lange Fremde, wie sie nicht in den alltäglichen Diskurs und das Gemeindeleben einbezogen werden. Feindbilder, Stereotype und Argwohn seitens der Majoritätsbevölkerung können bei Minderheiten zu einer verstärkten Ethnifizierung führen (siehe Abschnitt 7.2). Vorstellungen homogener kultureller Orientierungen treffen in modernen multikulturellen Gesellschaften weder auf Einwanderer aller Generationen noch auf die Majoritätsbevölkerung zu.

Kommunikative Eskalationsspiralen in einer multikulturellen Gesellschaft und Möglichkeit ihrer Verhinderung oder der Deeskalation (siehe Abschnitt 1.4): Eskalationen – wie im Fall von „The satanic Verses“ von Salman Rushdie – könnten vermieden werden, wenn sich die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen, einschließlich Massenmedien und Politik, in der Bearbeitung eines solchen Konfliktes an der Ausgangslage (hier: den drei wesentlichen Kritikpunkten der Muslime an „The satanic Verses“ und an ihrer Ausgangsforderung) orientiert hätten. **Es sollte darauf geachtet werden, dass sich multikulturelle Diskurse und Konflikte nicht durch Verknüpfung mit grundsätzlichen Fragen verselbstständigen und zu einer Frage der Qualität und Unter- oder Überlegenheit von Werten und Lebensweisen werden,** sondern als sachorientierte öffentliche Debatten geführt werden. Dies verhindert Radikalisierung auf beiden Seiten und Ethnifizierungsprozesse in der angegriffenen Minderheit wie auch in der Majoritätsbevölkerung. Es ist zu beachten, dass **gerade für ethnisch-kulturelle Minderheiten ihre identitätsstiftenden kulturellen Formen und Inhalte von besonderer Bedeutung sind.** Infragestellen und Überdenken der eigenen Position, Selbstkritik und Aufeinanderzugehen sind geeignete Mittel zur gewaltlosen Beilegung eines Konfliktes, der in diesem Fall wiederum **gegenseitigen gleichwertigen Respekt, friedliche Lösungsstrategien** und die Fähigkeit zur multikulturellen Kommunikation in der Gesamtbevölkerung zur Voraussetzung haben muss.

Minderheiten in Deutschland (siehe Abschnitt 1.5): War Deutschland im Jahr 1955 ethnisch-kulturell noch weitgehend homogen (Ausländeranteil unter 1 %), so lebten, entsprechend der Bevölkerungsfortschreibung des statistischen Bundesamtes, im Jahr 2007 bereits **7.257.028 Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland.** Das entspricht einem **Anteil von 8,83 Prozent an der Gesamtbevölkerung von 82,2 Millionen Menschen.** Die Ausländeranteile erreichen die niedrigsten Werte in den neuen Bundesländern und **höhere Anteile in Großstädten und in Gebieten mit hohem Arbeitskräftebedarf.** Betrachtet man die Herkunft der sich in Deutschland aufhaltenden Ausländer (Basis Ausländerzentralregister mit Bestandszahl von 6.744.897 am 31.12.2007), kamen 34,6 Prozent aus Staaten der Europäischen Union und 65,4 Prozent aus Drittstaaten. Die **höchsten Anteile unter den Herkunftsländern** bei den in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern haben zum Stichtag 31.12.2008 die **Türkei (23,30 %), Italien (7,22 %), Polen (5,43 %),** Griechenland (3,96 %) und Kroatien (3,08 %). Aus dem gesamten Kontinent Afrika stammen nur 3,69 % der in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer, aus **Asien** hingegen

11,16 % (siehe Tabelle 1 in Abschnitt 1.5). Die Verteilung der Geschlechterproportionen nach Erdteilen und ausgewählten Herkunftsländern zeigt zumeist ein recht ausgewogenes Bild (siehe Tabelle 2 in Abschnitt 1.5). Besonders **hohe Frauenanteile** (>60 %) sind hinsichtlich Finnland (70,2 %) und den Philippinen (79,6 %) festzustellen. **Niedrige Frauenanteile** (<40 %) sind hinsichtlich Indien (35,3 %) und Irak (36,9 %) zu verzeichnen. Dieser Befund akzentuiert die Wichtigkeit, **im Katastrophenschutz neben der ethnisch-kulturellen Diversität stets auch beide Geschlechter mit ihren möglicherweise unterschiedlichen Bedürfnissen im Blick zu halten**. Bei den in Deutschland lebenden Ausländerinnen und **Ausländern und den Deutschen ausländischer Herkunft** (die eingebürgert wurden) handelt es sich um einen **hochgradig heterogenen Personenkreis** mit unterschiedlichem Aufenthaltsrecht und unterschiedlichen Absichten, in Deutschland zu bleiben, unterschiedlichen Bildungsgraden, unterschiedlichen Weisen und Graden der Integration und Segregation (zu den damit verbundenen Problemen siehe Abschnitt 5.3.1). Der **Aufenthaltsstatus** kann vom **Asylbewerber, Asylanten, Kriegsflüchtling** bis zu Personen mit eingeschränkter oder dauerhafter **Arbeitserlaubnis** reichen und umfasst auch einen nicht unbeträchtlichen Anteil an **Personen, die sich illegal in Deutschland aufhalten** (die jüngsten Schätzungen liegen zwischen 0,5 und 1 Million).

Vorübergehender (Touristen, Obdachlose, Umherziehende, Transitreisende, Geschäftsleute) und illegaler Aufenthalt, Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz (siehe Abschnitt 1.6): In der Katastrophenvorsorge und im Katastrophenmanagement, insbesondere bei Warnungen, besteht ein besonderes Problem darin, wie mobile oder nicht ansässige Individuen und Gruppen erreicht werden können. Meist wird diese Frage in der Forschung übergangen. Nach vorliegenden Befunden **orientieren sich Reisende an anderen Reisenden** (diskutieren mit ihnen über angemessenes Verhalten) sowie **am Hotelpersonal**, haben eine **Tendenz zu flüchten, ignorieren Warnungen häufiger** als die zum Zeitpunkt der Warnung oder des Ereignisses nicht mobile Bevölkerung, **verstehen Warnungen schlechter und können weniger damit anfangen**.

Empfohlen wird, bei der Gestaltung einer Warnung sicherzustellen, dass **möglichst viele derjenigen, die aus verschiedenen Gründen unterwegs sind, auch die Warnung erhalten**. Sinnvoll ist, möglichst weitreichende und diversifizierte Kommunikationskanäle zu nutzen und auf **Mehrsprachigkeit** zu achten. Die **Formulierung der Warnung sollte so gestaltet werden, dass sie auch Ortsunkundigen Orientierung gibt**. Ortsfremden helfen genaue Lage- und

Anfahrtsbeschreibungen, z. B. zu Notunterkünften, die nur Einheimische verstehen, wenig. Bei der Empfehlung oder Anweisung, Notunterkünfte aufzusuchen, sollte (zur Vermeidung von Skepsis) erwähnt werden, dass die zur Verfügung stehenden Notunterkünfte tatsächlich schützen und bestmöglich ausgestattet sind. Zudem muss die **Dringlichkeit und Relevanz der Warnung betont werden, weil sie sonst eventuell ignoriert wird**. Mit einer Warnung sollten knappe Informationen für Menschen, die unterwegs sind, als Handlungsanweisungen kommuniziert werden.

Bereits bei der Vorbereitung auf Ereignisse können Aufrufe, Warnmeldungen und andere Informationen in die wichtigsten Sprachen übersetzt werden, so dass auf sie sofort zurückgegriffen werden kann. Es empfiehlt sich, eine entsprechende **mehrsprachige Datenbank zu allen wichtigen Fragen des Katastrophenschutzes anzulegen**. Überdies wäre es günstig, Hotelpersonal so zu schulen, dass es Reisenden Orientierungshilfen bieten kann.

Illegal sich Aufhaltende (siehe Abschnitt 1.6): Für Menschen mit nicht legalem Aufenthaltsstatus ergibt sich **im Großschadens- oder Katastrophenfall das Problem, dass ihr Status der Illegalität offensichtlich werden könnte**, wenn sie sich betreuen, behandeln, beraten, versorgen oder dekontaminieren lassen. Jede gewählte behördliche Vorgehensweise muss bei den angesprochenen Personen und Personengruppen hinreichend vertrauenswürdig, glaubwürdig und überzeugend wirken, damit den angezielten Aktionen Erfolg beschieden ist. Ist Vertrauens- oder Glaubwürdigkeit der Botschaften erkennbar gegeben, könnten Menschen in ihrem Umkreis sie ermutigen, den öffentlichen Empfehlungen oder Anweisungen zu folgen oder sie würden selbst hinreichendes Vertrauen gewinnen und sich an die entsprechenden Stellen werden. Als Lösungswege für das skizzierte Problem werden die folgenden zwei Vorgehensweisen gesehen. 1. Es finden **keine Kontrollen** von Identifikationspapieren (Ausweisen etc.) statt. Das vor Kurzem verabschiedete Gesetz, dass illegal sich Aufhaltende die Dienstleistungen von Krankenhäusern in Anspruch nehmen können, ohne dass ihre Personalien an die Ausländerbehörde weitergeleitet werden, könnte hier wegweisend sein (Bundesrat 2009, Zu § 88.2, S. 508 f.). 2. Es wird im Vorhinein allen illegal sich Aufhaltenden, die sich melden, zugesichert, dass sie ein **dauerhaftes Aufenthaltsrecht** gewinnen. Dies kann aber das Problem mit sich bringen, dass sich zu viele Menschen melden. Zum Schutz der Betroffenen und der Gesamtbevölkerung wäre es sinnvoll, bereits im Vorwege über eine angemessene Lösung dieses Problems nachzudenken und entsprechende Regelungen

vorzusehen und vorzubereiten, denn es kann sowohl bei einer notwendigen Dekontamination wie auch bei einer hochinfektiösen Seuche virulent werden.

Entfaltung der kulturellen Dimension von Katastrophe (siehe Abschnitt 2.1):

Wenn insgesamt gesagt werden kann, dass Katastrophen auf die Kultur bzw. Kulturen einwirken und Kultur bzw. Kulturen zu Katastrophen beitragen, wird erkennbar, dass die Behandlung der **kulturellen Dimension quer zu anderen Fragestellungen** liegt, denn sie berührt auch alle anderen Themen. So kann z. B. zwischen Kulturen der Vorbereitung auf Katastrophen, Kulturen der Katastrophenbekämpfung, Kulturen der Erinnerung an Katastrophen und Disaster Cultures unterschieden werden. Die kulturelle Dimension bezieht sich nicht nur auf Fragen des Multikulturellen. Da Kultur allem menschlichen Schaffen inhärent ist, **wirken Katastrophen generell kulturzerstörend, indem sie menschliches Schaffen vernichten, und kulturschaffend, indem in Auseinandersetzung mit einer Katastrophe Kultur hervorgebracht wird.** Zerstört werden nicht nur individuelle, sondern auch soziale, kollektive und kulturelle Erinnerungen, die geeignet sind, das kulturelle Gedächtnis von sozialen Gruppen, einer Gesellschaft oder der Menschheit aufrechtzuerhalten. Katastrophen sind Ereignisse, in denen Menschen das Scheitern ihrer kulturellen Anstrengungen offengelegt wird. Kulturgüter können einen Beitrag zur Stärkung der Überlebenden nach Katastrophen und zur Resilienzerhöhung insgesamt leisten, denn Menschen können sich an ihnen als wichtigen kulturellen Symbolen aufrichten. Zu wissen, welche vorhandenen kulturellen Symbole an die Stelle zerstörter identitätsstiftender Kulturgüter treten könnten, wäre gesamtgesellschaftlich von großer Bedeutung.

Jede Kultur, die eine große Katastrophe durchlebt, bringt verschiedene Weisen kultureller und symbolischer Repräsentationen der Katastrophe hervor.

Diese finden sich in der Populärkultur, in der Massen- und Konsumkultur und in der Hochkultur. Menschen setzen der Katastrophe durch ihr vielfältiges Kulturschaffen etwas entgegen. **Populäre Formen** können sich auf **emotionale und rationale Weisen der Verarbeitung von Katastrophen** erstrecken und reichen von Scherzen über Erzählungen, Anekdoten, Lieder und Gedichte bis zu Graffiti, in denen sich Hoffnungen, Humor oder Frustrationen ausdrücken können und der Versuch einer Sinnsuche erkennbar wird. So gibt es z. B. Netzwerke, in denen Frauen durch gemeinsame Arbeit an Quilts Katastrophen sinnhaft deuten. Denn Katastrophen als tiefgreifend und schlagartig in das Leben der Menschen hineinwirkende Ereignisse und Prozesse bedürfen in **besonderem Maße**

der Erklärungskraft, Phantasie und Sinnstiftung. Auch neue Rituale werden eingeführt und alte wiederbelebt, um dem eigenen Leben Halt und Bedeutung zu verleihen und es werden behelfsmäßige Erinnerungsstätten errichtet, damit Überlebende die Möglichkeit haben, ihre Emotionen und Erinnerungen in Gemeinschaft anderer auszudrücken (siehe auch Abschnitte 5.3.2 und 7.1). Kulturelle Repräsentationen von Katastrophen spielen eine zentrale Rolle bei der Übermittlung zwischen Individuen, Gruppen und Generationen, **denn die meisten Menschen** in einer Gesellschaft sind nicht unmittelbare Zeugen der Ereignisse, sondern lernen durch die Erfahrungen anderer (in direkter Interaktion mit Überlebenden, über Medien und aus Filmen etc.).

Zudem kann sich nach Katastrophen eine **Disaster Culture** herausbilden (z. B. in Form einer spezifischen Warnkultur). Dazu können lokale Informations- und Warnsysteme gehören (z. B. bei Hochwasserrisiken) oder an bestimmte Risiken angepasste Gebäude oder solche Gebäude, die z. B. bei Hochwasser von den Bewohnern selbst, ohne Behördenhilfe in Anspruch nehmen zu müssen, schnell abgesichert werden können und werden. Bewohner könnten z. B. in Planungen (zur Veränderung von Flussläufen) einbezogen werden, um ihrer sozio-ökonomischen Situation Rechnung zu tragen und ihre Erfahrungen, ihr Wissen und ihre Resilienzen zu fördern und nicht zu unterminieren. Solche regionalen Disaster Cultures sollten erforscht werden und sie sollten in der Katastrophenvorsorge entsprechend berücksichtigt werden. Zugleich kann von ihnen auch gelernt werden.

Über katastrophenbezogenes kulturelles Schaffen von Minderheiten, die auch in Deutschland von Relevanz sind, liegen keine aktuellen verwertbaren Befunde vor (siehe den Exkurs zur türkischen katastrophenbezogenen Kultur in Abschnitt 2.1.1). Die Kenntnis der Perspektiven und Konzepte in der Populärkultur der Majorität der Bevölkerung und von ethnisch-kulturellen und nationalen Minderheiten könnte ein Potenzial schaffen, das zur Resilienz der gesamten Bevölkerung erheblich beitragen kann.

Alte Alltagsmythen – Panik und Plünderung – und ihre soziale Unwahrscheinlichkeit (siehe Abschnitt 2.2): In der Synopse wird dargelegt, dass Panik und Plünderung empirisch extrem selten sind, und es wird anhand eines eigens entwickelten theoretischen Erklärungsrahmens erläutert, warum das **Auftreten von Panik sozial unwahrscheinlich** ist. Es zeigt sich, dass die **Fähigkeit der Menschen zur Gruppenbildung erhalten bleibt**, Gruppen in der Moderne

fluider und freier für den Einzelnen wählbar sind, **und sich neue ethnisch-kulturelle Grenzen überwindende Solidaritätsformen nach Katastrophen herausbilden**. Auf diesen Erfahrungen aufbauend wird empfohlen, dass das Handeln von Individuen und Gruppen in Katastrophenphasen im Kontext der jeweiligen Ereignisse und ihrer Folgewirkungen für die Menschen betrachtet werden sollte. Katastrophenmanager sollten zudem eine **reflektierte Definition von Plünderung verwenden** und ihre Reaktionen nicht auf der Basis von Gewalt, sondern auf der Grundlage sozialer Wohlfahrt planen.

Risikokommunikation und risikobezogenes Verhalten in multikulturellen Gesellschaften (siehe Abschnitt 3): Risikokommunikation hat in den letzten Jahrzehnten in vielen Kontexten an Bedeutung gewonnen und bezieht sich auf zahlreiche Zielgruppen in der Bevölkerung, zu denen auch ethnisch-kulturelle Minderheiten gehören. Risiken können als Bedingungen definiert werden, in denen die Möglichkeit besteht, dass das Leben von Menschen, ihre Gesundheit, ihre sozialen Beziehungen oder ihr Eigentum bedroht werden. **Programme zum Risikobewusstsein zeigen, dass die Besorgnis der Bevölkerung bei natürlichen Risiken sehr viel schwächer ausgeprägt ist als bei technologischen**. Die bisher in der sozial- und kulturwissenschaftlichen Forschung weitgehend vernachlässigte Thematik der Risikokommunikation in multikulturellen Bevölkerungen wird bedeutsamer, da Behörden und andere Organisationen **angemessene und effektive Risikokommunikationsstrategien für unterschiedliche soziokulturelle und sozioökonomische Kontexte benötigen (siehe Abschnitte 3, 4)**. Die im Bericht herausgearbeitete Vielschichtigkeit des Themas kann in dieser Zusammenfassung nicht dargestellt werden, es werden jedoch einige zentrale Faktoren der Risikokommunikation in multikulturellen Gesellschaften benannt. Insbesondere Elaine Vaughans (1995) theoretischer Rahmen ermöglicht die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen sozioökonomischen und soziokulturellen Merkmalen und Risikoverhalten in ethnisch-kulturell heterogenen Gemeinden. Darüber lassen sich **relevante Faktoren** herausarbeiten, die sich auf die Einstellung zur Vorsorge und Vorbereitung auf Katastrophen auswirken. Die **Kenntnis sozioökonomischer und ethnisch-kultureller Bedingungen kann Prognosen ermöglichen**, wie in einer bestimmten Gemeinde oder gesellschaftlichen Gruppe Risikokommunikation entstehen und sich entwickeln kann, so dass sich Organisationen darauf einstellen können.

Gemeinden und Individuen unterscheiden sich voneinander in 1. ihrer kulturellen und sozialen Geschichte; 2. ihrer Geschichte des Umgangs mit Risiken;

3. ihrem Zugang zu ökonomischen und anderen Ressourcen; 4. ihren Alltagstheorien über Risiken; 5. den Merkmalen der soziophysischen Umgebung. Diese Unterschiede können in allen Risikosituationen relevant sein. Die **Wahrnehmung von Risiken hängt davon ab, welche Werte und Prioritäten das Verhalten von Gruppen und Individuen bestimmen und sich auf ihre Urteile auswirken**. So können z. B. Lebensmittel, Geld, soziale Positionen oder Lebensstile in der Wahrnehmung von Menschen Risiken aufwiegen. Vertrauen und Zuversicht in Institutionen und Individuen, die mit Risikomanagement befasst sind, sind wichtige Faktoren bei der Entwicklung von Diskussionen über risikobezogene Entscheidungen. **Ethnisch-kulturelle und sozioökonomische Faktoren sind bei Bewohnern häufig eng miteinander verzahnt** und können auch in Untersuchungen zur Risikowahrnehmung kaum voneinander getrennt werden, insbesondere, wenn soziale Gruppen langjährige Erfahrungen mit Benachteiligung, Unterprivilegierung und gegebenenfalls Rassismus gemacht haben. Menschen, die in Armut leben und unterprivilegierte Minderheiten sind besonders in ihrem Wohnumfeld und unmittelbaren Wohnbereich, z. T. auch an Arbeitsstätten, erhöhten Umweltrisiken ausgesetzt.

Soziale Kontexte, Rahmungen von Risikothemen und Konsequenzen (siehe Abschnitt 3.2.3): Um mit einer Gruppe effektiv zu kommunizieren, muss ein Risikothema in geeigneter Weise gerahmt sein. Rahmen repräsentieren die Perspektiven, die von Individuen oder sozialen Gruppen eingenommen werden. Oft geben Rahmungen von Risikothemen Werte oder Weltansichten von Entscheidungsträgern wieder, berücksichtigen aber nicht die Interpretationsrahmen der Bevölkerungsgruppen, denen die Risikothemen nahegebracht werden sollen. Unterschiede in den Interpretationsrahmen zwischen Entscheidungsträgern und Bewohnern können zur Folge haben, dass letztere versteckte Agenden, Eigeninteressen der Entscheidungsträger oder moralische Fehler vermuten, besonders, wenn das gegenseitige Vertrauen fehlt oder die Logik der anderen Seite nicht nachvollzogen werden kann (siehe Bericht, Abschnitt 3.2.2). Insbesondere in Gemeinden mit vielen Minderheitenangehörigen können daraus Schwierigkeiten und Konflikte im Risikomanagement resultieren.

Verhältnis gerechtigkeitsorientierter risikobezogener Rahmen zu wissenschaftlichen und ökonomischen Rahmen (siehe Abschnitt 3.2.4): Besonders in Gemeinden, in denen ein hoher Anteil an Minderheitenangehörigen in relativ ungünstigen sozioökonomischen Verhältnissen lebt, werden Risiken als Fragen von Gerechtigkeit und Fairness gerahmt. Während Politiker und

Behörden die meisten Risikothemen als wissenschaftliche und ökonomische Fragen rahmen, rahmen einige Gruppen in der Laienbevölkerung insbesondere Umweltrisiken in Fragen von Fairness und Gerechtigkeit um. **Sobald gerechtigkeitsorientierte Rahmen in Gemeinden adaptiert sind, kann es sein, dass Gemeindemitglieder Kosten-Nutzen-Analysen ablehnen.** Informationen, die aus traditionellen quantitativen Risikoeinschätzungen gewonnen werden, können als irrelevant betrachtet werden und kaum Einfluss auf die Lösung von Konflikten haben. Dabei sind zwei Typen von Gerechtigkeitsorientierungen zu unterscheiden: **1. Verteilungsgerechtigkeit; 2. Prozessgerechtigkeit** (siehe Näheres in Abschnitt 3.2.4). Um in einem Konflikt, bei dem das fragliche Thema von Behörden und Bewohnern unterschiedlich gerahmt ist, **zu einer Lösung zu gelangen, muss die Legitimität gerechtigkeitsorientierter Rahmungen akzeptiert werden** und versucht werden, eine für **beide Seiten akzeptable Rahmung zu finden** (für die dafür nutzbaren Verhandlungsstrategien siehe Abschnitt 4).

Die Gewichtung von Risikodimensionen und der soziale Kontext (siehe Abschnitt 3.2.5): Soziokulturelle Erfahrungen, bei denen **Ethnizität oder sozioökonomische Umstände** eine Rolle spielen, können Individuen dazu veranlassen, **Risikosituationen unterschiedlich wahrzunehmen**. Da es keinen breiten gesellschaftlichen Konsens darüber gibt, wie Faktoren, die in Risikomanagemententscheidungen eingehen, zu gewichten sind, **können Unterschiede der wahrgenommenen Bedeutung dieser Faktoren längere Konflikte fördern**. So kann bei Kommunikationen über eine Risikosituation grundlegende **Uneinigkeit** darüber herrschen, wie Gesundheitserwägungen in Relation zu ökonomischen Vorteilen zu gewichten sind, wie Unsicherheiten verbunden mit quantitativen Risikoabschätzungen zu bewerten sind oder wie die Bedeutung langfristiger im Verhältnis zu unmittelbaren Konsequenzen einzuschätzen ist. **Ob in einer Gemeinde Gerechtigkeitserwägungen oder ökonomische Erwägungen für die Rahmung der Interpretation und die Rahmung des Zugangs zu Risiken von Bedeutung sind, hängt jeweils von der sozialen, kulturellen und ökonomischen Geschichte der Gemeinde ab**. So haben ein niedriger sozioökonomischer Status und ein **Leben in Armut häufig eine höhere Risikoakzeptanz zur Folge**. Auch Arbeitskräfte mit wenig ökonomischen Ressourcen und ungünstigen beruflichen Perspektiven sind eher bereit, Risiken und negative Gesundheitsfolgen zu akzeptieren. Entsprechend ist die Kommunikation über längerfristige Risiken in Gemeinden mit höherem Anteil an Armen schwierig. Von **Risikomanagern und Praktikern** sind entsprechende **Modifikationen**

von Strategien erforderlich, um ressourcen- und chancenarme Menschen dazu zu bringen, sich einem geringeren Risiko auszusetzen. Dies erfordert zugleich ein Verständnis dafür, wie sozioökonomische Erfahrungen und Kontexte individuelle Haltungen und Handlungen beeinflussen, wenn es um den Selbstschutz in der Bevölkerung geht.

Sozialökonomische Situation und risikobezogene Einstellung und Verhalten (siehe Abschnitt 3.2.6): Menschen, die **nur über geringe ökonomische Ressourcen** verfügen, sind in ihrer Adaptation an und Reaktion auf Risiken tendenziell passiv und handeln seltener vorsorgeorientiert. **Oft glauben sie nicht, dass sie die Bedingungen des Risikodiskurses mit definieren und die Wirkungen von Risiken beeinflussen oder kontrollieren können.** Ein Gefühl eigener **Kontrollmöglichkeiten** ist jedoch wichtig dafür, ob eine **aktive Beteiligung an Bemühungen zur Reduktion von Risiken** zu erwarten ist. Ein vorläufiges Ziel der Risikokommunikation kann darin bestehen, die **Orientierung ressourcenarmer Menschen bezogen auf die Möglichkeit der Kontrolle von Entwicklungen zu ändern**, statt sie nur auf Risiken aufmerksam zu machen. Die erfolgreichsten Programme für solche Individuen und sozialen Gruppen verfolgen einen **partizipatorischen** und ihre Resilienz erhöhenden **Ansatz**.

Soziale Kontexte und frühere Einstellungen zu Risiken (siehe Abschnitt 3.2.8): Individuen filtern risikobezogene Informationen durch ihr **Wertesystem** und ihre vorgefassten Meinungen, wobei sich Werte und Normen zwischen Individuen, Gemeinden und kulturellen Gruppen unterscheiden können. **Vorgefasste Meinungen über die Glaubwürdigkeit von Organisationen und Behörden** können auf früheren Erfahrungen beruhen und daher zwischen Individuen, sozialen Gruppen und Gemeinden divergieren. Sie **beeinflussen indirekt die Reaktionen in einer bestimmten Risikosituation**. Auch **frühere Erfahrungen** mit Katastrophen wirken sich auf die Risikowahrnehmung aus. Vorgefasste Meinungen sind von besonderer Bedeutung, wenn wissenschaftliche Daten über Risiken widersprüchlich sind oder in den Medien konfligierende Meinungen über die Validität und Bedeutung wissenschaftlicher Risikoeinschätzungen diskutiert werden. Soziokulturelle Normen und Erfahrungen, die in einer Gemeinde vorherrschen, können Ergebnis einer zuvor entwickelten Einschätzung von Risiken sein. **Wenn Behördenvertreter mit Gemeindemitgliedern kommunizieren und nicht die in der Gemeinde vorherrschenden Auffassungen, soziokulturellen Normen und Erfahrungen zur Kenntnis nehmen** und in ihrem Kommunikationsansatz berücksichtigen, **kann es zu**

Polarisierungen zwischen ihnen und den Gemeindemitgliedern kommen. Wenig erfolgversprechend ist, wenn Behörden versuchen, soziale Gruppen oder Gemeinden mit formalen wissenschaftlichen Daten und Analysen zu überzeugen. **Kontroversen sollten im Kontext der sozialen und kulturellen Dynamik in einer Gemeinde gesehen werden, um risikobezogenes Verhalten zu verstehen.** Dies gilt besonders für ethnisch-kulturell und sozial heterogene Gemeinden.

Befunde und Empfehlungen zu Information, Risikowahrnehmung, Warnung und Alarmierung einer multikulturellen Bevölkerung (siehe Abschnitt 3.2.9): Migranten, die noch nicht lange in Deutschland leben, und Besucher des Landes haben im Notfall oder bei Katastrophen erwartungsgemäß vermehrt **Kommunikationsprobleme und Informationslücken.** Einige ältere Migranten insbesondere der ersten Generation entwickeln möglicherweise ihre Sprachfertigkeiten niemals so, dass sie in der neuen Gesellschaft effektiv kommunizieren können. **Fertigkeiten in der Sprache,** die vielleicht im Alltag adäquat sind, **können unter Stress oder Druck beeinträchtigt sein.** Besonders deutlich wird dieses Problem, wenn Verluste unter Minderheiten besonders hoch sind, weil sie Warnungen nicht gehört oder nicht verstanden haben oder diese auf ungünstigen Kanälen gesendet wurden (siehe Abschnitt 5.2.2).

Empfohlen wird, dass **risikobezogene Informationen** und solche zur Vorbereitung und Reaktion auf Notfälle und Katastrophen so kommuniziert werden, dass sie **von den verschiedenen kulturellen Gruppen adäquat verstanden und akzeptiert werden können** (möglichst in den Sprachen, mit denen in der betroffenen Region die meisten Menschen erreicht werden können). **Übersetzungen sollten korrekt sein. Sender, die** von der Migrationsbevölkerung **im Alltag bevorzugt werden** und englischsprachige Sender **sollten in die Übermittlung von Information, Warnung und Alarmierung einbezogen werden.** Eine Möglichkeit bestünde in der Nutzung des Verkehrsfunks (zu den Vorschlägen im Einzelnen siehe Abschnitt 3.2.9, ebenfalls zur Frage, in welchen Sprachen Durchsagen bevorzugt erfolgen sollten).

In vielen islamischen Gesellschaften ist die Kommunikation, insbesondere außerhalb der Familie, oft auf Personen desselben Geschlechts begrenzt. Da sich Informationen an Muslime häufiger an männliche Ansprechpartner (z. B. in Organisationen) richten, **könnten Frauen unter Umständen vom Empfang wertvoller katastrophenbezogener Informationen ausgeschlossen sein.**

Damit könnten auch die von ihrer Betreuung und Pflege **abhängigen Personen von Informationen ausgeschlossen sein**. Es wird daher empfohlen, **bei der Weitergabe von risikobezogenen Informationen, Warnungen und Alarmierungen** darauf zu achten, dass in den Zielgruppen **Männer UND Frauen erreicht** werden.

Sozioökonomische Situation, religiöse Orientierung und risikobezogenes Handeln (siehe Abschnitt 3.2.6): Eine zentrale Frage in der Einschätzung von Bevölkerungsgruppen ist, **ob sich ihre religiöse Haltung, ihre Normen und Werte auf ihre Bereitschaft, sich zu schützen, auswirken**. Folgenreichen Annahmen, noch in der jüngeren Forschungsliteratur, Muslime seien weniger daran orientiert, sich vor Katastrophen zu schützen, nähmen gravierende Verluste leichter hin als Menschen anderer kulturell-religiöser Orientierung, da sie eine fatalistische Grundhaltung hätten, muss entschieden widersprochen werden. In Abschnitt 3.2.6 wurde ausgeführt, dass es einen **engen Zusammenhang zwischen ökonomischer Situation von Menschen und ihrer Bereitschaft, Risiken zu akzeptieren**, gibt. Ein Leben in Armut kann also dazu beitragen, dass eine von anderen Bevölkerungsgruppen abweichende Adaptation und Evaluation von Risiken erfolgt. Auch Untersuchungen in der Türkei (Geenen 1995, 2006) ergaben, dass Fatalismus stark negativ mit Einkommen korreliert ist. Für die sozial-kulturelle Perspektive auf den Zusammenhang zwischen Handlungsorientierung und religiöser Orientierung zeigt sich im Resultat ein ähnlicher Befund (siehe Abschnitt 3.3).

Empfehlung: Bezogen auf Minderheiten islamischen Glaubens sollte auf keinen Fall davon ausgegangen werden, dass der Glaube Menschen davon abhalten würde, sich, ihre Familie und ihre Habe zu schützen. Hingegen **können mangelnde Ressourcen und fehlende Kenntnisse auch angesichts einer auf Selbstschutz gerichteten Strategie fatalistisch erscheinen**, weil die **Notwendigkeit des Augenblicks** (die Sicherung des Lebensunterhalts bedeutet in Armut mehr Aufwand) **die Umsetzung langfristiger Schutzstrategien verhindern kann**. Es wäre wünschenswert, in Deutschland Untersuchungen durchzuführen, wie kulturelle Orientierungen sich auf Schutzstrategien von Individuen und sozialen Netzen auswirken und wie Armut an Ressourcen (als intervenierender Faktor) in ethnisch-kulturelle Schutzorientierungen hineinwirkt.

Kulturelle Differenzen der Risikowahrnehmung und Risikokommunikation von Experten und Laien (siehe Abschnitt 3.4): Wird der Frage nachgegangen,

wie technologische Risiken wahrgenommen werden und warum einige Bedrohungen mehr Aufmerksamkeit erregen als andere, zeigt sich als **wesentlicher Unterschied der Risikowahrnehmung von Experten und Laien nicht eine quantitative, sondern eine qualitative Differenz. Unter Experten besteht weitgehend die Tendenz, bestimmte Risiken quantitativ und instrumentell nach der Zahl der Todesfälle in der Vergangenheit (pro Jahr) zu bestimmen. Laien sind über diese Todesraten ebenfalls informiert und schätzen sie nahezu korrekt ein. Der Unterschied zwischen beiden Gruppen besteht darin, dass Laien ganz andere Kriterien zur Bewertung eines bestimmten Risikos heranziehen.** Experten beziehen sich auf quantitative Auswirkungen in der Vergangenheit, um die jeweiligen Risiken für die Zukunft vorzuschätzen, und verfahren damit so, als seien die Risiken kalkulierbar, während Laien das gleiche Phänomen aufgrund anderer Kriterien für unkalkulierbar – also für eine Gefahr – halten. **In der Beurteilung des „Risikos“ durch Laien sind Kriterien relevant, wie das katastrophische Potenzial oder die Gefahr für künftige Generationen.** In dieser **prinzipiellen Experten-Laien-Differenz** ist nicht von einem Unterschied zwischen Majoritätsbevölkerung und Minderheiten auszugehen. Wohl aber **können sich Unterschiede in der Bedeutung und Gewichtung einzelner Kriterien für unterschiedliche ethnisch-kulturelle Individuen oder Gruppen ergeben.**

Dafür, warum fast alle Vorsorgeprogramme und fast alle Programme zur Katastrophenvorbereitung mit einem Experten-Laien-Dilemma behaftet sind, **kann ein Erklärungsansatz des Soziologen Dieter Claessens (1977) nutzbar gemacht und in der Anwendung auf die Experten-Laien-Differenz weiterentwickelt werden** (für den Argumentationsgang siehe Abschnitt 3.4): Menschen kommunizieren gerne mit anderen, die einen ähnlichen sozialen Status und Bildungshintergrund haben. Auch für Katastrophenforscher und Katastrophenmanager ist es einfacher, mit anderen Forscherinnen und Forschern und/oder Managern im In- und Ausland über Vorsorge- und Schutzprogramme zu diskutieren, als mit der eigenen Bevölkerung. Mit Fortschreiten von Forschung und Management **reißt die Kluft zwischen Experten und Laien immer weiter auf. Dabei werden subkulturell eigene Sprachen und gemeinsame Denkweisen zur Risikobewertung entwickelt.** In der Folge ergeben sich mindestens zwei sprachlich und in ihrer Ausrichtung **grundlegend unterschiedliche Diskursebenen, zwischen denen die Verständigung erschwert, wenn nicht gar unmöglich ist: 1. Diskurse an der Basis** (unterschiedliche Bevölkerungsgruppen, Subkulturen in der Bevölkerung) und **2. Diskurse auf der Ebene von**

Gruppenverbandsvertretern (Verwaltungen, sonstige Organisationen, wissenschaftliche Subkulturen).

Möglicherweise trägt diese Situation auch zu der **extensiven Technikorientierung in der Katastrophenvorsorge und im Krisen- und Katastrophenmanagement unter weitgehender Ausblendung unterschiedlicher kultureller Interessen, Bedürfnisse und Kompetenzen** in der Bevölkerung in Deutschland und Europa bei. Die Auswirkungen können auf längere Sicht verhängnisvoll sein, wenn es nicht zu einer deutlichen Verstärkung der Anstrengungen kommt, Bedürfnisse, Interessen, kulturelle Orientierungen und Kenntnisse in der Bevölkerung zu berücksichtigen und ihre Kompetenz zu stärken. **Denn der Mensch kann nicht die „letzte Meile“ bei der Entwicklung von Vorsorge- und Schutzstrategien sein.** Dazu bedürfte es jedoch einer **menschenzentrierten Ausrichtung der Forschung** (also verstärkter soziologischer, sozial- und kultur-anthropologischer, ethnographischer und psychosozial orientierter Forschung). Erforderlich wäre auch der Wille von Experten in Wissenschaft und Organisationen, die sichere Gruppenverbandsvertreter-Ebene des Öfteren zu verlassen, mit Menschen an der Basis in einen direkten Diskurs einzutreten und mit ihnen gemeinsam Vorsorgestrategien zu entwickeln, um ihr Risikobewusstsein zu erhöhen. Das ist arbeitsaufwändiger, könnte aber zur Reduktion von Frustrationen bei Schwierigkeiten in der Umsetzung elaborierter, in der jeweiligen akademischen, behördlichen oder organisationellen Subkultur entwickelter Pläne und zu qualitativ neuen Einsichten in die kulturelle Diversität der Gesellschaft führen (siehe auch Abschnitt 4).

In den entwickelten Industriestaaten des Westens spielen **kulturelle Kompetenzen von Laien kaum eine Rolle für die Gestaltung der Risikokommunikation und von Vorsorgeprogrammen für die Bevölkerung.** Im Zentrum stehen vielmehr Fragen, ob und wie eine (ethnisch-kulturell) heterogene Bevölkerung ein Vorsorgeprogramm adaptiert (Ein-Wege-Kommunikation und -perspektive). Partiiell wird auch versucht, ethnisch-kulturell heterogenen Gemeinden über Guidelines zu mehr Partizipation zu verhelfen (siehe Abschnitt 5.1.3). Eine kulturell und partizipatorisch orientierte Forschung und Praxis im Bereich der Katastrophenvorsorge könnte es sich jedoch auch zur Aufgabe machen, **von erfolgreicher Risikokommunikation und von Vorsorgestrategien in der Bevölkerung zu lernen und sich auch die Erfahrungen zunutze machen, die ethnisch-kulturell unterschiedliche Gruppen** (darunter auch alteingesessene Deutsche) in diesen Fragen aus **ihren jeweiligen Herkunftskulturen in**

die europäischen Gesellschaften, so auch in die deutsche Gesellschaft, einbringen.

Krisenkommunikation: Konzeptionelle Grundlagen (siehe Abschnitt 4.1): Der Krisenaspekt von Kommunikation wurde in der Forschung lange vernachlässigt und es **fehlt immer noch an systematischem Wissen und theoretischen Rahmenanalysen.** Dieser Mangel gilt umso mehr für **kulturelle und multikulturelle Kontexte von Krisenkommunikation.** Während frühere Studien von **funktionalistischen und objektivistischen Perspektiven geprägt waren, berücksichtigen jüngere Studien ergänzend symbolisch-konstruktivistische Dimensionen** von Krisen im Handeln von Bevölkerung, Verwaltung und Politik. Ausgegangen wird davon, dass die **soziale Realität nicht objektiv beobachtet und beurteilt werden kann, sondern** dass sie durch die verschiedenen subjektiven Konstruktionen der unterschiedlichen Akteure **hochgradig kontingent ist. Gesellschaften werden als im Innern ethnisch-kulturell unterschiedlich und multikulturell gesehen.** Krisen werden nicht durch Organisationen oder Experten definiert, sondern durch gewöhnliche Menschen, die durch ihr Handeln auf den Lebensprozess fortlaufend Einfluss nehmen. In der Dynamik von Krisen können Bilder, Symbole und Rituale eine wichtige Rolle spielen. Krisen werden **nicht als Anomalien, sondern als Situationen oder Prozesse verstanden,** in denen Gesellschaften oder gesellschaftliche Gruppen zentrale Werte oder lebenserhaltende Strukturen für bedroht halten, wobei für das Finden tragbarer Regelungen für Probleme unter unvorhersehbaren Randbedingungen nur eine begrenzte Zeit bleibt. **Eine Krise kann auch als Zusammenbruch vertrauter symbolischer Rahmen,** die die sozio-politische Ordnung legitimierten, **definiert werden.** Charakteristiken von Krisen sind: 1. Sie sind Wahrnehmungskategorien: Eine hinreichende Zahl einflussreicher Individuen und Gruppen muss sich eines wichtigen Wandels in ihrer Umgebung bewusst werden; 2. Sie enthalten **multiple Konfliktebenen;** 3. Krisen sind eine **affektive Kategorie** (u. a. frühere Weltansichten werden fragwürdig; kollektiver Stress; Steigerung persönlicher Unsicherheit); 4. Sie sind **dynamische Prozesse der Legitimierung, Delegitimierung und Relegitimierung;** 5. In ihnen entwickeln sich **Gelegenheiten zur Massenmobilisierung** und institutionellen **Selbstdramatisierung** (Multivalenz von Krisen). Zudem sind sie ein wesentliches Betätigungsfeld für **Massenmedien.**

Krisen in multikulturellen Kontexten (siehe Abschnitt 4.2): In konstruktivistischer Perspektive wird **Krisenkommunikation als sinnstiftender**

Prozess verstanden, in dem die Realität in kulturellen Kontexten und Situationen ausgehandelt wird. Krisen resultieren **oft aus Kommunikationsproblemen zwischen Organisationen und Öffentlichkeit**, wobei sich die Probleme in einem multikulturellen Kontext zu intensivieren scheinen. Kulturelle Einheiten werden hier als Gruppen von Menschen verstanden, die sich in Bezug auf eine bestimmte kulturelle, intersubjektive, kommunikative und symbolische Praxis oder ein bestimmtes Konzept als unterschiedlich oder divers definieren oder von anderen so definiert werden. Eine **wesentliche Grundlage gelingender Krisenkommunikation ist Vertrauen**. Wenn z. B. das Vertrauen zwischen unterschiedlichen ethnisch-kulturellen Gruppen gegenüber Unternehmen oder Behörden divergiert, ist es schwer, Menschen noch im Verlauf einer Krisensituation zu erreichen und zu überzeugen. **Wird etwa der Austritt radioaktiver oder sonstiger schädlicher Substanzen verharmlost, ist ein unwiederbringlicher Verlust an Vertrauen zu erwarten** (z. B. wenn das Verschwiegene als Gerücht zirkuliert, Verschwörungstheorien entwickelt werden oder das Ereignis von Massenmedien skandalisiert wird; siehe Abschnitt 7.1.2). Kommen Migrantinnen oder Asylbewerber aus Nicht-Demokratien, in denen Zensur praktiziert wird, erinnert das Verschweigen eventuell sicherheitsrelevanter Informationen sie möglicherweise an das Regime des Herkunftslandes und an das dort Erlittene.

Empfohlen wird, in Krisensituationen, bei Notfällen und Katastrophen, die auch ethnisch-kulturelle Minderheiten betreffen, **möglichst offen und in den jeweiligen Muttersprachen** (selbstverständlich auch auf Deutsch) **zu kommunizieren**. Zur **Vermeidung von Krisen** sollten z. B. **Informationen über Ereignisse möglichst wahrhaftig und vollständig** übermittelt werden, wodurch Vertrauen und Glaubwürdigkeit gefördert werden. Wiederum sollte darauf geachtet werden, dass auch die muttersprachlichen Kontexte des Publikums berücksichtigt werden.

Ansätze und Empfehlungen zu einer situativ informierten Krisenkommunikation (siehe Abschnitt 4.3): Zu den Anforderungen an eine multikulturelle Krisenkommunikation gehört eine publikumsorientierte Perspektive auf Öffentlichkeiten, denen aktive Teilhabe in der Informationsproduktion und im Verteilungsprozess eingeräumt wird, ein dialogorientiertes, interaktives kommunikatives Vorgehen, das sich an Individuen, soziale Gruppen und Gemeinden richtet und ethnisch-kulturelle Fragen qualitativ und zentral berücksichtigt. Effektivität wird in einem multikulturellen Kontext durch erfolgreiche

Verhandlung gegenseitiger Bedeutungen hergestellt. Banks (2000) unterscheidet in seinem multikulturellen Ansatz Themen (issues), Krisen und Katastrophen. **1. Aktivisten in Katastrophensituationen** sind gewöhnlich Opfer oder Familienmitglieder von Betroffenen. Ihre Bedürfnisse bestehen typischerweise darin, Informationen, unmittelbare materielle Hilfe oder Kompensation für Verluste zu erhalten. In der Regel streben sie keinen umfassenden Politikwandel oder die Verhinderung künftiger Katastrophen an. In **ihren Kommunikationsmethoden reflektiert sich die Notfallsituation**: Demonstrationen vor Nachrichtenmedien, Androhung von Rechtsstreitigkeiten, und Konfrontationen mit Repräsentanten von Organisationen. **2. Krisen** ereignen sich, wenn Themen vernachlässigt oder auf andere Weise falsch gehandhabt werden. Sie sind kritische Wendepunkte in einer fortlaufenden Beziehung. **Ziel von Aktivisten in Krisensituationen** ist es, eine **Organisationspraxis oder Politik zu ändern** (siehe Abschnitt 4.2 und 7.1.2). **3. Ein Thema (issue) ist eine Kontroverse**, die das Potenzial hat, die öffentliche Politik oder das Handeln einer Organisation zu ändern. Dazu gehören Umweltfragen, Wandel in der Technologie, aber auch **Probleme, die beim Katastrophenmanagement auftreten können. Themen können zu Krisen führen, wenn sie nicht gelöst werden.** Der **Entwicklungsprozess von Themen** lässt sich in vier Stadien beschreiben: **1. Ursprung** (trends and concerns); **2. Vermittlung und Steigerung** (issue development); **3. Organisation der Interessen**; **4. Lösung** (Handeln der Regierungsorganisationen).

Je eher eine Organisation sich an der Diskussion über ein Thema beteiligt, welches sie betrifft, umso einflussreicher wird sie bei der Definition und Lösung der Kontroverse sein. Ein Thema wird verstärkt, wenn Gruppen sich um ähnliche Perspektiven eines Gegenstandes vereinigen. Dann beginnen Massenmedien, der Angelegenheit ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Die Medienaufmerksamkeit gibt dem Thema oft ein größeres Gewicht, so dass es zu einem Thema öffentlicher Politik werden kann. **Mit Verfestigung der Positionen** der Aktivisten und Verstärkung des Engagements innerhalb von Interessengruppen **wandelt sich das Thema von einem Problem zu einem politischen Konflikt und einer Krise**, wobei die Öffentlichkeit heterogener wird. **Krisen entstehen entweder durch Ignorieren ungelöster Themen durch Politik, Verwaltung oder private Organisationen oder infolge sekundärer Wirkungen von Katastrophen.** Bezogen auf Thema, Krise und Katastrophe ist der **geringste Erfolg für beide Seiten** (Organisationen bzw. Aktivisten) **bei Krisen zu erwarten**, weil sich in ihnen die Positionen polarisieren. Zur **Vermeidung der Eskalation von Themen oder Katastrophen** zu langwierigen Krisen sollten sich Organisationen

auf eine **effektive Bekämpfung der Katastrophe** und auf ein **effektives Themenmanagement** konzentrieren.

Ein interaktiver Ansatz zum Management von Themen beinhaltet **fünf Regeln**:
 1. Anstreben einer **langfristigen Beziehung** mit Interessengruppen; 2. **Zuhören**, was die Gruppen zu sagen haben; 3. **Vermeiden falscher Erwartungen** auf beiden Seiten; 4. **Reziprozität** als legitime Erwartung aller Parteien; 5. **Respekt**; Vertraulichkeit; Dezenz; sorgfältiges Zuhören.

Im Konfliktmanagement sollte Aufmerksamkeit für die kulturelle Grundlage des Konflikts entwickelt werden, die wechselseitige Verantwortung für den Konflikt und seine Unausweichlichkeit anerkannt werden und es sollten **verständigungsorientierte Konfliktansätze** verfolgt werden.

Gegen das Prinzip von „one clear voice“ in der Krisenkommunikation sprechen: 1. Eine Person kann **nicht an mehreren Orten gleichzeitig** mit Öffentlichkeiten interagieren. 2. Die **kognitiven Kapazitäten** einer Person (Begrenzung des Informationsflusses ins Publikum und zurück). 3. Entscheidend ist, dass es durch das Ein-Sprecher-Prinzip zu einer **Nichtachtung kultureller Unterschiede zwischen den Auditorien** kommt, die ihre Orientierungen, Ziele und ihren Informationsbedarf betreffen können. 4. Es könnte darauf geschlossen werden, dass die Organisation nur eine festgefügte Version der Wirklichkeit hat.

Statt mit einer Stimme zu sprechen, empfiehlt sich die Entwicklung eines klaren, aber kontingenten Arguments. Jedoch sollte **mit vielen klaren Stimmen**, entsprechend den Bedürfnissen einer ethnisch-kulturell heterogenen Öffentlichkeit, **gesprachen werden**. Ausnahme: **In den allerersten Momenten einer Katastrophensituation** kann das **One-clear-voice-Prinzip die effektivste Art der Kommunikation sein**. **Problematisch ist jedoch, wenn auch im weiteren Fortgang der Katastrophe oder des Ereignisses so verfahren wird.** Denn das One-Voice-Prinzip reduziert die Verschiedenheit der Perspektiven, die eine Organisation bezogen auf das Problem einnehmen kann. Dadurch können zudem die der Organisation zur Verfügung stehenden Handlungsoptionen stark eingeschränkt werden.

Empfohlen wird, insbesondere für die Kommunikation in einer multikulturellen und heterogenen Gesellschaft, das **symmetrische Zwei-Wege-Modell (ausbalancierte Interaktion)**. Bei Themen sollte eine **gemeinsame**

Kommunikationsebene etabliert werden, die Vertrauen und Glaubwürdigkeit über die Strukturierung der Kommunikation schafft. Im Bericht (siehe Abschnitt 4.3) werden die Prinzipien, mittels derer Glaubwürdigkeit und Vertrauen gefördert werden können, dargelegt. In der Interaktion mit Aktivistennöfentlichkeiten geht es insbesondere um eine **Balance von Autonomie und Loyalität auf beiden Seiten**. Solche Dialoge sind nicht auf lokale oder nationale Gruppen und Themen begrenzt. Oft können sie **grenzüberschreitend sein oder sogar internationale Dimensionen gewinnen**. Dabei können auch die Herkunftsländer von Migrantinnen und Migranten eine wesentliche Rolle spielen.

Katastrophenvorsorge (Mitigation) in multikulturellen Gesellschaften (siehe Abschnitt 5.1.1): In der Fachliteratur überschneiden sich die Befunde zu Mitigation und Preparedness partiell. Soweit möglich, wird hier und im Bericht eine inhaltliche Trennung vorgenommen.

Katastrophenvorsorge dient einer **langfristigen Sicherung von Leben, sozialer und kultureller Bedürfnisse und Eigentum** (u. a. Sicherung von Menschen, Gebäuden, Dämmen, Deichen, der Infrastruktur). Sie kann auf lokaler und regionaler Ebene umgesetzt werden. **Wesentliches Ziel** von politischem, organisationellem und individuellem Vorsorgehandeln ist die **Reduktion von Vulnerabilität und die Erhöhung der Resilienz** in der Bevölkerung. Vorsorgebezogenes Verhalten in multikulturellen Gesellschaften westlicher Prägung ist ein bislang **weitgehend vernachlässigtes Thema**. **Programme werden zumeist für die Bevölkerung und nur selten gemeinsam mit der Bevölkerung entwickelt** (für positive Abweichungen siehe Abschnitt 5.1.3). Bezogen auf die Orientierung von ethnisch-kulturellen Minderheiten bei der Vorsorge oder dem Verzicht auf Vorsorge liegen fast nur Einzelbefunde vor. Aus ihnen lässt sich entnehmen, dass **objektive Risiken, wahrgenommene Risiken und Anstrengungen zur Verbesserung der Katastrophenvorsorge im besten Falle lose gekoppelt** sind. In bestimmten ethnisch-kulturellen Minderheitengruppen sind soziale Netze (Familie, Freunde) wesentlich für ein vorsorgeorientiertes Handeln. Daher kann es von der **Qualität des sozialen Netzes (Bildung, Informiertheit, Risikobewusstsein)** abhängen, ob vorsorgebezogenes Wissen zirkuliert und die Einstellung der Bezugspersonen im Netz vorsorgeorientiert ist. **Zugleich kann die Orientierung am engeren sozialen Netz dazu führen, dass behördliche Informationen für nachrangig gehalten werden**, so dass die Bevölkerungsmajorität besser auf Katastrophen vorbereitet ist als bestimmte Minderheiten. Inwieweit dies für ethnisch-kulturelle Minderheiten in Deutschland gilt, wäre empirisch

zu untersuchen. **Auf individueller Ebene liegen weitere Gründe für den Verzicht auf Vorsorgemaßnahmen** 1. an fehlenden finanziellen Möglichkeiten, an mangelnder Kenntnis über Vorsorgemöglichkeiten, 3. an Vorstellungen, es sei ökonomisch nicht sinnvoll, Vorsorgemaßnahmen zu ergreifen. **Auf Gemeindeebene ist die Förderung von Katastrophenvorsorge selbst dann schwierig, wenn Bedrohungen allgemein anerkannt sind**, besonders wenn 1. Risiken nicht gut verstanden sind oder 2. das Risikoniveau als nur moderat wahrgenommen wird. **Mitigation** könnte häufig **am leichtesten nach Katastrophen umgesetzt** werden. Beobachtet werden können **vier Entwicklungsrichtungen**: 1. Es läuft alles weiter wie vorher („Rückkehr zur Normalität“), 2. es eröffnen sich „windows of opportunity“, 3. es entwickelt sich eine „Disaster subculture“ (Adaptation an Gefährdungen), 4. es kommt zu einem Gewöhnungseffekt: über Vorsorge wird nicht nachgedacht.

Zur **Verbesserung des vorsorgebezogenen Verhaltens in multikulturellen Gesellschaften** werden z. B. **Spiele** entwickelt, die dazu beitragen sollen, Informationslücken zu reduzieren und Kommunikationsbarrieren zu überwinden und die „Disaster awareness“ zu verbessern. Häufig scheitern Top-down-Strategien in der Praxis. Stattdessen empfiehlt sich eine **partizipatorische Einbeziehung von Individuen und Gemeinden in die Gestaltung von Vorsorgeprogrammen und Planungen**. Dies würde entweder die Entwicklung eigenständiger Guidelines erfordern oder die Zuschneidung vorliegender Guidelines (siehe Abschnitt 5.3.1) auf Rahmenbedingungen, die in Deutschland angenommen werden dürfen.

Vorbereitung auf Katastrophen (Preparedness) in multikulturellen Gesellschaften (siehe Abschnitt 5.1.2): Die Vorbereitung auf eine Katastrophe umfasst **alle Aktivitäten vor einer spezifischen Warnung und dem Katastropheneintritt** wie: Vorratsbildung, (Selbst-)Sicherung des Haushalts zur Verhinderung von Verletzungen und Schäden, Entwicklung eines Notfallplans, Vorratshaltung, Notfallgepäck, Kenntnis von Fluchtwegen sowie Training zur Vorbereitung auf das Ereignis.

Internationale Befunde zur Frage, welche Faktoren die Vorbereitung einer multikulturellen Bevölkerung auf Katastrophen (Preparedness) beeinflussen, sind: 1. Ethnisch-kulturelle Gruppen und Majoritätsbevölkerung können sich in ihren „Cultures of safety“ stark unterscheiden (z. B. stärkere Unterstützung von Verwandten bei der Vorbereitung in Minderheitengruppen). 2. Das **Wissen** über

Möglichkeiten der Katastrophenvorsorge **divergiert**. Das **Ergreifen von Vorsorge- und Schutzmaßnahmen hängt** jedoch insbesondere **davon ab, wie die Menschen vorhandene Informationen im Kontext ihrer Erfahrungen, ihres Glaubens und ihrer Erwartungen interpretieren**. Da Wahrnehmungen von Risiken und Bedrohungen kulturell und sozial konstruiert werden, **konstruieren Individuen und soziale Gruppen unterschiedliche Bedeutungen über potenziell bedrohliche Situationen**. 3. **Einstellungen und Entscheidungen**, sich für den eigenen Schutz zu engagieren, können von der Erwartung, **wie signifikante Bezugspersonen** (Familienangehörige, Freunde etc.) **die Entscheidungen einschätzen würden**, beeinflusst werden. 4. Da Angehörige ethnisch-kultureller Minderheiten häufig unteren sozialen Schichten (hinsichtlich Bildung, Einkommen) angehören, haben sie **weniger Möglichkeiten, sich in Katastrophenfragen weiterzubilden** und auf Katastrophen vorzubereiten. 5. **In einem sozialen Kontext, der die Übernahme von schutzorientiertem Handeln befürwortet** und in dem es gute Problemlösungskennntnisse gibt und geglaubt wird, dass die Konsequenzen der Bedrohung durch eigenes Handeln gelindert werden können, **steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Schutzmaßnahmen ergriffen werden**.

Insgesamt sind die internationalen **Befunde zum vorbereitungsorientierten Verhalten ethnisch-kultureller Minderheiten heterogen**. Meist sind die Untersuchungen quantitativ ausgerichtet, so dass Zusammenhänge zwischen sozial-kultureller Orientierung, Beschäftigungsniveau, Einkommen, Bildung und vorbereitungsbezogenem Handeln qualitativ wenig ausgeleuchtet sind.

Zur **Strukturierung des Bevölkerungsverhaltens** werden Strategien empfohlen, die einen **konstruktiven Diskurs über Gefährdungen und ihre Linderung (Mitigation und Preparedness) in Gemeinden ermutigen und aufrechterhalten**. Damit können kulturell heterogene Gruppen und Individuen eher erreicht werden und Einstellungen, Normen und Problemlösungsfähigkeiten lassen sich leichter verbessern. **Vorbereitungsstrategien sollten nicht nur auf Individuen, sondern verstärkt auf soziale Kontexte, Gruppen, Familien und Freunde ausgerichtet werden**. Mittels einer solchen Vorgehensweise könnte aktiv mit Angehörigen unterschiedlicher ethnisch-kultureller Kontexte kommuniziert werden und es wäre leichter möglich, bei spezifischen Problemen **gemeinsam Lösungswege zu erarbeiten**. Bei der Interaktion zwischen Bevölkerung und Behörden zur Verbesserung von Preparedness sollte beachtet werden, dass 1. **Informationen in Sprachen kommuniziert werden, die von den jeweiligen ethnisch-kulturellen**

Minderheiten gesprochen werden, 2. sollten Informationen so konzipiert sein, dass sie Bedürfnisse und Interessen der jeweiligen ethnisch-kulturellen Minderheiten berücksichtigen oder thematisieren. Empfohlen wird zudem, durch **gezielte Ansprache in ethnisch diversen Geschäften, in Schulen, an Arbeitsorten, in Freizeit- und Gemeindeeinrichtungen** Angehörige von Minderheiten aller Altersgruppen für ein **freiwilliges Engagement in der Katastrophenvorsorge und Katastrophenvorbereitung zu gewinnen**, da sie auch zu **Multiplikatoren** in ihren ethnisch-kulturellen Netzen werden könnten.

Guidelines für ethnisch-kulturell heterogene Gemeinden zur Verbesserung von Katastrophenvorsorge und -management (siehe Abschnitt 5.1.3): Länder mit einer ethnisch-kulturell und sprachlich heterogenen Bevölkerung (für Deutschland siehe Abschnitt 1.5) stehen bei Katastrophenvorsorge und -management vor besonderen Herausforderungen. So können **wesentliche Teile ethnisch-kultureller Minderheiten in Deutschland** aus verschiedenen Gründen (Bildung, ökonomische Ressourcen, soziale Vernetzung, Wohnstandort, Erfahrung mit bestimmten Risiken) vulnerabler sein als die deutschstämmige Bevölkerung (siehe Abschnitt 5.3.1). **Selbst wenn sie es aus den genannten Gründen nicht sind, können Sprach- und Verständnisprobleme, aber auch divergierende Risikowahrnehmungen und kulturell geprägte Vorstellungen und Präferenzen über eine gute Vorsorge und Vorbereitung von Bedeutung sein.** Daher werden in Abschnitt 5.1.3 des Berichtes Guidelines vorgestellt, die in Australien, Kanada und den USA entwickelt wurden. So sind die **Guidelines der australischen Katastrophenschutzbehörde für Culturally and Linguistically Diverse (= CALD) Communities als Unterstützung zur Selbstorganisation** konzipiert und können von einer Katastrophenmanagerin oder einem Katastrophenmanager gemeinsam mit den lokalen Bewohnerinnen und Bewohnern auf örtliche Besonderheiten und ihre spezifischen Bedürfnisse und Interessen abgestimmt und umgesetzt werden. Viele der im Bericht vorgestellten Guidelines dienen der **Schaffung resilienter Gemeinden**. Sie sollen auch dazu beitragen, ein **besseres Verständnis zwischen ethnisch-kulturell unterschiedlichen Individuen und Gruppen in Gemeinden zu schaffen**. Auf **Guidelines für den Umgang mit muslimischen Patientinnen und Patienten**, die auch in Deutschland, z. B. bei der Vorbereitung von Übungen, von Nutzen sein können (in Abschnitt 5.1.3 erläutert), sei am Rande verwiesen.

Warnungen. Allgemeine Zusammenhänge und Empfehlungen und Warnungen in multikulturellen Gesellschaften (siehe Abschnitt 5.2): Folgende

Verhaltensweisen nach Warnungen werden in vielen Studien als typisch für Menschen aller ethnisch-kulturellen Zugehörigkeiten beschrieben. **Nach Warnungen versuchen Menschen, mit dem engsten Familien-, Freundes- und Nachbarschaftskreis Kontakt aufzunehmen**, 1. um abzusichern, ob diese sich in Sicherheit befinden und um sie über die eigene Situation zu informieren, 2. um Bestätigungen für Warnungen zu suchen, Informationen über die Lage einzuholen, auszutauschen oder zu übermitteln, sich zu beratschlagen und gegebenenfalls eine Entscheidung über künftiges Handeln abzustimmen. Daher sollten diejenigen, die unterwegs sind, nach einer Warnung Kontakt mit ihrer Familie aufnehmen können (Näheres siehe Abschnitt 8).

Wenn Menschen **frühzeitig über eine Gefahr informiert** werden (Mitigation, Preparedness), können Warnungen knapper ausfallen, da sie bereits orientiert sind. Menschen sollten durch die Warnung **erfahren, zwischen welchen Handlungsalternativen sie wählen können**, d. h. die Warnung sollte für die betroffenen Bevölkerungsgruppen eine **Entscheidungsgrundlage** bieten. **Ob eine Warnung beachtet wird, hängt** nicht nur von ihrer Qualität ab, sondern auch **von früheren Erfahrungen mit entsprechenden Ereignissen, vom Wissen über bestimmte Gefahren, vom Typ der jeweiligen Bedrohung, von der sozialen Schicht, von kulturellen Deutungsmustern, von der ethnisch-kulturellen Zugehörigkeit, von familialen Strukturen und von der sozialen Vernetzung von Individuen**. Werden Menschen **gewarnt**, ohne dass sie vorher überhaupt **über ein Risiko informiert** waren, kommt es leicht zu **Missverständnissen, Fehlinterpretationen und einer möglichen Überforderung**. Wenn kaum Vorwarnzeiten bleiben, weil die Umschlagsgeschwindigkeit hoch ist und Warnung und Alarmierung zeitlich zusammenfallen, müssen Einschränkungen in der Auslegung einer Warnung hingenommen werden (zu den 17 Punkten, die bei der Herausgabe einer Warnung beachtet werden sollten, siehe Abschnitt 5.2.1). Bisweilen scheitern offizielle Warnsysteme oder ihr Fehlen wird von der ansässigen Bevölkerung vermutet. Eine solche Situation ergab sich auch bei den Anschlägen auf die beiden Hochhaustürme des World Trade Centers am 11.9.2001. Entsprechend der umfassenden, interdisziplinären und **wegweisenden Studie von Averill et al. (2005)** ergab sich, dass die meisten überlebenden **Beschäftigten in WTC 1 und 2 einander warnten und ihre Evakuierung größtenteils selbstständig und umsichtig initiierten**, noch bevor sie durch die spät anlaufenden Informationssysteme der Gebäude eine Warnmeldung erhielten. Insgesamt konnten sich in der kurzen Zeitspanne, die für die Evakuierung blieb, mehr als 85 % der Beschäftigten in kleinen Gruppen oder individuell

aus WTC 1 und 2 vor dem Zusammenbruch retten. Dies wird angesichts der Verluste an Menschen durch die Anschläge oft übersehen. Neben der in Abschnitt 2.2. vorgenommenen theoretisch abgeleiteten Widerlegung des Mythos von der Panik sollten auch die Ergebnisse dieser Studie zu einem **Paradigmenwechsel über das Bevölkerungsverhalten bei Warnungen, Katastrophen und in zivilen Bedrohungslagen**, z. B. bei terroristischen Anschlägen, beitragen. Weder die umfassende Vorstudie (NIST 2003) noch der Abschlussbericht von Averill et al. (2005) enthalten Hinweise auf ethnisch-kulturelle Unterschiede im Evakuierungsverhalten. Angesichts der Gründlichkeit der Studie und der zahlreichen Interviews mit Betroffenen ist zu vermuten, dass es keine wesentlichen zu konstatierenden Unterschiede gab. Dies entspricht auch den Ergebnissen anderer Studien: Insbesondere in **Notsituationen** und in der **ersten Phase** nach Katastropheneintritt ist das **Verhalten durchgehend prosozial und ethnisch-kulturelle Grenzen sind ohne Bedeutung** (siehe Abschnitt 5.3.2).

Empfohlen wird, künftig ein **möglichst kooperatives Verhältnis zwischen Katastrophen- und Zivilschützern und multikultureller Bevölkerung anzustreben**. Beide Seiten können sich konstruktiv ergänzen und sind insbesondere in einer Situation, in der kaum Warnzeiten bleiben, **aufeinander angewiesen**. Durch **aktive und partizipatorische Einbeziehung von Männern und Frauen in Mitigation und Preparedness** kann die Ausgestaltung einer konstruktiven Zusammenarbeit ausgelotet werden. Zudem sollte Menschen für eine Extremsituation, wie sie nach den Angriffen auf WTC 1 und 2 gegeben war, eine **bessere Unterstützung zur Selbsthilfe** bereitgestellt werden. Dazu gehört, dass **Alarmanlagen und Warnprozesse, insbesondere in Hochhäusern, Einkaufszentren etc. schnell und reibungsarm anlaufen, netzunabhängig funktionieren und Menschen ohne Zeitverzug Handlungsoptionen aufzeigen und Lageeinschätzungen geben**, so dass Gebäudenutzer nicht (wie im WTC) versuchen müssen, bei ihren Familien oder Freunden über Handy zu erfahren, ob diese von außen eine Lageeinschätzung geben können oder etwas gehört haben, wobei wertvolle Zeit verstreicht.

Entsprechend der einschlägigen Literatur und der Fehler, die im Zusammenhang mit Warnungen diskutiert werden, sind **bei der Formulierung und Adressierung von Warnungen in multikulturellen Gesellschaften** die folgenden **6 Parameter zu beachten**. Warnbotschaften sollten so formuliert werden, dass sie 1. **Sprachgrenzen überwinden**, 2. **Verständnisgrenzen überwinden**, 3. **Mediengrenzen überwinden**, 4. **Vertrauen schaffen**, 5. **informativ** und

6. **glaubwürdig sind.** Für die Vorbereitung auf Warnungen in multikulturellen Gesellschaften empfehlen Lindell und Perry (2004) das **Protective Action Decision Model (PADM)**, um die Beziehung zwischen kommunizierten Informationen und Schutzverhalten zu verbessern und die Bevölkerung auf Bedrohungen vorzubereiten. Das Modell basiert auf Befunden, wonach **umfassende Informationen, die erst in einer akuten Warnsituation verbreitet werden, zu überraschend kommen** können und leicht zu **Verständigungsproblemen, Missverständnissen und mangelndem Vertrauen führen.** Überdies sollten lokale Behörden darüber informiert sein, bezogen auf welche Risiken ihre Gemeinden vulnerabel sind. Empfohlen wird **kontinuierliche Risikokommunikation im Rahmen von Hazard-Awareness-Programmen** (von lokalen Behörden an die Bewohner ihrer Gemeinden gerichtet). Dadurch wüssten die Bewohnerinnen und Bewohner auch, **auf welchen Kommunikationskanälen Risikoinformationen und Warnungen übermittelt werden,** welche Pläne vorbereitet sind, welche Schutzmaßnahmen im Falle einer Warnung gegebenenfalls zu erwarten sind und welche logistischen Vorbereitungen zu treffen sind. **Bei regelmäßiger Herausgabe solcher Informationen ist eine tatsächliche Warnung konsistent mit dem Wissen über potenzielle Gefahrenquellen und weniger überraschend.** Bei systematischer und partizipatorischer **Einbeziehung der ethnisch-kulturell heterogenen Bevölkerung in Vorsorge- und Vorbereitungsprogramme** ist die Gefahr wesentlich geringer, dass es bei einer wirklichen Warnung zu Missverständnissen, Gerüchtebildung und Misstrauen kommt, weil Sichtweisen regionaler Katastrophenschutzorganisationen besser vermittelbar sind und **Schutzorgane auch die Sorgen, die Menschen bei einer Gefahr bewegen, eher verstehen** und nicht als irrational abtun (siehe Abschnitte 3 und 4). Gemäß einem Warnverständnis, das von einem **All-hazard-Ansatz** ausgeht, gilt dies auch für die Frage einer Vorsorge für und Warnung vor terroristischen Anschlägen (siehe Abschnitt 8).

Katastropheneinwirkung in multikulturellen Gesellschaften. Katastrophe, soziale Ungleichheit und Ethnizität (siehe Abschnitt 5.3.1): In Deutschland und Europa sind Studien selten, die ethnisch-kulturelle Fragen im Zusammenhang mit sozialer Ungleichheit bei Katastrophen systematisch untersuchen. **Die erhöhte Vulnerabilität armer und marginalisierter Bevölkerungsgruppen in Deutschland,** die sich, wie früher nur Menschen in Ländern der Dritten Welt und allenfalls Bewohnerinnen und Bewohner der Armenviertel von Schwellenländern, über Suppenküchen oder Sozilläden ihr Essen beschaffen müssen, hat vermutlich noch keine erwähnenswerte Bedeutung in ihren Auswirkungen bei

Großschadensfällen und Katastrophen. Zwar wird eine **Unterschichtung der einkommensschwachen und marginalisierten deutschstämmigen Bevölkerung durch Migrantengruppen** konstatiert, jedoch handelt es sich um eine Form von Armut, die weitgehend der sogenannten „**ausschließenden Armut**“ zugeordnet werden kann, was für die Betroffenen insbesondere mit einem **Gefühl des unvermeidlichen Abstiegs in die soziale Hoffnungslosigkeit und einem Gefühl individuellen Kontrollverlustes** verbunden ist (zum Kontrollverlust siehe Abschnitt 3.2.6). Internationale Studien zeigen, dass sich **Schichtzugehörigkeit, Ethnizität, Geschlecht und Immigrationsstatus vulnerabilitätserhöhend** auswirken können, wobei **ethnische Unterschiede häufig auf Schichtungsmuster aufgesetzt sind**. Die soziale Ungleichheit drückt sich u. a. in Ungleichheiten der Partizipation in unterschiedlichen Lebensbereichen und in der Verfügung über Ressourcen aus. Oft sind ethnisch-kulturelle Minderheiten gezwungen, in Gebieten mit erhöhtem Risiko oder ungünstigeren Umweltbedingungen zu leben, was auch für einen Teil der Minderheiten in Deutschland gilt (Substandardwohnungen, Sanierungsgebiete, emissionsbelastete alte Arbeiterquartiere, umweltbelastete Standorte in der Nähe von Deponien etc.). Sofern es zu der skizzierten **Unterschichtung** und zur Herausbildung **ethnischer Kolonien** kommt, bieten letztere ihren Angehörigen jedoch auch **Vorzüge, indem sie Vernetzungen ermöglichen und Unterstützungsangebote bereithalten**. Internationale Studien zeigen, dass sich **Marginalisierungen von bereits zuvor benachteiligten Minderheiten im Gefolge von Katastrophen verstärken**. Während für Deutschland keine entsprechende Studie bekannt ist, bestätigt sich dieser Befund für **Großbritannien**. In einer Untersuchung, bei der schichtspezifische Unterschiede und ethnische Faktoren nach Überflutungen in Großbritannien und den USA vergleichend analysiert wurden, arbeiten Enarson und Fordham (2000) heraus, dass **Benachteiligungen und negative Etikettierungen, denen Angehörige der unteren sozialen Schichten nach den Überschwemmungen in Schottland ausgesetzt waren, in ähnlicher Weise erfolgten wie bei der untersuchten Überflutung des Red River Valley in den USA, bei der es zu Benachteiligungen ethnisch-kultureller Minderheiten gekommen war**. Die Angehörigen der eigenen Schicht bzw. der jeweiligen ethnisch-kulturellen Gruppe können die Opfer der untersuchten Überflutungen wegen ihrer eigenen Vulnerabilität und Ressourcenknappheit zumeist weder materiell noch psychisch auffangen. Weitere Befunde betreffen das **Geschlechterverhältnis, das sich insbesondere in der Recovery-Phase wandelt, wobei Frauen einer Mehrfachbelastung** (Kinder, Aufräumarbeiten, Behördengänge) standhalten müssen und ihre Männer häufig als schwach erleben. In der Folge

kommt es zu häufigen Zerwürfnissen in Ehen (häusliche Gewalt ist dabei ein weiterer Faktor). Ein Problem sozial schwacher Bevölkerungsgruppen (Minderheiten bzw. untere soziale Schicht) ist auch, dass bereits **getrennt lebende Partner wegen der Ressourcenknappheit erneut in einen gemeinsamen Haushalt ziehen, was zu erheblichen Konflikten führt**. Die Benachteiligung von Minderheiten nach Katastrophen hat häufig eine **Rückorientierung auf die eigene ethnisch-kulturelle Gruppe zur Folge** (siehe auch Abschnitt 7.1).

Zur Strukturierung des Bevölkerungsverhaltens wird empfohlen, denjenigen, die in Deutschland von „ausschließender Armut“ betroffen sind, sowie den unterschichteten Migrantengruppen durch partizipatorische **Mitwirkung an kommunalen Katastrophenvorsorgekonzepten** zumindest partiell das **Gefühl von individuellen Kontrollmöglichkeiten zurückzugeben** (siehe auch Abschnitt 3.2.5). Zudem sollte darauf geachtet werden, dass Angehörige ethnisch-kultureller Minderheiten, Angehörige der Unterschicht sowie Personen beiderlei Geschlechts nach Eintritt einer Katastrophe nicht benachteiligt werden. In der Beratung sollte **auf ihre Bedürfnisse eingegangen** werden und es wäre anzustreben, sie angemessen **an regionalen oder lokalen Planungsgruppen zu beteiligen**. Empfohlen wird auch, ihnen im Katastrophenmanagement und in Hilfsorganisationen Chancen der Mitarbeit und des Aufstiegs einzuräumen. **Insbesondere Migrantinnen** sind häufig gut über ihre eigenen Bedürfnisse und diejenigen ihrer sozial-kulturellen Gruppe, im Verlauf und nach einer Katastrophe, **informiert**.

Katastropheneintritt, erste Reaktionen, Wiedererholung und Wiederaufbau in multikulturellen Gesellschaften anhand eines kulturorientierten Phasenmodells (siehe Abschnitt 5.3.2): Das Verhalten der Bevölkerung im Verlauf von Katastrophen (Response bis Reconstruction) kann mittels eines **dreiphasigen Modells**, das Susanna M. Hoffman (1999) entwickelt hat, in seinen **sozialen, psychischen, politischen und ökonomischen Dimensionen und den jeweiligen Wechselwirkungsprozessen** skizziert und eingeordnet werden. Die **Dauer der einzelnen Phasen ist variabel**, auch ob sie **früh oder spät** auftreten, **stärker oder schwächer** ausgeprägt sind. Es müssen auch **nicht alle von einer Katastrophe Betroffenen jede Phase erleben**. Das Modell wird im Bericht detailliert dargestellt und den einzelnen Phasen wurden weitere Forschungsergebnisse zugeordnet. Abweichungen vom Modell werden diskutiert. Es wird hervorgehoben, **in welchen Phasen und bezogen auf welche Fragen Gemeinsamkeiten und Probleme zwischen ethnisch-kulturellen Gruppen sichtbar werden**.

In der **ersten Phase**, unmittelbar nach einem Ereignis, gelangen Betroffene zunächst für kurze Zeit in Bedingungen extremer Vereinzelung. Sie haben kaum soziokulturelle Kontexte und ihre Identität verschwimmt. In diesem Prozess verändert sich ihre Wahrnehmung der Umwelt und sie werden vielleicht für immer markiert. Es folgt unmittelbar darauf oder begleitend eine erste Such-, Rettungs- und Orientierungsphase, aus der sich häufig spätere Geschichten über das erlebte Ereignis speisen. Die Betroffenen beginnen, **Gemeinschaft mit anderen und Identität über kulturelle Grenzen hinweg** aufzubauen. Die **Verwandlung von Atomisierung zu Bindung und Gemeinschaftsbildung** kann mit **euphorischen Gefühlen**, einem **Sinn von Reinheit** und einer besonderen **Sensibilität** verbunden sein. **Ethnisch-kulturelle Differenzen und Grenzen**, die vor dem Ereignis bestanden haben können, **verschwinden in dieser Phase** vollständig oder sind kaum noch erkennbar. Auch die **periphere Gemeinde beteiligt** sich an Maßnahmen zur Lebensrettung und Hilfeleistungen und empfindet ebenso wie die unmittelbar Betroffenen ein **Hochgefühl**. Das heißt: **Prosoziales Handeln dominiert** unter den Betroffenen und in den Beziehungen und Hilfeleistungen, die aus der umgebenden Gemeinde, möglicherweise auch von Menschen aus dem ganzen Land kommen. **Eine Vielzahl von Organisationen können hinzutreten**, die sich auf S&R, Wasserbeschaffung, Bereitstellung von Lebensmitteln, Erstellung von Notunterkünften spezialisiert haben und gegebenenfalls notwendige Sicherheitsmaßnahmen (z. B. Dekontaminationen) vornehmen. Die Betroffenen, die einander Hilfe leisten, sind von einem **Gefühl, sich an höheren Zwecken zu orientieren**, erfüllt. Sie beginnen, **Gruppen zu bilden** und Treffen zu veranstalten und entwickeln dabei einen **Sinn für das Gütige und Gerechte und für Wahrheit, der janusköpfig ist**, da in ihm bereits **künftige Konflikte angelegt** sein können. Die Wahrnehmung der Betroffenen wandelt sich. Die **soziale und natürliche Umgebung erscheint ihnen nunmehr launisch und zerbrechlich**. Die **Dauer der ersten Phase** hängt davon ab, wie schnell sich **Komplikationen und Zwietracht** entwickeln.

Folgende Faktoren, die die Dauer der ersten Phase verkürzen bzw. den Übergang in die zweite Phase beschleunigen, lassen sich durch eine **Strukturierung des Bevölkerungsverhaltens** beeinflussen, zumindest abmildern: 1. Dem neu entwickelten Sinn für Wahrheit kann dadurch entsprochen werden, dass **Problemlösungen** von Behörden möglichst **adäquat** sind und nicht Versprechungen gegeben werden, die nicht gehalten werden. 2. Interethnische Konflikte können vermieden oder abgemildert werden, wenn **auf die Bedürfnisse der unterschiedlichen ethnisch-kulturellen Minderheiten**, die von dem Ereignis

betroffen sind, **eingegangen wird**. Sie sollten sich durch die **Wahl der Sprachen**, in denen Information und Beratung gegeben wird, **angesprochen fühlen**. Möglichst sollten Menschen, die die jeweiligen Sprachen auch beherrschen, an der Weitergabe von Informationen und an Beratungen beteiligt werden, damit es **nicht zu Missverständnissen kommt**. 3. Es sollte dafür gesorgt werden, dass **alle Betroffenen gleichmäßig Kenntnis von und Zugang zu Information und Beratung haben**. **Benachteiligungen bei der Verteilung von Hilfeleistungen** sollten unbedingt **vermieden werden**. Auch **sozial schwächere Individuen und Gruppen** sollten **gleichmäßig berücksichtigt** werden. Dazu gehören auch **Ältere, Kinder und Menschen mit Handicaps**. 4. Werden **Lebensmittel oder Mahlzeiten** verteilt bzw. ausgegeben, sollte darauf geachtet werden, dass sie **mit den Essgewohnheiten** der unterschiedlichen Gruppen **kompatibel** sind und **Esstabus unbedingt beachtet werden** (z. B. kein Schweinefleisch an Muslime und Juden; abgesehen von Fischen (verboten sind Stör und Aal) keine Wassertiere an Juden; kein Rindfleisch an Inder; Lebensmittel für Vegetarier und Allergiker). Solche Fragen sind am besten mit den Betroffenen abzustimmen. Vielleicht sind unter ihnen auch Personen bereit, an der Zubereitung von Mahlzeiten für Minderheitenangehörige gegen entsprechende Vergütung mitzuwirken. **Oft verstehen lokale Bevölkerung und Institutionen besser, wie Hilfe kanalisiert und verteilt werden muss**, als Behörden, die von außen kommen.

Die **zweite Phase** ist von Solidarisierung, Ritualisierung und beginnender In- und Exkludierung geprägt. Das **gemeinsame Band der Überlebenden wird stärker**, manchmal weigern sie sich, Notunterkünfte zu verlassen, weil sich **zwischen den Betroffenen eine Gemeinschaft herausgebildet hat**. **Die Betroffenen beginnen damit, ihr Leben wieder aufzubauen, zu rekonstruieren und Entscheidungen zu treffen** (Reformulierung des sozialen und kulturellen Gerüsts). Bei vielen Betroffenen entwickeln sich **Konservatismus und Widerstand gegen Neues** und Veränderungen, insbesondere, wenn es um den Wiederaufbau geht (Kämpfe zwischen Modernisierern und Bewahrern bzw. Moralisten).

Um hier **Konflikte zu vermeiden**, empfiehlt es sich zur **Strukturierung**, die unterschiedlichen **Bedürfnisse der Betroffenen anzuhören und sie an der Planung** (unter Beachtung der ethnisch-kulturellen und sozialen Diversität der Bewohner) **mitwirken zu lassen**, zumindest jedoch, ihre wichtigsten Wünsche und Bedürfnisse so weit wie möglich zu berücksichtigen. Falls dies in bestimmten Punkten nicht möglich oder nicht sinnvoll erscheint, sollten die Gründe erläutert werden.

Zudem bilden sich in diesem Stadium **Rituale und Zeremonien** heraus, die geachtet werden sollten. Rituale und Zeremonien haben **entlastende Funktion**, ermöglichen notwendigen **Wandel** und mittels ihrer kann das **Ereignis auf ein abstraktes Niveau gehoben und kulturell symbolisch gekennzeichnet** werden. Möglicherweise erfolgt die Ritualisierung sehr schnell, wenn das Ereignis bereits als abgeschlossen gilt (bei einem Amoklauf ist der Täter gefasst oder tot und Angehörige sowie die periphere Gemeinde können das Ereignis noch am Tag der Tat rituell rahmen; ebenso kann um die Opfer eines Brandes, wenn es sich um einige Bewohner eines Hauses handelt, noch am selben Tag getrauert werden). **Bei Katastrophen ist die erste Phase** (die über Wochen dauern kann) **sehr viel langwieriger und auch die Ritualisierungen und Zeremonien entwickeln sich langsamer**. Manchmal werden letztere völlig neu geschaffen und können über Monate und viele Jahre praktiziert werden. Viele der Rituale **markieren die Grenze zwischen Leben und Tod** und setzen dabei den **Akzent auf das Leben**. Z. B. wird ein Baum, der nach einem Brand stehen geblieben ist, geschmückt oder für rituelle Feiern genutzt. Die Zeremonien beinhalten eine **Interpretation des Ereignisses**, die dieses rahmt. Später werden weitere Rahmungen durch unterschiedliche Akteure (Betroffene, Politik, Medien) folgen.

Überlebende beginnen sich von der umgebenden sozialen Gruppe, mit der sie die traumatische Erfahrung nicht teilen, zu entfremden und initiieren eine Art Subgesellschaft im Rahmen ihrer umfassenderen Traditionen. Zwischen ihnen und den Unverletzten kommt es zu einer **imaginären Demarkationslinie**, da auch die umgebende Gemeinschaft oder Gesellschaft damit beginnt, sich von den Überlebenden zu distanzieren. Einstige **Grenzen zwischen Fremden und Freunden verschieben sich**. Nicht selten entwickelt sich ein **feindschaftliches Verhältnis zur umgebenden Gemeinschaft bzw. Gesellschaft**, das zugleich die Kohäsion der Überlebenden untereinander stärkt. Auch **Konflikte zwischen Betroffenenengruppen unterschiedlicher ethnisch-kultureller Zugehörigkeit**, aber auch innerhalb von Familien, zeichnen sich ab und können sich verstärken, zumal, **wenn die im Übergang von der ersten zur zweiten Phase empfohlenen Strukturierungen nicht beachtet werden**. Diese Konflikte können an vorkatastrophische Konfliktfronten anknüpfen. Die **Überlebenden geraten tendenziell in Isolation und an soziale Ränder**, zumal ihnen die **Solidarität aus der peripheren, nicht betroffenen Gemeinde zunehmend abhandenkommt**. Unter den Überlebenden entwickeln sich **Regeln, über die Status zugeschrieben und Mitgliedschaft markiert wird**. Unter anderem **wird ausgehandelt, wer wirklich betroffen ist und wer nicht**.

In dieser Phase **bringen sich externe Behörden und andere Organisationen in den komplexen Prozess der Wiedererholung (Recovery) ein**. Die Handlungen dieser externen Organisationen können entweder eine **erfolgreiche Reformulierung** der Muster in der von der Katastrophe betroffenen Gemeinde erlauben, **oder in eine sekundäre Katastrophe münden**. **Wenn die Vorstellungen externer Organisationen gegenüber den Traditionen der Überlebenden divergieren und sie ihre Vorstellungen durchsetzen, unterdrücken sie ihre Klienten und den Prozess der Wiedererholung**. Zudem kann die externe Unterstützung mit der Selbsthilfe der Überlebenden konfliktieren. Das heißt, **es lässt sich strukturieren, wie sich externe Organisationen in dieser Phase einbringen**. Zugleich kann daraus, wie ethnisch-kulturell sensibel dies erfolgt, prognostiziert werden, ob es zu einer sekundären Katastrophe kommt.

Kaum vermeidbar ist jedoch, dass Überlebende von Katastrophen eine bestimmte Gruppe zu ihrem Feind erklären. Meist handelt es sich um die **Regierung** oder eine **Behörde**, jedenfalls um eine **Organisation, die den Betroffenen Ressourcen gibt, sie kontrolliert, restringiert oder Entschädigungen ablehnt**. Es kann auch eine zentrale Hilfsorganisation sein oder Versicherungsgesellschaften oder die entscheidungsbefugte Oberschicht. Diese Konflikte haben **für die Katastrophenopfer auch eine produktive Seite**. Waren sie zunächst von rapidem Wandel überwältigt, **gewinnen sie durch ihre aktive Positionierung und Konfliktaustragung Handlungspotenzial**, indem sie sich artikulieren und versuchen, ihre Interessen durchzusetzen. **Diese Konflikte werden meist im kollektiven Gedächtnis an die Katastrophe bewahrt**.

Die mögliche **Unausweichlichkeit solcher Konflikte** sollte bei Bemühungen um die **Strukturierung des Bevölkerungsverhaltens** beachtet werden. Durch Aufmerksamkeit gegenüber und **Orientierung an den Bedürfnissen der Betroffenen durch zuständige Behörden** können die Konflikte vorausgesehen und zumindest partiell abgemildert werden. Zu vermuten ist, dass eine **partizipatorische Einbindung der ethnisch-kulturell diversen Gruppen der Katastrophenopfer in den Recovery-Prozess** eine Eskalation der Konflikte weitgehend verhindern kann. Dazu sollten auch **Verfahren multikultureller Krisenkommunikation** (siehe Abschnitte 4.2, 4.3) genutzt werden. Jedenfalls sollte vermieden werden, was in dieser Phase entsprechend dem Modell zu erwarten ist: dass sich die **Haltung gegenüber den Betroffenen** nicht nur in der umgebenden Gemeinde, sondern auch bei Regierungsbehörden **von anfänglicher Unterstützung und Mitgefühl in das Gegenteil verwandelt**. Diese Veränderung erfolgt

insbesondere dann, wenn sich die Situation der Katastrophenopfer oder eines Teils unter ihnen noch nicht wesentlich verbessert hat. Der Wandel in der Haltung bedeutet, dass eine **negative Etikettierung der Betroffenen Platz greift**, die beinhaltet, dass die Katastrophe als ursächlich für ihre Situation zunehmend negiert wird und dass ihre **Lebensumstände als Resultat ihrer eigenen Fehler** gesehen werden (als Folge von Sünde, Faulheit und Bedürftigkeit). In umgebenden Gemeinden können sich auch Ressentiments und Missgunst einstellen, weil sie als nicht Betroffene von der Hilfe ausgeschlossen sind. Die **Fron-tenbildung kann sich auf beiden Seiten** so weit **verhärten**, dass sich Behörden ebenso wie Katastrophenopfer **wechselseitig als „Nehmende“** (gemeint sind Diebe) **bezeichnen**, womit neben materiellen Gütern auch immaterielle wie Ehre und Würde gemeint sein können. Dieser Prozess ist darauf gerichtet, die **jeweils eigene Seite von Verpflichtungen frei zu machen**. Im Resultat lässt die Hilfe der äußeren Gemeinde und der Gesellschaft insgesamt nach oder wird eingestellt. In einer weiteren Steigerungsform entwickelt sich zwischen Katastrophenopfern, Außenstehenden und Behörden ein **neuer Verhaltenscodex**, entsprechend dem versucht wird, den eigenen Sichtweisen durch die **Anwendung von Tricks und Finessen** zum Erfolg zu verhelfen.

Bei einer **Strukturierung des Bevölkerungsverhaltens** könnte z. B. das eigene **Personal** in dem Wissen um die Möglichkeit einer solchen Zuspitzung **geschult werden**. Gegenüber den Betroffenen sollte eine Haltung aufrechterhalten werden, die ihre Sorgen und Bedürfnisse ernst nimmt. So könnte z. B. ein zuständiger „Fallmanager“ oder eine Katastrophenmanagerin (möglichst konstante personelle Besetzung) die **Wiedererholung der Betroffenen begleiten**, indem er oder sie in der Gemeinde in regelmäßigen zeitlichen Abständen eine **Sprechstunde für die sich erholenden Katastrophenopfer** abhalten würde. Auch könnte hierbei der **Anfang für eine partizipatorisch orientierte Katastrophenvorsorge** (Mitigation) **gelegt werden**. Für die Forschung (zum Vergleich von Entwicklungen bei der Wiedererholung nach unterschiedlichen Ereignissen) wäre es wichtig zu notieren, wie sich Sorgen, Probleme und Konflikte der Betroffenen im zeitlichen Abstand vom Ereignis gewandelt haben, auch in Bezug auf mögliche ethnisch-kulturelle Differenzen und Annäherungen, so dass auch eine **spätere Intervention und Nachstrukturierung** noch möglich ist und sich die Katastrophenopfer nicht alleingelassen fühlen.

Zu einer **Spaltung in der Überlebendengruppe** kommt es häufig (es muss jedoch nicht der Fall sein), wenn der **Güterstrom in die betroffene Gemeinde**

zu fließen beginnt und sich ökonomische Spannungen über Lebensmittel, Wohnungen und Land aufbauen. Dabei werden **frühere Regeln und Formen sozialer Ungleichheit und ethnischer Schließung wieder ins Spiel gebracht** und alte Beziehungen und Loyalitäten reaktiviert. Im **politischen Bereich** erheben sich **Leistungsfragen**. In der Phase, in der sich die Überlebenden zu Initiativgruppen zusammenschlossen, treten neue Führungspersönlichkeiten hervor. Mit Auflösung dieser Gruppen **versuchen alte politische Führungskräfte wieder an Boden zu gewinnen** und für sich Vorteile aus der **Wiedererholung** zu ziehen. Die **Wiedererholung verwandelt sich in etwas Streitbesetztes, Hemmendes und Stagnierendes**. Die **anfängliche Euphorie und Utopie sind geschwunden**. Zudem kommt es häufig zu **Auseinandersetzungen über die Frage der Rahmung der Katastrophe**, d. h. darüber, **wessen Definition von Katastrophe, Betroffenheit, Bedarf, Schuld etc. sich durchsetzt**, wobei oft genug Überlebende, Angehörige, nicht betroffene Nachbarn, Behörden, Regierung und Medien unterschiedliche Bilder und Interpretationen der Ereignisse unterhalten und **alle genannten Akteure um die ideologische Herrschaft ihrer Interpretation der Ereignisse konkurrieren**.

Zur **Strukturierung des Bevölkerungsverhaltens** wird empfohlen (siehe unten und Abschnitt 7.1 zu Accidental Communities), auf die **Rahmungen und Interpretationen** der Betroffenen so weit wie möglich einzugehen, sie jedenfalls **frühzeitig** mit diesen **direkt auszuhandeln** und dadurch das Konfliktpotenzial im Prozess der Katastrophenbewältigung zu reduzieren.

Die **dritte Phase** ist von der zweiten nicht scharf getrennt. Im Wesentlichen beginnt sie, wenn sich die Betroffenen **wieder angesiedelt** haben, die **Hilfsorganisationen das Gebiet verlassen haben** und sich ein mehr oder weniger festgelegtes **Lebensmuster wieder eingespielt** hat. **Mit dem Abhandeln gemeinsamer Ziele** im Zuge der graduellen Beendigung von Wiedererholung und Wiederaufbau (Recovery und Reconstruction) **lösen sich auch die Vereinigungen von Überlebenden auf**. Die Opfer reintegrieren sich in unterschiedlichem Maße in die Gesamtgesellschaft. Dabei **mildern sich auch Segmentierungen und Gegensätze im Verhältnis zur umgebenden Gemeinde der Nichtbetroffenen ab**. Die Zeremonien und Riten **verwandeln sich langsam in Traditionen und Gebräuche** und die **Überlebenden rahmen ihr Leben neu**. Bis auf einige Menschen, die sich in Melancholie hüllen, **verlassen sie die Grenzsituation, in die sie durch die Katastrophe geraten sind**. **Freunde** versammeln sich wie vor dem Ereignis, vermutlich jedoch **in neuen**

Zusammensetzungen. Eine Katastrophe kann Überlebende auch mit **neuem Sinn und neuen Horizonten** versehen. So teilen Überlebende die **besonderen immateriellen Werte**, die sie während der Katastrophe entwickelt haben, noch lange nach dem Ereignis. Auch wenn sich die äußeren Umstände an diejenigen der peripheren Gemeinde angleichen, **nehmen die Überlebenden ihr Innenleben als anders wahr**. Zum Teil haben sie auch ein Gefühl von **Distanzierung** entwickelt, das sie nicht überwinden können, und **Sehnsucht nach der Sensibilität und den Bindungen**, die sie nach der Katastrophe hatten. **Andere fühlen sich freier**, haben ihre **soziokulturellen Wurzeln** in gewisser Weise **verloren** und glauben, mehr vom Leben zu erfahren. **Viele halten ihr Leben durch die sensible gemeinschaftliche und prosoziale Phase für bereichert** und das in dieser Phase erlebte **Gefühl von Reinheit begleitet sie weiter**. Jedoch bleiben auch **Ressentiments**: Wenn es im Zuge der **Konflikte in der zweiten Phase** zu starken Vorbehalten, z. B. gegenüber dem katastrophengebundenen Regierungshandeln kommt, bleiben die Konflikte **weiter bestehen**, was auch eine **fortgesetzte Lobbyarbeit** bedeuten kann. Fast immer jedenfalls führt eine Katastrophe zu einem **gesteigerten politischen Bewusstsein**. Manchmal verzeichnen soziale Gruppen durch sie einen Zugewinn an Macht, Autorität und Ressourcen. Bezogen auf die **Strukturierung des Bevölkerungsverhaltens** zeigt dies, dass es zur **Vermeidung anhaltender Kämpfe (siehe auch Abschnitt 7.1.2) sehr lohnend sein kann, die Empfehlungen in Betracht zu ziehen, die sich auf die Vermeidung oder Entschärfung möglicher Konflikte im Übergang zwischen erster und zweiter Phase und in der zweiten Phase beziehen.**

Psychosoziale Bewältigung von Krisen und Katastrophen (siehe Abschnitt 6): Psychosoziale Reaktionen auf traumatisierende Erlebnisse können sich auf die Vulnerabilität von Individuen oder sozialen Gruppen auswirken, denn **traumatische Erfahrungen können auf individueller und kollektiver Ebene entstehen**. Ca. 60 % der Männer und 50 % der Frauen haben zumindest einmal in ihrem Leben ein Trauma durchgemacht, das Stressorkriterien erfüllt, die u. a. eine posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) auslösen können. Jedoch **erkrankt an einer PTBS nur etwa ein Viertel der Menschen, die ein traumatisches Erlebnis hatten**, wobei das Erkrankungsrisiko bei Frauen etwa doppelt so hoch ist wie bei Männern. Die psychosoziale Forschung steht in multikulturellen Gesellschaften vor besonderen Herausforderungen, die auch Änderungen in den professionellen Anforderungen an Praktiker erfordern. Insbesondere in der **psychosozialen Notfallversorgung (PSNV)** ist eine adäquate Berücksichtigung unterschiedlicher ethnisch-kultureller Bedürfnisse erforderlich. **Zu**

multikulturellen Fragen wurden seit vielen Jahren Guidelines der American Psychological Association (APA 2002a) erarbeitet und weiterentwickelt, die nicht nur verdienen, als Primärquelle Beachtung zu finden, sondern auch bei der Entwicklung entsprechender Richtlinien in Deutschland für den Bereich des Bevölkerungsschutzes und der Katastrophenvorsorge zu Rate gezogen zu werden. In den Guidelines wird hervorgehoben, dass das Ignorieren ethnisch-kultureller Unterschiede bei der Beratung und Behandlung von Angehörigen ethnisch-kultureller Minderheiten zur Festschreibung von Ungleichheiten führt. In psychosozialen Berufen Arbeitende sollten sich ihrer eigenen „kulturellen Linse“ bewusst werden. Erst dies und ein Einstellungswandel, der ein Ende der Höherbewertung der eigenen ethnisch-kulturellen Gruppe gegenüber der fremden beinhaltet, ermöglicht es ihnen, den kulturellen Bezugsrahmen von Menschen anderer ethnisch-kultureller Zugehörigkeit zu verstehen. In den ethischen Prinzipien der APA (2002) ist überdies festgelegt, dass es für Psychologen in der Zusammenarbeit mit Menschen, für die ein Verständnis von Faktoren, die mit Ethnizität, Kultur, nationaler Herkunft und Sprache zu tun haben, erforderlich ist, Training, Erfahrung, Konsultation oder Supervision in Anspruch zu nehmen, um die Kompetenz ihrer Dienstleistungen sicherzustellen. In Standard 2.02 dieser Guidelines ist festgelegt, dass in Notfällen (dies betrifft auch die psychosoziale Notfallversorgung) Psychologinnen und Psychologen Dienstleistungen für Individuen erbringen dürfen, auch wenn ihnen das notwendige Training fehlt, damit die Versorgung nicht in Gänze ausfällt. Diese Versorgung ist aber sofort zu unterbrechen, wenn der Notfall beendet ist oder angemessene Dienste verfügbar sind. Die Deutsche Gesellschaft für Psychologie sieht ähnliche Regeln bislang nicht vor und auch in den Arbeiten zur Entwicklung von Standards und Empfehlungen für ein Netzwerk zur bundesweiten Strukturierung und Organisation psychosozialer Notfallversorgung (Beerlage, Hering, Nörenberg et al. (2004, 2005, 2006) konnten keine Hinweise oder Vorschläge für den Umgang mit einer ethnisch-kulturell heterogenen Klientel in Notfällen gefunden werden. **Folgende Probleme sind bei der psychosozialen Notfallversorgung von Patienten einer anderen Muttersprache und Kultur zu konstatieren:** 1. **Verständigungsprobleme.** So reichen die deutschen Sprachkenntnisse bei Patienten z. T. für die alltägliche Kommunikation, nicht jedoch für die Darstellung emotionaler Probleme (kann die Hinzuziehung von Dolmetschern erforderlich machen). 2. Die Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten **müssen sich auf die ethnisch-kulturellen Besonderheiten von Patientinnen und Patienten einstellen** und über diese **informiert sein.** Denn es ist für die Therapie zu klären, ob ein besonderes Verhalten oder Erleben

des Patienten aus kulturellen Unterschieden resultiert oder mit den traumatischen Erfahrungen des Patienten und ihrer Verarbeitung zusammenhängt.

3. Es wird in der Literatur zwischen einem **Alpha-Bias** und einem **Beta-Bias** unterschieden. Bei ersterem (Fehler/Verzerrung 1. Art) wird der Kulturunterschied zwischen Therapeut und Patient besonders betont, bei letzterem (Fehler/Verzerrung 2. Art) wird er geleugnet, was sich auf das Vorgehen in der Therapie und die Prognose des Therapieerfolges auswirkt. Inzwischen wird aufgrund dieser und weiterer Problemstellungen **in der interkulturellen Psychotherapie eine Integration verschiedener (psychodynamischer und behavioraler) Ansätze angestrebt** und es werden **kooperative Therapieformen empfohlen, da über einen Abgleich von Verhaltensbeobachtungen mit dem Patienten gemeinsam Sichtweisen und Bewältigungsformen entwickelt werden können**, die dem Alpha-Bias oder Beta-Bias entgegenwirken können. Bei **Migrantinnen und Migranten mit Fluchthintergrund** (Asylbewerberinnen und Asylanten), die in ihrem Herkunftsland z. B. **gefoltert oder misshandelt** wurden, besteht eine erhöhte Wahrscheinlichkeit, dass sie bereits eine Vortraumatisierung durchgemacht haben, so dass es **bei einem aktuellen traumatischen Erlebnis (durch Unfall, Brand, terroristischen Anschlag oder eine Katastrophe) zu einer Retraumatisierung kommen kann**. Daher bedarf es in der psychosozialen Notfallversorgung **besonderer psychosozialer Strategien und Kenntnisse im Umgehen mit Mehrfachtraumatisierungen**, zumindest einer Kenntnis solcher besonderer Belastungsfaktoren. Es wird **empfohlen**, bei der Entwicklung von Standards und Empfehlungen für ein Netzwerk zur bundesweiten Strukturierung und Organisation psychosozialer Notfallversorgung **multikulturelle Aspekte in einem eigenständigen Abschnitt systematisch zu berücksichtigen**. Darin sollten Anforderungen formuliert werden, die den hier skizzierten und in Abschnitt 6 weiter ausgeführten Problemstellungen und Ansätzen Rechnung tragen, um eine adäquate psychosoziale Notfallversorgung von Betroffenen unterschiedlicher ethnisch-kultureller Orientierung zu erreichen.

Accidental Communities of Memory als mittel- und längerfristige Bewältigungsformen von Katastrophen (siehe Abschnitt 7.1): Formen des expertengestützten intervenierenden und therapierenden Zugangs zur Bearbeitung gravierender persönlicher Krisen, die sich in und im Gefolge von Katastrophen, Großschadensereignissen und terroristischen Anschlägen entwickeln können, basieren auf der Interaktion zwischen Experten und betroffenen Laien. **Expertinnen und Experten (Angehörige psychosozialer Berufe) sind auf eine**

ethnisch-kulturell diverse Klientel unterschiedlich gut vorbereitet. Kaum je verfügen sie über eine mit den Patienten geteilte Erfahrung. Zudem stehen sie **unter zeitlichen und räumlichen Restriktionen.** So wichtig und hilfreich diese Traumatherapien, einschließlich der psychosozialen Notfallversorgung (PSNV) auch immer sind, sie können weder in Gänze das in der Interaktion angelegte Hierarchiegefälle überwinden noch ein die Betroffenen stützendes soziales Umfeld (Verwandte, Freunde) ersetzen.

Im Folgenden wird eine Form der **Selbststrukturierung von Bevölkerungsverhalten** vorgestellt, die sich im Gefolge von Katastrophen und Großschadensereignissen entwickeln kann, aber nicht muss, und die in Deutschland keinen erkennbaren Wiederhall in der wissenschaftlichen Forschung gefunden hat. Die Unterstützung solcher Bewältigungsformen wird empfohlen: **Accidental Communities of Memory** (Malkki 1997) entstehen, wenn Menschen, die sich vorher nicht kannten, **durch Zufälle des Lebens aufeinandertreffen und eine wesentliche Lebenserfahrung, eine Katastrophe, ein Großschadensereignis, einen terroristischen Anschlag oder ein anderes traumatisierendes** oder tief in den Lebensverlauf einschneidendes Ereignis **miteinander teilen.** Menschen, die solche Ereignisse durchleben, brauchen geeignete Formen, um ihre Erfahrungen mit dem Udenkbaren, mit Unsicherheit, Unglück, Verzweiflung, Verlust und Veränderungen ihrer Identität wie auch in der Betrachtung des Lebens und Verschiebungen in der Bedeutung von Dingen und Handlungen auszudrücken und sich darüber auszutauschen. Solche Accidental Communities entwickeln **dabei nicht notwendig öffentliche, sozial sichtbare, erzählbare oder ritualisierte Formen.** Die Vergemeinschaftungen können mehrere Individuen, aber auch größere Gruppen umfassen.

Je nachdem, welche Menschen gerade von einem Ereignis betroffen worden sind, **können sie hochgradig divers zusammengesetzt sein und Angehörige unterschiedlicher ethnisch-kultureller Gruppen und Nationen umfassen.** Insofern sind sie eine **hochmoderne Form der Vergemeinschaftung.** Denn angesichts weltweiter Migration und Flucht, aber auch durch intensiven Geschäftsverkehr und Tourismus **ist es häufig unbestimmt, wer sich zu einem bestimmten Zeitpunkt an einem bestimmten Ort befindet und von einem Ereignis getroffen werden kann.**

Da Betroffene ein dringendes Bedürfnis haben, sich die Katastrophe, die in ihr Leben „hereingebrochen“ ist, zu erklären, **findet in solchen Accidental**

Communities of Memory eine gemeinsame Sinnsuche und das Teilen sozialen Sinnes statt. Denn Menschen, die z. B. eine Katastrophe gemeinsam erfahren haben, **haben etwas gemeinsam, das in ihnen Spuren legt und eine Resistenz gegenüber den Aneignungen durch andere hat**, die gerade nicht dort waren. Die Accidental Communities bieten Menschen auch die Möglichkeit, **im gegenseitigen Austausch eine Identität auf der Grundlage ihrer Erfahrungen und Traumatisierungen zu entwickeln, die diese Erfahrungen aufnehmen kann** und möglicherweise auch Wege in die Zukunft weist. Viele Erfahrungen teilen nur die Angehörigen solcher Communities miteinander. Dies kann dazu führen, dass **Beziehungen untereinander intensiver werden als diejenigen zu engen Bezugspersonen**, die das betreffende Ereignis nicht durchlebt haben (siehe auch Abschnitt 5.3.2). So hatten **Schweden, die in Kobe arbeiteten und kurz nach dem Erdbeben nach Schweden zurückkehrten, mehr psychische Probleme als die dort Gebliebenen.** Ihnen fehlte **in Schweden die Accidental Community of Memory zum Erfahrungsaustausch** und sie hatten das **Gefühl, ihre Leidensgenossen (darunter auch Japaner) im Stich gelassen zu haben.** Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass eine Accidental Community Menschen, die Opfer von Ereignissen sind, zu Akteuren macht, die neben die Sicht der anderen, nicht Betroffenen, **ihre eigene gemeinsame Weltsicht und die Sicht auf die Katastrophe als Ereignis und Prozess stellen können.**

Die Accidental Communities of Memory sind auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass **Gesellschaften nach Katastrophen anstreben, so schnell wie möglich wieder zu einem reibungsarm funktionierenden Alltag zurückzukehren und Katastrophen oder Großschadensfälle, einmal abgesehen von Gedenktagen, verdrängen.** Dies ist aber **vielen der Betroffenen nicht möglich.** Sie sehen sich (siehe auch 5.3.2) mit zeitlichem Abstand zum Ereignis einer **Gesellschaft gegenüber, die ihren Problemen und Verarbeitungsweisen des Geschehenen zunehmend mit Unverständnis gegenübertritt und sie als individuelles Problem ansieht** (siehe auch Abschnitt 5.3.2). Die Angehörigen der Accidental Communities wissen demgegenüber um das Gemeinsame ihrer Probleme der Auseinandersetzung mit dem Ereignis und seinen Folgen.

Accidental Communities haben, wenn sie länger bestehen, auch einen **Wert für das Gemeinwesen als Ganzes.** Denn sie sind **Träger des kollektiven Gedächtnisses für einen historisch bedeutsamen Moment oder Prozess gesellschaftlicher Entwicklung.** Die bei ihnen bewahrten Erfahrungen und Lebensgeschichten unterliegen nicht der gleichen Fraktionierung, wie sie in

einer schnelllebigen, mit häufig wechselnden Sensations-, Krisen- und Katastrophenmeldungen konfrontierten Gesellschaft unvermeidlich ist. Das bedeutet auch: **Geht ansonsten das Risiko- oder Gefahrenbewusstsein gegenüber einer möglichen Bedrohung zu leicht verloren, bieten Accidental Communities of Memory die Chance, dass die Gefahr länger gegenwärtig bleibt.**

Die im Bericht erörterten Fallstudien (siehe Abschnitt 7.1.2) zeigen, dass auch in reichen, demokratischen Gesellschaften **Gemeinden unterschiedlich gut ausgestattet sind (in sozialer, politischer und ökonomischer Hinsicht), um mit den Konsequenzen von Katastrophen umzugehen.** Diese von sozialer Schichtzugehörigkeit und anderen Vulnerabilitätsfaktoren (u. a. ethnisch-kulturelle Marginalisierung) abhängige Chance auf Einfluss kann die Fähigkeit der Opfer beeinflussen, die Katastrophe auf die politische Agenda zu setzen.

Je größer die Diskrepanz zwischen der Erinnerung der Betroffenen und der nachkatastrophischen politischen Bearbeitung und Interpretation der Ereignisse ist, desto mehr steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die Geschichte der Katastrophe revidiert wird. Im Anschluss an die Rekonstruktion der Ereignisse auf beiden Seiten (Betroffene bzw. Regierung) kann es zu einem zum Teil medial vermittelten **Aushandlungsprozess über die Interpretation der Ereignisse** kommen, der durch **Bottom-up-Prozesse der Betroffenen** in Gang gesetzt wird. **Aufklärungslücken** durch Regierungen gehen mit erheblichen **Vertrauens- und Legitimitätseinbußen** einher.

Für Deutschland können folgende **strukturierende Empfehlungen** gegeben werden: Nach einem Ereignis empfiehlt sich **frühzeitig eine offene und aufklärende Vorgehensweise, bei der Begleitumstände des Ereignisses** (z. B. die Flugzeugfracht, Bestandteile einer Dirty Bomb und die von ihr ausgehende Bedrohung) **nicht verschwiegen, sondern dem Kenntnisstand entsprechend realistisch dargestellt werden.** Ein Bemühen auf politischer Ebene, die Geschehnisse vergessen machen zu wollen, das **Bemühen, die Katastrophe mit den Verursachungszusammenhängen „zuzudecken“** (z. B. durch das Einbetonieren der Estonia), **wird im Zweifel dazu führen, dass es zu gravierenden Vertrauensverlusten und Legitimitätseinbußen kommt, dass sich die Opfer und ihre Angehörigen** in ihren Anliegen nicht ernst genommen fühlen und im Zweifel **nicht ruhen werden, bis die Katastrophe auf der politischen Agenda die Bedeutung gewinnt, die sie für angemessen halten.** Auch sollte der **Aushandlungsprozess über die Interpretation der Geschichte eines Ereignisses**

mit den Betroffenen möglichst frühzeitig angestrebt werden. Die Interessen der Betroffenen sollten nicht als irrational und emotional abgetan werden.

Es könnte durchaus empfehlenswert sein, Katastrophenopfer und Angehörige nicht nur bei Untersuchungen über die Ursachen und Hintergründe von Ereignissen anzuhören, sondern **ihnen zur Erhöhung der Legitimität und zur Vertrauensbildung eine aktive Beteiligung an der Untersuchung und Aufarbeitung der sie betreffenden Ereignisse zu ermöglichen.** Accidental Communities könnten Personen ihres Vertrauens für die Mitwirkung an Untersuchungen vorschlagen (wie im Ausschuss der „**Memory Bank**“ für die Estonia).

Katastrophenopfer und Angehörige können sich zu **Accidental Communities of Memory** zusammenschließen, die **von staatlicher Seite** (wie dies in Schweden der Fall war) **gefördert** werden sollten, und zwar **unabhängig davon, welcher sozialen Schicht die Betroffenen angehören oder ob es sich um marginalisierte Gruppen und Minderheiten handelt.** Wenn es Angehörigen der gehobenen und der Mittelschicht vielleicht möglich ist, solche Communities auch ohne staatliche Hilfe zu initiieren und aufrechtzuerhalten, **wäre es bezogen auf Minderheiten und marginalisierte Gruppen besonders wichtig, sie in einer solchen Lage mit ihrer Trauer, den emotionalen Problemen und ungeklärten Fragen nicht allein zu lassen.** Insofern kann die strukturierende und aufarbeitende Funktion der Accidental Communities of Memory durch eine auf Betroffene zugehende Politik und Verwaltung gefördert werden und ihre Funktion als Bewahrerin des kollektiven Gedächtnisses an das betreffende Ereignis kann als im gesamtgesellschaftlichen Nutzen liegend gesehen werden.

Katastrophe, Traumatisierung und Identität (siehe Abschnitt 7.2): In modernen hochindustrialisierten Gesellschaften wie Deutschland gibt es nur noch selten klar umgrenzte Großgruppen, die Kinder und Heranwachsende mit eindeutigen ethnischen, nationalen, religiösen oder sonstigen kulturellen Symbolen in einem Maße versorgen, dass von einer lebenslangen Fixierung auszugehen ist. Hinzu kommen sekundäre (schulische) und tertiäre (berufliche) Sozialisation, die heute zunehmend ein hohes Maß an Flexibilität, einschließlich der Fähigkeit zur Akkulturation an verschiedene berufliche Gruppen und Milieus erfordern. Nach Vamik D. Volkan (2000) können Großgruppen Identitäten auf der Grundlage eines „gewählten Traumas“ entwickeln, wobei das gewählte Trauma über Generationen hinweg weitergegeben werden kann (zur Darstellung der Zusammenhänge siehe Abschnitt 7.2). Die **Bedeutung der**

Großgruppenidentität, die im Alltag für den Einzelnen nebensächlich sein mag, kann unter Stress-Bedingungen, insbesondere bei externer Bedrohung, bekräftigt werden. Wenn z. B. ein Dauerkonflikt zwischen Angehörigen verschiedener religiöser, ethnischer und/oder nationaler Gruppen schwelt, wird die **Großgruppenidentität von den Faktoren geprägt, die den Konflikt bestimmen.** So ist sie **bei einem religiösen Konflikt religiös bestimmt.** **Fühlen sich soziale Gruppen, z. B. Minderheiten, im Verlauf von Katastrophen oder terroristischen Anschlägen diskriminiert, kann es zu einer Verstärkung der eigenen Großgruppenidentität und zu einer Reaktivierung des „gewählten Traumas“ der Großgruppe („Zeitkollaps“) kommen.** Pauschale Angriffe auf Muslime nach den terroristischen Angriffen in den USA, in Madrid oder London können über einen „Zeitkollaps“ das „gewählte Trauma“ solcher Großgruppen reaktiviert haben. In den Traumata reflektiert sich insbesondere die Kränkung der Selbstachtung der Gruppe. Dabei kann (dies ist nicht zwangsläufig der Fall) eine Wiederherstellung der Großgruppenidentität zu einem zentralen Anliegen der Gruppenmitglieder werden. Etikettierungen von Muslimen als möglicherweise der Tätergruppe zugehörend oder mit ihr sympathisierend können eine Verstärkung des „gewählten Traumas“ und eine religiös orientierte Ethnifizierung zur Folge gehabt haben. Wird dem Ansatz von Volkan gefolgt, so bedeutet dies für die **Strukturierung des Bevölkerungsverhaltens** und mögliche Prognosen Folgendes: **Politik und Medien hätten** in einer multikulturellen Gesellschaft darauf zu achten, **dass Minderheiten, die bereits im Begriff stehen, sich in Deutschland so weit zu akkulturieren, dass sie mit der angestammten Bevölkerung verschmelzen, nicht durch pauschale Verdächtigungen gedrängt werden, ein Trauma zu „wählen“ oder ein „gewähltes Trauma“ zu reaktivieren.** Käme es im Anschluss an einen terroristischen Anschlag von muslimischen Tätern zu alltäglichen Ausgrenzungsprozessen von hier lebenden Muslimen durch Deutsche, die sich in christlicher Tradition sehen, könnte dies eine **Spirale von Fremd- und Selbstzuschreibungen** zur Folge haben. Aus der Diskriminierung von Muslimen als potenziellen Tätern folgt ihre Selbstwahrnehmung als Opfer von Verdächtigungen. Handelt es sich dabei um eine Kollektiverfahrung, kann diese als „gewähltes Trauma“ im Aufnahmeland auch an die nächste Generation tradiert werden, **läuft also einem möglichst konfliktreduzierten Integrationsprozess zuwider.** Bezogen auf die **Bevölkerung deutscher Herkunft wäre wiederum darauf zu achten, dass es bei einem terroristischen Anschlag nicht dazu kommt, dass der Anschlag den Status eines „gewählten“ Traumas gewinnen kann.** Damit ist nicht gemeint, dass terroristische Bedrohungen oder verfassungsfeindlich orientierte Gruppen unter den

Migranten verharmlost werden sollten. Vielmehr **sollte vermieden werden, dass das Gefühl aufkommt, die Deutschen seien gedemütigte Opfer einer feindlichen Macht** (z. B. islamischer Potentaten oder Warlords), etwa durch plakative Stilisierung eines Gegners.

Es bedarf gesellschaftlicher und administrativer Strategien, um mögliche Etikettierungen ethnisch-kultureller oder religiöser Gruppen zu vermeiden. So könnte ein **Frühwarnsystem** entwickelt werden, in dessen Rahmen Tendenzen in der Majoritätsbevölkerung oder in Minderheitengruppen, negative Erfahrungen mit den jeweils anderen Gruppen in Form „gewählter Traumata“ abzuspeichern, rechtzeitig erkannt werden könnten. Hierzu gehört auch, auf die Stilisierung und Propagierung eines „gewählten Traumas“ durch extremistisch und verfassungsfeindlich orientierte Gruppierungen unter den Migranten zu achten. Zur **Deeskalation** sollten **geeignete** integrierende und Etikettierungen von Großgruppen explizit und implizit vermeidende **Module** entwickelt werden.

Terrorismus und Bevölkerungsverhalten (siehe Abschnitt 8): Strukturierung des Bevölkerungsverhaltens in multikulturellen Gesellschaften und prognostische Überlegungen:

Risikowahrnehmung: Wegen mangelnder Informationsbasis in der Bevölkerung ist zu befürchten, dass die **Gefahren, die von einer Dirty Bomb ausgehen, gravierend fehleingeschätzt werden könnten**. Z. T. kursieren im Internet Katastrophenszenarien, die die Wirkungen einer Dirty Bomb erheblich übertreiben, vom Tod Tausender oder Zehntausender von Menschen ausgehen und auf der Annahme basieren, dass die Behörden nichts unternehmen würden, um die Bevölkerung zu schützen und das betroffene Gebiet schnellstmöglich zu dekontaminieren. Dementsprechend könnte es sein (dies wäre empirisch zu prüfen), dass Bewohnerinnen und Bewohner Deutschlands nach einem terroristischen Angriff mit einer Dirty Bomb **bei beruhigenden Meldungen vermuten, dass die radioaktiven Gefahren von Behörden heruntergespielt werden, um die Menschen nicht zu beunruhigen**. Bilder von Einsatzkräften in Dekontaminationskleidung und entsprechende Dekontaminationsgeräte und Abrollwagen könnten als symbolische und faktische Hinweise auf eine extreme Gefahr gedeutet werden. Einer solchen übergroßen Besorgnis kann nur durch ein **die Bevölkerung integral einbeziehendes langfristig orientiertes Informations- und Vorsorgeprogramm** vorgebeugt werden.

Medienberichterstattung und symbolische Politik nach terroristischen Angriffen: Im Wesentlichen muss nach terroristischen Angriffen eine symbolische Politik betrieben werden, die ausdrückt, **dass alle hier lebenden oder sich auch nur vorübergehend aufhaltenden Menschen (Reisende: Touristen, Geschäftsreisende etc.) im Zweifel Opfer der Angriffe sind.** Untersuchungen zeigen, dass es nach terroristischen Angriffen zu einer verstärkten Identifikation mit dem eigenen Land und zu einer Geschlossenheit in der Orientierung der Bevölkerung gekommen ist (verstärktes „wir“-Gefühl). Zu der politisch und medial zu vermittelnden Geschlossenheit gehört auch, **dass nicht von hier dauerhaft lebenden Muslimen symbolische Sonderleistungen erwartet werden sollten, z. B. explizite Distanzierungen** (etwa in Form von Aufforderungen an islamische Gruppen, Verbände oder Vereine, sich von terroristischen Angriffen zu distanzieren), **weil solche Erwartungen bereits von einer nicht ausgeschlossenen Verortung von Muslimen aufseiten der Täter ausgehen.** Akzeptabel ist demgegenüber die Skandalisierung von explizit die Täterseite unterstützenden Äußerungen und zwar egal, aus welcher Richtung sie kommen. **Wird eine solche demonstrative Geschlossenheit seitens Regierung, Behörden und Massenmedien gravierend verletzt, können die Folgen im Innern verheerend sein.** Denn es ist eine tiefgreifende Spaltung der Gesellschaft zu befürchten und davon auszugehen, dass sich rechtsextreme Gruppen oder verfassungsfeindliche Gruppen unter den Migranten Vorurteile und Sündenbockmechanismen zunutze machen. Bedrohung von und Gewalt gegenüber ethnisch-kulturellen und religiösen Minderheiten könnten zu einem Bestandteil des Alltags werden. **Auch alltägliche negative Etikettierungen und Diskriminierungen gegenüber islamischen Minderheiten seitens der Majoritätsbevölkerung sind zu befürchten.** Auf Seiten der unter Verdacht gestellten Minderheitenangehörigen sind im Gegenzug **Ethnifizierungstendenzen und eine verstärkte und aktivere Zuwendung zur islamischen Religion zu erwarten.** Denn: Fühlt sich eine Minderheit in zentralen Fragen bedroht, wird sie sich verstärkt ihrer ethnischen (in diesem Fall ethnisch-religiösen) Differenzen zur Majoritätsbevölkerung bewusst oder „entdeckt“ diesen Unterschied erst. Nach Eriksen (1993) werden auf diesem Wege Ethnien überhaupt erst hervorgebracht. Es könnte zu **verstärkten Tendenzen einer ethnisch-kulturellen Schließung bei Minderheiten und Majorität kommen,** die dem **friedlichen Zusammenleben** in einer multikulturellen Gesellschaft **abträglich** sein würden, von negativen außenpolitischen Wirkungen einmal ganz abgesehen.

Partizipationsorientierte Vorsorge: Neben den oben genannten Empfehlungen zur Strukturierung des Bevölkerungsverhaltens könnte im Vorfeld vieles dafür getan werden, die **Verbindung von Menschen in einer gemeinsamen vorsorge- und schutzorientierten Haltung in Terrorismusfragen zu fördern**, und zwar insbesondere dadurch, dass die **Bevölkerung unterschiedlicher ethnisch-kultureller und religiöser Zugehörigkeit intensiv und umfassend in eine langfristig angelegte und mögliche Segregationsgrenzen überschreitende gemeinsame Prophylaxe einbezogen würde**. Dazu liegen fundierte Vorüberlegungen und Erhebungen insbesondere in der **multiethnischen Studie von Lasker (2004)** aus den USA vor, die durch eine umfassende Zufallsstichprobe von Laien und Experten und durch Nutzung sich ergänzender Methoden validiert wurde (Dirty-Bomb-Szenario, Pockenerreger-Szenario). Bezogen auf die USA zeigt sich, dass die **Bereitschaft der Bevölkerung, an Planungen und Vorbereitungen von Behörden und Gemeindeorganisationen zum Schutz vor terroristischen Angriffen teilzunehmen**, bei Betroffenen (in New York und Washington) erhöht ist. Aber auch dort, wo der Glaube an die Möglichkeit eines terroristischen Angriffs sehr viel schwächer ausgeprägt ist, hätte immer noch ein **Drittel der Bevölkerung ein starkes persönliches Interesse daran, sich an vorsorge- und schutzorientierten Planungen zu beteiligen**. Wird ein Teil der Interessierten an solchen Planungen beteiligt, können sie auch zu Multiplikatoren werden. Entgegen der partiellen Überzeugung von Planern gibt es **keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass die Mitwirkung an einer solchen Planung die Bevölkerung erschrecken würde** oder dass Menschen davor zurückscheuten, über die Möglichkeit terroristischer Anschläge nachzudenken und **darüber zu diskutieren, was sie in diesem Kontext am meisten bewegt**.

Gründe für den Mangel an Kooperation bei einer Handlungsempfehlung nach einem Anschlag mit einer Dirty Bomb: Entsprechend der derzeitigen Vorsorgesituation ist zu erwarten, dass **weit weniger Menschen als notwendig bei terroristischen Angriffen vorsorglichen Anweisungen folgen würden**. Dieser **Mangel an Kooperation** liegt zum einen daran, dass sich viele Menschen ernsthaft **über etwas ganz anderes Sorgen machen würden, als das, wovor sie die Planer schützen möchten**. Denn sie würden sich bei einem Angriff durch eine Dirty Bomb mit **konfligierenden Verpflichtungen** konfrontiert sehen. Insbesondere würden sie versuchen, **sich der Sicherheit von Menschen, die von ihnen abhängig sind (insbesondere von Kindern), rückzuversichern**. Oft wäre ihnen dabei die Sicherheit ihrer Angehörigen **wichtiger als ihre eigene Sicherheit**. Andere würden das Gebäude verlassen, weil sie z. B. **lebenswichtige**

Medikamente benötigen und ein Teil würde sich **zu Hause sicherer fühlen** als an dem Ort, an dem sie sich zur Zeit der Aufforderung, zu bleiben, gerade befinden würden.

Bei Immigranten und anderen vulnerableren Bevölkerungsgruppen (niedriges Einkommen, kein oder schlechter Versicherungsschutz, unzureichende Deutschkenntnisse), partiell Benachteiligten (in den USA Afroamerikaner, Personen lateinamerikanischer Herkunft) **sowie weniger gebildeten Menschen ist die Wahrscheinlichkeit eines geringeren Vertrauens erheblich höher** und die **Wahrscheinlichkeit, dass sie den behördlichen Anweisungen oder Hinweisen Folge leisten, erheblich geringer** als bei höher gebildeten Angehörigen der Bevölkerungsmajorität (in den USA: Angloamerikaner) mit besserem Einkommen und guter gesundheitlicher Versorgung.

Empfehlungen zur Verbesserung der Kooperation der Bevölkerung: Zur Verbesserung der Kooperation der Bevölkerung wird die **Entwicklung von Bereitschaftssystemen (Back-up systems)** empfohlen. D. h., es sollten bei einer Großschadenslage oder einer Katastrophe infolge einer Dirty Bomb **Telefon- und E-Mail-Dienste für die breite Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden**. Allein eine solche infrastrukturelle Maßnahme würde die **Bereitschaft erheblich erhöhen, einer behördlichen Anordnung** (z. B. nicht das Gebäude zu verlassen) **Folge zu leisten**. Die Kooperationsbereitschaft der Bevölkerung in einer Dirty-Bomb-Situation würde sich zudem erheblich verbessern, **wenn die Menschen, die aufgefordert würden, das Gebäude** (in dem sie sich gerade befinden) **nicht zu verlassen, mit ihren Angehörigen, um die sie sich sorgen, Kontakt aufnehmen könnten, um zu erfahren, dass sie sich an Orten befänden, die im Vorwege zum Schutz der Bevölkerung vorbereitet worden sind**. Damit ein solcher Schutz möglich ist, **müsste eine Vielzahl von Orten in der Lage sein, als „sichere Häfen“ für die Menschen zu dienen**, wenn es zu einem Anschlag mit einer Dirty Bomb käme. Die Manager dieser Orte müssten verstehen, dass es **ebenso wichtig ist, ihren Ort zu einem sicheren Hafen zu machen, wie sie in der Lage sein müssten, Menschen im Falle eines Feuers oder einer Explosion zu evakuieren. An der Auswahl und Einstufung von Orten als „sichere Häfen“ können sich alle ethnisch-kulturellen Bevölkerungsgruppen beteiligen**. Zusätzlich müssten nach der Explosion einer Dirty Bomb in **dringenden Fällen** (wenn sich z. B. Kinder allein zu Hause aufhalten), trotz Gefahr radioaktiver Kontamination **Fahrdienste für Eltern** oder andere Angehörige organisiert werden, damit Kinder vor unbedachtem Handeln geschützt werden können.

Wenn Schwerkranke alleingelassen sind und dringend versorgt werden müssen, sollte ein **medizinischer Notdienst** eingerichtet werden, so dass sich diejenigen, die unterwegs sind, an sichere Orte begeben können, ohne um ihre Angehörigen fürchten zu müssen. Denn im Falle einer Dirty Bomb **geht es nicht nur darum, dass Menschen vor gefährlichen Wolken und radioaktiver Bestrahlung geschützt werden müssen. Sie müssen auch wissen, dass ihre Angehörigen sich sicher fühlen und, wo auch immer sie sich befinden, geschützt sind.**

Jedoch **weiß die Bevölkerung in der Regel wenig oder nichts darüber, wie man sich in einer terroristischen Lage an den betreffenden Orten um sie bemühen würde** (z. B. fehlende Kenntnisse über Pläne mit Notunterkünften) und **daher fehlt es nicht nur an der Kenntnis, sondern auch an Vertrauen in die Katastrophenschutzpläne ihrer Gemeinden.** Aus Sicht der Bewohner sind zudem **Informationen und Hinweise als Grundlage für die eigene Entscheidung, was sie in solchen Situationen tun könnten,** erforderlich. Solche Informationen sollten **im Alltag** und nicht erst während eines oder nach einem Ereignis **kommuniziert werden. Interaktionspartner** sollten nicht anonym sein, sondern das **Vertrauen der Menschen genießen.**

Weitere Vorschläge beziehen sich auf **Maßnahmen im Verlauf einer Krise** (nach einem terroristischen Angriff: 1. Es sollte **keine Triage** von Menschen an **öffentlichen Orten** vorgenommen werden (sie könnte Misstrauen fördern). 2. **Dekontaminationen von Frauen sollten grundsätzlich nur durch Frauen erfolgen.** Denn: Durch einen Mann vorgenommen, könnte die Dekontamination, unabhängig von der religiösen Zugehörigkeit, traumatisierend wirken. Die religiöse Orientierung lässt sich nicht den Gesichtern von Menschen entnehmen. Umständliche Sichtungen von Identifikationspapieren, in denen die religiöse Orientierung nicht einmal vermerkt sein muss, verbieten sich ohnehin, wenn Eile geboten ist. 3. Um Menschen mit genauen Informationen auszustatten, denen sie trauen können, sollten **von Regierungen und Verwaltungen Telefonnetzwerke betrieben werden, die mit einem in Gemeinden eingebetteten telefonischen Unterstützungssystem komplementiert werden** (Vermeidung anonymer Bürgertelefone und Bevölkerungsberatungen. Empfohlen ist, dass **Information und Beratung durch Behördenangehörige und Organisationsangehörige erfolgen, zu denen die Menschen bereits ein persönliches Verhältnis entwickelt haben).**

Die **vermutete Verweigerung der Kooperation** im Resultat auf das Szenario einer Dirty Bomb zeigt die **hohe Bedeutung enger persönlicher Beziehungen** (insbesondere der Familie) und ein **hohes Verantwortungsgefühl für Angehörige**. Die **prosoziale und altruistische Einstellung vieler Menschen** geht vermutlich so weit, dass sie ihre **Gesundheit eher aufs Spiel setzen würden, als ihre Angehörigen im Stich zu lassen**. Diese Befunde dürften im Wesentlichen auch für Deutschland angenommen werden. **Bezogen auf ethnisch-kulturelle Minderheiten** kann sogar davon ausgegangen werden, dass **den familialen Beziehungen und Netzen noch größere Bedeutung zukommt als in der angestammten deutschen Bevölkerung**, da bei Minderheiten insbesondere die **familialen Beziehungen**, aber auch ihre **sonstigen sozialen Netze schon im Alltag eine hohe stabilisierende Funktion haben können**.

Weltweit zeigen Studien, dass **Menschen in einer bedrohlichen Situation versuchen, den aus ihrer Sicht besten und rationalsten Lösungsweg zu beschreiben**. Dabei stellt sich **Rationalität aus der subjektiven Sicht Betroffener ganz anders dar als aus einer objektivierenden Sicht von Organisationen** (prinzipielle Asymmetrie). Wissen und Vertrauen sind eng miteinander verzahnt. **Menschen müssen nicht überredet, sondern überzeugt werden. Dazu müssen sie informiert sein**. Die Ergebnisse, die zeigen, dass **informierte Bürgerinnen und Bürger eher bereit wären, zu kooperieren und Anweisungen oder Vorschlägen zu folgen**, sollten auch in Deutschland dazu beitragen, **Menschen frühzeitig zu informieren und ihnen eine aktive Mitwirkung an der Terrorismus- und Katastrophenvorsorge zu ermöglichen**.

Grundsätzlich kann ein hohes Maß an Transparenz in der Katastrophenvorsorge und die Einbeziehung der Gemeinden und ihrer Bewohnerinnen und Bewohner in entsprechende Strategien auch zu günstigen Übungsbefunden beitragen. Jedenfalls **sollte bei der Übung die fehlende Vorbereitung der Bevölkerung und ein dadurch bedingtes reduziertes Vertrauen sowie die Vorrangstellung individueller gegenüber behördlicher und sonstiger organisationaler Rationalität berücksichtigt werden**.

Auch in Deutschland kann davon ausgegangen werden, dass **Menschen, die unter ökonomisch ungünstigen Bedingungen leben und sich zumindest partiell benachteiligt fühlen**, auch solche, die eventuell nicht oder nicht hinreichend krankenversichert sind (z. B. mit nicht gesichertem oder nicht legalem Aufenthaltsstatus) ein **geringeres Vertrauen in Behörden und ihre Anweisungen**

im Falle eines terroristischen Angriffs mit einer Dirty Bomb hätten. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, dass eine Untersuchung in Deutschland zu ähnlichen Resultaten führen würde wie diejenige von Lasker. Es wird jedoch – um mehr Klarheit zu gewinnen – **empfohlen, eine qualitativ gleichwertige Studie durchzuführen.**

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

Bisherige Publikationen

Abkürzungsverzeichnis

APA	American Psychological Association	FEMA	Federal Emergency Management Agency
BDP	Berufsverband deutscher Psychologinnen und Psychologen	HSAS	Homeland Security Advisory System
CALD	Culturally and Linguistically Diverse	IAEA	International Atomic Energy Agency
CBRN	Chemische, biologische, radioaktive oder nukleare Gefahrstoffe	ISOKIA	Institut für Sozioökonomische und Kulturelle Internationale Analyse
CDC	Centers for Disease Control and Prevention (gehört in den USA als föderale Behörde zum Department of Health and Human Services, Georgia)	LÜKEX	Länderübergreifende Krisenmanagementübung
CITAVI	Datenbank für Literaturverwaltung und Wissensorganisation	NIST	National Institute of Standards and Technology
COT	Institute for Safety, Security and Crisis Management	PADM	Protective Action Decision Model
DAG	Disaster Awareness Game	PSNV	Psychosoziale Notfallversorgung
DSM	Diagnostic and Statistical Manual of Mental Disorders	PTBS	Posttraumatische Belastungsstörung
EMA	Emergency Management Australia	PTSD	Post-Traumatic Stress Disorder
FAKKEL	Katastrophensoziologisches Stadienmodell von Lars Clausen (1991)	WTC	World Trade Center

Bisherige Publikationen

Auf den folgenden Seiten finden Sie eine komplette Liste aller bisher erschienenen und teilweise bereits vergriffenen Bände der Veröffentlichungen, die vom Bundesamt für Zivilschutz, dem Bundesverwaltungsamt und dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, als jeweils zuständige Behörde für den Zivil- und Bevölkerungsschutz, herausgegeben wurden.

In der Liste „*Zivilschutz-Forschung, Alte Folge*“ wurden Forschungsergebnisse und andere Beiträge zum Zivilschutz bis 1988 veröffentlicht. Die Liste „*Zivilschutz-Forschung, Neue Folge*“ enthält die Veröffentlichungen zwischen 1990 und 2006. Ab 2007 werden Forschungsergebnisse des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe in der Schriftenreihe „*Forschung im Bevölkerungsschutz*“ veröffentlicht.

Je nach Art und Umfang der Forschungsergebnisse findet lediglich eine *Internetveröffentlichung* statt. Zu speziellen, besonders interessanten Themen des Bevölkerungsschutzes werden gesonderte Publikationen herausgegeben, die Sie in der Liste Sonderveröffentlichungen finden können. Unter **www.bbk.bund.de/Publikationen** finden Sie, zusätzlich zu den Internetveröffentlichungen, die meisten Bände als PDF zum Download und Hinweise zur Verfügbarkeit der Printversion. Die Printversion können Sie im Internet oder über die Adresse

**Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe,
Postfach 18 67, 53008 Bonn,**

bestellen.

Forschung im Bevölkerungsschutz

- 1 Netzwerk Psychosoziale Notfallversorgung – Umsetzungsrahmenpläne
Band 1: Entwicklung | Datenbank | Task-Force | Finanzierung**
I. Beerlage, T. Hering, S. Springer, D. Arndt, L. Nörenberg/2008
ISBN-10: 3-939347-02-7 bzw. ISBN-13: 978-3-939347-02-6

- 2 Netzwerk Psychosoziale Notfallversorgung – Umsetzungsrahmenpläne
Band 2: Qualität in Aus- und Fortbildung**
I. Beerlage, S. Springer, T. Hering, L. Nörenberg, D. Arndt/2008
ISBN-10: 3-939347-03-5 bzw. ISBN-13: 978-3-939347-03-3

- 3 Netzwerk Psychosoziale Notfallversorgung – Umsetzungsrahmenpläne
Band 3: Belastungen und Belastungsfolgen in der Bundespolizei**
I. Beerlage, D. Arndt, T. Hering, L. Nörenberg, S. Springer/2009
ISBN-10: 3-939347-04-3 bzw. ISBN-13: 978-3-939347-04-0

- 4 Vulnerabilität Kritischer Infrastrukturen**
S. Lenz (Dipl.-Geogr., M.Sc.)/2009
ISBN-13: 978-3-939347-11-8

- 9 Dekontamination von Verletzten im Krankenhaus bei ABC-Gefahrenlagen**
Dr. Frank Martens
ISBN-13: 978-3-939347-20-0

- 10 Entwicklung eines zeitgemäßen ABC-Selbsthilfe-Sets für den Katastrophenschutz**
M. Müller, K. Schmiechen
ISBN-13: 978-3-939347-20-0

Zivilschutzforschung, Neue Folge

ISSN 0343-5164

- 59 3. Gefahrenbericht**
Schutzkommission beim Bundesminister des Innern/2006

- 58 Infrarot-Fernerkundungssystem für die chemische Gefahrenabwehr**
R. Harig, G. Matz, P. Rusch/2006

-
- 57 **Entwicklung von Standards und Empfehlungen für ein Netzwerk zur bundesweiten Strukturierung und Organisation psychosozialer Notfallversorgung**
L. Beerlage, T. Hering, L. Nörenberg et al./2006
-
- 56 **Aufbau und Ablauf der Dekontamination und Notfallversorgung Verletzter bei Zwischenfällen mit chemischen Gefahrstoffen**
B. Domres, A. Manger, S. Brockmann, R. Wenke/2005/Druckversion vergriffen
-
- 55 **51. und 52. Jahrestagung der Schutzkommission beim Bundesministerium des Innern**
Vorträge/2005
-
- 54 **Untersuchung zur Einbindung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes in die katastrophenmedizinische Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland**
E. Pfenninger, S. Himmelseher, S. König/2005/Druckversion vergriffen
-
- 53 **Schwachstellenanalyse aus Anlass der Havarie der PALLAS**
L. Clausen/2003/Druckversion vergriffen
-
- 52 **49. u. 50. Jahrestagung der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern**
Vorträge/2003
-
- 51 **Erstellung eines Schutzdatenatlasses**
W.R. Dombrowsky, J. Horenczuk, W. Streitz/2003/Druckversion vergriffen
-
- 50 **Entgiftung von Organophosphaten durch Phosphorylphosphatasen und Ethanolamin**
R. Zech/2001
-
- 49 **Task-Force für Schnellanalytik bei großen Chemieunfällen und Bränden**
G. Matz, A. Schillings, P. Rechenbach/2003/Druckversion vergriffen
-
- 48 **2. Gefahrenbericht**
Schutzkommission beim Bundesminister des Innern/2001
-
- 47 **Organisation der Ernährungsnotfallvorsorge (ENV)**
J. Rasche, A. Schmidt, S. Schneider, S. Waldtmann/2001/Druckversion vergriffen
-
- 46 **Methoden der Bergung Verschütteter aus zerstörten Gebäuden**
F. Gehbauer, S. Hirschberger, M. Markus/2001/Druckversion vergriffen

-
- 45 **Technologische Möglichkeiten einer möglichst frühzeitigen Warnung der Bevölkerung – Kurzfassung**
Technological Options for an Early Alert of the Population – Short Version
V. Held/2001/Druckversion vergriffen
-
- 44 **Medizinische Versorgung beim Massenanfall Verletzter bei Chemikalienfreisetzung**
E. Pfenninger, D. Hauber/2001/Druckversion vergriffen
-
- 43 **Empirisch-psychologische Analyse des menschlichen Fehlverhaltens in Gefahrensituationen und seine verursachenden und modifizierenden Bedingungen sowie von Möglichkeiten zur Reduktion des Fehlverhaltens**
D. Ungerer, U. Morgenroth/2001
-
- 42 **45., 46. und 48. Jahrestagung der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern**
Vorträge/2000/Druckversion vergriffen
-
- 41 **Einfluß von Zytokinen und Lipidmediatoren auf die Kontrolle und Regulation spezifischer Infektabwehr bei Brandverletzung**
W. König, A. Drynda, B. König, R. Arnold, P. Wachtler, M. Köller/2001
-
- 40 **Entwicklung von Dekontaminationsmitteln und -verfahren bei Austritt von Industriechemikalien**
F. Schuppe/2001/Druckversion vergriffen
-
- 39 **Optimierung des Schutzes vor luftgetragenen Schadstoffen in Wohngebäuden**
TÜV Energie und Umwelt GmbH/2001/Druckversion vergriffen
-
- 38 **Rechnergestütztes Beratungssystem für das Krisenmanagement bei chemischen Unfällen (DISMA[®])**
W. Kaiser, M. Schindler/1999/Druckversion vergriffen
-
- 36 **Biologische Indikatoren für die Beurteilung multifaktorieller Beanspruchung Experimentelle, klinische und systemtechnische Untersuchung**
M. Weiss, B. Fischer, U. Plappert, T.M. Fliedner/1998
-
- 35 **Praxisanforderung an Atem- und Körperschutzausstattung zur Bekämpfung von Chemieunfällen**
K. Amman, A.-N. Kausch, A. Pasternack, J. Schlobohm, G. Bresser, P. Eulenburg/2003/
Druckversion vergriffen

-
- 34 **Untersuchung der Wirksamkeit von Selbstschutzausstattung bei Chemieunfällen**
S. Bulheller, W. Heudorfer/2003/Druckversion vergriffen
-
- 33 **Laserspektrometrischer Nachweis von Strontiumnukliden im Niederschlag**
J. Bernhardt, J. Haus, G. Hermann, G. Lasnitschka, G. Mahr, A. Scharmann/1998
-
- 32 **Kriterien für Evakuierungsempfehlungen bei Chemikalienfreisetzungen**
G. Müller/1998/Druckversion vergriffen
-
- 31 **Beiträge zur Isolierung und Identifizierung von Clostridium sp. und Bacillus sp. sowie zum Nachweis deren Toxine**
G. Schallehn, H. Brandis/1998/Druckversion vergriffen
-
- 30 **Untersuchung der Praxisanforderungen an die Analytik bei der Bekämpfung großer Chemieunfälle**
G. Matz/1998/Druckversion vergriffen
-
- 29 **Erfahrungen aus Abwehrmaßnahmen bei chemischen Unfällen**
D. Hesel, H. Kopp, U. Roller/1997
-
- 28 **Wirkungen von Organophosphaten**
R. Zech/1997
-
- 27 **Staatliche Risikokommunikation bei Katastrophen**
Informationspolitik und Akzeptanz
G. Ruhrmann, M. Kohring/1996
-
- 26 **43. und 44. Jahrestagung der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern**
Vorträge/1997/Druckversion vergriffen
-
- 25 **Abschätzung der gesundheitlichen Folgen von Großbränden**
Literaturstudie Teilbereich Toxikologie
K. Buff, H. Greim/1997/Druckversion vergriffen
-
- 24 **42. Jahrestagung der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern**
Vorträge/1996/Druckversion vergriffen
-
- 23 **Das Verhalten von Umweltchemikalien in Boden und Grundwasser**
K. Haberer, U. Böttcher/1996/Druckversion vergriffen

-
- 22 Inkorporationsverminderung für radioaktive Stoffe im Katastrophenfall**
B. Gloebel, Ch. Graf/1996/Druckversion vergriffen
-
- 21 Arbeiten aus dem Fachausschuß III: Strahlenwirkungen – Diagnostik und Therapie**
I. Ganzkörpermessungen reiner β -Strahler
II. Untersuchungen zur therapeutischen Beeinflussung des Strahlenschadens durch Biological Response Modifier
III. Prophylaxe und Therapie von Strahlenschäden im Katastrophenfall
IV. Interstitielle Pneumonie nach Ganzkörperbestrahlung
V. Modellversuch zur Therapie von Strahlen- und Kombinationsschäden
I. R.E. Grillmaier, M. Thieme
II. P.G. Munder, M. Modolell, F. Link, R. Escher
III. W. Pohlit, Bhavanath Jha, M. Jülch
IV. K. Quabeck, D.W. Beelen, R. Ehrlich, U.W. Schaefer, F. Wendt
V. O. Messerschmidt, A. Bitter, F. Eitel/1996
-
- 20 Arbeiten aus dem Fachausschuß V:**
I. Langzeitwirkungen phosphor-organischer Verbindungen
II. Die zellvermittelte typübergreifende Immunantwort nach Infektion mit dem Influenzavirus
III. Die Bedeutung vasculärer Reaktionen beim akuten Nierenversagen nach großen Weichteilverletzungen (Crush-Niere)
I. D. Henschler
II. H. Becht
III. F. Hoffmann, F. Vetterlein, G. Schmidt/1996/Druckversion vergriffen
-
- 19 Radioaktive Strahlungen**
I. Nuklidspezifische Kontaminationserfassung
II. Datenaufbereitung für den Notfallschutz
I. B. Kromer unter Mitarbeit von K.O. Münnich, W. Weiss u. M. Zähringer
II. G. Hehn/1996/Druckversion vergriffen
-
- 18 Deutsche Regelsysteme:
Vernetzungen und Integrationsdefizite bei der Erstellung des öffentlichen Gutes
Zivil- und Katastrophenschutz in Europa**
L. Clausen, W.R. Dombrowsky, R.L.F. Strangmeier/1996/Druckversion vergriffen
-
- 17 41. Jahrestagung der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern**
Vorträge/1996/Druckversion vergriffen
-
- 16 Einfluß von Lipidmediatoren auf die Pathophysiologie der Verbrennungs-
krankheit**
F.E. Müller, W. König, M. Köller/1993

-
- 15 **Beiträge zur dezentralen Trinkwasserversorgung in Notfällen. Teil II**
1. Einfache organische Analysemethoden
2. Einfache Aufbereitungsverfahren
K. Haberer, M. Drews/1993/Druckversion vergriffen
-
- 14 **Beiträge zu Strahlenschäden und Strahlenkrankheiten**
I. Strahleninduzierte Veränderungen an Säugetierzellen als Basis für die somatischen Strahlenschäden
II. Hämopoieseschaden, Therapieeffekte und Erholung
III. Präklinische Untersuchung zur Beschleunigung der Erholungsvorgänge in der Blutzellenbildung nach Strahleneinwirkung durch Beeinflussung von Regulationsmechanismen
IV. Radionuklid Transfer
I. H. Schüßler
II. K.H. von Wangenheim, H.-P. Peterson, L.E. Feinendegen
III. T.M. Fliedner, W. Nothdurft
IV. G.B. Gerber/1993/Druckversion vergriffen
-
- 13 **Modifikation der Strahlenwirkung und ihre Folgen für die Leber**
H. Mönig, W. Oehlert, M. Oehlert, G. Konermann/1993
-
- 12 **Biologische Dosimetrie**
I. Einleitung: Dosisabschätzung mit Hilfe der Biologischen Dosimetrie
II. Ermittlung der Strahlenexposition aus Messungen an Retikulozyten
III. Strahlenbedingte Änderung der Chemielumineszenz von Granulozyten als biologischer Dosisindikator
IV. Zellmembranänderungen als biologische Dosisindikatoren. Strahleninduzierte Membranänderung im subletalen Bereich, Immunbindungsreaktionen an Lymphozyten
I. H. Mönig, W. Pohlitz, E.L. Sattler
II. H.J. Egner et al.
III. H. Mönig, G. Konermann
IV. P. Bidon et al./1993/Druckversion vergriffen
-
- 11 **Beiträge zur Katastrophenmedizin**
H. Finger, K. Schmidt, H.W. Jaroni, R. Prinzing, L Schweiberer, C. Waydhas, D. Nast-Kolb, M. Jochum, K.-H. Duswald, H. Fritz, M. Siebeck, H. Weis/1993/Druckversion vergriffen
-
- 10 **Bürgerkonzeptionierter Zivil- und Katastrophenschutz –**
Das Konzept einer Planungszelle Zivil- und Katastrophenschutz
W. R. Dombrowsky/1992/Druckversion vergriffen

-
- 9 **39. und 40. Jahrestagung der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern**
Vorträge/1993/Druckversion vergriffen
-
- 8 **Beiträge zur dezentralen Trinkwasserversorgung in Notfällen, Teil I**
Einfach anorganische und radiologische Methoden zur Wasseruntersuchung an Ort und Stelle
K. Haberer, U. Stürzer/1991/Druckversion vergriffen
-
- 7 **Das Schädel-Hirn-Trauma**
Klinische und tierexperimentelle Untersuchungen zur Pathogenese und neuen Behandlungsansätzen im Rahmen der Katastrophenmedizin
E. Pfenniger, F. W. Ahnefeld/1991/Druckversion vergriffen
-
- 6 **Neutronenschäden**
Untersuchungen zur Pathophysiologie, Diagnostik, Prophylaxe und Therapie
O. Messerschmidt, A. Bitter/1991/Druckversion vergriffen
-
- 5 **Strahlenexposition durch Ingestion von radioaktiv kontaminiertem Trinkwasser**
R. E. Grillmaier, F. Kettenbaum/1991/Druckversion vergriffen
-
- 4 **Computereinsatz im Zivil- und Katastrophenschutz – Möglichkeiten und Grenzen**
W. R. Dombrowsky/1991/Druckversion vergriffen
-
- 3 **Der Nachweis schneller Neutronen in der Katastrophendosimetrie mit Hilfe von Ausweisen aus Plastikmaterial**
B. Lommler, E. Pitt, A. Scharmann, R. Simmer/1990/Druckversion vergriffen
-
- 2 **Gammastrahlung aus radioaktivem Niederschlag/Berechnung von Schutzfaktoren**
G. Hehn/1990/Druckversion vergriffen
-
- 1 **Zur Akzeptanz staatlicher Informationspolitik bei technischen Großunfällen und Katastrophen**
L. Clausen, W. R. Dombrowsky/1990/Druckversion vergriffen

Zivilschutzforschung, Alte Folge

-
- 22 **Organophosphate Biochemie-Toxikologie-Therapie**
G. Schmidt, R. Zech et al./1988/Druckversion vergriffen

-
- 21 **Arbeiten aus dem Fachausschuß II: Radioaktive Niederschläge**
1988/Druckversion vergriffen
-
- 20 **Beiträge zur Katastrophenmedizin**
1988/Druckversion vergriffen
-
- 19 **Beiträge zur Wirkung von Kernwaffen**
A. Sittkus, G. Hehn, H. Mönig/1989/Druckversion vergriffen
-
- 18 **Forschungen für den Zivil- und Katastrophenschutz 1975-1985, Festschrift für Paul Wilhelm Kolb**
1986/ISBN 3-7894-0097-1/Druckversion vergriffen
-
- 17 **Chemischer Strahlenschutz**
H. Mönig, O. Messerschmidt, C. Streffer/1984/ISBN 3-7894-0096-3/
Druckversion vergriffen
-
- 16 **Streß und Individuum**
M. Ackenheil, M. Albus, R.R. Engel, H. Hippus/1984/ISBN 3-7894-0092-0/
Druckversion vergriffen
-
- 15 **Ulmer Vorträge, Festschrift für Franz Gross**
1983/ISBN 3-7894-0091-2/Druckversion vergriffen
-
- 14 **Einführung in die Soziologie der Katastrophen**
L. Clausen, W. R. Dombrowsky/1983/ISBN 3-7894-0090-4/Druckversion vergriffen
-
- 13 **30 Jahre Schutzkommission – Ausgewählte Vorträge**
1981/ISBN 3-7894-0084-1/Druckversion vergriffen
-
- 12 **Untersuchungen zum Strahlenrisiko**
*H. Schüssler, H. Pauly, B. Glöbel, H. Glöbel, H. Muth, E. Oberhausen/1981/
ISBN 3-7894-0083-2/Druckversion vergriffen*
-
- 11 **Brandgefährdung von Wohngebieten durch Flächenbrände**
O. Carlowitz, T. Krone, R. Jeschar/1980/ISBN 3-7894-0079-3/Druckversion vergriffen
-
- 10 **Wirkungen des Luftstoßes von nuklearen und konventionellen Explosionen**
G. Weigel/1980/ISBN 3-7894-0078-5/Druckversion vergriffen
-
- 9 **Veränderung von Befinden und Leistung bei einem Bunkerbelegungsversuch**
*J. F. Dirr, J. Kugler, M. C. Laub, K. Schröder/1979/ISBN 3-7894-0062-9/
Druckversion vergriffen*

-
- 8 **Beiträge zur Neutronenwaffe**
A. Sittkus, H. Mönig/1978/ISBN 3-7894-0061-0/Druckversion vergriffen
-
- 7 **Bestimmung der Wasserdurchlässigkeit von Kiesbeton aus dem Wassereindringverhalten**
J. Steinert/1977/ISBN 3-7894-0056-4/Druckversion vergriffen
-
- 6 **Literaturübersicht zur Frage der Erholung nach Ganzkörperbestrahlung**
A. Kindt, E.-L. Sattler/1977/ISBN 3-7894-0058-0/Druckversion vergriffen
-
- 5 **Kombinationsschäden als Folge nuklearer Explosionen**
O. Messerschmidt/1977/ISBN 3-7894-0055-6/Druckversion vergriffen
-
- 4 **Untersuchungen zu Therapie und Prognose des Kreislaufschocks beim Menschen**
H. Schönborn/1976/ISBN 3-7894-0048-3/Druckversion vergriffen
-
- 3 **Strahlenempfindlichkeit und die akute und chronische Strahlenschädigung der Leber**
R. Lesch/1976/ISBN 3-7894-0048-3/Druckversion vergriffen
-
- 2 **Beiträge zur Frage der Erholung von Strahlenschäden**
H. Muth, H. Pauly/1975/ISBN 3-7894-0039-4/Druckversion vergriffen
-
- 1 **Schutzkommission beim Bundesminister des Innern
25 Jahre Forschung für den Zivil- und Katastrophenschutz**
1975/ISBN 3-7894-0038-6/Druckversion vergriffen

Sonderveröffentlichungen

Katastrophenmedizin – Leitfaden für die ärztliche Versorgung im Katastrophenfall
2006/ISBN 3-939347-01-9 bzw. 978-3-939347-01-9

Biologische Gefahren – Beiträge zum Bevölkerungsschutz, 2. Auflage
2005/ISBN 3-00-016733-1/Druckversion vergriffen

Biologische Gefahren I – Handbuch zum Bevölkerungsschutz, 3. vollständig überarbeitete Auflage
2007/ISBN 3-939347-06-X bzw. 978-3-939347-06-4

Biologische Gefahren II – Entscheidungshilfen zur medizinisch angemessenen Vorgehensweisen in der B-Gefahrenlage

2007/ISBN 3-939347-07-8 bzw. 978-3-939347-07-1

Internetveröffentlichungen

www.bbk.bund.de/Publikationen

Entwicklung von Therapieschemata für die Behandlung des akuten Nierenversagens (Crush-Niere)

F. Vetterlein, G. Hellige/2005

ISBN-13: 978-3-939347-26-2